SIMON RETTENMAIER

IMMER. WI(E)DER. UNIVERSITÄT.

Pluralistische Erkenntnis und universitäre Wissensverwaltung

Enthält Experteninterviews mit Helmut Spinner und Paul Hoyningen-Huene

BÜCHNER

IMMER. WI(E)DER. UNIVERSITÄT.

»Seltsam ist es, daß man zwar die Triftigkeit der Gründe für Meinungsfreiheit anerkennt, sich aber dagegen verwahrt, daß sie ›auf die Spitze getrieben wird‹. Man begreift dabei nicht, daß die Gründe nur dann überhaupt und ohne Einschränkung zutreffen, wenn sie auf den äußersten Fall anwendbar sind. Seltsam ist es auch, daß die Menschen zwar keinen Anspruch auf Unfehlbarkeit erheben, indem sie zugeben, daß freie Erörterung über alle irgendwie zweifelhaften Fragen stattfindet, daß aber gewisse Prinzipien oder Lehren außerhalb jeder Erörterung bleiben sollen.«
(Mill 1859/2010: 145)

***

»Der Mensch lebt nicht von Theorien allein, aber auch nicht ohne sie. Er hat sie oder macht sie, um sich an ihnen zu orientieren – nicht nur im Denken, sondern im gesamten Verhalten gegenüber der Welt.«
(Spinner 1992: 61)

***

»Beginnen wir also mit der Skizze einer Methodologie, die unsere Erkenntnis nicht zu einer Zwangsjacke, sondern zu einer Hilfe für die freie Entwicklung aller Menschen macht, oder, wie sich ein überzeugter Rationalist ausdrücken würde, beginnen wir mit der Darlegung der ›Elemente eines theoretischen Anarchismus‹.«
(Feyerabend 1976/2013: 19)

SIMON RETTENMAIER

IMMER. WI(E)DER. UNIVERSITÄT.

Pluralistische Erkenntnis und
universitäre Wissensverwaltung



Die Promotion wurde durch ein Promotionsstipendium der Hans-Böckler-Stiftung und einen damit verbundenen Druckkostenzuschuss für die Publikation der Dissertationsschrift gefördert.



Simon Rettenmaier
Immer. Wi(e)der. Universität.
Pluralistische Erkenntnis und universitäre Wissensverwaltung

ISBN (Print) 978-3-96317-353-0
ISBN (ePDF) 978-3-96317-912-9
DOI 10.14631/978-3-96317-912-9

Erschienen 2023 bei: Büchner-Verlag eG, Marburg
Zugl.: Univ. Diss. mit dem Titel »Immer. Wi(e)der. Universität. Pluralistische Erkenntnis und universitäre Wissensverwaltung«, eingereicht an der Universität Kassel, Fachbereich 02 Geistes- und Kulturwissenschaften. Die Disputation der Arbeit erfolgte am 01. März 2023.

Satz und Umschlaggestaltung: DeinSatz Marburg
Bildnachweis Umschlag: pixabay.com © struppi0601 (bearbeitet)



Printausgabe:
Druck und Bindung: Totem.com.pl, Inowrocław, Polen
Die verwendeten Druckmaterialien sind zertifiziert als FSC-Mix.

Bibliografische Informationen der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie, detaillierte bibliografische Angaben sind im Internet über http://dnb.de abrufbar.

www.buechner-verlag.de

Inhalt

Vorbemerkungen & Danksagung

Die im Folgenden dargestellte Analyse zum pluralen Wesen der Erkenntnis und deren Management im universitären Forschungsprozess ist bei formaler Betrachtung schlicht als Qualifikationsarbeit zum Erwerb eines Doktortitels auszuloben. Tatsächlich aber steckt hinter einem Werk wie diesem weitaus mehr als ein bloßer Qualifizierungsgedanke. Das Vorwort möchte ich daher u. a. dafür nutzen, um dieses ›weitaus mehr‹ zu skizzieren, indem ich vor allem die Vorüberlegungen zu dieser Arbeit in den Mittelpunkt rücke und damit in einem ersten Schritt auch bereits eine grobe Kontextualisierung des Vorhabens innerhalb bestehender wissenschaftlicher Diskurse vornehme.

2015 bot sich mir die Gelegenheit, über ein Stipendium gefördert für sechs Monate einen Forschungsaufenthalt am *Tata Institute of Social Science* (TISS) in Mumbai anzutreten. Die inhaltlichen Vorgaben dieses Stipendiums zielten u. a. darauf ab, den regelmäßigen akademischen Austausch am TISS durch den Besuch von Kolloquien wahrzunehmen und so den deutsch-indischen Wissenschaftsdialog zu beleben. Das TISS war zur damaligen Zeit für seine links-liberale Forschungsausrichtung bekannt, insbesondere geprägt durch die Studienprogramme *Social Work*, *Sustainable Development*, *Cultural studies* und *Women's studies*, als genuin philosophischer Hort hingegen erschien das TISS weniger relevant. So waren die ersten akademischen Debatten auch in besonderem Maße geprägt von Begriffen des *decent work*, *equal rights* und Diskussionen um tatsächlich nachhaltige Überwindungsstrategien des indischen Kastensystem. Insbesondere im Zuge der Diskussionen über die Kastenkultur begegnete mir zum ersten Mal der Name Sundar Sarukkai, dessen Buch *The Cracked Mirror: An Indian Debate on Experience and Theory* 2012 erschienen und 2015 noch immer rege diskutierter Gegenstand verschiedener Fach-Kolloquien war. In diesem Buch diskutiert der Philosoph Sarukkai mit dem Politologen Gopal Guru über acht

sich jeweils aufeinander beziehende Essays hinweg das Verhältnis von Theorie und Praxis. Gleich zu Beginn stellt Guru dabei klar, dass kritische Praxis nicht ohne theoretisches Fundament gelingen kann, was er anhand der indischen Sozialwissenschaften bestätigt sieht. Diese sind, so Guru, allzu oft auf Empirie ohne theoretische Reflexion getrimmt, was eine «inferior mass of academics« (Guru & Sarukkai 2012/2017: 1) hervorbringt. Gopal und Sarukkai entwickeln im weiteren Verlauf die These, dass Erfahrung und Theorie dialektisch gedacht werden müssen und dass ein theoretisches Reagieren auf Erfahrung einer wissenschaftlichen Erkenntnis nicht genügt. Vielmehr bedarf es eines theoretischen Reflektierens noch im Prozess der praktischen Erfahrung: »The recipient of experience carries a special responsibility to reflect on the experience for larger theorization« (Guru & Sarukkai 2012/2017: 113). Forscher:innen, so Sarukkai, sollten nicht stur nach Schema F im Zeichen einer Wissenschaft arbeiten, die sich ausschließlich als Lehre der Methoden versteht. Vielmehr gilt es, eine kreative und dekonstruktive (*creative & deconstructive exploration*) Haltung im Forschungsprozess einzunehmen (vgl. Guru & Sarukkai 2012/2017: 132).

Aus wissenschaftstheoretischer Perspektive erschienen mir diese Thesen von Guru und Sarukkai aus mehreren Gründen interessant. Der hier veranschlagte Kritik-Begriff war ein prozessual verstandener, auf individuelle Haltung bezogener und somit ganz ähnlich dem Begriff, den postmoderne Denker:innen entwickelten, zum Beispiel Jacques Derrida. Dabei war diesem dekonstruktivistischen Moment keine methodische Anarchie beigestellt, wohl aber ein Plädoyer dafür, die Methodik nicht zum Dogma der Forschung zu ernennen, sondern sie stattdessen mit Fingerspitzengefühl auf die jeweilige Situation hin auszuloten. Damit war dem angedeuteten Derrida'schen Denken eine m.E. wohltuende Portion Paul Feyerabend'scher Philosophie hinzugefügt. Nicht zuletzt war diese indische Diskussion um das Verhältnis von Theorie und Praxis auch stark politisch motiviert, denn die Möglichkeit einer solchen kritischen Haltung im Erfahrungsprozess bedarf einer individuellen Freiheit, die systematisch gewährleistet werden muss. Die (Un)Möglichkeit einer universellen Erfahrungstheorie ist dabei natürlich stark verknüpft mit systemischen Fragen, im Falle Indiens sind diese Fragen konkret auf die Kolonialisierungseinflüsse zuzuspitzen.

Dieses politische Moment wissenschaftstheoretischer Reflexion sollte mich nun eine ganze Weile begleiten. Einerseits kann man dieser Spur konkret politisch in dem Sinne folgen, wie es zum Beispiel Erik M. Conway und Naomi Oreskes in ihrem 2012 erschienen Buch *Merchants of Doubt: How a Handful of Scientists Obscured the Truth on Issues from Tobacco Smoke to Global Warming* getan haben. Hierbei wird insbesondere eine invasive Lobbypolitik betrachtet, die den Wissenschaftsbetrieb beeinflusst. Es wird also konkret der wechselseitige Einfluss zweier politischer Systeme – das System Wissenschaft und das System (Privat)Wirtschaft – untersucht. Man kann sich aber auch auf sozialpsychologische Studien zurückbesinnen, die innerhalb der Wissenschaftstheorie als Laborstudien prominent mit Namen wie beispielsweise Bruno Latour, Ian Hacking, Nancy Cartwright oder Karin Knorr-Cetina verbunden sind. Dieser Ansatz verfolgt dann eine mehr oder minder geschlossene Betrachtung des Wissenschaftssystems bzw. der darin stattfindenden Laborforschung. Der Fokus stellt in diesem Falle also auf die handelnden Personen, die Forscher:innen, die Labormanager:innen und andere scharf.

Mich interessierte hier ein kategorischer Mittelweg. Ich wollte konkret erfassen, welche ausübende Funktionslogik der wissenschaftlichen Erkenntnis überhaupt zugrunde liegt. Dieser Spur kann man in der Art folgen, dass man die Grenzen einer notwendigen methodischen Freiheit im Forschungsprozess betrachtet. Derartige Unternehmungen bauen oft auf Feyerabends Arbeiten auf und prägten einen wesentlichen Teil der Vor- und Zuarbeiten zu dieser hier vorgelegten Analyse (vgl. u. a. Rettenmaier 2019; Rettenmaier 2023). Solche philosophischen Betrachtungen verlieren sich aber schnell im bloßen Theoretisieren, werden sie nicht mit einem konkreten Regelsystem konfrontiert. Die Laborstudien nehmen hier die konkrete Situation im Laboratorium als Maßstab, was weitreichende Aussagen über das Individuum im Verhältnis zum Wissenschaftsbetrieb zulässt, jedoch weniger Aufschluss über das Verhältnis des Wissenschaftsbetriebs zur wissenschaftlichen Erkenntnis verspricht. In eben jenem Feld der kategorialen Überlegungen entstand die Überzeugung, dass ich meinem Erkenntnisinteresse am ehesten dadurch gerecht werde, indem ich die Verwaltung in den Mittelpunkt der systemischen Wissenschaftsbetriebsbetrachtung rücke. Hier, also im büro-

kratischen Mindset, kommt am ehesten ein kollektives Bewusstsein für eine Anwendungslogik wissenschaftlichen Erkenntnismanagements zum Vorschein. Und da dieses – wie Gopal und Sarukkai vor Augen führten – vor kulturellen Gepflogenheiten ebenfalls differenziert betrachtet werden muss, unterliegt es in der Analyse einer negativen Methodik. Mit anderen Worten: Wenn die bürokratischen Einflüsse in ihrem negativen Wirken aufgespürt werden, können im Umkehrschluss vielleicht Minimalnotwendigkeiten eines wissenschaftlichen Erkenntnismanagements destilliert werden.

Im Laufe der Zeit, die diese hier vorgelegte Analyse beansprucht hat, flankierten viele Begleiter:innen den Weg vom Wollen bis zum Werden. In meinem Falle sind hier von institutioneller Seite federführend die Hans-Böckler-Stiftung sowie die Universität Kassel zu nennen, ohne deren großzügige Stipendien- und Publikationsförderung dieses Projekt nicht umsetzbar gewesen wäre. Nicht weniger wichtig tritt die Unterstützung zweier Professoren hervor, die dieses Projekt von Beginn an begleiteten: Zum einen mein Doktorvater Dirk Stederoth, der im Laufe der Jahre zu meinem wichtigsten Kritiker und Berater wurde und dem ich mich auch über die Promotion hinaus in Freundschaft verbunden sehe. Zum anderen Rainer O. Neugebauer, der mir als Vertrauensdozent der Hans-Böckler-Stiftung stets mit Rat und Tat zur Seite stand. Auch die zwei Professoren, die im Anhang dieser Arbeit als Gesprächspartner für die Experteninterviews in Erscheinung treten, waren überaus prägend für diese Arbeit. Paul Hoyningen-Huene ist dabei insbesondere ein außerordentliches Gespür für die unternehmerische Universität zuzuschreiben. Diese Organisationsform verstehen zwar sicherlich viele, jedoch sind wohl nur wenige in der Lage, sie vor dem Hintergrund einer unternehmerischen Erkenntnistheorie auszudenken. Helmut Spinner ist derweil ein philosophischer Denker, der das Exzentrische der Feyerabend'schen Philosophie bemerkenswert zu erden und in organisationssoziologische Muster zu transferieren suchte. Dem Gespräch, dem das hier abgedruckte Experteninterview entsprang, folgten viele weitere Telefonate und Besuche. Diese Gespräche sind dabei nicht nur wissenschaftstheoretisch äußerst spannend, sie sind auch sehr herzlich und nicht selten spitzfindig, humorvoll und unterhaltsam im bestem Sinne.

So bleiben mir zum Schluss noch diejenigen zu erwähnen, die im Zuge der vergangenen Jahre wohl den Löwenanteil der Unterstützungsarbeit geleistet haben, eine Vielzahl von Freunden, Bekannten und Verwandten, denen ich zutiefst dankbar für ihre Unterstützung bin. Es erscheint kaum möglich, alle wertvollen Diskussionspartner:innen und Gegenleser:innen im Folgenden namentlich zu bedenken, was meine Dankbarkeit den ungenannten gegenüber nicht schmälern soll. Da wären zum einen meine Kollegen Daniel Klein und Dominik Novkovic hervorzuheben, die mich mit ihren soziologischen und bildungsphilosophischen Einwänden immer wieder wissenschaftstheoretisch forderten und damit auch förderten. Natürlich bin ich auch meinen Eltern und meinen Geschwistern zum Dank verpflichtet, meinem Bruder Samuel im Speziellen für seine Lektorentätigkeit. Ein besonderer Dank gebührt zudem Matthias Jung und Frederik Metje, für eine philosophische Begleitung seit dem ersten Semester und damit über drei akademische Abschlussarbeiten und Titel hinweg. Zu guter Letzt gilt mein Dank meiner Lebensgefährtin Verena Häseler, die wohl wie keine zweite Person durch das mehrmalige Gegenlesen und eine Vielzahl von Diskussionen mit dieser Arbeit verbunden ist.

1. Zum Vorhaben einer wissenschaftstheoretischen Fußnote

Die These, dass es mit der Universität nicht zum Besten steht, ist scheinbar eine immer wieder aufs Neue bekräftigte und es scheint gar so, dass das Klagelied auf eine unzureichende Finanzierung zum Grundkanon der modernen Universitäten gehört. So lassen sich schon deutlich vor 1900 Beschwerden über eine chronische Unterfinanzierung, überfüllte Hörsäle, überfüllte Seminarräume, prekäre Verhältnisse beim wissenschaftlichen Nachwuchs, überlastete Lehrende usw. auffinden (vgl. Paletschek 2007: 15). Die Verwaltung des Wissenschaftsapparates rückt dabei ebenfalls bereits recht früh in das Zentrum kritischer Aufmerksamkeit und wird spätestens im Schriftbild der 1968er-Bewegung fester Teil der Universitätskritik. Das Tun, Nicht-Tun und Schlecht-Tun der Hochschulverwaltungen, sowie die immer weiter zunehmende institutionelle Bedeutung der Verwaltungsarbeit und der sich immer weiter aufblähende und innerhalb der Hochschulorganisation verzweigende Verwaltungsapparat werden zunehmend kritisch beäugt. Die Krise als allgemeines Hochschul-Phänomen, so könnte man nach eingehender Sichtung der Literatur zur Universität meinen, ist steter Begleiter dieser Institution (vgl. u. a. Priddat 2014: 24 f.; Münch 2011: 11; von Hentig 1972: 9 f.).

Dass die Universität einer eingehenden wissenschaftlichen Kritik unterzogen wird, ist in Anbetracht der bereits skizzierten Dauerkrisenhaftigkeit nichts Neues. Wie wohl bei den meisten im größeren Stil akademisch sezierten Themen, gibt es zudem konjunkturelle Erregungs- und Abkühlungsphasen, sowie Schwerpunktthemen. Als Schwerpunktthemen für die kritische Analyse der Universität scheinen insbesondere die Exzellenzbemühungen (vgl. u. a. Alt 2021; Loprieno 2020; Masschelein & Simons 2010), sowie die Monetarisierung der Wissenschaft (vgl. u. a. Bahr, Eichhorn, & Kubon 2022; Kreiß 2015; Washburn 2006) im Mittelpunkt vieler Universitäts-Kritiken zu stehen. *Gut gemeint, schlecht gemacht* – das wäre eine noch recht ge-

linde Pointierung der Anamnesen, die besagte Kritiken vermitteln. Es ist die Diskrepanz zwischen der *Idee Universität* – ein recht hehres Ideal, wie diese Untersuchung noch zeigen wird – und der Umsetzung innerhalb einer Wirklichkeitsstruktur, die – in kapitalistischen Denkmustern gestrickt – mit dieser Idee von Universität und Wissenschaft schwer übereinbringbar erscheint. Der Philosoph Dirk Stederoth urteilt vor diesem Hintergrund, dass nur diejenigen einen guten Zustand der Universitäten bezeugen können, »die sich entweder einer allgegenwärtigen Technokratie assimiliert haben oder unter vollständiger Amnesie hinsichtlich der Idee leiden« (Stederoth 2019: 297).

Die hier vorgelegte Analyse stellt eine Einmischung in diese nun grob skizzierte Debatte dar und kreist dabei um nichts Geringeres als um die Diskussion der Gelingensbedingungen von Wissenschaft und Forschung. Ihren innovativen Charakter verdankt diese Untersuchung dabei insbesondere der Verschränkung wissenschaftstheoretischer Überlegungen mit soziologischen Analysen. Tatsächlich ist ein solches Vorhaben, welches wissenschaftstheoretisch fundiert die Debatten rund um eine angemessene und/oder gelingende Universitätsverwaltung anreichert, in der hier vorgebrachten Klarheit nicht bekannt. Die Universitäts-Kritik wissenschaftstheoretisch zu untermauern, folgt dabei der Annahme, dass »die Krise der Universität […] in erster Linie eine Krise der Wissenschaft und erst infolge davon eine Krise einer Einrichtung« (von Hentig 1972: 13) ist. Im Kern lauten die übergeordneten Fragen mit Blick auf die kriselnde Universität innerhalb dieser Untersuchung also: Wie funktioniert wissenschaftliche Erkenntnis? Wie funktioniert universitäre Wissensverwaltung? Was funktioniert dabei aktuell (anscheinend) nicht gut? Es ist also ein Unternehmen, welches den Gegenstand der Analyse aus sich heraus be- und ergreifen möchte, um ihn so einer produktiven Kritik zuzuführen.

Diese wissenschaftsimmanente Kritikform exklusiv als Wissenschafts*philosophie* zu deklarieren, wäre derweil wohl zu kurz gegriffen. Das Interesse und die Kritik am eigenen wissenschaftlichen Tun gehen keineswegs exklusiv philosophische Wege. So sind unter den diskursbestimmenden Wissenschaftstheoretiker:innen sowohl Philosoph:innen, wie auch Soziolog:innen, Politolog:innen, Ökonom:innen, Physiker:innen uvm. zu finden, welche ein philosophischer Anspruch der Art prägt, dass sie ihre Gedanken zur

Wissenschaft im Zeichen epistemologischer Letztbegründungen anstellen möchten.[1] Welchen Stellenwert diese Letztbegründungen behaupten können, also ob sie anleitend für das wissenschaftliche Tun sein können oder ob sie vielmehr als Stützpfeiler einer Reflexion des wissenschaftlichen Tuns auftreten sollten, ist Gegenstand langjähriger Kontroversen innerhalb der Fachdisziplin Wissenschaftstheorie. Innerhalb dieser Analyse wird die These verfolgt, dass die Wissenschaftsphilosophie durchaus praktische Hinweise für den wissenschaftsinstitutionellen Alltag und damit für die institutionelle Struktur wissenschaftlicher Tätigkeit zu liefern vermag. Diese These wird im Fortlauf der Arbeit – u. a. im Austausch mit Helmut Spinner (Spinner 2021: A.I f.) – eine detailliertere Erörterung erfahren.

Im Konkreten bedeutet dies für diese Analyse nicht mehr und nicht weniger als dem Anspruch gerecht werden zu wollen, wissenschaftstheoretische Fußnoten und philosophische Reflexionen in einen interdisziplinären Diskurs einzufügen, der aktuell mit Blick auf das Wissenschaftsmanagement stark technokratisch und ökonomisch geprägt erscheint. Es handelt sich um eine Einlassung darüber, wie institutionelle Wissenschaft aus epistemologischer Sicht funktioniert und wie vor diesem Hintergrund deren Organisation beschaffen sein sollte, bei gleichzeitiger Darlegung und Kritik daran, wie die Organisation der institutionellen Wissenschaft aktuell verfasst ist. Es ist somit ein philosophisches Unternehmen mit dem Anspruch, die interdisziplinäre Verfasstheit der Wissenschaftsphilosophie über die theoretische Grundhaltung hinaus in die Praxis zu überführen.[2]

---

1 Ein großer Teil namhafter Denker:innen der heutigen Wissenschaftstheorie entstammte der Physik (u. a. Albert Einstein, Niels Bohr, Pierre Duhem, Paul Feyerabend, Ernst Mach), gefolgt von der Mathematik (u. a. Rudolf Carnap, Gottlob Frege, Kurt Gödel, Alfred Tarski), der Biologie (u. a. Ludwik Fleck, Peter Medawar, Humberto Maturana) und der Ökonomie (u. a. Hans Albert, Otto Neurath, Helmut Spinner), die wenigsten waren wissenschaftlich in genuin philosophischer Tradition sozialisiert (u. a. Walter Dubislav, Karl Popper, Moritz Schlick).

2 Eine kritische Hinterfragung der eigenen wissenschaftlichen Sozialisation als Wissenschaftsphilosoph:innen ist bei einem Großteil der Denker:innen zu finden, die in der hier vorangegangenen Fußnote als namhafte Pioniere geführt wurden. Insbesondere Karl Popper, Imre Lakatos und Paul Feyerabend arbeiteten hierzu en détail Gedanken aus, Feyerabend sprach gar von der Wissenschaftstheorie als »eine bisher unerforschte Form des Irrsinns« (Feyerabend 1978: 293)

Im zweiten Kapitel dieser Untersuchung werden die definitorischen Leistungen vorgebracht, die für das begriffliche Grundverständnis innerhalb der Arbeit Sorge tragen. Dazu gehört u. a. die konkrete Verständigung darüber, wie die Wissenschaftstheorie vor dem Anspruch philosophischer Erkenntnis in dieser Arbeit aufgefasst wird und daran anknüpfend, welchen methodischen Anspruch diese Arbeit verfolgt. Es wird in Kapitel *2.1.1* u. a. aufgezeigt werden, warum es – unter Berücksichtigung der historischen Gewordenheit und der damit verbundenen Eigenheiten – legitim erscheint, die Zuschreibungen der Wissenschaftstheorie und Wissenschaftsphilosophie synonym zu behandeln und beide auch als Oberbegriff für die Subdisziplinen anzuführen, die innerhalb dieser Untersuchung wichtige Daten und Erkenntnisse liefern – beispielsweise ist hier die soziologische Hochschulforschung eine solche Subdisziplin. Die anschließende methodische Reflexion soll nicht als unumstößlicher *Goldstandard* des eigenen Analyseprozesses veranschlagt werden, doch soll dieser Reflexionsprozess durchaus auch dazu dienen, die eigene erkenntnistheoretische Axiomatik transparent zu machen.

Hierfür wird in Kapitel *2.1.2* ein philosophisch im Universitätsbetrieb eher unterbelichtetes Konzept vorgestellt, welches Ernst Machs Arbeiten entlehnt wurde und sich konkret als philosophische Auslegung einer *historisch-kritischen Methode* versteht. So wird zum einen der eigene Anspruch klar, die institutionelle Erkenntnis im Zeichen der Wissenschaft aus ihrem

und ergründete dabei die Frage, inwieweit wissenschaftliche Forschung überhaupt derart rational zu sein vermag, dass sie den hinreichenden Bedingungen einer Theorienbildung genügen kann. Auch Helmut Spinner wendete sich dieser Diskussion detailliert und pointiert zu, berücksichtigte dabei insbesondere die Rezeption der Werke Poppers als gesamtgesellschaftlich stark hofierte Galionsfigur der Wissenschaftsphilosophie und die daran anknüpfende Verbindung und Verbindlichkeit zwischen Wissenschaftstheorie, Wissenschaft und Wissenschaftspolitik. Für die Wissenschaft attestiert er der Wissenschaftstheorie lediglich die Funktion der Nachbesserungshilfe, indem sie »Definitionen anspitzen und lahme Beweise (oder, für kritische Rationalisten: Widerlegungen) mit neuen Krücken« (Spinner 1978: 543) versehen kann. Für diese hier vorgelegte Untersuchung ist die Beschäftigung Spinners mit der Synthese zwischen wissenschaftstheoretischen Positionen und den dahinterstehenden Wissenschaftspolitiken – das Politische verstanden als das gestalterische Element hinter einer wissenschaftlichen Praxis – von besonderem Interesse.

historischen Kontext heraus verstehen zu wollen. Es wird weiterhin damit verdeutlicht, dass diese Arbeit und die ihr zugrunde liegenden theoretischen Annahmen auf einem ähnlichen Verständnis fußen und dabei das Primat der kritischen Prüfung und Interpretation im historisierenden Prozess hochhalten. Die Methodik Machs ist aktuell noch Gegenstand eingehender Forschungsvorhaben, was das hier lancierte Unternehmen, die historisch-kritische Methode im Machschen Sinne als grundlegend zu veranschlagen, somit zu einem noch recht exklusiven macht. Doch insbesondere vor dem Hintergrund des Einflusses von Mach auf die Denker:innen des Wiener Kreises, sowie auf Albert Einstein, Popper, Feyerabend etc. – allesamt Denker:innen von Relevanz für die Grundlegung der wissenschaftstheoretischen Überlegungen dieser Arbeit – erscheint das konkrete Thematisieren der Methode Machs und der damit verbundenen Perspektive auf den Gegenstand Wissenschaft als lohnenswert. Daran anknüpfend werden im zweiten Kapitel darüber hinaus mit konkretisierendem Anspruch diverse Schlüsselbegriffe dieser Untersuchung ge- und erklärt, u. a. wird hier das Verhältnis von *Meinen, Glauben* und *Wissen* (Kapitel *2.2.2*), sowie von *Wissenschaft* und *Forschung* (Kapitel *2.2.4* und *2.2.5*) in Abgrenzung zu einer emanzipativen Bildung im Volkshochschulkontext (Kapitel *2.2.3*) betrachtet werden.

Dabei ist die Begriffsarbeit in diesem Kapitel nicht sonderlich spezifiziert, sondern verkörpert vielmehr den Anspruch, einen grundlegenden Überblick dazu zu verschaffen, wie diese Begriffe im Allgemeinen in Stellung gebracht werden. Nichtsdestotrotz stellt dieses Kapitel an einigen Stellen auch einen inhaltlichen Vorgriff dar, zum Beispiel wenn in Kapitel *2.2.4* und *2.2.5* die Forschung in Verbindung mit der Universität als Stätte institutioneller Wissenschaft als eine von drei hauptsächlichen Aufgaben dargestellt wird. Daran lässt sich ein weiterer wesentlicher Vorgriff ablesen, denn in Kapitel *2.2.3* wird die Begründung dafür erfolgen, dass die Universität als Gegenstand der Analyse ausgemacht wurde. Dies ist keineswegs selbstverständlich, könnte man die wissenschaftliche Erkenntnis doch auch im Zuge großindustrieller Forschung verorten. Warum eben dies im Zuge einer grundlegenden Charakterisierung der wissenschaftlichen Erkenntnis jedoch unlauter erscheint bzw. in welchem Sinne die Universität geradezu prädes-

tiniert als Untersuchungsgegenstand im Ansinnen dieser Analyse erscheint, wird in Kapitel *2.2.3* erörtert und argumentiert.

Das dritte Kapitel folgt der Zielsetzung, das *Pluralistische Erkenntnismodell* im Zeichen Helmut Spinners als philosophische Grundannahme zu etablieren, mit der eine wissenschaftstheoretische Fußnote für einen Diskurs ausbuchstabiert wird, der sich aktuell am häufigsten unter der Verschlagwortung des Hochschulmanagements auffinden lässt. Spinners Arbeiten sind in den wissenschaftstheoretischen Debatten der vergangenen Jahrzehnte etwas in Vergessenheit geraten – zu Unrecht, wie diese Analyse federführend innerhalb der Kapitel *3.3.1* und *3.3.2* aufzeigen wird. Denn tatsächlich ist es mit Spinners Pluralismusmodell möglich, die durchaus profunde Kritik, die Paul Feyerabend u. a. prominent an Karl Popper richtete, institutionell umzumünzen und Feyerabend damit aus einer utopischen Ecke herauszuholen und in anwendungsbezogene Überlegungen zu überführen. Es ist ein Modell, das das Feyerabend'sche *Anything goes* und die Revolutionen Thomas Kuhns praktisch als Wissenschaftsalltag zu denken versucht. Dafür wird auch hier wieder im Vorfeld der Spinnerschen Rekonstruktion – genauer in Kapitel *3.1* – ein historischer Exkurs stattfinden, der die Diskussionen der Wissenschaftstheorie umreißt und kategorisiert. Diese *kleine Geschichte der Wissenschaftstheorie* dient einem grundlegenden Überblick darüber, wo innerhalb dieser Analyse die Leistung Spinners im gesamt-wissenschaftstheoretischen Diskurs ausgemacht scheint. Außerdem werden in Kapitel *3.2* die Begriffe der Utopie (als spezielle Denkform) und Anarchie (als Ideologie sowie erkenntnistheoretische Utopie) vorgestellt.

Das dritte Kapitel ist somit als wissenschaftstheoretische Grundierung zu verstehen, welche grundlegend für die Reflexion der Technokratie ist, die als Ordnungsschema im heutigen Universitätsalltag wirkt. Der interdisziplinären Note dieses Vorhabens geschuldet, orientiert sich die Gliederung und Struktur dieser Untersuchung einer Darstellung in fachdisziplinischen Sinneinheiten. Das dritte Kapitel endet daher mit einem ersten Zwischenresümee, welches den bis dahin entwickelten und federführend der Wissenschaftstheorie verpflichteten Gedankengang zusammenfasst. Hier wird nochmals pointiert dargelegt werden, weshalb eine profunde und wissenschaftstheoretisch erschöpfende Reflexion epistemologischer Argumentatio-

nen vor dem Hintergrund einer Kritik der Technokratie sinnvoll erscheint. Es wird sich hier u. a. auch zeigen, dass das Spinner'sche Erkenntnismodell anfällig für organisationspolitische und/oder ökonomische Missinterpretationen ist. Denn wenn die wissenschaftlichen Revolutionen den Erkenntnisfortschritt bezeichnen, dann erscheint eine möglichst straffe Befristungspolitik für Wissenschaftler:innen im Zeichen der Innovationsfreude durchaus plausibel. Derlei Einwände werden im Resümee bedacht und anschließende Reflexionspunkte eingeleitet. Es sind im übrigen auch eben derlei Fehlinterpretationen wissenschaftstheoretischer Grundannahmen, die eine (er) klärende Fußnote wie die mit dieser Arbeit anvisierte notwendig machen.

Das vierte Kapitel setzt sich in seinem Duktus derweil etwas ab von den Grundlegungen der Untersuchung und beruft sich zumeist auf soziologische wie bildungsphilosophische Vorarbeiten. Hier wird nun en détail ausgearbeitet, dass wissenschaftstheoretische Überträge im Zeichen wissenschaftlicher Revolutionen auf technokratische Strukturen keinesfalls pauschalisiert werden dürfen. In einem ersten Schritt bedeutet dies, dass die Universität als Institution sowie als Organisation betrachtet wird, dies unter ständigem Rückgriff auf die Vorarbeiten der ersten drei Kapitel. So wird die soziologische Kategorisierung insofern Ergänzung finden, als dass die anarchistische Utopie als *institutioneller Kern* und die Forschung als *organisationale Aufgabe* dargestellt werden. Die historische Perspektive fehlt auch hier nicht, wenngleich sie in diesem Kapitel nicht wie zuvor den tiefergreifenden Analysen vorangestellt, sondern stattdessen hintenangestellt wurde. Dies liegt schlicht daran, dass ein Transformationsprozess vom Institutionellen zum Organisationalen auszumachen ist, der sich deutlich einfacher nachvollziehen lässt, wenn die Eigenschaften und Bedingungen der Institution sowie der Organisation geläufig sind.

Diesen federführend organisationssoziologisch begründeten Überlegungen folgen nun bildungsphilosophische Einlassungen. Den Überlegungen von Karl Jaspers folgend, wird die Organisation der Universität innerhalb des Kapitels 4.5 auf drei universitäre Hauptaufgaben hin untersucht: Zum ersten die Forschung, zum zweiten die Erziehung und zum dritten der Unterricht. Hier wird sich zeigen, dass *Die Idee der Universität* von Jaspers es in aller Klarheit vermag, die erkenntnistheoretischen Notwendigkeiten und

Bedingungen in Zusammenhang mit den organisationalen Aufgaben zu bringen. Zudem lässt sich anhand der Jasperschen Ausführung gut verdeutlichen, inwieweit die einzelnen Bedingungen der universitären Organisation sich gegenseitig bedingen. Diesem Dreischritt Jaspers unterstellt, findet dann auch eine etwas weitreichendere Betrachtung des Humboldt'schen Bildungsideals statt, die sich konsequent vor dem Hintergrund der wissenschaftstheoretischen und organisationssoziologischen Überlegungen entwickelt und dabei die historischen Dimensionen abzuzeichnen versucht.

Während man dem ersten Teil der Analyse, also den Kapiteln *1* bis *3*, einen recht klaren wissenschaftstheoretischen Duktus zuschreiben kann, kann das vierte Kapitel als (organisations)soziologische und bildungsphilosophische Einlassung bezeichnet werden. Ein zweites Resümee innerhalb des Kapitels *4.6* trägt diesem Bruch Rechnung, fasst die Erkenntnisse und Setzungen des Kapitels zusammen und reflektiert diese nochmals detailliert vor dem Hintergrund des vorangegangenen wissenschaftstheoretischen Parts. Hier erfolgt gerafft eine Ausbuchstabierung der Antwort auf die bereits ausgerufene Grundfrage dieser Untersuchung, wie universitäre Erkenntnis funktioniert. Es wird sich zeigen, dass im Groben zwei Sinneinheiten dieses Analysegebaren prägen: 1. Die Funktionslogik der Universität, verstanden als Zusammenspiel eines epistemologischen Prozesses (Erkenntnistheoretischer Pluralismus) und der Tradierung dessen (Aufgaben der Universität). 2. Die damit zu vereinbarende Funktionslogik der Bürokratie, verstanden als das universitäre Wissen verwaltende Technokratie.

Die zweite Sinneinheit wird nun also im fünften Kapitel dieser Arbeit entwickelt und ausbuchstabiert. Hier entwickelt sich ein interdisziplinäres Bemühen, welches Niklas Luhmann wohl als notwendige »theoretische Besinnung auf die Eigenart des Verwaltungsvorganges« (Luhmann 1964/2021: 13) umschreiben würde. Auch wenn noch so klar zu sein scheint, wie eine Sache – zum Beispiel die Forschung – bestellt ist, ist die verwalterische Regulation (dahinter) oftmals von immenser Prägekraft. Es scheint daher außerordentlich wichtig zu verstehen, welche Eigenlogik Verwaltungstätigkeiten zugrunde liegt und wie Theorien idealerweise verfasst sein sollten, um bürokratische Dynamiken kalkulieren zu können. Das diese Annäherung nicht einfach ist und auch in der wissenschaftlichen Analyse recht verworren

erscheint, findet sich ebenfalls treffend bei Luhmann beschrieben: »Je stärker man sich dem konkreten, faktischen Verwaltungshandeln zu nähern, je praxisnäher man zu denken sucht, desto vielfältiger werden die Beziehungs- und Deutungsmöglichkeiten, desto abstraktere Denkmittel sind nötig, will man zu sachgerechten Aussagen kommen« (Luhmann 1964/2021: 11).

Um also einer solchen theoretischen Besinnung näher zu kommen, wird in Kapitel *5.1* – in gewohnter Manier dieser Untersuchung und somit im Zeichen der historisch-kritischen Methode – einleitend ein historischer Abriss erfolgen. Dieser historische Abriss wird eine Art Meta-Perspektive prägen und aufzeigen, von welch ausladender, historisch gewachsener und wissenskulturell prägender Art die Bürokratie ist. Nach diesen allgemeinen Betrachtungen folgen drei spezielle Einlassungen zum Thema. Die Wahl der drei hier als grundlegend veranschlagten Denker kann sich von einer gewissen Willkür nicht freisprechen, wenngleich sie sich – wie sich in Kapitel *5* zeigen wird – entlang zeitgenössischer Betrachtungen zur Bürokratie empirisch durchaus zaghaft untermauern lässt. Konkret werden hier also nun die Überlegungen zur Bürokratie von Max Weber, Niklas Luhmann und David Graeber ausgewertet.

In Kapitel *5.2* wird Weber als Ur-Vater der Bürokratieforschung vorgestellt. Ihm wird es zugeschrieben, dass das Phänomen der Bürokratie überhaupt als solches benannt wird. Tatsächlich wird sich hier auch zeigen, dass die Weber'sche Analyse von exklusivem, aber auch nahezu prophetischem Charakter ist. Anschließend kommt in Kapitel *5.3* Luhmann zu Wort, dabei nicht in üblicher Manier eines Gesellschaftskritikers, sondern vielmehr als Verwaltungsanalytiker; mit einer Analyse über die eigenartigen Kategorisierungen, die ausgehend von verschiedenen Wissenschaften in die Disziplin der Verwaltungswissenschaften hineinwirken. Daraus wird zweierlei deutlich: Zum einen finden sich hier inhaltliche Bekräftigungen der vorab dargestellten Vermutungen Webers und zum anderen wird deutlich, wie eigentümlich und schwer zu fassen sich der Untersuchungsgegenstand der Verwaltung darstellt. In Kapitel *5.4* finden Graebers Betrachtungen Anklang. Graeber seziert die Bürokratie aus einer politischen Perspektive und zeigt auf, dass Bürokratie eine Form von Herrschaftswissen darstellt und sich in einem selbstreferenziellen Aufbau befindet. Das Kapitel *5.5* untermauert die

bis dahin vorgenommenen Skizzierungen einer bürokratischen Funktionslogik anhand von Praxisbeispielen, die Luhmanns und Graebers Repertoire entstammen. Sowohl Luhmann wie auch Graeber haben ihre Erfahrungen als teilnehmende Beobachter bürokratischer Prozesse mit überwiegend humoristischer Feder verfasst, wodurch die Kategorisierung des Unterkapitels als *Persiflage* durchaus angemessen erscheint.

Mit den Ausführungen zur Bürokratie schließt jener Part, den man den bisherigen Ausführungen folgend als zweite Sinneinheit bezeichnen könnte. Es erscheint vor diesem Hintergrund nur folgerichtig, diesen Part – wie bereits die beiden in sich geschlossenen Teile des ersten Parts, also der ersten Sinneinheit – in Kapitel *5.6* mit einem eigenen Zwischenresümee zu beschließen.

Zu diesem Zeitpunkt, so könnte man wohl meinen, ist nun alles Grundlegende besprochen, was im Zeichen einer wissenschaftstheoretischen Fußnote in die Diskussion rund um die Verfasstheit der Universitäten eingebracht werden kann. Tatsächlich erfolgt nun noch ein letzter Blick in die konkreten Diskussionspunkte eben jenes Diskurses, anhand dessen die wissenschaftstheoretischen Fußnoten argumentativ geschärft werden können. Konkret erfolgt dieser Einblick in den Diskurs anhand dreier zeitgenössischer Positionen im Zeichen einer Universitätskritik. Hier wird sich nochmal deutlich darstellen, inwiefern epistemologische Argumentationen allzu oft eine Stützfunktion für politisches Agenda-Setting leisten müssen. Konkret wird in Kapitel *6.1* eine Darstellung der Überlegungen von Bogumil et al. zur Differenz zwischen einem Selbstverwaltungs- und Managementmodells im Universitätsbetrieb ausgeführt. Daran anknüpfend wird in Kapitel *6.2* eine Generalkritik zur alles vermessenden Universitätspolitik vorgetragen, die der langjährige Generalsekretär der *Volkswagen Stiftung* Wilhelm Krull 2017 mit dem Titel *Die vermessene Universität: Ziel, Wunsch und Wirklichkeit* (vgl. Krull 2017) veröffentlichte. Abschließend wird in Kapitel *6.3* ein Aufsatz von Dirk Stederoth rezipiert, der als komplexe Kritik die ersten beiden Zeitdiagnosen von Bogumil et al. und Krull miteinzuschließen und weiterzudrehen vermag.

Das siebte Kapitel beginnt im Unterkapitel *7.1* mit einer möglichst pointierten Zusammenfassung der Untersuchungserkenntnis, zugespitzt auf die

Unterstreichung der These, dass das universitäre Ideal der Institution Universität zugrunde liegt und die Institution in einem dauerhaften Transformationsprozess zur idealen Organisation begriffen ist. In diesem Sinne geht es eben immer wieder um das Organisationale der Universität, was dem pluralen Erkenntnischarakter mit seinem immanenten und immerwährenden Widerpunkt durchaus gerecht wird. Hierin ist auch der Titel dieser Untersuchung – *Immer. Wi(e)der. Universität.* – begründet. Vor diesem Hintergrund erfolgt in den Kapiteln *7.2*, *7.3* und *7.4* eine dezidierte Reflexion der Problemskizzen aus dem sechsten Kapitel, bevor dann innerhalb von Kapitel *7.5* ein Exkurs zur Ähnlichkeit zwischen einer anarchistischen und pluralistischen Erkenntnistheorie im Zeichen Paul Feyerabends und Helmut Spinners mit den Theorien der Postmoderne erfolgt. Das Kapitel *7.6* beschließt die Arbeit und offeriert dabei fünf Thesen, die aus dieser Untersuchung abgeleitet werden.

Dem Literaturverzeichnis dieser Arbeit folgt zudem ein Anhang, bestehend aus zwei Interviews. Es handelt sich hierbei um Gespräche mit den Philosophen Helmut Spinner und Paul Hoyningen-Huene. Beide Philosophen prägen mit ihren wissenschaftstheoretischen Arbeiten die Überlegungen dieser hier vorgelegten Analyse elementar. Es ist daher ein ungemeiner Gewinn, dass sich beide bereit erklärt haben, mit mir die Thesen meiner Arbeit zu diskutieren. Zur klaren Abgrenzung von der restlichen Literatur werden die Interviews im Anhang und unter römischer Bezifferung aufgeführt. Wenn im Laufe dieser Untersuchung auf Interviewstellen verwiesen wurde, wird dies ebenfalls durch die römischen Zeichen und ein der Seitenzahl vorangestelltes A für Anhang – zum Beispiel *(Spinner 2021: **A.** VII)* kenntlich gemacht.

2. Eine Frage der Definition(en)

In diesem Kapitel werden die handwerklichen und definitorischen Grundlegungen für diese Untersuchung dargestellt. Unter dem Begriff des Handwerks wird die Art der philosophischen Annäherung reflektiert, die dieser Arbeit zugrunde liegt. Als definitorische Grundlegung wird derweil die Klärung des Untersuchungsgegenstands verstanden, welche in erster Linie sprachlicher Natur ist. Kurzum: Hier wird u. a. ausformuliert, was im Fortlauf dieser Untersuchung unter *Wissenschaft*, *Wissen*, *Universität*, *Forschung*, *Wissenschaftler:innen* und *Forscher:innen* usf. verstanden wird. Unterschiedliche Definitionen folgen unterschiedlichen Grundannahmen, welche oftmals unterschiedlichen Forschungsintensionen geschuldet sind. Eine Verständigung darüber, was für die vorliegende Untersuchung veranschlagt wird, schafft a) Transparenz mit Blick auf die mit eingedachten und dabei nicht explizierten Theorien und so b) die Möglichkeit einer ersten diskursiven Einordnung im Abgleich zu anderen Verwendungen.

In Kapitel *2.1* wird der mutmaßliche Einflussbereich wissenschaftstheoretischer Überlegungen im deutschsprachigen Raum und daran anknüpfend das bereits erwähnte Selbstverständnis, im interdisziplinären Spannungsfeld mit philosophischem Erkenntnisanspruch operieren zu wollen, betrachtet. Es ist der Versuch einer Gegenwartsdarstellung der Wissenschaftstheorie, der in einem Zwei-Schritt-Verfahren auch die eigene Wahrnehmung und das eigene methodische Verständnis vor dem Hintergrund der anstehenden Analyse reflektiert. Dabei wird an dieser Stelle insbesondere die *historisch-kritische Methode* als Richtmaß dieser Untersuchung umrissen, auch der Tatsache geschuldet, dass diese Methode – ausgehend von Ernst Mach – den in dieser Untersuchung als grundlegend erscheinenden Überlegungen von Thomas Kuhn oder Paul Feyerabend inhärent scheint.

Zwei essenzielle Fragen, die dieser Untersuchung zu Beginn inhaltlich immanent scheinen, lauten: Was soll als Wissenschaft innerhalb der folgenden Ausführungen verhandelt werden? Wie soll die institutionelle Wissenschaft als konkreter Gegenstand dieser Untersuchung in ihrer aktuellen Verfassung dargelegt werden? In eben jener Reihenfolge soll auch die basale Definitionsleistung erfolgen, bei der die Erscheinungen der Wissenschaft geklärt werden, die Gegenstand dieser Untersuchung ist: Was versteht man sinnvollerweise unter Wissenschaft? Was identifiziert Wissenschaftler:innen? Was tun Forscher:innen? Was unterscheidet im Zeichen eines Forschungsprimat das Labor eines Großkonzerns von einer (Fach)Hochschule? All diese Fragen und noch weitere finden innerhalb des Kapitels *2.2* Beachtung.

2.1 Reflexionen zum disziplinären wie methodischen Selbstverständnis

Philosoph:innen werden oftmals als die unkündbaren Hauptmieter:innen des Elfenbeinturms betrachtet, die zwar wortgewandt Probleme aufzudecken vermögen, die Lösung der Probleme dann aber an die angewandten Wissenschaften delegieren. Tatsächlich ist diese Vorstellung von Philosophie auch nicht gänzlich von der Hand zu weisen und sogar aus den eigenen Reihen von namhaften Philosoph:innen wie beispielsweise Moritz Schlick eigens bemüht. Schlick sah in der Philosophie gar die *Königin der Wissenschaften*, die selbst keine Wissenschaft ist, jedoch ganz im Sinne einer Mutter Regentin die Einzelwissenschaften mit den Fragen en détail betraut:

> »[D]ie Philosophie ist nicht ein System von Sätzen, sie ist keine Wissenschaft. Was ist sie aber dann? Nun, zwar keine Wissenschaft, aber doch etwas so Bedeutsames und Großes, daß sie auch fürder, wie einst, als die Königin der Wissenschaften verehrt werden darf; denn es steht ja nirgends geschrieben, daß die Königin der Wissenschaften selbst auch eine Wissenschaft sein müßte. Wir erkennen jetzt in ihr [...] anstatt eines Systems von Erkenntnissen ein System von Akten; sie ist nämlich diejenige

> Tätigkeit, durch welche der Sinn der Aussagen festgestellt oder aufgedeckt wird.« (Schlick 1930/2006: 34)[3] [4]

Mit dieser Definition der Philosophie als *Königin der Wissenschaften* ist in zweierlei Hinsicht eine Vorlage zur weiteren Diskussion geschaffen: Einerseits wird hier eine Aussage über die tatsächliche Wirkkraft philosophischer Überlegungen getätigt, andererseits aber auch ein *Organigramm-Gedanke* entsponnen, der eine (Wissenschafts)Philosophie gut verorten könnte – als *Mutter Meta* beispielsweise. Tatsächlich sind Debatten wie diese mühevoll und keineswegs leicht klar zu bescheiden, das verdeutlichen insbesondere die Diskussionen um Sinn, Stellung und Anspruch einer Wissenschaftsphilosophie im 20. Jahrhundert. Diese Diskussionen wurden teils derart kontrovers geführt, dass Feyerabend hinter der Wissenschaftstheorie gar »eine bisher unerforschte Form des Irrsinns« (Feyerabend 1978: 293) vermutete.

Tatsächlich ist auch heute noch kein klares Urteil darüber ausmachbar, welche Rolle einer Wissenschaftstheorie zusteht bzw. welche Rolle ihr zu behaupten ansteht. Unter anderem hierüber – über die Rolle der (Wissenschafts)Philosophie für die Wissenschaften – wurde auch im Rahmen der angehangenen Expert:inneninterviews gesprochen. Es zeigte sich im Gespräch, dass der Anspruch der hier vorgelegten Analyse dem Anspruch des *jungen* Helmut Spinner durchaus ähnelt und damit ein Projekt der wissen-

3 An dieser Stelle wird das Zitat Schlicks in Teilen seinem ursprünglichen Sinnzusammenhang enthoben, da die an die Teilwissenschaften delegierte Arbeit vor allem im Verifikationsprozess des logischen Empirismus ausgemacht war. Die Funktionslogik jedoch scheint die gleiche zu sein, weshalb auch dieser Anschluss gerechtfertigt erscheint.

4 Eine editorische Notiz: Für manche Leser:innen mag die Angabe der Jahreszahlen im Zuge der Zitation ab und an ungewöhnlich erscheinen, da hier oftmals zwei Jahreszahlen angegeben werden. Dies dient in erster Linie der Transparenz historischer Entwicklungen in dem Sinne, dass die erste Jahreszahl stets die Ersterscheinung des Werkes ausweist und die zweite Jahreszahl das Erscheinungsjahr der Ausgabe angibt, die als Grundlage dieser Analyse diente. Im Falle des Werkes »Die Grenzen der Verwaltung« von Niklas Luhmann verhält es sich so, dass die Texte von Luhmann 1963 und 1964 verfasst, jedoch erst 2021 posthum veröffentlicht wurden. Die Angabe der Ersterscheinung erfolgt unter Vorbehalt und wird dann angestrebt, wenn eine historische Entwicklung in der Argumentation der vorgelegten Analyse auch eingedacht ist.

schaftsphilosophischen Einlassung im Zeichen einer Weberschen Regelherrschaft darstellt:

> »Der Popper stülpt also die Bürokratie über die Wissenschaft, er ist damit so ein bisschen stellvertretend für die Regelherrschaft des Alltags. Die Regelherrschaft des Alltags stößt irgendwann an ihre Grenzen, um sie zu durchbrechen, braucht man keine Gegenregeln, sondern so eine Art Fluktuation. Der Feyerabend setzt da keine Regeln entgegen, will mit den Regeln Schluss machen. Das funktioniert aber natürlich auch nicht. Wir brauchen beides, eben Alltag und Alltäglichkeit.« (Spinner 2021: A. I)

Um diesem Anspruch gerecht werden zu können, muss die philosophische Grundlage entsprechend herausgearbeitet und ein Stück weit zurechtargumentiert werden, letzteres vor allem deshalb, weil die wenigsten Wissenschaftsphilosoph:innen ihre Theorien einer soziologischen Gegenüberstellung gemäß ausgeführt haben. Ein organisationssoziologischer Vergleich ist jedoch Grundlage für die hier bevorstehende Analyse. In eben diesem Sinne wird die Analyse im Folgenden argumentieren und definieren, konkret im Kapitel *2.1.1* mit dem Fokus auf die interdisziplinäre Verortung wie Einordnung und im Kapitel *2.1.2* mit einem Exkurs zu Machs Methodik, die mit dem Grundverständnis der hier vorgelegten Arbeit sehr gut verträglich erscheint.

2.1.1 Eine Wissenschaftsphilosophie, die dieser Untersuchung gerecht werden wird

Wie eingangs bereits ausgeführt, ist die Wissenschaftstheorie ein Gebiet der Philosophie in dem Sinne, dass hier die kritische Selbstreflexion zum Maß des Handelns erhoben wird. Es steht also im Fokus des Interesses, dass die Kernbegriffe des jeweiligen wissenschaftlichen Prozesses eingehender Betrachtung unterzogen werden, um diese dann nach bestem Wissen und Gewissen zu (er)klären. Die Kausalitäten werden unter dem Primat der Stringenz geprüft und analytisch seziert, in erster Linie stehen die Erkenntnisse der Wissenschaften im Fokus der Wissenschaftsphilosophie.

Dazu bedarf es dem grundlegenden Rüstzeug reflexionswissenschaftlichen Tuns, es bedarf aber auch eines Grundverständnisses für den wissenschaftlichen Fachbezug, der der Analyse unterzogen wird. So ist es nur folgerichtig, dass die Wissenschaftsphilosophie eine philosophische Disziplin darstellt, die über verhältnismäßig wenige genuine Philosoph:innen verfügt. Es erscheint daher angebracht, beginnend zweierlei festzuhalten: Zum ersten, dass die Wissenschaftsphilosophie die philosophische Beschäftigung mit der Wissenschaft bzw. mit den Wissenschaften umfasst und zum zweiten, dass die eingehende Beschäftigung mit einer Spezialwissenschaft/Einzelwissenschaft natürlich auch ein fachliches Grundverständnis voraussetzt, welches sich der/die jeweilige Wissensphilosoph:in additiv zum philosophischen Reflexionsvermögen aneignen muss. Eine Um- bzw. Verkehrung im Aneignungsprozess erscheint dabei generell nicht erheblich, also die Frage, ob beispielsweise Physiker:innen in der Wissenschaftstheorie in dieses Untersuchungsfeld als Physiker:innen oder Philosoph:innen gestartet sind. Wohl aber erscheint eine grundlegende Sensibilisierung dafür lohnenswert, erklärt diese Erkenntnis doch womöglich das Verhältnis der Wissenschaftstheorie zur Philosophie, aber auch den Anerkennungsgrad der Wissenschaftstheorie innerhalb der gesamten *scientific community*.

Die Wissenschaftsphilosophie als Fachdisziplin entstammt einer Tradition philosophisch versierter Naturwissenschaftler:innen, diese Konstellation scheint – heute wieder in verstärktem Ausmaß – überwiegend die Disziplin zu dominieren. Physiker:innen, Mathematiker:innen, Biolog:innen – die Naturwissenschaften überwiegen als fachliche Bezuschussung zur philosophischen Ausbildung der Wissenschaftsphilosoph:innen und prägen damit auch ein Stück weit die Ausrichtung dieser Disziplin. Das bedeutet, dass die weitere Anwendung philosophisch elaborierter Ergebnisse über Erkenntnisse der Wissenschaften zumeist in logische und/oder mathematische Sphären transferiert wird. So werden zum Beispiel Fragen nach der Genauigkeit von Messoperationen und deren Ergebnissen oder von Transfereffekten bei interdisziplinären Projekten o. ä. behandelt. Das bedeutet, dass die jeweilige Fächerkultur der zweiten Expertise der Wissenschaftstheoretiker:innen, also die der Philosophie hinzukommende – so die These an dieser Stelle – durch-

aus inhaltlich abzufärben vermag auf die Forschungstätigkeit jener Wissenschaftler:innen.[5]

Eine Leerstelle bzw. unterbelichtete Szene, zumindest scheint es nach eingehender Recherche im Zuge dieser hier vorgelegten Analyse so, bildet die Wissenschaftsphilosophie im Zeichen der Gesellschaftswissenschaften – mit wenigen Abstrichen auch der Ökonomie. Dies sind aber genau jene Bereiche, die im Felde der vorliegenden Untersuchungsfrage elementar er-

---

5 Betrachtet man auszugsweise die philosophischen Institute mit wissenschaftstheoretischer Schwerpunktsetzung und den akademischen Werdegang deren Lehrstuhlinhaber:innen an den fünf größten Universitäten der Bundesrepublik Deutschland, sowie in Österreich und der Schweiz, zeigt sich folgende wissenschaftsdiziplinische Gewichtung, additiv zur philosophischen Grundausbildung: Ludwig-Maximilians-Universität in München = Physik, Mathematik; Universität zu Köln = Mathematik, Physik; Ruhr-Universität Bochum = Biologie, Mathematik, Physik; Universität Hamburg = Physik; Westfälische Wilhelms-Universität in Münster = Biochemie, Humanmedizin; Universität Wien = Soziologie, Informatik, Psychologie, Ökonomie; Universität Innsbruck = Linguistik, Geschichte; Universität Linz = Ökonomie; ETH Zürich = Psychologie, Biologie, Neurobiologie; Universität Genf = Biologie, Physik. | Diese Erhebung basiert auf den online einsehbaren Lebensläufen der jeweiligen Lehrstuhlinhaber:innen sowie den außerplanmäßigen Junior-Professuren auf dem Stand der KW5 im Jahr 2022. Diese Erhebung kann keinen Anspruch auf Repräsentativität erheben und dient lediglich der argumentativen Unterfütterung. Methodisch müsste eine solche Erhebung deutlich ausschweifender betrieben werden, angefangen bei der Stichprobengröße und übergehend in die Biographieforschung. Es wurden zudem – der Argumentation des Fließtextes folgend – ausschließlich die größten philosophischen Institute mit explizitem wissenschaftstheoretischem Schwerpunkt betrachtet, dabei entfallen in diesem Überblick u. a. die Wissenschaftstheoretiker:innen der Goethe Universität in Frankfurt, da diese hier der Soziologie zugeordnet sind. Diese Einschränkung gilt, auch wenn hier beispielsweise Frieder Vogelmann als genuiner Philosoph und Politologe durchaus Relevanz beanspruchen könnte. Es bleibt jedoch auf Grundlage dieser Betrachtung festzuhalten, dass lediglich Tarja Knuuttila (Universität Wien) und Julian Reiss (Universität Linz) eine ökonomische Expertise miteinbringen und darüber hinaus die sozialwissenschaftliche Expertise recht spärlich erscheint. Klar überrepräsentiert zeigen sich naturwissenschaftliche Profilierungen, wobei hier wohl die These geprüft werden müsste, ob dies nicht auf eine grundlegende Inhärenz philosophischen Denkens innerhalb der Geisteswissenschaften zurückzuführen ist. Dies wiederum würde bedeuten, dass die Wissenschaftstheorie als bewusste Reflexionsarbeit einer jeden die jeweilige Wissenschaftsdisziplin bestimmenden Theorie inhärent ist, während dies innerhalb der Naturwissenschaften nicht der Fall ist.

scheinen, wenn man sich einer kennzahlenverschriebenen Bürokratie und deren Einfluss auf die Erkenntnis zuwenden möchte.

Es liegt wohl an eben jener Einfärbung des wissenschaftsphilosophischen Tuns, dass im Laufe dieser Untersuchung den Arbeiten Spinners zunehmend ein extraordinärer Anspruch und eine elementare Bedeutung für wissenschaftsphilosophische Einsprüche in soziologische wie ökonomische Hochschuldebatten zugesprochen wird. Spinner philosophierte stets aus ökonomisch-soziologischer Prägung heraus und deckte damit bei seinen Kontrahent:innen oftmals blinde Flecken auf, die im Abseits wissenschaftsphilosophischer Diskurse ihr Dasein fristeten. Exemplarisch hierfür können seine Kritiken an Feyerabend und Hans Albert angeführt werden, welche, federführend anhand Max Webers Arbeiten entlang argumentierend, ein unzureichendes institutionelles wie politisches Bewusstsein innerhalb der Arbeiten von Feyerabend (vgl. Spinner 1985: 12) und Albert (vgl. Spinner 1982: 11 ff.) freilegten. Tatsächlich stand die politische, kulturelle und sozio-ökonomische Rückkopplung des Wissenschaftsbetriebs innerhalb der Wissenschaftstheorie im 20. Jahrhundert stärker im Fokus, hier sind insbesondere die Arbeiten von Robert K. Merton in den 1940er-Jahren hervorzuheben. Auch Kuhn wäre hier anzuführen, damit sind jedoch zwei Denker:innen aufgerufen, denen ein Großteil der Wissenschaftsgemeinschaft zweifelsfrei das Label der Soziologie und nicht jenes der Wissenschaftsphilosophie anhängen würde. Womit ein weiterer kategorischer Hinweis erfolgt, nämlich der auf die an Wissenschaftsphilosophie an- und/oder abgrenzenden Disziplinen.

Ähnlich basal wie die Klärung der Einflussgröße wissenschaftlicher Sekundärprägungen und gleichsam daran anschließend wichtig für eine spätere methodische Reflexion des wissenschaftstheoretischen Anspruchs innerhalb dieser Analyse, ist die Abgrenzung zu anderen Disziplinen, die ebenfalls die Wissenschaften zum Gegenstand haben. Diese sind spezialisiert auf einzelne Ausschnitte der Wissenschaft, ähnlich der federführenden Fokussierung auf die Erkenntnisse der Wissenschaften im Falle der Wissenschaftsphilosophie. Hier sind im deutschsprachigen Raum insbesondere die Wissenschaftsgeschichte und die Wissenschaftssoziologie zu nennen, weniger stark sichtbar im aktuellen wissenschaftlichen Diskurs erscheinen die Disziplinen der Wissenschaftspsychologie und Wissenschaftsökonomie.

Während nun also die Philosophie federführend die Erkenntnisse der Wissenschaften betrachtet, konzentriert sich die Wissenschaftsgeschichte auf die Entstehung und Entwicklung der Wissenschaft – in erster Linie der modernen Wissenschaft ab ca. 1800. Natürlich lässt sich ein solches ideengeschichtliches Vorhaben nicht von der Analyse der Erkenntnisgewinnung trennen und so verwundert es wenig, dass für die Disziplin der Wissenschaftsgeschichte auch einige Wissenschaftler:innen als besonders prägend gelten, die auch innerhalb der wissenschaftsphilosophischen Betrachtungen hohes Ansehen genießen. Hier wären beispielsweise Auguste Comte, Pierre Duhem, Emanuel Rádl oder Ernst Mach und Thomas Kuhn zu nennen (vgl. Sommer, Müller-Wille, & Reinhardt 2017: 2). Dies liegt vor allem daran, dass Mach, Rádl oder Duhem der Wirkung von Begriffen, Modellen und Theorien beobachtend und protokollierend folgten und damit ein historisches Vorgehen etablierten und Diskussionsgrundlagen schafften.

Dabei waren diese ersten Arbeiten der anfänglichen Wissenschaftsgeschichte – insbesondere jene von Duhem und Mach – noch weitaus weniger interpretierend und theorienbildend als es später im Fall von Ludwik Fleck (Stichwort: Denkkollektiv/Denkstil) oder Kuhn (Stichwort: Paradigmenwechsel) der Fall war. Die Wissenschaftsgeschichte in diesem hier vorgetragenen Sinne folgt jedenfalls einer Unternehmung, die Entwicklung der wissenschaftlichen Erkenntnis zu erfassen, spezialisiert sich dabei auf epochale Einteilungen der Historie oder auf einzelne Fach- und Themengebiete – zum Beispiel die *Geschichte und Philosophie der Wissenschaften* (Schickore 2017), *Historische Epistemologie* (Rheinberger 2017), *Postkoloniale Studien* (Heé 2017) oder *Gender Studies* (Orland 2017) usf.

Auch für die Wissenschaftssoziologie könnte man den Verweis auf Vordenker:innen der ersten Stunde platzieren, deren Verdienst ebenfalls in den Disziplinen der Wissenschaftsphilosophie wie der Wissenschaftsgeschichte besprochen wird. Hier wären dann wohl Merton und Kuhn besonders hervorzuheben. Dabei soll der personifizierten Gründerzeit dieser Disziplin jedoch ausreichend Genüge getan sein, und der Blick auf das Untersuchungsfeld konzentriert werden. Die Wissenschaftssoziologie beschäftigt sich mit der sozialen und epistemischen Ordnung der Wissenschaft, pointiert ausgedrückt »mit dem wechselseitigen Verhältnis von ›Sozialem‹

und ›Wissen‹« (Schützeichel 2012: 17). Sie folgt damit Fragen rund um die Produktion und die Produktionsstätten von wissenschaftlichem Wissen, Fragen zur Verbreitung, Adaption und Rezeption des Wissens innerhalb der Gesellschaft und Fragen zum Geltungsanspruch von wissenschaftlichem Wissen. Wie auch im Falle der Wissenschaftsgeschichte, zieht dieser Anspruch geradezu zwingend Spezialisierungen nach sich, und für eben jene Spezialisierungen ist für die hier vorliegende Untersuchung die Hochschulforschung hervorzuheben.

Einer disziplinären Beschreibung der Wissenschaftssoziologie mit besonderem Augenmerk auf die soziologische Hochschulforschung und in Abgrenzung zur Wissenschaftsphilosophie sowie zur Wissenschaftsgeschichte nimmt sich Georg Krücken an. Dabei betont Krücken zu Beginn seiner Ausführungen, dass insbesondere Merton als elementarer Bezugspunkt für die Wissenschaftssoziologie wie auch Hochschulforschung gilt, wobei letztere erst im Zuge der Hochschulexpansionen der späten 1960er- und frühen 1970er-Jahren entstand (vgl. Krücken 2012: 265). Die Entstehung einer hochgradigen disziplinären Spezialisierung beschreibt Krücken wie folgt:

> »Es ging darum, die mit der Expansion verbundenen Probleme der ›Massenuniversität‹ ebenso zu bewältigen wie die Umsetzung neuer Reformideen, insbesondere im didaktischen Bereich, zu begleiten. Folglich wurde die Hochschulforschung zumeist entweder an pädagogischen Fakultäten oder als quer zu den Fachbereichen stehende wissenschaftliche Einheit an Universitäten etabliert, die den Fachdisziplinen, Universitätsleitungen und -verwaltungen sowie Hochschulpolitikern konkrete Hilfestellungen geben sollte. Insbesondere in den USA, wo die institutionelle Autonomie der Hochschulen schon früh recht weit vorangeschritten war, entwickelte sich ein eigenständiger Bereich des Institutional Research heraus, d. h. einer auf die Analyse und Weiterentwicklung der jeweiligen Hochschulorganisation gerichteten Hochschulforschung.« (Krücken 2012: 267/268)

Die Hochschulforschung ist also eine Subdisziplin der Wissenschaftssoziologie und somit eine Spezialisierung einer bereits spezialisierten soziologischen Disziplin. Hier geht es nicht mehr nur um den konkreten Bezug von

Sozialem und Wissen, hier geht es nun ganz konkret um die Hochschulen und deren Verknüpfung zur Gesellschaft. Interessant für den weiteren Verlauf dieser Arbeit ist der Verweis Krückens auf eine konkrete beratende Funktion für exekutive Hochschulakteur:innen.

Zur Wissenschaftsgeschichte und Wissenschaftssoziologie mitsamt der Hochschulforschung wurden eingangs noch die Wissenschaftspsychologie und die Wissenschaftsökonomie als – in Abgrenzung zur Wissenschaftsphilosophie – wichtige Disziplinen angeführt. Diese spielen eine vergleichsweise kleine Rolle gegenüber den bislang vorgestellten Disziplinen, nichtsdestotrotz nehmen sie innerhalb dieser Untersuchung starke Positionen ein und finden zudem im Zeichen eines um Vollständigkeit bemühten Rekonstruktionsvorhabens hier Beachtung. Die Wissenschaftspsychologie soll sich »u. a. mit der psychischen Entwicklung des Forschers, der Unterscheidung von Forschertypen, den psychologischen Analysen verschiedener Typen von Forschungstätigkeit (sowie der diesen eigenen kommunikativen Netze) und verschiedener Stadien der Forschung beschäftigen« (Kraft 2009: 88). Dabei kann ihr auch im heutigen Diskurs eine besondere Bedeutung für die Rolle der Pädagogik im Zuge der Wissensvermittlung attestiert werden (vgl. Kraft 2009: 89 f.), auch die Debatten im Zeichen des Positivismusstreits der 1960er-Jahre finden hier noch Beachtung, wenn »Gefühlen und Affekten, die den Denkprozessen zugrundeliegen« (Kraft 2009: 95) Forschungskapazität entgegengebracht wird. Damit bildet die Wissenschaftspsychologie eine Lösung für eine Leerstelle der Wissenschaftstheorie, die der Philosoph Richard Müller-Freienfels bereits 1936 recht polemisch freilegte:

> »Die Erkenntnistheorie hat zwar meist die Wissenschaft nur als abstraktes System von Erkenntnissen betrachtet, indessen ist diese Anschauung eine fiktive Abstraktion. Denn lebendig werden diese Erkenntnisse nur, indem sie von lebendigen Menschen gewußt und in Wirkung und Forschung übertragen werden; jedes Wissen ist wesentlich mitbedingt von der gesamten Persönlichkeit des Wissenden.« (Müller-Freienfels 1936: 5)

Die Wissenschaftspsychologie erscheint zudem als der disziplingerahmte Ort, an dem die Kreativität als Forschungsgegenstand und Forschungsbe-

stand besprochen wird oder aber besprochen werden sollte. Eine rudimentäre Diskussion hierzu entwickelte sich im Gespräch mit Paul Hoyningen-Huene und zeigte auf, dass das Denken über Kreativität mit philosophischem Duktus durchaus auch kritisch gesehen werden kann und so dann den Verweis auf die Wissenschaftspsychologie findet. Gleichwohl erscheint ein Denken über das Prozessuale der wissenschaftlichen Erkenntnis unter Ausblendung von Einflussgrößen gleich der Kreativität und Phantasie unvollständig und damit unbefriedigend, wodurch – so eine These dieser Analyse, die in der Diskussion mit Hoyningen-Huene bestärkt wurde – entweder eine konsequente Verquickung von Wissenschaftsphilosophie und Wissenschaftspsychologie oder aber ein philosophisches Denken über Phantasie vonnöten ist (vgl. Hoyningen-Huene 2021: A. XXXIX f.).

Nun bleibt abschließend die Wissenschaftsökonomie zu erörtern, um damit die Darstellung relevanter Nachbarn der Wissenschaftsphilosophie beenden zu können und eine inter-/transdisziplinäre Reflexion auszuüben. Im Falle der Wissenschaftsökonomie erscheint es hilfreich, nochmals detailliert zu betonen, dass es sich hierbei um eine Ökonomie der Wissenschaft in dem Sinne handelt, dass ökonomische Analytik auf den Untersuchungsgegenstand Wissenschaft trifft. Im näheren Verwandtenkreis dieser Disziplin befinden sich beispielsweise Analysen zur Wissenschaft als Produktivkraft[6]

6 Die Produktivkraft umfasst die gesellschaftlichen natürlichen, technischen und wissenschaftlichen Ressourcen zur Produktion von Gütern und Dienstleistungen. Diese kalkulatorische Größe wurde in der Vergangenheit, insbesondere in der Sowjetunion und deren Satellitenstaaten, dafür verwandt, die moderierende Politik zwischen Wirtschaft und Wissenschaft zu diskutieren. Als philosophisch wegweisend können die sowjetischen Wissenschaftsphilosoph:innen rund um Bonifati Kedrow (zum Beispiel Kedrow 1974; Kedrow 1975) angesehen werden. Auch Bertrand Russell (vgl. Russell 1953) forcierte mit marxistischem Vokabular kritische Reflexionen zum Verhältnis von Wissenschaft und Wirtschaft. Doch was ist genau gemeint, wenn von der *Wissenschaft als Produktivkraft* gesprochen wird? In einem ursprünglichen Verhältnis lässt sich der augenscheinliche Zusammenhang wirtschaftlichen Aufschwungs und wissenschaftlich-technischer Revolution anführen. Es liegt also das Verhältnis Wirtschaft-Wissenschaft in dem Sinne zugrunde, dass die ökonomisch relevante Forschung in den Blick genommen wird. Über diese bloße Kennzahl hinaus wendet sich die Betrachtung der Wissenschaft als Produktivkraft nun der Frage zu, welche gesellschaftliche Umsetzung dieser ökonomisch relevanten Forschungspotenziale überhaupt erstrebenswert er-

oder bildungsökonomische Arbeiten[7]. Es handelt sich hier also nicht um die insbesondere von Mach ausgearbeitete Theorie einer Denkökonomie[8],

---

scheint. Es wird geprüft, für wen der Nutzen durch wissenschaftlich-technischen Fortschritt am größten ist, und es wird reflektiert, welche Nutzbarmachung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts am erstrebenswertesten erscheint. Daran schließen auch Fragen des unmittelbaren *Für und Wider* technischen Fortschritts an. So könnte man heute beispielsweise hinterfragen, inwieweit *Big Data* wünschenswerte soziale Folgen beschert? Der Begriff der Produktivkraft koppelt somit die Wissenschaft planwirtschaftlich an einen gesellschaftlichen Nutzen und stellt somit eine ethisch-ökonomische Abwägung dar.

7 Die Bildungsökonomie/Bildungsökonomik gibt es seit etwa Mitte des 20. Jahrhunderts als exklusive Disziplin; in Deutschland klar wahrnehmbar seit der durch Georg Picht in den 1960er-Jahren verschlagworteten Phase der Bildungskatastrophe (vgl. Fischer, Heise, Jütte, Schmidt, & Wuntsch 1974: 1 ff.). Im Kern geht es im bildungsökonomischen Kontext immer um die Wirtschaftlichkeit von Bildung, das kann bedeuten, dass zum Beispiel. 1.) Einsparungen aufgrund von internationalen Finanzkrisen und deren Wirkung auf nationale Bildungssysteme betrachtet werden (bspw. bei Böttcher, Weishaupt, & Weiß: 1997), oder 2.) die Reflexion von Finanzkrisen innerhalb der nationalen Unterrichtseinheiten analysiert werden (bspw. bei Overwien 2011), oder aber die Analyse der Effekte von Investitionen in den Hochschulbildungssektor und die individuellen Erträge, die aus einer höheren Bildungszertifizierung zu erzielen sind (bspw. bei Hauser 2008). Es bleibt somit festzuhalten, dass Bildungsökonomik sämtliche Fragestellungen im Verhältnis von Ökonomie und Bildung – institutionsübergreifend – behandelt.

8 Wenn Mach von einer Denkökonomie schreibt, liegt die Annahme zugrunde, dass das wissenschaftliche Tun in Form jedweder Beschäftigung im wissenschaftlichen Betrieb von instinktiven handwerklichen Fertigkeiten vorangegangener Generationen und eben auch von einem ökonomischen Ideal früherer Generationen geprägt ist. Kurzum: Mach veranschlagt hier alte Volksweisheiten ökonomischer Handelsmaximen (bspw. *Niemals mit leeren Händen laufen!*, *Doppelt hält besser!*, *Lieber einmal richtig machen, statt zwei Mal nachbessern!* usf.) als Beeinflussungsfaktor der Handlungsprämissen von Wissenschaftler:innen. Dabei geht es Mach in erster Linie um theoriebildende Ersparnisse: »[D]ie Ökonomie der Tat wächst allmählich zur intellektuellen Ökonomie des Forschers aus, die sich auch in dem Streben nach den idealsten Zielen betätigen kann« (Mach 1919: 656). Die Denkökonomie Machs beschreibt also den Moment, in dem Forscher:innen die Wahl der Forschungsmittel bzw. die Bestimmung des Forschungsprozesses vornehmen und auch vor einer tatsächlichen Wahl stehen. Diese Wahl, so Machs Theorie, ist nun eben geleitet von einem unbewussten ökonomischem Erfahrungswissen. Alle fortlaufenden Prozesse, so Mach, ordnen sich diesem denkökonomischen Prinzip unter, beispielsweise durch ein Notat

die auch des Öfteren eine Umschreibung als *Ökonomie der Wissenschaft* (vgl. Lütge 2001: 23) erfährt. Die Wissenschaftsökonomie betreibt Untersuchungen grundlegend derart, dass der »möglichst effiziente Einsatz knapper Ressourcen, für die es auch alternative Verwendungsweisen gibt, behandelt wird« (Grözinger 2011: 117). Dabei versammelt die Wissenschaftsökonomie Analysen zur Wissenschaft seitens Arbeitsmarktforscher:innen, Personalökonom:innen usf. – kurzum, Forscher:innen aller Couleur der Wirtschaftswissenschaften, geeint durch die Wissenschaft als Untersuchungsgegenstand. Eine mögliche Gliederung wissenschaftsökonomischer Betrachtungssphären – im Kontext universitärer Bildungsfragen – könnten die vier Kategorien 1) Nutzen- und Informationsüberlegungen, 2) Wachstumswirkungen und positive Externalitäten, 3) Finanzierung und Verteilung und 4) Effizienzbetrachtungen bilden, die Gerd Grözinger aufzeigt:

> »›Nutzen- und Informationsüberlegungen‹ beziehen sich darauf, […] dass Menschen auch ihre Bildungsentscheidungen kalkulieren und dabei Erträge wie Kosten berücksichtigen. Allerdings geschieht dies unter hoher Unsicherheit und zwar sowohl in Bezug auf die zeitliche Perspektive – wer kann etwa schon sagen, welche Ausbildung welches Einkommen in zwanzig Jahren generieren wird? –, aber auch in Bezug auf die oft unbekannte Qualität einzelner Ausbildungsinstitutionen wie die der eigenen Fähigkeiten. ›Wachstumswirkungen und positive Externalitäten‹ wechselt die Perspektive. […] Hier ist die zentrale Frage welche Bedeutung Hochschulen als Ausbildungsstätte (über die Arbeitsleistung ihrer AbsolventInnen) bzw. als Forschungseinrichtung für die Steigerung des Sozialprodukts haben oder auch, welche Zusatzeffekte jenseits dieser Größe vielleicht noch zu verzeichnen sind? ›Finanzierung und Verteilung‹ bezieht sich darauf, wie der Tertiärsektor in seinem Ressourcenverbrauch aufgestellt ist, wer dafür wie viel über welche Kanäle (Steuern, Studiengebühren, Spenden) leistet und welche Folgewirkungen, etwa auch in der sozialstaatlichen Dimension damit verbunden sind. ›Effizienzbetrachtungen‹ schließlich be-

meiner Forschungserfahrungen welches nachfolgenden Forscher:innen erspart, dieselben Erfahrungen sammeln zu müssen (vgl. Mach 1919: 490 ff.).

> handeln die interne Organisation von Hochschulen unter ökonomischer Perspektive, also vor allem welche Anreizsysteme eingesetzt werden und wie diese wirken.« (Grözinger 2011: 123)

Man kann hier schnell Parallelen zu der von Krücken für die Hochschulsoziologie ausgemachte Beratungsfunktion für das Hochschulmanagement ausmachen. Am augenscheinlichsten trifft dies vielleicht auf die Kategorie der Effizienzbetrachtungen zu, denkt man beispielsweise an die Umstellung von der C-Besoldung auf die stärker leistungsorientierte W-Besoldung für Professor:innen (vgl. Grözinger 2011) oder die an diesen outputoptimierenden Gedanken anknüpfende universitären Leistungsbewertungen (vg. Janßen, Schimank & Sondermann 2021: 94).

Was kann ein Überblick über verschiedene Wissenschaftsbereiche und (Teil)Disziplinen nun bringen? Worin liegt der Nutzen einer derartigen Kartographie, deren Grundgedanke elementar verantwortlich zeichnet für Handbücher und Überblicksartikel? Es erscheint fast anmaßend, versierten wissenschaftsbewanderten Leser:innen zu erklären, dass Überblicke, wie der hier vorgelegte, keine archivarische Objektivität beanspruchen können, da sie oft geradezu auffällig selektiv und homogenisierend Ordnung in ein vermeintliches Chaos bringen wollen. Vor derlei möglichen Einwänden kann auch der hier vorgelegte Überblick nicht gänzlich geschützt werden, was aber auch dem anvisierten Zweck dieser Sichtung nicht gerecht werden würde. Es geht in diesem Kapitel vielmehr darum, die Wissenschaftsphilosophie einer Besprechung aktueller Ansprüche auszusetzen und festzuhalten, worüber Wissenschaftstheoretiker:innen sprechen und worüber sie schweigen, aber eben auch darüber zu diskutieren, über was Wissenschaftstheoretiker:innen vielleicht sprechen sollten und über was nicht.

Konkret stellt sich für diese Untersuchung folgende Frage: Wird der Eingriff in verwaltungstechnokratische Debatten über eine wissenschaftstheoretische Argumentation zu Recht proklamiert und für wichtig erachtet? Aufbauend auf den bisherigen Ausführungen lässt sich dies bestätigen. Die Philosophie, insbesondere die Wissenschaftsphilosophie, erscheint durchaus als eine für Beratung geeignete Instanz praktischer Überlegungen, da sie von der Erkenntnisgenese ausgehend den Wissenschaftsbetrieb versteht und

nicht, wie beispielsweise im Falle der Verwaltungswissenschaften sehr wahrscheinlich unterstellbar, den Wissenschaftsbetrieb federführend ausgehend von der Betrieblichkeit her erfasst. Es ist die Zuarbeitung einer Argumentation, die eine im eigenen Sinne richtig verstandene Wissenschaftstheorie proklamieren möchte, um »der früheren Überschätzung der Wissenschaftstheorie als Modefach ›mit Universalitätsanspruch‹ ebenso entgegenzuwirken wie ihrer jetzigen Unterschätzung als unnützes Luxusfach und ihre sachlichen Funktionen gegenüber den ideologischen zu stärken« (Spinner 1982: 12).

Zudem erscheint eine partielle Bündelung auch vor dem Hintergrund der gesamten Betrieblichkeit der bislang diskutierten Disziplinen durchaus wünschenswert, da hier von einem vergleichsweise sehr unauffälligen Themengebiet gesprochen werden muss und ein die Disziplingrenzen übergreifendes Forschen somit zur nennenswerten Horizonterweiterung avisiert. Hierzu hat Gerd Grözinger am 15.01.2011 eine kleine Datenerhebung gemacht, mit der er eben jene Unterrepräsentation dezidiert Hochschulen beforschender Zugänge verdeutlichen wollte. Grözinger konzentrierte sich dabei auf ökonomische Zugänge zur Hochschulforschung in Abgrenzung zur ökonomischen Betrachtung von Bildung. Um diese Argumentation mit Blick auf eine Wissenschaftstheorie, die gezielt Hochschul- und Forschungsstrukturen betrachten will, zu erhärten, wird jene Erhebung von Grözinger aus dem Jahr 2011 in dieser Arbeit aufgegriffen, erweitert und aktualisiert:

Fachkulturelle Zugänge zur Hochschulforschung

	Datenbank		Datenbank	
Such-/Abfragebegriff	Google Scholar	GVK+	Google Scholar	GVK+
Wissenschaftstheorie	34.700	19.613	-	-
Wissenschaftsphilosophie	7.900	2.050	-	-
Wissenschaftsgeschichte	41.400	36.757	-	-
Wissenschaftssoziologie	4.880	3.701	-	-
Wissenschaftspsychologie	186	9	-	-

Wissenschaftsökonomie	427	97	207	26
Hochschulökonomie	405	94	118	51
Bildungsökonomie	3.970	4.401	2.760	1.552
Quelle: Eigene Internetrecherche am 10.02.2022			Quelle: (Grözinger 2011: 118)	

Die Erweiterung Grözingers umfasst den Abruf der Begriffe *Wissenschaftstheorie*, *Wissenschaftsphilosophie*, *Wissenschaftsgeschichte*, *Wissenschaftssoziologie* und *Wissenschaftspsychologie*. Mit *Google Scholar* und dem Bibliotheksserver *GVK+* wurden zwei akademisch zentrierte Suchmaschinen abgefragt, dabei auch Schlagwörter miteinbezogen. Die Wissenschaftsgeschichte umfasst recht deutlich die meisten Nennungen, dies liegt sicherlich auch daran, dass diese Disziplin von den obigen jene ist, die durch Historisierungsmomente jeder wissenschaftlichen Arbeit die meisten Anknüpfungspunkte eröffnet. Die Wissenschaftstheorie folgt hier mit den zweithäufigsten Nennungen und umfasst dabei deutlich mehr Erwähnungen als die Wissenschaftsphilosophie.

Das eine synonyme Verwendung der Begriffe trotzdem zulässig erscheint, zeigt die inhaltliche Betrachtung der Abfragen, in der die Autoren Karl Popper, Hans Albert und Paul Feyerabend (neben klassischen Einführungswerken) sowohl im Falle der Wissenschaftsphilosophie wie auch der Wissenschaftstheorie den augenscheinlichen Großteil der Treffer ausmachen. Die Wissenschaftssoziologie ist mit leichtem Abschlag zu den erstgenannten Kategorien aufzuführen, deutlich weniger Treffer zeigen dann die Abfragen zur Wissenschaftspsychologie, Wissenschaftsökonomie und zur Hochschulökonomie. Hier erscheint auch der Zuwuchs von 2011 (Abfrage durch Grözinger) zu 2022 (eigene Abfrage) nicht als essenzielle Steigerung, bedenkt man die zunehmende Umtriebigkeit im wissenschaftlichen Publikationswesen. Die Bildungsökonomie wurde als Vergleichswert zu 2011 herangezogen, Grözinger stellte über den Ökonomiebegriff im Übergang vom Bildungs- zum Hochschulsektor eine ähnliche Verwobenheit fest, wie sie in dieser Arbeit für die Wissenschaftsphilosophie im Verhältnis zu den weiteren Disziplinen festgemacht wird. Hier zeigt sich eine weitestgehende Stabilität im Verhältnis der Ökonomiebegriffe zu 2011.

Für den Fortlauf dieser Arbeit ergibt sich nun die Konsequenz, dass die Wissenschaftstheorie und die Wissenschaftsphilosophie eine synonyme Verwendung finden und begrifflich wie inhaltlich als Oberbegriff der in diesem Kapitel ausgeführten Subdisziplinen veranschlagt werden.

2.1.2 Zur historisch-kritischen Methode der Wissenschaftsphilosophie

Diese Arbeit versteht sich als philosophische Denkbewegung, als wissenschaftstheoretische Reflexion einer subjektiven Wahrnehmung im Sinne einer Diskurserschließung. Es wird dabei unausweichlich sein, sich an einigen Stellen auf das Arbeiten und Denken anderer Disziplinen einzulassen. Doch im Großen und Ganzen wird dieser philosophischen Denkbewegung ein übergeordnetes Verständnis philosophischen Erschließens zugeschrieben, welches sich – an Ernst Mach anlehnend – als *historisch-kritisch* versteht.

Die *historisch-kritische Methode*, so könnte man nach erster Recherche meinen, ist exklusiver Bestandteil theologischer Forschungskultur. Tatsächlich finden sich nahezu ausschließlich theologische Abhandlungen im Zeichen dieses Vorgehens, in prominentester Ausführung wohl bei den lutherischen Theologen des 18. und 19. Jahrhunderts Gottfried Ephraim Müller und Johann Karl Ludwig Gieseler. Heute gilt die historisch-kritische Methode als »Zankapfel der Bibelexegese« (Baum 2019: 59). Nur wenigen ist eine Verwendung dieser methodischen Zuschreibung außerhalb der Theologie bekannt. Es mag daher überraschen, dass gerade der Physiker und Philosoph Mach – als herausragender Naturwissenschaftler seiner Zeit – diese Methode in seinen Werken *Die Mechanik in ihrer Entwickelung historisch-kritisch dargestellt* (1883) und *Die Prinzipien der Wärmelehre: Historisch-kritisch entwickelt* (1896) in die Philosophie überführte. Inwiefern Mach hier konkrete Kenntnis über die theologischen Debatten zur historisch-kritischen Methode seiner Zeit hatte, wird derweil innerhalb der Mach-Forschung noch diskutiert (vgl. Nemeth 2019: 25). Im Folgenden soll kurz ausgeführt werden, was a) unter einer historisch-kritischen Methode zu verstehen ist, wie sie sich b) innerhalb theologischer Debatten different entwickelt hat, c) in

welchem Kontext sie von Mach in die Philosophie überführt wurde und d) weshalb sie in dieser Analyse als methodischer Fixpunkt veranschlagt wird.

a) Definitionen & Ursprünge: historisch – kritisch – methodisch

Um sich der historisch-kritischen Methode inhaltlich anzunähern, bietet sich das zerlegte und in sich geschlossene Betrachten der Einzelteile (1. historisch – 2. kritisch – 3. methodisch) an.

a1) Was wir heute als Historie bezeichnen, leitet sich von griechischen Wort *ἱστορία* (historia) ab und bedeutet, dass etwas durch Anschauung erforscht wird. Das Adjektiv *ιστορικός* (historikos) zielt sowohl auf das Wissenschaftliche wie auch das Geschichtliche ab. In dieser Form lässt sich *ἱστορία/ιστορικός* (historia/historikos) bereits im 5. Jahrhundert vor Christus bei Herodot herauslesen. Dieselbe Inhaltszuweisung findet sich im Lateinischen für *historia/historicus*, hier wird zudem gegen Ende des 14. Jahrhunderts die Bezeichnung *ars historica/methodus historica* zur Bezeichnung der historischen Forschung eingeführt (vgl. Baum 2019: 56). Der Begriff des Historischen war somit seit jeher eng verbunden mit dem wissenschaftlichen Duktus, sogar konkret methodisch gefasst. Seit der Antike nachvollziehbar umfasst die historische Arbeit somit das Festhalten dessen, was in der Vergangenheit passiert ist. Historiker:innen sind heute dazu angehalten, die Vergangenheit sozusagen *crossmedial* – im Sinne von analog und digital in unterschiedlichster medialer Trägerschaft – zu erforschen, Widersprüchen auf die Spur zu kommen und in den jeweiligen zeitlichen Kontext einzuordnen.

a2) Der Begriff der Kritik ist etwas verworrener und in seiner inhaltlichen Zuschreibung diffuser. Das Wort Kritik leitet sich vom altgriechischen *κρίνειν* (krínein) ab, was sowohl *unterscheiden* wie *trennen* meint und als solches Verbum »nicht aus einer kontemplativen Perspektive, sondern aus der Perspektive des handelnden Subjekts vorgenommen wird und als solche mit einer praktischen Stellungnahme zusammenfällt« (Salonia 2014: 59). Ursprünglich verwies das griechische *κριτική* (kritike) in einem technischen Sinne auf die Beurteilung von Schriftwerken, seit ca. dem 3. Jahrhundert vor Christus bezeichnen Kritiker:innen gleichsam die Literaturwissenschaftler:innen, im griechischen *κριτικός* (kritikos) und

später im lateinischen *critici* (vgl. Baum 2019: 58). Im deutschsprachigen Gebrauch entlehnt sich die Kritik der französischen *critique* und geht als vernunftbegabte Beurteilung spätestens mit Immanuel Kants Kritiken (*Kritik der reinen Vernunft*, 1781; *Kritik der praktischen Vernunft*, 1788; *Kritik der Urteilskraft*, 1790) in den philosophischen und breit aufgestellten wissenschaftlichen Gebrauch über. Befragt man heute den Duden, gibt dieser definitorisch zur Kritik an, dass diese die fachmännisch »prüfende Beurteilung und deren Äußerung in entsprechenden Worten« (Duden 2020) umfasse. Kritik ist also – so ein erstes Zwischenfazit – bezeichnend für einen Vorgang des Prüfens und Beurteilens aus Perspektive des Subjekts. Die Kritik drückt damit die beurteilende Stellungnahme des Subjekts zu etwas/jemandem aus. Doch stellt sich nun noch die Frage nach dem Gegenstand dieses Begriffes, die Frage nach dem Kritisierbaren. Eine stete »Nähe zum Handeln« (Salonia 2014: 60) attestiert Michele Salonia der Kritik und schlussfolgert weiterhin, dass das Kritisieren ohne die »Möglichkeit einer Veränderung des […] Beurteilten durch die Praxis« (Salonia 2014: 60) jeder Sinnhaftigkeit entbehren würde. Damit zielt Salonia darauf ab, dass ein Kritisieren des Schicksals, des Todes oder von Krankheiten unsinnig wäre, da hier der Gegenstand der Kritik ein für die Veränderung unzugänglicher wäre. Salonia rundet diese Feststellung ab, wenn er sagt: »Mit Kritik hängt eine Form der Intentionalität zusammen, die sich nicht auf Objekte, sondern auf das Handeln von als frei gedachten Subjekten richtet« (Salonia 2014: 60). Im Fokus der Kritik kann somit nur das menschliche Handeln oder das sich in Abhängigkeit der menschlichen Handlung befindende stehen. Eine wichtige Feststellung bezieht sich auf die Notwendigkeit der Freiheit, sowohl seitens der Kritisierenden wie der Kritisierten.[9]

9 Die Ausführungen zur Kritik sind an dieser Stelle stark verknappt und könnten sich ohne externe Begrenzungen problemlos in uferlos erscheinende Dimensionen erstrecken. Im Fortlauf dieser Untersuchung wird die Kritik in anderem Gewand wieder in Erscheinung treten, nämlich dann, wenn sich der Pluralismus als Erkenntnisform entfaltet. Hier werden dann insbesondere externe Parameter zusammenfinden, die Kritik definieren – die Subjektivität sowie Freiheit betreffend. Diese Überlegungen münden ein, so viel sei hier bereits vorweggenommen, in den Praxisbezug von Kritik als politischem Handlungsfeld und knüpfen damit an eine Feststellung Adornos zur Kritik an: »Kritik ist aller

a3) Der Begriff der Methode wird hier abrundend knappgehalten, sozusagen nur in seinen Grundmanifesten als Mittel, »mit dem man zu bestimmten Behauptungen, Annahmen, Hypothesen, Theorien und Gesetzesaussagen« (Wohlgenannt 1969: 57) kommt, definiert. Die Methode als Kriterium der Wissenschaftlichkeit wird im weiteren Verlauf ausführliche Betrachtung erfahren. Dann wird auch diskutiert werden, inwieweit die Methode und der von ihr untersuchte Gegenstand miteinander verwoben sind und ob die Art der Betrachtung das Betrachtete vielleicht gar (mit)konstruiert. Dann erfolgt über mehrere Punkte hinweg versetzt eine Reflexion philosophischen Anspruchs, über »die Orientierung an den Naturwissenschaften, die methodisch vom Ideal der situationslosen Wiederholbarkeit ausgehen« (Schönwälder-Kuntze 2016: 8) hinausreichend. Im Kontext dieser eigenanhaftenden Methodenreflexion erscheint diese lakonisch anmutende Definition jedoch erstmal zweckgemäß und hinreichend.

b) Differente Entwicklungen innerhalb der Theologie

Nachdem nun die historisch-kritische Methode in einem ersten analytischen Schritt sozusagen in ihre Einzelteile zerlegt wurde, folgt nun in einem weiteren Schritt die Betrachtung dieser Methode als Gesamtkonstrukt: »Spätestens seit dem 18. Jahrhundert kombinierte man das Adjektiv ›kritisch‹ mit dem Adjektiv ›historisch‹ und bezeichnete wissenschaftliche Abhandlungen über historische Themen als ›historisch-critische‹ bzw. ›historisch-kritische‹ Untersuchungen« (Baum 2019: 59). Es ist nun bereits klar, dass dies nicht zwingend negativ konnotierte Betrachtungen waren, vielmehr handelte es sich beispielsweise bei den bereits erwähnten historisch-kritischen Untersuchungen der lutherischen Theologen Müller und Gieseler um Analysen, deren Anspruch schlicht ein historisch-wissenschaftlicher in dem Sinne war, dass Fragen der geschichtlichen Konsistenz, Autorenschaft und Datierung in der, anfangs evangelischen, später auch katholischen Bibelforschung veranschlagt wurden. Gleichwohl entwickelte sich innerhalb der Theologie auch eine negativ-konnotierte Ausformung der historisch-kritischen Me-

Demokratie wesentlich. Nicht nur verlangt Demokratie Freiheit zur Kritik und bedarf kritischer Impulse. Sie wird durch Kritik geradezu definiert.« (Adorno 1955/1977: 785)

thode, welche sich federführend kritisch im skeptischen Sinne gegenüber den Wunderbezügen der Bibel aufstellt: »Eine historisch-kritische Methode in diesem Sinn beinhaltet die grundsätzliche Bestreitung der übernatürlichen Aussagen der biblischen Texte« (Baum 2019: 60).

c) **Überführung der historisch-kritischen Methode in die Philosophie**

Doch in welchem Sinne konnte nun Mach diese Methode veranschlagen? Ob nun kritisch oder wunderkritisch, die Bezugnahme zu den klassischen Machschen Forschungsthemen, ob nun der Newtonschen Mechanik, der Atomtheorie oder seinen erkenntnistheoretischen Arbeiten zur Denkökonomie, drängt sich in einem ersten Anlauf keinesfalls auf, wohingegen ein Verorten dieser theologisch geprägten Methode im Kontext hermeneutischer Philosophien ganz allgemein durchaus anschlussfähig erscheint. Die Philosophin Elisabeth Nemeth, die wohl zweifelsfrei als eine der renommiertesten Mach-Kenner:innen angeführt werden kann, beschäftigte sich eingehender mit dem Verhältnis von Mach zur eigens ins Feld geführten historisch-kritischen Methode. Dabei stellt Nemeth heraus, dass das Kritische Machs federführend in Bezug zur Quellenkritik verstanden werden muss. Sie attestiert ihm darüber hinaus den Entwurf eines konkreten fünfstufigen Forschungsschemas als historisch-kritische Methode, welches dieser in Anlehnung an Newtons Galilei-Kritik entwarf. Das folgende Zitat von Nemeth pointiert Machs Verständnis der historisch-kritischen Methode:

> »Darin können wir fünf Komponenten unterscheiden. Eine ist im engeren Sinne historisch: Newton übernimmt das Trägheitsprinzip von Galilei, also aus einem früheren Stadium der Naturforschung. Die zweite Komponente kann als pragmatisch bezeichnet werden: Newton hält das Gesetz der Trägheit für die weitere Entwicklung der Physik für unverzichtbar; das Gesetz angesichts von Schwierigkeiten seiner Deutung aufzugeben, ist keine Option. Die dritte Komponente ist empirisch: Eine gegenüber der historischen Situation Galileis veränderte Tatsachenlage – die Drehung der Erde wird nicht mehr in Zweifel gezogen – muss berücksichtigt werden. Die vierte Komponente ist semantisch: die Einsicht, dass der Sinn des Gesetzes entsprechend der neuen Tatsachenlage neu bestimmt werden

> muss. Schließlich die fünfte, die konzeptionell-konstruktive Komponente: Newton schlägt im Corollarium V einen konzeptionellen Bezugsrahmen vor, in dem der Sinn des hypothetisch erweiterten Gesetzes bestimmt werden kann.« (Nemeth 2019: 41)

Der Übersichtlichkeit halber nun nochmal eine an Ordnungszahlen ausgerichtete Zusammenfassung: [1] Zu Beginn steht die *historische* Grundierung in dem Sinne, dass eine Herleitung und klare Ausweisung der Ausgangsüberlegung erfolgt. [2] In einem zweiten Schritt erfolgt die Erhärtung der Wichtigkeit dieser Überlegung *pragmatisch*, um dann [3] in einem dritten Schritt eine *empirische* Aktualisierung vorzunehmen, also die historische Kontextualisierung auf die Einbettung in den aktuellen Forschungsstand hin aufzulösen. [4] Den vierten Schritt beschreibt Nemeth als *semantischen* Schritt, womit die Aktualisierungsbemühung der vorangegangenen Etappe theoretisch neu eingebettet und wortwörtlich festgemacht wird. [5] Der letzte Schritt, der seitens Nemeths als *konzeptionell-konstruktiv* bezeichnet wird, öffnet das Elaborierte der *scientific community* und zeigt die aktualisierte Einbettung, Bruchstellen sowie Anknüpfungspunkte auf. Der fünfte Schritt, so kann man meinen, deutet einen methodischen Kreislauf an, ebnet er doch den Weg für einen Übersprung zum ersten Stadium und weiterführender Kritik.

d) Die historisch-kritische Methode als Fixpunkt

Mach zeigte mit seiner Analyseform auf, wie eine Methodik im Zeichen hermeneutischer Funktionslogik erfolgreichen Übertrag auf einen wissenschaftstheoretischen Historismus erfahren kann. Während sich die Hermeneutik klassisch im textlichen Deutungs- und Erkenntnisfeld zugleich bewegt (bedeutet: Der textuelle Gegenstand erschließt sich eben über den Text), elaboriert Mach mit seinem hermeneutisch angelehnten Verfahren auch das Unklare und Experimentelle (bedeutet: Der Gegenstand wird auch durch (Miss)Interpretationen, Gegenhypothesen usw. erschlossen) der Naturwissenschaft.

Diese Art der Machschen Methode kann auch als Wegbereiterin einer neuen Wahrnehmung von Wissenschaftsgeschichte angesehen werden, zu

deren ausgehenden Denker:innen u. a. die im weiteren Verlauf dieser Arbeit zentralen Denker Thomas Kuhn, Paul Feyerabend und Helmut Spinner zu zählen sind. Dies erscheint insofern interessant, da durch Mach – den Feyerabend auch wiederholt als wegweisend für die Wissenschaftstheorie und inspirierend für die eigene Philosophie bezeichnete (vgl. Feyerabend 1995/2016: 47) – ein historisches Verständnis für Gegenwartsdarstellungen etabliert wurde, was angesichts des bereits ausgeführten interdisziplinären Hintergrunds der Wissenschaftstheorie als eigenständige Disziplin keinesfalls selbstverständlich erscheint. Es deutet sich also ein erster wichtiger Zuspruch eines historisch-kritischen Vorgehens dadurch an, dass es disziplinär akzeptiert und bewährt ist, um sich der Komplexität wissenschaftstheoretischer Untersuchungen anzunehmen.

Darüber hinaus erscheint die historisch-kritische Methode für das hier vorgelegte Unternehmen geeignet, da sie auf Ideale, Utopien und dergleichen angewandt werden kann und damit quantitativen wie qualitativen Forschungsansprüchen gerecht wird. Denn die Darlegung des Ist-Zustandes aus seiner Entwicklung heraus, ist natürlich stets auch eine Frage des Narrativs. Betrachtet man beispielsweise die bereits angerissene Frage nach der Wissenschaftlichkeit, zielt die Analyse alsbald auf eine Kriteriensuche ab. Dies bedeutet nichts weniger, als dass das Aufsuchen der Sprachexpert:innen zur Nachverfolgung der Verwendung des Wortes *Wissenschaftlichkeit* einsetzt, um am Ende ein Destillat der Antworten als Analyseschluss aufzuzeigen. Doch wen fragt man nun nach Wissenschaftlichkeit? Die logischen Empirist:innen um Neurath und Carnap? Die Kritischen Rationalist:innen um Popper und Albert? Die Anarchist:innen und Liberalist:innen um Feyerabend und Spinner?

Mit der historisch-kritischen Methode offenbart sich in solchen Momenten die Möglichkeit, auf eine Analyseformel zurückzugreifen, die vor Beliebigkeit schützt und beispielsweise die Auseinandersetzung mit scheinbar analytischen Antworten wie dem Systematizitätsansatz von Paul Hoyningen-Huene historienbewusst und eben kritisch zu verfahren.[10] Am

10 Der Systematizitätsansatz von Hoyningen-Huene versucht die Wissenschaft zu beschreiben, versteht sich also als deskriptives Unterfangen. Im Kern verfolgt Hoyningen-Huene hier die These, dass sich wissenschaftliches Wissen von nicht-

Ende bleibt so ein analytisches Schema zur Betrachtung dessen, was Feyerabend mit wissenschaftstheoretischem Laissez-faire methodisch praktizierte – ein historisches Verfahren mit kritischen Einfällen im Zuge eines sich immer im Prozess befindlichen Wirklichkeits- und Wahrheitsrasters.[11]

2.2 Wer Wissen schafft, schafft Wissenschaft

Worüber wird eigentlich gesprochen, wenn im alltäglichen Kontext von der Wissenschaft gesprochen wird? Und welche Begriffszuschreibungen werden diesbezüglich innerhalb dieser Untersuchung vom Allgemeinbegriff abgeleitet und gesetzt? Der Wissenschaftsphilosoph Helmut Spinner bescheinigt der institutionellen Wissenschaft[12] wie Forschung, dass sie »nur ein kleiner

wissenschaftlichem Wissen/Alltagswissen dadurch unterscheidet, dass es über die höhere Systematizität verfügt. Diese Zuschreibung versteht sich derweil relational, spricht dem Alltagswissen gegenüber dem wissenschaftlichen Wissen also nicht die Systematizität ab. Den Grad der Systematizität bestimmt Hoyningen-Huene derweil über neun Dimensionen hinweg, diese sind: 1. Beschreibungen, 2. Erklärungen, 3. Vorhersagen, 4. Verteidigungen von Wissensansprüchen, 5. kritischer Diskurs, 6. epistemische Vernetzung, 7. das Ideal der Vollständigkeit, 8. Wissensvermehrung und 9. die Darstellung und Repräsentation von Wissen. Wenn, wie im Zuge der Ausführungen vor dieser Fußnoteneinlassung geschehen, mangelndes kritisches Potenzial festgemacht wird, dann aus dem bereits ausgeführten deskriptiven Anspruchs Hoyningen-Huenes' Systematizitätsansatzes. Damit begibt sich Hoyningen-Huene hinter den Schutzwall der reinen Beobachtung und zieht sich aus normativer Ursachenforschung zurück, obwohl der Grad der Systematizität gleichwohl konstituierend und somit normativ setzend für wissenschaftliches Wissen wirkt. Die Bekundung, mit seiner Arbeit explizit keine Wesensbestimmung der Wissenschaft anzustreben (Hoyningen-Huene 2013: 10), wirkt damit ähnlich inkonsequent wie die Wahl des Untertitels dieses deskriptiven Werkes, der die Systematizität als *Nature of Science* labelt. Doch dieser kritische Einwand soll dabei die Leistung des Systematizitätsansatzes nicht schmälern, tatsächlich definiert dieser Ansatz ja recht engmaschig den Begriff des wissenschaftlichen Wissens.

11 Die Problematik der erschöpfenden Spurensuche historischer Arbeiten wird derweil an dieser Stelle ausgespart, sie erscheint breit besprochen und daher voraussetzbar (vgl. u. a. Albert 1987; Ludz & Rönsch 1972; Popper 1965).

12 Von institutioneller Wissenschaft ist hier deshalb die Rede, da davon ausgegangen wird, überhaupt nur dieser historisch fundiert nachspüren zu können. Eine

Teil des Ganzen, dafür aber in doppelter Ausführung [sind; Anm. SR]: als Erkenntnissystem ein Bruchteil des gesamten menschlichen Wissens, als Sozialsystem ein schätzungsweise noch viel geringerer Bestandteil der Gesamtgesellschaft« (Spinner 1985: 20).

Diese grundlegende Definition Spinners eröffnet zwei bemerkenswerte kategoriale Einordnungsoptionen: *1. Die Wissenschaft ist sowohl Erkenntnis- wie auch Sozialsystem.* Die Systematik, die Spinner hier unterstellt, gibt der Wissenschaft eine grundlegende Erscheinungsform, welche innerhalb dieser Untersuchung entlang der Kategorien *Institution* und *Organisation* ausführlicher besprochen werden wird. *2. Sowohl das Erkenntnis- wie das Sozialsystem der Wissenschaft sind in weitere, deutlich größere Bezugssysteme eingebettet.* Hierbei legt Spinner Wert darauf, dass der Anteil der institutionellen Wissenschaft an der Erkenntnisgewinnung stärker zu gewichten ist als der Anteil am menschlichen Sozialgefüge. Es mag basal erscheinen, doch legen diese grundlegenden Feststellungen ein elementares Fundament für die institutionelle Wissenschaft und daraus resultierend für die Universität. Gleichwohl wird ferner zu diskutieren sein, ob, und wenn ja wie, institutionelle Ableger der Universität – also beispielsweise Fachhochschulen – diesem Anspruch zu entlehnen sind. Nun bleibt in einem weiteren Schritt die Klärung der zwei Systematiken, also ein Ergründen des Erkenntnisgewinns wie des Sozialgefüges.

Die Diskussion darüber, was wissenschaftliche Erkenntnis ausmacht, ist so alt wie die geistige Reflexionstätigkeit an sich. Woher wissen wir, was wir zu wissen meinen? Was ist es, was wir wissen? Ist es? All diese Fragen

---

detaillierte Auseinandersetzung zur begrifflichen Trennschärfe zwischen dem Institutionellen und Organisationalen erfolgt im späteren Fortlauf dieser Untersuchung, genauer innerhalb der Kapitel *4.1* bis *4.4*. Fürs erste soll ein Verweis auf Christian Schwägerls kritischen Einwand zur Verdeutlichung des Institutionsbegriffs genügen, in dem dieser resümierend fragt, ob »ein kritischer Blick darauf, ob sich die institutionelle Wissenschaft in Deutschland zu sehr mit den Mächtigen und Reichen verbindet und verbündet – und ob nicht eine Allianz mit den Schwächeren nötig wäre« (Schwägerl 2020: 190). Auch wenn in dieser Untersuchung auf eine exklusiv nationale Eingrenzung verzichtet wird, wird durch die Kontextualisierung des institutionellen Wissenschaftsbegriffs der damit verbundene empirische, wenigstens aber konkrete Anspruch klar.

und viele weitere lassen sich subsumieren unter die Frage nach dem Wesen der Erkenntnis. All diese althergebrachten Überlegungen zielen auch auf die Klarheit und Eindeutigkeit von Erkenntnis ab, womit sie in – als exklusiv wissenschaftlich begründete – Erkenntnisdebatten münden. Folgt man dieser Spur, gelangt man in die Tiefen erkenntnistheoretischer Diskussionen rund um das Wesen der Erkenntnis. Konzentriert man sich stärker auf den Pfad, der einer institutionalisierten Wissenschaft folgt, gilt es also nichts weniger als die Geschichte der Menschheit in ihrer exklusiv organisierten Erkenntnissuche auszuleuchten. Es ist somit ein Unterfangen außerordentlichen historischen Ausmaßes, möchte man die Erkenntnis in ihrer Funktionslogik von Anbeginn an verstehen. Daher muss vorweg der ein oder andere Richtungspfeil gesetzt werden, bis so ein Sammelsurium von Verweisen entsteht, welches eine Vielzahl weiterer möglicher Denkrichtungen angibt – auch hier ohne Anspruch auf Vollständigkeit. Es versammeln sich jedoch so eine Vielzahl der großen Schlüsselbegriffe der (Bildungs- & Wissenschafts-) Philosophie, u. a. *Wahrheit*, *Wirklichkeit*, *Sozialität* (als Oberbegriff des Ichs und der Gemeinsamkeit), *Wissen*, *Glauben* sowie *Ethik*.

Die folgenden Kapitel sollen nun die wichtigsten Weggabelungen und Knotenpunkte dieser Schlüsselbegriffe ausweisen und damit den Boden bestellen, auf dem diese Arbeit im weiteren Verlauf ein fruchtbares Angebot zur Definition wissenschaftlicher Erkenntnis im Sinne einer institutionellen Wissenschaft entwickeln möchte. Nur mit dem begrifflichen Vorverständnis wird es gelingen, die Wissenschaft sinnstiftend institutionell (zum Beispiel in Bibelstudien, Koranschulen, Fachhochschulen, Universitäten, privatwirtschaftlichen Think Tanks usf.) wie ideell (zum Beispiel in der Grundlagen- und Anwendungsforschung) zu unterscheiden und die Gedankengänge dieser Analyse daraufhin zu fokussieren. Dabei werden einige dieser Begriffe explizite Abhandlung erfahren (zum Beispiel *Meinen, Glauben und Wissen* in Kapitel *2.2.2*) und andere im späteren impliziten Analyseverfahren beleuchtet (zum Beispiel *Wahrheit* und *Wirklichkeit* in Kapitel *3.3.1* oder die Ethik in Kapitel *3.3.2*).

2.2.1 Über (die) Wissenschaft(en)

Die Definition der institutionalisierten Wissenschaft(en) stellt ein sehr komplexes Unterfangen dar und selbst bei stoischer Folgeleistung im Zeichen der Geschichte kommt das Problem auf, dass man mit mannigfaltigen Ursprüngen konfrontiert wird. Dieser Komplexität wird im späteren Verlauf dieser Analyse nachgespürt. Dafür bedarf es jedoch eines Begriffs, auf dem die weitere Analyse überhaupt aufbauen kann. Eine begriffliche Vorstellung, die die Rahmenbedingungen dessen, was innerhalb dieser Analyse als Wissenschaft(en) verhandelt werden kann, absteckt; und dies in Abgrenzung zu *Forschung*, *Universität*, *Wissen* usf. Es geht also um einen Minimalkonsens, eine Einigung in dem Sinne, dass man aufbauend auf diesem Minimalkonsens eine Zuspitzung nachvollziehen und eine institutionelle wie organisationale Strukturierung davon ausgehend analysieren kann.

Es scheint geboten, dieses Vorhaben mit kleinen und bedachten Schritten einzuleiten, fällt diese Analyse gegenwärtig doch in eine Zeit, die nicht wenige Zeitdiagnosen als *postfaktisch* (vgl. u. a. Rotermund, Wilts & Schreiber 2019; Neiman 2017; Tesich 1992) charakterisieren und damit auf eine Entwicklung in Gesellschaft und Politik verweisen, in der »Narrative statt Tatsachen die öffentliche Agenda, Meinungen statt Kenntnisse, Stereotype statt repräsentative Beispiele« (Hendricks & Vestergaard 2018: 7) die politischen Handlungen anleiten.[13] In diesen Gefilden kann und möchte

---

13 Es mag für eine wissenschaftliche Analyse eher unüblich erscheinen, dass ein – wenn auch nur kurzer und fußnotengebundener – tagespolitischer Einlass erfolgt, doch erscheint der aktuelle politische Diskurs im Lichte der *post-truth-Debatten* vor dem Hintergrund möglicher Missinterpretationen dieser Analyse Anlass genug, um eben einen solchen Exkurs anzugehen: Insbesondere Feyerabends Methodenpluralismus und das – seitens Feyerabend als rhetorisches Stilmittel bemühte – *Anything goes* laden zu klugen wie weniger klugen Analysen der Corona-Pandemie ein. Zu den ersteren zählt zweifelsohne die kurze wie kurzweilige Analyse von Simon Lohse und Karim Bschir, welche unter dem Titel *Epistemic pluralism in evidence-based public health policy* im Jahr 2020 Überlegungen zur Beraterrolle der Wissenschaft für die Politik anstellen. Die Autor:innen stellen ihre Überlegungen in Feyerabends Tradition an, konstatieren eine zunehmende Bedeutung der Wissenschaft als Beraterin für politische Entscheidungsträger:innen und verweisen auf einen Erkenntnispluralismus, den es bei Handlungsempfeh-

diese Untersuchung nicht Recht sprechend auftreten, sondern mit einem Negativverfahren moderierend dahingehend eingreifen, dass grundlegende Fehlinterpretationen schneller erkannt und damit verbundene Fehlentwicklungen schneller gebannt werden können. Der Anspruch bleibt hier ein philosophischer, der Theorie verbunden und der Praxis zugewandt.

---

lungen einzudenken gilt. Die zunehmende anti-wissenschaftliche Stimmung, die hier bereits mit *post-truth* beschrieben wurde und von Anhänger:innen des ehemaligen US-Präsidenten Donald Trump bis zu Querdenker:innen reicht, erklären die Autor:innen derweil insbesondere damit, dass die gestiegene Komplexität gesellschaftspolitisch relevanter Themenfelder (u. a. Bildung, Arbeit 4.0 usf.) wissenschaftliche Begutachtung zur Entscheidungsfindung verlangt und die Wissenschaft daher per se zur immer gefragteren Beratungsinstanz wird. Wo nun der Einfluss wächst, so die simple Gleichung, wächst auch die Zahl derer, die in Abneigung entgegentreten. Lohse und Bschir sind sich dabei der Tragweite ihrer Gedanken wohl bewusst und formulieren folgerichtig ihren Beitrag im Zeichen eines Denkanstoßes: »Addressing the issue of insufficient epistemic pluralism as well as the sketched challenges associated with pluralism is essential for improving evidence-based public health policy, in particular in the context of acute public health threats. Both aspects should therefore be on the agenda of scholars who think about evidence-for-use in policy contexts and related issues in social epistemology« (Lohse & Bschir 2020: 58). Natürlich kann man Feyerabend mit Blick auf die Pandemie auch anderweitig in die Corona-Diskussion einführen, seine Aussagen aus dem Zusammenhang reißen und als anti-wissenschaftlich dahingehend lesen, dass zum Schluss zwei Wahrheiten bestehen, die Welten prägen: Eine Welt mit und eine Welt ohne Corona. Wie hier Feyerabends Philosophie instrumentalisiert wird und wie man anderweitig die Funktion von Verschwörungstheorien mit Feyerabend herleiten kann, zeigt u. a. der Psychologe und Philosoph Rüdiger Maas in seinem Buch *Was hat Bill Gates mit Corona zu tun?* (vgl. Maas 2020: 17 ff.). Es liegt nahe – wenigstens nach seriöser Beschäftigung mit Feyerabend und den anderen Philosoph:innen, die einen ähnlich gelagerten Erkenntnispluralismus vertreten und innerhalb dieser Arbeit grundlegend bemüht werden – dass diese Analyse keine Gegenwahrheiten hofiert, wenn sie von anarchistischer Erkenntnis o. ä. spricht. Dies soll als grundlegendes Statement an dieser Stelle stellvertretend für diese Arbeit genügen, da zwar noch intensivere Auseinandersetzungen mit dem Wissenschaftspluralismus erfolgen werden, diese dann aber nicht kleinteilig vor dem Hintergrund tagespolitischer Tendenzen reflektiert werden können. Derartige Reflektionen werden innerhalb dieser Analyse im Fußnotenkontext verbleiben, lassen sich darüber hinaus aber auch breitenwirksam aufbereitet finden, beispielsweise durch Peter Strasser in Anlehnung an Feyerabend und Popper in der NZZ (vgl. Strasser 2020).

Der geklammerte Plural deutet bereits an, dass selbst das Konkrete diffus erscheinen könnte. Um also im weiteren Verlauf dieser Arbeit einem roten Faden folgen zu können, müssen die Konturen des Begriffs zusehends schärfer werden. Dafür soll nun eine möglichst breitenwirksame und anschlussfähige Definition aufgerufen werden, die über volkstümliche Ausrufe wie *Wissenschaft ist, wenn man Wissen schafft* oder *Wissenschaft ist eine Wissen hervorbringende Tätigkeit* hinausgeht, ohne dabei vermeintlich *zu* konkret in einem das Denken einengenden Sinne zu werden.

Nun gäbe es – wie so oft im wissenschaftlichen Tun – eine Vielzahl verschiedener Ansätze, um dem Definiendum Wissenschaft nachzukommen. Eine Möglichkeit wäre die Verfolgung der sprachgeschichtlichen Verwendung, um daraus ein Destillat der die historischen Begriffe verbindenden Funktionen zu gewinnen, welches dann einer logischen Analyse unterzogen wird. Diesen Ansatz kann man beispielsweise bei Rudolf Wohlgenannt beobachten, der akribisch den Begriff der Wissenschaft unter eben jenem Anspruch erkundet hat und so am Ende eine Definition vorlegen konnte, die wie folgt lautet:

> »Unter ›Wissenschaft‹ verstehen wir einen widerspruchsfreien Zusammenhang von Satzfunktionen (Aussageformen) oder geschlossenen Satzformeln (Aussagen), die einer bestimmten Reihe von Satzbildungsregeln entsprechen und den Satztransformationsregeln (logischen Ableitungsregeln) genügen oder aber wir verstehen darunter einen widerspruchsfreien Beschreibungs- oder Klassifikations- und/oder Begründungs- oder Ableitungszusammenhang von teils generellen, teils singulären, zumindest indirekt intersubjektiv prüfbaren, faktischen Aussagen, die einer bestimmten Reihe von Satzbildungsregeln entsprechen und den Satztransformationsregeln (logischen Ableitungsregeln) genügen.« (Wohlgenannt 1969: 197)

Dies bedeutet, dass im ersten Fall die Befolgung der Satzbildungs- und Ableitungsregeln sowie der Widerspruchsfreiheit genügen, um etwas als Wissenschaft zu deklarieren. Die Definition wird über das Zitat hinaus von Wohlgenannt erweitert, wenn es zur direkten Bezugnahme mit der Realität kommt, wenn die Wissenschaft durch »den sogenannten Realbezug

der Aussagen« (Wohlgenannt 1969: 197) gekennzeichnet ist. In diesem Falle wird die erste Definition erweitert und die Aussagen müssen zusätzlich den Anspruch intersubjektiver Prüfbarkeit erfüllen.

Annäherungsversuche an den Wissenschaftsbegriff – wie der hier vorgestellte – folgen im Grunde einer recht einfachen Aussagenlogik in dem Sinne, dass Wissenschaft als Theorie begriffen wird und die Theorie auf ihre Satz- und Aussagensysteme reduziert wird. Hiervon ausgehend werden Aussagensätze kategorisiert und in Summe so ein Wissenschaftsbegriff ausdefiniert. Annäherungen an den Wissenschaftsbegriff in dieser Art führen schnell in hochkomplexe Problemfelder, die um Wahrheitsbedingungen wissenschaftlicher Aussagen kreisen und die Frage nach der Wissenschaft von der wissenschaftlichen Praxis ein Stück weit entkoppeln, wenigstens dann, wenn man einen allgemein belastbaren Platzhalter definieren möchte, wie an dieser Stelle angestrebt.[14] Für den Zweck einer basalen Begriffsverständigung wird also eine zusätzliche Abstraktionsebene eingezogen, die erkenntnistheoretische Tiefe dieser Unternehmung wurde gleichwohl durch den kurzen Exkurs flankiert.

Was also meinen wir für gewöhnlich, wenn wir von *Wissenschaft(en)* sprechen? Wie könnte eine Definition lauten, die,beispielsweise gemessen an den Ausführungen von Wohlgenannt, eine Abstraktionsebene höher im abstandsuchenden Sinne ansetzt und so im Gegensatz zur wissenschaftstheoretischen Präparation des Wissenschaftsbegriffs im Sinne Wohlgenannts eine weitere Spannbreite soziologischer, politologischer und ökonomischer

14 Was hier als hochkomplex betitelt wurde, zielt auf Diskussionen zum Wahrheitswert analytischer wie synthetischer Sätze ab. Während analytische Sätze wahr/unwahr unabhängig von empirischer Erkenntnis sind (a priori, vor der Erfahrung), sind synthetische Sätze wahr/unwahr nach empirischer Prüfung (a posteriori, nach der Erfahrung). Komplexe erkenntnistheoretische Diskussionen kreisen in diesem Themenfeld u. a. um die Möglichkeit synthetischer Sätze a priori, wie sie von Immanuel Kant in der Kritik der reinen Vernunft angenommen wurden. Solche synthetischen Sätze a priori bilden Urteile, »deren Wahrheit wir einzusehen vermögen, obwohl wir sie einerseits logisch nicht beweisen können, andererseits aber auch zu ihrer Stützung keine Beobachtungsdaten benötigen« (Stegmüller 1978: XXVII) und deren Existenz bezweifelt (vgl. Popper 1976: XXIV) oder verteidigt (vgl. Wohlgenannt 1969: 173) wird.

Anleihen zulässt? Einen nachvollziehbaren Beginn einer ur-sächlichen Darstellung von Wissenschaftsgeschichte offeriert Karl Popper, wenn er schreibt:

> »Unsere westliche Zivilisation ist eine Zivilisation, die auf der Wissenschaft basiert. Es ist eine Zivilisation, die sich von der Wissenschaft von Kopernikus, Galilei, Kepler und Newton herleitet. Die Wissenschaft von Kopernikus, Galilei, Kepler und Newton aber war die Weiterentwicklung der Kosmologie der Griechen. Aus diesem Grunde ist es richtig, wenn gesagt wird, daß die westliche Zivilisation von den Griechen begründet worden ist. Wir verdanken den Griechen auch die Ideen der Wahrheit, der Demokratie, der Gerechtigkeit, der Humanität und sogar der menschlichen Brüderlichkeit.« (Popper 1998/2012: 175)

Mit diesen Sätzen leitet Popper seine Bemerkungen zur Bedeutung der Kosmologie ein und bedient in der grundlegenden Art der Kategorisierung das Schema Spinners, welches einleitend des Oberkapitels *2.2* bereits vorgestellt wurde. Die Wissenschaft als singuläres Konstrukt bildet einerseits einen Erkenntnisanspruch und andererseits einen Gesellschaftsanspruch ab. Die Wissenschaft ist also auch hier Erkenntnis- wie Sozialsystem. Über Spinner scheinbar hinausgehend ist die Wissenschaft jedoch nicht nur Teil der Gesellschaft (bei Spinner ein verschwindend geringer Teil des Ganzen), bei Popper avanciert sie zu einem wesentlichen Gestaltungswerkzeug von Gesellschaft, da das Zivilisatorische auf der Wissenschaft basiert. Dieser Hinweis erscheint jedoch insofern basal, da er der eingänglichen Spinner-Definition lediglich einen dialektischen Anstrich im Wissenschafts- und Gesellschaftsverhältnis beibringt, die Spinner wohl kaum in Abrede stellen würde. Von ähnlich herausragender Bedeutung für die Gesellschaft ist die Wissenschaft auch bei Feyerabend, wenngleich Feyerabend im Gegensatz zu Popper stets mahnt und als grundlegend anmerkt, dass es die eine singuläre Wissenschaft nicht gibt, dass diese Vorstellung vom »Monster Wissenschaft, das mit einer Stimme spricht« (Feyerabend 1998: 79) kein stimmiges Bild abgibt, sondern dass hier eher vom »Pappkamerad von Propagandisten, Reduktionisten und Lehrenden« (ebd.) gesprochen werden muss.

Worauf Feyerabend mit dieser Mahnung abzielt, ist Folgendes: Die Wissenschaft ist natürlich in verschiedenen Institutionen beheimatet, sie ist aber auch in einem steten Wandel. Scheinbar ist sie auch in einem steten Konflikt mit sich selbst, dieser Konflikt liegt aber recht wahrscheinlich im bereits angesprochenen dialektischen Verhältnis zur Gesellschaft. Beim Verweis auf die Wissenschaft gilt es nun – und darauf zielt die Warnung ab – stets zu bedenken, dass es a) die eine ideale Wissenschaft nicht gibt und b) die Wissenschaft nicht monolithisch gedacht werden kann. Ein Ideal zeichnet Feyerabend nichtsdestotrotz aus, dieses erscheint dabei durchaus anschlussfähig an Poppers Ausführungen und soll hier nicht unerwähnt bleiben:

> »Der Glaube an die Wissenschaft ist zu einem gewissen Grad gerechtfertigt aufgrund der geradezu revolutionären Rolle, die die Wissenschaft im 17. und 18. Jahrhundert gespielt hat. Die Anarchisten predigten die Zerstörung, und die Wissenschaftler widerlegten restlos das harmonische Weltbild vergangener Jahrhunderte, beseitigten fruchtloses Wissen, veränderten gesellschaftliche Verhältnisse.« (Feyerabend 1996: 21)

Mit dieser Erweiterung durch Feyerabend kann nun ein erster Definitionsversuch lanciert werden: Wenn von (den) Wissenschaft(en) die Rede ist – nach wie vor gilt, dass eine möglichst breitenwirksame Definition elaboriert werden soll – handelt es sich um eine Unternehmung, die Aussagen mit positivem wie negativem Wahrheitswert anstrebt, ein zivilisatorisches Moment beinhaltet und durch dieses stets Teil des Erkenntnis- wie auch des Sozialsystems ist.[15]

15 Eine Formulierung, die zunehmend bemüht zu werden scheint, um dieser Form minimalistischer Wissenschaftsdefinition gleichzukommen, ist die des *kultivierten Wissens* (vgl. u. a. Solhdju 2018: 112; Mall & Peikert 2018: 198; Müller 2016). Diese Formulierung trifft in der Tat auch einen wesentlichen Kern dessen, was die hier ausgearbeitete Definition rahmen will, lässt jedoch den wahrheitsbezogenen Aussagencharakter außenvor. Zumindest erscheint dies vor einem undefinierten Wissensbegriff der Fall, wodurch die Kontur unwesentlich verschieden der tautologischen Formel *Wissenschaft ist, wenn man Wissen schafft* erscheint.

Mit eben jenem Verständnis von Wissenschaft(en) wird im Fortlauf dieser Analyse dann gearbeitet, wenn verschiedene Ausformungen von Wissenschaft(en) differenziert werden. Dieses Verständnis von Wissenschaft(en) wird erweitert werden, wenn der Begriff der institutionalisierten Wissenschaft für die eingehendere Analyse als Universität geschärft wird. Man könnte es salopp so halten, dass zunächst eine populär-philosophische Definition erarbeitet wurde, welcher im Fortlauf eine wissenschaftsphilosophische aufgesattelt werden wird.

2.2.2 Meinen, Glauben und Wissen

Was unterscheidet die Begriffe *Meinen*, *Glauben* und *Wissen*? Ist das *Meinen* und *Glauben* per se unwissenschaftlich? Und: Wer kann wirklich sagen, was man wissen kann? In dieser Analyse zum Charakter wissenschaftlicher Erkenntnis steht eben jene institutionelle Rückkopplung zur Wissenschaft im Zentrum. Bezogen auf das Wissen, konnte im vorigen Kapitel dahingehend auch schon etwas begriffliche Schärfe produziert werden, wenn definitorisch festgehalten wurde, dass Wissenschaft u. a. Aussagen mit positivem/negativem Wahrheitswert anstrebt, welche in ein Erkenntnis- wie auch Sozialsystem eingebunden sind. *Wissenschaftliches Wissen* – so scheint es zu diesem Zeitpunkt wenigstens – bezeichnet also ein Wissen mit Wahrheitsprüfung, eingereiht in prüfende Instanzen weiteren Wissens und ist somit hauptsächlicher Gegenstand dessen, was wir gemeinhin als Wissenschaft bezeichnen. Doch wie verhält es sich dann mit nicht-wissenschaftlichem Wissen? Oder ist jedes Wissen wissenschaftlich geprägt? Thomas Vogt merkt hierzu an:

> »Allerdings könnte man entgegnen, dass Wissenschaft bei Weitem nicht die einzige Möglichkeit darstellt, Wissen zu produzieren und verfügbar zu machen. Die Behauptung, vor der Erfindung der modernen Wissenschaft sei kein Wissen produziert worden, ist offensichtlich nicht haltbar. Menschen brauchen keine Wissenschaft, um Wissen zu erzeugen. Das zeigen Beispiele früherer menschlicher Kulturen, die über einen großen Wissensschatz verfügten. Auch in unserer Kultur entsteht neues Wissen keineswegs nur in der Wissenschaft. Literatur, Musik, Kulinarik etc.

> sind Bereiche, in denen neues Wissen erzeugt wird. Andererseits hat die wissenschaftliche Forschung als systematische Suche nach Erkenntnis in vielen Bereichen unbestreitbare Vorteile gegenüber anderen Formen des Wissenserwerbs.« (Vogt 2019: 4)

Wissen, so nun ein erstes Zwischenergebnis, ist offenbar nicht genuin wissenschaftlich konstituiert, kann jedoch über unterschiedliche Systematisierungsstufen akkumuliert werden. Die Vermutung, dass wissenschaftliches Wissen in diesem Punkt im Vergleich zu anderen Wissensformen ein möglichst hohes Maß an Systematik veranschlagt, erscheint naheliegend, wurde bereits anfänglich besprochen (im Fußnotenkontext des Kapitels *2.1.2*) und wird im Fortlauf dieser Untersuchung nochmals eindringlicher anhand der Überlegungen von Paul Hoyningen-Huene aufgegriffen.

Doch was ist nun die kategoriale Trennungslinie von *Wissen* zu *Glauben* und *Meinung*? Die wohl populärste Auseinandersetzung mit den Erkenntniskategorien Meinen, Glauben und Wissen stammt von Immanuel Kant und wird als grundlegend für die Definitionsleistung dieses Kapitels veranschlagt. Kants Definition erscheint auf den ersten Blick in ihrer kategorialen Differenz nicht sonderlich kompliziert.[16] Kant differenziert die Begriffe wie folgt:

> »Das Fürwahrhalten oder die subjective Gültigkeit des Urtheils in Beziehung auf die Überzeugung (welche zugleich objectiv gilt) hat folgende drei Stufen: *Meinen*, *Glauben* und *Wissen*. *Meinen* ist ein mit Bewußtsein *sowohl* subjectiv, *als* objectiv unzureichendes Fürwahrhalten. Ist das letztere nur subjectiv zureichend und wird zugleich für objectiv unzureichend gehalten, so heißt es *Glauben*. Endlich heißt das sowohl subjectiv als objectiv zureichende Fürwahrhalten das *Wissen*. Die subjective Zu-

16 Für philosophische Tiefenbohrungen im Spannungsfeld zwischen Meinen-Glauben-Wissen wäre wohl im klassischen Sinne eine weitreichendere Rückverfolgung angebracht, denkbar mit einem ersten Ansatz bei Platons Theorie des Wissens im *Theaitet* und dabei insbesondere die Unterscheidung zwischen *doxa* und *epistéme* aufgreifend. In Platons Dialog wird gegen Ende dann beispielsweise auch eine Definition diskutiert, die heute noch oft in Stellung gebracht wird, nämlich der Vorschlag, Wissen als »wahre, begründete Überzeugung« (Platon 1981: 201c) anzunehmen.

länglichkeit heißt *Überzeugung* (für mich selbst), die objective *Gewißheit* (für jedermann).« (Kant 1787/1998: A 822/B 850)

Um Meinung handelt es sich laut Kant also dann, wenn die Begründung der These subjektiv unzureichend erscheint. Wenn wir eine Meinung haben, dann gehen wir also davon aus, dass diese wohl richtig sein könnte, können dies aber nicht belegen und wollen dafür auch nicht bürgen. Wenn wir (an) etwas glauben, dann sehen wir die jeweilige These subjektiv hinreichend begründet, was bedeutet, dass wir bereits von der These überzeugt sind, diese Überzeugung objektiv jedoch nicht belegen können. Und genau hierin, also in der objektiven Begründung der These, unterscheiden sich Glauben und Wissen. Von Wissen sprechen wir dann, wenn wir subjektiv überzeugt sind und es objektiv begründen und somit als Gewissheit ansehen können. Auf das Zitat hinleitend wurde bereits angedeutet, dass die Unterscheidung nur auf den ersten Blick so klar wirkt und bei eingehender Analyse u. U. Probleme aufwirft. Diesen Problemen soll nun nachgespürt werden, um dabei ein besseres Gefühl für die Abgrenzungsmomente und Gemeinsamkeiten der Begriffe zu erlangen. Was dabei als Gefühl bezeichnet wird, zielt auf ein Verständnis für die Notwendigkeit dieser grundlegenden Auseinandersetzung mit epistemischen Abgrenzungen ab. Der folgende Exkurs zur (Un) Vollständigkeit Kants Unterscheidungen ist demnach nicht als zentral für diese Analyse im Gesamten anzusehen, sondern viel mehr eine Art Hintergrundinformation für das kategoriale Grundverständnis.

Grundlegend für die Unternehmung einer tiefgreifenderen Betrachtung Kants Unterscheidung ist im Folgenden die Analyse *Zur Vollständigkeit von Kants Unterscheidung zwischen Meinen, Glauben und Wissen* von Thomas Höwing. Höwing führt zunächst aus, dass den einzelnen Zugängen ein jeweiliges *Fürwahrhalten* zugrunde liegt: »Wenn ich meine, glaube, oder weiß, dass p, gehe ich davon aus, dass p wahr ist« (Höwing 2018: 1244). Dies bedeutet, dass Kant in einer ersten Betrachtung allen drei Begriffen zugesteht, dass die jeweilige These ein *Fürwahrhalten* beinhaltet – die Aussagen also *wahr* oder *falsch* intendieren. Davon ausgehend, so Höwing, müssen nun die Optionen der subjektiven und objektiven Zulänglichkeit bzw. Unzulänglichkeit verknüpft werden. Im Zuge dieser Logik unterbreitet Kant

als Vorschlag zur Bezeichnung der Kombination eines (1) Fürwahrhaltens, welches weder subjektiv noch objektiv zulänglich erscheint, den Begriff der *Meinung*; für ein (2) Fürwahrhalten, welches subjektiv zulänglich aber objektiv unzulänglich erscheint, schlägt er den Begriff des *Glaubens* vor; ein (3) Fürwahrhalten, welches subjektiv wie objektiv zulänglich erscheint, kategorisiert er als *Wissen*. Die Lücke, die Höwing nun eingehender betrachten möchte, wäre in der hier offerierten Darstellung zwischen (2) und (3) auszumachen. Hier wäre »eine vierte Kombination, nämlich ein Fürwahrhalten, das subjektiv unzureichend und objektiv zureichend ist (~SZ und OZ)« (Höwing 2018: 1244) erwartbar. Mit Blick auf die Möglichkeit einer solchen vierten Option zeigt sich die Kant-Forschung allerdings uneins:

> »Im Wesentlichen scheint es hier zwei Möglichkeiten zu geben. So schlägt Leslie Stevenson vor, dass eine angemessene Interpretation die besagte Lücke in Kants Unterscheidung schließen sollte. Stevenson zufolge sollten wir unserer Interpretation folgende Annahme zugrunde legen: Wenn ein Fürwahrhalten objektiv zureichend ist, dann ist es auch subjektiv zureichend (OZ → SZ). Dieser Annahme zufolge kann es kein Fürwahrhalten geben, das objektiv zureichend und subjektiv unzureichend ist. Für Chignell und Pasternack scheint die Existenz einer Lücke in Kants Unterscheidung hingegen nicht wirklich problematisch zu sein. So sieht Chignell keinen Grund dafür die Möglichkeit eines vierten Fürwahrhaltens auszuschließen.« (Höwing 2018: 1245)

Innerhalb der Kant-Forschung wird also diskutiert, ob es überhaupt eines vierten Begriffes bedarf, der die Kategorien der Meinung, des Glaubens und des Wissens ergänzt. Ein Begriff, der ein Fürwahrhalten subjektiv ausschließt, objektiv jedoch für zulänglich erachtet wird. Dieser Diskussion soll an dieser Stelle nicht weiter nachgespürt werden, eine Vertiefung zöge feingliedrigere Kantstudien zur logischen Einteilung eines Gattungsbegriffes u. ä. nach sich, was zu weit weg führen würde vom Grundanliegen dieser Analyse im Gesamten und vom eigentlichen Ansinnen dieses Definitionskapitels im Speziellen. So kann bis zu diesem Punkt festgehalten werden, dass die drei Begriffe *Meinen*, *Glauben* und *Wissen* federführend darin un-

terschieden werden können, mit welcher Intention ein Wahrheitsbegriff mit der These verknüpft wird. Das Wissen, jedenfalls nach Kant, stellt derweil interessanterweise nur einen von drei möglichen Modi des Fürwahrhaltens dar.[17]

Neben der Unterscheidung anhand des intendierten Wahrheitsgrades von Aussagen als Referenz des Wissensbegriffs kommt des Öfteren noch eine weitere kategoriale Unterscheidung hinzu, welche auf theoretisches und praktisches Wissen abzielt. Diese Unterscheidung deutet in einer ersten Denkbewegung eine über die Definition von Kant hinausreichende Definition an; tatsächlich lässt sie aber auch – wenigstens dann, wenn man dem Philosophen Jörg Phil Friedrich folgt – eine Generalisierung des Wissensbegriffs zu. Friedrich leuchtet die Wissenschaft als Produzentin von Wissen aus und stellt hierzu u. a. fest:

> »Folgt man der gängigen Vorstellung von der Entstehung des wissenschaftlichen Denkens, dann hat die Dominanz des theoretischen Wissens als ausgezeichneter und höchster Form des wissenschaftlichen Wissens eine lange Tradition. Als ersten Zeugen können wir Aristoteles, etwa mit dem ersten Buch seiner Metaphysik, aufrufen.« (Friedrich 2020: 21)

---

17 Eine u. U. interessante Spur, der man in diesem Ansinnen weiter folgen kann, führt zu Paul Ricœur. Ricœur schreibt in *Das Selbst als ein Anderer* u. a., dass die *Bezeugung* eine Art der Gewissheit darstellt (vgl. Ricoeur 1990/2005: 32). Etwas zu bezeugen versteht sich bei Ricœur nicht als Darstellung eines Wissens über oder von etwas, sondern vielmehr als eine Stellungnahme, die auf einer Gewissheit beruht. Diese gewissenhafte Stellungnahme, die Bezeugung, widersetzt sich »grundsätzlich dem Begriff der epistèmè, des Wissens, sofern man dieses als letztgültiges und sich selbst begründetes Wissen versteht« (ebd.). Die Bezeugung stellt damit eine Art Glauben dar und kein epistemisches Wissen. Ricœur betrachtet die Bezeugung jedoch nicht als *doxischen Glauben*, »in dem Sinne wie die doxa – das Meinen – weniger Anrecht als die epistèmè, die Wissenschaft, oder besser das Wissen, besitzt« (ebd.), sondern unterscheidet das doxische *Ich glaube, dass* vom Glauben, das der Bezeugung innewohnt. Die Bezeugung gehört für Ricœur zur Sphäre des *Ich glaube an*. Wo das *Ich glaube, dass* einen klaren Bezug zum Wissen hegt (zum Beispiel *Ich glaube, dass etwas wahr/falsch ist*), verwehrt sich das *Ich glaube an* dem Postulat des Wissens. Im *Ich glaube an* wird die Nähe und etymologische Verwandtschaft des Bezeugens und des Zeugnisses deutlich, »insofern man an das Wort des Zeugen glaubt« (ebd.)

Die Argumentation ist recht einfach gefasst derart aufgestellt, dass das theoretische Wissen als ein aus der antike ableitbares und mit der Wissenschaft verbrüdertes Wissen verstanden wird. Der von Friedrich hier als Zeuge aufgerufene Aristoteles gibt in seiner Metaphysik gleich zu Beginn folgende Setzung zum menschlichen Wesen aus: »Alle Menschen streben von Natur nach Wissen« (Aristoteles 1994: 1). Dieses Wissen, auf das Friedrich hier bei Aristoteles rekurriert, ist begrifflich natürlich recht schwer zu erfassen und unterliegt sprachtheoretischen Schwankungen. Friedrich ist sich dessen bewusst und nutzt dieses Problem mangelhafter sprachlicher Präzision insofern, als dass er auf eine weitere, populäre Übersetzungsmöglichkeit der aristotelischen Metaphysik verweist, in der man anstatt vom *Wissen* von der *Erkenntnis* oder dem *Sehen* spricht (vgl. Friedrich 2020: 22 f.).

Damit ist das Wissen zu einem Begriff des grundlegenden sinnhaften Verstehens geworden, zu einem Basisbegriff, der in der Rückkopplung zur Theorie dort anknüpft, wo elementare Sätze wie Karl Poppers Festlegung der Theorie als »das Netz, das wir auswerfen, um ›die Welt‹ einzufangen – sie zu rationalisieren, zu erklären und zu beherrschen« (Popper 1976: 31) ansetzen. Damit ist dem Wissensbegriff etwas unterlegt, was ihn als wesentlichen Bestandteil menschlicher Intelligenz festmacht, und zugleich ist der Wissensbegriff mit diesen Ausführungen so aufgestellt, dass sich sowohl die in diesem Kapitel fokussierten Begriffe des Meinens und Glaubens daraus ableiten lassen, wie auch Legitimationsexkurse des Wissens anschlussfähig erscheinen.[18] Nun stellt sich die Frage, inwiefern diese Feststellung zu einer Generalisierung über die kategoriale Trennung Kants hinaus taugen soll.

18 Was hier als Legitimationsexkurse des Wissens bezeichnet wird, zielt weniger auf eine wissenschaftstheoretische Analytik von Urteilen ab als vielmehr auf den politischen Diskurs rund um Wahrheit(en). Dies lässt sich – im Fußnotenkontext anknüpfend an die zuvor lancierte Fußnote zum Umgang mit der Corona-Pandemie, Querdenker:innen und demokratischen Verwerfungen – exemplarisch an der post-truth-Debatte in den USA sowie an den Corona-Leugner:innen verdeutlichen. Es handelt sich bei derlei eigenartig erscheinenden Positionen nicht um eine Leugnung des Wahrheits- und Wissensbegriffs an sich, vielmehr wird eine Evidenz-Debatte eröffnet: »Aushandlungen um die Gültigkeit von Wissen […] sind ein im Laufe des 20. Jahrhunderts politisch brisanter werdendes Phänomen, das sich in multiplen Bereichen der Wissenschaft, der Technik, der Politik, der Medizin und der Gesellschaft zeigt: Wissen wird in modernen Gesellschaften

Grundlegend kann, nach den hier zur Definition bemühten Überlegungen, wie folgt festgesetzt werden: 1.) Meinen, Glauben, Wissen folgen einem Streben im Sinne der theoretisch/praktischen Unterscheidung insofern, als dass ein Subsummieren als Kategorien der Erkenntnis legitim erscheint. Das Streben nach Erkenntnis ist dem Menschen ureigen, das Streben nach Wissen und somit auch das Meinen und Glauben, ebenfalls. 2.) Innerhalb des Erkenntnisapparates unterscheiden wir in Meinen, Glauben und Wissen anhand des intendierten Wahrheitsgrades von Aussagen. Diese unterschiedlichen Wahrheitsgrade dienen – in Anlehnung an Popper – dazu, »die Maschen des Netzes immer enger zu machen« (Popper 1976: 31). Daraus folgt 3.), dass die Intention der Meinung, des Glaubens und des Wissens subjektiv gleich getaktet erscheint, objektiv jedoch nach der Güte des Wahrheitsgrades im Sinne der Rationalisierung unterschieden sind. Somit können die Meinung und der Glauben zu quasi-methodischen Kategorien gezählt werden, was sich im Fortlauf dieser Arbeit anhand Feyerabends Überlegungen verdeutlichen lassen wird.

2.2.3 Die Häuser des Wissens

Die Kapitelbezeichnung ist Jürgen Mittelstraß entlehnt und dabei insbesondere seinem gleichnamigen wissenschaftsphilosophischen Werk *Die Häuser des Wissens: Wissenschaftstheoretische Studien* (1998). Im Gegensatz zu Mittelstraß – der mit seiner Formulierung von *Häusern des Wissens* recht klar auf die Universitäten und die darin verankerten Fakultäten abzielt – soll an dieser Stelle ein Konglomerat verschiedener Einrichtungen vorgestellt und in historisch-kritischer Manier skizziert werden. Da es sich um eine grundlegende Verständigungsarbeit handelt, wäre hier der Anspruch einer methodischen Tiefenbohrung verfehlt. Mit anderen Worten: Grundlegend werden in dieser Arbeit *Universitäten*, *(Fach)Hochschulen*, *Volkshochschulen*,

---

nicht per se akzeptiert, sondern Wissensakteur_innen müssen überzeugen, um ihren Befunden Evidenz zu verleihen.« (Ehlers & Zachmann 2019: 9) Gleichwohl wäre aber eben auch eine Interpretation denkbar, die hier den Anschluss an die fehlende vierte Kant‘sche Kategorie oder die Überzeugung/Bezeugung Ricœurs untersucht.

Kunsthochschulen, *Medizinische Hochschulen*, *Ingenieursschulen* aber auch außeruniversitäre Forschungseinrichtungen wie beispielsweise jene der *Fraunhofer Gesellschaft* oder die *Max-Planck-Institute* als Häuser des Wissens veranschlagt. Im Speziellen soll nun jedoch in einem ersten Schritt geklärt werden, weshalb der Rückgriff auf eine Häusermetapher angebracht erscheint, inwiefern sich diese Häuser des Wissens voneinander unterscheiden, um dann in einem letzten Schritt darzulegen, welches Haus als Maßstab des institutionellen Wissenschaftsbegriffs dieser Analyse taugt.[19]

Welche philosophische Grundannahme liegt bei der Verwendung der Häuser-Metapher zugrunde? Bei Zergliederung des zugrundeliegenden Erkenntnisinteresses hinter der Frage nach den Häusern des Wissens fällt die augenscheinliche Möglichkeit schier endlos erscheinender Zerfaserung der Fragestellung auf. In etwa: Frage: Warum wird von Häusern gesprochen? Antwort: Weil eine Räumlichkeit zugrunde gelegt wird. Frage(n): Muss es sich dabei um für sich abgeschlossene Häuser handeln, die zusammen ein Quartier ergeben? Läuft diese Metapher etwa auf Urbanisierungsvorstellungen eines (wilden) Wissens heraus? Antwort: Nein, es handelt sich vielmehr um irgendwie geartete Raumvorstellungen und somit um physisch begrenzte Räume wie konzeptuelle Denkräume. Frage: Wenn die Räume physisch wie psychisch Geltung beanspruchen können, kann dann überhaupt eine analytisch klare Kartografie anvisiert werden? Antwort: Theoretisch ja, praktisch ist dies aufgrund diverser Überlappungen und Unschärfen (wie die Einordnung diverser Hochschulen in Universitäten und Fachhochschulen) unwahrscheinlich. Frage: Was trennt dann analytisch diese Häuserarten voneinander? Antwort: Die Wissensformen bzw. die Art und Weise, wie das Wissen in den Häusern verhandelt wird. Frage: Ist Wissen nicht immer gleich? Antwort: Nein, bereits bei der Frage von Bestandswissen und Wissensproduktion können hier Ungleichheiten ausgemacht werden.

19 Die im Folgenden herangezogenen Beispiele institutionalisierter Zielsetzungen orientieren sich an der bundesdeutschen Bildungs- und Forschungslandschaft. Damit ist die Differenzierung durchaus breitentauglich, jedoch müssten etwaige international bestimmbare Sonderkonstrukte (zumeist dürften dies religiös mitbestimmte Universitäten oder Fachhochschulen sein) natürlich eigenständige Betrachtung finden. Was hier nun angestrebt wird, kann für derlei Betrachtungen jedoch u. U. als Referenzrahmen gelten.

Diese Frage-Antwort-Kette könnte nun noch bemerkenswert weiter ausgesponnen werden. Sie verdeutlicht aber ein grundlegendes Motiv, welches für die Nutzung der Häusermetapher elementar ist: Es wird im Kontext dieser Untersuchung ausgegangen von a) dem Raum (im späteren Verlauf vor allem von einem verwalteten Raum) und b) dem be- und abgegrenzten Wissen, unter besonderer Berücksichtigung der Wissensproduktion. Das ist insofern elementar, da Forschung prozessuale Wissensproduktion ist und Verwaltung/Bürokratie nur da wirken kann, wo ein Wirkungsraum definiert wurde.[20] Möchte man also – und das ist Zielsetzung dieser Untersuchung – betrachten, wie bürokratische Strukturen auf Forschungsprozesse im erkenntnistheoretisch relevanten Bereich wirken, bedarf es eben jener nun erläuterten Setzungen.

Die Ausdifferenzierung im Hochschulsystem folgt – ganz gleich der Ausdifferenzierungen im Bildungssystem allgemein und im Schulsystem par excellence abzusehen (vgl. Gronemeyer 2015) – dem Gedanken gesellschaftlicher Segregationsmuster (vgl. Schimank 1996), einer kapitalistischen Wirtschaftskultur der Arbeitsteilung (vgl. Bude & Staab 2016), sowie die Gesellschaft konstituierender sozialer und kultureller Vielfalt und tradierter Machtstrukturen (vgl. Schneickert, Schmitz & Witte 2020) und orientiert sich dabei an intellektueller Leistungsstärke, zumeist in Kompetenzen abgebildet und in Rankings katalogisiert und kategorisiert, was vielfach analysiert und diskutiert wurde (vgl. u. a. Krücken 2017; Stederoth 2016; Nida-Rümelin 2014).

Man könnte die Begründung für die Struktur des höheren Bildungs- und Forschungswesens, sozusagen das Quartier der hier zu betrachtenden Häuser, als tradiert und bewährt in ihrer Aufteilung ansehen und im positi-

20 Und eben jene Verquickung einer bürokratischen Handlung und des Wirkraumes, in dem diese Handlungen analysiert werden, geben der Häusermetapher den Vorzug gegenüber einer Raummetapher. Anders gesprochen: Rein metaphorisch wäre eine Geltung des Raumes den Häusern gegenüber philosophisch womöglich erträglicher, mit Blick auf den später hinzukommenden organisationssoziologischen Ansatz hingegen, erscheinen die Häuser tragfähiger. Nicht zuletzt, so erscheint es hier nochmal betonenswert, dient die Metaphorisierung an dieser Stelle einzig der definitorischen Verdeutlichung kategorischer Grundannahmen und erhebt daher analytisch auch keinen tiefgreifenderen Anspruch.

ven Sinne für diese Art der Quartierpolitik werben oder aber man versteht die Einteilung der Häuser als Blaupause der Gesellschaft, somit als Produkt, auf das es überhaupt erst im bildungs-gestalterischen Sinne einzuwirken gilt. Diese Frage zu klären, bleibt derweil Bestandteil sozialpolitischer Analysen und ist dort häufig in Gerechtigkeitsdiskursen verwoben und der Frage unterworfen, inwieweit man das tradierte Bildungssystem revolutionieren muss/kann, um die vermeintlich tradierten Werte gesamtgesellschaftlich überhaupt absehen zu können (vgl. Spinner 2004). Im Folgenden soll nun stattdessen das Quartier mit den Häusern des Wissens in seinen Eigenheiten beschrieben werden, ausgehend von den Idealen und Utopien oder – um im Sprachbild zu bleiben – ausgehend von den Bauplänen und den Hausordnungen samt Kehrwochenplan.

Im Zentrum des Quartiers steht zweifelsfrei die Universität als älteste der heute noch geläufigen höheren Bildungseinrichtungen. Die Universität gründet auf drei elementaren Grundfesten bzw. Aufgabenfeldern, die man im Allgemeinen zur Charakterisierung heranziehen kann. So ist die Universität 1.) eine Gemeinschaft von Forschenden, Lehrenden und Lernenden, die 2.) in akademischer Freiheit verweilt, welche durch die Selbstverwaltung etabliert wurde und 3.) das Privileg zur Verleihung öffentlich anerkannter akademischer Grade führt. Dieser Dreiklang begegnet einem in Populär- wie Fachbeiträgen zur Definition der Universität, es ist der Dreischritt hin zum Humboldt'schen Universitätsideal, welches gemeinhin als Manifest gelesen und oft als Beschreibung des Universitätszwecks benutzt wird (vgl. u. a. Tenorth 2014: 45 ff.; Ricken 2014: 11; Haß & Müller-Schöll 2009: 7 ff.).[21] Was bedeutet dies nun konkret? Was macht die Universität als Haus des Wissens in erster Linie aus bzw. einzigartig?

Die Entwicklungen des Humboldt'schen Ideals haben nichts Geringeres als die Agenda zur Folge, die Bildung durch Wissenschaft voranzutreiben und in die Gesellschaft hineinzutragen und dies unter Einheit aller Wissenschaften. Es ist die Vorstellung eines Freiraums der Denkkultur, in dem die

21 Eine detailliertere Auseinandersetzung mit der Geschichte und Struktur der Universität und der Frage, ob die moderne Universität eine Humboldt'sche ist, erfolgt im vierten Kapitel dieser Arbeit. Die Personalie Wilhelm von Humboldt als Ideal und/oder Ideengeber wird dabei insbesondere in Kapitel *4.5.2* besprochen.

Einheit von Forschung und Lehre durch Selbstverwaltung reguliert wird. Es ist ein Gebot der Vernunft, dieses Privileg zu schützen, den Freiraum als Ort zu begreifen, in dem die Erkenntnis den externen Interessen und Zwängen übergeordnet ist.

Der Pariser Philosoph Plinio Prado mahnt in Anlehnung an die klassische Universitätsvorstellung an: »Wir müssen also verstehen, dass die Universität gemäß ihres Prinzips der letzte Ort bleibt, an dem sich noch die Frage der Zwecke, der Bestimmung, der Emanzipation stellen und bearbeiten lässt« (Prado 2010: 48).

Dass diese Vorstellung des einen großen Hauses des Wissens auf lange Sicht und unter dem Druck einer sich immer weiter entfaltenden Wissenskultur mit fortlaufend sich neu ausdifferenzierenden Disziplinen nicht ewig währen kann, war recht früh augenscheinlich. Und so kam es im bundesdeutschen Kontext 1962 durch die *Anregungen des Wissenschaftsrates zur Gestalt neuer Hochschulen* zum Bruch mit diesem monolithischen Ideal und es wurde eine Umstrukturierung geschaffen, die im Wissensquartier neue Häusertypen auswies. Das folgende Zitat aus eben jenem Communiqué des Wissenschaftsrates von 1962 gibt Aufschluss darüber, welch fundamentale Rolle die Universität als Ausgründungspunkt für die weiteren Häuser des Wissens einnimmt:

> »Der Wissenschaftsrat hat sich in seinen Empfehlungen zum Ausbau der wissenschaftlichen Hochschulen dafür ausgesprochen, mehrere neue Hochschulen zu gründen, um die bestehenden zu entlasten und um der Forschung neue Möglichkeiten zu eröffnen. […] Die deutschen Universitäten […] lassen sich auf drei Prinzipien zurückführen […] / Die Verbindung von Forschung und Lehre, das heißt heute die Verbindung einer sich stark spezialisierenden, nur in Zusammenarbeit vieler Menschen mit einem hohen Aufwand an apparativen Einrichtungen zu erfüllenden und daher meist an Institute gebundenen Forschungsaufgabe mit der Aufgabe, eine rasch wachsende Zahl junger Menschen für ihre Funktionen in einer Gesellschaft vorzubilden, die ihre Probleme nur noch mit Hilfe der Wissenschaft zu lösen vermag, / die Freiheit von Forschung und Lehre gegenüber politischer oder weltanschaulicher Bindung, mit der Beson-

> derheit, daß der Staat die Hochschulen errichtet, unterhält und pflegt, aber sich der Einwirkung auf ihr inneres Leben enthält, dessen Ordnung den Organen der akademischen Selbstverwaltung überlassen bleibt, so daß zwischen Staat und Hochschule ein vielfacher Ausgestaltung fähiges Spannungs- und Zuordnungsverhältnis besteht, / die akademische Freiheit auch als Lernfreiheit der Studenten, die nicht als Schüler ein vorgeschriebenes tägliches Pflichtenpensum zu erledigen und ihre Fortschritte in jährlichen Prüfungen zu beweisen haben, sondern denen zugetraut und zugemutet wird, daß sie ihr Studium in eigener Verantwortung planen und bewältigen. Studien- und Prüfungsordnungen engen diesen Freiheitsraum zwar in einem gewissen – von Disziplin zu Disziplin unterschiedlichen – Grade ein, heben aber den Grundsatz der Eigenverantwortlichkeit jedes einzelnen Studenten nicht auf. Der Wissenschaftsrat hat in seinen Empfehlungen zum Ausbau der bestehenden wissenschaftlichen Hochschulen an diesen Prinzipien festgehalten; sie brauchen auch bei der Neugründung von Hochschulen nicht preisgegeben zu werden.« (Wissenschaftsrat 1962: 7/9)

Hier wird nochmals verdeutlicht, wie der Humboldt'sche Dreiklang prägend für das Universitätsverständnis war, noch ist und auch für die der Universität nachfolgenden Häuser des Wissens sein soll. Auch wird klar formuliert, dass die Ausdifferenzierung des ehemals großen Hauses mit allen Disziplinen unter einem Dach der Motivation folgt, der Forschung neue Möglichkeiten zu schaffen. Dies ist notwendig, weil das Handling unter einem Dach aufgrund zunehmender Wissenskomplexität als zunehmend schwieriger eingeordnet wird. Zweifellos kann dieser Feststellung, die der Wissenschaftsrat in den 1960er-Jahren festgeschrieben hat, rückblickend, gegenwartsvertraut und prognostizierend gefolgt werden. Was sich in den 1960er-Jahren abzeichnete, wurde soziologisch von dieser Zeit ausgehend durch mehrere Zeitdiagnosen als *Wissensgesellschaft* oder *Informationsgesellschaft* beschrieben, dabei immer wieder feststellend, dass Wissenschaft und Gesellschaft im postindustriellen Zeitalter enger zusammenrücken (müssen) aufgrund steigender Komplexität alltäglicher Bewerkstelligungen (vgl. u. a. Spinner 1998; Bell 1975; Lane 1966).

Natürlich kann die analytische Schärfe dieser Begrifflichkeiten skeptisch angezeigt werden, war das Wissen ja auch schon in prä-industriellen Zeiten für die Gesellschaft von maßgeblicher Bedeutung. Und doch wird diesen Begriffen zum Vorteil, dass sie eben auf einen immer weiter fortwährenden Prozess hinweisen und sich damit bis heute anschlussfähig für Zeitdiagnosen zeigen, zum Beispiel zur Ausdeutung gesellschaftlicher Digitalisierungsprozesse.

Die Universität als inner- und intergesellschaftlicher Bildungskonnex wurde also durch den Wissenschaftsrat und in Reaktion auf a) gesellschaftliche Entwicklung und b) die immer umfänglicher ausstaffierte Wissenslandschaft als Objekt notwendiger organisationaler Ausdifferenzierungen ausgerufen. Doch welche Bildungsbauten wurden nun in Folge der bis hierhin nachgezeichneten Entwicklung entworfen?

Schaut man sich die internationale Analyse zur Modellierung nationaler Hochschulbildung an, stellt man fest, dass das deutsche Hochschulsystem als zweigeteiltes oder duales System beschrieben wird (vgl. u. a. Scott 2010; Clark 1983). Die Dualität bezieht sich hierbei auf die Universitäten auf der einen und die Fachhochschulen auf der anderen Seite. Etwa 96 Prozent der Studierenden in Deutschland gehen ihrem Studium an einer Universität oder einer Fachhochschule nach (Liebeskind 2019: 601), wobei der Anteil der Fachhochschulabsolvent:innen etwa ein Drittel der 96 Prozent ausmacht (Wissenschaftsrat 2015: 45). Die restlichen 4 Prozent der deutschen Akademiker:innen erhalten ihre Graduierung durch *theologische* oder *pädagogische Hochschulen*, *Verwaltungsfachhochschulen* oder *Kunsthochschulen*. Im Gegensatz zu den *Universitäten* und *Fachhochschulen* bilden diese Hochschulen nicht multidisziplinär, sondern nur fachspezifisch aus (Liebeskind 2019: 602). Den Universitäten grundlegend gleichgestellt werden dabei die *Technischen Hochschulen* sowie die *Medizinischen Hochschulen*, was bereits 1962 durch den Wissenschaftsrat mit Blick auf die medizinische Bildung und Forschung ausdrücklich empfohlen und damit mit Blick auf die quantitative Ausgründungsquote solcher Häuser des Wissens forciert wurde (Wissenschaftsrat 1962: 7). Technische wie Medizinische Hochschulen fallen also nicht in diese kategoriale Trennung hinein und sind somit analytisch nicht zu vernachlässigen, werden jedoch dahingehend ausgeblendet, da sie in der

Universität aufgehen und somit in der Unterscheidung Universität/Fachhochschule als Universitäten mit eingedacht sind.

Grundlegend folgen sowohl die Universitäten wie die Fachhochschulen dem Grundsatz einer Verquickung von Forschung und Lehre, allerdings mit der elementaren Unterscheidung darin, auf welchen Punkt der Hauptfokus scharf stellt:

> »An Universitäten nimmt – abgeleitet aus historisch gewachsenen Leitbildern – Wissenschaft einen zentralen Rang ein: Sie ist (idealiter) die Basis sämtlicher Funktionen, die universitäre Lehre erfüllen soll. Die Gründung und Entwicklung von Fachhochschulen seit den 1960er Jahren orientierte sich hingegen am klaren Anwendungsbezug von Lehre und Forschung.« (Liebeskind 2019: 601)

Der hauptsächliche Anspruch der Fachhochschule bzw. der fachhochschulischen Lehre im Vergleich zur Universität und deren Lehranspruch liegt also darin, dass man die Wissensvermittlung anwendungsorientiert und an den Bedürfnissen der Praxis orientiert vornehmen möchte. Der Wissenschaftsrat empfiehlt in einer Veröffentlichung von 2010 mit Blick auf die Identifikation des Wesentlichen einer Fachhochschule u. a. zu beachten, dass diese »eine stärkere Hinwendung zu Fragen der Anwendung verfolgen sollen« (Wissenschaftsrat 2010: 40), u. a. sichergestellt durch die Praxiserfahrung der Professorinnen und Professoren.[22] Praktiker:innen mit wissenschaftlicher Ausbildung werden hier also in Position gebracht, um eine Lehre auszuüben, die externen und weniger intrinsischen Zwecken folgt. Wohlgemerkt muss hier explizit von *weniger intrinsischen Zwecken* geschrieben werden, da kein Verzicht auf solche Bildungszwecke besteht. Es geht vielmehr um unterschiedliche Gewichtungen, um verschiedene Konnotationen der Ziele.

22 Dabei ist dem Wissenschaftsrat durchaus bewusst, dass diese Trennung der wesentlichen Merkmale von Universität und Fachhochschulen inzwischen nicht mehr lückenlos beansprucht werden kann. Folgerichtig wird deshalb darauf verwiesen, dass einige Fachhochschulen inzwischen über Forschungsprofessuren verfügen oder sich gezielt in der Grundlagenforschung einbringen. Diese Segmentierungen greifen dabei jedoch nicht den ursächlichen Zweck der Institution an (vgl. Wissenschaftsrat 2010: 41).

In einer Veröffentlichung aus dem Jahr 2015 geht der Wissenschaftsrat auf jenen Anwendungsbezug noch detaillierter ein, ausgehend von einem kapitalisierten Humboldt'schen Dreiklang markiert er dabei unterschiedliche Zielsetzungen der Hochschulbildungseinrichtungen bei verschiedener hauptsächlicher Betonung individueller Merkmale:

> »Wie ein Studienangebot und seine Bildungsziele die drei Dimensionen (Fach-)Wissenschaft, Persönlichkeitsbildung und Arbeitsmarktvorbereitung jeweils betonen, hängt maßgeblich vom Selbstverständnis der jeweiligen Hochschule und ihrer Lehrenden sowie von fachspezifischen Eigenheiten ab. Die Hochschulen stehen dabei vor der Herausforderung, ihr jeweiliges Selbstverständnis mit den gesellschaftlichen Erwartungen in Einklang zu bringen. […] Durch diese besondere Nähe zur Praxis reagieren Fachhochschulen auch besonders stark und schnell auf Veränderungen der Arbeitswelt. So haben sie beispielsweise der zunehmenden Akademisierung von Pflege- und Gesundheitsberufen mit dem Aufbau entsprechender Studiengänge Rechnung getragen.« (Wissenschaftsrat 2015: 42/45)

Universitäten wie Fachhochschulen verfolgen also im Wesentlichen dieselben Zielsetzungen, jedoch nehmen sie verschiedenartige Schwerpunktsetzungen vor, die zu elementaren Unterschieden führen (können). Die Verschiedenheiten formaler Natur, die man als harte Fakten oder ähnliches ins Feld führen könnte, zeigen sich bei der Titulierung und curricularen Begründung einzelner Studiengänge, oder darin, dass die Fachhochschulen lange Zeit kein Promotionsrecht besaßen.

Dieses Formalkriterium des Promotionsrecht ist als Unterscheidungskriterium inzwischen kaum noch belastbar, da immer mehr Fachhochschulen Anspruch auf ein Promotionsrecht erheben und politische Entscheidungsträger:innen diese Ansprüche oft wohlwollend begrüßen. So hat das Bundesland Hessen bereits 2016 als erstes Bundesland in Deutschland das Promotionsrecht für *Hochschulen für angewandte Wissenschaften* (HAW) und *Fachhochschulen* (FH) eingeführt. Dabei werden in Hessen hierfür dezentral organisierte Promotionszentren gegründet, die dann die HAW's und

FH's übergreifend zu fachlich gebundenen Kompetenzzentren zusammenführen. So wurde u. a. 2017 ein *Promotionszentrum Soziale Arbeit* gegründet, welches der *Hochschule RheinMain*, der *Frankfurt University of Applied Sciences* und der *Hochschule Fulda* zugeordnet ist. Im Jahr 2019 ist die *Hochschule Darmstadt* hinzugekommen. Im Fachbereich der Sozialen Arbeit haben somit diese vier Fachhochschulen die Möglichkeit, ihren Nachwuchsforscher:innen eine direkte Promotionsmöglichkeit zu eröffnen (Hessen 2020). Nichtsdestotrotz wird es bis dato noch als Kriterium zur Unterscheidung in dem Sinne verwandt, dass »die pädagogischen Hochschulen, die theologischen Hochschulen, die Kunsthochschulen und die Verwaltungsfachhochschulen […] unter die Universitäten und Fachhochschulen subsumiert [werden; Anm. SR], je nachdem, ob sie das Promotionsrecht haben oder nicht« (Liebeskind 2019: 602).

Am Ende dieser Betrachtung einer institutionellen Unterscheidung zwischen der Universität und den Fachhochschulen sowie den diversen Hochschulformen im vermeintlichen Spannungsfeld zwischen Universität (inkl. *Technische Universitäten*, *Medizinische Universitäten*) und Fachhochschule (inkl. *Pädagogische Hochschulen*, *Kunsthochschulen* usf.) steht die Erkenntnis, dass ein getrenntes Betrachten mit Blick auf den spezifischen Outcome der Studierendenexpertise durchaus interessante Erkenntnisse mit sich bringen kann, jedoch als weniger relevant betrachtet werden darf, möchte man den Anspruch an die institutionelle Erkenntnisgewinnung im Zeichen der Forschung stellen. Hier erscheint dann eher eine relational gewichtete Einordnung in verschiedene Forschungszugänge (beispielsweise. Grundlagenforschung vs. Anwendungsforschung) funktional.

Nun wurde – um der Häusermetapher treu zu bleiben – das Altstadtzentrum des Hochschulbildungsquartiers ausgeleuchtet, genauer die Universitäten und deren direkte Ableger, die Fachhochschulen, Hochschulen für Angewandte Wissenschaften etc. Wie verhält es sich jedoch mit den Häusern des Wissens, die unter dem Label der Volkshochschulen oder als private und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen (*Fraunhofer Gesellschaft*, *Max-Planck-Institute etc.*) firmieren? Teilen sie die Leitideen der Universitäten und Fachhochschulen, folgen sie in ihren Statuten (Aus)Bildungsmaxi-

men oder betreiben sie ausschließlich Forschung in einem handwerklichen Sinne und zugerichtet auf eine spezifische Problemstellung?[23]

Die Volkshochschulen sind seit dem 18. Jahrhundert etablierter Bestandteil der zentraleuropäischen Erwachsenenbildung und in Deutschland zu über 30 Prozent durch die Beiträge der Teilnehmer:innen finanziert. Die restliche Bezuschussung erfolgt durch die Länder und Kommunen. Ihren Ursprung nehmen die Volkshochschulen in einer Zeit, in der die Gesellschaft einerseits im Wandel von einer Agrar- hin zur Industriegesellschaft begriffen war und andererseits eine Philosophie der Aufklärung den Zeitgeist bestimmte (Hufer 2015: 1). Initiierend für die Volkshochschulen waren zumeist von Handwerker:innen und Arbeiter:innen getragene Bildungsinitiativen und Vereine, welche für einen gerechten und milieuübergreifenden Bildungszugang eintraten.

> »Um neben der Monotonie des Arbeitsalltages einen Zugang zu Wissen zu ermöglichen, vor allem zu bildungsbürgerlichen Wissensbeständen, wurden ein lebensweltorientierter und offener Zugang und eine neue Bildungspraxis propagiert. Die Volkshochschulen […] wollten Orte des politischen Interesses und der noch nicht so benannten demokratiepolitischen Bildung schaffen.« (Vater & Zwielehner 2018: 2)

Die Volkshochschulen, so wird nach eingehender Beschäftigung schnell klar, sind dem aufklärerischen Bildungsauftrag näher als jedweder Form einer institutionalisierten Forschungsanstrengung. Sie sind, jedenfalls gemessen an dem, was bislang als Eckpfeiler der Universitäten und Fachhochschulen als Häuser des Wissens herausgearbeitet wurde, auch dem Begriff der Schule deutlich näher. Die *Volks-Hochschule* ist demnach keineswegs gleichzusetzen mit *Kunst-Hochschulen*, *Verwaltungs-Hochschulen* usf., es handelt sich

23 Hier sei kurz angemerkt, dass das Forschen im Sinne einer Tätigkeit innerhalb einer – in diesem Kapitel einleitend als *höhere Bildungseinheit* verstandenen Prägung gemeint ist. Zur tatsächlichen Unterscheidung bzw. Ausdifferenzierung qualitativer Ausformungen hochschulischer und schulischer Forschung (beispielsweise über Wettbewerbe wie *Jugend forscht*) wird innerhalb dieser Analyse kein weiterer Untersuchungsschritt gegangen.

bei den Volkshochschulen vielmehr um eine Institution zur Ermächtigung milieuübergreifender Partizipation.

Wie verhält es sich mit außeruniversitären Forschungseinrichtungen? Hierzu muss vorweg eine wichtige Klarstellung erfolgen: *Außeruniversitär* bedeutet nicht, dass die jeweiligen Forschungsinstitute weniger der staatlichen Obhut anhängen oder gar per Definition privatisierte Forschungseinrichtungen darstellen. Zwar gibt es auch rein privatwirtschaftlich unterhaltene Forschungseinrichtungen, jedoch sind diese verhältnismäßig selten anzutreffen. Als privatwirtschaftliches Institut von Rang kann beispielsweise das *Manfred-von-Ardenne-Institut* in Dresden angeführt werden, welches insbesondere für die medizinische Forschung der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik im Zeitraum von 1955 bis 1990 außerordentliche Forschungsverdienste ausweisen konnte (vgl. Barkleit 2008). Tatsächlich sind gänzlich privatwirtschaftlich unterhaltene Forschungsinstitute in der BRD aber auch darüber hinaus im deutschsprachigen Raum äußerst rar gesät.

Bei den bekannten außeruniversitären Forschungsinstituten – beispielhaft sind hier die *Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren*, die *Max-Planck-Gesellschaft*, die *Leibniz-Gemeinschaft* oder die *Ludwig Boltzmann Gesellschaft* zu nennen – handelt es sich im Kern vielmehr um rational platzierte und autonom verwaltete Infrastruktur, die den Universitäten und Fachhochschulen zugänglich ist oder wenigstens sein sollte. So können spezifische Infrastrukturbedarfe verschiedenen Forschungsrichtungen bereitgestellt werden. Genau hierin, also in der Durchlässigkeit bzw. Zulässigkeit breiteren Nutzer:innenaufkommens ist auch eine häufige Kritik begründet, die auf mangelhafte Zusammenarbeit außeruniversitärer Forschungsinstitute mit den Universitäten und Fachhochschulen verweist (vgl. Hohn 2010: 458). Die Finanzierung der außeruniversitären Forschungsinstitute speist sich aus Landesmitteln sowie Mitteln des Bundes, der Etat entspricht dabei in etwa 60 Prozent des bundesweiten Universitätsetats (vgl. ebd.).

Im Gegensatz zum Universitätsbetrieb wird die außeruniversitäre Forschung explizit als »Gemeinschaftsaufgabe[n] von Bund und Ländern« (Hohn 2010: 457) verstanden. Als diesem Selbstverständnis konträr laufend kann die Tatsache markiert werden, dass im 21. Jahrhundert auch die auße-

runiversitären Forschungseinrichtungen zunehmend Drittmittel einwerben müssen, um dem internationalen Anspruch gerecht werden zu können.[24] Dadurch begeben sie sich in Konkurrenz zu den Universitäten und lösen damit einen ökonomischen Zwist aus, den man ideell immer zu umgehen bemüht war (vgl. Heinze & Arnold 2008). In Reaktion auf diese Entwicklung findet nun vielerorts eine verstärkte Kooperation zwischen außeruniversitären Forschungsinstituten und Universitäten statt.[25] Diese Entwicklung zur verstärkten Cluster-Kooperation wird zunehmend durch staatliche Strategien gefördert und forciert, insbesondere durch den *Pakt für Forschung und Innovation* sowie die *Exzellenzinitiative* und den *Hochschulpakt 2020*.[26]

Auch wenn für außeruniversitäre Forschungsinstitute – im Gegensatz zu den Universitäten, Fachhochschulen und Volkshochschulen – keine explizite Bildungsagenda festgemacht werden kann, so sind sie doch elementar

---

24 Zur relationalen Einordnung des Finanzierungsaufwands folgende Aufschlüsselung aus einem Ressourcenpapier des Bundestags zur Finanzierung der Helmholtz-Institute: »Bund und Länder fördern die Zentren der HGF auf der Grundlage des GWK-Abkommens gemeinsam, in der Regel im Verhältnis von 90 % (Bund): 10 % (Sitzland). Für das Jahr 2018 stellen sie ihr rund 3.300 Mio. Euro zur Verfügung. Das ist eine Steigerung gegenüber 2017 um 3 %« (Wissenschaftliche Dienste 2018: 5)

25 Beispielhaft kann hier auf das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderte Verbundprojekt zur Erhebung eines Absolventenpanels durch das universitätsangebundene Kasseler Institut *International Center for Higher Education Research* (INCHER), das für Auftragsforschung für privatwirtschaftliche Unternehmen, NGO's und Universitäten als GmbH organisierte Institut *Institut für angewandte Statistik* (istat) sowie das durch Bund und Länder geförderte Institut *Deutsche Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung* (DZHW) genannt werden (vgl. Jungbauer-Gans 2017).

26 Die drei Programme *Pakt für Forschung und Innovation, Hochschulpakt 2020* sowie die *Exzellenzinitiative* haben zur Wissenschaftsförderung seit 2006 rund 20 Milliarden Euro zusätzliches Budget erschlossen und die Einflussnahme des Bundes gegenüber den Ländern potenziell erhöht. Insbesondere das 2005 abgeschaffte Kooperationsverbot zwischen außeruniversitären Forschungsinstituten über Bundesländergrenzen hinweg, stellte mit Blick auf die Einflussnahme des Bundes eine Zäsur dar. Eine ausführlichere Analyse hierzu findet sich bei Karl Ulrich Mayer, der diese Reformierung auch historisch aufschlüsselt und somit eine Chronologie der drei Pakte darlegt (vgl. Mayer 2020).

mit Universitäten und Fachhochschulen verknüpft und – in der bereits ausgiebig bemühten Metapher verbildlicht formuliert – eher als Anbauten der Universitäten und Fachhochschulen denn als eigenständige Häuser des Wissens zu verstehen.

Frei von einem Vollständigkeitszwang mit Blick auf möglich anzuführende Institutionen mit Forschungsanspruch soll an dieser Stelle ein einstweiliger Schlusspunkt gesetzt werden. Die für diese Untersuchung elementaren Häuser des Wissens sind also jene, die einen Forschungsanspruch verfolgen und in dieser hier entwickelten Übersicht somit Universitäten, Fachhochschulen sowie außeruniversitäre Forschungsinstitute. Dem Namen nach hätte noch die Volks*hochschule* als relevantes Haus des Wissens in Betracht gezogen werden können, jedoch wurde aufgezeigt, dass dieses Haus eines ist, welches Wissen archiviert und lehrt, jedoch nicht schafft.[27] Am Ende steht somit die Universität im Zentrum des Quartiers und avanciert damit zum Fixpunkt des Raums, der in dieser Analyse die institutionelle Forschung rahmt. Diese Setzung lässt sich u. U. dadurch weiter untermauern, dass die Universität der Grundlagenforschung verpflichtet ist, während die Fachhochschulen usf. in ihrer Häuserordnung einen Anwendungsanspruch verankert haben. Um dieser These zu folgen, bedarf es in einem weiteren Schritt der Differenzierung zwischen Grundlagen- und Anwendungsforschung.

2.2.4 Angewandte Forschung – Grundlagenforschung – universitäre Forschung?

Es gibt – wie bereits herausgearbeitet – verschiedene *Häuser des Wissens*, in ihnen werden zum Teil auch verschiedene Auffassungen von Wissensvermittlung wie Wissensgenerierung präferiert. Was die *Häuser des Wissens* jedoch allgemein eint, ist, dass hier geforscht wird.

27 Wenn hier von einer *Schaffung neuen Wissens* die Rede ist, zielt dies auf das Elaborieren neuer Erkenntnisse und nicht auf das *Vermitteln neuen Wissens* durch Lehre ab, was durchaus auch als Schaffung neuen Wissens tituliert werden könnte. Und darüber hinaus knüpft hier ja auch ein Bildungsexkurs an, der dem Forschen beiseite steht. Derlei Verknüpfungen rücken innerhalb dieser Analyse im Zuge des Kapitels *4.5* in den Fokus.

Betrachtet man die Entwicklung der Akademiker:innenquote in Deutschland seit den 1970er-Jahren, so fällt auf, dass diese sich bis zum Jahr 2015 mehr als verdreifacht hat (vgl. Rahlf 2015: 66) und trotzdem seitens der Wirtschaft die These einer quantitativen Über-Akademisierung keineswegs Bestätigung findet. Gegenteilig wird hier nach wie vor der »anhaltende Trend zur Höherqualifizierung am Arbeitsmarkt« (IAB 2017) ausgemacht. Neben dem Erwerb des Grundwissens der jeweiligen akademischen Disziplin, erwerben Studierende auf dem Weg zur Graduierung eine Reihe weiterer Kompetenzen. Als Schlüsselkompetenz wird hier auch immer wieder die Forschungskompetenz angeführt, worunter die Expertise zur »Problemherleitung, Forschungsplanung und Datenauswertung und -interpretation« (Gess, Rueß & Blömeke 2019: 2) gefasst wird. Doch das Forschen als Tätigkeit ist keineswegs so eindeutig bestimmbar, wie es im ersten Ansinnen und mit Blick auf Operationalisierungen im Zeichen des Kompetenzübertrags vielleicht erscheinen mag.

Zur ersten groben Verständigung kann der Prozess des Forschens ganz allgemein als *Suche nach neuem Wissen* veranschlagt werden. Zur weiteren Unterteilung dieser allgemeinen Definition haben sich insbesondere zwei Kategorien der Forschung etabliert, einerseits die *angewandte Forschung* (auch *Anwendungs-* oder *Auftragsforschung* genannt) und andererseits die *Grundlagenforschung*. Beide Forschungstypen finden ihre Unterscheidung in einer vermeintlichen Zweckzuschreibung, die Grundlagenforschung gilt als zweckfreie Forschung in dem Sinne, dass sie die Forschung zum Selbstzweck hat. Es ist das reine Streben nach Erkenntnis, welches hier als Triebfeder fungiert. Exemplarisch hierfür kann die Medizin bemüht werden. Nur wenn man Kenntnis von der Vermehrung und den Stoffwechseleigenschaften von Bakterien hat, kann man überhaupt überlegen, wie man in diese Prozesse eingreifen kann, und infolgedessen lebensrettende Medikamente wie das Antibiotikum entwickeln. Dieses Beispiel mag derweil noch konstruiert erscheinen, ist es doch evident, dass man den Körper erforscht, um ihn zu heilen.

Ein abstrakteres Beispiel mag den augenscheinlichen *Selbstzweck Grundlagenforschung* noch besser verdeutlichen: In den 1960er-Jahren erforschten Wissenschaftler:innen um den Mikrobiologen und Hochschullehrer Tho-

mas D. Brock Bakterien aus Geysiren des Yellowstone-Nationalpark, angetrieben von der Neugier und Verwunderung darüber, dass einige dieser Bakterien bei eigentlich lebensfeindlichen Temperaturen voll intakt überleben konnten. 1966 fanden die Forscher:innen im Zuge dieser Grundlagenforschung das Bakterium *Thermus aquaticus*, welches in Gewässern mit einer Temperatur von über 70 Grad Celsius lebt. Die Enzyme des Bakteriums bleiben auch bei hohen Temperaturen oberhalb des Siedepunktes intakt, während Enzyme anderer Organismen solche Temperaturen nicht vertragen, ihre Struktur verlieren und aufhören zu arbeiten. Auf Grundlage dieser Entdeckung konnte der Biochemiker Kary Mullis in den 1980er-Jahren ein Verfahren zur Diagnose bestimmter Krankheiten entwickeln, welches als PCR-Test zu Beginn der 2020er-Jahre als grundlegende Instanz im Kampf gegen die Corona-Pandemie bekannt wurde. Das PCR-Testverfahren kann millionenfache Kopien von DNA-Segmenten herstellen und Spuren genetischen Materials eines Keims, eines Tieres oder einer Person, nach der Wissenschaftler:innen suchen, amplifizieren. Für dieses Test-Verfahren wird eine Probe stark erhitzt und anschließend abgekühlt. Das Enzym des Bakteriums *Thermus aquaticus* – die Taq-Polymerase – kopiert die DNA und vervielfältigt sie. Durch den Erhitzungsprozess – welcher für das Enzym unbedenklich ist – setzt eine Klärung ein, die Testgenauigkeit steigt und das Testverfahren wird beschleunigt (vgl. Shastri 2021; Brock 1997).

Die Grundlagenforschung folgt also dem Selbstzweck einer Erkenntnis, die Neugier der Wissenschaftler:innen ist Anstoß und Motivator für den Forschungsakt. Die Grundlagenforschung erfüllt dabei aber wohl einen weiteren Zweck über die Befriedigung der Neugier seitens der Forscher:innen hinaus, indem sie, ganz schlicht bereits der Benennung folgend, eben Grundlagen für die weitere Forschung liefert. Die Anwendungsforschung baut auf den Ergebnissen der Grundlagenforschung auf und möchte die Grundlagenerkenntnisse nun auf etwas anwenden. Doch wo liegt dann der praktische Unterschied, könnte eine der Fragen lauten, die an dieser Stelle aufkommen? Diese Frage hat Louis Pasteur einmal wie folgt pariert: »Es gibt keine angewandte Wissenschaft, es gibt nur Anwendungen der Wissenschaft« (Pasteur zitiert nach Behlau 2017: 7). Damit zeigt Pasteur auf, dass die Unterscheidung in eine grundlegende und eine angewandte Forschung

eine theoretische ist und keine praktische. Was die beiden unterscheidet, ist also die mögliche Absicht der Forschungskonsequenz. Wenn also Brock und seine Kolleg:innen in den 1960er-Jahren Bakterien erforschten aufgrund der Beobachtung, dass diese in einem Umfeld überlebten, in dem sie nach Kenntnisstand der damaligen Zeit nicht überleben konnten, war kein konkreter Anwendungsgedanke anleitend. Es war zu jener Zeit bei den Probenentnahmen im Yellowstone-Nationalpark nicht Sinn und Zweck, eine Methode DNA in vitro vervielfältigen zu können zu entwickeln.

Im Kern folgen sowohl die Grundlagenforschung wie auch die Anwendungsforschung dem Wunsch, neues Wissen zu entdecken. Womit man wieder bei der ursächlichen Definition von Forschung als Suche nach neuem Wissen anschließen kann. Entscheidend für verschiedene Forschung ist also die Intention und Motivation, womit ein Rückgriff auf die ursächliche Definition und deren Motivation interessant scheint. Was motiviert zur Suche nach neuem Wissen? Warum forschen wir?

Bei historisch-kritischer Betrachtung muss dem Forschungsbegriff erstmal eine ursprüngliche Eigenheit im methodischen Sinne als Primärmerkmal zugestanden werden. Zugleich muss attestiert werden, dass er sich – ausgehend vom modernen Wissenschaftsverständnis mit Beginn des 19. Jahrhunderts – nicht unbedingt an die Institution der Universität oder der institutionellen Wissenschaft binden lässt. Insbesondere die soziologisch breit betrachtete Wissensgesellschaft – in Anlehnung an den amerikanischen Soziologen Daniel Bell und festzumachen etwa Ende des Zweiten Weltkriegs – steht Pate für eine Kopplung des Begriffs an ökonomische Gesellschaftsentwicklungen eines post-industriellen Zeitalters mit Gültigkeitsanspruch bis in die heutige Zeit.[28] So ist die Wissenschaft, insbesondere im 20. Jahr-

28 Daniel Bell sah die Universität bereits 1973 als zentralen (Aus)Bilder postindustrieller Gesellschaften an und legte in seiner Studie *The Coming Of Post-Industrial Society* dar, dass die immer komplexeren Strukturen der modernen Wissensgesellschaften theoretische Fundierung benötigen, die für die breite Bevölkerung nur noch in Form eines Studiums an Hochschulen handhabbar war (vgl. Bell 1975). Heutige Hochschulforscher:innen sehen Bell in seinen Ausführungen nicht nur bestätigt, sie verweisen sogar auf eine Zunahme des von Bell skizzierten Trends: »Mit zunehmender gesellschaftlicher Entwicklung steigt so zum Beispiel die Studierendenquote. […] Ein abgeschlossenes

hundert, zu einem immer engeren und wichtigeren Partner einer ökonomisch aufstrebenden Gesellschaft geworden. Einerseits profitierte dabei die Ökonomie durch Innovationsimpulse, Produkt- und Produktionsoptimierungen usf. und andererseits profitierte die Wissenschaft durch die Erschließung ganzer neuer Forschungsbereiche, welche dauerhaft institutionell eingepflegt wurden (vgl. Metschl 2016: 64). Forschung ist nützlich, ist Nutzen der ökonomischen Gesellschaft wie auch der institutionellen Wissenschaft. Der Wissenschaftsphilosoph Ulrich Metschl gibt mit Blick auf diese Historisierung der Forschung zu bedenken:

> »Und doch ist die deutlicher werdende Einbindung [wissenschaftlicher Forschung; Anm. SR] in unterschiedliche Verwertungszusammenhänge eine Entwicklung, die auch mit Sorge betrachtet werden kann. […] Die Anpassung, die die Wissenschaft mit ihren Institutionen an die gesellschaftliche Wirklichkeit vollzieht, ist eine Entwicklung, die ihren Preis hat: was den einen eine Befreiung von einem antiquierten epistemologischen Kern, der die angemessene Berücksichtigung menschlicher Belange bislang verhindert hat, ist den anderen der drohende Verlust der wissenschaftlichen Selbstbestimmung und der Freiheit der Forschung.« (Metschl 2016: 65)

Die Gerichtetheit der Forschung auf einen bestimmten Fall oder auf den Primus des Selbstzweckes wird in historischem Bewusstsein von Metschl als Gradwanderung beschrieben. Es zeigt sich hier recht deutlich, weshalb eine Zergliederung des Forschungsbegriffs notwendig ist, um nicht in populistische Pauschalisierungen über Forschungspolitik zu verfallen. Es erscheint ratsam, dem Forschungsbegriff eine kontextgebundene Eingrenzung anheimzustellen. Dieser Ansatz zur kategorialen Zergliederung ist dabei nicht Produkt philosophischer Prägung, er folgt vielmehr (wissenschafts)politischen Beobachtungen. Wenn keine Ausdifferenzierung zum Forschungsbegriff erfolgt, bleibt nur das Wort der singulären Forschung zu

Hochschulstudium bildet zunehmend den biographischen Normalfall, und die Inklusion immer weiterer Bevölkerungsteile in dieses System stellt eine wesentliche Anforderung an die Hochschule dar« (Hüther & Krücken 2016: 46).

bemühen. Dann kommt es u. U. zu Analysegebaren, die nicht das treffen, was getroffen werden soll. Die mangelnde Differenzierung erzeugt so eine Unterkomplexität. Konkret kann dies an kritischen Einwänden zur aktuellen Forschungskultur an deutschen Hochschulen festgemacht werden, wie sie beispielsweise Christian Kreiß 2015 vielbeachtet vorbrachte.

Kreiß ist Professor für Finanzierung und Wirtschaftspolitik an der Hochschule in Aalen und im deutschsprachigen Raum wohl einer der schärfsten Kritiker der immer weiter erstarkenden Drittmittelforschung an Universitäten und Hochschulen. Insbesondere sein 2015 erschienenes Buch *Gekaufte Forschung* liest sich gleich einer Anklageschrift und stimmt den Abgesang auf die universitäre Forschung ein. Das Anliegen von Kreiß ist wichtig, jedoch begeht er gleich zu Beginn seiner Analyse ein Versäumnis, welches elementar erscheint: Der Forschungsbegriff wird diffus gehalten, *gekaufte Forschung* – also über Drittmittel finanzierte Forschung – wird zum Gleichklang einer gekauften Universität oder gar einer gekauften Wissenschaft, wenn er schreibt:

> »Man kann die Methode, Forschung einseitig in eine gewünschte Richtung zu lenken, gezielt nutzen, um bestimmte Interessen im gesellschaftlichen Konsensfindungsprozess zu bevorzugen oder durchzusetzen. Und genau dies geschieht in großem Umfang. Wissenschaft gerät in den letzten Jahren und Jahrzehnten immer stärker unter den Einfluss von Geld und Machtinteressen. In früheren Zeiten stand die Wissenschaft stark unter kirchlicher Einflussnahme, dann war sie dem Druck von Fürsten und Landesherren und später von staatlichen Interessen ausgesetzt. Jetzt wird die staatliche Einflussnahme zunehmend abgelöst durch ökonomische Steuerungsimpulse, durch Geldmacht. Wollen wir das wirklich? […] Was ist eigentlich schlecht an industrienaher Forschung?« (Kreiß 2015: 9)

Eine solche unscharfe Begriffsverwendung wirkt analytisch verfälschend und einer erschöpfenden wissenschaftlichen Reflektion nicht zuträglich. Der Eindruck einer unaufgeklärten und gelenkten Wissenschaft überstrahlt so schnell das eigentliche Problemfeld, in welchem Kreiß seine Anklageschrift aufbaut, und so sollte die zentrale Frage sich nicht auf das Für und

Wider industrienaher Forschung beziehen, sondern vielmehr lauten: Was ist eigentlich schlecht an im Verhältnis zur Grundlagenforschung proportional überbordender Auftragsforschung? Diese Unterscheidung auch in kritisierender oder gar anklagender Analytik aufrecht zu erhalten, erscheint insbesondere deshalb geboten, da sich Wissenschaft in der heutigen Zeit bereits in großen Teilen der Gesellschaft dem Vorwurf staatsdienlicher Propaganda u. ä. ausgesetzt sieht.[29]

An eben jener Stelle differenziert diese wissenschaftstheoretische Analyse nun, schlägt vor, universitäre Forschung wissenschaftspolitisch stets im Plural zu veranschlagen, sprich anzunehmen, dass es nicht *die eine* Forschung geben kann. Denn tatsächlich ist die wissenschaftliche Erkenntnis in ihrem Fortschritt nicht linear planbar, gleichwohl kann man mit linearer Zielgebung u. U. erfolgreich wissenschaftlich forschen – eben angewandt.

Eine gewisse ökonomische Rückkopplung ist im 21. Jahrhundert sehr wahrscheinlich in die DNA des Forschungsbegriffs grundlegend eingeschrieben, doch scheint es erst einmal durchaus angebracht, mindestens zwischen 1) universitärer Forschung (in Anlehnung an ein Humboldt'sches Ideal und in der obigen Trennung der Grundlagenforschung nahe), 2) privatwirtschaftlicher Forschung (in Anlehnung an eine klar auftragsgebundene Tätigkeit und in der obigen Trennung der Auftragsforschung nahe) und 3) Forschung als Tätigkeit (im Zeichen eines rein methodischen Verständnisses und somit additiv zur obigen kategorialen Trennung zu begreifen) zu unterscheiden. Zur detaillierteren Analyse stellt der Fokus dieser Untersuchung im Folgenden auf zwei Eingrenzungen scharf: Zum einen soll die universitäre Forschung in ihrem Facettenreichtum und im Anschluss an die bislang skizzierte Gesellschaftsentwicklung erschöpfend dargestellt und für

29 Dieser Verweis zielt auf Fake-News-Debatten, gefühlte Wahrheiten und ähnliche Konstrukte ab, deren sich insbesondere politische Ränder und ein großer Teil der Esoterik-Szene bedienen. Diese Problematik wurde im Fußnotenkontext des Kapitel 2 *Meinen, Glauben und Wissen* bereits besprochen, weshalb dieser kurze Einlass an dieser Stelle als ausgehender Verweis genügen soll. Für eine tiefgreifendere Auseinandersetzung mit dem Wahrheitsanspruch des Politischen im Wissensbegriff bietet sich die jüngste Arbeit von Frieder Vogelmann an, der in seinem Buch *Die Wirksamkeit des Wissens* die Bedingungen und Konsequenzen einer *Politischen Epistemologie* vorträgt (vgl. Vogelmann, 2022).

die weiteren Gedanken dieser Untersuchung als Grundlagen- sowie Anwendungsforschung handhabbar gemacht werden. Zum anderen wird die Forschung als Tätigkeit von Forscher:innen Betrachtung finden. Damit werden die drei zuvor aufgeführten Ordnungspunkte dahingehend aufgefangen, als dass die universitäre und die privatwirtschaftliche Forschung im Kontext der Grundlagen- und Anwendungsforschung aufgehen werden und sich darüber hinaus im ethischen Kontext diverser Forschungszwecke ergebende Diskussionspunkte auch als Handwerk verstehen lassen.

Wenn man sich der Frage nach dem wesentlichen Charakteristikum von universitärer Wissenschaft zuwendet, geht dies auf vielfältige Art. Man kann sich institutionellen Entwicklungen hingeben, der Entwicklung institutionalisierter Wissenschaft von der Antike bis heute folgen und Gemeinsamkeiten extrahieren. Ein solches Vorgehen findet sich beispielsweise in Karl Poppers Überlegungen zur Wissenschaft, die ein Kompendium historischer Gepflogenheiten universitärer Güte in Abgrenzung zum Metaphysisch-Pseudowissenschaftlichen darstellen. Derartige Annäherungen rücken den Wahrheitsbegriff ins Zentrum der Aufmerksamkeit, sie spitzen die Frage nach institutionell elaborierbarer und wahrer Erkenntnis zu (vgl. Hoyningen-Huene 2011: 557).

Diese Herangehensweise ist wahrscheinlich die häufigste in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung und damit auch vielfältig publiziert worden. Die Vielfältigkeit der Ergebnisse zeigt jedoch u. U. einen Versandungsmoment auf und legt alternative Arten des Herantastens an die Frage nach wesentlichen Charakteristika nahe. In erster Linie rührt das Attest über einen derartigen Versandungsmoment in diesem Falle daher, dass im Laufe der vergangenen Jahrzehnte eine Vielzahl fundierter Analysen philosophischer und soziologischer Denker:innen zur Unmöglichkeit absoluter Wahrheitsansprüche am Sockel eines wissenschaftlichen Wahrheitsprimats Instabilität erzeugt haben (vgl. u. a. Feyerabend 1976/2013; Albert 1982; von Brentano 1978).

Um eben dieser Problematik einer exklusiven Wahrheits- und Wirklichkeitsbestimmung innerhalb der Bekanntmachung wissenschaftlicher Charakteristika zu entgehen, folgt diese Untersuchung einem anderen Ansatz und bemüht den Forschungsbegriff als zentralen Ankerpunkt. Dabei

wird vorausgesetzt, dass innerhalb der Historie des Forschungsbegriffs eine Systematizität auszumachen ist, anhand derer ein explizit universitärer Forschungsbegriff bestimmt werden kann. Von eben jenem exklusiven universitären Forschungsbegriff steht es dann frei, Rückschlüsse auf die grundlegenden Charakteristika universitärer Wissenschaft zu schließen. Im Wesentlichen folgt diese Herangehensweise ihrer Funktionslogik nach dem Systematizitätsansatz von Paul Hoyningen-Huene, der eben jene Stoßrichtung dahingehend verfolgt, dass er die Systematizität wissenschaftlichen Wissens von Alltagswissen oder Wissensformen interkultureller Historie unterscheidet (vgl. Hoyningen-Huene 2013). Dem grundlegend historisch-kritischen Anspruch dieser Untersuchung folgend, gilt es in einem ersten Ansatz, den Forschungsbegriff der Universitätsgeschichte zu extrahieren. Im Fokus steht hier die Geschichte der modernen Universität, da sie es ist, die den institutionellen Begriff dieser Untersuchung prägt.

Keine Universität ist in ihren Attributen einer anderen gleich. Es herrschen unterschiedliche Bedingungen mit Blick auf Infrastruktur, mit Blick auf den Personalschlüssel, die Studierendenanzahl oder das bildungsökonomisch gerankte Renommee. Auch wenn die Bildungsabschlüsse – spätestens seit der Bologna-Reform[30] – weitestgehend vergleichbaren Maßstäben durch verrechenbare ECTS-Punkte unterliegen, unterscheiden sich doch die theoretischen Grundannahmen in der Professorenschaft und dem akademischen Mittelbau von Standort zu Standort oftmals eindrücklich. Es ist dann – unter expliziter Bezugnahme auf inhaltliche Grundierung der jewei-

30 Die Bologna-Reform wird im Rahmen der hier vorgelegten Arbeit nicht en détail besprochen, ein Wissen um die Bestimmungen dieser 1999 von 29 europäischen Bildungsminister:innen im italienischen Bologna unterzeichneten politisch-programmatischen Erklärung wird vorausgesetzt. Im Kern zielte diese Reform auf eine europaweite Vereinheitlichung der Studiengänge, -abschlüsse und -zeiten ab und sollte so dem Arbeitsmarkt in kompakterer und besser kalkulierbarer Zeit akademisch qualifizierte Mitarbeiter:innen zuführen und die internationale Mobilität der Studierenden durch vereinfachte Auslands-Studienaufenthalte fördern. Zur tiefergreifenden Auseinandersetzung mit den konkreten Begebenheiten und Folgen der Reform sind in den vergangenen Jahrzehnten eine Vielzahl informativer und kritischer Sammelbände erschienen (vgl. u. a. Kellermann, Guggenberger & Weber 2016; Kollektiv »Unbedingte Universitäten« 2013; Buck & Kabaum 2013).

ligen wissenschaftlichen Publikationen u. ä. – die Rede von linken, konservativen, quantitativen und/oder qualitativen Universitäten und Instituten. Dieses Primat freier Forschung wirkt auch noch in Zeiten der weitestgehend erfolgten Bolognareform, wenngleich in abgeschwächter Art. Das Definieren einer modernen Universität kann also nur auf einer Metaebene gelingen, nicht im empirischen Klein-Klein offensichtlicher Merkmale.

Was die heutige Universität basal-begrifflich als solche definiert, lässt sich derweil (verwaltungs)politisch bestimmen und insofern nachvollziehen und prüfen, als dass die politischen Bestimmungen Erfüllung finden müssen. Mit anderen Worten: Wurde oder wird eine Universität gegründet, unterliegt sie konkreten Vorgaben und Bestimmungen darüber, was sie institutionell leisten soll. Nur wenn sie diese Vorgaben erfüllt, konstituiert sich die Institution der Universität. Diese Vorgaben veränderten sich im Laufe der Zeit, was eine historische Eingrenzung des Forschungsauftrags von und für Universitäten notwendig gemacht hat und macht, will man sich eben diesem analytisch annähern. Die Betrachtung dessen, was innerhalb dieser Untersuchung als Forschung im Universitätskontext verhandelt wird, setzt deshalb in der Frühmoderne europäischer Geschichte ein, der Geburtsstunde der modernen Universität.

Einer der Kernpunkte dessen, was das heutige Verständnis einer Universität prägt, liegt im Wort *Universität* verankert und bildet das Verhältnis von Universalismus und Partikularismus von Wissenskulturen ab. Ein Partikularismus in diesem Sinne muss dabei geopolitisch wie auch wissenskulturell gedacht werden:

> »Damit war zum Zeitpunkt der europäischen Universität vermutlich zunächst eine Abgrenzung gegenüber Ordensschulen (›Partikularstudien‹) und gegenüber Priesterseminaren von nur regionaler Bedeutung. Unabhängig von diesem Entstehungskontext erweist sich die Unterscheidung von Universalismus vs. Partikularismus als eine stabile Selbstidentifikation der Universität bis mindestens ans Ende des 18. Jahrhunderts. Unter den durch diese Unterscheidung markierten Prämissen war es beispielsweise konsequent, wenn englische Universitäten nicht ein Rechtssystem

> von nur partikularer Bedeutung. ›Common Law‹, lehrten, vielmehr am universellen ›Civil Law‹ festhielten.« (Stichweh 2013: 2017)

Nun ist diese Feststellung auf den ersten Blick bestechend einfach und gleichwohl präzise, beim zweiten Blick fällt jedoch auf, dass die Trennschärfe im Analyseverfahren nicht immer klar erscheint. Sind Ordensschulen nun partikular, also Schulen des *Common Law* im Sinne einer regionalen Bedeutungsbindung oder sind sie partikular in dem Sinne, dass sie eine Pluralität des Wissens beiseitelassen? Oder aber treffen beide Bescheide zu? Daran schließt sich die Frage an, ob diese Unterscheidung in jedem Falle standhalten muss, ob nun ein- oder mehrdimensional? In Konsequenz dieser offenen Fragen, expliziert der Hochschulforscher Rudolf Stichweh weitere differenzierende Merkmale in der frühmodernen Universitätsgeschichte, welche für den Forschungsbegriff wegweisend erscheinen und ihn kategorial weiter zuspitzen.

Es sind historisch gut nachspürbar die Universitäten, die sich mit »dem von ihnen beanspruchten Universalismus an die beiden anderen Universalmächte des Mittelalters – katholische Kirche und römisch-deutsches Reich« (Stichweh 2013: 218), die für den Partikularismus stehen, anlehnen und infolgedessen mit erweiterten Berechtigungen im Vergleich zu Ordenskollegien, akademischen Gymnasien etc. ausgestattet wurden. In erster Linie lassen sich diese Berechtigungen an der Immunität der Wissenschaft und der Verleihung von akademischen Titeln (die im Sinne des *Civil Law* universell sind) festmachen:

> »Jeder potentielle Universitätsbesucher konnte sich zwar auch für andere Schulen entscheiden […] die weit nützlicheres Wissen, Weltläufigkeit und standesrelevante Kompetenzen zu vermitteln im Stande sein mochten – aber er verzichtete damit auf den akademischen Grad und dessen universelle Geltung.« (ebd.)

Diese historische Darlegung einer begrifflichen Bestimmung dessen, was sich als moderne Universität im spätmittelalterlichen Zeitraum nachvollziehen lässt, sieht sich derweil auch mit vereinzelten Widersprüchen konfron-

tiert. Einer dieser Widersprüche manifestierte sich durch den Buchdruck, der im frühmodernen Europa beginnt, auf die Universitäten einzuwirken.

Das Wissen ist universalistischer, der Zugriff darauf innerhalb des Universitätsbetriebs partikularistischer Natur. Studierende besuchten Veranstaltungen zu einem bestimmten Thema, zu dem die Dozierenden bereits im Vorfeld diverse Bücher studiert haben: »Die Universalität der Studien des Universitätslehrers wird betont und gleichzeitig wird sein Einfluss auf das von ihm vermittelte Wissen minimiert« (Stichweh 2013: 219). Stichweh verteidigt die Unterscheidung Universalismus/Partikularismus letztendlich dadurch, dass analytische Alternativen zur Ausdifferenzierung eines modernen Universitätsbegriffs fehlen, und verweist auf die darüber hinauswirkende Stärke dieser Unterscheidung, wenn man diverse Reformierungsbemühungen seitens verschiedener europäischer Staaten auf die Universitäten betrachtet. Diese sind – als moderne Universität – im Spannungsfeld von Universalismus und Partikularismus erwachsen, haben demnach ihre Strukturen wie Funktionslogiken auch in diesem Spannungsverhältnis ausgebaut. Sie sind einerseits regional platziert und andererseits in überregionalen Diskursen und der Natur universalistischen Wissens verhaftet. Die sich im Europa des 18. Jahrhundert durchsetzende Idee der politischen Ordnung in Nationalstaaten versucht sich somit – weitestgehend erfolglos – in der Einmessung der Universitäten. Auch eine Abschaffung der Universitäten stellt sich als äußerst schwierig dar, die regionale Verzahnung und somit auch die politisch-strategische Bedeutung ist zu groß. Am Ende dieser Feststellungen kommt ein Gedanke und Begriff auf, der fortan die Universitäten begleiten wird: »Man kann die Universität dann nur noch reformieren« (Stichweh 2013: 220).

Die Reformierbarkeit von Universitäten wird derweil kontrovers diskutiert, die Einschätzungen reichen dabei von unreformierbar, über teilreformierbar bis hin zu tatsächlichen Neukonstruktionen wie den Reformuniversitäten der 1960er- und 1970er-Jahre in Deutschland. Reformbestrebungen auf die bestehenden und tradierten Universitätsstrukturen stellen sich derweil stets zäh und schleppend dar, im politischen Diskurs werden hierfür Hilfskonstruktionen bemüht wie beispielsweise die Implementierung von

Fachhochschulen im gleichen Einführungszeitraum der Reformuniversitäten in die deutsche Hochschullandschaft.

Auffällig scheint jedoch, dass ab dem 19. Jahrhundert zunehmend ein Reformbemühen, ausgehend von einer Idee ganz im Sinne des universitären Gedankens, bemüht wird: »Ziel einer Reform sei die Verwirklichung der Idee der Universität. […] Eine Idee ist keine Unterscheidung. Aber sie unterstellt eine Unterscheidung, die von Idee und Wirklichkeit« (Stichweh 2013: 222). Eine wichtige Feststellung, will man analytisch den Reformwellen folgen. So ergibt sich aus dieser auf den ersten Blick universitätsidealistischen Reformargumentation eine Trennungsschablone, die die Universitäten dann eben doch politisch einmessen konnte. In dem Moment, in dem zum Beispiel innerhalb einer staatlichen Bildungsreform die Feststellung bemüht wurde, dass universitäre Lehre eine wissenschaftliche ist und sich dadurch von der Lehre an Schulen unterscheidet, wurde die Universität in ein Gefüge der Erziehungs- und Bildungsinstitutionen eingemessen. Die Bedeutung des Universalismus universitärer Forschung, der nach der partikularen Bedeutung des Common Law im universitären Duktus das Betrachten des universellen Civil Law gegenüberstand, wird nun an ihre Grenzen geführt:

> »[D]er Universalismus der Universität – im Unterschied zu dem gleichfalls vorauszusetzenden Universalismus der Schule – [ist] jetzt dadurch ausgezeichnet, daß er universelles Wissen dem Imperativ wissenschaftlicher Behandlung unterwirft. […] Wissen soll in einem Geiste behandelt werden, der die Frage der Wahrheit oder Unwahrheit des Wissens immer erneut zu suspendieren bereit ist.« (Stichweh 2013: 223)

Kurzum: Wissen soll stets auf Wahrheit hin kritisch-reflektiert werden. An diesem Punkt zieht Stichweh nun ein Zwischenfazit zur Entwicklung der modernen Universität, beruft sich auf Carl Heinrich Becker und attestiert einen vorläufigen Entwicklungsschlusspunkt der modernen Universität an der Unterscheidung zwischen Erkenntnis und Reflexion. Die einstige universalistische Erkenntnisfreude ist demnach nun umgemünzt in eine reflexive und grundlegend kritische Haltung gegenüber Erkenntnisvorgängen und Erkenntnismöglichkeiten:

> »Die sich hier abzeichnende Formbildung in der Universität, die Mitverwendung der Form der Wissenschaft, d.h. des binären Codes Wahrheit/Unwahrheit, durch universitäre Organisationen, die zugleich deutlicher als Organisationen im Erziehungssystem markiert werden, hat sich als ein irreversibler Umbruch erwiesen.« (Stichweh 2013: 224)

Wenn in dieser Untersuchung also von Universität die Rede ist, ist damit der institutionalisierte Wissenschaftsbetrieb gemeint, welcher sich seit dem Mittelalter innerhalb Europas fortentwickelt. Dabei definiert diesen Begriff nicht nur die politische Willensbekundung zur Gründung einer wissenschaftlichen Institution, eine weitere definitorische Engführung lässt sich durch den Anspruch an Universalismus ausmachen, genauer an universelles Wissen als Gegenstands dieser Institution. Mit anderen Worten: Universitäten sind staatlich legitimierte Institutionen, welche sich der Reflexion und Generierung universell gültigen Wissens und zugleich der (Aus)Bildung im staatspolitischen Sinne verschreiben. Das, was als Generierung universell gültigen Wissens (wissenschaftliches Wissen) bezeichnet wurde, umreißt das Tätigkeitsfeld, was im Allgemeinen als universitäre Forschung verhandelt wird. Dabei wird die Forschung und Forschungskompetenz zweifelsfrei als hauptsächlicher Gegenstandsbereich einer Universität betrachtet, wenngleich es richtig ist, dass auch Unterscheidungspaare wie das der Forschungsuniversität in Abgrenzung zu einer Lehruniversität ab und an Anwendung finden.

Forschen heißt hoffen lautete der Titel der Abschiedsvorlesung, die der ehemalige Bundesverfassungsrichter Paul Kirchhof 2013 an der Universität Heidelberg hielt. Im Kern stellt er darin mit Blick auf seine eigene Laufbahn und die seiner Kolleg:innen fest, dass Forscher:innen immer auf Erkenntnis hoffen – Forschen daher eben Hoffen ist. Er verweist mit definitorischem Blick auf den Forschungsbegriff also auf etwas prozesshaftes, von der finalen Erkenntnis losgelöstes (Kirchhof 2013: 17).

Es ist entscheidend für eine grundlegende Betrachtung wissenschaftlicher Forschung – die sowohl angewandte wie auch Grundlagenforschung sein kann – das Prozesshafte des Forschens vor dem Hintergrund der Erkenntnis zu begreifen. Der Prozess des Forschens ist somit ein methodisches

Unterfangen auf dem Weg zur erhofften Erkenntnis und geprägt von projektierten Einheiten. Die Hoffnung tritt in diesem Moment als erkenntnistheoretisches Leitmotiv eines Individuums auf, die Triebfeder des Prozesshaften ist die Neugier:

> »Auf das Zerschneiden der DNA ist man […] durch Grundlagenforschung gekommen. Da stand am Anfang die reine Neugier: Man sah, dass es bestimmte Bakterienstämme schaffen, sich gegen einen Virenbefall zu schützen, und fragte sich, wie schaffen die das?« (Hoyningen-Huene 1999: 10)

Nun lässt sich bis zu diesem Punkt bereits einiges feststellen, möchte man den Begriff der Forschung ausdefinieren: 1. Die Kultur universitärer Forschung ist im Spannungsfeld von Universalismus und Partikularismus erwachsen. Das gezielte Erforschen bettet sich ein in eine universelle Wissensmatrix. 2. Vor diesem universellen Anspruch beugt sich im Forschungsprozess das (Un)Wahrheitsempfinden. Es hat sich eine Kultur der pluralen Erkenntnis entwickelt, die durch jeden Forschungsakt Erweiterung findet. 3. Der Akt des Forschens lebt vom individuellen und subjektiven Hoffnungspotenzial und der bloßen Neugier im Feld universalen Wissens. Und wie schließt sich hier nun der Kreis zur Einteilung in eine Grundlagenforschung und Anwendungsforschung? Ist diese Unterscheidung in den vorgestellten Universitätsstrukturen noch belastbar?

Tatsächlich kann man nun vielleicht die These erhärten, dass die Grundlagenforschung vorherrschendes Primat universitärer Gefilde darstellen sollte. Hierunter subsumiert sich all jene Forschung, »die nicht von gesellschaftlichen Problemen angestoßen wird, wie etwa die Krebsgrundlagenforschung, sondern von innen, von den Wissenschaften« (ebd.). Es verhält sich hier ganz ähnlich dem eingangs vorgestellten PCR-Beispiel. Dabei geht es vor allem um unplanbare Erkenntnis, um Zufälligkeiten und verdeckte Synergien, die insbesondere im Rahmen von Grundlagenforschung hervorstechen und historisch darstellbar sind:

> »Die Quantenmechanik kam in Gang, weil sich Niels Bohr 1912 gefragt hat, wieso eigentlich die Materie stabil ist, statt in nichts zu kollabieren. Wieso stürzen negativ geladene Elektronen nicht in den positiv geladenen Kern? Das war für Laien eine absolut absurde Grundlagenfrage. Aber auf der Antwort beruht unsere heutige Computertechnologie.« (ebd.)

Grundlagenforschung ist demnach nicht explizit an gesellschaftliche/wirtschaftliche Zwecke gebunden, sie folgt vielmehr eben jenem Dreischritt universitärer Forschung, der bereits ausgeführt wurde. Sie stellt den Raum für Neugier und Hoffnung im Zeichen einer Erweiterung des universellen Wissens. Doch bei all den möglichen Unterscheidungen in Forschungsarten und bei all den möglichen verschiedenen Blickwinkeln auf dieses Thema bleibt doch ein ganzheitliches Moment der schlichten Feststellung Pasteurs übrig, der nach derartige Trennungen eben federführend theoretische und nicht praktische sind. Ein Verdammen der Anwendungsforschung oder auch der Drittmittel finanzierten Auftragsforschung im Universitätskontext ist nicht sinnvoll, denn die Verdammung richtet sich dann per se gegen das Forschen. Ein Plädoyer für die Universität als Epizentrum einer Grundlagenforschung hingegen erscheint wohl mit starken Argumenten unterstützbar.

2.2.5 Forschung als Tätigkeit, Methode und Weltsicht

Nun wurde der Forschungsbegriff in seiner Konzeption bereits erläutert, doch wie geht Forschung vonstatten? Es gibt eine Vielzahl wissenschaftlicher Auseinandersetzungen mit der Frage, was denn Forschung als konkretes Tätigkeitsfeld nun eigentlich ist? Naheliegend ziehen sich die meisten dieser Schriften darauf zurück, dass sie eine unbedingte Kopplung an konkrete Methoden postulieren und dann diese ausführen. Auf unterschiedlichen Wegen kommt man so an den Punkt, an dem die im vorangegangenen Kapitel ausgeführte Neugier, getragen von Hoffnung in forschendes Tun umsetzt. Doch was ist es, dass Forscher:innen überhaupt in das Feld der For-

schung hineintreibt? Was macht den Reiz der Tätigkeit aus, die eine Vielzahl junger Akademiker:innen heute ins systematisierte Prekariat überführt?[31]

Der Mediziner und Biologe Svante Pääbo gilt als Begründer der Paläogenetik, ist Leiter des Max-Planck-Instituts für evolutionäre Anthropologie in Leipzig und verfasste für den *Entwurfsatlas Forschungs- und Technologiebau* aus dem Jahr 2005 einen kurzen Aufsatz, der Architekt:innen den Begriff der Forschung näherbringen soll. Dabei tätigt er einige bemerkenswerte Aussagen, wenn er etwa feststellt: »Forschung ist eher ein Lebensstil als eine Arbeit. Dieser Lebensstil tendiert dazu, einen großen Teil des Lebensinhalts des Betroffenen darzustellen« (Pääbo 2005: 11). Es ist das Verhältnis von Tätigkeit und Tätigen im Sinne der *Profession* Jacques Derridas (vgl. Derrida 2001: 46-51), was den Forscher:innenalltag zu bestimmen scheint und auch für das Forschen wesentlich sein könnte. Derrida fängt diese Verquickung schemenhaft ein, wenn er das Glaubensbekenntnis der Forscher:innen beschreibt und den das Wissen konstituierenden Vorgang, welcher »in einer bestimmten Weise den Glauben ans Wissen […] den Glauben in das Wissen« (Derrida 2001: 22) einbindet. Es ist ein Verquickungsprozess, den Ve-

31 U. a. unter den Hashtags #unbezahlt sowie #IchBinHanna zeichnet sich seit inzwischen einem knappen Jahrzehnt in den Sozialen Medien – allem voran beim Kurznachrichtendienst Twitter und auf Facebook zu beobachten – eine Protestbewegung unzufriedener Nachwuchswissenschaftler:innen ab, die prekäre Arbeitsbedingungen allerorten anprangern. Als konkreter Ausgangspunkt kann das 2007 verabschiedete Wissenschaftszeitvertragsgesetz festgemacht werden, welches die Arbeitsbedingungen und Berufsaussichten des akademischen Mittelbaus in der BRD weitreichend beeinflusst. Ein Großteil der Wissenschaftler:innen im Mittelbau und somit zumeist inmitten der individuellen Qualifikationsphase, verweilt – so der Vorwurf – in befristeten und im Vergleich zur Wirtschaft oft auch unterdurchschnittlich entlohnten Anstellungen. Die stets in Sorge begriffene Frage nach der beruflichen Zukunft drängt die Nachwuchswissenschaftler:innen nicht zur finanziell, sondern oft auch physisch wie psychisch in prekäre Verhältnisse. Am Ende wartet dann allzu oft der *worst case*, in dem die Nachwuchswissenschaftler:innen deutlich länger als geplant benötigen, um die eigene Forschungsqualifikation zu erreichen und damit aus dem zeitlichen Rahmen fallen, der ihnen eine Anstellung in der Universität erlaubt. Für den nichtwissenschaftlichen Arbeitsmarkt gelten die Nachwuchswissenschaftler:innen dann bereits oft als *überqualifiziert* oder *überspezialisiert*, wodurch sie aus dem Raster zu fallen drohen (vgl. Bahr, Eichhorn & Kubon 2022).

rena Häseler in ihrer Derrida-Lesart auf die Lehre hin »als ein Bekenntnis-Moment, in dem das Konstative und das Performative zusammengedacht« (Häseler 2019: 109) werden können, erfasst. Es ist wohl diese dem Forschen ebenfalls intrinsische Dualität, welche Pääbo zu der These bringt, der nach das Forschen im Lebensstil der Forscher:innen aufgeht.

Weiter stellt Pääbo fest, dass der Forschungsprozess auch immer in einem größeren Zusammenhang mit anderen Forscher:innen aufgeht: »Forschung ist Teamarbeit. […] Diese Gruppen sind aber oft Ansammlungen von Individualisten. Jeder Forscher bearbeitet sein Projekt teilweise zusammen mit anderen, teilweise allein« (Pääbo 2005: 10). Hierin spiegelt sich das Zusammenspiel der Lebensstilindividuen, welche für sich und doch innerhalb der Forschungsgemeinschaft den eigenen Forschungsprozess bezeugen. Es ist ein egoistischer und altruistischer Akt zugleich, denn »Forschung ist globalisiert [und] das Produkt der Arbeit – Wissen – ist ein Allgemeingut« (Pääbo 2005: 11). Die Forscher:innen teilen es, zumindest im universitären/öffentlichen Forschungssektor, mit der und in die Allgemeinheit hinein. Es ist ein individueller, subjektgebundener und doch gesellschaftlich rückgekoppelter Lebensstil, den Pääbo hier ausmacht und der sich auch bei Derrida beschrieben findet (vgl. Derrida 2001: 49).

Das Subjekt, also der/die Forscher:in, forscht aus einem Glauben an das Wissen heraus, bezeugt und schafft so u. U. neues Wissen, welches mit der Forscher:innengemeinschaft geteilt wird und welches in der Allgemeinheit aufgeht. Doch wonach sucht der/die Forschende? Pääbo definiert es wie folgt:

> »In der Forschung geht es darum, herkömmliches Wissen in Frage zu stellen. Das Wesen der Forschung ist damit antiautoritär. Deshalb sind Hierarchien so weit wie möglich abzubauen, da sie zur unkritischen Akzeptanz der Lehrmeinung führen und lähmend für die Kreativität sind. […] Es ist ebenso notwendig, so weit wie möglich Offenheit und Vertrauen zu vermitteln. Nur wo man sich geborgen fühlt, traut man sich auch abwegige oder verrückte Ideen vorzubringen – nur so kann auch etwas völlig Neues und Unerwartetes entstehen.« (Pääbo 2005: 11)

Forschende Personen suchen also stets Neues, sie versuchen, das Etablierte in Frage zu stellen, es zu hinterfragen. Es ist ein wesentlich progressives Unterfangen, ein Akt für und gegen das konservierte und konservative Wissen. Um diese Spannungsverhältnisse überhaupt erst offenlegen zu können, bedarf es (institutionellem/politischem) Ver- und Zutrauen. Die Forschung ist antiautoritär und nur wenn sie als antiautoritärer Akt verstanden und zugelassen wird, kann sie Neues hervorbringen und Innovation schaffen, welche dann gegebenenfalls in einem weiteren Schritt zu Autoritäten werden können.

Dieser kurze Exkurs im Schatten philosophischer Reflexionen für künftige Architekturprojekte hat nun dargelegt, was Forschung und was die forschenden Subjekte definiert. Der Verweis auf einen Lebensstil namens Forschung zeigt, dass es sich um etwas Individuelles und gleichermaßen gesellschaftlich Verankertes handelt. Über die erkenntnistheoretischen Beschaffenheiten eines Forschungsprozesses wurde zu diesem Zeitpunkt festgestellt, dass es zum Charakter der Forschungstätigkeit gehört, das Etablierte stets (zumindest in Teilen) anzugehen. Ein antiautoritäres wie auch ein altruistisches Moment prägen den Gang der Forscher:in. Dabei wird das altruistische Moment – im vorangegangenen Kapitel noch an das universelle Wissen – in dieser Betrachtung bereits verknappter gefasst und als gesellschaftliche Verbindung konstruiert. Ein elementarer Unterschied, öffnet sich dadurch für die Forscher:innen doch auch die Tür zu Alternativen der Grundlagenforschung. Was sich hierin zeigt, könnte mit einem Bogenschlag zu Rudolf Stichweh als Ist-Zustand einer Institution (Forscher:innen als Schüler:innen der Grundlagenforschung und spätere Lehrer:innen der Auftrags- und Anwendungsforschung) gegenüber der historischen Grundlegung universitärer (Grundlagen)Forschung verstanden werden. Die den Ist-Zustand im Detail konstituierenden Umweltbedingungen werden im späteren Verlauf dieser Untersuchung eingehender vorgestellt und analysiert.

3. Wissenschaftstheoretische Grundannahmen

Die Wissenschaftstheorie ist – insofern erfolgte bereits u. a. in Kapitel *2.1.1* die (Er)Klärung – der Wissenschaftsbereich, der vor allem die Erkenntnisgewinnung durch Forschung reflektiert. Das Spektrum dieser Selbstreflektion reicht dabei von grundlegenden philosophischen Fragen der Erkenntnistheorie in Verbindung mit der Betrachtung der wissenschaftlichen Methodik (kreisend u. a. um die Schlagworte *Wahrheit*, *Wirklichkeit*, *Universalismus*, *Partikularismus*, *Pluralismus*), der Wissenshistorisierung (*Evolutionäre* vs. *Pragmatisch/Paradigmatische Erkenntnistheorie*), der universitären Organisation (*Universität als Institution* vs. *Organisation*) bis zur Finanzierungsfrage der Wissenschaft (kreisend u. a. um die *Programmatik einer freien Forschung und Wissenschaft*).

Wie in den meisten Bereichen philosophischer Reflexionstätigkeit, so ist auch hier – wie ebenfalls in Kapitel *2.1.1* bereits ausführlicher erläutert – ein interdisziplinäres Denken der Sache immanent. Dieser *inter*disziplinarischen Kategorisierung folgend, soll im Verlauf des dritten Kapitels ein wissenschaftstheoretischer Programmentwurf entwickelt werden, der in interdisziplinärer Manier erkenntnistheoretische Grundannahmen, Anmerkungen zur wissenschaftlichen Methodik sowie zur Wissenshistorisierung darlegt. Dieser Programmentwurf tritt für den weiteren Verlauf der Untersuchung erkenntniskonstituierend in Kraft, da hier nun eben jene Annahmen ausgebreitet werden, die als Charakter oder Wesen wissenschaftlicher Erkenntnis veranschlagt und mit der Idee der Universität bzw. der darin stattfindenden institutionellen Forschung zusammengeführt werden.

Dabei erscheint es einleitend von großer Wichtigkeit zu betonen, dass mit der historischen Herleitung in diesem Programmentwurf keine erneute Geschichtsschreibung angestrebt wird. Geschichtsbewusste und seriös wie akribisch ausgearbeitete Überblickswerke dazu, was man als Erkenntnisge-

schichte, Wissenschaftsgeschichte, Geschichte der Wissenschaftsphilosophie usf. kategorisieren könnte, gibt es zu Genüge. Diese Liste bestehender origineller Werke zu ergänzen, erscheint im Sinne des hier verfolgten Gesamtvorhabens nicht zielführend und – im erkenntnistheoretischen Sinne – auch nicht ökonomisch.[32] Es geht im Folgenden vielmehr darum aufzuzeigen, wie man argumentativ konsequent zu eben jener erkenntnistheoreti-

32 Als historische Ausarbeitungen zur Wissenschaftgeschichte, Erkenntnisgeschichte oder Wissenschaftsphilosophie, die im Zuge der hier vorgelegten Analyse als originell gelabelt werden können, wären bspw. die Arbeiten von Bonifati Kedrow (vgl. u. a. Kedrow 1975), Federico Di Trocchio (vgl. u. a. Di Trocchio 2001; Di Trocchio 1999) und Lorraine Daston und Peter Galison (vgl. u. a. Daston & Galison 2017) zu nennen. Kedrow war ein russischer Philosoph und Wissenschaftshistoriker, stellvertretender Direktor des *Instituts für Philosophie der Akademie der Wissenschaften der UdSSR* und u. a. Mitglied der *Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina* und der *Bulgarischen Akademie der Wissenschaften*. Kedrows Arbeiten zur Wissenschaftssystematisierung (*Klassifizierung der Wissenschaften* – Band 1 u. 2) verlieren sich im Klein-Klein einer wohl unlösbaren Aufgabe und doch ist es spannend und aufschlussreich, diese Sisyphosarbeit zu studieren. Er unternimmt dabei mehrere verschiedene Versuche, »das Wechselverhältnis der Wissenschaften [als] allgemeine Architektonik sämtlicher wissenschaftlicher Kenntnisse« (Kedrow 1975: 3) vor dem Hintergrund der *Dialektik der Natur* von Friedrich Engels zu entwickeln. Während die Arbeiten von Kedrow sehr systematisch mit gar buchhalterischer Feder entwickelt sind, sucht Di Trocchio in seinen historischen Arbeiten (u. a. *Der große Schwinde*l und *Newtons Koffer: Geniale Außenseiter, die die Wissenschaft blamierten*) den Ordnungsansatz über das Individuum der Wissenschaftler:innen. In kurzen Anekdoten zeichnet er wissenschaftliche Betrugsfälle und (Not)Lügen nach, die teils bewusst und teils unbewusst geschehen sind. Dabei zeigt er systemimmanente Funktionslogiken der Forschungsfinanzierung auf, die Wissenschaftler:innen verschiedenster Disziplinen, Nationen und Jahrhunderte zum Schwindeln veranlassten. Daston und Galison untersuchen in ihrer Studie *Objektivität* von 2017, wie innerhalb der scientific community objektive Ansichten herausgebildet werden. Als Untersuchungsgegenstand betrachten sie wissenschaftlich korrekt erstellte Atlanten und untersuchen die Abbildungen ausgehend vom 17. Jahrhundert. Interessant ist, dass damit nicht individuelle Sichtweisen, sondern »Beobachtergemeinschaften, die dieselben Dinge in derselben Weise sehen« (Daston & Galison 2017: 27) aufs Untersuchungstabloid rücken. Stark verknappt lässt sich die Erkenntnis der Studie so beschreiben, dass unterschiedliche Typen von Forscher:innen bestimmt wurden, die *pedantisch*, sich selbst verleugnend und das subjektive bemüht neutralisierend oder betont intuitiv und reflexiv die Aufgabe der objektiven Abbildung angehen. Nicht nur die Haltung – *das wissenschaftliche Selbst* – zeigte sich

schen Position gelangt, die im Zeichen von Denker:innen wie Paul Feyerabend oder Helmut Spinner eine vorläufige Gültigkeit beanspruchen kann.

Man könnte somit das Vorhaben von Kapitel *3.1* verkürzt als Verteidigung der wissenschaftstheoretischen Standortbestimmung verstehen anhand von übergeordneten Fragen wie: Welche Entwicklung kann innerhalb der Wissenschaftstheorie ausgemacht werden? An welchem Punkt knüpfen die Überlegungen dieser Analyse wissenschaftstheoretisch an? Warum werden Karl Popper und Feyerabend als einstweiliger *Status Quo* betrachtet, an den Spinners Überlegungen anschließend den Ist-Zustand beschreiben, mit dem innerhalb dieser Analyse die Verwaltungspraxen konfrontiert werden? Im darauffolgenden Kapitel *3.2* werden insbesondere die Begriffe spezifiziert, die für das versierte Handling der philosophischen Grundlegungen von Feyerabend und Spinner elementar erscheinen. Im Einzelnen wird es hier um die *Utopie*, den *Anarchismus* und den *Pluralismus* gehen.

Die Utopie hat den Ruf des Fantasten unter den Theorien, sie steht Pate für *Science Fiction*, wird aber eher selten mit seriöser Wissenschaft in Verbindung gebracht. Und wer die Utopie nicht im Sinne der *Science Fiction* denkt, denkt oft an fatale Umsetzungsstrategien zur Erreichung von Utopien oder gar direkt an *Dystopien*. Dabei spielt insbesondere in geisteswissenschaftlichen Überlegungen das Utopische oft eine Schlüsselrolle, insbesondere dann, wenn Ideale zum vermeintlichen Maßstab einer bestimmten Sache ernannt werden. Die Utopie, so wird sich in der eingehenden späteren Betrachtung von Universitäts-Idealen zeigen, wird insbesondere dann zum inflationären Phänomen, wenn die Realität in Schieflage zu geraten scheint. In Momenten der Unzufriedenheit mit der eigenen Realität, flüchtet sich der Mensch demnach besonders gerne in eine *Besser-Welt* – in die *Utopie* – oder aber auch in eine *Noch-Schlechter-Welt* – in die *Dystopie*. Beide Formen – eine detaillierte Unterscheidung zwischen den utopischen Ausformungen folgt in Kapitel *3.2.1* – eint die analytische Schärfe vor dem Hintergrund des eigenen Ideals. Utopien, die mit prognostischem Charakter arbeiten und wissenschaftlichen Gehalt proklamieren, nennt man auch Szenarien. Hier

voneinander verschieden. Auch die Untersuchungsmittel und Methoden, sowie die Nachbereitungsgegebenheiten unterschieden sich.

knüpft u. a. auch die Zukunftsforschung an, was im Kapitel *3.2.1* eingehender Beachtung und in einem weiteren Schritt mit wissenschaftlichen Idealisierungen Abgleich finden wird. Kurzum: Die Utopie wird in ihrer Funktionslogik auf die wissenschaftstheoretische Tauglichkeit hin analysiert. Dabei wird sich zeigen, dass auch die vorwiegend politischen Bedenken gegenüber der Utopie durchaus zur verfestigten erkenntnistheoretischen Diskussion beitragen können.

Der Anarchismus ist zumeist als konsequente Anti-Haltung politischer Couleur auszumachen, man könnte fast von so etwas wie einem Schmuddelkind der politischen Theorie, einer akademisch anmutenden Maske des Terrors sprechen. Es ist auffällig, wie mühevoll anarchistische Lektüren gegen eben jenen Malus der öffentlichen Verklärung einführend mit aufklärerischer Haltung anschreiben müssen, wollen sie im jeweiligen Fachdiskurs wahr- und ernstgenommen werden (vgl. u. a. Loick 2017) und doch lohnt sich diese Mühe, können doch gerade wissenschaftliche Debatten durch anarchistische Positionen aufgebrochen und diversifiziert werden (vgl. u. a. Bolokan, Spoerri, & Stenglein 2021). Umso verwunderlicher, mag manch einer vielleicht nun denken, erscheint es vor diesem aktivistisch anmutenden Hintergrund, den Anarchismus mit der Wissenschaftstheorie in Verbindung zu bringen. Dass es hierfür sehr gute Argumente gibt, zeigte vor allem Feyerabend auf. Feyerabends Überlegungen zu einem wissenschaftstheoretischen Anarchismus werden in Kapitel *3.2.3* ausgeführt, doch zuerst wird auch diese Untersuchung ein Stück weit aufklärerisch agieren und mit Blick auf den Anarchismus in der Wissenschaftstheorie innerhalb des Kapitels *3.2.2* ein grundlegendes Verständnis für die Thematik entwickeln.

Abschließend wird in Kapitel *3.3* die utopische Radikalität, die der Feyerabend'schen Idee des Anarchismus im erkenntnistheoretischen Kontext zweifellos anhaftet, ein Stück weit entschärft bzw. auf den Begriff des *Pluralismus* im Allgemeinen und daran anknüpfend auf den *Fallibilistischen Pluralismus* von Spinner im Speziellen zurückgedreht. Dass die Wahl auf Spinners Erkenntnismodell fiel, war kein Zufall und zeigt, dass das Ansinnen dieser wissenschaftstheoretischen Grundlegung über eine Radikalisierung oder Intensivierung Feyerabends Wissenschaftstheorie hinausreicht. Die Stärke Spinners Arbeiten wird – wie sich im Fortlauf der Arbeit noch

zeigen wird – im philosophisch-soziologischen Anspruch, die Wissenschaftsphilosophie praktikabel zurichten zu wollen, ausgemacht. Für ein Unterfangen wie das hiesige, bildet er somit den idealen Ausgangspunkt und ist daher anderen, weiterführenden Ausarbeitungen einer Wissenschaftstheorie im Sinne Feyerabends – hier wäre wohl insbesondere Hans Peter Duerr zu nennen (vgl. Duerr 1985) – vorzuziehen.

In Kapitel *3.4* erfolgt ein zusammenfassender Rückblick über die wissenschaftstheoretischen Grundlagen dieser Analyse, der sodann auch den Startpunkt für die eingehende Auseinandersetzung mit dem Institutions- und/oder Organisationscharakter der Universität bildet. Hier wird sich auch nochmal explizit die Frage stellen, ob das Zurückdrehen des anarchistischen auf den pluralistischen Anspruch auch einem Zurückdrehen der epistemologischen Radikalität gleichkommt.

3.1 Eine kleine Geschichte der Wissenschaftstheorie

Über die Wissenschaftstheorie als eigenständige wissenschaftliche Disziplin wurde bereits in vorigen Kapiteln referiert und betont, dass diese Disziplin grundlegend philosophische Fragen nach Sinn und Zweck, Ursprung und Gerichtetheit von Wissen, Wissenschaft und damit verbundenen Kategorien stellt und dabei elementar interdisziplinär aufgestellt ist in dem Sinne, dass sie oftmals als philosophische Reflexion aus den einzelnen Fachdisziplinen heraus wirkt. Dieses Verständnis fußt also auf einer institutionellen Verankerung des darzustellenden Gegenstandes Wissenschaftstheorie.

Diese Unterscheidung ist wichtig, gibt es doch mehrere Möglichkeiten, eine Geschichte der Wissenschaftstheorie anzugehen: 1) könnte man eine historische Darlegung dessen offerieren, was sich – mit wissenschaftlichem Anspruch – an Ideen rund um die Erkenntnis entwickelt hat und nachzeichnen, wie über wissenschaftliche Erkenntnis gedacht wurde; 2) könnte man darstellen, wie eine wissenschaftstheoretisch reflektierte Wissenschaftsgeschichte rekonstruiert werden muss, wie also wissenschaftliche Wissenschaftsgeschichte bestellt sein muss; 3) kann darunter der Anspruch

verstanden werden, die Wissenschaftsdisziplin namens Wissenschaftstheorie historisch darzustellen. Ins Visier genommen wird im Folgenden der dritte Ansatz, wobei zuvörderst die Klärung des historischen Startpunkts für all diese Vorhaben und somit auch explizit für die historische Darstellung der Wissenschaftsdisziplin namens Wissenschaftstheorie relevant erscheint, weshalb dieses Unterfangen stark reduziert vorweggenommen wird.

Eine ideelle Historienarbeit in dem Sinne, dass die Reflexion der menschlichen Erkenntnis im Fokus steht, würde den Rahmen dieses Vorhabens bei weitem sprengen und wäre mit dem ersten der drei vorgestellten möglichen Ansätze verbunden. In einem solchen Fall lässt sich mit der historischen Darstellung wohlbegründbar bereits in der Antike beginnen, wenn der Kulturbegriff als Weltanschauungsform Beachtung findet:

> »Vieles, was zum Begriff der Kultur gehört, hatte es schon Jahrtausende zuvor in Ägypten und Mesopotamien gegeben. […] Gewisse, bislang fehlende Elemente trugen erst die Griechen dazu bei. Was sie im Reich der Kunst und Literatur geschaffen haben, ist allgemein bekannt; was sie jedoch auf dem Gebiet des reinen Denkens leisteten, ist ganz einzigartig. Sie erfanden die Mathematik, die Naturwissenschaft und die Philosophie; sie schrieben zum ersten Mal Geschichte anstelle bloßer Annalen; frei von überkommenen orthodoxen Anschauungen stellten sie Betrachtungen an über das Wesen der Welt und den Sinn des Lebens.« (Russell 2000: 25)

Alternativ könnte eine Historienarbeit im Zeichen der Wissenschaftsphilosophie genauso bei Francis Bacon einsetzen, der »durch die Einführung der modernen induktiven Methode und den bahnbrechenden Versuch einer logischen Systematisierung der wissenschaftlichen Arbeitsweise bleibende Bedeutung erlangt« (Russell 2000: 450). Hier könnte ein möglicher Fixpunkt einer Rekonstruktion im Zeichen des zweiten Ansatzes liegen, wobei die daran anknüpfende Rekonstruktion einer Wissenschaftsgeschichte natürlich weitaus früher beginnen würde. Zwischen den Denker:innen des antiken Griechenlands und Bacon liegen rund 2000 Jahre Menschheitsgeschichte, die Spannbreite, innerhalb derer sich wohl begründete Ansatzpunkte für den Beginn einer Geschichtsschreibung setzen lassen, ist also außerordent-

lich. Zumeist wandeln die einschlägigen Einführungs- und Überblickswerke zur Wissenschaftstheorie zwischen den Grenzen der ersten beiden Ansätze, mit Tendenz zum ersten (vgl. u. a. Gopal & Sarukkai 2017; Spinner 1977; Losee 1977) oder zum zweiten Ansatz (vgl. u. a. Tetens 2013; Poser 2012; Detel 2011).

Für diese Untersuchung im Allgemeinen und das konkrete folgende Vorgehen im Speziellen soll der dritte Ansatz zum Handlungscredo erklärt werden, womit die Wissenschaftsdisziplin namens Wissenschaftstheorie historisch dargestellt werden soll. Hierfür gibt es gute Gründe. Zum einen bleibt hier die bereits ausgeführte Argumentation im Zeichen des ausladenden Umfanges einer solchen Unternehmung anzuführen. Zum anderen birgt der dritte Ansatz den Vorteil, verschiedene Entwicklungsstufen der Wissenschaftstheorie in biographischer Rückkopplung zu erfassen und damit Kategorienfehler zu vermeiden. Dies ist so gemeint, dass ein historischer Ansatz bei der Disziplin der Wissenschaftstheorie die jeweiligen Fach-Heroen zum Fixpunkt der Gliederung erklärt, welche wiederum ihre Arbeiten in Tradition älterer Denker:innen abfertigten. Die Betrachtung der Wissenschaftstheorie als Metatheorie der Wissenschaft bietet somit in ideengeschichtlicher Annäherung den Vorteil, eine Metabetrachtung der jüngeren Erkenntnistheorie zu offenbaren. Dieser hier gewählte Ansatz zur Grundlegung ist rar gesät, aber nicht exklusiv und federführend in aktualisierter Variante orientiert an den Überlegungen zur Entwicklungsgeschichte der Wissenschaftstheorie von Erhard Oeser und der folgenden These:

> »Zwischen den Auffassungen der Wissenschaftstheoretiker des 19. Jhdts wie W. Whewell und der Jahrhundertwende wie Ernst Mach und den gegenwärtigen Vertretern der Wissenschaftstheorie liegt eine strenge ahistorische, rein formal-logisch orientierte Systematisierungsphase, welche die Wissenschaftstheorie eigentlich erst zu einer Theorie oder Metatheorie der Wissenschaft gemacht hat.« (Oeser 2012: 94)

Der noch recht jungen Geschichte der Wissenschaftstheorie als Teildisziplin der wissenschaftlichen Philosophie kann zum heutigen Zeitpunkt und in Anlehnung an Oeser ein Großwerden in fünf elementaren Schrit-

ten attestiert werden, wenngleich natürlich angemerkt werden muss, dass die Benennung der Entwicklungsstufen sowie deren Gewichtung je nach Wissenschaftstheoretiker:in und Werk variiert und hier demnach ebenfalls subjektiver Prägung folgt.[33]

---

33 Während der methodische Ansatz von Oeser übernommen wird, weicht die Einteilung hier ab. Oeser sieht die Entwicklungsgeschichte der Wissenschaftstheorie in drei statt fünf Phasen unterteilt: »1. Eine vorwiegend historistische Phase, in der die wissenschaftstheoretischen Probleme an konkreten Methodenfragen der einzelnen Wissenschaften, insbesondere der Naturwissenschaften, erkannt und zumindest bereits intuitiv durch anschauliche Modellvorstellungen zu einem Gesamtkomplex zusammengefaßt worden sind. 2. Eine streng systematische Phase, in der die Wissenschaftstheorie nach dem Vorbild der Metamathematik als eine Metatheorie der empirischen Wissenschaften aufgebaut worden ist. In dieser Phase war der Rückgriff auf die Wissenschaftsgeschichte geradezu verboten. Wissenschaftstheorie war angewandte Logik und die Logik selbst war streng formalisiert und kalkuliert. Wenn Beispiele aus den Wissenschaften selbst herangezogen wurden, dann war es aus der modernen bzw. zeitgenössischen Wissenschaft. Paradebeispiel waren die Grundlagentheorien der modernen Physik: Relativitätstheorie und Quantenmechanik. M. Schlick, Reichenbach, Popper, Carnap waren die ersten Philosophen, die sich ausdrücklich mit diesen Grundlagentheorien der modernen Physik beschäftigten. Die Physik wurde dabei nicht nur zum Paradebeispiel wissenschaftlicher Erkenntnis schlechthin, sondern zu einer philosophischen Weltanschauung, zum «Physikalismus» (Carnap). In dieser Entwicklungsphase der Wissenschaftstheorie entstand das sog. Standardmodell der Wissenschaftstheorie, das auch heute noch unabhängig von der bereits bedeutungslos gewordenen und nur nebensächlich damit verknüpften positivistischen Metaphysikkritik als analytische Wissenschaftstheorie weiterbesteht. 3. Gegen dieses streng formalistische Konzept der Wissenschaftstheorie als Wissenschaftslogik richtete sich nun seit 20 Jahren eine immanente Kritik, die zu einer dritten Phase der Wissenschaftstheorie führt. Im anglo-amerikanischen Sprachraum oft als «New-Philosophy of Science» oder nach ihren Hauptvertretern N.R. Hanson, St. Toulmin, T.S. Kuhn und P. Feyerabend als HTKF-Philosophy bezeichnet, besteht ihr Hauptargument gegen das herkömmliche logisch-empiristische Standardmodell darin, daß der dynamische Aspekt der Entwicklung und Veränderung der Wissenschaft der logischen Analyse sich völlig entziehe. Aus diesem grundsätzlichen Einwand entwickelte sich dann eine Theorie der wissenschaftlichen Revolutionen und in weiterer Folge eine anarchistische Erkenntnistheorie, in der die Unzulänglichkeit der herkömmlichen, statischen Wissenschaftstheorie an konkreten Beispielen aus der Wissenschaftsgeschichte demonstriert wurde« (Oeser 2012: 94/95). Es zeigt sich hier, dass das Fünf-Phasen-Modell gegenüber den drei Phasen bei Oeser eine Übergangsphase aus theologischen und metaphysischen Begründungsmustern hin zum positivistischen Ansinnen voranstellt und

Zudem erscheint es nur angemessen, sich der Wissenschaftstheorie in der Art logischer Stufung anzunähern, in der sie vor dem Hintergrund dieser Analyse wahrgenommen wird, bedenkt man, dass doch auch die Wissenschaftstheorie weder Ereignisse, Werke noch Autor:innen konsequent chronologisch aufarbeitet, sondern stattdessen darum bemüht ist, die wechselseitige Beeinflussung und gegenseitige Bestimmtheit anhand von Paradigmen u. ä. ein- und anzuordnen. Folgender Fünfschritt erscheint in diesem Sinne grundlegend:

1. Die erkenntnistheoretische Erschließung der Wissenschaft als ein Zugang zu einer Welterkenntnis innerhalb der letzten der drei Phasen des Gesetzes der Geistesentwicklung von Auguste Comte im 19. Jahrhundert. Es ist die Geburtsstunde des Positivismus, die der schematischen Einreihung wissenschaftlicher Erkenntnis – anknüpfend an die Welterfahrung durch Theologie/Mythos und Metaphysik – entspringt und der Wissenschaft letztendlich die Prognosebefähigung als erkenntnistheoretisches Kernelement zuordnet (vgl. Comte 1844/1956).

2. Die Erschließung wissenschaftlicher Erkenntnisstruktur und Methodik als Gegenstand einer physikalischen oder anfänglich modern-wissenschaftstheoretischen Analyse durch Pierre Duhem (vgl. Duhem 1906/1998) sowie die damit eng verbundene Einführung einer historisch-kritischen Methode für die theoretische Reflexion wissenschaftlichen Tuns durch Ernst Mach (vgl. Nemeth 2019).[34] Hieraus resultiert eine systematische Ergründung des Zusammenhangs von Theorie (unter Beachtung ähnlich veranlagter Hypothesenbildung in vergangenen Zeiten), Experiment und

dass der dritten Stufe Oesers eine weitere Entwicklungsstufe nachgesetzt wird, die der Ideologiekritik zugeordnet ist. Im Kern liegt die Differenz in der Kleinteiligkeit und bildet somit keinen kategorischen Widerspruch o. ä. ab.

34 So schreibt Mach auch das Vorwort zur deutschsprachigen Edition Duhems und erkennt an: »Nicht in trockener, abstrakter Weise, sondern unter fortwährender Beleuchtung durch lebendige historische Tatsachen, zeigt der Verfasser, wie die physikalische Theorie allmählich aus einer vermeintlichen Erklärung auf Grundlage einer vulgären, oder mehr oder weniger wissenschaftlichen Metaphysik in ein auf wenigen Prinzipien ruhendes System mathematischer, die Erfahrung ökonomisch beschreibender und klassifizierender Sätze sich umwandelt« (Mach 1998: III).

Methode und wird zunehmend *business as usual* einer sich neu herausbildenden eigenständigen Disziplin – explizit wissenschaftstheoretische und/oder wissenschaftshistorische Lehrstühle gründen sich nun im Europa des 20 Jahrhunderts aus (vgl. Schäfer 1998).

3. Der Wiener Kreis und damit verbunden die Schule des *Logischen Empirismus* prägt die Wissenschaftstheorie der 1920er-Jahre bis in die 1970er-Jahre hinein. Darüber hinaus kann diesem wissenschaftstheoretischen Kollektiv – welches aufgrund zahlreicher Migrationsbewegungen infolge des Zweiten Weltkriegs international Wissenschaftsdiskurse prägte – eine nennenswerte Einflussnahme auf die akademische Philosophie im Gesamten attestiert werden. Hier wird nun eine sprachphilosophische Untersuchung der allgemeinen Wissenschaft durch die Wissenschaftstheorie als spezielle Wissenschaft etabliert, welche sich der Denkökonomie Machs sowie einer daran anknüpfenden, klar physikalisierten Wissenschafts-/Einheitssprache verpflichtet sieht (vgl. Sigmund 2015).

4. Durch Ludwik Fleck und Thomas Kuhn bekommt die Wissenschaftstheorie mit den Konzepten des *Denkstils* und des *Denkkollektivs* sowie des *Paradigmas* und dem *Paradigmenwechsel* ein Ordnungsschema, welches das Verständnis von wissenschaftlicher Entwicklung und wissenschaftlichem Fortschritt bis heute prägt (vgl. Cremer 1985). Es handelt sich hierbei um Konzepte zur Erfassung dessen, was eingangs als *wechselseitige Beeinflussung und gegenseitige Bestimmtheit* innerhalb einer wissenschaftlichen Erkenntniskultur beschrieben wurde. Die Wissenschaft erfährt nun zur Mitte des 20. Jahrhunderts eine deutlich epochalere Betrachtungsweise, der Prozess wissenschaftlicher Selbstreflexion wurde durch Fleck und Kuhn um die »Entdeckung der Wissenschaftsgeschichte« (Bayertz 1980: 52) bereichert.

5. Durch Karl Popper und Feyerabend wird der Erkenntnisprozess innerhalb des Fleck‘schen wie Kuhn‘schen Rahmens einer Wissenschaft methodisch seziert und eine endgültige Verzahnung von Wissenschaftsgeschichte und Erkenntnistheorie im Zeichen der Wissenschaftsphilosophie etabliert. Zudem vermögen es sowohl Popper wie Feyerabend, das politische Kalkül institutioneller Wissenschaft in den Blick zu nehmen und führen die Ideologiekritik in die Wissenschaftstheorie ein. Feyerabend tut sich hier gegenüber Popper insofern hervor, als dass er durch seinen anarchistischen Duktus ein

scheinbar unumkehrbares Politikum innerhalb der Wissenschaftsphilosophie verankert:

> »Mit seinen Exkursen in die Wissenschaftsgeschichte, vor allem zu Galilei und seiner Zeit, zeigte er, daß »Fortschritt des Wissens« und »Reinheit der Forschung« auch als verbale Elemente einer Ideologie betrachtet werden können, mit der die vor allem in Westeuropa und Nordamerika entstandene und vorangetriebene Wissenschaft und Technik ihre geistige Vorherrschaft auf den ganzen Globus legitimierte. Es mag dahingestellt bleiben, ob solche Ideologiekritik heute immer noch das vorrangige Geschäft der Wissensgeschichte zu sein hat. Sicher ist jedoch, daß das unübersehbare Interesse der intellektuellen Öffentlichkeit an den Fragen der Wissen(schaft)sgeschichte und -philosophie eben auch dem Wirken dieses Wiener Dadaisten zu verdanken ist. Insofern befinden wir uns naturgemäß in einer Situation nach Feyerabend.« (Gugerli et al. 2005: 9)

Diese Feststellung von Gugerli et al. zeigt sich in hohem Maße anschlussfähig an die wissenschaftstheoretische Grundlegung dieser Untersuchung. Auch hier wird bei Feyerabend der Fixpunkt eines wissenschaftshistorischen Ist-Zustands ausgemacht, der noch immer als richtungsweisend für die aktuelle Forschungsreflexion betrachtet werden kann.

Wie nun im Detail dieser Ist-Zustand nach Feyerabend begriffen wird, welche historischen Konstanten im Verlauf der kurzen Geschichte der Wissenschaftstheorie festgemacht werden können und welche vermeintlichen Fixpunkte verworfen werden, bleibt dabei noch zu klären. Hier werden einige Punkte an Tiefe und Schärfe gewinnen, wenn innerhalb des Kapitels *3.2.3* Feyerabends Wissenschaftsphilosophie eingehendere Betrachtung findet. Darüber hinaus wird die von Feyerabend erhobene Kritik – vorangegangen von Gugerli et al. etwas verkürzt als *Ideologiekritik* bezeichnet – expliziert und durch die Überlegungen einiger anderer Wissenschaftsphilosoph:innen und insbesondere durch die Überlegungen von Helmut Spinner in Kapitel *3.3* konkretisiert und erweitert. So wird dann ein philosophisch fundiertes Verständnis davon vorliegen, was wissenschaftlichen Erkenntnisfortschritt ausmacht und bestimmt.

Die bis hierhin zur Beachtung vorgelegten Meilensteine einer Wissenschaftstheorie sind daher keine in sich geschlossene Ouvertüre und der Fünfschritt ist auch nicht als hermetisch abgeriegelte Deklaration zu verstehen. Es ist vielmehr ein Nachzeichnen der Entwicklung verschiedener Standpunkte, die sich bei Feyerabend/Spinner auf eine Art verdichten, mit der sich der Autor dieser Arbeit gemeinzumachen gedenkt. Bevor jedoch bei der *Situation nach Feyerabend* und *mit Spinner* angesetzt werden kann, wird eine Einlassung mit Vokabeln und Konzepten geübt, die im Umgang mit Feyerabends Philosophie aber auch vor der Lektüre Spinners Schriften elementar erscheinen. Dazu gehören insbesondere die *Utopie* (Kapitel *3.2.1*) und der *Anarchismus* (Kapitel *3.2.2*) im Kontext der Wissenschaftstheorie, sowie letztendlich der *Pluralismus* (Kapitel *3.3.1* und *3.3.2*).

3.2 Über Utopien und den Anarchismus in der Wissenschaftstheorie

In dieser Untersuchung werden immer wieder große Begriffe bemüht und Narrative hochgehalten, die – vielleicht zu Recht, vielleicht zu Unrecht – teils utopisch anmuten. Doch sind utopisch anmutende Gedanken automatisch dazu verdammt, als Gesamtkonstrukt dauerhaft in Utopia zu verweilen? Sind Utopien/ utopische Gedanken für die Realität und deren Gestaltung gänzlich unwissenschaftliche Mittler, gar sinnlos für den seriösen Forschungsansatz? Insbesondere die Universität lebt vom Utopischen. Und tatsächlich lässt sich am Begriff der Utopie gut verdeutlichen, warum es zur Kritik oftmals idealer Vorstellungen bedarf.

Worin die Stärke von Utopien im Allgemeinen liegt und weshalb sie oftmals in einer ungeahnten Deutlichkeit die Probleme ihrer Zeit aufdekken, erarbeitete der Sozialwissenschaftler Rolf Schwendter zu Beginn der 1990er-Jahre so bestechend, dass er bis heute den Maßstab vieler geistes- und gesellschaftswissenschaftlicher Werke zum Utopischen prägt (vgl. u. a. Holzer 2021: 48 ff.; Maahs 2019: 42/112; Goblirsch 2017: 174). Schwendters Überlegungen werden daher auch in dieser Untersuchung den Kern der Ausführungen in Kapitel *3.2.1* darstellen.

Im Kapitel *3.2.2.* wird der Begriff der Anarchie im Fokus der Betrachtung stehen, insbesondere mit Anspruch auf eine konkretisierte Anwendung im wissenschaftstheoretischen Kontext. Diese Auseinandersetzung wird – nach einer kurzgehaltenen allgemeinen Hinführung zum Anarchiebegriff – im Wesentlichen den wissenschaftstheoretischen Diskurs in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts nachzeichnen, um daran anknüpfend die anarchistischen Überlegungen Paul Feyerabends darin einzuordnen.

Nach dieser historischen wie begriffserläuternden Hinführung wird die Wissenschaftsphilosophie Feyerabends in Kapitel *3.2.3* explizit ausgeführt und auf das Label des Anarchismus hin beleuchtet. Hier wird der Anarchismus Feyerabends auch eine erste konkrete theoretische Konfrontation mit dem Pluralismus erfahren und damit für die Transferüberlegungen hin zum *Fallibilistischen Pluralismus* von Helmut Spinner eine erste Vorlage liefern.

3.2.1 Wozu es Utopien braucht

Rolf Schwendter hat in seinen *Überlegungen zu einem zeitlosen Begriff* zu Beginn historisch herleitend ein paar grundlegende Merkmale der Utopie herausgearbeitet, u. a. dass Utopien insbesondere dann en vogue sind, wenn die Realitäten des utopischen Gegenparts im Argen liegen. Die Utopie wird bei Schwendter daher zu einer ideellen Prüfform des Realen, wodurch ihr durchaus etwas erkenntnis-methodisches zuteilwird. Als Prüfform des Realen tritt die Utopie oft als Seismograph kapitalistischer Beben auf, was Schwendter von Thomas Morus und dessen Ur-Utopie *Utopia* bis zu Ernst Blochs Betrachtungen zum Utopie-Begriff nachzeichnet. Diese Feststellung, so Schwendter, lässt ein weiter zurückreichendes Feststellen von Utopien zu, so greift er hier bis rund 4 Jahrhunderte vor Chr. zurück, wenn er resümiert, wie »[s]ympathisch alltagsorientiert […] die Utopie in Laotses »Tao Te King«« (Schwendter 1994: 7) doch sei.

Bis zu einem Bruchmoment durch die Weltkriege und ein verstärktes Aufkommen der Dystopien hält Schwendter folgendes utopisches Charakteristikum fest: »Als allgemeiner Grundsatz kann dabei festgehalten werden, daß, je mehr die Produktion von Utopien sich häuft, desto stärker wird die ökonomische Strukturkrise fühlbar« (Schwendter 1994: 11). Mit knappen

Worten zusammengefasst: Die Utopie war bis in das 20. Jahrhundert hinein federführend von Besser-Vorstellungen geprägt, die sich an Widrigkeiten der Realität orientierten und zumeist kapitalistischen Problemlagen nachspürten.[35]

Während Schwendter die Zeit der Weltkriege als intellektuelle Zeit der Dystopien sieht – man denke nur an Huxleys *Schöne neue Welt* von 1932 – zeigt sich nach dem Zweiten Weltkrieg ein Kipppunkt, der die Utopie als Besser-Vorstellung des Realen mit realen Möglichkeiten transferiert in Überwindungsphantasmen oder *Dysutopien*. Die Wahrnehmung zur Zeit des Kalten Krieges scheint geprägt von je einem großen Problembanner:

> »Sind es im Osten nur noch »Engpässe«, die die »entwickelte sozialistische Gesellschaft« vorerst verhindern, so muss im Westen nur noch ein »Kampf gegen die Armut« gewonnen werden. Zum einen ergibt sich daraus die Ansicht, daß die Utopie […] am Ende sei und in Science Fiction sich auflösen werde […]. Zum anderen gibt es jede Menge utopischer Konstruktionen, die – wir befinden uns am Anfang des Elektronikzeitalters – eine Zukunftsgesellschaft nach den Grundsätzen des »mehr vom selben, schneller, höher, technologischer« vorsehen.« (Schwendter 1994: 13/14)

Die utopischen Techniken, insbesondere die *Science Fiction* als utopische Einlassung, bleiben bis in die Gegenwart erhalten, lediglich das Problembanner entspannt sich hier mehr und mehr. Zur ökonomischen Kritik gesellt sich allem voran die ökologische Kritik, aber auch Gerechtigkeits- und Gleichberechtigungsanliegen halten immer weiter Einzug. Weitere Vorhersagen zur thematischen Ausstaffierung künftiger Utopien wagt Schwendter nicht. Stattdessen verweist er auf Subkulturen als verstärkt auftretende Konstrukteur:innen kleinlich zugeschnittener Utopien und verallgemeinert:

---

35 Prominent anzuführen sind hier sicherlich voran die Utopien sozialistischer Prägung zum 6-, 4- oder 3- Stundentag in der Tradition von Morus. Hier wäre zum Beispiel *Freiland. Ein sociales Zukunftsbild* von Theodor Hertzka anzuführen, aber auch Schriften von Pjotr Alexejewitsch Kropotkin oder August Bebel. Zur detaillierteren Auseinandersetzung mit der Arbeitszeit als utopisches Kernelement lädt u. a. die Lektüre von Gerd Habermanns Aufsatz *Müssen Utopien sozialistisch sein?* (vgl. Habermann 2004) ein.

> »Freilich – unterstellt, ökologische Globalkrise und unkontrollierbare Bioethik ermöglichten der Menschheit überhaupt ein Überleben, das den Namen verdient – würden jene zu früh frohlocken, die dann, wieder einmal, das endgültige »Ende der Utopie« gekommen sähen. Überraschungsfrei wäre vorherzusagen, daß die utopische Dimension spätestens dann wieder verstärkt da wäre, wenn die nächste Strukturkrise eintritt.« (Schwendter 1994: 17)

Aus diesem historischen Streifzug Schwendters lässt sich bereits einiges an Strukturmerkmalen der Utopie festmachen – u. a. die Kategorisierung der Utopie als Prüfform des Realen, deren Ausgestaltung gegenwartsbezogen oder fiktiv in Erscheinung treten kann. Die Utopie, so könnte man wohl wagen zu sagen, ist mit Schwendter betrachtet eine Form der gegenwartsbewussten analytischen Kritik mit phantastischer Attitüde. Die Phantasie erhebt diese Kritikform dabei in die Position, über das Problembezogene hinauszuweisen und damit Zukunftsentwürfe zu gestalten. Vereinfacht gesprochen: Utopien bringen die Phantasie mit Vorstellungen des Realcharakters zusammen. Was lässt sich darüber hinaus am Konstrukt der Utopie festmachen? Was kann analytisch separiert und seziert werden, was die Erkenntnisse über die Funktionslogik der Utopie über den bisherigen Historismus hinaus erweitert?

Utopien begleiten uns nicht nur in Büchern, Filmen o. ä., sie sind vielmehr durch die bereits beschriebene phantastische Rückkopplung omnipräsent. Ernst Bloch hat dies in seinen Werken zur Utopie hervorgehoben, wenn er grundlegend festhält, dass wenn »der Mensch im Argen liegt, sind privates wie öffentliches Dasein von Tagträumen durchzogen; von Träumen eines besseren Lebens als des ihm bisher gewordenen« (zitiert nach Schütz 2017: 37). Damit wird der Tagtraum vom Lottogewinn, von der Südseereise oder der nächsten Liaison als allgegenwärtige Utopieform durch Blochs Arbeiten etabliert, und »sogar die aggressiven Tagträume vom Typus ›Tod der Schwiegermutter‹« (Schwendter 1994: 19) müssen hier als utopische Denkform, als Wunsch in Wartestellung angesehen werden. Zur Kritikebene der gegenwärtigen Prüfform gesellt sich nun also noch ein Moment des noch nicht eingelösten Lebenszusammenhangs hinzu, ein individuel-

ler Erwartungshorizont. Dieser Noch-Nicht-Moment deutet die nächste Analyseebene in Schwendters Abhandlung bereits an, er zeugt von einer Raum-Zeit-Verortung und markiert die Feststellung, dass Utopien zeitliche wie räumliche Komponenten mit sich bringen. Eine Feststellung, die dem Namen nach wenig überrascht, wird doch hier dem Ur-Vater der Utopie Thomas Morus gerne sprachwissenschaftliches wie philosophisches Kalkül unterstellt:

> »Hierfür spricht auch die Begriffsdoppeldeutigkeit (ein wiederkehrendes Element bei Morus) des Wortes Utopia: Die gegenüber dem Griechischen uneindeutige Sprechweise des ersten Phonems im Englischen läßt einerseits die Deutung als ›Ou-Topos‹, also ›Nirgendwo‹, als auch des ›Eu-Topos‹, also des ›guten Ortes‹, zu.« (Schmidt 2010: 109)

Der Utopiebegriff kann also sowohl als Sammelbezeichnung Anwendung finden, unter den auch Dystopien, Retrotopien u. v. m. fallen oder als eine gleichrangige, positive Form neben diesen anderen Ausformungen. Die Analyse der Utopie ist zudem zeitgebunden, die Lösung des problematisierten Gegenstands oft an einen besseren Ort zu späterer/anderer Zeit gebunden. Eine abgeschottete Insel wie im Falle *Utopia* aber auch *Auenland*, *Niemandsland* oder *fremde Galaxien* können das Räumliche der Utopie rahmen. Die Denkfigur ist in Bewegung, an einem anderen Ort oder aber wenigstens zu einem anderen Zeitpunkt löst sich die Phantasie auf und realisiert sich. Der Weg dahin ist elementar, er zeigt das zeitliche und prozessuale Moment an. Dabei kann am Ziel auch ein verdecktes Ideal stehen oder gar ein verkehrtes Ideal, dann spricht man von einer Dystopie – wie beispielsweise bei George Orwells *1984*.

Diese klare Systematik bildlicher Hypothesenprägung hat auch einen wissenschaftlichen Anspruch, spätestens seit sich »im Laufe des 19. und 20. Jahrhunderts die Zukunftsforschung entwickelte […] und sich als widersprüchliche Einheit von Prognosen, Planung und Utopie« (Schwendter 1994: 20) zunehmend entfaltete. Mit Blick auf die Zukunftsforschung fasst Schwendter zusammen: »Eine Utopie, die prognostische Erkenntnisse miteinbezieht, wird häufig ein »Scenario« genannt. Utopien, die mit planerisch-

strategischem Handeln vermittelt werden sollen, gelten oft als »Entwürfe« (ebd.). Damit ist, wie sich noch zeigen wird, ein alle Disziplingrenzen übergreifender Anspruch geprägt, der methodisch auftreten kann.

Während Hirnforscher:innen das Gehirn erforschen, Polarforscher:innen die Polargebiete der Arktis und Antarktis, Linguist:innen die Sprache usw., erforschen Zukunftsforscher:innen die Zukunft. Diese Feststellung erscheint einerseits von plakativer Schlichtheit und leicht humorig, doch ist sie dahingehend interessant, dass die Forschung sich das prognostizierende Moment unausweichlich einverleibt, was von der Wissenschaft allzu oft wie selbstverständlich verlangt wird: Es geht um nichts weniger als um die Antworten auf zukünftige Fragen, um das Abwägen optionaler Zukünfte. Doch kann das wissenschaftlich sein? Kann etwas noch (oder gar nie) Nicht-Existentes erforscht werden?[36] Wenn ja, nach welchem Schema? Die Falsifikation der Aussage *Alle Schwäne sind weiß* dürfte im Gegenwartsansinnen unmöglich sein, wenn es noch keine Schwäne gibt und doch geben wird.

Tatsächlich setzt sich die heutige Zukunftsforschung mit ihrem epistemologischen Grundgerüst und dessen Besonderheit durchaus kritisch auseinander, wie der folgende Textauszug aus einem Aufsatz des Physikers Armin Grunwald zeigt, der als Professor für Technikphilosophie am Institut für Philosophie des *Karlsruher Instituts für Technologie* (KIT) sowie als Leiter des Büros für Technikfolgen-Abschätzung des Bundestages eben jene Selbstreflexion verantwortet:

> »Die Karriere des Begriffs der Zukunftsforschung beginnt in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, inmitten der Zeit des Planungsoptimismus. Die Zukunft galt als mehr oder weniger berechenbar durch Extrapolation erforschter Entwicklungen, durch Anwendung gesellschaftlicher Verlaufsgesetze oder durch komplexe Modellierungen, die durch die Fortschritte in der Computertechnik möglich wurden. […] Aufgrund vieler prognostischer Misserfolge, aber auch durch die Ergebnisse der theoretischen Reflexion der Erkenntnismöglichkeiten und

36 Diese Frage unterstellt etwas physisch Präsentes, denn natürlich ist es existent in dem Sinne, dass auch in dieser Arbeit ein solcher utopischer Moment als sprachliches Phänomen und verbalisierte Idee auftritt.

> -grenzen von Vorhersagen (z. B. Grunwald/Langenbach 1999), ist die Möglichkeit von Zukunftsforschung fraglich geworden. Weitgehend durchgesetzt hat sich demgegenüber die Annahme einer offenen Zukunft […], verbunden mit einer Betonung der hohen Unsicherheiten in jeglichem Reden über Zukunft – derart hohen Unsicherheiten, dass entsprechende Aussagen über die Zukunft sich mit wissenschaftlichen Ansprüchen nicht so ohne weiteres verbinden lassen. Die Annahme einer offenen Zukunft kollidiert mit üblichen Annahmen oder Idealen hinsichtlich einer wissenschaftlichen Erforschbarkeit. Gegenwärtig hat sich Zukunftsforschung von dem prognostischen Umgang mit der Zukunft hin zu einem szenarienhaften Umgang entwickelt und sich dadurch den anderen, gestaltungsorientierteren Formen angenähert.« (Grunwald 2009: 25/26)

Diese Zeilen Grunwalds erheben die Ausführungen zur Utopie von Schwendter in den Stand der Methoden der Zukunftsforschung. Zwar wird der Begriff des Szenarios zwischen den beiden verkehrt, doch zielen beide auf dasselbe ab: Der Blick in die Zukunft entfaltet sich entweder a) prognostisch und dabei von einer linearen Entwicklung ausgehend, oder aber b) entwerfend in dem Sinne, dass Handlungen (voraus)gesetzt werden und anhand der zu erwartenden Wirkungen dieser Handlungen ein Erwartungszustand festgemacht wird. Zur Utopie fehlt nun nur noch der Wunsch. Zukunftsvorstellungen sind Gegenstand der Zukunftsforschung, diese können utopisch sein, aber nicht alle Utopien sind Zukunftsvorstellungen – beispielsweise Retrotopien.

Die Zukunftsvorstellungen der Zukunftsforschung sind zudem prognostisch aufgestellte Risikofolgenabschätzung und Wahrscheinlichkeitsauskünfte, die im Zeitstrahl vom Ist-Zustand die etwaigen möglichen Zukünfte ausloten. Damit prognostiziert sie in zwar pluraler doch auch direkter Abfolge, während Utopien eher ferne, idealistische Zustände schildern, die Anlässe für ein Handeln im Hier und Jetzt bieten. Die Zukunftsforschung tritt damit quasi-utopisch auf, da sie um ein Aufzeigen von Handlungskausalitäten bemüht ist (wenn wir weiterhin *X* Tonnen CO_2 ausstoßen, dann ist mit einer Erderwärmung von *X* Grad zu rechnen, wodurch folgende Katastrophenszenarien mit einer Wahrscheinlichkeit von *X* häufiger in Er-

scheinung treten), während Utopien anhand von Idealen Handlungsmuster aufstellen, von denen ausgehend Zukünfte prognostiziert werden (wenn wir als Menschheit den Kapitalismus überwinden und uns und unsere Arbeit lediglich dem Allgemeinwohl unter dem Primat einer Gleichheit aller verpflichtet sehen, dann wird es keinen Grund mehr für Kriege geben, kein Mensch muss mehr Hunger leiden, die Arbeitszeit ist auf 5 Tage reduzierbar usw.). Kurzum: Der Unterschied liegt in der Intention, was in dieser Analyse zuvor als *Wunsch* ausgemacht wurde.

Die Zukunftsforschung unterscheidet sich dahingehend von der Utopie, dass sie nicht idealistisch motiviert eine bevorzugte Handlungsstrategie aufzeigt, um einen bestimmten Zustand zu erreichen, stattdessen prognostiziert sie verschiedene Zukünfte, von denen Teile sicherlich auch utopisch anmuten können, es aber eben auch denkbar ist, dass die *reale Zukunft* schlicht verfehlt wird. Ist letzteres der Fall, kann im Zuge der Zukunftsforschung über eventuelle Einflüsse auf den Zeitverlauf durch die Prognosen spekuliert werden, die Wahrscheinlichkeit, dass aber weder handlungslenkend, handlungsinitiierend noch treffend prognostizierend gearbeitet wurde, ist gegeben. Hier liegt die Utopie – mit Blick auf die reale Einflussnahme aus der Gegenwart heraus in eine Zukunft hinein – sozusagen im Vorteil. Sie ist grundlegend motivierender Natur – und das in allen Facetten – womit sie handlungsbeeinflussend in Erscheinung tritt. Dass dies nur ein vermeintlicher Vorteil ist, zeigen verfehlte Realutopien und die Diskussion darum, wie man diese in der Umsetzung verfolgen sollte. Utopien sind in diesem Sinne durchaus mit Vorsicht zu genießen – könnte ein Schluss lauten.

Doch woher stammt die häufig negative Konnotation des Utopischen? Was kann gegen die Utopie vorgebracht werden? Wie können mögliche Einwände lauten, die gegen einen wissenschaftlichen Duktus der Utopie sprechen? Tatsächlich gibt es einige große Denker:innen, die sich der Utopie gegenüber kritisch zeigten. Schwendter führt als Gegner der Utopie u. a. Karl Popper, Ralf Dahrendorf und Marcel Reich-Ranicki an, ohne hier weitere Belegführung vorzuweisen (vgl. Schwendter 1994: 23). Von diesen dreien soll im Fortlauf mit Popper der Philosoph und Wissenschaftstheoretiker in seinen Ausführungen dem Soziologen Dahrendorf und dem Literaturkritiker Reich-Ranicki vorgezogen und um Hans Albert ergänzt werden. Albert

wird dabei hinzugezogen, weil er die Utopie-Kritik an vielerlei inhaltlichen Punkten, sozusagen im Doppel mit Popper, entfaltete und durch verschiedene Artikel hindurch besprach. Beide Philosophen bekommen auch deshalb mehr Zuwendung, da der Utopie-Begriff im Zuge dieser Arbeit ja gerade wissenschaftstheoretisch gestärkt werden soll, weshalb eine Verteidigung gegen zwei derart exponierte Schwergewichte dieser Disziplin, wie sie Popper und Albert wohl zweifelsfrei darstellen, geradezu zwingend erscheint.

Die Kritik an der Utopie durch die Philosophen Popper und Albert fußte insbesondere auf deren politischen Traditionen im Zeichen der Demokratie und des Kritischen Rationalismus, was bedeutet, dass sie sich die Utopie explizit als politische Denkfigur angeschaut haben und dabei nicht deren Funktionslogik als Denkfigur per se betrachteten. So erklärt sich auch Poppers grundlegende Schelte der Utopie, wenn er schreibt: »Der Versuch, den Himmel auf Erden einzurichten, erzeugt stets die Hölle« (Popper 1992: 277). Das schreibt Popper in seinem Hauptwerk der politischen Philosophie, in *Die offene Gesellschaft und ihre Feinde (The Open Society and Its Enemies)*, nachdem er dort das Gedankengut des Faschismus und des Stalinismus ideengeschichtlich seziert hat und dabei diese totalitären Ideen in einer Ahnengalerie großer philosophischer Lehren, von Hegel bis Platon rückreichend, einordnete.

Detaillierter setzt sich Popper mit der politischen Utopie in seinem Aufsatz *Über Utopie und Gewalt* auseinander und ergreift dort auch bereits die utopiekritische Argumentation, die sich ebenfalls bei Albert finden lässt. Es ist eine Kritik des Kritischen Rationalismus und dessen politischer Philosophie, die die Vernunft als oberste gesellschaftspolitische Prämisse setzt und ihr damit auch den Rang des Friedensstifters einräumt. Wer vernünftig ist, erkennt im Krieg die Unvernunft. Wer vernünftig ist, weiß um die potenzierende Reaktion von Gewalt und wird deshalb nie utopischen Ideen folgen, welche immer radikale Veränderungen gegen einen großen Teil der Gesellschaft durchsetzen müssen. Der Kritische Rationalist weiß um die Menschlichkeit des Irrtums, auf der ein evolutionärer gesellschaftspolitischer Entwicklungsbegriff ruht. Schritt für Schritt strebt die offene Gesellschaft hier die Besserungen an, in dem sie aus ihren Fehlern lernt (vgl. Popper 1975: 303 ff.). Politik kann im utopistischen Sinne nicht rational sein, da eine

Handlung erst dann rational ist, »wenn sie von allen verfügbaren Mitteln den besten Gebrauch macht, um ein bestimmtes Ziel zu erreichen« (Popper 1975: 307).

Während nun also eine falsche Rationalität vorgibt, man müsse zuallererst bestimmen, was die politischen Ziele sein sollten, geht es der wahre Rationalismus evolutionär an. Der falsche Rationalismus bestimmt Etappenziele also anhand der ultimativen Zielsetzung, der wahre Rationalismus anhand der tatsächlichen Fort- und Rückschritte, der tatsächlichen Erfolge und Fehler. Der falsche Rationalismus bindet seine Etappenziele ausschließlich an die Erreichung der vorab bestimmten schlussendlichen Zielsetzung, wodurch die Einhaltung der Etappenziele kein Produkt der unmittelbaren Vernunft darstellt. Der richtige – also der Kritische Rationalismus – bedient sich der Argumentation, die auf vernunftbasierter Überzeugung aufbaut. Jede Politik ist von der Überzeugung der Vernunft getragen. Der falsche Rationalismus sieht die Etappenziele einer politischen Agenda als notwendig für ein übergeordnetes Ziel an, dessen Notwendigkeit die Propaganda vermittelt. An die Stelle der Überzeugung tritt so bei Popper die Überredung: »Diese Auffassung ist es, die ich Utopismus nenne« (Popper 1975: 308).

Doch weiß auch Popper um die Notwendigkeit einer übergeordneten Zielsetzung für die politische Gestaltung und schlägt hierfür folgendes vor: »Arbeite lieber für die Beseitigung von konkreten Mißständen als für die Verwirklichung abstrakter Ideale« (Popper 1975: 311). Damit, so Poppers Hoffnung, umgeht man die Propaganda als Vehikel der utopischen Kommunikation, bei gleichbleibender gestalterischer Spannbreite. Mit diesem Ausbesserungsverfahren entwickelt Popper einen gestalterischen Vorschlag, der im Trial-and-Error-Prinzip totalitären Tendenzen vorbeugen soll und sieht so gesichert, dass »keine Generation […] zugunsten zukünftiger Generationen geopfert wird, zugunsten eines Ideals, das vielleicht nie erreicht wird« (ebd.). Damit schließt Popper auch an eben jene Szenerie an, die in dieser Analyse bereits als Differenz zwischen der Zukunftsforschung als quasi-utopische Unternehmung und der Utopie ausgemacht wurde – mit einem Votum für den prognostischen Ansatz der Zukunftsforschung zur bedachten Entscheidungsfindung.

Albert teilt Poppers Kritik des Totalitären der Utopie, betrachtet jedoch die Denkfigur dahinter etwas eingehender. So macht Albert insbesondere auf die analytisch erhellende Wirkung – vor allem politischer Ideologien – aufmerksam und verweist auf die besondere Bedeutung der Utopie als Kritikform. Hierbei knüpft Albert nun einige Querverbindungen zu den wissenschaftstheoretischen Überlegungen Feyerabends und Spinners[37] (vgl. Albert 1991), die im Fortlauf dieser Untersuchung noch detailliertere Beachtung finden werden. Albert bettet die Utopie im wissenschaftlichen Kontext als »Bestandteil der Methodologie der kritischen Prüfung« (Albert 1991: 59) im Sinne des theoretischen Pluralismus. Konkret bedeutet dies, dass er die Utopie als kritische Metaphysik der Wissenschaftstheorie betrachtet:

> »Wenn man davon ausgehen kann, daß Theorien den Spielraum des möglichen Geschehens abzugrenzen suchen, so darf man die Konsequenz ziehen, daß eine Neuabgrenzung dieses Spielraums durch Änderung der theoretischen Auffassung jeweils in einem bestimmten Maße unmöglich Erscheinendes als möglich und bisher möglich Erscheinendes als unmöglich postuliert. In diesem Sinne kann also eine metaphysische Konzeption Unmögliches behaupten, daß heißt: Möglichkeiten entwerfen. […] Man kann der kritischen Metaphysik für das wissenschaftliche Denken hier etwa dieselbe Funktion zuweisen wie der Utopie für das politische Denken. […] Vom kritizistischen Gesichtspunkt her kann es also nicht darum gehen, das utopisch radikale Denken zu diffamieren, weil es sich kritisch gegen das Bestehende wendet. […] Der wesentliche Einwand gegen diese Denkweise ist der, daß sie unkritisch ist gegenüber dem Realisierbarkeitsproblem, weil sie von der impliziten Voraussetzung ausgeht, daß alle guten Dinge miteinander vereinbar und damit auch zusammen realisierbar sein müssen.« (Albert 1991: 60/61/212)

37 Auf Feyerabend verweist Albert hier konkret als Ideengeber, dem er den Hinweis auf die epistemologische Tragweite metaphysischer/utopischer Theorienbildung verdankt (vgl. Albert 1991: 61), während Spinner unter Verweis auf dessen Werk *Pluralismus als Erkenntnismodell* (Spinner 1974) als Albert widersprechende Referenz für den Pluralismus als Konzept im Spannungsfeld des Individualismus und der Freiheit angeführt wird (vgl. Albert 1991: 251).

Alberts Ausführungen zur Kritik Poppers am Utopie-Begriff decken sich insofern, als dass er die Bedenken gegenüber totalitären Auswüchsen aus Utopien heraus teilt. Jedoch betrachtet Albert – auf Hinweis von Feyerabend und Spinner – die erkenntnistheoretische Dimension utopischer Gedankenkonstrukte und anerkennt deren potenziellen Mehrwert, wenngleich er den *Utopiebegriff* dem politischen und den Begriff der *kritischen Metaphysik* dem erkenntnistheoretischen Bereich vorbehalten möchte. Die zentrale Kritik, die Albert gegen Ende seines Traktats an der Utopie nochmals klar verbalisiert, fußt auf der Beobachtung, dass die Utopie als Kritikform in ihrem Entwurf das Reale im Sinne des tatsächlich Realisierbaren oftmals vernachlässigt. Er hält der Utopie damit vor, dass das Verknüpfen mehrerer Ideale ideell stimmig wirken mag, die Praktikabilität der zusammengeführten Ideen im Konvolut deshalb jedoch nicht automatisch auch ideal sein muss.

3.2.2 Eine kleine Geschichte des Anarchismus – in der Wissenschaftstheorie

Mit dem Anarchismus verhält es sich ähnlich wie mit der Utopie – ganz allgemein und umgangssprachlich werden hier zumeist Phantasmen verbucht und kategorische Dimensionen vermengt. So verkehrt sich oftmals unbeachtet das Utopische ins Dystopische, sowie die Anarchie in die Anomie. Ebenfalls ganz ähnlich den bereits ausgeführten Utopie-Reflexionen verhält es sich im Falle des Anarchismus mit Blick auf seine Transfermodalität in die Erkenntnistheorie, da auch hier eine politische Konnotation andere Interpretationen überlagert. Und so stellen sich die grundlegenden Fragen: Von was ist die Rede, wenn in dieser Arbeit von *Anarchie* oder *anarchistischen Ideen* geschrieben wird? Wie passen die *Wissenschaftstheorie* und der *Anarchismus* zusammen? Um diesen Fragen nachzugehen, soll im Folgenden ein Überblick über den Anarchismus als (politische) Idee im Gesamten verschafft und zudem aufgezeigt werden, weshalb die Betrachtung des Anarchismus innerhalb der Wissenschaft im Speziellen eher selten Anklang findet und trotzdem für Furore sorgen konnte, als Feyerabend sie in Stellung brachte.

Wenn man einer anarchistischen Idee oder Ideologie historisch nachspüren möchte, stellt man schnell fest, dass ein solches Projekt zuallererst den Anspruch vermeintlicher Eindeutigkeit abschenken muss. Dies funktioniert rein handwerklich überhaupt nur dann, wenn als Ziel die Skizze einer Art Metastruktur anarchistischer Theorie veranschlagt wird. Dieser Diffusität ist es wohl auch geschuldet, dass der Anarchismus in den wissenschaftlichen Betrachtungen recht stiefmütterlich behandelt wird. Den Anarchismus als fest greifbare und klar definierbare politische und/oder philosophische Idee gibt es nicht, weshalb die Ouvertüren wissenschaftlicher Betrachtungen auch stets gleich getaktet um Relativierung der Erwartungen werben. April Carter stellt hierzu zu Beginn ihrer Einführung zu einer anarchistischen Theorie fest: »The cluster of ideas, attitudes and beliefs which can be defined by the term ›anarchism‹ have not received much attention from […] theorists« (Carter 1971: 1).

Diese Feststellung führt Carter dabei auf grundlegende Probleme zurück, die in der Uneinheitlichkeit theoretischer Grundlagen, in der schweren inhaltlichen Verknüpfung mit großen Sozialtheoretiker:innen und politischen Denker:innen sowie im Fehlen von Praxisbeispielen für einen real existenten Anarchismus begründet sind. Sie folgert daraus, dass das Er- und Begreifen des Anarchismus bestenfalls dann gelingt, wenn man ihn a) in Abgrenzung zu anderen theoretischen Feldern betrachtet und b) die sozialen Verhältnisse auszumachen versucht, unter denen anarchistische Ansätze überhaupt greifen können (Carter 1971: 11 ff.). Durch die Konfrontation der anarchistischen Idee mit dem Pluralismus im Zeichen Helmut Spinners folgt die Kritik des historischen Verfahrens eben jener Prämisse a) von Carter. Durch den Transfer der anarchistischen sowie der pluralistischen Idee in die Wissenschaftstheorie durch Feyerabend und Spinner und einer Beachtung der Reaktionen seitens der *scientific community* kann auch der b)-Prämisse von Carter – wenigstens in Ansätzen – genüge getan werden.

Der Begriff des Anarchismus entstammt dem Griechischen *ἀναρχία* (anarchia) und bedeutete bei Homer und Herodot *ohne Anführer* bzw. *ohne Heerführer* und bei Euripides *führerlose Seeleute*. Seine Bedeutung wurde im Laufe der Zeit politischer und wandelte sich von der Anführer:innenlosigkeit zur immanenten Ablehnung staatlich herrschaftlicher Organisationen (Di-

erse 1971: 294). Diese immanente Ablehnung und die bereits anhand Carter ausgeführte Problematik einer schwer bis unmöglich konsequent nachskizzierbaren Ideengeschichte des Anarchismus, sorgt oft für eher dunkle und negativ behaftete Umschreibungen der anarchistischen Idee, wie Peter Lösche herausgearbeitet hat: »In der Öffentlichkeit und auch unter Sozialwissenschaftlern herrscht häufig der Irrtum, Anarchismus sei identisch mit Bombenwerfern, putschistischem Terror, bewußter Herbeiführung des allgemeinen Chaos um der Zerstörung, der sinnlosen Destruktion willen« (Lösche 1974: 53).

Die historisch klarste Erfassung einer anarchistischen Idee beginnt im 19. Jahrhundert und speist sich aus den Ideen der Aufklärung. Wie die Marxist:innen, sehen sich auch die Anarchist:innen mit katastrophalen Gesellschaftszuständen im Zeichen der Industrialisierung konfrontiert und stellen die *soziale Frage*. Durch seine »Auseinandersetzung mit Anarchisten – mit Stirner, Proudhon, später mit Bakunin« (Lösche 1974: 54) schärft Karl Marx seine eigene Position. In ihren grundlegenden Annahmen zur idealen gesellschaftlichen Verfassung gleichen sich Kommunist:innen, Marxist:innen und Anarchist:innen stark. Der Anarchismus bemüht dabei in erste Linie das Hohelied Gesellschaftskonstitution, die durch »Abwesenheit von Herrschaft (nicht etwa ›Unordnung‹) – die Gewähr für die ungehemmt freie Entwicklung jedes einzelnen Menschen bietet« (Harich 1971: 5), was zur Folge hat, dass die »autoritären Sozialisten zumindest die marxistischen Klassiker gleichfalls Anarchisten genannt werden« (ebd.) können.

Ob nun also anarchistische Autor:innen wie William Godwin, Pierre-Joseph Proudhon, Michail Alexandrowitsch Bakunin und Pjotr Alexejewitsch Kropotkin oder marxistische Autor:innen wie Karl Marx, Friedrich Engels und Wladimir Iljitsch Lenin – sie alle teilen eine klare Ablehnung der Herrschaft von Menschen über Menschen, insbesondere unter Zuhilfenahme von Unterdrückungsmechanismen, Gewalt, Zwang und Bevormundung. Für all diese Theoretiker:innen gilt als ausgemacht, »daß von wirklicher individueller Freiheit keine Rede sein kann, solange auf Herrschaft und Unterordnung beruhende Instruktionen existieren« (Harich 1971: 5). Die verknappte Formel für Anarchismus wie auch Marxismus könnte man – in freier Anlehnung an den Philosophen Wolfgang Harich – als *Ordnung*

immer, Herrschaft nimmer umschreiben. Es geht also nicht um ein Herbeisehnen des Chaos, es ist auch keine grundlegende Verneinung der Politik – nur eben eine autoritäre Politik soll es nicht sein.

Der Unterschied zwischen Anarchismus und Marxismus wie Sozialismus liegt weniger in der Zielsetzung als vielmehr in der Annahme, wie das Ziel erreicht werden soll, verankert. So attestiert Harich den Anarchist:innen eine *permanente innere Unruhe* und ein damit verbundenes Streben, die eigenen Ziele ohne Rücksicht auf Verluste zu verfolgen, während Marxist:innen politischer in dem Sinne agieren, dass sie den jeweiligen Diskurs analysieren und die Zielsetzung darin integrativ durch strategische Zersetzung des Herrschaftssystems verfolgen. Die Anarchist:innen – so Harichs These – unterscheiden sich von Marxist:innen somit in erster Linie durch eine »revolutionäre Ungeduld« (Harich 1971: 13), die ad-hoc-Handlungen bevorzugt und die Diplomatie als systemanerkennenden Kompromiss zurückweist.[38]

Mit diesen Ausführungen soll nun der historischen Darlegung Genüge getan sein und die bis hierhin erfolgten Ausarbeitungen fungieren somit als Arbeitsdefinition für die folgende Untersuchung mit Blick auf die Frage, wie *Anarchie* oder *anarchistische Ideen* grundlegend gedacht werden. Und so schließt sich nun die zweite Frage an, wie denn diese Idee der hierarchielosen Ordnung und individuellen Freiheit vor dem Hintergrund einer revolutionären Ungeduld einen Übertrag in die Wissenschaftstheorie erfahren kann?

> »Revolution ist für den Anarchismus eine rein theoretische ex-post-Bezeichnung für einen quantitativ meßbaren Einbruch in das Herrschaftsgefüge des politischen Systems. Sie ist ein Kürzel für die Summe von Einzel-Revolten gegen die verschiedensten Auswirkungen von Herrschaft […] und kulminiert in der Zerstörung von Institutionen. Deren Allmacht und Wirkung wird bereits dadurch unterhöhlt, daß in von Institutionen strukturierten Situationen die Rollen nicht eingehalten werden. Die

38 Eine detaillierte Auseinandersetzung mit dem Anarchismus im Vergleich zum Marxismus, Sozialismus und Kommunismus anhand der Überlegungen von Wolfgang Harich und vor dem Hintergrund eines wissenschaftstheoretischen Übertrags im Zeichen Paul Feyerabends und Jean Baudrillards erfolgte bereits in *Philosophischer Anarchismus oder anarchistische Philosophie?* (Rettenmaier 2019).

> straffe Struktur in Hierarchien schlägt sich nieder in der Belohnung von Konformität. […] Jeder Erfolg gegenüber den Herrschaftsstrukturen ist für die Anarchisten ein Stück Revolution. […] Revolution ist Evolution.« (Rammstedt 2013: 23)

Zwar war ein Übertrag auf wissenschaftstheoretische Überlegungen nicht Ansinnen des Soziologen Otthein Rammstedt, doch pointiert er den erkenntnistheoretischen Reiz anarchistischer Ideen sehr gut, wenn er sloganhaft von *Revolution ist Evolution* schreibt. Hier drängt sich der Vergleich zu Thomas Kuhns Überlegungen des Paradigmenwechsel auf, zumindest dann, wenn man Rammstedt vor dem Hintergrund angestrebter wissenschaftstheoretischer Überträge liest. Die wissenschaftliche Revolution steht für die Evolution, das Verwerfen der einst gültigen Paradigmen führt zur epistemologischen Evolution – so könnte stark verkürzt eine Kuhn'sche Quintessenz lauten. Und auch die *Einzel-Revolten*, die Rammstedt in der anarchistischen Praxis ausmacht und in Summe als Revolution ansieht, lassen bei wissenschaftstheoretisch geneigten Leser:innen unter Umständen Gedanken an Debatten rund um die normalwissenschaftlichen Grabenkämpfe aufkommen. Vielleicht war es ein ganz ähnlicher Moment wie dieser, in dem sich Paul Feyerabend dazu entschloss, den Anarchismus in den wissenschaftstheoretischen Diskurs einzuführen.[39]

Wenn von wissenschaftstheoretischem Anarchismus die Rede ist, dann führt die Debatte stets auf Feyerabend zurück. Und auch wenn Feyerabend

39 Der historischen Abfolge nach wäre ein solcher Gedankengang als Auslösermoment sicherlich denkbar, erschien doch Ludwik Flecks *Entstehung und Entwicklung einer wissenschaftlichen Tatsache* erstmalig 1935, Thomas Kuhns *Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen* erstmalig 1962 und Paul Feyerabends *Wider den Methodenzwang* 1975. Zudem standen Feyerabend und Kuhn in regem Austausch, insbesondere während der Jahre 1958 bis 1964, in denen beide am *Philosophy Department* der *University of California* in Berkeley tätig waren. Insbesondere das Kapitel *Biographische Bemerkungen* des Aufsatzes *Paul Feyerabend und Thomas Kuhn* von Paul Hoyningen-Huene aus dem Jahr 2002 verleitet zu der Annahme, dass ein solcher oder ähnlich gelagerter Erkenntnisvorgang stattgefunden haben könnte, da Feyerabend seinen erkenntnistheoretischen Anarchismus bereits in Kenntnis Kuhns Gedanken und in Austausch mit diesem entwickelte (vgl. Hoyningen-Huene 2002).

selbst jede Zuweisung zu irgendeiner philosophischen Schule ebenso konsequent abwehrte wie die Unterstellung, eine eigene Denkschule begründet zu haben, so bleibt doch festzustellen, dass eben jenes Label der *anarchistischen Erkenntnistheorie* fest mit seiner Person verbunden ist (vgl. Oberschelp 2002: 226).

Doch was verstand Feyerabend nun unter einem erkenntnistheoretischen Anarchismus? Um dieser Frage richtig nachspüren zu können, muss man verstehen, wie sich der wissenschaftstheoretische Diskurs rund um Feyerabend zu jener Zeit gestaltete.

Die Verbindung zwischen Feyerabend und Kuhn wurde bereits angedeutet, beide arbeiteten von 1958 bis 1964 zusammen in Berkeley, Kuhn als Wissenschaftshistoriker und Soziologe, Feyerabend als Philosoph. Feyerabend war zu dieser Zeit bereits recht bekannt; war als *enfant terrible* der Philosophie, als *Showmaster* aufgrund seiner mitreißenden Vortragsart und als *reisender Philosophie-Professor* wegen seiner vielen Gast-Professuren berühmt geworden (vgl. Rettenmaier 2019: 22). Während Kuhn sich noch weitestgehend unbeachtet mit der Historisierung von Erkenntnis(Fortschritt) beschäftigte, trug Feyerabend über die Wissenschaft vor und bediente dabei in Vorträgen und Aufsätzen vor allem drei Themenfelder – die *Wissenschaftstheorie*, den *Wissenschaftsinstitutionalismus* und die *(Wissenschafts)Politik*.[40] Dieses thematische Trifolium zeigt auch die Philosophiegebiete an, die Feyerabend mit anarchistischen Ideen verknüpft hatte (vgl. Rettenmaier 2019: 93). Seiner forschen Auftrittsart und seiner engagierten und angriffslustigen Methode angepasst, galten seine Angriffe Kolleg:innen und institutionellen Politiken gleichermaßen. Doch worin lag der Reiz dieser polternden Analyse? In welchem Setting spielte Feyerabend das philosophische Rumpelstilzchen?

Unter Rückbezug auf das Kapitel *3.1* setzt der Diskurs um die wissenschaftliche Erkenntnismöglichkeit, in den Feyerabend verwickelt war, zu

40 Berichte wie dieser könnten nun einen Zweifel am erkenntnistheoretischen Fünfschritt aus Kapitel *3.1* aufkommen lassen, doch zeigen sie tatsächlich nur an, dass die Chronologie der Ideen nicht exakte Deckungsgleichheit mit der zeitlichen Abfolge der historischen Ereignisse aufweisen muss. Das bedeutet, dass in der zeitlichen Abfolge Rückschritte und Parallelentwicklungen ausmachbar sein können, die einem Schema der inhaltlichen Entwicklung nicht explizit ablesbar sind.

Beginn des 20. Jahrhunderts ein. Im Anschluss an die Arbeiten von Auguste Comte, Pierre Duhem und Ernst Mach tritt hier vor allem der Wiener Kreis tonangebend auf.[41]

Der Wiener Kreis und damit verbunden die Schule des *Logischen Empirismus* prägte insbesondere die Wissenschaftstheorie der 1920er- bis in die 1970er-Jahre hinein. Durch den Wiener Kreis wird eine sprachphilosophische Untersuchung der allgemeinen Wissenschaft durch die Wissenschaftstheorie als spezielle Wissenschaft etabliert, welche sich der Denkökonomie Machs sowie einer daran anknüpfenden, klar physikalisierten Wissenschafts-/Einheitssprache verpflichtet sieht (vgl. Oeser 2003: 96 ff.).

Die Einheitssprache wird 1931 erstmalig von Otto Neurath als solche bezeichnet. Bis dahin firmiert sie unter Bezeichnungen wie beispielsweise »neutrales Formelsystem« (Hahn, Neurath & Carnap 1929/2006: 11) innerhalb des Manifests des *Vereins Ernst Mach* oder bei Moritz Schlick als »physikalische Sprache« (Schlick 1926/2006: 170). Die Einheitssprache wird im Zuge wissenschaftlich-interdisziplinärer Verständigung nach Meinung der Denker:innen des Wiener Kreises als neutrales Formelsystem benötigt. Es gilt ein »Gesamtsystem der Begriffe« (Hahn, Neurath & Carnap 1929/2006: 11) zu finden, welches »Sauberkeit und Klarheit« (ebd.) gewährt. Dies meint nichts weiter, als dass die Sprache den Dingen klar zuweisbar sein muss, eben ganz im Sinne des positivistischen Verständnisses des Wiener Kreises.

41 Der Wiener Kreis war ein Zusammenschluss von Gleichgesinnten, welche einen interdisziplinären wissenschaftlichen Zugang auf der Sprachebene verfolgten. Die eigentliche Schaffensphase des Wiener Kreises als Institution war, bedenkt man die erlangte Bekanntheit seiner Schriften und Vertreter, bemerkenswert kurz. So verließ Rudolf Carnap bereits 1931 Wien und nahm eine außerordentliche Professur an der Universität in Prag an, während Herbert Feigl im selben Jahr dem Ruf der Universität in Iowa nachkam. Trotz gestiegener räumlicher Distanzen zwischen den Mitgliedern brach die Debatte nicht ab, sondern verlagerte sich ins Schriftliche hinein. Mit dem Attentat auf Moritz Schlick 1936 und dessen Tod, kam es dann allerdings recht schnell zu umgreifenden Auflösungserscheinungen. Da anfänglich unklar war, ob das Attentat auf Schlick politisch motiviert war oder nicht – im Nachhinein verständigte man sich auf einen psychopathischen Akt persönlicher Natur und ohne nationalsozialistische Motivation – machte sich unter den Philosoph:innen gestiegene Vorsicht breit und u. a. Carnap wie Tarski emigrierten bald darauf in die Vereinigten Staaten von Amerika (vgl. Oeser 2003: 92 ff.).

Der Sprache wird hier allem voran abverlangt, dass die logische Analyse im Sinne von Russell mit ihr operieren kann. Dies meint, dass jede Aussage auf einen empirischen Grund rückführbar sein muss. Auch Aussagen, welche von größerer Komplexität sind, müssen demnach durch »logische Analyse, genauer: durch Rückführung auf einfachste Aussagen über empirisch Gegebenes« (Hahn, Neurath & Carnap 1929/2006: 12), handhabbar sein.

Der Anspruch an die Einheitssprache lässt sich also wie folgt zusammenfassen: Die Aussagen müssen auf etwas abzielen und müssen verifizierbar sein. Diese Verifizierbarkeit basiert auf dem Verständnis einer kohärenzgeleiteten Wahrheit, der nach Aussagen dann wahr sind, wenn sie mit anderen Aussagen logisch verknüpft sind. Dies ermöglicht eine sprachliche Genauigkeit, die mithilfe bereits erwähnter Logik zerlegbar ist. Sie zielt demnach auf die neue Logik (auch Logistik genannt) ab, welche ein sprachanalytisches Instrument zur semantischen Klärung darstellt.

Was bedeutet das? *Auf dem Schreibtisch vor mir steht ein Laptop*; unter Zuhilfenahme der Logistik kann man diese Aussage – ganz im Sinne einer wissenschaftlichen Einheitssprache – wie folgt zergliedern: Auf dem Schreibtisch vor mir steht ein Ding, welches ein Laptop ist. Außer diesem Ding, welches ein Laptop ist, steht kein weiteres Ding mit gleichen oder ähnlichen Attributen eines Laptops. Diesen nun an- und ausgeführten Anforderungen an eine Einheitssprache liegt folgender Anspruch zugrunde: »Das die Menschen in der Sprache Verbindende sind die Strukturformeln; in ihnen stellt sich der Inhalt der gemeinsamen Erkenntnis der Menschen dar« (Hahn, Neurath & Carnap 1929/2006: 16). Damit ist gemeint, dass durch eine einheitliche, der Logistik zugängliche Ausdrucksform, der Inhalt individueller Erkenntnis am ehesten inhaltlich verlustfrei kommuniziert werden kann. Es ist nun also ein *Modus Operandi* für das wissenschaftliche Erklären sowie allumfassend für das wissenschaftliche Notat vereinbart.

Mit diesem Anspruch an eine Einheitssprache der Wissenschaft, geht auch ein Anspruch an die Wissenschaft und deren Verfasstheit im Angesicht der verschiedenen Disziplinen einher. Diesen Anspruch formulieren die Mitglieder des Wiener Kreises ebenfalls in ihrem Manifest, wenn sie über die eigene Zusammenkunft schreiben: »Und zwar kommen sie von verschiedenen Wissenschaftszweigen und ursprünglich von verschiedenen philoso-

phischen Einstellungen her. Im Laufe der Jahre aber trat eine zunehmende Einheitlichkeit zutage [...] »was sich überhaupt sagen läßt, läßt sich klar sagen«« (Hahn, Neurath & Carnap 1929/2006: 9). Die wissenschaftliche Weltauffassung der Wissenschaftler:innen des Wiener Kreises beruht also auf dieser physikalisch regulierten Verständigung über den wissenschaftlichen Gegenstand. Sie waren vereint in der Überzeugung, dass es möglich ist, eine Einheitlichkeit in der Benennung der Erkenntnisse zu erzielen, welche eine Transformation und Vergleichbarkeit zwischen den verschiedenen Wissenschaftsbereichen ermöglicht. Grundvoraussetzung für dieses Vorhaben ist »nicht nur eine metaphysikfreie, sondern antimetaphysische Einstellung« (Hahn, Neurath & Carnap 1929/2006: 10) und damit verbunden die konsequente Abkehr der wissenschaftlichen Formulierung von Metaphysik und Theologie.

Diese Philosophie des Wiener Kreises war es, die den wissenschaftstheoretischen Diskurs ihrer Zeit dominierte. Dieses Denken über Wissenschaft und Welt war es, was es weiterzuentwickeln, zu optimieren oder zu widerlegen galt für die jungen Wissenschaftler:innen des 20. Jahrhunderts. Für die Wissenschaftstheorie von herausragender Bedeutung waren zur frühen Mitte des 20. Jahrhunderts insbesondere die Arbeiten von Karl Popper. Popper wird bis heute oft zum Wiener Kreis und den logischen Positivist:innen hinzugezählt, dabei war er stark darum bemüht, sich vom Positivismus zu distanzieren und dies wohl auch nicht ganz zu Unrecht.[42] Die vielleicht

---

42 Hans-Joachim Dahms betrachtet das Verhältnis von Popper zum Positivismus recht intensiv und ausführlich, zeigt dabei konsistent argumentiert auf, dass Popper im Laufe der Zeit die anfängliche Verbundenheit zum Positivismus immer stärker relativierte und letztendlich gar negierte (vgl. Dahms 2016: 323 ff.). Dahms legt dar, dass beispielweise die Bezeichnung Poppers als *Referent des Positivismus* durch Ralf Dahrendorf im Zuge der Tübinger Arbeitstagung der *Deutschen Gesellschaft für Soziologie* im Oktober 1961 durchaus berechtigt, wenngleich von Popper unverstanden war (vgl. Dahrendorf 1971). Und er unterstreicht damit weiterhin auch die (wenigstens didaktische) Berechtigung von gleichrangigen Nennungen wie im Falle des Buchtitels *Popper, der Wiener Kreis und die Folgen* von Oeser (vgl. Oeser 2003). Von welcher Dringlichkeit die Abgrenzungsbemühungen seitens Popper begleitet waren, lässt seine Biographie vermuten, in der er die Frage »Who killed Logical Positivism?« mit den Worten »I fear that I must admit responsibility« beantwortete (Popper 1974/1993: 88).

größten Verdienste Poppers waren zum einen die philosophische Fokussierung der Einzelwissenschaften – die u. a. den Weg für die Arbeiten von Fleck und Kuhn ebnete – und zum anderen die Einlassung zur Frage der Protokollsatzdebatte der logischen Empiristen. Unter Rückbezug auf Immanuel Kants kritische Vernunft wandte sich Popper der Frage zu, ob eine Wissenschaftstheorie mit absolut normativem Anspruch Gültigkeit erlangen kann und wie eine solche Norm bestimmt werden sollte. Damit verknüpft ist die Frage, ob allgemeingültige Normen für eine jede wissenschaftliche Praxis gelten können. Was Kant noch als Möglichkeit *synthetischer Sätze a priori* diskutierte, interpretierte Popper nun wie folgt:

> »Indem wir sie verarbeiten und assimilieren, gestalten und ordnen wir sie zu einem Kosmos, dem Universum der Natur. In diesem Prozess zwingen wir dem Material, das sich unseren Sinnen darbietet, die mathematischen Gesetze auf, die in unserem verarbeitenden und ordnenden Apparat eingebaut sind.« (Popper 1994: 138)

Während Kants Gedanken jedoch so zu interpretieren sind, »dass das, was die Vernunft in die Natur hineinlegt nur eine Ordnungsstruktur ist, nach der einzelne Wahrnehmungen zu einer Gesetzmäßigkeit zusammengefasst werden können« (Oeser 2003: 125), schlussfolgert Popper: »Unser Verstand entdeckt also nicht allgemeine Gesetze in der Natur, sondern er hat eigene Gesetze und schreibt sie der Natur vor« (Popper 1994: 138). Wir sehen, was wir beobachten und halten dies dann für belegt. Die Frage, die sich nun stellt, ist also die nach dem Umgang mit der Intention der Beobachtung. Während der logische Empirismus die Beweisführung induktiv veranschlagt, plädiert Popper für ein deduktives Verfahren, welches er als *Falsifikation* bezeichnet. Kurzum bedeutet dies: Ich beobachte an zehn Tagen alle mir zugänglichen Schwäne, sehe nur weiße und lege daraufhin fest – *(induktiv) alle Schwäne sind weiß*. Stattdessen schlägt Popper vor, die These der weißen Schwäne zu testen in dem Sinne, dass nicht mehr weiße Schwäne zur Belegung gesucht werden sollen, stattdessen soll Ausschau nach einem schwarzen Schwan gehalten werden. Nur der schwarze Schwan führt zu neuer Erkenntnis, falsifiziert also meine Theorie. Finde ich keinen andersfarbigen Schwan, so ist

die Aussage *alle Schwäne sind weiß (deduktiv)* bewährt, da noch nicht widerlegt. Dies veranschlagt Popper als *Kritischen Rationalismus* und Methode der Wissenschaft.

Zu dieser Zeit, in der die strenge Normativität der Wissenschaftstheorie durch die Einzelwissenschaften hindurch diskutiert und ein zunehmendes historisches Bewusstsein aufkommt, in dem Sinne, dass man das Normative vor dem Hintergrund der Geschichte betrachtet, tritt Feyerabend in Erscheinung.[43] Imre Lakatos und Feyerabend – beide bekannt und befreundet aus der gemeinsamen Zeit als Nachwuchswissenschaftler im Dienste

43 Die Frage, ob es für dieses zunehmende Bewusstsein einen besonderen Referenzpunkt gibt, kann sicherlich nicht klar beantwortet werden und sollte doch sehr wahrscheinlich mit einem Verweis auf Albert Einstein gewürdigt werden. Entgegen der Vermutung, dass Einstein noch an die dauerhafte und kontinuierliche Entwicklung der Wissenschaften glaubte – diese Vermutung rührt wahrscheinlich daher, dass Albert Einstein und Leopold Infeld von der Evolution der Physik und nicht wie Kuhn von der Revolution schrieben – ist es vielmehr so, dass sich viele der Fleck'schen und Kuhn'schen Thesen auch bei Einstein finden. Beispielsweise schreiben Einstein und Infeld: »The initial and fundamental steps are always of a revolutionary character. Scientific imagination finds old concepts too confining, and replaces them by new ones. The continued development along any line already initiated is more in the nature of evolution, until the next turning point is reached when a still newer field must be conquered » (Einstein & Infeld 1938: 28). Auch Einstein und Infeld machen also einen revolutionären Charakter im Zuge der wissenschaftlichen Evolution aus, welche gekennzeichnet ist von Situationen, in denen die Begrifflichkeiten nicht mehr passend erscheinen und die Einführung neuer Begriffe notwendig wird. Als kontinuierliche Phase beschreiben sie den Zustand, den man bei Kuhn als Normalwissenschaft findet und der durch die Revolution einen *turning point* erfährt. Einen ähnlichen Hinweis findet man auch bei Helmut Spinner, dort mit Bezug zu Einstein und Popper: »Auch Ideen haben Väter – in der Regel sogar viele. Die Originalität Poppers […] wird nicht geschmälert, wenn en passant daran erinnert wird, daß es einen anderen Denker gibt, der sowohl in der Kritik des epistemologischen Fundamentalismus wie in der Suche nach einer antifundamentalistischen Alternative die Konzeption des fallibilistischen Kritizismus zwar nicht im Detail, aber doch in der Tendenz so weit »vorprogrammiert« hat, daß er es verdient, aus der Reihe der Vorläufer und Vorbereiter herausgehoben und als Mitschöpfer des fallibilistischen Erkenntnismodells herausgestellt zu werden. Ich meine natürlich Albert Einstein« (Spinner 1974: 44). Spinner führt dies über zwei Seiten genauer aus, verweist dabei auf das grundlegend hypothesenhafte Denken der Erkenntnis bei Einstein, auf den fiktiven Charakter wissenschaftlicher Theorien und auf die

Poppers – beschließen einen schriftlichen Schlagabtausch, um die Grenzen des Rationalismus auszuloten. Lakatos sollte in diesem Schlagabtausch die Rolle des strengen Rationalisten einnehmen, während Feyerabends »komische Ideen [für; Anm. SR] Heidenspaß« (Feyerabend 1976/2013: 11) sorgen sollten. Als Feyerabend das besagte Buch mit seinen *komischen Ideen* 1974 fertiggestellt hat, verstirbt Lakatos überraschend und Feyerabend veröffentlicht seinen Part ohne die Antwort von Lakatos. Dies ist die Geburtsstunde dessen, was heute als *erkenntnistheoretischer Anarchismus* besprochen wird.

Die wissenschaftlich versierten Leser:innen zeigten sich nicht nur formal, sondern auch inhaltlich überrascht von Feyerabends Buch. So scheut er darin nicht davor zurück, die Hexenprozesse des Mittelalters, die allgemeine Überschätzung Poppers (so zumindest nach Feyerabend) wie auch die Gedanken Niels Bohrs oder Einsteins mit gleichgewichteter Ironie zu bedenken, während er seine Kritik entfaltet. Bei aller damit ausgelöster Aufregung kam jedoch insbesondere die Wissenschaftstheorie nicht darum herum, die Kritik in ihrem eigentlichen Momentum zu erfassen und dabei die Provokationen ein Stück weit auszublenden. Der Anarchismus galt fortan als erfolgreich in die Wissenschaftstheorie überführt und der *Pluralismus als Erkenntnismodell* – insbesondere auch von den Philosoph:innen postmoderner Tradition veranschlagt – erlebte seine Hochphase (vgl. u. a. Yeh 2013; Welsch 1988).

Das Ausmaß, in dem Feyerabend den Popperschen *Kritischen Rationalismus* als Kritik am Positivismus weiter zuspitzt und überschreitet, zeichnet sich nun erstmals klar ab. Insofern kann man durch Feyerabend durchaus eine Bruchstelle bestimmen und die Wissenschaftstheorie – wie bereits in Kapitel *3.1* vorgeschlagen – historisch in eine Zeit vor und in eine Zeit nach Feyerabend einteilen. Wie genau nun dieser erkenntnistheoretische Anarchismus gedacht werden muss und inwiefern Spinner diese Idee weiterentwickelt, wird zum detaillierten Gegenstand der Kapitel *3.2.3*, *3.3.1* und *3.3.2*.

Unmöglichkeit letztgültiger Aussagen oder maximaler Sicherheitsansprüche in Einsteins Denken (Spinner 1974: 44 f.).

3.2.3 Paul Feyerabend: Anarchismus als Arznei für Wissenschaften

Um was handelt es sich nun genau, wenn von einem *erkenntnistheoretischen*, *wissenschaftstheoretischen* oder *epistemologischen Anarchismus* die Rede ist? Vorab, dies wurde bereits dargelegt, ist in derlei Fällen von den Überlegungen Paul Feyerabends im Allgemeinen, aber eben auch von seiner Schrift *Wider den Methodenzwang* im Speziellen auszugehen.[44]

In diesem Buch setzt sich Feyerabend in einem fiktiven Streit mit einem überzeugten und überspitzten Rationalisten auseinander, dessen Position durch Feyerabends Freund und Kollegen Imre Lakatos durch eine auf *Wider den Methodenzwang* folgende Replik ausbuchstabiert werden sollte. Dieser Rationalist vertritt mit stoischer Haltung die in Kapitel *3.2.2* vorgestellte

44 Gemeinhin wird der erkenntnistheoretische Anarchismus bei Feyerabend auf *Wider den Methodenzwang* zurückgeführt, wobei festgehalten werden muss, dass Feyerabend über diese Schrift hinaus eine Vielzahl interessanter Gedanken zum Anarchistischen der Erkenntnis ausbuchstabiert hat. Hierbei gilt es, eine beachtliche Menge sogenannter *grauer Literatur* zu sichten (Zeitungsartikel, Audio-Booklets usf.), die im standardisierten wissenschaftlichen Kanon oft untergehen. Eine solche Sichtung und Würdigung eben jener Schriften und Vorträge Feyerabends, wurde im Zuge einer früheren Analyse bereits unternommen (vgl. Rettenmaier 2019) und in diversen Folgeprojekten mit unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen vertieft, von denen sich zum Zeitpunkt dieser Niederschrift jedoch noch einige im Veröffentlichungsprozess befinden. So wird im *Handbuch Anarchismus 2: Begriffe und Konzepte*, herausgegeben von Thomas Friedrich und im Verlag *Springer VS* voraussichtlich 2024 veröffentlicht, ein Beitrag *Anarchistische Erkenntnistheorie* erscheinen, in welchem Feyerabends Philosophie, mögliche Vorläufer sowie auf ihm aufbauende Theoretiker:innen und Theorien vorgestellt werden. Im *Handbuch Anarchismus 1: Leben, Werke und Wirkungsgeschichte*, ebenfalls herausgegeben von Thomas Friedrich und im Verlag *Springer VS* voraussichtlich 2024 veröffentlicht, steht Feyerabend und das Anarchistische seiner Philosophie im Zentrum des Interesses, insbesondere auch mit Blick auf eine *politische (Wissenschafts)Philosophie*. Im Sammelband *Widerstehen & Widersprechen*, herausgegeben von B. Metzler, N. Grohs & J. Paintner und im Verlag *Danzig & Unfried* 2023 veröffentlicht, wird im Beitrag *Reflexion wissenschaftlicher Widerstands- & Widerspruchspraxen* insbesondere die Propaganda als anarchistische Methode im Sinne Feyerabends besprochen und vor dem Hintergrund seiner Gedanken zum Wissenschaftsbetrieb reflektiert (vgl. Rettenmaier 2023).

Position einer Erkenntnistheorie im Zeichen eines Physikalismus und Positivismus, wie er sich aus dem Wiener Kreis heraus entwickelte.

Dieser Rationalist steht nun also für eine wissenschaftliche Haltung ein, der nach sich der Erfolg der Wissenschaft in etwas methodisch Einheitlichem begründen lässt. Feyerabend erwidert hierauf in einem ersten Schritt, dass sich derlei methodisch rückgekoppelte Aussagen über Erkenntnis, die sich am Primat der Wissenschaft festmachen, eben jene Wissenschaft erst einmal in ihrer Bedeutung grundlegend erklären und darlegen müssen. Mit anderen Worten: Wenn der Wissenschaft etwas Besonderes mit Blick auf ihre Erkenntnisgewinnung zugestanden wird, so muss auch klar festgelegt werden, um was es sich bei *der* Wissenschaft denn genau handelt. Aus dieser Feststellung Feyerabends, dass nicht nur das Mittel (Methode), sondern eben auch immer die Vermittlungsinstanz (in diesem Falle die Wissenschaft) in die Analyse miteinbezogen werden muss, folgt, dass die Wissenschaftstheorie über die reine Erkenntnistheorie hinaus blicken und zur Reflexion der Methoden auch den politischen, organisationalen und gesellschaftlichen Rahmen der Wissenschaft mit eindenken muss. Das Wirkungsfeld seiner Kritik könnte man daher mit Blick auf die ihn im wissenschaftstheoretischen Diskurs umgebenden Theorien seiner Zeit als innovativ ganzheitlich oder wenigstens komplex bezeichnen.

Doch ist diese Feststellung, dass die Reflexion einer Forschungslogik auch immer die Reflexion deren Voraussetzungen beinhalten muss, um sich nicht selbst ad absurdum zu führen, bereits anarchistisch und als solche bezeichenbar? Mitnichten. Den Anarchismus bemüht Feyerabend vielmehr als Partner eines schwierigen Reflexionsprozesses, so hält er zu Beginn von *Wider den Methodenzwang* fest, »daß der Anarchismus vielleicht nicht gerade die anziehendste politische Philosophie ist, aber gewiß eine ausgezeichnete Arznei für die Wissenschaften« (Feyerabend 1976/2013: 13). Im weiteren Verlauf beschreibt Feyerabend dann das bereits vorgestellte Gespräch mit dem Rationalisten, welcher ihn, den Anarchisten, fragt, was denn nun Wissenschaft ist und was diese methodisch definiere? Es müsse doch ein klares Vorgehen, ein auf Erkenntnis fokussiertes Handwerk der Wissenschaft geben, also eine Methode/Regel, welche diese Erkenntnis klar definiere. Der Anarchist windet sich anfänglich um die Beantwortung der Frage herum,

entgegnet aber schließlich, dass – wenn man denn meine, man müsse unbedingt eine wissenschaftliche Regel ausformulieren – die Regel nur *Anything goes* lauten könnte (vgl. Feyerabend 1976/2013: 31 f.).

Die von Feyerabend zuvor ausgerufene *anarchistische Arznei* erscheint auf den ersten Blick somit als schlichte Beliebigkeit. Dabei handelt es sich bei Feyerabends Analyse keineswegs um ein Plädoyer für reine Beliebigkeit. Das *Anything goes* leistet vielmehr die Antwort auf eine Frage, die man vernünftigerweise – so Feyerabends Überzeugung – gar nicht beantworten kann und deshalb bestenfalls auch gar nicht erst stellen sollte, zumindest dann nicht, wenn man eine klare und eine in Abgrenzung zu anderen Vorgaben anwendbare Regel erwartet. Um zu verdeutlichen, weshalb die Beantwortung dieser Frage, also der Frage nach der Regel der Wissenschaft, nicht möglich ist, leitet Feyerabend einen historischen Exkurs ein. Am populärsten und am häufigsten exemplarisch bemüht ist hier die Betrachtung des Falles Galilei, an dessen Ende sich die Funktionslogik des *Anything goes* detailliert offenbart und damit auch das Konstrukt einer anarchistischen Erkenntnistheorie aufzeigt.

Die *Kopernikanische Wende* beschreibt den Wechsel vom geozentrischen zum heliozentrischen Weltbild. Diesen Wechsel beschreibt Feyerabend im Sinne Thomas Kuhns als *wissenschaftliche Revolution*, als einen Prozess, der noch Jahrhunderte später Kontroversen hervorbringen sollte und dabei die Wissenschaft prägte. Dabei ist der Prozess doppeldeutig zu lesen, einerseits als zeithaftes Ereignis, aber eben auch als Gerichtsprozess der römisch-katholischen Kirche gegen Galilei aus dem Jahr 1633. Am Ende dieses Prozesses verlangte die Heilige Inquisition unter Berufung auf den Tatbestand der Ketzerei von Galilei die Rücknahme der zuvor veröffentlichten wissenschaftlichen Ergebnisse sowie eine öffentliche Entschuldigung. Im Begriff des Kuhn'schen Paradigmenwechsels verankert, avanciert Galilei vom Opfer der kirchlichen Dogmen zum Paradebeispiel einer integren und wissenschaftlichen Aufklärungsarbeit. Doch was genau war hier passiert? Um diese Frage und um die Einordnung möglicher Antworten auf diese Frage geht es Feyerabend in seiner Betrachtung.

Bereits im antiken Griechenland etablierte sich mit Aristoteles ein wissenschaftliches Grundverständnis, welches Hypothesen aus Beobachtungen

ableitete. Wissenschaft war Empirie, Wissenschaftler:innen somit Beobachter:innen, die sich dank der Beobachtung der Wirklichkeit annäherten. Die Summe der Beobachtungen brachte das Wissen hervor, durch dieses erschlossen sich Forscher:innen die Rätsel der Welt stets ein Stück mehr. Die Beobachtungen gaben derweil von der Antike bis ins Mittelalter hinein reichend keinen klar belegbaren Grund, eine bewegte Erde anzunehmen. Keine Beobachtung (wenigstens keine mit bloßem Auge und damit frei vom Vorwurf diverser Verzerrungseffekte durch Hilfsmittel o. ä.) – ob zur See oder auf dem Land – hätte berechtigten Zweifel an der Theorie einer unbewegten Erde aufkommen lassen können. Der Mensch steht schließlich fest auf dem Boden und muss nicht gegen Rotationen angehen. Beschwerte Gegenstände fallen schließlich auf geradem Wege herab und Sonne, Mond und Sterne ziehen in geregelten Bahnen über die Köpfe der Menschen hinweg. Kein ersichtlicher Grund also, die durchaus existenten, aber rar gesäten Theorien eines heliozentrischen Weltbildes zu verfolgen.

Was aber nun bewegte Galilei dazu, das Weltbild seiner Zeit infrage zu stellen? Feyerabend zeigt auf, dass es im Falle Galilei mit rein rationalen Begründungen nicht getan war, dass Galilei argumentativ *tricksen* musste und Propaganda im Zeichen des heliozentrischen Weltbildes betrieb. Er zeigt weiterhin auf, dass Galilei die gegen das heliozentrische Weltbild vorgebrachten Argumente nicht widerlegte, sondern sie vielmehr rhetorisch verblassen ließ, indem er beispielsweise Begriffssysteme auf eine Art umarrangierte, dass gewisse Probleme gar nicht mehr im herkömmlichen Sinne verbalisiert werden konnten. Beispielsweise dann, wenn Galilei in seinen Ausführungen einen fallenden Stein exemplarisch bemüht und in mehreren trickreich vorgetragenen Gedankenexperimenten (an Land, zu hoher See etc.) ausführt, warum dieser – trotz Erdrotation – augenscheinlich gerade herabfällt. Galilei wendet sich dabei dem Wirklichkeitsverständnis zu und hinterfragt die Beziehung der bloßen Beobachtung zur Wirklichkeit. Damit stellt – so Feyerabends Beobachtung – Galilei geschickt die Beobachtung als Methode in relationalen Bezug zur eigenen Position und Geschwindigkeit sowie zur Erdkrümmung und erschüttert damit die Grundannahme, dass die schlichte und unvermittelte (also ohne Hilfsmittel unternommene) Beobachtung genuin unverzerrt ist und eben keine Verzerrungen wie im Falle

von Spiegelzerrbildern u. ä. aufkommen lässt. Zur Verdeutlichung wird die Kerze auf dem Schiff in Fahrt angeführt, die sich auf dem Kajütentisch während der Fahrt auf hoher See im Sichtbild des Seefahrers kaum bewegt, vom Land aus betrachtet hingegen geht sie auf und ab, vor und zurück – gleich dem Schiff im Wellengang (vgl. Feyerabend 1976/2013: 105 ff.).

Wozu diese Argumentation, die Feyerabend als Propaganda charakterisiert? Galilei erreicht so ein erweitertes Wirklichkeits- und Tatsachenverständnis und baut sein eigenes Begriffssystem auf. Scheinbar eindeutige Belege für das geozentrische Weltbild sind also möglicherweise Produkt getäuschter Sinneswahrnehmungen, die herabfallende Kugel wird in der Beobachtung der Fallbahn keinesfalls an sich bestritten oder infrage gestellt, vielmehr wird der relevante Beobachtungsraum erweitert. Wenn die Erde sich dreht, während die Kugel fällt, dann kommt der geraden Fallbahn der Kugel eine gebogene Fallbahn der fallenden Kugel innerhalb der sich drehenden Erde hinzu und aus der zuvor noch so klar erscheinenden singulären Bewegung wird eine Mischform zweier Falllinien. Während die geradlinige Fallbahn der Kugel im beobachtbaren Raum des Sichtfeldes verortet ist, ist die kreisförmige Fallbahn diesem entzogen. Während die Bewegung im beobachtbaren Raum des Sichtfeldes dem Alltagsverstand als *wirklich* zugeordnet wird, ist die zweite und nicht-beobachtbare Bewegung einerseits unwirklich und andererseits die eigentliche Wirklichkeit konstituierend. So argumentiert Galilei eine Denkfigur, die – konträr zu der etablierten Denkschule seiner Zeit – die tatsächliche Wirklichkeit dem sinnlichen Erfahrungsraum zunehmend entzieht. Damit stärkt Galilei seine Theorie, eine Theorie, die ohne diese gewiefte Argumentation der Empirie ihrer Zeit nicht gewachsen gewesen wäre.

Um empirische Einwände zu entkräften, stellt Galilei also schlicht die Wahrnehmung der Wirklichkeit bzw. die Methodik zur Wahrnehmung der Wirklichkeit seiner Zeit gänzlich in Frage. Er entzieht sich den theoretischen Grundannahmen der Wissenschaft seiner Zeit und enthebt die bloßen Beobachtungen dem Maßstab einer Tatsachenerfassung. Die Theoriebildung über Wirklichkeit wird in ihrer Funktionslogik nahezu umgekehrt, der Beobachtung wird seitens Galilei nun nur dann eine Wirklichkeitsangabe zugestanden, wenn sie der richtigen Theorie folgt. Kurzum: Galilei for-

dert zum Verständnis seiner Theorie nicht weniger als ein neues Welt- und Wirklichkeitsverständnis. Hinzu kommt die durch Galilei betriebene Zuhilfenahme des Fernrohrs, einer damals gänzlich neuen Technologie, deren Vergrößerungsprozess der Optik noch nicht in vollem Umfang entschlüsselt war. Dieser Tatsache geschuldet, urteilt Feyerabend nun wie folgt über den Galilei-Prozess:

> »Die Kirche zur Zeit Galileis hielt sich viel enger an die Vernunft als Galilei selber, und sie zog auch die ethischen und sozialen Folgen der Galileischen Lehren in Betracht. Ihr Urteil gegen Galilei war rational und gerecht, und seine Revision läßt sich nur politisch-opportunistisch rechtfertigen.« (Feyerabend 1976/2013: 206)

Kann es tatsächlich sein, dass Galilei als die personifizierte Unvernunft und die Kirche rational und gerecht aus dieser historischen Betrachtung hervorgehen? Was Feyerabend hier macht, ist als rhetorischer Akt, als *immanente Kritik,* zu verstehen.[45] Tatsächlich verdeutlicht der Fall Galilei gut, dass der

45 Die immanente Kritik ist keinesfalls Feyerabend exklusiv zuzuschreiben, vielmehr handelt es sich hierbei um eine Methode, deren Modalitäten gut von Hegel über Marx bis zur Frankfurter Schule und zu den Philosoph:innen der Postmoderne nachskizzierbar sind. Es handelt sich im Kern – so viel kann wohl verallgemeinert werden – um eine Kritikform, die im Absoluten historisch arbeitet. Für die immanente Kritik werden somit keine externen normativen Kriterien dem zu Kritisierenden gegenüber veranschlagt. Stattdessen ist das Ziel der Methode darin festgemacht, das zu Kritisierende an den dem zu Kritisierenden selbst eingemessenen Kriterien zu hinterfragen und somit Widersprüche des Kritikgegenstands mit der Wirklichkeit freizulegen (vgl. Romero 2014: 7 ff.). Die hier bemühte These, dass Feyerabends Art des Philosophierens beispielhaft für die Methodik der immanenten Kritik angeführt werden kann, stammt von Paul Hoyningen-Huene und Eric Oberheim: »Ein nicht unerheblicher Teil der Verwirrung um Feyerabends Philosophie rührt nun daher, dass der große Anteil von immanenter Kritik in seinen Schriften nicht wahrgenommen wird. Stattdessen werden ihm die kritisierten Positionen zugeschrieben, was zu dem Eindruck führt, dass Feyerabend seine eigene Position nach Lust und Laune wechselt, ohne dass gute Gründe dafür oder eine sonstige irgendwie geartete Linie sichtbar würde. Kurz: In dieser verzerrten Perspektive erscheint Feyerabend zwar als ein scharfsinnig argumentierender, aber insgesamt unseriöser, weil sophistischer Philosoph« (Hoyningen-Huene & Oberheim 2006: 18).

Übergang vom geozentrischen zum heliozentrischen Weltbild elementar verknüpft ist mit neuen Begrifflichkeiten und einem neuen Grundverständnis von Wirklichkeit. Es handelt sich hierbei um einen Paradigmenwechsel, ganz im Sinne Kuhns. Doch was sind nun die erkenntnistheoretischen Konsequenzen, die Feyerabend aus diesem historischen Abriss wissenschaftlichen Fortschritts mit anarchistischer Feder ableitet?

Ich weiß, dass ich nichts weiß lautet eine oft von Karl Popper bemühte Redewendung des Sokrates (vgl. u. a. Popper 2009: 41; Popper 1991: 48; Popper 1965: 53), mit der er sein Falsifikationsprinzip grundlegend erläuterte. Popper nutzte diesen Verweis als eine Art Abgrenzungskriterium zwischen einerseits denen, die sich der erkenntnistheoretischen Endlichkeit und Unsicherheit bewusst sind und dementsprechend geläutert Haltung einnehmen, und andererseits denen, die meinen, Endgültigkeiten und Wahrheiten zu kennen. Letztere sah Popper dem Dogmatismus verfallen, während erstere ihm im Zeichen des Falsifikationismus folgen sollten. Dies war nicht exakt jenes Ansinnen, welches Feyerabend verfolgte, jedoch zeigt dieser kurze Popper-Exkurs die grundlegende Richtung des Feyerabend'schen Denkens auf. Durch das Galilei-Beispiel wollte Feyerabend darlegen, dass in erster Linie die Erkenntnis einer wissenschaftlichen Unkenntnis als grundlegende Theorie der Wissenschaften kultiviert werden muss. Es ist das Wissen um das Unwissen, welches die Annahme ermöglicht, dass beispielsweise auf den ersten Blick in ihrer Funktionsweise unklare Hilfsmittel nichtsdestotrotz Hilfe im Erkenntnisprozess liefern können. Das Fernrohr war im Falle des Galilei in seiner Funktionsweise nicht erschöpfend erforscht und doch brachte es Ergebnisse, welche eine teils abstrus anmutende Theorie bestätigten. Und eben jene Theorie stellte sich als bahnbrechend heraus, obwohl sie auf den ersten Blick regelrecht unlogisch und in überzogenem Maße theoretisch konstruiert erschien.

Wissenschaft muss – so Feyerabend – immer im Plural gedacht werden und diesem Anspruch auch methodisch genügen. Eine über die Zweifel erhabene, sichere Erkenntnis kann nicht existieren und sollte eine solche behauptet werden, gehört es geradezu zur Etikette guter Wissenschaft, umso kritischer zu prüfen und zu hinterfragen. Nur wenn ein solcher Prozess des immer möglichen kritischen Hinterfragens gegeben ist, sind erkenntnisthe-

oretische Vorverurteilungen wie im Falle Galileis zu umgehen und der Fortschritt wissenschaftlicher Erkenntnis gesichert.

An dieser Stelle lässt sich dann auch wieder ein Rückschluss zum *Anything goes* knüpfen. Methoden und Regeln können im Angesicht der Wissenschaft(en) nicht strikt hierarchisiert und katalogisiert werden, sie sind flexibel und auf den jeweiligen Anwendungsfall hin ausgerichtet zu denken. Der Fall Galilei verdeutlicht, dass unumstößliche und immer geltende Regeln im wissenschaftlichen Kontext nicht kalkulierbar sind und große Konzepte von der einen Wahrheit, Realität und Objektivität stets als relativ angenommen werden müssen. So bleibt letztendlich eben nur ein einziger Grundsatz anarchistischer Erkenntnistheorie immer gültig: *Anything goes*.

Es geht hierbei also nicht um den Versuch wissenschaftliche Tradition zu zerstören oder zu zersetzen – gegenteilig war Feyerabend unter den Wissenschaftstheoretiker:innen wohl eher ein Pionier mit Blick auf eine gleichberechtigte Anerkennung verschiedener Traditionen – vielmehr möchte er aufzuzeigen, dass es ein Gebot der Vernunft sein kann, einer scheinbar unvernünftigen Theorie zu folgen und dass Methodologien ihrem Wesen nach erkenntnistheoretische Begrenzungen aufweisen, die es unter bestimmten Umständen zu brechen gilt:

> »Ich sage, daß es besser sei, deterministische, präzise, reversible Gesetze weiterhin beizubehalten aber dafür die Methode aufzulockern (so etwa soll man bereit sein, ad hoc Hypothesen zu verwenden, man soll falsifizierende Instanzen nicht zu ernst nehmen, und so weiter). Die Argumente gebe ich im Pro-Parmenides, und sie bestehen unter anderem in dem Nachweis, daß die Copernikanische Revolution auf »meine« Weise durchgeführt wurde, durch eine Auflockerung der Methode.« (Feyerabend 1997: 74)

Der erkenntnistheoretische Anarchismus im Zeichen Feyerabends ist also ein reines Gebot des Methodenpluralismus.[46] Forscher:innen, so eine weite-

46 Diese Aussage stimmt wenigstens mit Blick auf den überwältigenden Teil der Feyerabend-Rezeption, die nahezu ausschließlich *Wider den Methodenzwang* in den Blick nimmt, überein. Eine dezidiertere Betrachtung des Gesamtwerkes,

re Ableitung Feyerabends, müssen dementsprechend an den methodischen Umgang herangeführt werden. Das Beispiel Galilei zeigt, dass Forschung auch von Begeisterung, Enthusiasmus und Zukunftsoptimismus der Forschenden getragen ist. Begeisterungsfähigkeit, Phantasie und Intuition, Kreativität sowie das Bauchgefühl als Kompassnadel in verworrenen Forschungssituationen sind daher für Feyerabend – wie auch für andere Denker:innen der Wissenschaftstheorie, wie Albert Einstein oder Bertrand Russell[47] – wichtige Voraussetzungen für Wissenschaftler:innen. Daumenre-

---

wie es 2019 unter Bezugnahme auf anarchistische Anleihen in Feyerabends Werk bereits vorgelegt wurde (vgl. Rettenmaier 2019), zeigt, dass seine Überlegungen wohl auch über das Methodische hinausgingen und sich – wenn auch in recht geringem Umfang – auch auf das Institutionelle der Wissenschaft und Wissenschaftspolitik konzentrierten. Diese Verkürzung in der Rezeption Feyerabends ist dann erheblich, wenn über die Autoren-Intention uneindeutiger Formulierungen gerungen wird. Dann zeigen sich Unklarheiten in der Auslegung Feyerabends, wie sie auch in den angehangenen Interviews mit Hoyningen-Huene und Spinner zutage treten. Hier ist interessant zu beobachten, wie Hoyningen-Huene Feyerabends Philosophie als eine rationale und rein methodenkritische interpretiert (vgl. Hoyningen-Huene 2021: A. XXVIII f.), während Spinner – unter Rückgriff auf Feyerabends Äußerungen rund um *Wider den Methodenzwang* – Feyerabend eine über die bloße Methodik hinauszielende Revolte zugesteht (vgl. Spinner 2021: A. XIIII f.).

47 In Albert Einsteins wissenschaftstheoretischen Reflexionen standen insbesondere die Begriffe und Konzepte der *Intuition*, *Inspiration* und *Kreativität* im Zentrum, welche er für entscheidend für die Forschungsausrichtung der Forscher:innen hielt. In Summe sieht er darin das Rüstzeug, welches im Feyerabend'schen Sinne das Bauchgefühl der Forschenden ausdrückt (vgl. Einstein 2009: 97 ff.). Auf diesen Gedanken Einsteins bauen eine Vielzahl psychologischer Studien auf, zentral wird dabei häufig folgende Aussage aus einem Vortrag Einsteins bemüht: »Alles, was wirklich zählt, ist Intuition. Der intuitive Geist ist ein heiliges Geschenk und der rationale Geist ein treuer Diener« (Einstein zitiert nach Schneider 2011: 104). Bei Bertrand Russell finden sich aus pädagogischer Perspektive mehrfach Einlassungen dazu, wie ungemein wichtig ein bewusstes Erleben von Emotionen und ein bewusster Umgang mit Kreativität a) für die mündigen Bürger:innen und b) für die u. U. daraus erwachsenden Wissenschaftler:innen sind. Russell verdeutlicht dies anhand derartiger Umwälzungen, die Kuhn als wissenschaftliche Revolutionen fasst. An die Frage anschließend, was denn nun an individuellen epistemologischen Folgen zu erwarten sei, wenn sich ein Weltbild aufgrund neuer physikalischer Paradigmen ändert, erwidert Russell: »Was er an Wissen verliert, gewinnt er an Imagination. Aber obschon der kognitive Teil des Menschen die

geln, Kreativität, Phantasie und Bauchgefühl als wissenschaftliche Prämissen? Um dies zu verdeutlichen wie auch zu verinnerlichen, erscheint der Anarchismus bzw. eine anarchistische Erkenntnistheorie in der Tat als geeignete Arznei.

3.3 Über den pluralistischen Charakter wissenschaftlicher Erkenntnis

Lange Zeit war in der Wissenschaftstheorie ein grundlegender Anspruch auszumachen, die Erkenntnistheorie monolith in dem Sinne zu denken, dass eine disziplinär isolierte Betrachtung von Einzelelementen erfolgte, ohne eine Verwobenheit des Einzelnen mit einem epistemisch Gesamten miteinzubeziehen. Gegenteilig kam dann eine Denkfigur zutage, die aus dem Einzelanspruch heraus generalisierend in Erscheinung trat. Den Gipfel dieser Logik stellt wohl der logische Empirismus des Wiener Kreises dar, welcher die Physik zum *Prímus ínter Páres* der Wissenschaftslogik erklärte. Im Zuge dieser Weltanschauung galt es nun, alles auf das Physikalische hin

Grundlage seiner Außerordentlichkeit darstellt, ist er doch weit davon entfernt, deren Ganzes auszumachen. Es genügt nicht, die Welt widerzuspiegeln. Sie sollte vielmehr mit Emotionen widergespiegelt werden: mit einer spezifischen, dem Gegenstand angemessenen Emotion und der generellen Freude am bloßen Wissen« (Russell 1982: 8). Weiter führt Russell aus, dass Kreativität, Intuition und damit auch Kritikpotenzial in einer hierarchischen Erziehung systematischer Unterdrückung anheimfallen, da der Bürger:innenstatus einen Mangel der Ermächtigung dieses Potenzials geradezu voraussetzt: »Doch ist diese einzeln dastehende und kreative Form des Bürgerbewußtseins selten und lässt sich wahrscheinlich auch nicht durch eine Erziehung realisieren. […] Dies illustriert, wie unzulänglich Bürgerbewußtsein als Ideal ist, denn als Ideal schließt es mangelnde Kreativität ein und die Bereitschaft, sich den bestehenden Mächten – ob nun oligarchisch oder demokratisch – zu fügen. Dies aber steht im Widerspruch zu dem, was für die großen Männer charakteristisch ist, und hindert gewöhnliche Menschen bisweilen daran, die Größe zu erlangen, zu der sie fähig sind« (Russell 1982: 9/10). Mit dieser Russell'schen Kritik könnte man wohl einer möglichen Pädagogik liberalen Schlags nachspüren, wie sie Feyerabend vertrat und wie sie unter anderem von Hans Sluga mit Feyerabend'schen Anleihen skizziert wurde (vgl. Sluga 2006).

zu übersetzen, dieser Anspruch einer Einheitssprache war das Verdikt eines Einheits-Wissenschaftsverständnisses. Diese wissenschaftstheoretische Positionierung wurde zunehmend aufgelöst und zersetzt, Karl Popper und dann insbesondere Paul Feyerabend können hier als Schlüsseldenker:innen dieser wissenschaftstheoretischen Wende betrachtet werden.

Feyerabend war kein Freund des Floretts, seine wissenschaftstheoretischen Einsprüche kamen eher mit der Wucht eines Rammbocks in den Diskurs und so ist es nur konsequent, dass er selbst seine Philosophie als anarchistische Arznei betitelte. Die Rekonstruktion seiner Position konnte dabei bereits freilegen, dass der Kern seines Einspruchs ein Bewusstsein für den Pluralismus der Wissenschaften in sich trug. Der Physikalismus des Wiener Kreises hatte noch klar den Anspruch, die anderen Wissenschaftsdisziplinen in die Physik hinein zu übersetzen, also die Biologie, die Geologie, die Geographie usf. in die Logik der Physik zu transferieren. Dieser Anspruch scheiterte erwartbar stark an zwei Problemen: Zum einen ist ein verlustfreier Übertrag nicht möglich, die »Welt der Biologie lässt sich nicht verlustfrei in die Welt der Physik überführen, die Besonderheiten technischen Wissens sprengen naturwissenschaftliche Systeme, Praktiken des Experimentierens können nicht adäquat in Schriftsystemen wiedergegeben werden« (Ammon 2007: 59) und zum anderen findet ein gänzlicher Ausschluss einiger Disziplinen statt, die einen solchen Transfer nicht ermöglichen, allen voran der Hochadel der Geisteswissenschaften, die Philosophie oder die Theologie. Dann stellt sich aus Sicht der logischen Empirist:innen maximal die Frage, ob der Status der Wissenschaftlichkeit bereits ausgeschlossen werden kann oder ob sich ein solcher u. U. noch in der Entwicklung befindet:

> »Wenn ferner auch gegenwärtig noch z.B. Ethik und Ästhetik, ja manchmal sogar Psychologie als Zweige der Philosophie gelten, so zeigen diese Disziplinen damit, daß sie noch nicht über ausreichend klare Grundbegriffe verfügen, daß vielmehr ihre Bemühungen noch hauptsächlich auf den Sinn ihrer Sätze gerichtet sind.« (Schlick 1930/2006: 36)

Feyerabend konnte derlei Irrläufer gut parieren, das *Anything goes* steckte dabei die Grenzerweiterungen ab und zeigt auf gar drakonische Weise, wie

limitiert die Wissenschaftslogik des logischen Empirismus war. Nachdem all dies bereits in Kapitel *3.2.3* nachskizziert wurde, stellt sich mit Blick auf die in dieser Analyse noch bevorstehende Konfrontation mit der Bürokratie die Frage, was denn nun genau als Charakter der wissenschaftlichen Erkenntnis auszumachen ist und wie dieser sich formiert.

Hierfür wird in den folgenden Absätzen ein Exkurs zu den philosophischen Ausführungen Helmut Spinners übernommen, der einerseits Feyerabends Philosophie inhaltlich radikal zuspitzt bei gleichzeitiger Versachlichung der Intonation und andererseits einen Übertrag dieser Wissenschaftsphilosophie in ein *Ethos der Wissenschaft* versuchte. Man könnte es auch so auffassen, dass Spinner die Feyerabend'schen Überlegungen philosophisch konsequent zu Ende dachte und darüber hinaus den Anspruch hegte, die philosophischen Überlegungen praktikabel auszuführen in dem Sinne, dass sie organisationssoziologisch weiterverwertbar sind. Eben jene philosophische Arbeit Spinners soll im Fortlauf dieser Untersuchung als wissenschaftstheoretische Grundannahme fungieren. Dafür wird in Kapitel *3.3.1* eine Rekonstruktion Spinners Erkenntnistheorie erfolgen. In Kapitel *3.3.2* werden dann seine Ausführungen zum organisationssoziologischen Übertrag der pluralistischen Erkenntnistheorie rekonstruiert und um einen wesentlichen Teil modifiziert bzw. erweitert, indem der Spinner'schen Geschäftsordnung noch eine zusätzliche Kategorie an die Seite gestellt wird, welche als Betriebsordnung auftreten wird. In Kapitel *3.4* erfolgt eine geraffte Darstellung all dessen, was an wissenschaftstheoretischen Grundannahmen im Laufe der ersten drei Kapitel bislang ausformuliert wurde. Dabei wird hier insbesondere das betont werden, was als wissenschaftstheoretische Grundannahme für die weiterführende Betrachtung der organisationssoziologischen Überlegungen der Kapitel *4.1* bis *4.4* sowie den damit verbundenen bildungsphilosophischen Überlegungen des Kapitels *4.5* von besonderer Relevanz ist.

3.3.1 Pluralismus als erkenntnistheoretische Prämisse – Helmut Spinner I

In einer Art Gesamtschau wurde bereits überblickhaft ausgeführt, worin das Plädoyer für einen bewussten Umgang mit dem pluralen Wesen der Wissenschaften seitens der Philosophie nach Paul Feyerabend begründet ist. Dem Pluralismus steht prinzipiell der Monismus gegenüber, dabei ist diese Opposition keineswegs als falsch, negativ oder dergleichen zu brandmarken. Den Charme dieser Dualität leuchtete u. a. Isaiah Berlin mit literarisch-philosophischer Feder anhand der Tolstojschen Erzählungen in *Der Igel und der Fuchs* (1953) aus. Essayistisch und auf Denker:innen bezogen, hebt er die Vor- und Nachteile dieser radikal interpretierten Dualität hervor. Unter Rückbezug auf ein Versfragment des griechischen Dichters Archilochos beginnt Berlin sein Essay mit dem Satz: »Der Fuchs weiß viele Dinge, aber der Igel weiß eine große Sache« (Berlin 1953/2009: 7). Der Igel ist in Berlins Interpretation nun den Denker:innen synonym, die »alles auf eine einzige, zentrale Einsicht beziehen, auf ein mehr oder weniger gegliedertes System« (ebd.), während der Fuchs stellverstretend für einen Denkstil steht, der »viele, oft unzusammenhängende und sogar widersprüchliche Ziele« (ebd.) verfolgt.[48]

Sinnbildlich für die wissenschaftstheoretische Diskussion, der hier nachgespürt wird, könnte der Fuchs nun für ein Wissenschaftsverständnis im Zeichen des Pluralismus betrachtet werden oder aber als Revolutionär im Kuhn'schen Sinne, während der Igel dann in diesem Setting prädestiniert erscheint für die normalwissenschaftliche Arbeit. Wenn auch der Transfer vom Fuchs zu Kuhn hochgradig konstruiert erscheint, so zeigt Berlins Gleichnis die Verbundenheit zweier scheinbar konträrer oder konkurrierender Denkformen auf. Es zeigt sich an dieser Igel-Fuchs-Fabel, dass aus einem

48 Während Isaiah Berlin im philosophischen Diskurs zunehmend weniger Beachtung erfährt, kann die Interpretation dieser zwei diametral sich gegenüberstehenden Denkstile bis heute disziplinübergreifend tragen – beispielsweise in der Wirtschaftspsychologie bei Timo Meynhardt zur Unterscheidung von Managementansätzen (vgl. Meynhardt, Hermann & Anderer 2017). Eine kurze Analyse zur aktuellen Berlin-Rezeption in der akademischen Philosophie findet sich zudem in der Dissertation von Robert Reick (vgl. Reick 2016: XX ff.).

Plädoyer für eine pluralistische Wissenschaftsinterpretation nicht zwingend ein einseitiger Totalitarismus abzuleiten ist. Zwei, drei und mehr Denkformen müssen nicht zu einem gegenseitigen Ausschlussverfahren führen, sondern können gemeinsam Erkenntnisse fördern. Es geht hier also vielmehr um ein wissenschaftstheoretisches Metaverständnis, um eine Einordnung der Einzelerkenntnisse im Geflecht des Großen und Ganzen.

Wie genau ist ein Feld des pluralen Wissenschaftsverständnisses nun aber bestellt, für das Feyerabend so eindringlich warb? Dieser Fragestellung folgte Helmut Spinner in seinem Werk *Pluralismus als Erkenntnismodell*. Dieses Werk besteht im Wesentlichen aus drei Teilen, die von Spinner unabhängig voneinander zur Annäherung an einen wissenschaftlichen Pluralismus verfasst wurden. Für die vorliegende Analyse wird vor allem der erste Part der Spinnerschen Überlegungen von Relevanz sein, in welchem er den Pluralismus als Weiterentwicklung des Fallibilismus definiert. En détail nennt Spinner sein Vorhaben: »Fallibilismus und Pluralismus – Vom Rechtfertigungsmodell zum fallibilistischen Erkenntnismodell und zur pluralistischen Revolutionstheorie des Erkenntnisfortschritts: ein wissenschaftstheoretisches und historisches Forschungsprogramm« (Spinner 1974: 9). Diesem Titel gemäß beginnt Spinner seine Ausführungen damit, dass er den Pluralismus als Weiterentwicklung des Fallibilismus argumentiert, womit in einem ersten Schritt notwendigerweise eine Kritik am Rechtfertigungsmodell entwickelt werden muss, deren Auflösung dann in einem zweiten Schritt durch den Fallibilismus proklamiert wird.

In einem ersten Schritt gilt festzuhalten, dass es sich sowohl beim Rechtfertigungsmodell wie auch beim Fallibilismus um zwei mögliche Erkenntnismodelle handelt, die Spinner als die herausragenden betrachtet und sie deshalb einander gegenüberstellt. Es handelt sich also um Modelle zur Ablauferklärung des Geschehens, welches im Falle der (wissenschaftlichen) Erkenntnisgewinnung vonstattengeht. Womit zu Beginn nichts weniger festzulegen ist als die Bedeutung der Erkenntnis bzw. die Bedeutung von Erkenntnismodellen. Dabei betont Spinner, dass die »epistemologisch-methodologischen Kriterien und Regeln, die unsere Erkenntnis normieren, indem sie Ziele setzen und methodische Anweisungen zum Handeln geben, […] nicht gefunden, sondern erfunden« (Spinner 1974: 11) werden. Es handelt

sich bei diesen Modellierungen also um Axiome, um Festlegungen mit dem Ziel, die Erscheinungsform der Erkenntnis zu bestimmen. Damit manifestiert Spinner selbst ebenfalls eine Setzung, eine, die alle anderen Setzungen als solche propagiert. Aber er legt so auch den Grundstein des Fundaments, auf dem sich das Rechtfertigungsmodell und der Fallibilismus im Vergleich begegnen. Das Erkenntnispotenzial ist plural, die Erkenntnismodelle subsummieren »durch Beschluß als Standards oder Regeln akzeptierte (oder verworfene) Konventionen« (ebd.) zur Definition singulärer Erkenntnis, deren Bedingungen und Realisierbarkeit. Doch was unterscheidet nun das Rechtfertigungsmodel vom Fallibilismus? In welchem Verhältnis stehen sie zueinander?

> »Die Entscheidung zwischen alternativen Erkenntnismodellen und den daraus abgeleiteten Wissenschaftsprogrammen, hier polemisch auf die Entscheidung zwischen »Kritizismus« und »Dogmatismus« (Certismus) zugespitzt – unverkürzt ausgedrückt: zwischen dem fallibilistischen Erkenntnismodell einerseits und dem Rechtfertigungsmodell in seinen vielfältigen, fundamentalistischen oder zirkulär-dialektischen, aber durchweg certistischen Spielarten andererseits –, ist, jedenfalls vom Epistemologisch-Methodologischen her, prinzipiell offen und folglich eine echte Wahlentscheidung.« (Spinner 1974: 17)[49]

49 Beim *Certismus* geht es um eine Verquickung des Wahrheitsanspruches mit dem die Erkenntnis laborierenden Verfahren, welches zeitlos über jeden Zweifel erhaben gesetzt wird. Es ist der sichere Ausgangspunkt einer zureichend begründeten Erkenntnis. Die Einführung des *Certismus*-Begriffs stellt einen elementaren Beitrag Helmut Spinners insofern dar, als dass er damit einen bis auf Parmenides zurückreichenden Geschichtsexkurs entfaltet, in dem er das Spannungsverhältnis zwischen *Fallibilismus* und *Certismus* als erkenntnistheoretisch spezialisierte Alternative zum übergeordneten Spannungsverhältnis *Kritizismus* und *Dogmatismus* entfaltet. Diese Leistung soll keinesfalls geringgeschätzt werden, doch führt dieser geschichtsphilosophische Exkurs zu weit weg vom Kern dieser Betrachtung. Zur Intensivierung dieses Themas ist insbesondere *Begründung, Kritik und Rationalität* zu empfehlen, hier wendet sich Spinner diesem Einlass ausgiebig zu (vgl. Spinner 1977: 54 ff.).

Durch die beispielhafte Polemisierung Spinners wird die Unterscheidung der Erkenntnismodelle klarer und kann nun kurzum so verstanden werden, dass das Rechtfertigungsmodell synonym als Dogmatismus und der Fallibilismus synonym als Kritizismus gelesen werden. Dabei ist der Dogmatismus in Spinners Wahrnehmung von einem Ideal geprägt, welches den Fokus auf die empirische Realität scharfstellt und an dem sich die empirische Realität auszurichten hat. Beispielhaft hierfür kann der bereits in Kapitel *3.2.3* betrachtete Prozess der Katholischen Kirche gegen Galilei angeführt werden, in dem die Kirche im Sinne des Rechtfertigungsmodells empirische Realität vor dem Hintergrund der Theorie verhandelte und Galilei dem Experiment einen methodisch reflektierten epistemologischen Rechtsgrund gibt, wodurch die Tatsachenerkenntnis der theoretischen (damals philosophisch und metaphysisch begründeten) Erkenntnis überhaupt Paroli bieten kann. Insofern kann Galilei durchaus als »Wegbereiter des modernen Kritizismus« (Wolandt 1971: 159) verhandelt werden, wenngleich seine tatsächlichen erkenntnistheoretischen Rückbesinnungen im Feld der mittelalterlichen Wissenschaftstheorie berechtigt Gegenstand einer Vielzahl tiefgreifender Studien sind (vgl. u. a. Fischer: 1992; Wolandt 1971; Maier: 1967).[50]

50 Zur tatsächlichen Beschreibung von Galileis Motiven erscheint die historienbewusste Sichtung unzureichend, wodurch das beispielhafte Anführen Galileis mehr als didaktische Raffinesse denn als unumstößliche Argumentation gesehen werden sollte. Insbesondere Klaus Fischer warf eben jene historisch unzulänglich verbriefte und daher vielfältige Interpretation Galileis Motivation par excellence Paul Feyerabend vor. Feyerabend – dies wurde in dieser Analyse bereits ausführlich besprochen – rekurriert insbesondere in *Wider den Methodenzwang* auf Galilei und unterstellt ihm darin eine methodenanarchistische Motivation (vgl. Feyerabend 1976/2013: 105 ff.). Über eben jenen didaktisch wertvollen, historisch angreifbaren Argumentationsstrang wurde auch im angehangenen Interview mit Paul Hoyningen-Huene gesprochen, der zusammenfassend dazu anmerkte: »Alle Regeln haben auch einen faktischen Gehalt, also eine Behauptung über die Welt, und die kann auch falsch sein. Und das bedeutet: Wenn ich eine Regel verabsolutiere, kann ich die Falschheit dessen nicht mehr entdecken. Und dann wird es eben zum Hindernis. […] Das ist der fundamentale Punkt und das ist das theoretische Argument Feyerabends, das meines Erachtens sehr stark ins Gewicht fällt. Den Galileo auszuwerten versinnbildlicht das Ganze natürlich, macht Feyerabend durch Historiker aber auch angreifbar« (Hoyningen-Huene 2021: A. XXIX).

Dogmatisch wurde also hier seitens der Kirche auf dem bewährten Theoriefundus bestanden, während der Kritizismus hingegen als ein permanent sich selbst kritisierendes, teils revidierendes und dadurch optimierendes System im Zeichen des trial-and-error erscheint. Beide Modelle begegnen sich derweil aus erkenntnistheoretischer Sicht scheinbar auf Augenhöhe, beiden ist ein wissenschaftlicher Erkenntnisfortschritt inhärent. Es handelt sich hier, dem Ausdruck Spinners im zuvor ausgeführten Zitat getreu, um eine *epistemologisch-methodologisch prinzipiell offene und echte Wahlentscheidung*. Zur Rolle der Theorie in der Wissenschaft im Allgemeinen merkt Spinner an:

> »Theorien, die ja sowohl im Akt der Erklärung wie in dem der Kritik die entscheidende Rolle spielen, stehen also im Zentrum der Wissenschaft. Sie bilden den Kristallisationspunkt der wissenschaftlichen Erkenntnis. Der Erkenntnisfortschritt besteht primär in dem Prozeß der Ablösung alter durch neue, bessere, insbesondere informativere Theorie.« (Spinner 1974: 21)

Worin sieht Spinner nun also den fallibilistischen, kritischen Vorzug ausgemacht? Um dem Abwägungsprozess Spinners folgen zu können, muss – nach dem bereits ausgeführten grundlegenden Verständnis von Erkenntnis und Theorie – ein weiterer Begriff und die darin eingefasste Problematik erläutert werden: Gemeint ist das von Spinner beleuchtete allgemeine Erkenntnisproblem.

Dieses Erkenntnisproblem untergliedert Spinner in drei »klassische Grundprobleme der Erkenntnistheorie« (Spinner 1974: 22): 1. das Induktionsproblem, welches er im Sinne Kants auch als das Hume'sche Problem bezeichnet, 2. das Abgrenzungsproblem, welches er im Sinne Poppers auch als das Kant'sche Problem benennt und letztendlich 3. das Popper'sche Problem, welches nach Spinner »vor dem Hintergrund eines fallibilistisch-pluralistischen Erkenntnisprogramms […] im Grunde die beiden anderen Probleme in sich einschließt« (Spinner 1974: 23). 1.) Das Induktionsproblem wurde erstmalig von David Hume aufgegriffen und behandelt die Frage, ob, und wenn ja, wann ein aus Einzelfällen abgeleiteter Schluss auf ein allgemeingültiges Gesetz zulässig ist. 2.) Das Abgrenzungsproblem wurde von

Karl Popper ausführlich besprochen und wendet sich der Frage zu, ob es ein gültiges Kriterium zur Unterscheidung von wissenschaftlichen und pseudowissenschaftlichen Behauptungen gibt, und wenn ja, wie ein solches Kriterium genau zu definieren ist. 3.) Das Popper'sche Problem bildet nun die problemzentrierte Sicht Spinners ab. Um dieses zu verstehen, folgend eine längere Passage von Spinner:

> »[D]as Poppersche Problem […] das Problem des (wissenschaftlichen) Erkenntnisfortschritts. Wiederum nur ganz grob skizziert: worin besteht und wie vollzieht sich der Erkenntnisfortschritt? – als wichtigstes wissenschaftstheoretisches Teilproblem: die Frage nach den erkenntnistheoretischen Kriterien für eine rationale Bewertung konkurrierender Theorien sowie nach den methodischen Richtlinien, um im Kampf ums Überleben den besten Theorien zum Sieg zu verhelfen; wann ist es vernünftig, Theorien aufzugeben und durch Alternativen zu ersetzen; wann ist Exhaustion, wann Falsifikation die vernünftigste Strategie?; gibt es »typisch wissenschaftliche« Fortschrittsmuster?; welches sind die tatsächlichen, welches die idealerweise erwünschten Fortschrittsmuster der Wissenschaft?; liegt die Wissenschaft damit auf der »Wahrheitslinie«?« (Spinner 1974: 22)

Dieser Problemskizze gesteht Spinner nun zu, die Spannbreite wissenschaftstheoretischer Überlegungen anzugeben, er bezeichnet die Herausarbeitung dieser Problematik durch Popper sogar als »»kopernikanische Wende« in der Wissenschaftstheorie« (Spinner 1974: 22). Was also steckt nun das Feld der Grundprobleme der Erkenntnistheorie ab?

Spinner rekonstruiert auf den ersten 25 Seiten holzschnittartig seine Highlights der erkenntnistheoretischen Debatten des 18. und 20. Jahrhunderts. Dabei hebt er die Positionen von Hume, Kant und Popper für die Bemessung einer Wissenschaftstheorie des 20. und 21. Jahrhunderts klar hervor.[51]

---

51 Die Zuschreibung des 21. Jahrhunderts fußt derweil u. a. auf der Feststellung, dass die Diskussionen in den angehangenen Interviews mit Spinner und Hoyningen-Huene die Aktualität dieser Spinner'schen Momentaufnahme aus *Pluralismus als Erkenntnismodell* eindrücklich belegen.

I.) Mit Blick auf die Zergliederung des allgemeinen Erkenntnisproblems in drei Teile führt Spinner als erstes das Induktionsproblem an, welches beispielsweise dann zutage tritt, wenn wir allgemeine Schlüsse aus der Empirie vermeintlich notwendig ableiten. Hume ging von zwei Arten des Denkens und Forschens aus, die heute oftmals als Hume‘s Fork verhandelt werden (vgl. Dicker 1991: 327 ff.): 1. Das *Denken in Vorstellungsbeziehungen*, und 2. *in Tatsachen*. Das *Denken in Vorstellungsbeziehungen* meint, dass Schlüsse durch das Verknüpfen bekannter Ideen entstehen, dass also beispielsweise bei einem Junggesellen darauf geschlossen wird, dass er unverheiratet ist. Dieser Schluss ist Produkt des Wissens um die Bedeutung der Kategorie *Junggeselle* und den damit verbundenen und die Kategorie konstituierenden Attributen. Tatsachen lassen sich nun aber nicht so denken, sie sind nicht durch bereits bekannte Ideen logisch erschließbar. Wenn man nun also den möglichen Schluss heranzieht, dass alle Junggesellen in ihrem Zuhause mehr Unterhaltungselektronik beherbergen als Verheiratete, dann kann ich dies nicht aus den Begriffen des *Junggesellen* und des *Verheirateten* schließen. Für diesen Schluss bedarf es einer Tatsachenentdeckung bzw. einer Tatsachenerforschung. Bei der Bildung von Tatsachenwissen, so nun Humes Kritik, spielt immer auch die induktive Verallgemeinerung eine Rolle, die auf der Annahme beruht, dass Zukünftiges dem Vergangenen ähnelt. Wenn ich also aussage, dass mein zum Zeitpunkt der Aussage nicht gegenwärtiger Bekannter Leonard Junggeselle ist, tue ich dies in der Überzeugung, dass er sich seit meinem letzten Kontakt am Vortag nicht fest gebunden hat. Diese Annahme beruht auf meiner Kenntnis von Leonards Gewohnheiten, auf meiner Kenntnis üblicher Anbahnungszeiten romantischer Beziehungen usf.

Mein Tatsachenwissen basiert auf meinem Erfahrungswissen und mein Induktionsschluss ist somit abgeleitet aus meinen Annahmen. Das birgt ein Problem, möchte man den Schluss klar zuordnen. Ersetzt man nun Leonard durch ein Schaf, wird klar, worauf Hume hinweist: Angenommen ich habe bislang nur weiße Schafe gesehen, erscheint mir die Aussage, dass alle Schafe weiß sind, evident gleich der Aussage über Leonards Junggesellenstatus. Es ist hier eben die Annahme, dass Zukünftiges dem Vergangenen ähnelt. Dies bezeichnet Hume auch als Gleichförmigkeit der Natur, also als Verallgemei-

nerung des Erfahrungswissens auf Gegenwärtiges wie Zukünftiges, womit nicht nur für Wissenschaftler:innen eine harsche Konsequenz verbunden ist:

> »Es ist […] unmöglich, dass irgendein Erfahrungsbeweis die Ähnlichkeit der Vergangenheit mit der Zukunft erweisen könnte. Mag der Gang der Dinge bislang auch noch so regelmäßig gewesen sein, so kann das allein nicht beweisen, dass es auch in Zukunft so bleiben werde.« (Hume 1967: 80)

Wir können also nur die zeitliche Abfolge der Tatsachen beobachten, nicht jedoch ursächliche Wirkprinzipien der Tatsachen. Somit können wir nie abschließend beweisen, dass die Regelmäßigkeiten, die wir in der Vergangenheit ausgemacht haben, auch noch in Zukunft gelten werden. Die Schafe sind weiß, aber eben nur so lange, bis wir einem schwarzen Schaf begegnen. Und Leonard ist Junggeselle, aber eben nur so lange, bis er seiner Traumfrau oder seinem Traummann begegnet. Ob Erkenntnis nun also intuitiv (Verknüpfung bekannter Ideen), deduktiv (logische Schlussfolgerungen) oder empirisch (durch zählen der Schafe) gewonnen ist, immer gibt es den Tatsachenrückschluss auf das Erfahrungswissen, wodurch die Rede von Ursache und Wirkung zu einer Erzählung vergangener Zukünfte wird.

II.) Zum Zweiten führt Spinner das Abgrenzungsproblem an. Hierzu wurde in den vorherigen Kapiteln bereits implizit einiges ausgeführt, weshalb die explizite Erläuterung an dieser Stelle leicht gerafft erfolgt. Insbesondere geprägt vom akademischen Umfeld seiner Zeit in Wien (Freuds Psychoanalyse, Adlers Individualpsychologie, marxistische Theorie usf.), war für Popper die Suche nach dem Abgrenzungskriterium valider Wissenschaft zur Pseudowissenschaft ein Thema von herausragender Bedeutung:

> »Was uns aber zur Abgrenzung der Induktionslogik bestimmt, das ist gerade, daß wir in dieser induktiven Methode kein geeignetes *Abgrenzungskriterium* sehen können, d. h. kein Kennzeichen des empirischen, nichtmetaphysischen Charakters eines theoretischen Systems. Die Aufgabe, ein solches Kriterium zu finden, durch das wir die empirische Wissenschaft gegenüber Mathematik und Logik, aber auch gegenüber ›metaphysischen‹

> Systemen abgrenzen können, bezeichnen wir als *Abgrenzungsproblem*.« (Popper 1976: 9)

Popper führt im weiteren Verlauf seiner einführenden Überlegungen zur Logik der Forschung nun aus, dass er die Beliebtheit der Induktionsmethodik als Wissenschaftskriterium auf die grundlegende Verfasstheit positivistischer Wissenschaft zurückführt. Hier attestiert er den Positivist:innen ein prinzipiell begrüßenswertes Handlungsmotiv, wenn sie die Wissenschaften von den Nicht-Wissenschaften trennen wollen, doch arbeitet er heraus, dass die Logik des Positivismus das Induktionsproblem beherbergt und dadurch schlussendlich das eigene Vorhaben der klaren Abgrenzung verunmöglicht:

> »Der Positivismus faßt das Abgrenzungsproblem ›naturalistisch‹ auf: nicht als Frage nach einer zweckmäßigen Festsetzung, sondern als Frage eines sozusagen ›von Natur aus‘ existierenden Unterschiedes zwischen Erfahrungswissenschaft und Metaphysik. […] Besonders deutlich zeigt sich das bei Wittgenstein, bei dem jeder ›sinnvolle Satz‹ logisch auf ›Elementarsätze‹ zurückführbar sein muß, die, wie übrigens alle ›sinnvollen Sätze‹, als ›Bilder der Wirklichkeit‹ charakterisiert werden. […] Der positivistische Radikalismus vernichtet mit der Metaphysik auch die Naturwissenschaft: Auch die Naturgesetze sind auf elementare Erfahrungssätze *logisch* nicht zurückführbar.« (Popper 1976: 11)

Es wird nun recht schnell klar, dass das erste Problem (Induktionsproblem) wie bei einer Matrjoschka auch Teil des Abgrenzungsproblem ist. Während die positivistische Philosophie im Dunstkreis des Wiener Kreises sich an einer klaren Abgrenzung zur Metaphysik im Sinne der Physik als einer Art Leitwissenschaft versuchte, saßen sie dem Induktionsproblem auf und griffen damit nicht nur die der Empirie entfernten und der Logik ungenügenden Pseudowissenschaften an, sondern auch die Naturwissenschaften. Am Ende führt dieser positivistische Abgrenzungsversuch somit gerade nicht zur Abhebung wissenschaftlichen Forschens gegenüber pseudowissenschaftlichem, »sondern zu einer Gleichsetzung der naturwissenschaftlichen und metaphysischen Theoriesysteme« (Popper 1976: 11). Diesen Problemen will

Popper nun durch das fallibilistische Erkenntnismodell begegnen, worin Spinner die nächste Ebene der Matrjoschka ausmacht. Was genau ist nun Poppers Ansatz?

Spinner betont in seinen Ausführungen stets den Fallibilismus als erkenntnistheoretische Oberkategorie Poppers Falsifikation. Es handelt sich beim Fallibilismus um eine erkenntnistheoretische Position, derer zufolge eine absolute Gewissheit nicht existieren kann und man somit stets den Irrtum miteinkalkulieren muss. Daraus resultieren schwerwiegende Folgen für die Erkenntnis- und Wissenschaftstheorie, beispielsweise der methodische Ausschluss einer Rechtfertigungs- und Begründungsstrategie mit dem Anspruch einer Letztbegründung. Statt einer Letztbegründung kann ein fallibilistisches Erkenntnismodell also nur den Anspruch bedienen, Hypothesen, Meinungen u. ä. durch kritische Prüfverfahren von Irrtümern zu entledigen und diese durch stichhaltigere Alternativen zu ersetzen. (vgl. Spinner 1974: 200 ff.) Genau an diesem Punkt eines Prüfverfahrens zur Ausmerzung von Irrtümern setzt Poppers Falsifikationismus an.

Poppers Kritik am Positivismus wurde bereits im Kern ausgeführt, hauptsächlich sah er das Verifikationsverfahren und das darin eingeschlossene Induktions- wie Abgrenzungsproblem äußerst kritisch. Da Induktionsschlüsse nach seiner Analyse als unberechtigt angesehen werden müssen, sieht er auch die empirische Verifikation genereller Aussagen und Gesetze als ungültig an (vgl. Popper 1976: 16). Wissenschaftliche Theorien sind zudem nicht begründbar, stattdessen nur prüfbar (vgl. Popper 1976: 21). Was folgt für Popper daraus? Die Tragweite dieser Analyse zielt auf nichts Geringeres ab als auf den Wissensbegriff. Hierzu gab es in dieser Analyse bereits einen Vorschub innerhalb von Kapitel *2.2.2*, in dem Poppers Einwand gegen das wahre Wissen durch ein Verständnis des sinnhaften Verstehens ersetzt wurde. Damit setzt das Wissen keine Rechtfertigung voraus.

Und wie greift nun Poppers Falsifikationismus diese analysierten Probleme auf? In einem ersten Schritt gilt es für Popper, das Abgrenzungsproblem anzugehen, demnach – wie bereits ausgeführt – die empirischen Wissenschaften nicht mit der induktiven Methode vereinbart werden können, gleichwohl aber auch das reduktionistische und verifikationistische Abgrenzungskriterium nicht zu greifen vermag. Popper schlägt zur Lösung dieses

Problems vor, die Falsifizierbarkeit als Abgrenzungskriterium zu verwenden (vgl. Popper 1976: 17). Somit begegnet er dem Induktivismus des Positivismus mit einer deduktivistischen Weltauffassung, in der wissenschaftliche Theorien nicht begründet, sondern geprüft werden. Sogenannte Basissätze werden der wissenschaftlichen Prognose abgeleitet und in einen Falsifikationsprozess überführt, aus dem sie als verifiziert und damit bewährt oder als falsifiziert hervorgehen. Am Ende stehen somit *bewährte* oder *unbewährte* Theorien, und somit explizit nicht im Begründungsansinnen wahre oder unwahre.

III.) Was genau umfasst nun das von Spinner ausgemachte Popper'sche Problem? Um dieser Frage auf den Grund gehen zu können, bedarf es eines kurzen Überblicks über Spinners Kritik der Erkenntnistheorie, die im Wesentlichen an der Kritik Poppers anknüpft. Im Zentrum steht laut Spinner immer die Frage der Rechtfertigung der Erkenntnis. Betrachtet man die bisherigen Debatten lässt sich mit Spinner festhalten:

> »Echte Erkenntnis ist dadurch ausgezeichnet, daß sie in ihrem Wahrheitsanspruch zureichend begründet und dadurch geltungsmäßig gerechtfertigt ist. Und da der Beweis die strengste und sicherste Art der methodischen Begründung darstellt, setzt die bewiesene Wahrheit das Gardemaß für das certistische Erkenntnisideal, an dem sich das Rechtfertigungsdenken in der insofern bemerkenswert kontinuierlichen Problemgeschichte der Erkenntnislehre von Aristoteles über Euklid über Kant und Hegel bis zu Dingler, Russell und Carnap orientierte.« (Spinner 1974: 24 f.)

Echte Erkenntnis muss also in erster Linie als solche argumentiert und behauptet werden können, wofür ein klassisches Beweisverfahren als Königsweg erscheint. Nun hat aber dieses klassische Beweisverfahren zwei elementare Probleme: 1. Wird das Beweisverfahren irgendwann zum *Argumentum ad infinitum* oder bleibt im zirkulären Verlauf verhaftet – mit Rückbezug auf Hans Albert führt Spinner diese Problematik auch als »Münchhausen-Trilemma des Rechtfertigungsdenkens« (Spinner 1974: 32) aus. Zudem krankt es 2. an einem »Paradox der Rechtfertigungsbasis« (Spinner 1974: 33), an der fehlenden Ur-Erkenntnis, auf der alles aufbauen kann. Das Begründungs-

verfahren verläuft also irgendwann notwendig im Kreis, oder sogar in einem Kreis von Kreisen, wodurch es »streng genommen erst »im Ganzen« (durch das Ganze – für das Ganze) der Erkenntnis die angestrebte Rechtfertigung« (Spinner 1974: 26) zuführen kann. Dies liegt an der systemimmanenten Notwendigkeit einer Letztbegründung, wodurch sie zirkulär oder als *Argumentum ad infinitum* verlaufen, sofern sie nicht willkürlich an irgendeinem Punkt abgebrochen werden. Zudem fehlt dem Begründungsverfahren ein Ausgangspunkt, der als »kognitiv privilegierte Instanz [und; Anm. SR] epistemologische Autorität, im Idealfall Infallibilität« (Spinner 1974: 29) auftreten kann, um dem Beweisverfahren ein tatsächliches Wahrheitskriterium zuzuführen.

Unter all diesen Problemlagen, die das Rechtfertigungsmodell im Zeichen eines epistemologischen Fundamentalismus aufzeigt, drängt sich die Suche nach einer erkenntnistheoretischen Alternative auf, weshalb Spinner für die »Umkehr durch eine Wende zum rechtfertigungsfreien Denken, zum fallibilistischen Kritizismus, der sich als strenge, globale Alternative zum Rechtfertigungsmodell anbietet« (Spinner 1974: 43) plädiert. Es ist nun die Erkenntnisgewinnung durch Kritik, die im Zeichen Poppers bei Spinner die weitere Grundlage bildet. Es gibt kein Fundament der Erkenntnis, Popper weiß dies und trägt dem Rechnung:

> »Die (inhaltliche) Wahrheit wird damit zu einer »verborgenen« aber deswegen keinesfalls »okkulten« epistemologischen Qualität, die immer nur vermutet und – durch korrektes logisches Schließen – übertragen, aber nie im Sinne des Rechtfertigungsdenkens positiv begründet werden kann. […] Unterminiert wird also nur unser Glaube, die Wahrheit jemals definitiv erkannt und damit »im Besitz« zu haben. Die radikale Zerstörung des illusionären Glaubens an die Möglichkeit absoluter Wahrheitserkenntnis kann der kritischen Erkenntnis und damit letztlich der Sache der Wahrheit nur gut tun.« (Spinner 1974: 49)[52]

52 Insbesondere Paul Feyerabend und Helmut Spinner sind in der Rezeption immer wieder mit postmodernen Denker:innen und Positionen in Verbindung gebracht worden. Das klang in dieser Analyse bereits wiederholt an (u. a. in Kapitel 3.2.2 und 3.2.3), und auch in den Experteninterviews wurde die Postmoderne als Kate-

Hieran aufbauend und anschließend zeigt Spinner nun ausgehend von Popper auf, weshalb der Erkenntnisfortschritt zum Hauptaugenmerk menschlichen Erkenntnisinteresses erklärt werden sollte und weshalb Kritik hier als der entscheidende Wachstumsbeschleuniger des Erkenntnisfortschritts auftreten wird. Schließlich vermochte es Popper mit seinem Forschungsprogramm aufzuzeigen, dass das positivistische und dogmatische Erkenntnisprogramm bereits an den Wahrscheinlichkeiten scheitert, verhält es sich

---

gorie für die Philosophie von Feyerabend thematisiert. Helmut Spinner sieht Feyerabend dabei durchaus im Zeichen eines philosophischen Schulterschlusses mit der postmodernen Tradition (vgl. Spinner 2021: XIV), Paul Hoyningen-Huene hingegen sieht diese Verbindung als gegenstandslos an (vgl. Hoyningen-Huene 2021: XXVII). Inwieweit dieser Grundannahme nun konsequent gefolgt werden kann, dazu kann wohl vorzüglich gestritten werden. Dass die Idee einer postmodernen Kurzschließung im Zeichen Feyerabends Anarchismus und Spinners Pluralismus aufkommt, liegt nichtsdestotrotz am unbestreitbar überlappenden Vokabular der verschiedenen Theorieschriften. Eine solche Überlappung zeigt sich auch hier, wenn Spinner von der *radikalen Zerstörung des illusionären Glaubens an die Möglichkeit absoluter Wahrheitskenntnis* schreibt. Hier könnte zur weiteren postmodernen Spurensuche beispielsweise Jean-Francois Lyotard aufgetan werden, welcher in seinem Buch *Der Widerstreit* u. a. schreibt: »Es existiert keine Diskursart, deren Hegemonie über die andere gerecht wäre« (Lyotard 1989: 262) und zudem zur Möglichkeit einer *höchsten Diskursart* anmerkt: »Entweder ist diese [die höchste Diskursart; Anm. SR] Teil aller Diskursarten, ihr Spieleinsatz ein Einsatz unter anderen und ihre Antwort also nicht die höchste. Oder sie gehört nicht zur Gesamtheiten aller Diskursarten und umfaßt folglich nicht alle Spieleinsätze, da sie ihren eigenen ausnimmt. [...] Das Prinzip eines absoluten Sieges einer Diskursart über die anderen ist sinnleer« (Lyotard 1989: 230). Für Lyotard gilt, dass sich beim Aufeinanderprallen verschiedener Diskursarten unvermeidlich ein Widerstreit (*différend*) entspinnt, welchen er vom schlichtbaren Rechtsstreit (*litige*) unterscheidet. Dies erscheint vor der Ausführung einer Wahlfreiheit zur Option radikaler Zerstörung im Zeichen kritischer Erkenntnis durch Spinner wohl anschlussfähig, und auch Feyerabends *Anything goes* als Wettbewerbsformel verschiedener Theorien geht hierin auf. So überrascht es auch wenig, dass sowohl Spinner wie auch Feyerabend von Wolfgang Welsch in *Unsere postmoderne Moderne* als Denker:innen *plural gewordener Vernunft* angeführt werden (Welsch 1991: 266 ff.). Welschs Überlegungen erscheinen hier wegweisend, möchte man der Frage nach postmodernen Anleihen in den wissenschaftstheoretischen Überlegungen von Feyerabend und Spinner nachgehen, weshalb sie zum Abschluss der Analyse in Kapitel 7 nochmals detaillierter und dem Fußnotenverbleib enthoben, besprochen werden.

doch nachgewiesenermaßen so, dass eine Aussage »geltungsmäßig von vornherein umso wahrscheinlicher [ist; Anm. SR], je geringer ihr Informationsgehalt, also je leerer und trivialer sie ist« (Spinner 1974: 49).

Das grundlegende Streben nach erkenntnistheoretischer Sicherheit und Wahrscheinlichkeit ist somit dem Fortschritt gegenüber hintanzustellen. Die permanent zwischengeschaltete Kritik zur Falsifikation tritt an die Stelle der ewigen Bemühung zur Begründung und Rechtfertigung. Damit einher geht die Grundannahme, dass der Irrtum als Folge erfolgreicher Kritik etwas gar Wünschenswertes, die Erkenntnis Voranbringendes ist. Es ist der Fallibilismus, »der Vorurteile und Irrtümer in Form falscher Antizipationen (Annahmen, Hypothesen, Theorien) und damit das Falsche überhaupt, insbesondere die zur Inkonsistenz verschärfte Falschheit, in den Erkenntnisprozeß einbaut und für den Erkenntnisfortschritt nutzbar macht« (Spinner 1974: 50). Dieser Umgang mit der Falschheit birgt zudem noch einen weiteren elementaren Vorteil gegenüber dem Rechtfertigungsmodell, da der fallibilistische Kritizismus keinen wahren Anfang, keinen möglichst gesicherten und unbedenklichen Startpunkt für seinen Erkenntnisprozess braucht:

> »Jeder beliebige Anfang – etwa in Form von möglicherweise sogar völlig falschen, unter Umständen gerade wegen ihrer Falschheit bewußt gewählten Voraussetzungen, Annahmen, Theorien oder Metatheorien – ist grundsätzlich gut genug, um im fallibilistischen Erkenntnismodell als Ausgangspunkt für Verbesserungen, als Startpunkt für Erkenntnisfortschritt zu dienen.« (Spinner 1974: 52)

Damit wäre nun grob skizziert, warum der Fallibilismus grundlegend den dogmatischen Erkenntnismodellen vorzuziehen ist. Somit bleibt nun für dieses Kapitel abschließend zu klären, worin Spinner nun exakt das Popper'sche Problem ausmacht und warum der später von Spinner vorgeschlagene Fallibilistische Pluralismus diesem Problem (besser) gerecht wird. Es wurde bis hierhin bereits rekonstruiert, wie Spinner a) die Relevanz des Erkenntnisfortschritts gegenüber der möglichst sicheren Erkenntnis argumentiert, b) damit das traditionelle Rechtfertigungsproblem als Teil eines

epistemologischen Fundamentalismus ausmacht, gegen den er c) Poppers fallibilistischen Kritizismus in Stellung bringt.

Um nun also das Popper'sche Problem freizulegen und Spinners Kritik an das eigentliche Ziel zu führen, bedarf es der Klärung dreier grundlegender Begriffe, die zum Teil bereits Anwendung erfahren haben, ohne eine ausführliche Definition beigestellt bekommen zu haben; es geht um den *Theorienpluralismus [i],* den *Monopolpluralismus [ii]* und den *Monismus [iii].* Zum Theorienpluralismus führt Spinner an:

> »Theorienpluralismus ist gegeben dann und nur dann, wenn es eine Pluralität von Theorien gibt, die zueinander im Verhältnis gegenseitiger Kritik stehen. Also kann kein Standpunkt sinnvollerweise den Anspruch erheben, selbst »der Pluralismus« zu sein, die geforderte Pluralität der Standpunkte zu verkörpern oder zu repräsentieren und alternative Standpunkte mit dieser Behauptung als angeblich »nichtpluralistisch« ausschließen zu dürfen. Es gibt Theorienpluralismus oder das Gegenteil davon (also Monismus), aber es gibt keine »pluralistischen« oder »nichtpluralistischen« Theorien.« (Spinner 1974: 238)

Hieraus wird bereits klar, dass der Theorienpluralismus als Grundlage miteinschließt, dass ein Ausschluss einer Theorie unter dem Verweis, dass diese nichtpluralistisch sei, nicht möglich ist. Es handelt sich in diesem Sinne beim Theorienpluralismus um eine radikale Theorie, *radikal-inklusiv* sozusagen.

Der *Monismus [iii]* bildet das Gegenteil zum *Theorienpluralismus [i]*, er umfasst kategorisch die traditionellen dogmatischen Erkenntnissysteme. Wichtig ist die Feststellung, dass die Theorieoffenheit des Theorienpluralismus auch im Subtext gilt, was Spinner im Begriff des Monopolpluralismus verankert. Diesen *Monopolpluralismus [ii]* führt Spinner als einen falsch verstandenen und verkürzten Theorienpluralismus aus, welcher meint, er könne in der metatheoretischen Konzeptionsdebatte als neutral auftreten:

> »Die Pluralismustheorie [ist] selbst ein Standpunkt unter vielen möglichen (metatheoretischen) Alternativkonzepten. […] Er [der Theorienpluralismus, Anm. SR) kann »Kläger« oder »Beklagter«, aber nicht unparteiischer

> Richter sein! Damit entzieht die Pluralismustheorie dem »Monopolpluralismus« restlos die erkenntnis- und wissenschaftstheoretische Legitimation. »Monopolpluralismus« wäre nichts weiter als Scheinpluralismus, der in Wirklichkeit verschleierter Monismus ist.« (Spinner 1974: 239)

Kurzum: Der Theorienpluralismus ist in Spinner'scher Philosophie gedacht eine Annahme pluraler Theorienkonkurrenz, auch mit Blick auf das grundlegende Setting einer solchen Annahme. Das bedeutet, dass ein monistisches Bestreiten einer Existenz solch eines pluralen Settings möglich sein muss. Der Monopolpluralismus, von Spinner als inkonsequente Hybridform kategorisiert, sieht sich dem Theorienpluralismus verpflichtet, jedoch eben nicht ursächlich. Das bedeutet, dass ein monistisches Bestreiten der Existenz eines pluralen Settings in diesem Falle unsinnig wäre. Radikal verkürzt: *[i]* lässt mehrere Wahrheiten in Konkurrenz treten, auch die grundlegende Annahme pluraler Wahrheit; *[iii]* sieht eine Wahrheit hervorgehoben argumentier- und belegbar gegenüber anderen Wahrheiten; *[ii]* lässt mehrere Wahrheiten in Konkurrenz treten, die Annahme pluraler Wahrheit wird gegenüber singulären Wahrheitsannahmen jedoch nicht zur Diskussion ausgeschrieben.

Mit jenem begrifflichen Verständnis gerüstet, machen sich nun vielleicht bereits erste Vermutungen breit, inwieweit Spinner seinen Fallibistischen Pluralismus in Stellung bringt. Tatsächlich setzt er mit dem, was er als Popper'sches Problem bezeichnet, einen Analyseprozess in Gang, bei dem Feyerabends Überlegungen, denen nach der Pluralismus eine Konsequenz des Popper'schen fallibilistischen Kritizismus ist, als gesetzt und grundlegend betrachtet werden. Durch Poppers Forschungsprogramm, so Spinners Feststellung, ist der Theorienpluralismus als Erkenntnismodell also erfolgreich als »direkte Konsequenz des fallibilistischen Kritizismus« (Spinner 1974: 80) argumentiert und »in Gestalt einer Theorie des Erkenntnisfortschritts […] vor allem Feyerabends Werk« (Spinner 1974: 80). Es waren Feyerabend und Kuhn (vgl. u. a. Spinner 1974: 79), die der fallibilistischen Programmatik Poppers die entscheidende Konnotation als Fortschrittsprogramm gegeben haben und damit zugleich das Popper'sche Problem offenbarten – die ungelöste Frage nach den erkenntnistheoretischen Kriterien, anhand derer konkurrierende Theorien aufrechterhalten oder verworfen werden. Ein feh-

lender Quellcode für die Fortschrittslogik des Popper'schen Forschungsprogramms wurde also bemängelt. Wann ist es vernünftig, eine Theorie aufzugeben und zu ersetzen? Gibt es so etwas wie wissenschaftstheoretische und vielleicht gar wünschenswerte Fortschrittsmuster? Kurzum: Wie wird dieses Forschungsprogramm Poppers nun konkret in Anwendung gebracht, wenn doch konsequenterweise ein *Anything goes* dahintersteht?

Hier kritisiert Spinner nun die Positionen von a.) Karl Popper (der dies u. a. versucht in der Bewährtheit von Basissätzen auszumachen, die wiederum rückgekoppelt an historische Tatsachen sind und damit einer Vorstellung im Wahrheits- und Wirklichkeitshorizont unterliegen; vgl. dazu u. a. Popper 1976: 219 ff.), b.) Thomas Kuhn (der auf einen nicht weiter spezifizierten »eingebauten Mechanismus, der eine Lockerung der Restriktionen für die Forschung gewährleistet, sobald das Paradigma [...] nicht mehr wirksam funktioniert« (Kuhn 1962/2014: 38) verweist), sowie c.) Lakatos (der den Verweis auf die Einschätzung der wissenschaftlichen Elite übt und dies exemplarisch damit ausführt, dass Popper sein Abgrenzungskriterium in der wissenschaftlichen Wertschätzung für Newton und Einstein sowie der wissenschaftlichen Geringschätzung für die Freud'sche Psychoanalyse und den Marxismus bestimmte; vgl. dazu u. a. Lakatos 1971: 124). Spinner schließt an die Feststellung, dass diese vermeintlichen Lösungsvorschläge unbefriedigend erscheinen, ein Plädoyer an, welches vor allem die herausragende Bedeutung dieses Problems und die Notwendigkeit eingehender Beschäftigung damit betont:

> »In der Wissenschaft wirkt weder die offene Rationalität einer autonomen »reinen Vernunft« noch die verborgene Rationalität einer Smithschen »hidden hand«, sondern lediglich die durchaus »unreine« Vernunft, gesteigert zuweilen bis zur reinen Unvernunft, irdisch-menschlicher Erkenntnissubjekte und Institutionen.« (Spinner 1974: 100/101)

Diese Feststellung erscheint in der Tat immens wichtig, denn auch wenn die zugrunde gelegten Forschungsprogramme und Erkenntnismodelle verschieden sein mögen, so betont Spinner hier eben jenen Hinweis, dem sich diese Analyse aus wissenschaftstheoretischer Perspektive zuwendet: Die Verwal-

tungspraxen in den Bibliotheken, Studierstuben, Laboren usf. sind keineswegs bloße buchhalterische Beschäftigung einer verwalterischen Eigenlogik, es sind eben jene Praxen, die in den Erkenntnisprozess hineinwirken und daher – so die These dieser Arbeit – bewusster Reflexion als Teil des Forschungsprozesses bedürfen. Aber wie könnte nun eine vernünftige Politik aussehen, die über die Bestätigung und die Eliminierung wissenschaftlicher Hypothesen bescheidet und die schlussendlich nichts Geringeres verfügt, als über die Kipppunkte der Paradigmenwechsel zu bestimmen?

Grundlegend ist das Handling dessen, was falsifiziert werden soll, und der Umgang mit bereits Falsifiziertem eine empirische Angelegenheit. Um also die Frage nach der vernünftigen Praxis zu beantworten, muss die Frage nach dem/der guten Empirist:in gestellt werden. Gute Empiriker:innen definiert Spinner vor allem dadurch, dass sie sich darüber im Klaren sind, dass auch Erfahrung verbesserungsfähig und verbesserungsbedürftig ist und dass Erfahrungswissen »um so dringender prüfungsbedürftig [ist], je mehr es dank einer positivistisch-empirischen Wissenschaftsideologie« (Spinner 1974: 101) vor Kritik und Korrekturbemühen zurückgehalten wurde. Jedes noch so sicher geglaubte Wissen, jeder noch so gut bewährte und in der Erfahrung verankerte Standpunkt muss der wissenschaftlichen Kritik zugeführt werden, »auch wenn diese zunächst den bewährten Theorien hoffnungslos unterlegen erscheinen« (Spinner 1974: 101). Es ist auch hier wieder der Fall des Galilei exemplarisch anzuführen, der auf Grundlage eines noch nicht etablierten Messgerätes und sowohl gegen die *scientific community* wie gegen die politischen Obrigkeiten seiner Zeit, nichts Geringeres unternahm, als das Weltbild in Frage zu stellen. Ein solches Unterfangen muss derweil durchgesetzt werden, mit wissenschaftlicher Propaganda und nicht selten gegen die eigene Kollegschaft, und da diese »oft zugunsten des herrschenden Standpunktes sozusagen bestochen ist, ist die Entwicklung radikal neuer Theorien vom Charakter strenger und globaler Alternativen nur durch Spekulation gegen die Erfahrung möglich« (Spinner 1974: 102).

Das folgende Schaubild *Prinzip Kritik* ist in Anlehnung an zwei Schaubildskizzen Spinners entstanden.[53] Es stellt dabei den Versuch dar, die *Spekulation gegen die Erfahrung*, die dem Theorienpluralismus folgt, graphisch nachzuvollziehen. Es ist also eine schematische Darlegung des Kritikverständnisses aus der Perspektive Spinners. Es ist das Schema F des kritischen Rationalismus und Praxis des Problemlösens durch Theorie und Kritik. Dabei fällt wohl am stärksten die farbliche Unterscheidung auf, diese zielt auf einen alltäglichen und lebensweltlichen Part des Prinzips (magentafarbig hinterlegt) und einen wissenschaftlichen Part (orangefarbig hinterlegt) ab. Wie genau das Lebensweltliche, im Überschlag als Lebensform der Forscher:innen gedacht, funktioniert, wird im Folgekapitel *3.3.2* genauere Beachtung erfahren. Aber auch ohne eine dezidierte Ausführung hierzu erschließt sich das Prinzipielle der Kritik bereits. Das Erkennen als kognitive Leistung ist abhängig vom Wissen und bestimmt vor diesem Hintergrund Wahrheitsvermutungen, welche dann beispielsweise im Fortlauf zur Spekulation gegen die Erfahrung führen können. Das Argumentieren übernimmt eine Ordnungsfunktion, indem es dabei zum Beispiel Wahrheitsvermutungen kategorisiert und clustert. In diesem Zusammenspiel – also dem von Wahrnehmung, der Hinterlegung von Vorerfahrungen und der Ordnung all dessen durch Argumentation – kommen bereits im alltäglichen Kritikbegriff Theorie und Kritik zusammen. Davon ausgehend entwickelt Spinner den wissenschaftlichen Anspruch – einerseits durch den kritischen Rationalismus (im Zeichen des Erkennens) und andererseits durch den erkenntnistheoretischen Pluralismus (im Zeichen der Argumentation).

53 Dieses Schaubild ist eine Modifikation zweier früherer von Helmut Spinner entworfenen Schaubilder in *Ist der kritische Rationalismus am Ende* S. 112 und *Das ›wissenschaftliche Ethos‹ als Sonderethik des Wissens* S. 27.



PRINZIP KRITIK

Anleitendes Erkennen

Kontrollierendes Argumentieren

Eine **kognitive Dominanz** bestimmt historisch wie systematisch die Spezifikation der Erkenntnis ggü. allen anderen Einflussfaktoren

Die kognitive Dominanz ergibt die **Relevanz des Wissens** als Leitprinzip und Maß für die Spezifikation

Die Kontrollfunktion der Kritik setzt die **Kompetenz zur Argumentation**, bspw. die Kritikfähigkeit des Individuums voraus

Zur Kompetenz der Argumentation kommt eine **unbedingte Kritikoffenheit** hinzu, die überhaupt erst die Maßnahme der Kritik ermöglicht

Die Spezifikation fungiert als **Ideenorientierung für die individuelle Wahrheitsperspektive,** grundiert so den Erkenntnisvorsprung - *Zuerst denken, dann handeln!*

Das Wissen **bestimmt das Ideensetting und identifiziert die Informationsabhängigkeit** der Tatbestände, die Bedingtheit von Problemstellungen und Lösungen

Daraus ergibt sich überhaupt erst die **Artikulationsfähigkeit und Organisationsmöglichkeit der Kritik**

Durch die Aufnahme von (kritischen) Argumenten wird die **Korrigierbarkeit der jeweiligen Spezifikation** und des jeweiligen Ideensettings durch Kritik möglich

Das **Prinzip Kritik tritt als Problemlösen durch Theorie & Kritik auf** und beruht schemenhaft auf einigen erkenntnistheoretisch prominenten Vorarbeiten:

Grundlegend für die Überlegungen einer kognitiven Dominanz und der Relevanz des Wissens sind u.a. die methodologischen Kriterien von **Karl Popper** und dessen Konzeption des wissenschaftlichen Erkenntnisfortschritts

Grundlegend für die Überlegungen einer Argumentationskompetenz u. einer unbedingten Kritikoffenheit sind u.a. Überlegungen zum Theorienpluralismus von **Paul Feyerabend** und die Überlegungen von **Thomas S. Kuhn** zum Erkenntnisfortschritt

Kritischer Rationalismus

Erkenntnistheoretischer Pluralismus

Kritischer Pluralismus als Problemlösen durch Theorie & Kritik

Schaubild *Prinzip Kritik*

Es ist nun also klar, dass sich neue wissenschaftliche Erkenntnis oft aus der Spekulation gegen das Bekannte ergibt und dass der wissenschaftliche Fortschritt in eben jenen Überwindungsmomenten verankert ist, in denen alte Theorien abgelöst werden. Wissenschaft ist daher als Unternehmung der Überwindung eigenen Wissens und eigener Empirie zu verstehen, weshalb die Kritik am Status Quo radikal verfolgt werden muss. Dies ist die Quintessenz der erkenntnistheoretischen Problematik, die Spinner als das Popper'sche Problem benannte. Es ist nun auch klar, weshalb Spinner das Hume'sche wie auch das Kant'sche Problem im Popper'schen Problem aufgehen sah, da die Überwindung dieser Probleme Teil des Popper'schen Forschungsprogramms ist.

Am Ende steht – ausgehend vom Rechtfertigungsmodell im Zeichen des Monismus über den Fallibilismus über den Theorienpluralismus – der Entwurf des Spinner'schen Pluralismus als Erkenntnismodell oder auch als Fallibilistischer Pluralismus. Dahinter verbirgt sich die Annahme einer pluralen Erkenntniswirklichkeit, der man sich vernünftigerweise falsifizierend annähert. Zu klären bleibt nun, ob, und wenn ja, wie, sich Handlungsempfehlungen im Sinne Spinners ableiten lassen, mit denen Erkenntnismanagement betrieben werden kann.

3.3.2 Zur Grundlegung eines wissenschaftlichen Ethos – Helmut Spinner II

Es sind die in *3.3.1* explizit dargelegten wissenschaftstheoretischen Grundannahmen, von denen ausgehend nun mögliche Verwaltungspraxen in den Blick genommen werden sollen. Von diesem epistemologischen Programmentwurf ausgehend – so die These – kann nun also geschaut werden, wie ein wissenschaftliches Ethos im Sinne Helmut Spinners bestellt sein muss. Dazu wird in einem ersten Anlauf die Forschungspraxis Betrachtung finden, um dann in einem zweiten Anlauf die Ebene verwalterischer Tätigkeit zu betrachten, die hinter den Forschenden steht. Als Ethos subsummierend erfolgt ein geraffter Impuls zum Ende des Kapitels. Dabei wird das Vokabular im Hinblick auf den konkreten Anwendungsbezug absichtlich unscharf gehalten: Wie in Kapitel *2.2.3* bereits ausgeführt, werden die Universitäten

als Forschungsstätten par excellence betrachtet und in der späteren Analyse zu Grunde gelegt, doch greifen die folgenden wissenschaftstheoretischen Überlegungen auch institutionsunabhängig.[54]

Die Überlegungen zur Praxis im Forschungsprozess knüpfen direkt an das Kapitel *3.3.1* an und werden sich nochmals in recht genuin wissenschaftsphilosophischer Manier der Frage nach dem Kipppunktmanagement im Forschungsprozess zuwenden. Das bedeutet, dass hier den Fragen nachgegangen wird, wann es vernünftig ist, eine Theorie aufzugeben und zu ersetzen, sowie die Frage zu klären, wie dies handwerklich vor dem pluralistischen Erkenntnismodell überhaupt bewerkstelligt werden kann. Dabei wurde im vorangegangenen Kapitel bereits herausgearbeitet, dass die Forscher:innen vor der Aufgabe stehen, vernünftig zu agieren – beispielsweise wenn sie entscheiden müssen, ab wann eine falsifizierte Hypothese fallengelassen wird bzw. wie lange bereits falsifizierte Hypothesen der Falsifikation zum Trotz beibehalten werden sollten. Geht dies überhaupt? Widerspricht das nicht grundlegend der Falsifikation? Dies wurde bereits innerhalb dieser Untersuchung thematisiert, soll an dieser Stelle jedoch ein weiteres Mal als Kernelement eines Fallibilistischen Pluralismus erläutert werden: Grundlegend gilt im Theorienpluralismus eine pluralistische Ideenkonkurrenz, neue Ideen sollen also in Permanenz gefordert und gefördert werden:

> »Mehr (und als Folge schließlich auch bessere) Theorien sind auf zwei zunächst ganz verschiedene Weisen zu bekommen, deren dialektisches Zusammenspiel für das praktische Funktionieren des fallibilistisch-pluralistischen Erkenntnismodells wichtiger und für dessen Beschreibung charakteristischer ist als gewisse spektakuläre Slogans […]: durch Vermehrung der Geburten einerseits und Verminderung der Sterblichkeit, d.h. Vergrößerung der Lebenserwartung infolge Verhinderung des vorzeitigen Todes der Theorien, andererseits. Das pluralistische Proliferationsprinzip, das für die vermehrte Einführung neuer Ideen verantwortlich ist, bedarf

54 Das bedeutet, dass diese Überlegungen in der hiesigen Ausführung wohl auch auf Kirchen, Klöster uvm. als Wissenschaftsträger ebenfalls anwendbar wären und in dieser epistemologischen Globalität nicht zugeschnitten werden sollen, um eine grundlegende Funktionslogik nicht vorab institutionell einzuzwängen.

> also der Ergänzung durch ein in diesem Kontext nicht weniger pluralistisch wirkendes Erhaltungs- oder Bewahrungsprinzip […].« (Spinner 1974: 90)

Das bedeutet grundlegend, dass auch Forscher:innen mehrere Optionen aushalten müssen und dass sie – und dies scheint essenziell mit Blick auf die Frage nach dem konkreten Umgang der Forschenden im Zeichen des Fallibistischen Pluralismus – auch scheinbar schwächere Theorien unter gewissen Umständen vernünftigerweise erhalten und bewahren. Aber ist der Akt des Bewahrens, des Konservierens nicht widersprüchlich vor dem Hintergrund des Erkenntnisfortschrittprogramms? Mitnichten, jedenfalls sofern die Motivation dem Modell gerecht wird, erwidert Spinner hier, wenn er feststellt:

> »Um sich *bewähren* zu können, müssen Theorien zunächst *bewahrt* werden. In diesem Sinne »konservative« Strategien sind also im Lichte einer kritisch-progressiven Erkenntnislehre differenziert zu beurteilen: *positiv*, wenn sie pluralistisch, und *negativ*, wenn sie monistisch wirken.« (Spinner 1974: 91; H.i.O)

Nun könnte man reflexmäßig Willkür unterstellen und einen von Spinner selbst abschätzig bewerteten Monopolpluralismus hinter dieser Haltung vermuten, tatsächlich aber nur dann, wenn das letzte Wort des angeführten Zitats nicht ausreichend Beachtung erfährt: Es geht Spinner bei der Entscheidung, ob ich als forschende Person eine Theorie bewahre oder nicht, nicht darum, die Intention der Person als entscheidend zu reklamieren. Es geht um die Wirkung, die mit der Entscheidung einhergeht. Wirkt die Bewahrung monistisch in dem Sinne, dass ich eine andere, mir liebgewonnene Theorie unterstützend absichern will oder bewahre ich die Theorie, weil ich sie für einen guten Prüfstein für noch jüngere, aber vielversprechende Theorien halte? Damit ist einerseits klar, dass Forschende ihrer Tätigkeit nur im Bewusstsein des pluralistischen Erkenntnishintergrunds gerecht werden können, und andererseits stellt sich noch immer die Frage, was die Forschenden dazu befähigt, diese Vernunftsentscheidung zwischen Bewahren und Verwerfen zu treffen?

Für diese Entscheidungsabwägung gibt es grobe Parameter, die seitens Karl Popper aufgeworfen und von Paul Feyerabend, Spinner und anderen weitestgehend mitgetragen werden. Es handelt sich hierbei im Wesentlichen um Kriterien der Problemlösungskraft und Prüfbarkeit: Welche Theorien vermögen in der Breite und in der Spitze dahingehend zu überzeugen, dass sie Problemlösungen konkurrierender Theorien ausstechen und weitere Probleme zu lösen vermögen als die bestehenden? Welche Theorien können den Erfolg, aber auch das Versagen anderer Theorien stichhaltig begründen? Inwieweit lassen sich die Theorien überprüfen? In welchem Verhältnis zueinander müssen blinde Flecken, die der Überprüfung nicht zuführbar sind, verzeichnet werden? (vgl. u. a. Feyerabend 1981: 368 f.; Popper 1976: 47 ff.; Spinner 1974: 92 ff.)

Diese Fragen scheinen nur schwer lösbar zu sein, bleibt man konsequent im Ansinnen des Fallibilistischen Pluralismus verhaftet: Feyerabend fasst es als intuitiven und von Daumenregeln und Bauchgefühl bestimmten Vorgang, der den Forschenden anfänglich scheinbare Irrationalität rational erscheinen lässt (vgl. Feyerabend 1984: 45 ff.). Bei Bertrand Russell war es die Kreativität, die den mündigen Bürger:innen unabdingbar ist, möchten sie überhaupt feste etablierte Strukturen hinterfragen (vgl. Russell 1982: 10). Hans Albert sieht die »Souveränität der Vernunft [und; Anm. SR] der intellektuellen Intuition« (Albert 1991: 24) erkenntniskonstituierend und Albert Einstein sang in einem Interview über die akademische Etablierung der Relativitätstheorie prompt das Hohelied auf die Phantasie, die er gar als wichtiger bezeichnet als das Wissen:

> »I believe in intuitions and inspirations. I sometimes feel that I am right. I do not know that I am. […] When two expeditions of scientists, financed by the Royal Academy, went forth to test my theory of relativity, I was convinced that their conclusions would tally with my hypothesis. I was not surprised when the eclipse of May 29, 1919, confirmed my intuitions. I would have been surprised if I had been wrong. Imagination is more important than knowledge. Knowledge is limited. Imagination encircles the world.« (Einstein 1929: 117)

Diese Anekdote Einsteins unterstreicht die Plausibilität des Fallibilistischen Pluralismus, wirkt nahezu wie eine *Scripted Reality made by Spinner*, und doch legt sie vor allem dort den Daumen in die Wunde, wo Daumenregeln und Bauchgefühl schon das konkreteste Bild zu liefern scheinen: nämlich bei der Frage nach der Konkretion zur Entscheidungsabwägung. Bauchgefühl, Kreativität, Intuition und Phantasie – allesamt keine konkret kalkulierbaren Begriffe, die eindeutige Schlüsse auf die Funktionslogik der so wichtigen Entscheidungsabwägung zulassen. Wie also begegnet Spinner diesem Problem nun konkret? Mit einem Verweis auf die Lebensrealität!

Um sich der Beantwortung der Frage nach einer genaueren Definition des Feyerabend'schen Bauchgefühls anzunähern, schlägt Spinner einen Weg ein, der an die pädagogischen Arbeiten von Russell erinnert. Spinner bemüht das Negativum und betrachtet den Pluralismus als Lebensform in der Gesellschaft. Damit verfolgt er eine ähnliche Argumentationslinie, wie er es bereits im Fall der erkenntnistheoretischen Entwicklung getan hat, wo er vorangegangene Modelle als notwendige Irrtümer ausführte, die den Fallibilistischen Pluralismus ausleuchten. Demnach gilt es zuerst aufzuzeigen, wie der Alltag und die Erkenntnisform, wie das Alltägliche und die Erkenntnistheorie zusammengehören:

> »Der fallibilistische Kritizismus ist – wie auch sein Konkurrent, der Dogmatismus – die Konzeption einer *Lebensform*, die für alle Sektoren des menschlichen Lebens relevant ist, in denen kritische Erkenntnis und rationale Argumentation eine Rolle spielt (oder doch spielen könnte). […] Der *theoretische* Monismus ist die eher natürliche Einstellung in Problemlösungssituationen, die uns aus der eigenen alltäglichen Praxis des Denkens und Handelns vertraut ist. […] Die wichtigste praktische Konsequenz des theoretischen Monismus ist eine *konformistische Ethik*, die den Glauben an Autoritäten, Konformismus, Zustimmung und Gewißheit sowie Gehorsam als das dieser Einstellung entsprechende Verhalten positiv, Unglauben, Skepsis, kritische Einstellung, Häresie und Auflehnung gegen Traditionen oder Autoritäten negativ bewertet und sanktioniert. […] Das fallibilistisch-pluralistische Erkenntnis- und Handlungsmodell

> enthält hingegen den Keim einer *humanitären Ethik* sowie einer *Philosophie der Demokratie*.« (Spinner 1974: 104/105; H.i.O)[55]

Der theoretische Monismus als Modell einer Erkenntnis, bildet die Grundlage von Erziehungspraktiken mit einem Schwarz-Weiß-Schema. Es gibt Gut und Böse, Richtig und Falsch – eine Kategorisierung des Alltags, mit denen wir in jungen Jahren gemeinhin an komplexere ethische Konzepte herangeführt werden. Doch ist das Vermitteln komplexerer Lebenswelten, das Werben für und um ein pluralistisches Verständnis tatsächlich der Schritt aus dogmatisch begründeten hinein in demokratische Lebenswelten. Insofern ist Spinners Verweis auf eine monistische Theoriesetzung zur didaktisch versierten Grundlegung einer erstrebenswerten pluralistischen Theoriebildung durchaus stichhaltig, zumindest dann, wenn man sich pluralistisch-demokratischen Lebensformen/Lebensrealitäten gegenüber als wünschenswert verpflichtet sieht. Diese Anwendung der monistischen und pluralistischen Theorien auf die Lebensrealität verdeutlicht darüber hinaus einmal mehr, wie schwer vereinbar beide Zugänge sind. Der Monismus muss dem Pluralismus gegenarbeiten, gleich welcher Ideale Folge geleistet wird. Der theoretische Monismus schließt per se das Feld, welches es für den Pluralismus unbedingt zu öffnen gilt. Nur wenn dieses Feld geöffnet, nur wenn der Monismus zu Gunsten des Fallibilismus zurückgedrängt wird,

---

55 Im Anschluss an die Fußnote 52 und die Frage, wieviel postmoderne Philosophie in der Spinner'schen und Feyerabend'schen Erkenntnistheorie auszumachen ist, hier noch ein weiterer Hinweis eben dieser Art: Auch im postmodernen Diskurs rund um Lyotard war der Konnex zwischen der Demokratie als Lebensform und dem pluralistischen Erkenntnismodell ein ausgiebig behandeltes, insbesondere vor dem Hintergrund des damit verbundenen Konsens-Dissens-Moments. Lyotard schreibt dazu u. a.: »Geht man von der Beschreibung der wissenschaftlichen Pragmatik aus, so muß der Akzent fortan auf den Dissens gelegt werden. […] Der Konsens stellt nur einen Zustand der Diskussion, nicht ihr Ziel dar. Dieses liegt vielmehr in der Paralogie« (Lyotard 1979/2015: 144). Darauf rekurrierend stellt Welsch heraus: »Postmodernes Denken entspricht darin einer Haltung, für die Demokratie verbindlich wurde. Die Postmoderne bedroht nicht – wie manche, von Irrationalismus redend, ihr unterstellen wollen – die demokratische Tradition der Moderne, sondern entwickelt eine *grunddemokratische Vision*« (Welsch 1991: 182; H.i.O).

kann der Pluralismus zur Lebensrealität werden. Dabei verhält es sich im Lebensweltlichen ganz gleich der erkenntnistheoretischen Debatte, wenn Spinner kritisiert, dass der Monismus für vermeintliche Sicherheit steht und diese unter einem Credo vermarktet, demnach »ein Zuviel an Ideen der Erkenntnis schädlich [sind, Anm. SR] und notwendigerweise von der Wahrheit wegführe[n]« (Spinner 1974: 105).

Wer dem theoretischen Monismus durchs Leben hindurch folgt, wähnt sich der Wahrheit auf der Spur und nimmt die durch den Pluralismus eröffneten Alternativen als Verunsicherung des eigenen und richtigen Weges wahr. Der Monismus suggeriert die Sicherheit einer Wahrheit, der Pluralismus erscheint dagegen anarchistisch oder wenigstens vergleichsweise chaotisch und ungewiss. Nun ist die Lebensform eine von Vielen und wie bereits zuvor ausgeführt, kann der Pluralismus konsequenterweise nur um Anerkennung werben und sie nicht dogmatisch behaupten, woraus auch der Pluralismus als Lebensform in eine Konkurrenz der Ideen eingewoben ist.

Man muss in Gedanken nicht weit verreisen, um hochgradig verschlossene, dogmatische und absolutistische Lebensformen in Staatenhülle zu finden – beispielsweise das IS-Kalifat, welches jedweden pluralistischen Anspruch im Irak, Afghanistan und Teilen des afrikanischen Kontinents zu unterdrücken sucht. Wer nun den Fallibilistischen Pluralismus als Lebensform veranschlagt, der wird den Pluralismus fordern und fördern, letzteres durch einen Kritizismus im Zeichen der Entwicklung: »Es ist wünschenswert, daß diese Idee der Kritik *auf alle Lebensbereiche übertragen wird* – um der kritischen Erkenntnis und letztlich unserer Menschlichkeit willen. *Denn nichts ist so gut, als daß es nicht noch verbessert werden könnte und sollte*« (Spinner 1974: 106; H.i.O). Somit kann auf die Frage nach dem *Wie* des Theorienmanagements erwidert werden – und es scheint der Thematik immanent, dass es nicht wesentlich konkreter auszubuchstabieren geht – aus voller Überzeugung (der Pluralismus als Erkenntnismodell greift über in die Lebensform der Forscher:innen) und stets dem Ansinnen verpflichtet, einen möglichst ausgewogenen Kampf zwischen alternativen Theorien aufrecht zu erhalten und zu forcieren. Diese Formel bildet den Slogan einer fallibilistisch-pluralistischen Praxis im Forschungsprozess. Bleibt die zweite Frage dieses Kapitels

zu beantworten, die sich dem *Wie* mit Blick auf die verwalterische Tätigkeit zuwendet.

Nun muss in einem ersten Schritt einmal geklärt werden, was sinnvollerweise unter einer *verwalterischen Tätigkeit* im Zeichen der fallibilistisch-pluralistischen Forschung gemeint ist – eingangs wurde betont, dies sei auch institutionsunabhängig denkbar, also nicht an die Organisation Universität gebunden. Bisher wurde der Fallibilistische Pluralismus als Erkenntnismodell ausgeführt und als Lebensform dahingehend betrachtet, wie Forscher:innen dem pluralistischen Anspruch gerecht werden können. Nun stellt sich – wenigstens mit Blick auf organisierte Forschung, womit gemeint ist, dass mehrere Menschen koordiniert der Forschung nachgehen – die Frage, wie ideale Rahmenbedingungen grundlegend veranschlagt werden müssten. Oder anders gefragt: Gibt es einen notwendigen Rahmen gelingender fallibilistisch-pluralistischer Forschung?

Zuerst einmal muss – sozusagen flankierend zu den ganz allgemeinen Feststellungen zu Begriff, Impetus und Identifikationskultur der Forschung in Kapitel *2.2.5* – grundlegend vereinbart werden, dass Forschungsbemühungen immer in einem gesellschaftlichen Nutzen einzupflegen sind. Dieser Nutzen kann natürlich unterschiedlichster Gestalt sein, in einem hier aufgezeigten Ideal zieht der Fallibilistische Pluralismus seine Wirkkreise von der Wissenschaft in die Gesellschaft hinein, verdrängt den theoretischen Monismus als Erkenntnismodell wie auch als Lebensform. Damit dies gelingt, muss natürlich auch eine Vorstellung davon greifen, was eine Gesellschaft voranbringt, was wiederum auf die Forschung einwirkt. Es entsteht so ein Verantwortungsfeld, in dem Gutes und Schlechtes in komplexer Weise wirken. Es ist daher nicht ohne Grund, dass das Spezifizierungsvorhaben dieses Kapitels unter der Betitelung eines *grundlegenden wissenschaftlichen Ethos* operiert. Die Metaebene, die sich über der direkten Forschungstätigkeit erstreckt und Bemühen, Intention usf. der Forschenden zum Gegenstand hat, wird somit als *Haltung* begriffen. Dabei orientiert sich die Auslegung des Ethos-Begriffs an Michel Foucault, der hierzu schreibt:

> »Mit Haltung meine ich einen Beziehungsmodus im Hinblick auf die Aktualität; eine freiwillige Wahl, die von einigen getroffen wird, und schließ-

> lich eine Art und Weise zu denken und zu fühlen, und auch eine Art und Weise zu handeln und sich zu verhalten, die zugleich eine Zugehörigkeit bezeichnet und sich als eine Aufgabe darstellt. Ein wenig sicherlich wie das, was die Griechen ein *ethos* nannten.« (Foucault 2005: 695)[56]

Wenn an dieser Stelle der Untersuchung also von verwalterischen Tätigkeiten o. ä. die Rede ist, wird darauf abgezielt, die Haltung der Akteur:innen auszuleuchten. Es kann sich demnach um Techniken der Selbstdisziplinierung wie auch um verschränkte Entscheidungsfindungen handeln, die beratend oder weisend stattfinden.

Nun sind die (jedenfalls im modern-westlichen Sinne) entwickelten Gesellschaften – so viel wurde bereits dargelegt – von der theoretisch monistischen Haltung gleich der Erkenntnistheorie zur pluralistischen Haltung hin gewandelt, wodurch »Demokratie und Wissenschaft als ein[e] sichere[n] Formel für humanen Fortschritt« (Spinner 1985: 11) ausgemacht wurden. Doch ist Irren menschlich und der Umgang mit dem Irrtum so verschieden wie die Menschen. Es bleibt also zu befürchten, dass – selbst angenommen, alle Forschenden wüssten um ihre Arbeit im Lichte der fallibilistisch-pluralistischen Erkenntnis und die damit angemessene bzw. dem Erkenntnissystem eingemessene Haltung – Haltungsfehler zu nicht unerheblichen Verwerfungen führen können und dass monistische Interessen sich in das pluralistische Sy-

---

56 Über diese allgemeine Definitionshilfe hinaus, erscheint Foucault mit seinen Überlegungen zur Haltung sehr gut anschlussfähig an die erkenntnistheoretischen Überlegungen Feyerabends und vor allem Spinners, wenn er sich beispielsweise mit der Kritik als Haltung auseinandersetzt: »Die Bewegung, welche die kritische Haltung in die Frage der Kritik hat umkippen lassen, die Bewegung, welche das Unternehmen der Aufklärung in das Projekt der Kritik hat übergehen lassen, worin sich die Erkenntnis von sich eine richtige Idee machen wollte, diese Kippbewegung, diese Verschiebung, diese Verschickung der Frage der Aufklärung in die Kritik« (Foucault, 1992, S. 41). Da allerdings auch Foucault ein erkenntnistheoretisches Agenda Setting verfolgt, wenn er Kritik als Aufklärung diskutiert, soll es bei diesem Querverweis bleiben, um versehentliche Überschneidungen auszuschließen. Eine intensivere Auseinandersetzung zur theoretischen Überlappung postmoderner Theorie und Fallibilistischem Pluralismus übt Spinner in seinem Aufsatz *Die Rebellion gegen die Regelherrschaft des abendländischen Rationalismus und die wechselnden Orientierungsrahmen der Nachkriegsgenerationen* (Spinner 1992).

stem einschleichen und Platz behaupten. So steht die Frage der Haltung im Spannungsfeld von einerseits dringend notwendigen Lösungsstrategien für Klimakrisen, Ressourcenverschwendung/-knappheit, Krankheiten usf. und andererseits Territorialbehauptungen, Hochrüstung u. ä. auf der anderen Seite. Wie also sollte prinzipiell eine Organisation, die dem wissenschaftlichen Ethos Platz bietet, ihn fordert und fördert, gestaltet sein?

Es erscheint plausibel und notwendig, dass es einer solchen Organisation bedarf, doch welche Organisationsformen wären hier überhaupt denkbar? Dieser Frage folgend, umreißt Spinner mit lakonisch-sarkastischem Tonfall folgende Optionen:

> »Wer hängt der Katze die Schelle um? Die *Wissenschaft* sich selber? – Eigenlob stinkt, Selbstkontrolle hinkt. Der *Staat*? – Das hieße, den Teufel mit dem Beelzebub austreiben zu wollen. *Wissenschaftsgerichtshöfe*? – So werden Böcke zu Gärtnern gemacht. *Bürgerinitiativen* ›freier Menschen‹? – *Sankt Florian*, vom Himmel hoch, grüßt *Paul Feyerabend* hienieden, beide weit vom Schuß entfernt. Wo die Bürokratie, der Not gehorchend und ganz gegen ihr innerstes Naturell, Blitzkrieg macht und vollendete Tatsachen schafft, üben Bürgerinitiativen den Sitzkrieg.« (Spinner 1985: 12)

Damit offeriert Spinner einige gängige Modelle, die seit geraumer Zeit in Permanenz diskutiert werden. Eine Selbstkontrolle setzt voraus, dass es eine intakte Wissenschaftsmoral gibt. Die Vielzahl immerwährender Problemskizzen zeichnet ein anderes Bild. Der Staat als Kontrollorgan birgt die Gefahr monistischer Theorienbildung par excellence zur Durchsetzung von Aufrüstungsvorhaben, der Steuerung der Gesundheitspolitik usw. Auch Teilhabemodelle im Sinne von *Checks and Balances* zwischen Wissenschaft und Staat wurden und werden immer wieder kritisch diskutiert – Regierungsfarben wechseln im festen Turnus, sollte das auch auf das wissenschaftliche Ethos zutreffen? Die Bürgerinitiativen Feyerabends sind eine schöne Vorstellung in der Theorie einer freien Gesellschaft, die quasi-anarchistisch

organisiert ist.[57] Dies trifft nun jedoch auf die wenigsten Ortschaften zu, und selbst wenn man es in Reinkultur denken mag, kommt einem der *Sitzkrieg* in Spinners sarkastischer Kommentierung gelegen, um die Idee in Gedanken an nicht enden wollende Bürger:innendiskussionen und eine infolgedessen gelähmte Wissenschaft zu verwerfen. Es wird schnell klar, die Frage der Organisation scheint ausschweifend und weit verzweigt. Doch was müsste denn organisiert werden? Wie kann ein Destillat dessen erarbeitet werden, das hier als Ethos verhandelt wird? Spinner versuchte sich an dieser Frage über die Freilegung einer impliziten ethischen Geschäftsordnung der Wissenschaft:

> »Im folgenden mache ich einen Skizzierungsversuch der Wissenschaft im Hinblick auf ihr Ethos, welches aber bewußt *verfremdend* (und ernüchternd) nicht als ›Moral‹, sondern als ›Geschäftsordnung‹ beschrieben wird. Das macht sie nicht schlechter, als sie ist, läßt sie aber auch nicht besser

57 Feyerabend arbeitet insbesondere innerhalb seines Werkes *Erkenntnis für freie Menschen* (Feyerabend 2014) die Idee von Bürger:innenausschüssen aus, die hier in Spinners Debatte hineingeraten sind. Kurz zu Feyerabends Idee erläuternd: Er sieht im Anarchismus federführend eine Auflehnung gegen absolute Setzungen verankert. Absolut meint hier, dass etwas so und nicht anders ist und diese Aussage einen Wahrheitsanspruch erhebt. Aus dieser Grundprämisse leitet Feyerabend dann gesellschaftsrelevante Folgen ab. So kann eine anarchistische Gesellschaft sich nicht als Klassengesellschaft konstituieren und sie muss allen Menschen ein freies, spontanes und autonomes Handeln ermöglichen. Außerdem leitet sich für Feyerabend aus der Grundprämisse ab, dass in einer anarchistischen Gesellschaft stets die herrschende Vorstellung von Wissen, Wahrheit und Wirklichkeit in Frage gestellt werden muss. Daraus resultierend werden vermeintliche gesellschaftliche Gegebenheiten und Notwendigkeiten permanent hinterfragt und alternative Optionen erwogen. Diese grundlegenden anarchistischen Tugenden benötigen eine gesellschaftliche Struktur, welche er auszugsweise und exemplarisch denkt. Er bezieht sich dann u. a. auf die schulische Bildung, plädiert für ein individuell abgestimmtes, den Bedarfen und Gepflogenheiten der Betroffenen angepasstes und pluralistisches Schulsystem. Diese Abstimmung erfolgt durch Bürgerausschüsse, in denen dann beispielsweise die Eltern einer Schule entscheiden, ob den Kindern die Bibel gleichbedeutend zur Wissenschaft als Erkenntnisgrundlage offeriert wird. Die Erziehungspolitik soll also keine Deutungshoheit innehaben, sie soll vielmehr freimütige Infragesteller:innen hervorbringen (vgl. hierzu u. a. Rettenmaier 2019: 88 f.).

> erscheinen, als sie es im Wissenschaftsbetrieb ist und unter dessen Strukturbedingungen gar nicht anders sein kann.« (Spinner 1985: 20; H.i.O)

Es ist nun expliziert, was im bisherigen Rekonstruktionspart vermeintlich im Subtext mitschwang: Das Ethos beinhaltet die Moral von der Geschicht, bringt dem Part des Handelns der Forschenden eine moralische Bedeutung bei. Inwiefern diese vor dem Hintergrund des Pluralismus über das demokratisch-humanistische hinaus überhaupt argumentierbar ist – wenigstens im ideellen theoretischen Sinne – ist schwer vorstellbar. Da an dieser Stelle aber eher die Funktionslogik des Ethos und weniger die moralischen Ableitungen von Interesse sind, wird die vermeintlich entmoralisierte Idee einer *Geschäftsordnung* gerne auf- und übernommen und *ersetzt* ein Stück weit begrifflich im weiteren Verlauf der Arbeit das Ethos – welches jedoch implizit stets in der Geschäftsordnung mitschwingt.

Zur Freilegung der Geschäftsordnung unterteilt Spinner die Wissenschaft in zwei grundlegende Komponenten – einerseits das *Erkenntnis-* und andererseits das *Sozialsystem*. Kognitiv wirkt Wissenschaft über wissenschaftliches Wissen in die Gesellschaft hinein, steuert also dem Alltagswissen wissenschaftliche Erkenntnis bei. Sozial wirkt sie als Verquickung durch Arbeit und Status, also durch wissenschaftliche Institutionen und Titel (vgl. Spinner 1985: 20 f.). Dabei greifen diese beiden Komponenten eines Erkenntnis- und Sozialsystems keinesfalls stets optimal ineinander oder ergänzen sich in besonderer Art, was im Falle bundesdeutscher universitärer Forschung gut sichtbar wird:

> »Erkenntnis- und Sozialsystem bilden nicht unbedingt eine völlige Einheit, in der alles zusammenpaßt – das soziale Element der Verbeamtung und Verbürokratisierung von Beruf & Betrieb paßt schwerlich zu jenen kognitiven Zügen offener, innovativer, experimenteller Forschung & Lehre, woraus sich das zutiefst unstimmige ideologische Selbstverständnis vom geistigen Unternehmertum in rechtlich abgesicherter Position ergibt.« (Spinner 1985: 22)

Es sind Zwänge der Marktkonformität, die hier nun insbesondere über das Sozialsystem auf die Forschenden einwirken. Daraus resultieren der Geschäftsordnung inhärente Widersprüche, beispielsweise begründet in einem stolzen Prekariat unternehmerischer Privatdozent:innen, die qua Titel einen Beruf ohne Anstellung halten. Die qua Status auf Aufträge angewiesen sind. Die somit frei von Forschungsfreiheit die Einordnung in den Regelbetrieb suchen. Bevor ich nun rekonstruierend näher auf den Begriff der Geschäftsordnung Spinners eingehe, soll ein Kontrastmittel für die Anschauung der Geschäftsordnung ausformuliert werden. Dieses formuliert Spinner selbst aus, hebt es kategorial jedoch nicht ab, was vor dem Hintergrund einer bürokratiebewussten Analyse nahezu fatal erscheint. Die unmittelbar folgende Rekonstruktion wird daher unter der Verschlagwortung einer *Betriebsordnung* vorgenommen. Weshalb hierfür ein der *Geschäftsordnung* Spinners so ähnlicher Begriff gewählt wurde, erschließt sich in der zusammenführenden Analyse.

Der Zwist zwischen den beiden Komponenten der institutionalisierten Wissenschaft ist deutlich, dadurch entsteht ein »Doppelwesen Wissenschaft« (Spinner 1985: 23), in welchem beide konstituierenden Teilsysteme alles mitbringen, was der Mensch zur Orientierung bedarf. Spinner schreibt hier von einem »*Vierpunkt-Orientierungssystem* menschlichen Verhaltens (im Denken, Handeln, Fühlen, Wollen)« und macht dies an folgenden den Teilsystemen jeweils inhärenten Komponenten fest: 1. Werte, 2. Normen, 3. Prozesse und 4. Resultate. Es sind jene Komponenten, die ich zum Manifest der Betriebsordnung erkläre.

Werte sind dabei für Spinner grundlegend für die Motivation zum Handeln. Für Wissenschaftler:innen können die Erkenntnis und die Suche nach der Wahrheit, für Unternehmer:innen der Gewinn, für Richter:innen die Gerechtigkeit solche Werte darstellen. Die Normen dienen zur Stabilisierung der Werte und schützen die Motivationsgrundlage vor möglichen Schwankungen im Laufe der Zeit:

> »Der Wert des Lebens liefert keine unzweideutige, unstrittige, verbindlich auferlegbare Handlungsrichtschnur. Das leistet erst seine Normierung durch die Gesetze über Mord, Totschlag, Körperverletzung, Abtreibung.

> Sinngemäß dasselbe gilt für den Wert des wissenschaftlichen Erkenntnisfortschritts und die darauf bezogenen Spielregeln der Wissenschaft, wobei später die Frage sein wird, *welche* Normen für die Forschungspraxis maßgeblich und bei Wissenschaftlern verhaltenssteuernd sind: ›moralische‹ Maximen der Ethik oder die ›technischen‹ Regeln der Methodik?« (Spinner 1985: 26)

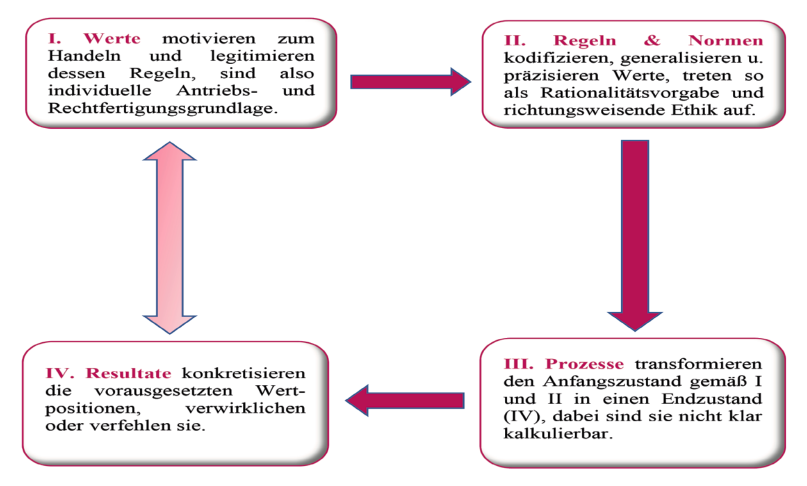
Die Handlungsmotivation ergibt sich also aus den Werten, welche durch Normen – beispielsweise ethische oder methodische Regeln – gesteuert werden und so Prozesse in Gang setzen, die am Ende Resultate erzeugen, welche sich im Idealfall mit den Werten decken. Was bedeutet dies nun für die Wissenschaft? Wie sehen Werte, Normen, Prozesse und Resultate im Vierpunkt-Orientierungssystem der Wissenschaft aus?

Die wissenschaftliche Werteorientierung erfordert »ein *Handeln nach Wissenslage* – an erster Stelle also ›nach bestem Wissen‹ statt gewissens-, gewohnheits-, gefühls- oder willensorientiert« (Spinner 1985: 32). Die Normen der Wissenschaft sieht Spinner in der rationalen Regelorientierung ausgemacht, denn »die wissenschaftliche Rationalität [sieht Spinner; Anm. SR] im Regelwerk der Wissenschaft, nicht etwa in ihren Resultaten« (Spinner 1985: 33). Die inhaltliche Bestimmung dieser Regeln folgt nicht berechenbar einem Schema F, sie kann sich technischen Regeln (Methoden, Standards) oder ethischen Regeln (Ethos, Moral) zuordnen. Das heißt, dass das Vernünftige der Wissenschaft im Regularium der Norm und nicht im Ergebnis zu suchen ist, gleich der Wirtschaft – auch bei Beachtung der Marktgesetze können unvernünftige Ergebnisse herauskommen. Die Prozessebene ist im wissenschaftlichen Fall nahezu abgekoppelt von der praktischen Handlung des direkten Einwirkens: »Wissenschaftliches Erkennen, Erklären, Prognostizieren, Kritisieren ist ein *theoretischer*, d. h. theorienerzeugender und -anwendender Prozeß« (Spinner 1985: 35). Das Resultat ist im wissenschaftlichen Orientierungssystem von herausragender Bedeutung:

> »Das Erkennen der Wirklichkeit ist unter den Bedingungen moderner Wissenschaft als Beruf & Betrieb weder Liebe noch Spiel, sondern Arbeit, bei der es fast ausschließlich auf das Ergebnis ankommt. […] Das ist

> der ›Barwert‹, auf den in der Schlußbilanz alles andere herunterdiskontiert wird. Nur die Ergebnisse fallen ins Gewicht und der Zeitpunkt ihrer Erreichung. Der Erste bekommt alles (kollegiale Anerkennung, öffentlichen Ruhm, Nobelpreis), der ›zweite Sieger‹ nichts. […] Da nur die kollegial anerkannte Originalität tatsächlich ›gilt‹, ist wissenschaftliche Unoriginalität, ja sogar Unproduktivität sozial kompensierbar. Das Akzeptanzproblem ist die Einbruchstelle der Wissenschaftsrealpolitik.« (Spinner 1985: 36)

Die Bezüge innerhalb des folgenden *Vierpunkt-Orientierungssystem*[58] verhalten sich wie folgt zueinander:



Was bis hierhin nun ausgearbeitet wurde, soll als Betriebsordnung der Wissenschaft verstanden werden. Dabei ist diese Betriebsordnung Spinners Analyse des Ist-Zustandes institutioneller Wissenschaft im Zeitalter der Wissens- und Informationsgesellschaft. Es wird als solche Betriebsordnung an dieser Stelle vorerst zurückgestellt, um den Blick auf die Geschäftsordnung (also das wissenschaftliche Ethos) wieder zu schärfen. Nun aber wohlwissend, mit welchem Realitätsbild die Geschäftsordnung in Konfrontation gebracht werden muss – eingangs war daher von der *Betriebsordnung als Kontrastmit-*

58 Dieses Schaubild zum Vierpunkt-Orientierungsschema stellt eine vereinfachend modifizierte Variante des Schaubildes aus *Das ›wissenschaftliche Ethos‹ als Sonderethik des Wissens* von Helmut Spinner dar (vgl. Spinner 1985: 27).

tel für das Analyseverfahren die Rede. Es ist der Glaube (Geschäftsordnung/Ethos), der durch die Tagespolitik (Betriebsordnung) hindurch bestehen muss. Die Geschäftsordnung ist das Ideal, die Betriebsordnung verkörpert die von Spinner in Anlehnung an Max Weber zitierte »Regelherrschaft als Alltag« (Spinner 2021: A. I).

Wie nun also ist die Geschäftsordnung der Wissenschaft verfasst? Elementar an Robert K. Mertons *Maximen der Forschung* ausgerichtet, konzentriert sich die Geschäftsordnung auf vier wesentliche Punkte:[59] 1. Universalismus, 2. Kommunismus, 3. Desinteressiertheit und 4. organisierter Skeptizismus. Der Universalismus umfasst dabei das Prinzip, dass wissenschaftliche Erkenntnis Geltung verlangt, unabhängig von Person, Rasse, Nation, Konfession und anderen Persönlichkeitsmerkmalen, wodurch diese Norm »*im Außmaß ihrer praktischen Erfüllung* die gewünschte *Objektivität* der Erkenntnis, *Internationalität* der Forschungsgemeinschaft und *Pluralität* der Wissenschaft kraft *Offenheit* für alle genügend Motivierten und Talentierten« (Spinner 1985: 51; H.i.O) etabliert. Der Kommunismus ist nicht politisch motiviert, sondern steht bei Merton für den reduzierten Eigentumsanspruch auf Erstentdeckungen und Ersterfindungen, um so die neue Erkenntnis durch die Abkapselung von der Idee des Privateigentums möglichst schnell und uneingeschränkt der *scientific community* zur weiteren Erforschung zugänglich zu machen. Als Lohn bleiben den Erfinder:innen Anerkennung, Wertschätzung und die »reputationsverstärkende Benennungschance mit dem eigenen Namen […] *Keplersche* Gesetze, *Halleyscher* Komet, *Plancksche* Konstante, *Heisenbergs* Unschärferelation u. dgl.« (Spinner 1985: 52; H.i.O). Mit dem Gebot der Desinteressiertheit wollte Merton sicherstellen, dass die Forschung stets der Forschung wegen erfolgt und nicht zur persönlichen Bereicherung oder Bevorteilung. Dies mit heutigen psychologischen Studien in Einklang zu bringen, ist schwer und auch gar

59 Der angestrebten Konsistenz mit Blick auf die Rekonstruktion und Erweiterung der Spinner'schen Philosophie, bezieht sich die Darlegung der Maximen im Weiteren auf die Ausführungen in *Das ›wissenschaftliche Ethos‹ als Sonderethik des Wissens* (Spinner: 1985), gleichwohl aber an dieser Stelle um den Hinweis ergänzt, dass detailliertere Einlassungen dazu im Original in Mertons Artikel *Science and Technology in a Democratic Order* (Merton 1942) nachzulesen sind.

nicht wünschenswert, da der eigene Nutzen auch anerkennungsbezogen und somit intrinsisch motivierend sein kann. In etwas reduzierter Form kann das Gebot der Desinteressiertheit daher dahingehend verstanden werden, dass Wissenschaftler:innen »nur den Ausschluss externer, d. h. außerwissenschaftlicher Wertorientierungen« (Spinner 1985: 53) veranschlagen sollten. Der organisierte Skeptizismus leitet sich von der Verpflichtung einer Skepsis gegenüber dem neuen Ergebnis bis zur bestmöglichen Beweisführung ab. Damit ist eine unvoreingenommene und erschöpfende Prüfung unabdingbares Gebot für jeden Forschungsprozess (vgl. Spinner 1985: 53).

Es ist nun herausgearbeitet, worin sich Betriebs- und Geschäftsordnung der Wissenschaft festmachen und in welchem Verhältnis sie zueinanderstehen. Spinner gelingt durch diese für einige Leser:innen sicherlich ökonomisch-entfremdend wirkende Zuschreibung des wissenschaftlichen Ethos die Freilegung einer unheilvollen Verbindung, denn, so die These dieser hier vorgelegten Analyse, die Geschäftsordnung wird im Alltag immer wieder der Betriebsordnung unterliegen, da diese die direkten Direktiven des Organisatorischen beinhaltet. Und eben diese Feststellung ist elementar, möchte man – wie im Falle dieser Untersuchung – die Einwirkung der Verwaltungspraxis auf die wissenschaftliche Erkenntnis begreifen. Es ist exakt jenes Spannungsfeld, in dem sich eine jede Hochschulbürokratie beweisen muss.

3.4 Erstes Resümee

Wissenschaftstheoretische Grundannahmen zu entwerfen, die durch diese Analyse hindurch tragen, war das Ziel des dritten Kapitels. Hierfür wurde im zweiten Kapitel mit der historisch-kritischen Methode ein eigenes Grundverständnis hinterlegt, welches nicht im Klein-Klein als Maßstab angelegt wird, mit dem Fünfschritt[60] wohl aber ein Verständnis entwickelt, welches

60 Eine detaillierte Herleitung der methodischen Überlegungen im Sinne Ernst Machs findet sich in Kapitel 2.1.2 Zur historisch-kritischen Methode der Wissenschaftsphilosophie, weshalb sie hier nur holzschnittartig in Erinnerung gerufen werden soll: 1. Historische Darlegung in dem Sinne, dass die Allgesetzlichkeit in einem Entstehungskontext nachgezeichnet wird; 2. Pragmatische Verteidigung

an die folgenden Überlegungen anzuschließen vermag. Die Conclusio des Ausarbeitungen im zweiten Kapitel zeugt u. a. von wissenschaftstheoretischen Symbiosen, die von Ernst Mach bis Helmut Spinner in dieser Arbeit klar werden und auch das eigene Verständnis von Wissenschaft und wissenschaftlichem Fortschritt prägen. Zudem wurden im zweiten Kapitel bereits einige Grundbegriffe geklärt, die auch in entscheidender Weise dem dritten Kapitel zugearbeitet haben – beispielsweise mit Blick auf die Klärung des Forschungsbegriffs, der implizit gesetzt war, wenn sich der Fokus auf Karl Poppers Forschungsprogramm usf. richtete. Auch die Auseinandersetzung mit der Utopie zeigte bereits erste implizite Anknüpfungsmomente, beispielsweise mit Blick auf das wissenschaftliche Ethos, welches als Geschäftsordnung vom realen Regelkanon – der Betriebsordnung – unterschieden wurde. Das Utopische wird jedoch vor allem im Fortlauf der Analyse zum Tragen kommen, insbesondere dann, wenn die Universität als Idealvorstellung verhandelt wird.

Zudem wurde bereits ein erster Eindruck davon vermittelt, in welchem (Nicht-)Verhältnis Wissenschaftstheorie und Wissenschaft zu stehen scheinen. Was kann die Wissenschaftstheorie überhaupt leisten und welchen Anspruch kann sie tatsächlich anmelden? Diese Frage entwickelte sich ausgehend vom Prolog, über die interdisziplinäre Zurechtweisung innerhalb von Kapitel *2.1.1*, über *3.1* bis zur Darlegung des Fallibilistischen Pluralismus. Diese Frage erscheint gar ein Stück weit als Gretchenfrage, zielt sie doch auch auf pauschalisierte Vorwürfe gegenüber einer Elfenbeinturmphilosophie ab. In beiden Experteninterviews wurde die Rolle der Philosophie besprochen, Paul Hoyningen-Huene gab daraufhin an, dass es um den Ruf der Philosophie gemeinhin nicht gutsteht, die Philosophie nicht ernst

in dem Sinne, dass die Wichtigkeit der zugrunde gelegten Theorie auch und insbesondere gegen Einwände verteidigt wird; 3. Empirische Aktualisierung in dem Sinne, dass der historische Stand von 1. über die Dringlichkeit von 2. in den aktuellen Forschungsstand und Forschungsdiskurs hineintransferiert wird; 4. Semantische Verfestigung der Ergebnisse in dem Sinne, dass die Ergebnissicherung des dritten Schritts so ausgearbeitet wird, dass sie möglichst klar falsifizierbare Parameter freilegt; 5. Freigabe für Kritik der *scientific community* in dem Sinne, dass weitere Forscher:innen und diverse Forschungsansätze den Anschluss zur wissenschaftlichen Kritik suchen können.

genommen wird und man als Philosoph des Öfteren gar gegen »feindlich gesinntes Publikum anredet« (Hoyningen-Huene 2021: A. XXIV). Um diesem Umstand gerecht zu werden, ist die Argumentation innerhalb dieser Arbeit stets um maximale Struktur und erklärerisches Einfühlungsvermögen bemüht, um die Leserschaft philosophieübergreifend zu erreichen. Um diesem Umstand gerecht zu werden ist es zudem erklärtes Ziel, mit philosophischem Anspruch in einen interdisziplinären Diskurs hineinzuwirken. Die erschöpfende Selbstreflexion stellt also keine Nabelschau dar, sie spiegelt vielmehr den Wunsch wider, die Referenzpunkte klar herauszustellen, an denen andere Wissenschaftsdisziplinen andocken können. Es geht also nicht unbedingt darum, die »Wissenschaftstheorie als Modell für die Gesellschaft« (Spinner 2021: A. I) zu predigen, stattdessen soll die philosophische Analyse als »tiefgehende Ansicht« (Spinner 2021: A. VIII) zur Grundlage weiterer, soziologisch, ökonomischer, politologischer u. a. Ansichten handhabbar gemacht werden.

In diesem Sinne kann vereinfacht und stark reduziert die Wissenschaftstheorie im Ansinnen dieser Analyse als Disziplin gefasst werden, die in erster Linie darum bemüht ist, wissenschaftsphilosophische Ansichten anknüpfungsfähig zu verfassen, damit sie interdisziplinär in Forschungsprozesse eingehen können. Die dieser Analyse zu Grunde gelegte Vorstellung von Wissenschaft und Erkenntnisfortschritt orientiert sich elementar an den Überlegungen von Helmut Spinner. Dafür wurde Spinners Fallibilistischer Pluralismus rekonstruiert und historisch eingebettet. Es ist augenscheinlich, dass diese Historisierung von der eigens von Spinner veranschlagten abweicht. Spinner selbst führt seine Wissenschaftstheorie bis auf Parmenides zurück, bemüht also eine erkenntnistheoretische Entwicklung aus der Antike bis ins 20. Jahrhundert hinein. Damit verfolgt er einen anderen historisierenden Ansatz als in dieser Arbeit veranschlagt. Die historische Darlegung von Spinners Fallibilistischen Pluralismus erfolgt in dieser Arbeit vor dem Hintergrund der Wissenschaftstheorie, deren disziplinär verhandelbarer Werdegang im Kapitel *3.1* ausgeführt wurde. Daran knüpfte eine pragmatische Verteidigung des Fallibilistischen Pluralismus in dem Sinne an, dass er gegen mögliche Einwände verteidigt wurde. Somit ist dieses Erkenntnismodell aufgestellt zur empirischen Konfrontation, welche insbesondere

in den Kapiteln *4.5* und *6.2* zum Tragen kommen wird. Diese empirische Konfrontation – so viel sei an dieser Stelle bereits vorweggenommen – wird u. a. besprechen, inwiefern die Verteidigung der Freiheit von Forschung und Lehre institutionell bedacht werden muss.

Es zeigte sich bereits, wie eng verbunden Erkenntnis und Erkennende, Wissenschaft und Wissenschaftler:innen sind und wie sehr in Folge dessen auch emotionale Faktoren im Erkenntnisprozess zum Tragen kommen. »Das Erkennen ist ein kleiner Teil des Lebens, der aber das Ganze mächtig beeinflußt« (Mach 1896/1910: 491), wusste Mach zu berichten. Dem kann wohl kaum widersprochen werden. Ebenso ließe sich aber auch sagen, dass der/die Erkennende nur ein kleiner Teil der wissenschaftlichen Erkenntnis ist, der diese aber u. U. ebenfalls mächtig beeinflusst. Wie sehr die Forschenden auf einer emotionalen/metaphysischen Ebene gefragt sind (Stichworte sind hier *Kreativität*, *Intuition*, *Bauchgefühl* usf.), wurde bereits recht ausführlich dargestellt. Insbesondere wenn die erkenntnistheoretischen Überlegungen eines Fallibilistischen Pluralismus an dem Punkt ankommen, an dem die Funktionslogik einer Kipppunktpolitik verhandelt wird, treten Kreativität, Intuition usw. auf. Ab wann hinterfragt man den Status Quo? Ab wann strebt man die Revolution an und folgt einer Vermutung gegen den *common sense*? Ab wann ist es vernünftig, unvernünftig zu agieren?

Es scheint, dass diese große Unbekannte in den wissenschaftstheoretischen Überlegungen verhaftet bleibt:

> »Bei Kuhn ist das Paradigma die Referenzlinie. Alles wird aus diesem Paradigma abgeleitet. Es wird regelrecht ausgequetscht bis zum Gehtnichtmehr, aber irgendwo ist der Punkt, wo man mit dieser Idee nicht weiterkommt. […] Da kommt der Heisenberg mit der Quantenmechanik und der Einstein mit der Relativitätstheorie und beide werfen Dinge auf, die Sie mit der klassischen Physik nicht mehr behandeln können. Aber die klassische Physik gibt es immer noch. Nur weiß man jetzt eben, wo sie am Ende ist. Die Grundannahme meiner ganzen Weltanschauung ist: Alles ist Hypothese! Das gilt auch für die höchst entwickelte Physik, auch die machen nur Hypothesen und Hypothesen sind wahrheitsfähige und widerlegungsfähige Aussagen.« (Spinner 2021: A. VIII / XI)

Dieses Momentum des Unbekannten löst Spinner im Fallibilistischen Pluralismus durch eine radikale Hypothesenhaftigkeit auf. *Alles ist Hypothese!* Wenn dieser Leitsatz konsequent angewandt wird, dann ist ein Kipppunkt immer denkbar, auf der Ebene der Ordnungsstruktur hat Spinner damit der Revolution den Boden bestellt. Und auch mit Blick auf die Fortschrittstheorie bahnt er damit den Weg: Der Erkenntnisfortschritt ist in der permanenten Kritik verhaftet, die u. U. einen Kipppunkt herbeiführt, sofern dieser vor einem epistemologischen Horizont auftritt oder eben nicht. Einzig die Erfassung dessen, was die Kreativität, Intuition, das Bauchgefühl usw. im Einzelnen bestimmt, vermag auch das Spinner'sche Erkenntnismodell nicht darzustellen.

Um zu verdeutlichen, wie diese Intuition prozessual in Erscheinung tritt/ treten kann und welche Rolle die Umweltbedingungen spielen, mit denen Entdecker:innen konfrontiert sind, soll noch ein weiteres Beispiel angeführt werden – der Fall des Ignaz Philipp Semmelweis.

Das Kindbettfieber war bis in das 19. Jahrhundert noch unerforscht und zu Recht sehr gefürchtet, brachte es doch seit der Antike einer Vielzahl von jungen Müttern und Neugeborenen den Tod. Die gängigen Erklärungen reichten von Miasmen (schädliche Ausdünstungen) bis hin zu fehlender Gottesfurcht. Die Medizin zeigte sich überfordert und resignierend. Was man im 19. Jahrhundert gesichert zu sagen wusste, war lediglich, dass die Wahrscheinlichkeit einer Kindbettfiebererkrankung im Krankenhaus um ein Vielfaches höher war als bei Hausgeburten. Jedoch war die Option einer Hausgeburt mit Hebamme und notfalls mit ärztlicher Konsultation den wohlhabenden Frauen vorbehalten, der Großteil der Gebärenden musste sich demnach wohlwissend um das erhöhte Risiko zur Geburt im Krankenhaus einfinden. Dass die erhöhte Sterblichkeit der Gebärenden im Krankenhaus mit den Ärzt:innen bzw. dem klinischen Umfeld zusammenhängt, vermutete zur damaligen Zeit bereits der Assistenzarzt Ignaz Semmelweis (vgl. Strohmeyr 2015: 25 f.).

Semmelweis (1818–1865) war Frauenarzt und ab 1846 Assistenzarzt der ersten Station der Geburtshilfeklinik des Allgemeinen Krankenhauses in Wien. Die erste Station der Geburtshilfeklinik war die Lehrstation des Krankenhauses, was bedeutete, dass hier die jungen, noch im Studienabschnitt

befindlichen Mediziner:innen arbeiteten, während auf der zweiten Station ausgelernte Mediziner:innen und Hebammen arbeiteten. Der Ruf der ersten Station war über die Grenzen Wiens hinaus furchtbar schlecht, was klar der hohen Anzahl von Todesfällen in Folge des Kindbettfiebers geschuldet war. Tatsächlich lag die Anzahl der Todesfälle je 100 Geburten auf der ersten Station zwischen fünf und 20 Prozent, während sich die zweite Station zwischen zwei und acht Prozent Sterblichkeit bewegte (vgl. Strohmeyr 2015: 29). Semmelweis wollte den Ursachen der erhöhten Sterberate seiner Station auf die Spur kommen und veranlasste dafür eine noch gründlichere Untersuchung der Mütter, woraufhin die Anzahl der Todesfälle noch weiter anstieg. Obwohl zu dieser Zeit Bakterien als Krankheitsverursacher noch unbekannt waren – Louis Pasteur entdeckte die Mikroben der Milchsäuregärung erst 1857 – vermutete Semmelweis bereits, dass die Infektionen aufgrund mangelnder Hygiene entstanden. Da die Nachwuchsmediziner:innen im Zuge ihrer Lehre oft nahtlos zwischen Leicheninspektion und Geburtenhilfe wechselten, setzte sich ein tödlicher Erregerkreislauf in Gang. Als er daraufhin seinen Mitarbeiter:innen wie Kolleg:innen vorschrieb, sich vor jeder Untersuchung die Hände mit Chlorkalk zu desinfizieren, sank die Sterblichkeitsrate seiner Station im Jahr 1848 drastisch ab.

Semmelweis machte sich sogleich daran, seine Kolleg:innen über die Grenzen Wiens hinaus zu informieren, doch stieß er keineswegs auf offene Ohren, sondern kämpfte stattdessen erfolglos gegen »die medizinischen Autoritäten der damaligen Zeit wie Rudolf Virchow (1821–1902), Friedrich Wilhelm Johann Ignaz Scanzoni von Lichtenfels (1821–1891), Eduard A. Martin (1809–1875), Joseph Späth (1823–1896), und Eduard Caspar Jacob von Siebold (1801–1861)« (David & Ebert 2015: 789) an. Der Grund hierfür? So banal es auch klingen mag – Schuldgefühle und gekränkte Eitelkeit der näheren und ferneren Kollegschaft:

> »Skandalös erscheint der Gedanke, die Ärzteschaft selbst sei für die Übertragung der tödlichen Krankheit verantwortlich. Gegen dieses schuldhafte Eingeständnis stemmt sich der Dünkel eines ganzen Standes. […] Neben feindlich gesinnten Äußerungen […] gibt es auch erste Zustimmung. Manche freilich nehmen sich Semmelweis‘ Erkenntnisse zu sehr

> zu Herzen. Der Kieler Geburtshelfer Gustav Michaelis begeht aus Gewissensbissen darüber, am Tod seiner Cousine indirekt schuld zu sein, Selbstmord. […] Schließlich gerät Semmelweis doch in die Kämpfe der »alten« und der »neuen« Schule. Er wird in diesem schlechten Schachspiel ein Bauernopfer und verliert im März 1849 seine Assistenzstelle.« (Strohmeyr 2015: 28/32)

Diese wahrhaft tragische Geschichte einer gescheiterten wissenschaftlichen Innovation (die Entdeckung der Wirkmacht einer Chlorkalkdesinfektion im Medizinbereich) bzw. der daran anknüpfenden Intervention (die Verbreitung der Innovation innerhalb der Fachkultur) seitens Semmelweis endete mit der Einweisung in eine geschlossene Nervenheilanstalt, in der Semmelweis mit gerade einmal 47 Jahren 1865 verstarb. Die Tatsache, dass er nicht nur keine Anerkennung für seine Entdeckung erfuhr, sondern stattdessen dafür verlacht und geächtet wurde, kostete ihn im wahrsten Sinne des Wortes den Verstand und letztlich das Leben. Zurück bleiben zwei Dinge: Zum einen ging Semmelweis wenige Jahre nach seinem Tod und im Zuge einer zunehmend aufgeklärteren Medizin als *Retter der Mütter* in die Medizingeschichtsbücher ein, erlangte also posthum die angemessen erscheinende Anerkennung seiner Entdeckung. Zum anderen prägte er den Begriff des *Semmelweis-Reflex*, unter dem inzwischen ein Phänomen des Widerstands gegen neue wissenschaftliche Erkenntnis verhandelt wird. Es handelt sich also um eine Metapher für »die reflexartige Tendenz, insbesondere des wissenschaftlichen Establishments, neue Erkenntnisse und Entdeckungen ohne ausreichende Prüfung erst einmal abzulehnen, weil sie etablierten Normen, Vorstellungen oder Paradigmen widersprechen« (David & Ebert 2015: 789).

Was kann nun mit Blick auf die Umweltbedingungen von Entdecker:innen und deren Bedeutung für den Erkenntnisfortschritt gesagt werden? Zu dieser Frage und vor dem Hintergrund des soeben rekonstruierten Semmelweis-Reflexes erscheinen die folgenden Zeilen Paul Feyerabends wegweisend:

> »Man nehme etwa an, daß die Institutionen, die die Arbeiten des einzelnen Wissenschaftlers der Öffentlichkeit vorlegen, die ihm eine geistige

> Heimat bieten, in der er sich sicher und akzeptiert fühlen kann, und die ihm wegen ihres Ansehens und ihrer (geistigen, finanziellen, politischen) Macht ein Gefühl der Bedeutung verleihen können, eine konservative Haltung gegenüber den Maßstäben einnehmen, daß sie sich weigern, in Degeneration befindliche Forschungsprogramme zu unterstützen, ihnen das Geld *entziehen*, ihre Verfechter lächerlich machen, ihre Werke nicht veröffentlichen und sie auf jede mögliche Weise herabsetzen. Das Ergebnis ist leicht vorauszusehen: die Wissenschaftler, die genauso emotionale und finanzielle Unterstützung brauchen wie andere Menschen, werden, vor allem heute, wo viele Wissenschaften Geschäfte sind und keine philosophischen Abenteuer, ihre ›Entscheidungen‹ ändern und zur Verwerfung von Forschungsprogrammen neigen, die sich auf dem absteigenden Ast befinden.« (Feyerabend 1976/2013: 259)

Diese Ausführungen Feyerabends beschreiben die Wissenschaftler:innen als Teil der *scientific community*. Diese *community* hat eigene Ordnungen, eigene Regeln und Gepflogenheiten, die ich im Sinne Spinners innerhalb dieser Arbeit bereits als *Betriebsordnung* ausgearbeitet habe. Mit der *Betriebsordnung* wurde ein Ansatz der Versachlichung gewählt, der sich Spinners *Geschäftsordnung* (das Ethos) als anschlussfähig anbietet. Dieses Spannungsfeld zwischen der *Geschäftsordnung* und der *Betriebsordnung* ist dabei kein unbedeutendes und in aktuellen Betrachtungen ein vielleicht (wieder oder immer noch) zu gering beachtetes. Die Bedeutung dieses Spannungsfeldes war Max Weber bereits 1919 gegenwärtig, wenn er konstatierte, dass es doch »außerordentlich gewagt (ist) für einen jungen Gelehrten, der keinerlei Vermögen hat, sich überhaupt den Bedingungen der akademischen Laufbahn auszusetzen« (Weber 1919/2002: 475). Gewagt u. a. deshalb, weil die Betriebsordnung das Richtmaß des Brotlohns darstellt, während das Richtmaß der wissenschaftlichen Erkenntnis, die Geschäftsordnung darstellt und diese der Betriebsordnung oft konträr gegenübersteht. So wird dann auch das individuelle Vermögen zu einem u. U. elementaren Punkt im Zwiespalt der Ordnungen. Diesem ausgemachten Malus kann auch diese Untersuchung nicht gänzlich problemlösend gerecht werden, wenngleich durchaus die Übertragung heutiger Betriebsordnungseigenheiten im Zeichen der Univer-

sität im späteren Verlauf der Universität durchaus Beachtung finden werden. Dezidiert und als eigenständige Arbeit sollte ein solches Unternehmen zu den Betriebsordnungseigenheiten jedoch erschöpfend mindestens drei Analysepunkte verfolgen: 1. Einen sozialen, 2. einen arbeitsrechtlichen und 3. einen wissenschaftstheoretischen.

Dem sozialen wie auch dem arbeitsrechtlichen Analysepart wird der Fortlauf dieser Analyse nicht gerecht werden und will dies auch gar nicht versuchen. Um die Wichtigkeit dieser beiden Analyseebenen jedoch trotzdem zu würdigen, soll skizzenhaft ein grobes soziales wie arbeitsrechtliches Problemfeld abgesteckt werden. Für diese Skizze werden einige rhetorische Fragen aufgeworfen, diese werden mit in den jeweiligen Fachdiskursen verhandelten Thesen und Erläuterungen sowie den dazugehörenden Quellen hinterlegt:

1. Wie ist es um die (wirtschaftlichen) Arbeitsbedingungen der Wissenschaftler:innen bestellt?
Die andauernden Arbeitskampfbemühungen, welche insbesondere für einen prekarisierten Mittelbau eintreten, werden nicht müde zu betonen, wie belastend, physisch wie psychisch, die prekarisierten Arbeitsbedingungen für den akademischen Mittelbau sind. Hier scheinen insbesondere drei Beobachtungen ausschlaggebend zu sein: 1. Mangelnde Wertschätzung gegenüber den prekären Wissenschaftler:innen; 2. Weder Karriere-, Lebens- noch Familienplanungssicherheit für die prekären Wissenschaftler:innen. 3. Eine immer schlechtere Atmosphäre in den Universitäten, die auch Studierende zunehmend wahrnehmen. Nicht zuletzt dank der Unterstützung durch Studierende und Gewerkschaften rücken die Klagelieder verstärkt in den Fokus der Öffentlichkeit (vgl. u. a. Bahr, Eichhorn & Kubon 2022; Fittkau 2019; Zoske 2018).

2. Wie ist es um die arbeitsrechtlichen Bedingungen der Wissenschaftler:innen bestellt?
Das Wissenschaftszeitvertragsgesetz (WissZeitVG) ist Dreh- und Angelpunkt der breitenwirksamen Diskussionen rund um die zunehmende Prekarisierung wissenschaftlicher Biografien. Tatsächlich scheint es sich hier

jedoch so zu verhalten, dass das Konstrukt des *WissZeitVG* nicht isoliert betrachtet werden sollte, sondern vielmehr aus seiner Entstehungsgeschichte heraus begriffen werden muss. Wie auch immer man sich diesem Konstrukt annähert, bleibt folgendes Destillat für den Arbeitsalltag hervorzuheben: Das *WissZeitVG* gilt für das wissenschaftliche sowie künstlerische Personal an staatlichen und staatlich anerkannten Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Es beinhaltet lockerer verfasste Regelungen für die Befristung von Arbeitspapieren und hebt sich damit ab vom allgemeinen Arbeitsrecht mit seinem Teilzeit- und Befristungsgesetz (TzBfG). Zum Gegenstand emotionaler Debatten wurde das *WissZeitVG* insbesondere durch *§ 2, Absatz 1* des Gesetzestextes, welcher auch oft als 12-Jahres-Regelung betitelt wird (vgl. Domke 2020: 19 ff.). Dahinter steckt die Regelung, der nach keine wissenschaftliche Qualifizierungsstufe länger als sechs Jahre andauern darf. Das bedeutet: Noch nicht promovierte Wissenschaftler:innen dürfen sechs Jahre lang einer wissenschaftlichen Tätigkeit nachgehen, steht dann die erfolgreich abgeschlossene Promotion noch aus, ist eine Weiterbeschäftigung nicht möglich. Ist die Promotion erfolgreich abgeschlossen, dürfen die Wissenschaftler:innen weitere sechs Jahre einer wissenschaftlichen Tätigkeit nachgehen. In diesen zweiten sechs Jahren für die Postdoc-Phase gilt es, die Habilitation abzuschließen. Aufgrund verhältnismäßig weniger Habilitationsstellen führt die 12-Jahres-Regelung in vielen Fällen zum unfreiwilligen Ende der wissenschaftlichen Karriere (vgl. Kavacs 2021). Ist nach Ablauf der Befristungshöchstdauer keine unbefristete Anstellung möglich, bleibt den Wissenschaftler:innen nur noch der Übergang auf eine befristete Drittmittelstelle nach *§ 2 Absatz 2 WissZeitVG* (vgl. Domke 2020: 55 ff.).

Es werden also in Summe zwölf Jahre eingeräumt, in denen die wissenschaftliche Tätigkeit unter Unterordnung der jeweiligen Qualifikationsziele erlaubt ist. Auch studentische Hilfskräfte sind im *WissZeitVG* bedacht, für sie sieht das Gesetz eine maximale Beschäftigungszeit von sechs Jahren vor. Unterschieden wird hier nach wissenschaftlicher Hilfskrafttätigkeit und nicht-wissenschaftlicher Hilfskrafttätigkeit: »Üben sie [die studentischen Hilfskräfte; Anm. SR) nur klassische Verwaltungstätigkeiten ohne solchen Bezug aus, kann eine Befristung also nur anhand des TzBfG erfolgen. An

diesen Vorgaben orientieren sich die Formulierungen der Landesgesetze« (Domke 2020: 123). Es gibt natürlich noch weitere Ausnahmeregelungen, so können beispielsweise die Jahre, die in der ersten Qualifikationsphase u. U. nicht beansprucht wurden, in die zweite Qualifikationsphase – also in die Postdoc-Phase – transferiert werden. Auch Mediziner:innen bekommen längere Qualifikationszeiten zugestanden. Lehrkräfte für besondere Aufgaben und andere Angestellte, die überwiegend im Lehrbetrieb und nicht in der Forschung tätig sind, sind nicht Gegenstand des *WissZeitVG,* sondern fallen stattdessen unter die Regelungen der befristeten Anstellungen des TzBfG (vgl. Kleinert 2018).[61]

3. Betreffen die bisher geschilderten Probleme alle Wissenschaftler:innen?
Die hier bislang bemühten Wissenschaftler:innen schließen Karrieren mit ein, die nach befristeten Landesstellen auf Projektstellen übergehen. Oft ist gezielt von Nachwuchswissenschaftler:innen die Rede, dann endet die Karriere vor solchen vermeintlichen Exitstrategien wie dem Übergang in drittmittelfinanzierte Projektstellen. Tatsächlich ist ein lebenslanges Verharren auf Projektstellen, bei denen die Befristung meist drei bis fünf Jahre beträgt, als Dauermodell keine Ausnahme. Es sind dann eben genau jene Zustände, die ein dauerhaftes Leben in Unsicherheit manifestieren und damit verbunden alle arbeitspsychologischen Nachteile in die universitäre Arbeitswelt übertragen. Und es sind eben jene Umstände, die inzwischen einen Großteil der Nachwuchswissenschaftler:innen dahingehend beeinflussen, dass der Abschied von der akademischen Laufbahn nach der erfolgreichen Promotion zur gewünschten Regel wird (vgl. Domke 2020: 19).

61 Dieser kurze Überblick deutet die juristische Komplexität des Themas bereits an. Empfehlenswert zur fundierten Vertiefung erscheint insbesondere die 2020 im Nomos Verlag erschienene Arbeit *Das Befristungsrecht des wissenschaftlichen Personals an deutschen Hochschulen zwischen wissenschaftlicher Dynamik und sozialer Sicherheit* von Friedrun Domke. Es handelt sich hierbei um eine 2019 an der rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität zu Köln eingereichte Dissertationsschrift, die historisch ausladend den Werdegang juristischer Universitätssteuerung darlegt und u. a. vor dem Hintergrund europarechtlicher Verschränkungen prüft.

Interessanterweise ist es der dritte Analysepart, der für die Erörterung der grundlegenden Argumentationsfiguren elementar erscheint – also der wissenschaftstheoretische. Denn von den drei als elementar proklamierten möglichen Zugängen (1. Sozial(politisch), 2. arbeitsrechtlich und 3. wissenschaftstheoretisch) ist es die Wissenschaftstheorie, die einem beim Großteil der betrachteten juristischen oder gesellschaftswissenschaftlichen Studien als Ausgangspunkt vorgelegt wird. Wie lautet nun also das Hauptargument, das den soeben aufgezeigten Problemfeldern zugrunde gelegt wird?

Tatsächlich bestätigte das Bundesverfassungsgericht 1996 die Notwendigkeit privilegierter Befristungen an Hochschulen und machte die Notwendigkeit darin fest, dass der Staat die Idee der freien Wissenschaft positiv prägen muss. Um dieser Prägung nachkommen zu können, muss die Flexibilität und Fluktuation der Angestellten an Universitäten gesichert werden, was einer grundgesetzlichen Aufgabe gleichkommt. Nur wenn eben diese Fluktuation gesichert ist, ist institutionell zu gewährleisten, dass keine Stauungen entstehen und sich nicht eine Generation die Universität sichert und die nachkommenden Generationen blockiert. Es ist die *Vergreisung* der Universität, der man mit der Befristungspolitik zuvorkommen möchte (vgl. Domke 2020: 20 f.). Nur wenn der Durchlauf sichergestellt wird, nur wenn die Erkenntnis der Wissenschaftler:innen getaktet und gemanagt wird, ist Innovation gesichert – so die gängige befristungsrechtfertigende Argumentationsfigur (vgl. Kavacs 2021).

Es geht also um Innovation, um die Angst vor einer institutionellen Erstarrung im Zustand einer Wissensverwaltung ohne Revolutionen. Damit ist hier ein Argument etabliert, welches den Anspruch erhebt, ein Erkenntnismanagement zu kennen. Im späteren Verlauf wird dieser Punkt in dieser Arbeit noch einmal detaillierter Betrachtung finden, im Zuge dieses ersten Zwischenresümees sei aber bereits ausgeführt, dass diese Argumentation a) erkenntnistheoretisch zu kurz greift und eine Innovation offenbar bevorzugt oder gar exklusiv außerhalb der normalwissenschaftlichen Vorgänge ansiedelt und b) die Institution der Universität zudem kläglich auf die reine Forschung fernab des Bildungsanspruchs verkürzt.

Zum ersten Punkt erfolgte bereits eine erschöpfende Darlegung, diese soll nun nicht ein weiteres Mal gerafft werden. Zum zweiten Punkt des Bil-

dungsanspruchs wird das Folgekapitel ausführlichere Erklärungen darlegen. Zu diesem Zeitpunkt soll daher lediglich ein richtungsweisender Ausschnitt aus dem Interview mit Spinner hinterlegt werden:

> »Es gibt einerseits die kreative Spitze und dann eben den Unterbau. Der Unterbau, der aus Beruf und Betrieb besteht, der wird nur sehr, sehr selten dem vorhandenen Wissen eines draufsetzen, was es noch nicht gegeben hat. Und je nachdem, welche Kriterien man hier anlegt, ist das etwas, wozu der normale Forscher vielleicht auch überhaupt nichts beitragen kann. Der macht also seine Karriere als Experte oder als Universitätsprofessor und macht nie etwas wirklich Neues. Aber er fördert seine Studenten. Wir brauchen die Institution als Freiraum und zum Schutz für eine gescheite Entwicklung. Gescheit muss in dem Sinne nicht exzellent sein, sondern kann eben auch eine Entwicklung meinen und gute, meinungsstarke und gescheite Bürger hervorbringen.« (Spinner 2021: A. VIII)

Hier zeigt sich – wenigstens ausgehend von der Lektüre Spinners – dass nicht nur das Innovationsmoment Gegenstand des universitären Alltags sein darf. Sicherlich ist eine wissenschaftstheoretische Erörterung zum Zustand der Universitäten eine gute Grundlage zur weiteren Besprechung, doch diese darf nicht kipppunktzentriert sein, sie muss stattdessen vielmehr scharf stellen auf die permanente Prozessualität wissenschaftlicher Kritik auch und insbesondere im Zeichen der Normalwissenschaft im Sinne Kuhns. Ob die Befürchtung einer institutionellen Vergreisung bei aktuell laut Gewerkschaften geschätzten 78 Prozent befristeten Wissenschaftler:innen und 16 Prozent befristeten Mitarbeiter:innen in Technik und Verwaltung im Universitätskontext (vgl. Fokken 2020) überhaupt noch zu greifen vermag, sei an dieser Stelle offengelassen.

Es zeigt sich hierin eindrücklich, dass die wissenschaftstheoretische Stellungnahme keinesfalls bagatellisiert werden sollte, da die Erkenntnistheorie, wie u. a. diese Analyse anhand der rekonstruierten Befristungsbegründung aufzuzeigen vermochte, im universitären Kontext nicht selten für weitreichende Politiken fernab von Wahrheits- und Wirklichkeitsdiskursen argumentativ grundierend herhalten muss. Es gilt nun also im Fortlauf genauer

zu betrachten, wie die pluralistische Erkenntnis prozessual in der Universität verankert ist, welche Rechte und Pflichten für die Universitäten neben der Erkenntnisgewinnung von Bedeutung sind und wie Verwaltungspraxen mit all dem (un)vereinbar erscheinen.

4. Die Universität: Von der Institution zur Organisation

Wenn von Universitäten die Rede ist, werden gerne die Zuschreibungen des Institutionellen oder Organisationalen präpositioniert und dabei durchaus kontrovers besprochen. Es ist dann beispielhaft die Rede von »ruinierte[n] Institution[en]« (Haß & Müller-Schöll 2009: 10), von »organisatorische[n] Koexistenz[en]« (Schimank 2006: 33), von »seriell aufgebaute[n] Organisation[en]« (Hubig 2009: 42), oder gar von »organisatorische[n] Paradoxien« (Emrich & Fröhlich 2010: 18). Zweifelsfrei kann attestiert werden, dass diese Zuschreibungen allesamt nicht nur berechtigt sind, sie sind gar sinnstiftend über den praktischen Nutzen kategorialer Zuweisungen im methodischen Ansinnen hinaus.

Um jedoch dieses sinnstiftende Moment erkennen zu können und um überhaupt die Erleichterung zu verstehen, die diese soziologischen Kategorien *Institution* und *Organisation* für ökonomische wie geisteswissenschaftliche Reflexionen mit sich bringen (können), bedarf es im Vorfeld grundlegender Begriffsarbeit. Was meinen wir, wenn wir von Institutionen und/oder Organisationen sprechen? Und inwieweit sind diese Sinnzuweisungen mit denen der Wissenschaft im Allgemeinen und mit dem Untersuchungsgegenstand der Universität im Speziellen übereinzubringen? Was geschieht mit der Untersuchungsperspektive, wenn die eine oder die andere Kategorie für den Untersuchungsgegenstand – in diesem Fall die Universität – veranschlagt wird? Und: Kann man, im Zuge der historisch-kritischen Methodik dieser Untersuchung, ein Für und Wider für die Positionen erarbeiten, um so eine vermeintlich richtige/treffende Kategorie zu bestimmen?

Es sind Fragen wie diese, denen sich die vorliegende Analyse im Verlaufe dieses vierten Kapitels u. a. annähern wird. In einem ersten Zuge werden innerhalb des Kapitels *4.1* die Begriffe sowie Konzepte der Institution wie Organisation im Allgemeinen betrachtet, was darauf abzielt, dass der histo-

rischen Wirkung begriffsherleitend Rechnung getragen wird. Zudem werden diese allgemeinen Betrachtungen die Begriffe insoweit konkretisieren, dass sie der anschließenden spezifischeren wissenschaftlichen Betrachtung genügen.

Anschließend wird im Kapitel *4.2* die theorieleitende Funktion der vorgestellten Strukturkonzepte *Institution* und *Organisation* vorgestellt. Dies sind die Konzepte, die den Untersuchungsgegenstand *Universität* zu prägen scheinen, weshalb ein konzeptionelles Durchdringen im Vorfeld der philosophischen Reflexion unabdingbar ist. Dies ist sowohl im Sinne der methodischen Anlehnung an Ernst Machs historisch-kritisches Verständnis sowie in Anlehnung an Helmut Spinners radikalen Pluralismus unabdingbar. Das Verständnis über die Funktionslogik von Institutionen und Organisationen ist grundlegend für das Entfalten einer substanziellen Kritik an der Universität. Es bildet sozusagen die theoretische Grundlage des Ganzen ab und ist somit unabdingbar für fortschrittliche Kritik: »[D]ie Originalität besteht nun darin, dann noch eins drauf zu setzen auf den Stand der Forschung. Der Stand der Forschung ist immer die Referenzlinie, das Referenzsystem, und das Referenzsystem brauchen wir, sonst fangen wir immer wieder bei Adam und Eva an« (Spinner 2021: A III). Die soziologische Hochschulforschung als die Disziplin, die sich der Organisationsform der Universität am stärksten verschrieben hat – eine ausführlichere Beschäftigung mit den wissenschaftstheoretischen Teilarbeitsgebieten erfolgte insbesondere im Kapitel *2.1.1* dieser Untersuchung – wird für die weiteren Überlegungen somit zur Referenzlinie im Spinner'schen Sinne erklärt.

Die Kapitel *4.3* und *4.4* wenden sich Transformationsprozessen zu, ausgehend von der antiken Universitätsidee, von der aus die Institution in organisationale Strukturen übergeht und in der Idee der modernen Universität mündet. In Anlehnung an Niklas Luhmann wird hier eine Geschichte der Universität auf dem Weg zur organisierten Institution nachgezeichnet. Dies geschieht mit einem u. U. verkürzt erscheinenden historischen Herleitungsanspruch, was aber in erster Linie der Tatsache geschuldet ist, dass hier gleichfalls relevante Einlassungen – beispielsweise die Diskussion über die Universität im Spannungsfeld von Universalismus und Partikularismus, die rekurrierend auf Rudolf Stichweh bereits in Kapitel *2.2.4* zum Forschungs-

begriff ausgeführt wurde – im Vorfeld der Untersuchung ein Stück weit vorweggenommen wurden. Somit ist es der Leserschaft vorbehalten, die im vierten Kapitel recht exklusiven organisationssoziologischen Überlegungen vor der zuvor ausgeführten universitären Historie reflektierend zu lesen.

Das Kapitel *4.5* wendet sich nun der Organisation der modernen Universität und deren konkreten Aufgabenfeldern zu. Diese Ausarbeitung orientiert sich dabei an der Organisationsbeschreibung von Karl Jaspers, der die hauptsächlichen Aufgaben der Universität in der Forschung, Erziehung und Lehre ausgemacht sieht. Diese Aufgabenfelder werden näher betrachtet, Jaspers Ausführungen werden zudem ergänzt. Die Ergänzungen zielen dabei insbesondere auf die Verschlagwortung der Humboldt'schen Idee ab. Hierbei wird die Geschichte des Philipp Jakob Steyrer als Erweiterung zu Humboldt gelesen: Steyrer war Abt eines Benediktinerklosters in St. Peter im Hochschwarzwald, seine Geschichte ist eine bislang außerhalb der katholischen Theologie im Dunstkreis der Universität Freiburg wenig beachtete, und doch vermag sie anschaulich, den Humboldt'schen Zeitgeist darzustellen.

Abschließend wird in Kapitel *4.6* ein zweites Zwischenresümee gezogen. Dieses wird in der Ausführlichkeit nicht dem ersten Resümee gleichkommen, doch wird es die Gedanken aus *3.4* aufnehmen und mit den organisationssoziologischen wie bildungsphilosophischen Überlegungen des vierten Kapitels übereinbringen.

4.1 Institution und Organisation im Allgemeinen

Es ist Teil des eigens angemeldeten Anspruchs dieser Arbeit, Konzeptionen und dazu gehörende Begrifflichkeiten auch aus ihrem historischen Kontext heraus zu begreifen. Die Subjektivität eines solchen Verfahrens – insbesondere dann, wenn es als philosophisch-methodische Einbettung funktioniert und nicht exklusiv geschichtswissenschaftliche Betrachtung erfährt – wurde bereits an früherer Stelle, genauer innerhalb des Kapitel *2.2.1*, thematisiert. Im Sinne dieser Reflexion wird nun im Folgenden eine Betrachtung vorgenommen, die die Institution sowie Organisation sprachlich aus dem all-

täglichen Gebrauch in die wissenschaftliche Lesart hineinüberführt und sie dann innerhalb der wissenschaftlichen Lesart einem Prozess der Passung dahingehend unterzieht, dass eine Definition bestimmt wird, die im weiteren Verlauf der Untersuchung als stichhaltig betrachtet wird.

4.1.1 Die Institution im Allgemeinen

Der Institutionsbegriff ist *umgangssprachlich* derlei veranlagt, dass er als tradiert und werthaltig begriffen wird. Gerne wird auch ein Verweis zur Ehe bemüht, die *Institution der Ehe* fußt hiernach auf Tradition und Anstand, Werthaltigkeit und einer Treue dem Ideal gegenüber. Par excellence lässt sich dies an einem Buchtitel des ehemaligen Ministerpräsidenten Erwin Teufel des Landes Baden-Württemberg verdeutlichen, welcher lautet *Ehe alles zu spät ist* und mit diesem Wortspiel eine Analyse überschreibt, welche die Institution der Ehe als eine Art Leitsignal für die Organisation Kirche ausruft (vgl. Teufel 2013). Aber auch Menschen können umgangssprachlich zur Institution werden, beispielsweise wenn der TV-Moderator Harald Schmidt gerne als Legende und Institution des deutschsprachigen Late-Night-Talks beschrieben wird (vgl. Köster 2021: 1; Richter 2010: 1). Aber was genau umreißt der Institutionsbegriff denn nun konkret?

Ein Blick auf *wissenschaftliche* Begriffsanalysen bringt jedenfalls hervor, dass der beispielhafte umgangssprachliche Rückgriff auf die Ehe als familiäre Institution durchaus redlich erscheint (vgl. Luhmann 2019: 193; Peuckert 2008: 29), wenngleich auch nicht generalisierbar. Tatsächlich handelt es sich beim Institutionsbegriff um einen aus der Soziologie stammenden und inhaltlich von verschiedenen Disziplinen unterschiedlich besetzten Terminus, der selbst innerhalb einzelner Fächer der Geistes- und Gesellschaftswissenschaften verschiedene Zuschreibungen erfährt (vgl. Schülein 2007: 9). Für diese Untersuchung ist nun eine Präzision vonnöten, die philosophisch belastbar ist und sich vor dem Hintergrund der wissenschaftstheoretischen Überlegungen zur Funktionslogik wissenschaftlicher Erkenntnis verwenden lässt. Mit Blick auf die Universität als Anwendungsfeld und im Sinne eines historisch-kritischen Vorgehens bietet sich eine soziologische Annäherung an, hat doch einer der Ur-Väter der soziologischen Wissenschaft – Emile

Durkheim – die Soziologie gar als »Wissenschaft von den Institutionen, deren Entstehung und Wirkungsart« (Durkheim 1965: 100) bezeichnet.

Das Wörterbuch der Soziologie führt als Definition für den Institutionsbegriff »jegliche Form bewusst gestalteter oder ungeplant entstandener stabiler, dauerhafter Muster menschlicher Beziehungen, die in einer Gesellschaft erzwungen oder durch die allseits als legitim geltenden Ordnungsvorstellungen getragen und tatsächlich ›gelebt‹ werden« (Hillmann 1994: 373) ins Feld. Es wird hier bereits deutlich, dass es bei Institutionen um Muster geht, welche angelegt auf das Individuum Formen mustergültigen Verhaltens anleiten und dessen Herbeiführung und/oder Bewahrung manifestieren. Die Institution ist eine soziologische Kategorie und der Versuch einer theoretischen Sichtbarmachung der Mechanismen, die Gesellschaft gestalten. Der Institutionsbegriff steht damit in der Traditionslinie politischer Philosophie im Sinne einer »Erklärung der Ordnung des individuellen Handelns […] bei Aristoteles und Cicero waren es die polis bzw. die res publica, bei Thomas Hobbes der Leviathan« (Esser 2000: 2). Es sind also – und so werden die meisten Einlassungen zum Institutionsbegriff in Anlehnung an Durkheim auch eingeleitet – soziale Institutionen, die das Handeln der Individuen in Gesellschaft steuern, kontrollieren und regulieren (vgl. u. a. Hasse & Krücken 2013: 237; Esser 2000: 3).

Dabei ist die Institution als Theorie mit dem klassischen Problem sozialwissenschaftlicher Theoriebildung zur sozialen Realitätserfassung konfrontiert, nämlich mit dem prozessualen Charakter sozialer Realität. Das Soziale zeigt sich als Geflecht optionaler Entscheidungsfindung, was so viel bedeutet wie: Alles ist im Fluss, Vor- und Rückschritte zeichnen den Entwicklungslauf und auch das vermeintlich Unvorhersehbare ist Teil des Ganzen. Diese Tatsache erschwert nicht nur ein Abbild der Realität aufgrund von Mikro-Verwobenheiten diverser sozialer Interaktionen, sie baut auch das methodische Problem unmöglicher Vergleichbarkeit auf. Am Ende steht die Erkenntnis, der nach »keine soziale Situation mit anderen identisch, keine Gesellschaft wie eine andere« (Schülein 2007: 10) ist. Hier tritt etwas zutage, was man als Pluralismus der Sozialität und den daraus ableitbaren Handlungen bezeichnen könnte.

Unter Pluralismus der Sozialität subsummiere ich somit die Feststellung, dass Handlungen unter Einfluss diverser Triggerpunkte (ent)stehen, die sich beispielsweise in Überzeugungen oder Gewohnheiten manifestieren können. Die sozialwissenschaftliche Auf- und Erfassung sozialer Tatsachen wirkt zudem in einem weiteren Sinne unberechen- wie auch unvergleichbar, wenigstens dann, wenn man die Realisierung der Tatsachen vor dem Hintergrund individuell ausgeprägter Sinnzusammenhänge als gesetzt betrachtet. Diese Verstrickungen – die hier als Pluralismus der Sozialität überschrieben wurden – wissenschaftlich zu erfassen, ruft die Sozialwissenschaften auf den Plan und skizziert dabei die große Problematik der Institutionstheorien. Der Soziologe Johann August Schülein pointiert:

> »Schon diese wenigen Hinweise verdeutlichen, worin die besonderen Probleme sozialwissenschaftlicher Theoriebildung liegen. Ein solcher Gegenstand, der zugleich determiniert und offen ist, entzieht sich einer eindeutigen theoretischen Rekonstruktion. Unveränderliche, gesetzmäßige Sachverhalte lassen sich durch Abstraktion auf Algorithmen reduzieren, in denen ihre Logik ohne Verlust erfasst wird. Theorien sozialer Prozesse leiden an dem unlösbaren Dilemma, dass in jedem konkreten Fall die allgemeine Logik auf besondere Weise variiert wird, so dass weder aus dem Allgemeinen auf das Besondere noch aus dem Prinzip aus Besonderen unmittelbar auf das Allgemeine geschlossen werden kann.« (Schülein, 2007, S. 10)

Schülein verweist hier auf eine wichtige Problematik, die im wissenschaftlichen Umgang mit sozialen Prozessen unweigerlich zur Bewältigung ansteht, nämlich die Problematik der intendierten Fehlinterpretation. Natürlich muss die sozialwissenschaftlich forschende Person versuchen, dem prozessualen Charakter durch ein eigenes Interpretationssetting entgegenzuwirken, wodurch eine klare Skalierbarkeit verunmöglicht wird und auch starke interpretative Setzungen die Methodik beeinflussen. Wie das zu verstehen ist, wird schnell klar, wenn man sich die historischen Ausformungen des Institutionsbegriffs im sozialwissenschaftlichen Spektrum anschaut und dabei die Wirkmechanismen der Institutionen betrachtet.

Der bereits erwähnte Durkheim staffierte die Institutionsfunktion beispielsweise durch Zwangsmechanismen aus. Durkheim entwickelt zuerst den Begriff des *sozialen Tatbestands*, worunter verstanden wird, dass eine Art *sozialen Zwanges* durch verschiedene soziale Mechanismen wie (Ge) Bräuche, Gewohnheiten, Gepflogenheiten *von außen* auf die Menschen einwirkt, wodurch eine gewisse Regelmäßigkeit in soziale Prozesse einkehrt (vgl. Durkheim 1965: 99). Institutionen sind nun der Oberbegriff für »alle Glaubensvorstellungen und durch die Gesellschaft festgesetzten Verhaltensweisen« (Durkheim 1965: 100), rundet Durkheim die Ausführungen seines soziologisch-methodischen Mindsets ab.

Etwas anders als Durkheim betrachten die Soziologen Peter Berger und Thomas Luckmann den Institutionsbegriff als Produkt eines individuellen Bedürfnisses nach sozialer Kontrolle, und heben damit das externe Anstoßmoment Durkheims ein Stück weit auf. Die Institutionalisierung sozialer Handlungen fungiert hier als verregelte und dadurch leicht wiederholbare Handlungsform zur leichteren Lösung alltäglicher Herausforderungen. Institutionen sind hier also freiwillig habitualisierte Handlungen (zum Beispiel der Handschlag zur Begrüßung) oder Verhaltensnormen/Typisierungen (beispielsweise die Buffeteröffnung durch den Gastgeber), die keine bewusste Hinterfragung erfahren und dem Subjekt stets erneute Aushandlungsprozesse im sozialen Kontext ersparen (vgl. Berger & Luckmann 2009: 24).

Während also Berger und Luckmann davon ausgehen, dass Institutionen nicht hinterfragt werden und auch keine konkreten Aussagen dazu machen, ob Institutionen grundsätzlich hinterfragt werden können, lässt sich hier mit Michel Foucault anknüpfen, der Fragen nach dem Zwangspotenzial bzw. der (Un)Hinterfragbarkeit von Institutionen konkretisiert. Foucault definiert Institutionen als Instanzen und Mechanismen der Disziplinierung. Insbesondere in *Überwachen und Strafen* sowie in seinen *Studien zur Sexualität* formiert Foucault eine kritische Sozialtheorie und untersucht dabei soziale Institutionen und deren Wirkweisen.[62] Die bei Durkheim durch Insti-

62 Überwachen und Strafen stellt eine Genealogie moderner Gefängnisse in Kombination mit einer Kritik des modernen Kapitalismus im Sinne gleichbezogener Machttechnologien dar. Die Studien über die Sexualität nahmen ihren Auftakt mit dem Buch *Der Wille zum Wissen*. Hierin wollte Foucault u. a. die Entwicklung

tutionen geordnete Gesellschaft wird bei Foucault nun zu einer Gesellschaft des Wissens, die um das Wissen in und durch Institutionen ringt. Dieses Wissen konstituiert auch das kritische Subjekt, es ordnet die Gesellschaft also anders und doch ähnlich dem Durkheim'schen Gedanken:

> »Es handelt sich hier um das Werden eines Wissens, das wir an seiner Wurzel fassen möchten: in den religiösen Institutionen, in den pädagogischen Maßnahmen, in den medizinischen Praktiken, in den Familienstrukturen, in denen es sich formiert hat, aber auch in den Zwangswirkungen, die es auf die Individuen ausgeübt hat.« (Foucault 2014: 7)

Dieser kurze Rückblick auf drei Hotspots der Institutionsforschung bringt Institutionen also als Zwang von außen (Durkheim), Bedürfnis nach sozialer Kontrolle (Berger/Luckmann) oder Mechanismen der Macht (Foucault) hervor und zeichnet die Konturen des Institutionsbegriffs damit durchaus noch verschwommen und unscharf, wenigstens aber deutlich unterschieden. Eine vermeintliche Negativität (im Sinne von Zwang, Kontrolle, Manipulation) kann als Parallelität der bislang ausführlicher vorgestellten Institutionstheorien ausgemacht werden. Ein spannender Gedanke, dem der Soziologe Robert Seyfert ausführlicher nachspürt und in einen Vergleich zur positiven Tradition im Zeichen David Humes und Henri Bergsons folgt, da er die klassischen wie aktuellen Institutionstheorien als zu eingefahren betrachtet und einen Mittlerweg sucht, der das Positive wie das Negative in die grundlegende Begriffsintonierung einfließen lässt:

> »Wenn Émile Durkheim Institutionen als die Lösung des Problems der Gesellschaft angesehen hat, dann stellen sie für eine Kritische Theo-

der menschlichen Sexualität historisch nachvollziehen und darin Machtstrukturen freilegen, welche auf die Sexualität Einfluss üben. Im Kern beschäftigt sich der erste Teil dieser Studien mit den Bedeutungen, die im Laufe der europäischen Geschichte der Sexualität zugeschrieben wurden. Foucault sammelt hier somit Ergebnisse von zunehmendem *Sprechen über den Sex*, zu dem er feststellt: »Um den Sex herum zündet eine diskursive Explosion« (Foucault 2014: 23), was in seinen Ausführungen institutionell – zum Beispiel durch die Pastoralmacht und Praktiken wie das Beichten – getragen ist.

> rie umgekehrt eher das gesellschaftliche Problem dar: Soziologie ist die Wissenschaft von den Institutionen und eine Kritische Soziologie ist Institutionenkritik. Diese konzeptionelle Bifurkation reicht bis in die Gegenwart, in der man sich meist entweder für Inklusionsmechanismen, Integrationsbewegungen und Institutionalisierungsprozesse interessiert oder umgekehrt ausschließlich auf Dekonstruktion, Destabilisierung und De-Institutionalisierung fokussiert. […] Indem Institutionen stabilisieren und auf Dauer stellen, behindern und schränken sie ein, machen sie die fluiden und kreativen Aspekte des menschlichen Lebens zunichte. Die Funktionen, die den Institutionen hier [in den klassischen wie aktuellen Institutionstheorien; Anm. SR] zugestanden werden, beziehen sich lediglich auf negative Mechanismen der Kontrolle, Limitierung und Disziplinierung.« (Seyfert 2011: 11)

Mit dem Verweis auf die Behinderung kreativen Potenzials durch negativ bestimmte Institutionen stellt Seyfert im Ansatz einen spannenden Analyselink dar, dem diese Untersuchung gut folgen kann. Doch dies detaillierter an späterer Stelle. Zunächst soll ein anderer Punkt weiter geschärft und konturiert werden: Mit Verweis auf Schülein wurde die starke Interpretationsintention von Institutionstheorien bereits angerissen und durch eine kurze Rückschau verschiedener Institutionstheorien beispielhaft verdeutlicht. Seyfert erklärt diese Problematik zu einer Frage der Bifurkation, stilisiert den grundlegenden Umgang mit dem Institutionsbegriff damit zur Glaubensfrage. Praktikabler erscheint im Zuge dieser Analyse – da eine weitere Verquickung des Institutionsbegriffs mit dem der Organisation erfolgen soll – eine Reduktion des Institutionsbegriffs, um ihn damit dem sonst unausweichlichen Positiv-Negativ-Zwist zu entziehen. Hierfür gibt es mehrere Vorschläge,so schlägt Schülein folgende Begriffsabstraktion vor, um den Institutionsbegriff in der Breite wissenschaftlicher Forschung wieder anschlussfähiger aufzustellen:

> »Institutionen müssen als stabile Relation in einem dynamischen und kontingenten Prozess verstanden werden, als eine nicht selbstverständliche Fest-Stellung von Realität angesichts von Alternativen und Verände-

> rungen. Sie erbringen bestimmte Leistungen – die den Fluss der Realität steuern – und verursachen »Kosten« (d. h. sie sind Resultat von vorausgehenden konstitutiven Prozessen und setzen bestimmte Bedingungen voraus). Das bedeutet nicht zwangsläufig reibungsloses Funktionieren, sondern zunächst nur eine sinnvolle (wie immer komplexe und widersprüchliche) Beziehung zum Status Quo bei gleichzeitiger Distanz. Institutionen sind, so gesehen, zugleich Produkt von Entwicklungen und Modus ihrer Steuerung.« (Schülein 2007: 13)

Schülein schlägt hier nun also vor, Institutionen als etablierte Relationsmoderatoren anzusehen, die nicht richtiger oder falscher Natur sind, jedoch konservativ in dem Sinne, dass sie Realitäten fest-stellen im Sinne einer Ereignismomentkonservierung. Zudem bezeichnet er sie als Produkte von Entwicklungen und Steuerungen, was auf charmante Art vermittelnd die Positiv-Negativ-Debatte auflöst bei Beibehaltung der Kategorie an sich. Sprich: Er belässt die Funktionslogik als wichtigen Part der Institutionsforschung, entspannt aber die Kategorie, ohne sie inhaltlich zu erläutern. Schüleins Ziel der Eigendefinition ist es, den Institutionsbegriff durch ein Mehr an Abstraktion anschlussfähiger zu gestalten, was ihm sicherlich auch gelungen ist. Doch tun sich weitere Vorschläge zur Reduktion des Begriffs auf, um ihn im Forschungsalltag handlicher zu gestalten.

Eine weitere weitreichende Stutzung des Begriffs schlägt z. B. Hartmut Esser vor, wenn er schreibt: »Eine Institution sei – ganz knapp und allgemein gesagt – eine Erwartung über die Einhaltung bestimmter Regeln, die verbindliche Geltung beanspruchen.« (Esser 2000: 2) Damit reduziert Esser die Definition von Schülein weiter, inhaltlich wie sprachlich. Was bei Schülein als stabile Relation zur Realitäts-Feststellung in dynamisch wie kontingenten Prozessen firmiert, münzt Esser um in die Erwartungshaltung mit Blick auf die Dinge des Alltags, die wir auch gerne unter dem Primat des *common sense* verhandeln. Raimund Hasse und Georg Krücken analysierten eine Vielzahl verschiedener Institutionstheorien und gaben u. a. folgendes Destillat preis:

> »Die in der Institutionstheorie grundlegend geteilte Annahme besteht darin, dass individuelles und kollektives Handeln nur durch übergeordnete gesellschaftliche Regelwerke – Institutionen – erklärbar ist. […] Diese Regelwerke können sowohl formaler als auch informaler Natur sein. Je nach Formalisierungsgrad rücken sie damit entweder in die Richtung rechtlicher Normen (wie Verbote) oder allgemein-gesellschaftlicher Konventionen (wie der Handschlag zur Begrüßung). Unabhängig vom Formalisierungsgrad wird jedoch unterstellt, dass man im gesellschaftlichen Miteinander weiß, wie man sich zu verhalten hat. Institutionen lassen sich demnach soziologisch als gesellschaftliche Erwartungsstrukturen definieren, die darüber bestimmen, was angemessenes Handeln und Entscheiden ist. Wichtig ist, dass solchermaßen definierte Institutionen nicht nur als handlungsbeschränkend, sondern auch als handlungsermöglichend verstanden werden.« (Hasse & Krücken 2013: 237)

Hierin bringen Hasse und Krücken pointiert die Quintessenz aus den zuvor besprochenen Ansichten hervor und prägen auch im Rahmen dieser Untersuchung die Inhaltsebene des Institutionsbegriffs im weiteren Verlauf. Es ist diese Reduzierung, die nicht zu (unter)komplex erscheint, die eben jenes zu leisten vermag, was in diesem Kapitel einführend als philosophisch belastbare Begriffsdefinition bezeichnet wurde.[63] Institutionen sollen von nun an innerhalb dieser Untersuchung demnach das umfassen, was in formaler wie informaler Weise einen Erwartungshorizont des gesellschaftlichen Interagierens bestimmt.

63 Es sei an dieser Stelle nochmals ausdrücklich erwähnt, dass diese hier für diese Untersuchung hervorgehobene Begriffsreduktion nicht das Fundamentalverständnis von Hasse/Krücken darstellt, vielmehr dererseits als einführende Darlegung zur Ausbreitung dessen, was als Neo-Institutionalismus verhandelt wird, vorgebracht wurde. Jedoch stellen die Autoren richtigerweise fest, dass mit einer weiteren Begriffsdefinition des Neo-Institutionalismus insbesondere quantitative Vorteile verbunden sind, die im Zuge dieser Untersuchung nicht *genutzt* werden können (vgl. Hasse & Krücken 2013: 238). Zudem handelt es sich beim Neo-Institutionalismus im Stile von Hasse/Krücken genau genommen bereits um ein Institutions-Organisations-Hybrid, eine Theorie, welche den Institutionsanspruch der Organisation sichtbar machen möchte.

4.1.2 Die Organisation im Allgemeinen

Der Organisationsbegriff ist vor allem als Grundlage einer Berechenbarkeit oder aber wenigstens Verlässlichkeit in der Umgangssprache verankert. Außerdem scheint es, resultiert seine Klarheit elementar aus dem Kontext. Betreten wir beispielsweise das Büro eines Freundes und sagen zu ihm *Du bist aber toll organisiert* wird dieser sofort verstehen, dass wir seine Ordnung am Arbeitsplatz schätzen, und nicht denken, dass wir ihn auf eine Organisation im bürokratischen Rechtssinne hin betrachten, beispielsweise weil er eingetragener Einzelhandelskaufmann ist. Ebenso funktioniert diese scheinbar eindeutige Konnotation aber auch umgekehrt, wenn man sich beispielsweise einen Buchtitel namens *Papst Benedikt und seine heilige Organisation* denkt – kaum einer wird hier davon ausgehen, dass das Alltagsmanagement des Papstes betrachtet wird. Man denkt in diesem Falle sofort die Organisation der katholischen Kirche mit hinzu.

Neben der Selbstorganisation und der Unternehmensorganisation benutzen wir umgangssprachlich auch die Organisation, wenn wir ein Management ohne Self-care Motivation und ohne zugrundeliegende (Unternehmens)Rechtsform hervorheben wollen. Beispielsweise wenn ein Elternabend durch Elternteil Mustermann außerordentlich vorbildlich organisiert wurde. Dann kann ein Fazit womöglich lauten, dass der Abend inhaltlich unterhaltsamer hätte sein können, aber immerhin durch eine gute Organisation zu brillieren wusste. Aber was genau macht sie denn nun aus, die Organisation? Zweifelsfrei zeigt ein kurzer Überblick über die Verwendungsmöglichkeiten bereits einiges auf, u. a. die Tatsache, dass der Organisation eine Ordnung zugrunde zu liegen scheint. Aber welche Zuschreibungen lassen sich darüber hinaus dingfest machen?

Allem voran steht die Beobachtung, dass Organisationen ein unerklärliches Randgebiet unserer Ausbildung und bewussten Wahrnehmung darstellen. Unerklärlich vor allem deshalb, da sie sich quasi-formgebend durch unser gesamtes Leben ziehen, angefangen in der Stunde-Null, die die meisten Bürger:innen unserer Breitengrade im Krankenhaus – also einer zentralen Gesundheitsorganisation – erleben. Damit ist es keineswegs belassen, es folgen im Ausbildungsrahmen Kindergarten, Schule, Berufsschule,

Universität usw. und anschließend möglicherweise berufliche Karrieren in Behörden, Kirchen, Gewerkschaften usf. Auch privat säumen Organisationen stets unseren Weg – als Fußballverein, Skat- oder Skateclub, als Studierendenvertretung oder Volkshochschule uvm. So kann durchaus behauptet werden, dass unser Leben maßgeblich von Organisationen angeleitet und bestimmt wird und es angesichts dieser Fülle an uns begleitenden und beeinflussenden Organisationen schon regelrecht verwunderlich erscheint, dass keine schulische Unterweisung passiert, wir stattdessen »lediglich nebenbei [lernen], wie Organisationen wirken und wie man sich in ihnen zu verhalten hat« (Kühl, 2020: 1).[64]

Diese allgemeine Betrachtung vom Verhältnis Mensch zu Organisation zeigt vielerlei Interessantes auf, zwei Dinge seien jedoch besonders hervorgehoben: Zum einen ist es die Organisation, die uns als Subjekte in Professionen aufgehen lässt. Der Soziologe Stefan Kühl stellt hierzu fest, dass es bereits im Kindergarten erstmalig einsetzt, Menschen in den beruflichen Status aufgehenzulassen: »Im Kindergarten oder in der Grundschule mag das Kind seinen Kindergärtner oder seine Grundschullehrerin zunächst noch als Person wahrnehmen; es erkennt aber recht schnell, dass diese lediglich Teil eines größeren Ganzen und als Person austauschbar sind« (Kühl 2020: 1). Es ist also ein schleichender, zumeist nicht reflektierter und durch uns umgebende Organisationen angeleiteter Prozess, der aus einer Person den Lehrkörper entstehen lässt. Die Person verschmilzt also in der Wahrnehmung mit dem organisationalen Part, den sie ausübt. Zum zweiten möchte ich die Umkehrfunktion des ersten Punktes herausstellen, die abgegebene Eigenidentifikation durch Organisationszugehörigkeit. Diese funktioniert beruflich (Krankenpfleger:in, Mechaniker:in, Dozent:in usw.) wie auch privat (Skater:in, Tennisspieler:in, Fußballer:in usf.) und gipfelt im Rentenalter gar in ein Empfinden, welches oft als »sozialer Tod« wahrgenommen wird

64 Zweifelsfrei zeigt sich hier ein Anknüpfungspunkt für eine ausgiebigere Bourdieu-Lektüre, welcher wohl Pate stehen würde für die Feststellung, dass die Schule Fachwissen vermittelt, aber nicht, wie man sich Fachwissen organisational erschließt. Die erfolgreiche Orientierung innerhalb von Organisationen wird somit (unterbewusst) im Elternhaus vermittelt, was den Nährstock sozialer Ungleichheit bestellt.

(Kühl 2020: 3). Frau Mustermann ist dann beispielsweise nur noch Person und nicht mehr Lehrkörper.[65]

Doch wie genau sieht nun der wissenschaftliche Umgang mit der Organisation aus? Was kann als Gemeinsames und Verbindendes der bisher herausgestellten Aspekte festgemacht werden? Zuerst lässt sich die bereits umgangssprachlich und histographisch ab- und hergeleitete Multiperspektivität und Interdisziplinarität im Bezug zum Organisationsbegriff auch wissenschaftlich unterfüttern. Die (Organisations)Soziolog:innen Veronika Tacke und Thomas Drepper führen hierzu aus:

65 Um dieser Diskussion intensiver nachzuspüren, lohnt eine vertiefende Dahrendorf-Lektüre. Im Gegensatz zur soziologischen Deutungshoheit seiner Zeit – insbesondere in Opposition zu Parson – hinterfragt Dahrendorf nicht mehr federführend die Voraussetzungen, die ein Individuum erfüllen muss, damit Gesellschaft entstehen kann, sondern untersucht stattdessen, wie ein Individuum aus der Gesellschaft heraus entsteht. Diese Idee der *sozialen Rolle* bestellt u. a. den Boden für die Kühl'sche Soziologie. Zur inhaltlichen Vertiefung ein Zitat aus Dahrendorfs *Homo Sociologicus:* »Zu jeder Stellung, die ein Mensch einnimmt, gehören gewisse Verhaltensweisen, die man von dem Träger dieser Position erwartet; zu allem, was er ist, gehören Dinge, die er tut und hat; zu jeder sozialen Position gehört eine soziale Rolle. Indem der Einzelne soziale Positionen einnimmt, wird er zur Person des Dramas, das die Gesellschaft, in der er lebt, geschrieben hat. Mit jeder Position gibt die Gesellschaft ihm eine Rolle in die Hand, die er zu spielen hat. Durch Positionen und Rollen werden die beiden Tatsachen des Einzelnen und der Gesellschaft vermittelt; dieses Begriffspaar bezeichnet homo sociologicus, den Menschen der Soziologie, und es bildet daher das Element soziologischer Analyse. Von den beiden Begriffen der Position und der Rolle ist der der Rolle bei weitem der wichtigere; die Unterscheidung beider ist dennoch nützlich. Während Positionen nur Orte in Bezugsfeldern bezeichnen, gibt die Rolle uns die Art der Beziehungen zwischen den Trägern von Positionen und denen anderer Positionen desselben Feldes an. Soziale Rollen bezeichnen Ansprüche der Gesellschaft an die Träger von Positionen, die von zweierlei Art sein können: einmal Ansprüche an das Verhalten der Träger von Positionen (Rollenverhalten), zum anderen Ansprüche an sein Aussehen und seinen »Charakter« (Rollenattribute). […] Obwohl die soziale Rolle, die zu einer Position gehört, uns nicht verraten kann, wie ein Träger dieser Position sich tatsächlich verhält, wissen wir doch, wenn wir mit der Gesellschaft, die diese Rolle definiert, vertraut sind, was von ihrem Spieler erwartet wird. Soziale Rollen sind Bündel von Erwartungen, die sich in einer gegebenen Gesellschaft an das Verhalten der Träger von Positionen knüpfen.« (Dahrendorf 2016: 37)

> »Organisationen kommen in allen gesellschaftlichen Bereichen vor: als Unternehmen in der Wirtschaft, als Verwaltungen, Parteien und Verbände in der Politik, als Gerichte und Anwaltskanzleien im Rechtssystem, als Schulen und andere Bildungseinrichtungen in der Erziehung, als Kirchen in der Religion, als Vereine im Sport. Vor diesem Hintergrund ist es wenig überraschend, dass zur Organisationsforschung nicht nur Soziolog(inn)en, sondern z. B. auch Wirtschafts-, Politik- und Verwaltungswissenschaftler(innen) beitragen und sich mit nur wenig mehr Aufwand auch organisationsbezogene Forschungen von Pädagog(inn)en, Sport-, Religions- oder Gesundheitswissenschaftler(inne)n finden lassen.« (Tacke &Drepper 2018: 7)

Es handelt sich bei der Organisation also offenbar um ein Konstrukt, welches Lebens- wie Berufsbereiche durchzieht und welches zudem Gegenstand wissenschaftlicher Betrachtung verschiedener Disziplinen ist. Ein Entziehen aus dem Bezugsfeld der Organisationen ist kaum vorstellbar, vielleicht im Zuge eher extravaganter Lebensentwürfe und Lebensphasen – einem Einsiedler:innenleben in der Tundra oder während einer Weltreise. Auch deutet sich hier bereits ein Systematisierungsmoment an, welchem es nun gilt, weiter nachzuspüren. Tacke und Drepper beantworten diese Frage nicht sehr ausführlich, eröffnen jedoch zwischen den Zeilen einen Leer- und zugleich Lehrraum, welcher sich zur weiteren Eingrenzung anbietet.

Zur Erklärung des Organisationsbegriffs führen die Autor:innen nämlich recht ausladend die Zugriffsebenen verschiedener Disziplinen aus, um daran zu verdeutlichen, dass Organisationen aufgrund einer systematischen Vielschichtigkeit multidisziplinärer Beachtung bedürfen. Auszugsweise liest sich dies wie folgt:

> Die ökonomische Organisationsforschung analysiert zwar vor allem Unternehmen, weil diese sich primär an der gesellschaftlichen Funktion der Ökonomie orientieren. Das ökonomische Bezugsproblem legt die ökonomische Organisationsanalyse jedoch nicht auf Unternehmen fest. […] Die Ökonomie beobachtet also im Prinzip alle Organisationen – Schulen, Verwaltungen, Kirchen und auch Unternehmen – so, als ob sie wirtschaftliche Organisationen seien. […] Auch die Verwaltungswissenschaft

> befasst sich neben Bundes-, Länder- oder Kommunalverwaltungen auch mit Schulen, Universitäten, Krankenhäusern oder Museen – als Verwaltungen. Eine Beschreibung etwa der Schule als Teil der ›öffentlichen Verwaltung‹ findet ihre gesellschaftliche wie wissenschaftsinterne Plausibilität darin, dass Schulen staatlicher Regulierung und Aufsicht unterworfen sind und in vielen Hinsichten rechtlich kodifizierte Verwaltungsbestimmungen berücksichtigen müssen.« (Tacke & Drepper 2018: 8)

Diese Abgleiche, so zeigen Tacke und Drepper, lassen sich über die Erziehungs- und Politikwissenschaften, die Psychologie und Juristerei uvm. ausweiten. Die Leer-/Lehrräume zwischen den Zeilen, um beim bereits bemühten Wortspiel lehrreicher Zwischenräume zu bleiben, lassen sich nun wie folgt ausfüllen: Organisationen scheinen Bündelungen reliabler Gesetzmäßigkeiten zu sein, die wir überall dort ausmachen können, wo solche bewusst vereinbart/festgelegt werden. So ist der Kindergarten als Organisation betrachtbar, wie auch die Schule, die Universität, der Wirtschaftsbetrieb, die Partei oder die Kirche usf., wodurch die Aussage, dass unser Leben im stereotypen wohlhabend-westlichen Sinne ein wohlorganisiertes ist, keineswegs überzogen erscheint. Tacke und Drepper werden es im Fortlauf ihres Buches auf eine elementare Formulierung verkürzen und hervorheben, dass der Erkenntnisgewinn im Allgemeinen daran festzumachen ist, dass »Strukturen von Organisationen als Variablen sichtbar« (Tacke & Drepper 2018: 11) werden.

Betrachtet man also etwas organisational, so bedeutet dies, dass man es auf seine strukturell konstituierenden Variablen hin betrachtet. Was dabei sichtbar wird, ist derweil nicht unwesentlich abhängig davon, mit welcher Intention der Blick auf die Strukturierung erfolgt. So kann man ein Kloster auf die Leistung als Seelsorgeeinheit hin (dies käme wahrscheinlich einer psychologischen Organisationsforschung nahe) oder aber mit Blick auf wirtschaftliche Kennzahlen betrachten (was einer ökonomischen Organisationsanalyse entspreche). Die ökonomische Betrachtungsart lässt das Kloster in diesem Beispiel so zur wirtschaftlichen Organisation werden

bzw. legt womöglich erst die Strukturen frei, die ein ökonomisches Gebilde konstituieren.[66]

Natürlich könnten die Ausführungen zum Organisationsbegriff noch weiter wissenschaftlich aufgespannt werden, beispielsweise durch Unterscheidungen in präskriptive und deskriptive Analyseraster der Organisationsforschung (vgl. u. a. Tacke & Drepper 2018: 9; Bonazzi 2014: 12), doch würde dies das für diese Untersuchung notwendige Grundverständnis nicht elementar berühren, vielmehr den Fokus unterschiedlich scharf stellen. Doch ebene jene Unternehmung einer weiteren Präzisierung folgt in dieser Untersuchung sowieso, nämlich dann, wenn die Begriffe der Institution wie Organisation im Speziellen – also gerichtet auf die Universität – scharf gestellt werden.

4.2 Zur theorieleitenden Funktion der Institution & Organisation

Bislang wendete sich dieses Kapitel der Betrachtung zweier begrifflicher Schwergewichte soziologischer Analysen zu – der Institution und der Organisation. Nun gilt es im weiteren Verlauf diese Begriffe im Speziellen anzuwenden – in diesem Falle bedeutet dies, dass sie auf den Untersuchungsgegenstand der Universität Anpassung erfahren – und sie darüber hinaus auf eine Art handhabbar zu machen, die eine philosophische Einlassung ermöglicht.

Allgemein, so wurde bislang dargelegt, wird der Institutionsbegriff als formalisierter Erwartungshorizont des gesellschaftlichen Interagierens verstanden, während der Organisationsbegriff eine fest vereinbarte Strukturgebung umfasst. Somit wird die Intentionalität zu einem zentralen Unterschied

66 Dieser Gedanke des Wirklichkeit erzeugenden Konstitutionsmoments durch Organisationsanalytik erscheint nach Disziplinen übergreifender Recherche nicht gänzlich neu (vgl. u. a. Coser 2015; Baecker 2003), jedoch auch noch nicht erschöpfend philosophisch betrachtet. Eine Verknüpfung mit beispielsweise radikal konstruktivistischen Ansätzen könnte so eventuell interessante Gedanken im wirtschaftsphilosophischen Bereich stiften.

zwischen der Institution und der Organisation. Während Institutionen sich gewissermaßen organisch herausbilden, also ohne ein explizit von den Beteiligten formuliertes bestimmtes Ziel zu verfolgen, werden Organisationen i. d. R. bewusst mit einem bestimmten Ziel gegründet. Bei isolierter Betrachtung und populärer Verknappung dieses Aspekts könnte man Organisationen auch als konkretere Manifestation von Institutionen betrachten. Institutionen umfassen somit einen eher ideellen Kontext gesellschaftlicher Akteur:innen, während Organisationen auf Strukturierung feststellen. Von was kann nun bestenfalls ausgegangen werden, betrachtet man eine Universität?

Es drängt sich auch hier in einem ersten Schritt die gefühlsdominante Begriffsdeutung auf und es wird schnell deutlich, dass die bisher ausgeführten Analyseraster zur Einordnung durchaus tauglich erscheinen. Beispielsweise kann die Universität eine führende Assoziation mit dem Klischee des Elfenbeinturms erfahren, in dem Wissenschaftler:innen im Zeichen des Thales von Milet wohnen, die vor lauter Begeisterung für hochapostrophiertes Wissen den Boden unter den Füßen verlieren.[67] Ein anderes, dem Elfenbeinturm konträres Bild von Universität ist wohl jenes, welches am Marketing orientiert und in Rankings qualifiziert wie quantifiziert wird. Es ist eine Universität der Aus- und Weiter-, vielleicht auch der Halbbildung, ein Hort der Bildungspanik im Würgegriff diverser Rankings, der in populärwissen-

67 Der Elfenbeinturm wird des Öfteren metaphorisch für die Universität und vor allem die geisteswissenschaftlichen Fakultäten angeführt, dabei bezeichnend für die Universität als einen immateriellen (Nicht-)Ort, abgeschieden und der reinen Erkenntnis zugewandt. Popkulturell ist hier auch ein Verweis auf Michael Endes *Die unendliche Geschichte* zuträglich, in welcher der Elfenbeinturm die Kindliche Kaiserin Phantásiens beherbergt (vgl. Ende 2011). In einem solch phantasieverschriebenen Ort der Erkenntnis ordnet sich die Geschichte der leidenschaftlich von der Umwelt losgelösten Philosoph:innen besonders gut ein. Hier wird gerne der Rückgriff auf die Geschichte des Thales von Milet geübt, welcher in den Brunnen fiel, während er astronomische Beobachtungen tätigte. Der Überlieferung nach verspottete ihn eine thrakische Magd, weil der Philosoph Luftschlösser baute und dabei aus den Augen verlor, was direkt vor seinen Füßen lag – den Brunnen. Diese Geschichte wird gerne dann bemüht, wenn man der Philosophie eine gewisse Weltfremdheit oder, im wahrsten Sinne des Wortes, eine akademische Abgehobenheit attestieren möchte. Es liegt wohl nahe, zur Verdeutlichung des idealen Universitäts-*Abziehbilds* eben jenen Thales von Milet auch zum Hauptmieter des Elfenbeinturms zu erklären (vgl. Weischedel 2011: 11).

schaftlichen Büchern, Zeitungen und Talkshows in zuverlässiger Permanenz betrauert wird.[68] Eine Doppelzuweisung in die Kategorien Institution und Organisation ist bei vielen Akteur:innen denkbar – beispielsweise bei der Familie oder der Schule – und doch erscheint es vergleichsweise opulent, wie sehr die Zuschreibungen zu ein und derselben Akteur:in divergieren im Untersuchungsfall. Woran liegt es, dass die Universität scheinbar so auseinanderklafft in Bezug auf Wunsch und Realität? Liegt es am Gegenstand der Betrachtung oder ist es vielmehr die Perspektive, die aus der jeweiligen Betrachtungsoption eingenommen wird?

Institution und Organisation sind zwei mögliche Kategorien zur Beschreibung sozialer Tatsachen, die ihren Weg in die Geistes-, Sozial- und Gesellschaftswissenschaften gefunden haben. Der Untersuchungsgegenstand dieser Analyse – also die Universität – ist offenbar so beschaffen, dass beide kategorialen Begriffe auf ihn angewandt werden können. Es drängt sich hier die Frage auf, warum Untersuchungen auf den einen oder den anderen Begriff zugreifen bzw. welche Beschaffenheiten der Universität eine institutions- oder organisationsbedingte Betrachtung evozieren. Bereits 1992 stellte Niklas Luhmann fest, dass die Unterschiedenheit dieser Zuweisungen in Institutions- oder Organisationstheorie eine theorienanleitende Wirkung hat und moderierte darauf den Begriff der *organisierten Institution* an (vgl. Luhmann 1992), welcher auch heute noch Anwendung und Anerkennung erfährt (vgl. u. a. Borggräfe 2019: 78).

Es gilt also herauszufinden, unter welchen Umständen eine wie gelagerte Zuschreibung der Universität als Institution oder Organisation angebracht ist, und was für eine begriffliche Kombination spricht. Dies alles in dem An-

---

68 Die warnenden Stimmen haben sich hier bereits im 20. Jahrhundert zum Chorus zusammengefunden, aus dem deutschsprachigen Raum kann hier u. a. auf Paul Feyerabend, welcher die professionelle/gemanagte Hochschule gerne als *Akademia* verspottet hat (vgl. u. a. Feyerabend 1996: 209) oder Helmut Spinner, welcher eindringlich vor *Zitierkartellen* und einem entfesselten Einfluss des Staates gewarnt hat (vgl. Spinner 1985: 13), verwiesen werden. Jüngeren Datums sind hier u. a. Konrad Paul Liessmanns *Theorie der Unbildung* (Liessmann 2006), Richard Münchs *Akademischer Kapitalismus* (Münch 2011), Heinz Budes *Bildungspanik* (Bude 2013) oder Julian Nida-Rümelins *Akademisierungswahn* (Nida-Rümelin 2014) exemplarisch aufzuführen.

sinnen, sich durch Zergliederungsprozesse dem Verständnis der Universität – aus einer Ist-Perspektive heraus – anzunähern. Dieses daraus resultierende Verständnis ist es, welches dann im Zuge dieser Untersuchung mit dem Charakter wissenschaftlicher Erkenntnis im Zeichen des *Fallibilistischen Pluralismus* zusammengebracht werden kann.

Dieses Bewusstsein für die verschiedenen Einsichten im Zuge verschiedener An- und Draufsichten auf die Universität sowie der unaufgeregte Umgang damit sind es, was die abschließenden philosophischen Reflexionen bestimmen wird. Karl Popper verbildlichte es wie folgt: »Die Theorie ist das Netz, das wir auswerfen, um ›die Welt‹ einzufangen, – sie zu rationalisieren, zu erklären und zu beherrschen. Wir arbeiten daran, die Maschen des Netzes immer enger zu machen« (Popper 1976: 31). Es gilt nun also – essenziell durch die Kategorien Institution und Organisation – die Maschen des Netzes, mit welchem die Beschreibung der Universität eingefangen werden soll, so klein und eng wie möglich zu knüpfen. Damit dies gelingen kann, bedarf es eines bewussten und aufgeklärten Umgangs mit den Theorien, für den bis zu diesem Punkt ein erstes Grundverständnis geschaffen wurde.

4.3 Die organisationale Transformation einer antiken Institution

Begreift man im Kontext der Wissensgeschichte das Institutionelle nun als Regelwerk, als theoretischen Kanon bzw. als Erwartungshorizont, kommt man schnell an den Punkt des Ideals einer Universität. Diese Betrachtungen orientieren sich dann meist an antiken Ideen – ganz dem bereits ausgeführten Elfenbeinturm entlehnt. Doch gleichsam bleiben auf den ersten Blick antiquierte Erkenntnisse bis heute relevant: So stehen den frühen und heute noch wegweisenden Ideen wie beispielsweise den Überlegungen zum *Archimedischen Prinzip*, demnach das Gewicht der verdrängten Flüssigkeit gleich groß wie das Gewicht des schwimmenden Körpers ist (vgl. Breidbach 2015: 248), oder den Überlegungen zur Bestimmung von Primzahlen durch Eratosthenes (vgl. Breidbach 2015: 277) auch Irrläufer gegenüber, die heute nahezu unterhaltsam wirken. Hier lässt sich beispielsweise die Theorie der

Spontanzeugung von Lebewesen bei Empedokles oder Aristoteles anführen (vgl. Kricheldorf 2014: 125). Tatsächlich aber finden sich in den antiken Vorläufern insbesondere ideelle Anleihen, welche auch das mittelalterliche und moderne Wissenschaftsideal elementar prägen. Es geht also weniger um die Ergebnisse des wissenschaftlichen Tuns in der Antike als vielmehr um den Forschungsprozess an sich, um die Forschung und die Forschenden. Verknappt pointiert könnte man sagen: es geht um das institutionelle Heureka-Moment.[69]

Im Rahmen einer institutionellen Universitätsgenese lässt sich die *Akademie* des alten Athens als möglicher historischer Fixpunkt späterer Universitäten ausmachen. Hier wurde die Philosophie Platons gelehrt, welche auf der Suche nach Letztbegründungen eine Schule der Erkenntnistheorie im Zeichen Sokrates' und Platons hervorbrachte. Es ist ein Hort der reinen Erkenntnis und ein Rückzugsort der philosophischen Erkenntnissuche, welcher sich etwaigen Rückkopplungen an wirtschaftliche Belange verwehrt. Es ist der Gegenpol zur sophistischen Schule, welche gegen Geld Kenntnis vermittelt. Während sich also der Sophismus für das Lehren von Rechtsvorschriften, Rhetorikregeln, mathematischer, geometrischer oder musischer Grundlagen uvm. – vermittelt durch Universalgelehrte und Enzyklopädist:innen – verantwortlich zeichnet, bezeichnet die platonische Erkenntnis etwas, das über das bloße Wissen hinausreicht (vgl. Brandt 2011: 20).

In der platonischen Akademie steht der erkenntnisgetriebene Dialog im Mittelpunkt, hier wird u. a. der wissenschaftliche Grundstein gelegt, welcher später die Einheit von Forschung und Lehre begründen wird. Eine weitere mögliche Fixpunktbestimmung für die Klärung wissenschaftlichen Ursprungs könnte bei Demokrit gesetzt werden. Hiermit wird historisch noch über Platon hinausverwiesen, allerdings ohne eine (vor)organisationale Rückkopplung, vielmehr wird an dieser Stelle wissenschaftsethisch – also im Sinne der im dritten Kapitel vorgestellten Geschäftsordnung – konnotiert berichtet: »Demokrit sagte, er wolle lieber eine einzige ursächliche Erklä-

69 In Anlehnung an die Überlieferung, der nach Archimedes im Angesicht einer Erkenntnis, einer plötzlichen Eingebung während eines Bades aufsprang, nass und nackt das Haus verließ und »Heureka« (zu Deutsch »Ich hab's gefunden«) rufend durch Syrakus rannte (vgl. Breidbach 2015: 247).

rung finden, als dass ihm das Perserreich zu eigen werde« (Schupp 2007: 137). Damit ist eine weitere argumentative Stütze für die Erkenntnis im Sinne Platons errichtet, die Erkenntnis an sich steht hier im Zentrum des Interesses und nicht der ökonomische Nutzen im sophistischen Sinne. Lieber gilt es einen kurzen Blick in ein Äquivalent eines Wahrheitshorizonts zu gewinnen als weltlich apostrophierten Ruhm zu sichern.

Das Wissenschaftsverständnis des Demokrit ist ein individuell suchendes, kein obrigkeitshöriges und durch Direktiven vorgegebenes. Es fokussiert – wie später bei Sokrates und Platon – die Erkenntnis als etwas über das bloße Wissen Hinausweisendes. Ob nun Demokrit oder Platon zum Ausgangspunkt einer vor-universitären Spurensuche veranschlagt werden, es bleibt festzustellen, dass beide »von der subjektiven Lust am Erkennen« (Brandt 2011: 21) ausgehen und darüber hinaus ein Erkenntnisverständnis pflegen, welches nicht absoluter, sondern viel mehr relativer und pluralistischer Natur ist. Die Erkenntnis muss begründet und behauptet werden, sie ist im demokratischen Diskurs beheimatet (vgl. Brandt 2011: 21).

Institutionell lassen sich an die platonische Akademie nun weitere Meilensteine menschlicher Erkenntnisgeschichte anknüpfen, beispielsweise »das der weltberühmten Bibliothek angegliederte «Museion» im ägyptischen Alexandria, […] das die griechische Rhetorik pflegende «Athenaeum» in Rom und das auf alledem aufbauende «Studium» in Konstantinopel« (Fisch 2015: 8). Diese Meilensteine schließen historisch an die Antike an, ebenso wie die sich später ausgründenden religiösen Schulen (Talmudschulen, Domschulen oder Medresen). Sie folgen dabei in Aufbau und Struktur dem, was in der antiken Akademie beheimatet war und bis zu diesem Punkt nachskizziert wurde.

Das antike Wissenschaftsverständnis ist in organisationaler Hinsicht sicherlich antiquiert, in erkenntnistheoretischer wie ethischer Hinsicht hingegen – wie sich noch klarer zeigen wird zum Beispiel auch im Gedanken der Einheit von Forschung und Lehre – oftmals noch über das schemenhafte hinaus gut zu erkennen. Für den definitorischen Part dieser Untersuchung lässt sich zudem bestimmen, dass die Bezeichnung einer Akademie oder einer philosophischen Schule bestenfalls dann in Anschlag gebracht wird, möchte man eine erkenntnisfokussierte Institution bezeichnen, welche aus sophistischer Sicht scheinbar zweckfrei der subjektiven Erkenntnislust nachgibt.

Das Institutionelle im Bereich dieser Untersuchung fokussiert also das Ideelle, es rahmt damit antike Rückschlüsse und zentriert eine zunächst zweckfreie Erkenntnis – also Erkenntnis der Erkenntnisfreude wegen. Betrachtet man die Universität als Institution, so nimmt man im Äußersten den Elfenbeinturm samt Thales von Milet als dessen Hauptmieter an, während das Organisationale für eine zunehmend manifestierte Evolutionsstufe der Wissenskultur steht. Somit ist nun für die Nachverfolgung einer universitären Konstitution die Metamorphose von der Institution Wissenschaft zur Organisation Wissenschaft notwendig. Es ist die geschichtsphilosophische Fährtensuche in der Spur der bereits vorgestellten Vermutung Niklas Luhmanns, dass die Universität eine organisierte Institution sei. Dieses Korsett des Organisationalen wird innerhalb dieser Untersuchung der Rechtlichkeit zugeschrieben, konkret der Verrechtlichung des Raumes institutioneller Wissenschaft, welche die Organisation Wissenschaft – die Universität – begründet. Ein solcher Akt der Verrechtlichung des Wissens ist initial ein politischer Akt. Die Universität ist, so könnte man sagen, die organisatorische Manifestation der Institution Wissenschaft.

Wann genau ein solcher politischer Akt erstmalig eine Universität oder einen möglichst eindeutigen Vorläufer einer solchen begründet hat, ist historisch schwer zu erfassen. Für gewöhnlich werden hier die Universitäten von Bologna und Paris ins Feld geführt.[70] Die Universität von

70 Eine mögliche Alternative stellt eine medizinische Schule in Salerno dar, welche vereinzelten Berichten nach etwa im Jahr 1000 »von einem Lateiner, einem Griechen, einem Juden und einem Moslem gegründet« (Fisch 2015: 9) worden sein soll. Diese medizinische Schule/Universität wäre mit der multikulturellen Gründungsgeschichte durchaus charmant und anschlussfähig für diese Untersuchung, allerdings ist die historische Belastbarkeit in diesem Falle zu geringfügig. Mit recht exakter historischer Verbriefung lässt sich hingegen die Entstehung und innere Struktur der Universitäten von Bologna und Paris darlegen. Eine Möglichkeit könnte ebenso die bereits 859 gegründete heutige Universität al-Qarawīyīn in Fès (heutiges Marokko) sein, welche jedoch anfänglich als Madrasa (Schule zur Unterrichtung der Islamwissenschaft) firmierte und sich erst 1957 explizit als Universität ausgründete. Zwar ist diese Universität in diversen Internet-Enzyklopädien als älteste Universität der Welt aufgeführt, doch lag hier der Schwerpunkt bis zur expliziten Ausgründung als Universität 1957 exklusiv auf der Glaubenslehre ganz im Sinne einer Madrasa. Ganz ähnlich verhält es sich mit der 972 gegründeten Azhar-Universität. Auch die in Kairo gegründete und inzwi-

Bologna gründete sich Ende des elften Jahrhunderts – eine italienische Historiker:innenkommission bestimmte die Zeitspanne von 1080 bis 1090 für die Ursprungssetzung, 1088 lautet nun das offizielle Gründungsjahr. Der hauptsächliche Gegenstandsbereich dieser, mit späterer päpstlicher Zustimmung gegründeten, Universität war die Zusammenfassung (im historischen Sinne einer archivarischen Tätigkeit) und Kommentierung (im Sinne einer gelehrten rechtswissenschaftlichen weiterführenden Kodifizierung) des Römischen Rechts: »Ihre Arbeit stieß in den aufstrebenden Stadtrepubliken Norditaliens auf reges Interesse, wo die Kaufleute im wiederbelebten römischen Eigentums- und Vertragsrecht verlässliche institutionelle Regelungen für ihre Fernhandelsbeziehungen fanden« (Fisch 2015: 9). Der organisationale Erfolg der ersten Universität von Bologna ist somit federführend in der Ausbildung der juristischen Fakultät und der zu dieser Zeit gegebenen gesellschaftlichen Nachfrage nach vertraglicher Verbindlichkeit im Handel festzumachen.

schen in ganz Ägypten mit über 30 Standorten anzutreffende Azhar-Universität wendete sich lange Zeit als Madrasa exklusiv islamischen Glaubensfragen zu. Die disziplinäre Ausdifferenzierung – welche für die europäischen Universitäten als maßgeblich betrachtet werden darf – ist hier also nicht gegeben: Zur Madrasa als Institution merken Qasim Butt und Sarfraz Khalid an: »Madrasa is the living form of an educational system which thrived in the past. It remained unaware of the swiftness of progress and development which came about in other walks of life and the education that was being imparted through it was also kept away from any change and innovation. As a result, the madrasa, to some extent, fell prey to marginalization, fundamentalism, and a sense of deprivation and its education could not maintain its cherished traditions« (Qasim Butt & Sarfraz Khalid 2017: 61). Die al-Qarawīyīn bezeichnen die Autoren als typische islamische Bildungseinrichtung im Zeichen einer Madrasa: »The establishment of al-Ṣuffah laid the foundation on which the madrasa of the medieval period came into being. One of the oldest of them, al-Qarawīyīn, also known by its westernized name, Al Karaouine, gives an example of a typical educational institution of the Muslim World« (Qasim Butt & Sarfraz Khalid 2017: 69). Ganz ähnlich merkt Jörg Kraemer zur al-Azhar Universität und deren Bedeutung für den Islam an: »In allem Wandel, dem die islamische Welt seit etwa dem Beginn unseres Jahrhunderts unterworfen ist und der sich vor unseren Augen mit oft bestürzender Schnelligkeit vollzieht, galt und gilt nach Ansicht der meisten Beobachter die geistliche Hochschule von al-Azhar als das Unterpfand der Dauer« (Kraemer 1958: 364).

Wenig später, um 1150, bildet sich die rechtlich konstituierte Universität in Paris heraus. Hier verbanden sich mehrere Schulen – theologische wie auf Grammatik und Logik konzentrierte – zu einer organisationalen Einheit: »Das «collège» des königlichen Kaplans und Domherrn Robert de Sorbon, Lehr- und Wohnstätte für die zumeist wenig vermögenden Studierenden in einem, gab später seinen Namen der Gesamtheit der «Sorbonne», die bis zu 50 solcher Kollegienhäuser zählte« (Fisch 2015: 10). Diese Organisationsform der Sorbonne bildet auch erstmals die Organisationseinheit einer Studierendenschaft, welche heute noch für Universitäten prägend ist. So gründete sich beispielsweise 1180 in Oxford eine Universität aus Studierenden, welche in Paris unzufrieden waren. Unzufriedene Studierende der Universität in Oxford wiederum gründeten die Universität in Cambridge. Diese in Frankreich entlehnte College-Tradition ist heute noch vielerorts prägend, die Universitäten »in Oxford und Cambridge […] [sind; Anm. SR] eher ein Verein der Colleges, der sich vor allem um die gemeinsame Organisation und Abnahme der Prüfungen kümmert« (Fisch 2015: 10).

Bis zu diesem Punkt, also bis etwa 1300, ist die konkrete Ausgründung von Universitäten historisch recht schwer nachspürbar, da der politische Akt als solcher noch nicht im universalen Zeremoniell auszumachen ist. Eine Universitätsgründung, beruhend auf einem bewussten politischen Gründungsakt und somit historisch gut nachvollziehbar, lässt sich 1218 in Salamanca durch den leonesischen König ausmachen: »Seitdem sind fast alle Universitäten bewusst durch einen Rechtsakt der politischen Macht, sei sie fürstlich, sei sie städtisch, konstituiert« (Fisch 2015: 11). Die gesellschaftspolitische Bedeutung ist dem bewusst politischen Gründungsakt dabei innewohnend, was sich an der universitären Gründungs- und Verbotspolitik von Kaiser Friedrich II. gut verdeutlichen lässt. Dieser gründet 1224 in Neapel, der Hauptstadt seines sizilianischen Königreichs, eine Universität, welche auf die wissenschaftliche Ausbildung seiner politischen Akteure vor Ort (Richter, Verwaltungsbeamte u. ä.) abzielte. Diese klare innerstaatliche (Aus)Bildungsabsicht wird insbesondere dadurch deutlich, dass er Besuche des Studiums an der kaiserfeindlichen Universität in Bologna verbot.

Eine zunehmende (Ent)Politisierung des Universitätsbetriebs lässt sich noch an zwei weiteren Beispielen verdeutlichen: Die 1222 in Padua gegrün-

dete und 1405 in den venezianischen Stand übergegangene Universität machte sich weit über die Landesgrenzen hinaus einen Ruf als kritische Instanz gegenüber dem Papst und der Kirche. Hier wurde 1595 mit der Einrichtung des Anatomischen Theaters auch »das Tabu über die Sektion menschlicher Körper öffentlich gebrochen, und hier lehrte Galileo Galilei […] und erforschte empirisch, gestützt auf seine Beobachtungen mit dem Fernrohr, die Planeten und ihre Monde« (Fisch 2015: 12). Die erste Gründung einer Universität im mitteleuropäischen Raum entstand 1348 durch Kaiser Karl IV., der die Karlsuniversität in Prag bestellte. Daraufhin folgten unmittelbare weitere Universitätsgründungen in Mitteleuropa, u. a. 1365 in Wien, 1385 in Heidelberg, 1388 in Köln, 1392 in Erfurt und 1460 in Basel (vgl. Fisch 2015: 12).

Die Universität als bewusst politisch initiierter Ort der Wissenschaft kann somit historisch spätestens ab dem 15. Jahrhundert als fest etablierte Organisation in Europa gelten. Eine gezielte Zusammenführung und Kontrolle von Wissen und Ausbildung sowie der das Wissen verwaltenden Praktiker:innen ist in Europa seit der ersten Ausgründung einer Universität in Ansätzen und mit dem 15. Jahrhundert klar feststellbar. Insbesondere der Dünkel einer durch die politische Macht (inhaltlich) kontrollierten Wissenschaft scheidet derweil noch das mittelalterliche Universitätsmodell vom modernen Universitätsideal. Während die moderne Universität vor allem dadurch von sich reden machen wird, dass sie neues Wissen kreiert und Innovationen schafft, war die mittelalterliche europäische Universität eine Stätte »durchdenkender Aneignung von Traditionen« (Fisch 2015: 22), was auch dem technischen Standard dieser Zeit (eine Prä-Buchdruckzeit, in der Vorlesungen organisational autorisiert in Mitschriften abgefasst wurden) geschuldet ist.

4.4 Die Institution und Organisation im Speziellen

Legitimerweise finden sich in Studien aller Disziplinen zum Gegenstand der Hochschule Zuschreibungen organisationaler oder institutioneller Natur. Eine grundlegende These dieser historisch-kritischen Untersuchung hierzu lautet, dass sich die Institution Universität/Wissenschaft in einen Transformationsprozess zur Organisation Universität begeben hat. Die Universität

als Institution beherbergt somit die größeren Anleihen im akademischen Sinne der Antike, während die verrechtete und zunehmend politisch beherrschte Universität als Organisation eine am gesellschaftlichen Nutzen orientierte Einheit darstellt. Natürlich ist dies nicht im Absoluten zu fassen, was exemplarisch einerseits anhand der bereits besprochenen Sophisten im antiken Griechenland und andererseits der ebenfalls aufgearbeiteten Universitätsgeschichte, insbesondere der Universität in Padua, diskutiert werden kann. Doch im Groben soll dieses Schema eine Transformation anzeigen, deren Fokus auf das Ideal einer aktuellen und gesellschaftspolitisch bedeutenden Organisation scharf stellt.

> »Wachstum und Transformation der Universitätsverwaltungen sind für alle, die im Hochschulbereich tätig sind, unmittelbar augenfällig. Diese Veränderungen werden breit und häufig kritisch diskutiert. Während die einen darin die naheliegende und letztlich sinnvolle Reaktion auf Veränderungen der Aufgaben von Universitäten und der Zusammensetzung der Studierendenschaft sehen, kritisieren die anderen die zunehmende und eine letztlich außer Kontrolle geratene Bürokratisierung eines Organisationstypus, der – insbesondere in ihren Kernaufgaben Forschung und Lehre – nicht ohne Grund eben nicht der Logik staatlicher Verwaltungen und großer Wirtschaftsunternehmen folgt, sondern als eigener Organisationstypus zu charakterisieren ist.« (Krücken & Wilkesmann 2019: V)

Die bisherige historische Nachverfolgung stoppt nun also an jenem Punkt, an dem die Universität als rechtlich initiierte und organisierte Institution in Europa Fuß gefasst hat. Dieser rekonstruktive Zwischenstand innerhalb dieser Untersuchung setzt in den allermeisten Studien jüngerer Zeit entweder den Startpunkt oder – deutlich kürzer gehalten als es innerhalb dieser Untersuchung der Fall ist – die Ouvertüre im Sinne einer kurzweiligen Skizze vormoderner Zeiten (vgl. zur historischen Ausgangslage u. a. Huber 2012: 239 f.).[71]

71 Methodische Anmerkung: Die historische Reflexion kommt hier nun an einen Punkt, an dem die Globalisierung der Universitätsidee die historisch-kritische Analyse mit Blick auf den Umfang zu überstrapazieren droht. Die gesellschafts-

Was sich aus diesem Stand der universitären Evolution heraus entwikkelt, firmiert als moderne Universität und hat im weitesten Sinne noch heute Bestand. Interessanterweise stellt der Übersprung zur modernen Universität in mancherlei Hinsicht einen Rückschritt im Sinne einer Evolution von der Institution zur Organisation dar, werden doch hier die idealistischen Momente vermehrt in den Mittelpunkt gerückt. Waren die Leitbilder der Antike im Zuge kirchlicher Universitätsprägung zunehmend verschüttgegangen, so wurden sie nun wieder als grundlegend angeführt, wodurch die moderne Universität den ideellen Schulterschluss mit antiken Idealen suchte. Die Formulierung des Rückschritts ist also nicht wertender Natur, sie zielt vielmehr auf chronologische Verwerfungen ab, die gleichermaßen als Kurskorrektur o. ä. betrachtet werden können. Insofern ist es jedenfalls nicht verwunderlich, dass die meisten akademischen Auseinandersetzungen mit der Universität in der jüngeren Zeit ihren Ausgangspunkt eben hier – beim Startpunkt einer modernen Universität – nehmen, greifen sie damit doch auch, implizit und wenigstens ansatzweise, auf antike Grundlegungen zurück.

Anstoßpunkt der modernen Universität bildet zumeist Wilhelm von Humboldts Universitätsideal, welches er als preußischer Kultusminister mitentwickelte. Dieses Ideal ist als maßgebend für die Berliner Universitätsgründung 1810 veranschlagt und beruht federführend auf Gedanken Schleiermachers, Fichtes und eben Humboldt selbst (vgl. Paletschek 2002: 183). Eine oft zu attestierende Heroisierung des Humboldt'schen Ideals lässt sich zweifelsfrei kontrovers diskutieren – schließlich wurde Humboldts oft zitierte Schrift *Über die innere und äussere Organisation der höheren wissenschaftlichen Anstalten in Berlin* erst 1903 vollständig publiziert, womit sie

politisch wie polit-historisch bewusste Arbeit von Stefan Fisch wird deshalb nun als Leitfaden der hier vorgelegten Analyse abgelöst und es setzt ein Schwenk auf soziologische Universitätsbetrachtungen ein. Dadurch entsteht eine Art Kurswechsel für das eigene Betrachtungsfeld. Auch wenn die Bandbreite soziologisch-historischer Betrachtungen weniger detailgetreu erscheint als die Arbeit des Historikers Fisch, führen sie doch unkomplizierter, aber nicht weniger substanziell auf das Feld einer erkenntnistheoretischen Diskussion über Hochschulforschung. Es ist der Schritt zurück, der Blick von oben, der das Scharfstellen auf den eigentlichen Untersuchungsgegenstand erst ermöglicht.

im 19. Jahrhundert noch weitestgehend unbekannt und wohl kaum realpolitisch wegweisend war (vgl. Paletschek 2002: 187) – unbestritten bleibt jedoch festzustellen, dass das Humboldt'sche Ideal von ungemeiner historischer Strahlkraft ist. So attestieren die Hochschulforscher Otto Hüther und Georg Krücken Humboldts bildungsphilosophischen Leistungen einen »Einfluss auf die Universitätsentwicklung – nicht nur in Deutschland – [welcher; Anm. SR] von immenser Bedeutung« (Hüther & Krücken 2016: 25) ist. Was also verfasste Humboldt in seiner Schrift zur inneren wie äußeren Organisation der Universitäten, dass ihm eine solche Einflussnahme auf Universitätspolitik bescheinigt wird?

Im Kern kann das Humboldt'sche Bildungsideal an folgenden Punkten festgemacht werden: 1. Gilt eine Einheit von Forschung und Lehre, die Initialzündung für spätere Konzepte des forschenden Lehrens.[72] 2. Existiert damit verbunden auch eine Freiheit im Sinne einer Ungebundenheit von Forschung und Lehre. Dieses Konzept kann wohl durchaus als essenziell für die Hochschulforschung angesehen werden, gleichwohl wohnt ihm ein außerordentliches intrinsisches Konfliktpotenzial inne.[73] 3. Steht zudem das Individuum im Zentrum der universitären Lehre, was der Bildung einen Vorzug gegenüber der Ausbildung einräumt und ideell zweifelsfrei Anleihen

72 Hiervon entlehnt sind auch die Konzepte reformgetriebener Hochschuldidaktik der 1960er-Jahre (vgl. u. a. Baacke et al. 1970) zum *Forschenden Lernen* und spätere Auseinandersetzung mit dem Konzept von Forschendem Lernen und Lehren an Hochschulen, unter erschwerten Bedingungen durch stets voluminösere Dozierenden-Studierenden-Verhältnisse oder Globalisierungs- wie Digitalisierungseinflüsse (vgl. Egger, Wustmann & Karber 2014).

73 Zur Freiheit der Forschung im expliziten Sinne einer konkreten wissenschafts- und wirtschaftsbezogenen Freiheit der Forscher:innen arbeitet Torsten Wilholt (vgl. Wilholt 2012), während eine dezidiert erkenntnistheoretische wie ethische Betrachtung konzeptioneller Freiheit auf theoretischen Tabloid bei Bernhard Waldenfels und dessen Ausarbeitungen zu Jacques Derridas Universitätsbegriffs erfolgt, wenn dieser Universität als performativen Ort beschreibt, als Ort der »Infragestellung vorgegebener Wissensbestände, fertiger Methoden und Regeln, der *Abweichung* vom Bewährten, der *Überschreitung* vorhandener Grenzen« (Waldenfels 2009: 13). Diese in Freiheit verbundene Dualität wirkt natürlich auch in der Lehre, welche ebenfalls *frei zu halten/freizuhalten* ist, einerseits im Sinne der Freiheit der Lehrenden wie einer intrinsischen Motivation ferner externer Zwänge der Lernenden.

im antiken Akademie-Modell nimmt.[74] Abschließend knüpft an all diese Punkte die Einheit aller wissenschaftlichen Disziplinen innerhalb einer modernen Universität an.

Humboldt beschreibt somit die Idee, die heute gemeinhin als Patron von Freiheit und Lehre herangezogen wird, innerhalb eines Erkenntnisraumes, der keine singuläre Wahrheit kennt und in dem man sich stets neugierig und damit forschend voranbringt. Die innere Organisation der Universität beruht demnach auf einem Prinzip, dem folgend »Wissenschaft als etwas noch nicht ganz Gefundenes und nie ganz Aufzufindendes« (Humboldt 1809/2010: 97) zu betrachten ist. Die Studierenden, die in dieses Umfeld der Erkenntnissuche hineinkommen, sollen bereits in der Schule elementare Verbreitung erfahren haben, um dann in der Universität und in Gemeinsamkeit mit den Professor:innen »physisch, sittlich und intellektuell der Freiheit und Selbstständigkeit überlassen […] und vom Zwange entbunden« (Humboldt 1809/2010: 99) der Lust am Wissen zu folgen. Die Studierenden sollen Bildung statt Ausbildung genießen. Die Universität muss »auf die harmonische Ausbildung aller Fähigkeiten in ihren Zöglingen sinnen« (ebd.). Dafür braucht die Universität Freiheit in Forschung und Lehre, in der inneren wie äußeren Gestaltung ihrer Struktur: »Denn nur die Wissenschaft, die aus dem Inneren stammt und ins Innere gepflanzt werden kann, bildet auch den Charakter um, und dem Staat ist es ebenso wenig als der Menschheit um Wissen und Reden, sondern um Charakter und Handeln zu tun« (Humboldt 1809/2010: 97).

Kritisch soll hier nun kontrastierend Erwähnung finden, dass dieses Bildungsideal zwar stets als maßgeblich für die Entwicklung der Universität ins Feld geführt wird, tatsächlich aber bei exakter historischer Forschung für die Zeitgenoss:innen Humboldts keine wesentliche Rolle einnahm.[75] Bei

---

74 Damit verbunden ist die Annahme, dass ein universitär gebildeter Mensch oder gar die Wissenschaft als Konstrukt »bildet und wahrhaft sittliche Führungspersönlichkeiten heranzieht« (Paletschek 2002: 184).

75 Eine intensivere Betrachtung realpolitischer Auswirkungen Humboldts betrieb Sylvia Paletschek, welche u. a. resümiert: »Dieser Topos der Humboldtschen Universität ist eine Erfindung des 20. Jahrhunderts. Die Zeitgenossen des 19. Jahrhunderts kannten ihn nicht, und sie sahen auch in der Gründung der Universität Berlin keine Zäsur in der Universitätsentwicklung. Untersucht man die

aller angebrachten Skepsis gegenüber realpolitischen Implikationen durch das Humboldt'sche bildungsphilosophische Vermächtnis, scheint es, dass dieser humanistische Geist Humboldts, Schleiermachers und Fichtes reformatorisch auf die zukünftigen Universitätsorganisationen eingewirkt hat.[76] So halten auch Hüther und Krücken fest, dass die tatsächliche Umsetzung Humboldt'scher Vorgaben zu vernachlässigen ist, sich jedoch im theoretischen Querschnitt durchaus wirkmächtig zeigt:

> »Bei einer genaueren Betrachtung der Konzeption von Humboldts [sic!] wird allerdings deutlich, dass es sich hier um Idealvorstellungen handelt, die niemals vollständig umgesetzt wurden. Mit dem Ziel der Bildung ist zunächst eine Ablehnung von praktischer Ausbildung verbunden, die

---

Darstellungen in Lexikonartikeln, Staatsrechtshandbüchern und Universitätsreformschriften aus dem 19. Jahrhundert zu Funktion und Entwicklung der Universität, so werden die Schriften Wilhelm von Humboldts nicht zitiert. Die 1810 neugegründete Universität Berlin wird nicht als Vorbildmodell gehandelt. Stattdessen setzten die Zeitgenossen des 19. Jahrhundert die Entstehung der modernen Universität im 18. Jahrhundert mit dem Siegeszug des Rationalismus an den Reformuniversitäten Göttingen und Halle an. Auch wurde keine überzeitliche Idee der modernen deutschen Universität postuliert.« (Paletschek 2002: 184)

76 Zur intensiveren Auseinandersetzung der ideellen Ausformungen der humanistischen Universitätsidee bzw. zur Einarbeitung in die Thematik der Väter und Mütter der Gedanken neben Humboldt, bietet sich u. a. der Aufsatz *Die Idee einer Universität* von Gerhard Casper an. Ausgehend von Friedrich Schleiermacher, über Wilhelm von Humboldt und Henry Newman bis zu Helga Nowotny, Peter Scott und Michael Gibbons zeichnet er die Idee einer modernen Universität nach und konfrontiert diese mit Elitenprogrammen, der Idee von Human-Kapital und dem Transfer der europäischen Universitätsidee in den US-amerikanischen Raum. Dabei vollzieht er immer wieder thesenartige Transfers in die heutige Zeit,beispielsweise wenn er auf Humboldt und Schleiermacher rekurrierend schreibt: »Wenn man das Wissen als Selbstzweck will oder weil man davon ausgeht, dass auf lange Sicht die geistige und wirtschaftliche Vitalität einer Gesellschaft, eines Landes vom Wissen abhängt, von dem nämlich, was die Volkswirtschaftslehre *human capital* nennt, so muss man Wissenschaft wollen; und wenn man Wissenschaft will, müssen die Beziehungen zwischen Professoren und Studenten dialektisch sein und die Lernbedingungen der Studenten die Selbsttätigkeit fördern« (Casper 2001: 46). Im Fortlauf dieser Analyse wird nochmals ein Rückgriff auf Casper erfolgen, der bildungstheoretische Ausbau der Humboldt'schen Idee wird dafür jedoch nicht weiter vorangetrieben.

> nicht als Teil der Wissenschaft angesehen wurde [und] die dazu führte, dass neben den Universitäten weitere Ausbildungsstätten gegründet wurden, die eine anwendungsorientierte Forschung und Ausbildung anboten.« (Hüther & Krücken 2016: 26)

Hochschulsoziologisch werden von diesem Transformationspunkt aus zudem noch weitere Reformschritte ausgemacht:

> »Der Modernisierung durch Humboldt im 19. Jahrhundert folgt zu Beginn des 20. Jahrhunderts die Entstehung der amerikanischen Forschungsuniversität. Humboldts Reform verband Lehre mit Forschung, die amerikanische Forschungsuniversität dreht das Verhältnis um und gründet auf dem Primat der Forschung. Im Zuge der aktuellen Reformen bildet sich mit ›Verwertbarkeit‹ neben Lehre und Forschung eine dritte, ›unternehmerische‹ Funktion der Universität heraus.« (Huber 2012: 239)

Die bis zu diesem Punkt innerhalb dieser Analyse dargelegte historische Skizze einer universitären Entwicklung ist philosophischen, historischen und soziologischen Vorarbeiten entlehnt. Von ideell geprägter Beschäftigung im Zeichen der Erkenntnis (antikes Ansinnen Platons) und den Sophist:innen als Wissensvermittler:innen ausgehend, über die stark religiös geprägte Phase machtpolitisch isolierter Wissenschaften (Domschulen etc.) hinein in die Ausgründungszeit verrechtlichter und bewusst-politischer Universitäten im Mittelalter, setzt die Übergangsphase der modernen Universität ein organisationales Refugium, welches den heutigen Universitäten recht nahesteht. Es ist – hier wird der theoretische/historische Schulterschluss mit Michael Huber im Anschluss an das ausgeführte Zitat geübt – ein geschichtlicher Knotenpunkt, von dem aus sich Verzweigungen diskutieren lassen, welche für die vorliegende Analyse maßgeblich sind. Doch sollen diese Verzweigungen nun nicht im Einzelnen historisch weiterverfolgt werden, vielmehr sollen diese im späteren Verlauf durch philosophische Reflexionen u. a. in Kapitel *4.6* Aufarbeitung finden. Stattdessen folgt im direkten Anschluss die Darlegung organisationaler Aufgabenfeldern, welche der modernen Universität nun aufbauend auf der hier vorgestellten Universitätsidee entlehnt werden.

4.5 Karl Jaspers und die Aufgaben der Universitäten

Diese Untersuchung hat bereits mehrfach argumentativ Bemühungen gezeigt, die Universität nicht als ultimative Stätte wissenschaftlicher Forschung und Erkenntnis festzusetzen, und gleichsam wurde in Kapitel *2.2.3* dargestellt, weshalb sich die Fokussierung auf die Universität in ihrer Breite des Zugangs zur wissenschaftlichen Erkenntnis als zentrale Organisationseinheit anbietet. Damit ist eine recht strenge konzeptionelle Einengung erfolgt, die jedoch noch immer eine recht große Spannbreite unterschiedlicher Gestalten, Traditionen und Erscheinungsformen anbietet. In einem zweiten Schritt wurde deshalb eine weitere Einengung vorgenommen und die moderne Universität mit der Humboldt'schen Idee in Position für weitere Überlegungen gebracht. Nun bedarf es einer dritten Einengung, fußend auf der Überlegung, die Humboldt'sche Idee in der organisationalen Umsetzung über die Aufgabenbestimmung im Sinne von Karl Jaspers begreifen zu wollen.[77]

Jaspers *Idee der Universität* wurde erstmalig 1923 veröffentlicht und 1945 und somit unmittelbar nach dem 2. Weltkrieg überarbeitet und von Jaspers mit neuem Vorwort versehen. Interessant erscheinen vorweg zwei Dinge: Zum einen betont Jaspers den Humanismus im Zeichen Humboldt'scher Bildung als politisch losgelöstes Ideal, wenn er schreibt:

> »Die Universität hat die Aufgabe, die Wahrheit in der Gemeinschaft von Forschern und Schülern zu suchen. Sie ist eine Kooperation mit Selbst-

77 Es mag vielleicht verwundern, dass hierfür kein Rückgriff auf einen der bereits bemühten Wissenschaftstheoretiker erfolgt, dies liegt einerseits an der Originalität, mit der Jaspers dieses Unternehmen einer universitären Aufgabenbenennung verfolgt und andererseits an der dürftigen organisationssoziologischen Ausstaffierung, mit der Wissenschaftstheoretiker:innen wie zum Beispiel Paul Feyerabend sich diesem Feld angenähert haben. Hierzu lohnt der Verweis auf das Interview mit Helmut Spinner im Anhang dieser Arbeit, in dem sich ein Teil der Auseinandersetzung mit der Konsistenz der institutionellen Überlegungen von Paul Feyerabend auseinandersetzt und Helmut Spinner festhält: »Meines Erachtens hatte er den [einen Institutionsbegriff; Anm. SR] nicht. Feyerabend dachte schlicht nicht in Institutionen und hatte da auch kein Verständnis« (Spinner 2021: A III).

> verwaltung, ob sie nun die Mittel ihres Daseins durch Stiftungen, durch alten Besitz, durch den Staat, und ob sie ihre öffentliche Autorisierung durch päpstliche Bullen, kaiserliche Stiftungsbriefe oder landesstaatliche Akte hat.« (Jaspers 1923/1980: 9)

Die Idee der Universität ist scheinbar so etwas ähnliches wie eine weltlich losgelöste, nur sich selbst verpflichtete. Die Selbstverwaltung, so kann man Jaspers wohl unterstellen, ist eine – zu den im weiteren Verlauf detailliert betrachteten drei Hauptaufgaben Forschung, Erziehung und Unterricht – von ihm nicht explizit ausgeführte vierte Aufgabe, eine mit Eigennutz statt gesellschaftspolitischem Zweck. Zum anderen bettet er die Universität im Laufe seiner Schrift aber auch explizit in den staatlich bestellten Organisationsrahmen ein, wenn er schreibt:

> »Die Universität besteht durch den Staat. Ihr Dasein ist politisch abhängig. Sie kann nur leben, wo und wie der Staat es will. Der Staat ermöglicht die Universität und schützt sie. […] Der Staat will die Universität, weil er sein eigenes Dasein gefördert weiß, wenn in ihm der reinen Wahrheit irgendwo auch rein gedient wird. Dagegen würde ein Staat, der keine Selbsteinschränkung seiner eigenen Macht zuläßt, der vielmehr Angst hat vor den Folgen der reinen Wahrheitsforschung für seine Macht, niemals eine echte Universität zulassen.« (Jaspers 1923/1980 109/110)[78]

Wenn die Idee, die als Ideal politisch losgelöst gedacht wird, nun also gegenwärtig und real wird, so ist sie auf staatlichen Schutz und offenbar auch auf demokratische und pluralistische Strukturen angewiesen. Ein Staat, der Widerspruch fürchtet, der sich totalitär behauptet, hat nach Jaspers kein

78 Ganz ähnliches findet sich auch bei Wilhelm von Humboldt, wenn dieser schreibt: »[Der Staat] muss sich eben immer bewusst bleiben, dass er nicht eigentlich dies bewirkt noch bewirken kann, ja, dass er vielmehr immer hinderlich ist, sobald er sich hineinmischt, dass die Sache an sich ohne ihn unendlich besser gehen würde, und dass es sich eigentlich nur so damit verhält: dass, da es nun einmal in der positiven Gesellschaft äussere Formen und Mittel für jedes irgend ausgebreitete Wirken geben muss, er die Pflicht hat, diese auch für die Bearbeitung der Wissenschaft herbeizuschaffen« (Humboldt 1809/2010: 96).

Interesse an einer echten Universität. Die Universität dient der Suche nach der Wahrheit, fern politischem Kalkül. Dies scheint ein absolutes Kriterium für die Definition einer *echten Universität* zu sein.

Stark verkürzt führt Jaspers die *Idee der Universität* weitestgehend im Zeichen Humboldts aus, differenziert dabei jedoch drei grundlegende Aufgaben der Universität aus: 1. Forschung, 2. Erziehung und 3. Unterricht:

> »Aufgabe der Universität ist die Wissenschaft. Aber Forschung und Lehre der Wissenschaft dienen der Bildung geistigen Lebens als Offenbarwerden der Wahrheit. Die Aufgabe läßt sich daher als Forschung, als Lehre, als Bildung (Erziehung) fassen. Wenn jede dieser drei Aufgaben für sich erörtert wird, so zeigt sich zugleich deren unlösbare Einheit.« (Jaspers 1923/1980: 38)

Die konkreten Begrifflichkeiten entwickeln sich dabei bei Jaspers, konkret in dem Sinne, dass Lehre und Unterricht, sowie Bildung und Erziehung gleich zu veranschlagen sind. Dabei steht die (Heraus)Bildung des wissenschaftlich versierten Menschen im Mittelpunkt, die sich in der Universität im Rahmen der Lehre und des konkreten Unterrichts ereignet:

> »Bildung ist ein erworbener Zustand. Gebildet heißt der Mensch, der einem geschichtlichen Ideal entsprechend geprägt ist. […] Gemeinsam ist den Bildungsidealen der Sinn für Form und Selbstbeherrschung, auch der Sinn dafür, daß durch Uebung die Bildung zur zweiten Natur werden müsse, als ob es angeboren und nicht erworben sei. […] Soweit an der Universität eine Bildung entsteht, ist sie wissenschaftliche Bildung. Diese ist bestimmt durch die Haltung der Wissenschaftlichkeit überhaupt und durch den Gehalt der Wissenschaften, die in der Bildung im Vordergrunde stehen.« (Jaspers 1923/1980: 33/34; H.i.O)

Die Universität ist also eine Institution der unbedingten Wahrheitssuche, derer der Mensch nahekommt, wenn er die Universität in Form der Forschung, Erziehung und des Unterrichts erfährt.

Diese bedingungslose Wahrheitssuche ist derweil ein »Anspruch des Menschen als Menschen« (Jaspers 1923/1980: 9), der es ihm ermöglicht, »in der Erfahrung des Seins die erreichbare Höhe zu erklimmen« (Jaspers 1923/1980: 10). Es scheint also so etwas wie der innere Duktus einer Aufklärungsmission zu sein, die den Menschen grundlegend motiviert, diese bedingungslose, sich selbst in der Suche nach Wahrheit verpflichtete Institution zu ermöglichen. Damit wird die Universität zum demokratisch-pluralistischen Erkenntnis-Primat und die Wissenschaft machtpolitisch losgelöst. Um es mit Paul Feyerabend zu pointieren kann die Universität in diesem Sinne als »eine Verbündete der Anarchisten« (Feyerabend 1996: 22) gelabelt werden. Die Erfahrung des Seins ist ein Streben nach dem Wissen, es ist die Wurzel des Aufklärerischen. Zumindest lässt es die Interpretation zu, Jaspers führt dazu aus:

> »An der Universität verwirklicht sich das ursprüngliche Wissenwollen, das zunächst keinen anderen Zweck hat, als zu erfahren, was zu erkennen möglich ist und was aus uns durch Erkenntnis wird. Es vollzieht sich die Lust des Wissens im Sehen, in der Methodik des Gedankens, in der Selbstkritik als Erziehung zur Objektivität, aber auch die Erfahrung der Grenzen, des eigentlichen Nichtwissens sowohl wie dessen, was man im Wagnis des Erkennens geistig aushalten muß. Das ursprüngliche Wissenwollen ist eins und geht auf das Ganze. […] Zwar lebt dieses Ganze in Polaritäten, die immer wieder zerreißen zu sich bekämpfenden und ausschließenden Gegensätzen. Aber die Einheit aller Wissenschaften besteht doch auch dann wenigstens durch die Wissenschaftlichkeit, die, bei unendlichen Verschiedenheiten der Gegenstände und Probleme, in einer Grundhaltung alle Forscher verbindet.« (Jaspers 1923/1980: 10)

Im weiteren Verlauf seiner Ergründung zum Wesen der Wissenschaft unterscheidet Jaspers dann in »Wissenschaft im engeren und eigentlichen Sinne« (Jaspers 1923/1980: 14) sowie in eine Wissenschaft »im weiteren Sinne […] wie in den spekulativen Gedanken der Philosophie« (Jaspers 1923/1980: 17). Hier wendet er sich nun im Detail den Einzelwissenschaften zu und bemüht zudem eine Analyse der Erkenntnispräferenzen der betrachteten Einzelwis-

senschaften. Vor dem Hintergrund des dritten Kapitels dieser Arbeit wird eine eingehendere Einlassung ausgespart und im Folgenden der Fokus auf die Aufgabenfelder der Universität scharfgestellt.

Im Folgenden soll die jeweilige Kategorie der Universitätsaufgabe (1. Forschung, 2. Erziehung und 3. Unterricht) im Sinne Jaspers einleitend ausgeführt werden und anschließend weitere Erläuterung erfahren. Dabei werden einige unumgängliche Redundanzen – beispielsweise mit Blick auf die Forschung in der Universität und den dazu bereits dargelegten Ausführungen innerhalb von *2.2.5* – zu Querverweisen innerhalb dieser Analyse führen und daher im Folgenden knappgehalten. Außerdem wird dem bereits vorgestellten historischen Begriff dahingehend performativ Rechnung getragen, insofern keine Verengung auf Humboldt, sondern anderweitige historische Belege oder Überlegungen bemüht werden, die sich teils auch vor Humboldts Wirken ergaben. Dies verfolgt keine wissenschaftspolitische Agenda o. ä., es soll vielmehr durch das Beispielhafte didaktische Vorteile eröffnen und den Strauß der üblichen Argumentationsmuster über die pure Humboldt-Rezeption hinaus etwas erweitern.

4.5.1 Die Universität als Forschungsstätte

Das Forschen will gelernt sein – könnte eine legere Zusammenfassung der Quintessenz lauten, die man Jaspers Ausführungen zur Forschung beistellen könnte. Tatsächlich wird sich zeigen – wie bereits im vorangegangenen Kapitel angekündigt – dass die Aufgaben der Universität, die Forschenden sowie die Erkenntnis in Karl Jaspers *Idee der Universität* eng miteinander verbunden sind. Als grundlegend für die Tätigkeit des Forschens betrachtet Jaspers drei Dinge: 1. Die Beherrschung der Methodik; 2. Die Pflege der Idee; 3. Die Wahrnehmung des intellektuellen Gewissens. Es sind diese drei Dinge, die das Forschen charakterisieren und die im Universitätskontext gedeihen.

Die Beherrschung wissenschaftlicher Methoden ist in Jaspers Ausführungen zur Aufgabe der Forschung unumgänglich. In der Methodik machen Wissenschaftler:innen ihre Ideen sozusagen dingfest, es sind die Methoden, die »wenn wir wissenschaftlich etwas Neues gefunden haben, den klaren

Ausdruck, die methodische Kontrolle, die eigentliche Durcharbeitung dessen, was sonst bloßer Einfall bleibt« (Jaspers 1923/1980: 41) ermöglichen. Nun geht der Prozess des Forschens nach Jaspers jedoch elementar über das rein Methodische hinaus, für sich genommen ist die Methodik nach Jaspers gar wertlos:

> »Wer allerdings auf dieses Handwerkliche pochen wollte und dadurch allein seiner Geistigkeit Wert geben möchte, wäre im endlos Stofflichen verloren. Bloßer Fleiß wendet sich in unedlem Ressentiment wohl gegen wahre Geistigkeit, in der noch weitere Momente entscheidend wirksam sind. […] Ideen, selbst nicht rational als richtig einsichtig, geben den Erkenntnissen erst ihre Wichtigkeit, dem Forscher die treibende Kraft.« (ebd.)

Die Ideen sind in Jaspers Ausführungen nicht rational zu durchschauende Einfälle, die die Forschenden aufgrund ihrer Erfahrung, ihrer methodischen Schulung und ihrer Haltung als Wissenschaftler:innen festhalten und achten können. Dabei erläutert Jaspers, dass es keine Zufälligkeit ist, dass Wissenschaftler:innen des Öfteren solche Einfälle haben, da sie in einer Lebensweise verharren, die darauf ausgerichtet ist und die sich im universitären Umfeld entfalten kann (vgl. ebd.). Wenn nun ein solcher Einfall die Wissenschaftler:innen ereilt, muss abgewogen werden, ob dem Einfall gefolgt wird oder nicht. Es bedarf also einer Haltung, die auch als Korrektiv gegen einen »dunklen Instinkt« (ebd.) taugt. Es ist das intellektuelle Gewissen, das bei Jaspers als Schaltzentrale im Forschungsprozess fungiert: »Gegen das Gewissen ist ihm der stupide Fleiß ohne Ziel, und gegen das Gewissen ist ihm bloßes Gefühl und Glauben, bloße Zustimmung und Erbauung, die sich ihm nicht umsetzen in Gestalt und Tätigkeit« (Jaspers 1923/1980: 42).

Anschließend an diese drei Merkmale der Forschung führt Jaspers die Bedingungen aus, die zur Forschungsaufgabe grundlegend vorhanden sein müssen: So bedarf es einer Struktur, die es den Forschenden ermöglicht, dass das, »was immer in der Welt ist, […] in den Raum der Universität gezogen« (ebd.) wird und dort als Anschauung dem dient, der die Ideen dazu erfährt. Außerdem muss der Raum der Universität »als Hintergrund des Denkens ein Fluidum geistigen Lebens, eine niemals einzufangende,

auch nicht willensmäßig oder durch Institution herbeizuführende Beweglichkeit der Menschen, eine persönliche, verschwiegene Schicksalshaftigkeit« (Jaspers 1923/1980: 43) ermöglichen. Zudem »braucht die Lehre die Forschung zu ihrer Substanz« (Jaspers 1923/1980: 44), da das Forschen am Gegenstand gelehrt werden muss und sich Forschung und Lehre im nachhaltigen Sinne somit bedingen. Das Forschen bildet die lebendige Haltung der Wissenschaftler:innen, es ist der Status hinter dem Wissen:

> »Nicht das Wissen hilft, sondern die Fähigkeit, durch eigene Initiative sich überall das erforderliche Wissen zu verschaffen, die Fähigkeit, die Dinge denkend unter Gesichtspunkten aufzufassen, fragen zu können. Diese Fähigkeit aber wird nicht durch Erlernung von Wissenschaft erworben, sondern durch die Berührung mit der lebendigen Forschung. […] Jeder, der einen geistigen Beruf ausübt, ist seiner Denkweise nach im Umgang mit den Dingen ein Forscher. Forscher aber ist, wer in der Bewegung des Erkennens bleibt und aus Ideen auf das Ganze gerichtet ist. Die einzig wahre Erziehung in den Wissenschaften für die Praxis ist daher das Teilnehmenlassen an der forschenden Haltung.« (Jaspers 1923/1980: 45/46)

Im Kapitel *4.5* wurde bereits der Verweis geübt, das mancherlei Redundanzen in Kauf genommen werden müssen, die erneute Zuwendung zur Forschung ist eine solche der Analyse anhaftende Redundanz. Daher wird an dieser Stelle auf weiter erläuternde Ausführungen verzichtet und stattdessen auf bereits ausgemachte Querverbindungen verwiesen.

Die Ausführungen in Kapitel *2.2.5* erläuterten den Begriff der Forschung bereits, auch hier war es die Haltung, die den Forscher:innen zur methodischen Kompetenz hinzukommt. Insbesondere anhand Svante Pääbo wurde Forschung als Lebensstil, als identifizierendes Merkmal der Wissenschaftler:innen bestimmt. Und auch die Pflege der Idee wurde innerhalb des Kapitels *2.2.5* besprochen, dort unter der Verschlagwortung der Hoffnung und des Glaubens. Dieses Motiv kam zudem auch in den Kapiteln *3.3* zum Tragen und es findet auch mehrfach Beachtung in den angehangenen Gesprächen mit Helmut Spinner und Paul Hoyningen-Huene. Das Gewissen Jaspers ist zwar nicht deckungsgleich mit der Intuition, Kreativität usf. aus

Kapitel *3.3*, doch dürfte es in seiner Diffusität wie auch in seiner ausgesprochenen prozessualen Wichtigkeit starke Parallelen aufzeigen. Neu erscheint an dieser Stelle an den Ausführungen Jaspers Folgendes: Das Forschen ist klare Aufgabe der Universität und somit der Wissenschaftler:innen. Es definiert Universitätskultur. Es wirkt darüber hinaus im Zeichen einer nachhaltigen Universitäts- und Wissenschaftspflege, denn nur, wenn aktiv geforscht wird, kann das Forschen auch erlernt werden. Damit wird die Betrachtung des Forschungsbegriffs bei Jaspers nun abschließen und es bleiben die Erziehung und der Unterricht als noch vakante Aufgaben der Universität innerhalb Jaspers' Konzeption.

4.5.2 Die Universität als Erzieherin

Die Forschung, so konnte im vorangegangenen Kapitel anhand Karl Jaspers' Überlegungen zur *Idee der Universität* bereits herausgearbeitet werden, ist grundlegend für die Definition einer Universitätskultur. Nur da, wo aktiv geforscht wird, kann das Forschen auch erlernt werden. Daher ist die Forschung auch die erste der drei Hauptaufgaben der Universität. An zweiter Stelle führt Jaspers nun die Erziehung als Aufgabe der Universität an. Die Erziehung ganz allgemein betrachtet sieht Jaspers dabei vor allem deshalb als eminent wichtig, da sie besondere gesellschaftliche Werte und Gepflogenheiten tradiert und durch Generationen hindurch transferiert, dadurch auch »den Einzelnen zum Glied des Ganzen« (Jaspers 1923/1980: 47) macht.

Der einzelne Mensch wird also erst durch die Erziehung zum Teil des Ganzen und »das Ganze ist Mittel der Erziehung des Einzelnen« (ebd.). Er erläutert diese Annahme im Weiteren dadurch, dass er die Erziehung als institutionelle Versicherung einzelner Bildungsideale beschreibt, ganz gleich ob man eine Dichterschule der Antike, Klosterschulen des Mittelalters oder heutige Bildungseinrichtungen betrachtet: »Die Erziehung wechselt mit den Bildungsidealen. Die Schulinstitutionen sind selbst ein Abbild der soziologischen Struktur. […] Alle Demokratie verlangt gemeinsame Erziehung, weil nichts die Menschen so sehr gleich macht als die gleiche Erziehung« (ebd.).

Dabei unterscheidet Jaspers in drei hauptsächlich hervorzuhebende Arten der Erziehung – die *Scholastische Erziehung*, die *Meistererziehung* und

die *Sokratische Erziehung*. Die Scholastische Erziehung zielt auf bloße Vermittlung ab, bei der der »Stoff in Formeln gepresst« ist und das Wissen als »ein geordnetes Weltbild endgültig fixiert« (Jaspers 1923/1980: 48) ist. Während bei der Scholastischen Erziehung die Lehrperson von geringer Relevanz erscheint und nur die reine Vermittlung rationaler Tradition zählt, ist die Meistererziehung auf die lehrende Person fixiert. In der Meistererziehung findet sich – so Jaspers – nicht nur die Erleichterung der Schüler:innen, der eigenen Reflexion im Schatten der Lehrperson zu entgehen, sondern auch, dass die der Lehrperson »gezollte Verehrung und Liebe […] einen Zug der Anbetung [haben]« (ebd.). Die Sokratische Erziehung hingegen proklamiert einen Lehrmodus, in dem Lehrer:innen und Schüler:innen sich auf Augenhöhe begegnen: »Beide sind der Idee nach frei. Es gibt keine feste Lehre, sondern es herrscht das grenzenlose Fragen und das Nichtwissen im Absoluten« (ebd.). Es ist – dies dürfte vor dem Hintergrund bisheriger Ausführungen kaum überraschen – jene Sokratische Erziehung, die Jaspers der Idee der Universität zugrundeliegend sieht.

Für alle drei Erziehungstypen betrachtet Jaspers die Ehrfurcht als substanziell: »Ohne Ehrfurcht ist keine Erziehung möglich. Bestenfalls kann ein betriebsames Lernen übrigbleiben. Ehrfurcht ist die Substanz aller Erziehung« (Jaspers 1923/1980: 49). Diese Ehrfurcht speist sich im Wesentlichen aus zwei Dingen – sie ist entweder universalistischer oder individualistischer Natur, wobei auch anteilige Mischverhältnisse möglich erscheinen. Die universalistische Ehrfurcht zielt auf den Stand, für den man erzogen wird, ab, sie ist also gesellschaftlich, staatlich, kirchlich o. ä. geprägt, während die individualistische Ehrfurcht sich in der Annahme von Wahrhaftigkeit, Selbstständigkeit, Verantwortung oder Freiheit gründet. Die Ehrfurcht ist der Glaube, der einer Erziehung hinterlegt wird. Ehrfurcht ist die Substanz, die beiden Ehrfürchte sind Sinn und Zweck der Erziehung, denn »ohne Glauben gibt es keine echte Erziehung, sondern bloße Unterrichtstechnik« (ebd.). Für die Sokratische Erziehung in der Universität lässt sich festhalten, dass sie »in der Bildung zu gehaltvoller Freiheit, und zwar durch die Teilnahme an dem geistigen Leben, das hier stattfindet« (Jaspers 1923/1980: 50), kulminiert.

Die Universität mit ihrem unbedingten Erkenntnisinteresse – seitens Jaspers bereits in der ersten Aufgabe der Universität, der Forschung, verbrieft – muss zur Freiheit erziehen, um dem Forscher:innendrang gerecht zu werden: »Diese Bildung ist keine abtrennbare Aufgabe. Daher ist neben dem Prinzip der Einheit von Forschung und Lehre ein zweites Prinzip der Universität die Verbindung von Forschung und Lehre mit dem Bildungsprozess« (ebd.).

Die Forschung und Erziehung der Universität bedingen sich somit. Nur wenn zur Freiheit der Idee in dem Sinne erzogen wird, in dem es innerhalb von Kapitel *4.5.1* ausgeführt wurde, kann Forschung gelingen. Dies ist das Bildungsideal, dem die Erziehung unterliegt, hierin gründet die Substanz der Erziehung: »Die Universität stellt die Anforderung rücksichtlosen Erkennenwollens. […] Diese Bildung durch die Universitätsidee ist wesentlich gegründet in dem ursprünglichen Wissenwollen« (Jaspers 1923/1980: 51). Die Freiheit erhebt sich so zum Primat universitärer Sokratischer Erziehung: »Der Freiheit der Lehre entspringt die Freiheit des Lernens. Keine Autorität, keine vorschriftsmäßige Lebensführung und schulmäßige Studienleitung darf den Studenten beherrschen. Er hat die Freiheit, zu verkommen. […] Niemand wird Autorität« (Jaspers 1923/1980: 52).

Wie ist diese Sokratische Erziehung nun realpolitisch denkbar? Wie kann diese freiheitsbetonte Erziehung der Universität aussehen, die sich ganz dem Forschen verschreibt? Lassen sich derartige Erziehungsideale in realer Umsetzungsbemühung innerhalb der Universitätsgeschichte belegen?[79] Der folgende Exkurs in die Breiten des Hochschwarzwalds im 17. und 18. Jahrhundert nähert sich diesen Fragen an.

---

79 Der Part der Forschung wurde bereits historisch-kritisch innerhalb der Kapitel *2.2.4*, *2.2.5* sowie *4.5.1* hergeleitet und vor dem Hintergrund eines universellen Wissensanspruchs im Sinne Jaspers innerhalb dieses Kapitels verankert. Die Darlegung der Begriffsgenese setzte in diesem Falle im Übergang vom Mittelalter zur Aufklärung ein und begründet dies damit, dass hier auch die Geburtsstunde der Modernen Universität ausgerufen werden kann, welche im Zentrum des Untersuchungsinteresses dieser Arbeit steht (vgl. hierzu vor alem die Kapitel *2.2.4*, *4.1* und *4.2*). Diese zeitliche Zäsur lässt sich auch bei der Universität als Erziehungsinstitution argumentativ verteidigen und damit auch auf die Reflexion eines übergeordneten Bildungsbegriffs anwenden.

4.5.2.1 Abt Philipp Jakob Steyrer und der Humboldt'sche Zeitgeist

Vor dem Hintergrund der Aufklärung entfaltet sich in den europäischen Universitäten des 17. und 18. Jahrhunderts eine Kultur der kritischen Subjektbildung, der klerikale Dogmatismus vergangener Jahrhunderte rückt dabei zunehmend in den Hintergrund. Während einst Klosterschulen selbstverständlich mit universitären Siegeln versehen waren, treten sie an der Umbruchschwelle von der mittelalterlichen zur *Modernen Universität* in den Hintergrund, lösen sich im Zuge der Säkularisierung vielerorts in Gänze auf (vgl. Fisch 2015: 7 f.). Nicht nur, dass die Theologie nun nicht mehr Hausherrin universitärer Flure ist, sie steht vielerorts als genuine Wissenschaft am Pranger. Diese Entwicklung verdeutlicht auch, wie es innerhalb der modernen Universität um die Neubesinnung auf universitäres Erziehungsgebaren bestellt war.[80]

---

80 Die folgende historische Begriffsbestimmung zum universitären Erziehungsbegriff und dem dahinter, davor oder darüber hinaus wirkenden Bildungsideal konzentriert sich dabei nicht auf den erwartbaren und populären Bezug zu Wilhelm von Humboldt, sondern setzt sich stattdessen federführend mit einer Person einer historischen Begleitgeschichte des Neuhumanismus, nämlich mit dem Benediktinerkloster St. Peter im Hochschwarzwald und dessen Abt Philipp Jakob Steyrer auseinander. Die Beweggründe hierfür wurden innerhalb des Kapitels *4.4* bereits anfänglich ausgeführt. Es wird sich zeigen, dass Humboldts Reformgebaren in Preußen, welches in dieser Untersuchung im Kapitel *4.4* und *4.5* bereits Ausführung fand, im Zuge eines grenzüberschreitenden Zeitgeists entstand, welcher tiefgreifende Umwälzungen hervorrief und auch vermeintlich konservative Bildungseinrichtungen im deutschsprachigen Raum ereilte. Diese gesellschaftlichen Umwälzungen waren Ausformung einer seit der Antike entsponnenen Philosophie des Humanismus, welche im Anschluss an den klerikalen Exkurs anhand der Ausführungen von Julian Nida-Rümelin kurz dargelegt wird. Es folgt im weiteren Fortlauf dieses Kapitels somit eine Stärkung der bereits vorgestellten These, dass die Erzählung vom Humboldt'schen Ideal nicht Auslöser, sondern vielmehr logische Konsequenz einer gesellschaftlichen Liberalisierung im Zeichen des Humanismus war. Als solche soll die Erzählung über das Humboldt'sche Bildungsideal keinesfalls in ihrer Bedeutung geschmälert werden, die Geschichte des Abt Steyrer soll das Narrativ des modernen Bildungsverständnisses in seiner historischen Bedeutung vielmehr unterstreichen und abrundend mit dem Gesellschaftswandel verweben, welcher als Neuhumanismus in der historischen Betrachtung kategorisch veranschlagt wird.

Die Geschichte des Abt Steyrer und seiner Konventualen ist eine weitestgehend unbekannte und unbeachtete, und doch wird sich zeigen, wie sinnbildlich die bildungspolitischen Prozesse im Hochschwarzwald des 18. Jahrhunderts für die Entwicklung einer Wissenschaft der Moderne waren. Die historische Herleitung eines zeitgenössischen Erziehungsbegriffs setzt innerhalb dieser Analyse bereits im 16. Jahrhundert ein und findet den Startpunkt bei Nikolaus Ellenbog, einem Mönch des Benedikterklosters Ottobeuren. Ellenbog kann als Fixstern einer katholischen Aufklärungsbewegung gesehen werden, ein Mönch aus der Provinz, der im Briefverkehr mit dem Weltgelehrten Erasmus von Rotterdam stand und bereits zur Mitte des 16. Jahrhunderts verbrieft beklagte, dass die Wissenschaften in den Klöstern keine zeitgemäße Beachtung und Förderung mehr erfahren würden, »gleich als ob sie unrein und der Religion gefährlich wären« (Maier 1996: 37). Mit diesem Klagelied, so wird sich noch zeigen, war der Mönch keineswegs allein, doch teilte ein Großteil der Äbte im deutschsprachigen Raum seiner Zeit eben jene von Ellenbog geäußerte Befürchtung vor der Aufklärung und Säkularisation und wählte als Antwort nicht die Öffnung zur Moderne, sondern suchte stattdessen vielmehr die Abschottung. So prallte die Kirchenpolitik und die theistische Dogmatik auf das wissenschaftliche Ethos weltlicher Dimension von klerikalen Gelehrten wie Ellenbog. Rund 200 Kilometer südlich von Ottobeuren, übernahm 1749 mit Steyrer ein Abt die Verantwortung über das Benediktinerkloster St. Peter, der eben jenen Spagat junger, progressiver Klostergelehrter priorisiert (vgl. Maier 1996: 37).[81]

81 Nicht wenige werden sich anfänglich irritiert zeigen, hören bzw. lesen sie von einer katholischen Aufklärungsbewegung wie sie innerhalb dieser Analyse veranschlagt wird. Tatsächlich gibt es hierzu theologisch profunde Forschungsbemühungen, die eben jener historischen Spurensuche folgen und sich der Begründung dieser Zuschreibung deutlich intensiver zuwenden, als es innerhalb dieser Analyse der Fall ist. Da ein derartiger Diskurs vom Kern dieses hier verfolgten Analysevorhabens zu stark ableiten würde, verbleibt es bei eben diesem Verweis und dem folgenden Lektürevermerk für all jene, die dieser Spur im Detail weiter folgen möchten: Der Theologe und Historiker Ulrich Lehner hat 2017 ein Buch mit dem Titel *Die Katholische Aufklärung: Weltgeschichte einer Reformbewegung* veröffentlicht, in dem diese Spur aufgenommen wurde und ausgehend vom Konzil von Trient im 16. Jahrhundert Reformbemühungen innerhalb der katholischen Kirche ausgemacht werden. Es zeigt sich eine Wirkmacht, ausgehend von Trient, die sich im 18.

Der Politikwissenschaftler und Historiker Hans-Otto Mühleisen erforscht als Emeritus seit Jahrzehnten die Geschichte des Klosters St. Peter im Hochschwarzwald, insbesondere die Zeit des Abt Steyrers und der Einflüsse anderer Regierungsbezirke im Süddeutschland des 17. und 18. Jahrhunderts. Dabei macht er etwas aus, was man »etwas pauschal als katholische Aufklärung bezeichnen mag« (Mühleisen 1996: 9) und worunter er einen progressiven Teil inner-katholischer (Re)Aktion und Diskussion auf »die zeitbestimmende Gedankenwelt der Aufklärung« (Mühleisen 1996: 7) versteht. Mühleisen führt aus, dass es in den katholischen Klöstern des 17. und 18. Jahrhunderts mit Blick auf den Zeitgeist zwei große Lager gab: Die Konservativen, die eben die Flucht in das altbekannte und altbewährte, abgeschottete und verregelte Klosterleben suchten, und die Progressiven, für die er insbesondere Abt Steyrer als Leuchtturm ins Feld führt:

> »Offenkundig bestand über diese Einstellung auch in St. Peter kein Einvernehmen, aber es ist bezeichnend, daß er [Abt Steyrer; Anm. SR] den Konventualen den geistigen Freiraum und den wissenschaftlichen Weg zubilligte, den jeder einzelne nutzen wollte. Daß St. Peter in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts ein Zentrum modernen Wissens, kritischer Bibelwissenschaft und Histographie, von Astronomie, Geographie und Mathematik war, ist seiner Entscheidung zu danken, den daran interessierten Mitbrüdern Gelegenheit zu Studium und eigener wissenschaftlicher Arbeit zu geben. […] Wenn von den Aufklärern immer wieder die Nutzlosigkeit der Klöster bemängelt wurde, so entfaltete Steyrer hiergegen geradezu eine Argumentationskampagne.« (Mühleisen 1996: 9)

Als Zentrum modernen Wissens wird die Klosterschule im Hochschwarzwald bezeichnet, welche kritische Wissenschaft betrieb und individuelle Wissenschaftskarrieren förderte. St. Peter sollte dabei von innen wie außen als Ort der Bildung und individuellen Entfaltung wahrgenommen werden. So war es Abt Steyrer auch wichtig, eine lebendige und weltliche Musik- und

---

Jahrhundert in Nord- und Südamerika, Europa und Asien stärker abzeichnete und im Zeichen naturwissenschaftlicher Forschung gegen Aberglauben und für Demokratie und Brüderlichkeit einstand (vgl. Lehner 2017).

Theaterkultur zu etablieren. Sowohl Klosterschüler wie altehrwürdige Patres erprobten sich hier im Laufe des Jahres und in öffentlichen Veranstaltungen den Bürger:innen zugänglich in Gesang, Schauspiel und komödiantischer Kunst; sie schrieben und inszenierten Schulkomödien und Singspiele, in denen die klassische Gottesfurcht im Gusto des Vatikans genauso zugegen war wie der griechische Gott Apollo, die Jagdgöttin Diana und der griechische Abenteurer Odysseus (vgl. Kaiser 1996: 235 f.).

Abt Steyrer wirkte auch über das ländliche Idyll des Hochschwarzwalds hinaus. So war es ihm ein besonderes Anliegen, die Mönche mit besonderer wissenschaftlicher Begabung angemessen zu fördern und sie in diesem Sinne auch an die Universität Freiburg übersiedeln zu lassen, sofern sie in St. Peter keine angemessene Förderung mehr erfahren konnten. Das prominenteste Beispiel hierfür ist wohl der Mathematikprofessor und ehemalige Mönch des Klosters St. Peter, Thaddäus Rinderle, welcher 1788 in seiner Antrittsrede an der Universität Freiburg über St. Peter unter der Ägide Abt Steyrers sagte:

> »Alles, was ich jetzt und in Zukunft Gutes und Nützliches leisten und wirken werde, soll nicht mir, sondern jenen verehrungswürdigen Männern zugeschrieben werden, die mich aus der Finsterniß an das Licht, aus der Sclaverey in die Freyheit, aus dem Mönchtum zum öffentlichen Lehramte riefen.« (Maier 1996: 35)

Tatsächlich fungierte Rinderle als lebendiges Ideal einer Bildungsutopie Steyrers, in der der Mönch »sich den weltlichen Wissenschaften [zuwendet; Anm. SR], um ein für die Gesellschaft »nützlicher Bürger« zu werden« (Maier 1996: 49). Mehrfach konnte Abt Steyrer mit dieser realisierten Bildungsutopie St. Peter als Klosterschule vor der Zwangsauflösung bewahren und wissenschaftlich durch Symposien und Disputationen auch stellenweise mit dem Betrieb der Universität Freiburg verknüpfen. Auf lange Sicht ereilte der Aufklärungs- und Säkularisierungszug aber auch die Gesellschaft im Hochschwarzwald und das Benediktinerkloster wurde auf Geheiß des Großherzogtums Baden 1806 – elf Jahre nach dem Abtreten Steyrers – aufgelöst.

Übrig bleibt ein Narrativ, welches von der Überwindung alteingesessener Dogmen durch liberale Freigeister berichtet. Steyrers Ansinnen war vom

Gedanken an den Weltbürger geprägt, welcher, mit den Worten Rinderles, von der Finsternis ans Licht und aus der Sklaverei in die Freiheit geführt wurde. Der geknechtete Geist wurde nun ein Stück weit sich selbst überlassen, frei darin, kritisch zu forschen und zu denken.

Für ausgelassene Freiheit im Sinne individueller Subjekte war der Staat Preußen nicht bekannt, ganz im Gegenteil. Und doch war es mit Wilhelm von Humboldt ein preußischer Beamter, der mit seinen Reformpapieren heute als Gesicht der Liberalisierung universitärer Erziehung gilt. Die Geschichte des Reformers Humboldt setzt dabei ziemlich genau zu dem Zeitpunkt ein, zu dem das Kloster in St. Peter aufgelöst wurde. 1809 trat Humboldt das Amt des Staatsrats und Direktors der Sektion für Kultus und Unterricht an. Gemeinhin wird, wie bereits in dieser Untersuchung innerhalb des Kapitels *2.1.3* dargestellt, Humboldt die Einheit von Forschung und Lehre, die Freiheit in Forschung und Lehre sowie ein Ausbildungsmoment im Sinne eines individuellen und selbstbestimmten Entfaltungs- und Entwicklungsmoment zugeschrieben. Wie bereits einleitend in diesem Kapitel angekündigt, soll nun aber nicht erneut Humboldt in den Fokus gerückt werden, sondern vielmehr der ihn prägende bildungsideelle Zeitgeist, in dem auch Abt Steyrer seine Bildungsvorstellungen realisierte. In eben diesem Sinne gilt es zu klären, was unter Humanismus zu verstehen ist und was den Neuhumanismus in dem Sinne auszeichnet, in dem er des Öfteren synonyme Verwendung zum Humboldt'schen Bildungsideal findet. Um dieser Spur folgen zu können, folgt ein weiterer Exkurs zur Philosophie des Humanismus entlang der Arbeiten des Philosophen Julian Nida-Rümelin.

4.5.2.2 Julian Nida-Rümelin und der Humanismus als Denkbewegung

Der Philosoph Julian Nida-Rümelin beschäftigte sich eingehend mit der historisch-philosophischen Erforschung und Interpretation des Humanismus.[82] Er stellt grundlegend hierzu fest, dass es den einen Humanismus

---

82 Die Reflexionen zur Idee des Humanismus bilden zweifellos einen Schwerpunkt der Arbeiten von Julian Nida-Rümelin, ein Überblickswerk mit mehreren Aufsätzen des Autoren zum Humanismus als möglicher Game Changer der Neuzeit erschien 2016 unter dem Titel *Humanistische Reflexionen* im Suhrkamp Verlag.

nicht gibt, es sich vielmehr um eine Denkbewegung handelt, welche in der griechischen Klassik emporkam und seither wellenartig gesellschaftliche Diskurse prägt oder in Vergessenheit verweilt. Im Ansinnen einer systematischen Annäherung an den Humanismus, merkt er an:

> »Dieses Phänomen lässt sich über zwei Elemente dennoch zuverlässig diagnostizieren. Erstens handelt es sich jeweils um eine Bildungsbewegung und zweitens spielt in ihr ein spezifisches Menschenbild eine zentrale Rolle. Dieses Phänomen bezeichne ich als »Humanismus«, wohl wissend, dass unter diesem Terminus sehr unterschiedliches verstanden wird. Mein Eindruck ist allerdings, dass diese terminologischen Differenzen sich darauf zurückführen lassen, dass jeweils ein einzelner Aspekt des Humanismus im weiteren Sinne herausgehoben und die anderen Aspekte ignoriert werden.« (Nida-Rümelin 2013: 43)

Im Wesentlichen bestimmt Nida-Rümelin drei grundlegende Komponenten einer humanistischen Philosophie: 1. Autarkie, 2. Rationalität und 3. Universalität. Zur Ausführung beruft sich Nida-Rümelin auch hier stets auf antike Ausgangspositionen.[83] Es sollte von den Überlegungen des Aristoteles in der *Nikomachischen Ethik* bis zu Kant andauern, bis eine heutige Selbstverständlichkeit tatsächlich philosophisch aufgearbeitet wurde: »Wer

---

In einem Buch mit Diskussionsbeiträgen von Nida-Rümelin und Elif Özmen wird der Fokus gezielt auf den Humanismus im Bildungs kontext scharfgestellt, dabei die im Zeichen Humboldts humanistische Errungenschaft einer Bildungs- statt Ausbildungsorientierung hervorgehoben und vor den bildungspolitischen Überlegungen des 21. Jahrhunderts kritisch reflektiert (Nida-Rümelin & Özmen 2006). Auch vor dem Hintergrund der Digitalisierung und diverser KI-Szenarien wendete sich Nida-Rümelin einer Verteidigung des Humanismus unter dem Titel *Digitaler Humanismus: Eine Ethik für das Zeitalter der Künstlichen Intelligenz* zu (Nida-Rümelin & Weidenfeld, 2018).

83 So macht er die Genese des Autarkiebegriffs beispielsweise fest im Zwist des Achilles und Agamemnon und führt dabei aus, dass Achilles sich durch die Versagung seiner Lieblingssklavin Briseis durch Agamemnon seiner Autarkie beraubt sah. In Konsequenz dessen zog sich Achilles zurück und riskierte die Niederlage Agamemnons gegen Troja aus einer beleidigten Eitelkeit heraus. Der Unbeherrschte wurde in seiner Unbeherrschtheit für einen Moment unterdrückt und sah sich dadurch seiner Autarkie beraubt (vgl. Nida-Rümelin 2013: 43 f.).

nicht beherrscht werden will, muss sich selbst beherrschen. […] Am Ende dieser langen Entwicklung steht die Kantische Ethik, für die ein Handeln aus Pflicht erst die Freiheit des vernünftigen Menschen ausmacht« (Nida-Rümelin 2013: 44).

Die *Autarkie (1)* steht also im von Nida-Rümelin aufgemachten Trifolium eines Humanismus für ein sich der Freiheit und sich selbst bewusstes Individuum, welches um Selbstbeherrschung bemüht ist. Darin verbirgt sich auch direkt der Link zum zweiten Part des Trifoliums, zur Rationalität. Auch hier begründet Nida-Rümelin die humanistische Spurensuche in der Antike, genauer in Platons Theaitetos-Dialog. In einer jahrhundertelangen Entwicklung drang die *Rationalität (2)* im Schatten des Zwists der Sokratik mit der Sophistik an die Spitze der Vernunft. Nicht derjenige, der die Redekunst am besten beherrscht, sondern vielmehr der, der die wahre Überzeugung mit objektiven Gründen übereinbringt, nähert sich der Welt im philosophisch redlichen Sinne: »Die zentrale Botschaft des Theaitetos-Dialoges ist die Autonomie der theoretischen Vernunft. Erkenntnis ist etwas, das wir um ihrer selbst willen erstreben (sollen)« (Nida-Rümelin 2013: 46). Den dritten Part des humanistischen Trifoliums stellt der *Universalismus (3)* dar. Hiermit sind vor allem zwei grundlegende Feststellungen verknüpft: Zum einen gibt es Dinge, auf deren Sein und Wirkung wir keinen Einfluss nehmen können, die außerhalb unserer Beeinträchtigung und unseres Zugriffs liegen. Zum anderen gibt es Dinge, die wir wohl – essenziell oder partiell – beeinflussen und kontrollieren können:

> »Für Letztere gilt das Prinzip der Verantwortung, für Erstere das Prinzip des Schicksals. Haut, Sprache, kulturelle Herkunft, Geschlecht und Stand sind unerheblich, insofern alle Menschen gleichermaßen erkenntnis- und vernunftsfähig sind, die an der Weltvernunft, dem logos (gr.: λόγος) teilhaben können.« (Nida-Rümelin 2013: 47)

Liberté, Égalité, Fraternité – Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit – lautete die Losung der französischen Revolution. Es erscheint vor dem Hintergrund der hier aufgezeigten Geschichte somit nur stimmig, dass der aktuelle Forschungsdiskurs rund um Wilhelm von Humboldt den Einfluss seiner

Frankreichaufenthalte zu Revolutionszeiten auf die späteren Überlegungen des Humanisten in den Fokus rückt und die Humboldt-Brüder als Denker ihrer Zeit und somit Ausdruck eines revolutionären Zeitgeists begreift (vgl. zur These der humanistischen Zeitwirkung durch die französische Revolution auf die Humboldt-Brüder u. a. Savoy & Blankenstein 2019; Stüben 2014).

Der Humanismus erfährt in seiner Zusammensetzung aus Autarkie/Autonomie, Rationalität/Vernunft und Universalität/Gleichheit durch Nida-Rümelin eine geschichtsphilosophische Aufarbeitung und zeigt sich darin anknüpfungsfähig an eben jene Ausführungen, die in diesem Kapitel vorgelagert den Zeitgeist des Humboldt'schen Ideals durch den Schwarzwälder Klosterexkurs und die Bildungspolitik des Abt Steyrer skizzierten. Besagter Zeitgeist ist Ausdruck der Aufklärung und wesentlich durch die Konstitution des kritischen Subjekts geprägt. Dieser Zeitgeist wird durch Humboldt seinerzeit aufgenommen und ausgedrückt, er steht im weiteren Geschichtsverlauf als Humboldt'sches Ideal auch über die Ausführungen Jaspers hinaus Pate für den Erziehungsauftrag der Universität. Eine humanistisch-universitär-sokratische Erziehung bedeutet in Summe, das Subjekt zur kritischen Reflexion mit sich selbst zu ermächtigen. Es vermittelt die Selbstbeherrschung (Autarkie) durch Rationalität im Zeichen des Universalismus.

4.5.3 Die Universität als Unterrichtsstätte

Drei Aufgaben sah Karl Jaspers als ursächlich für die Universität an: 1. Die Forschung, 2. Die Erziehung und 3. Der Unterricht. Forschung und Erziehung bedingen sich einander, die Erziehung ist dabei Wegbereiterin der Haltung von Forschenden. Während in den vorangegangenen Schritten die hier entwickelten Überlegungen zu den Aufgabenfeldern anschließend exemplarisch aber auch – wenigstens ergänzend – über Jaspers hinausgingen, soll das Aufgabenfeld des Unterrichts recht nahe den ursprünglichen Ausführungen Jaspers behandelt werden und im Anschluss freiere Assoziationen erfahren. Es bleibt somit zu klären: Wie hält es Jaspers nun mit dem Unterricht an Universitäten? Welche seiner Gedanken können für heutige Debatten und vor dem Hintergrund dieser Analyse in Position gebracht werden?

Tatsächlich handelt es sich beim Unterricht um ein Aufgabengebiet, welches auf den ersten Blick recht weit entfernt von wissenschaftstheoretischen Reflexionen agiert. Mit Unterricht sind die didaktischen Einheiten – heutzutage im akademischen Milieu eher als Lehre, denn als Unterricht betitelt – gemeint und im Universitätskontext im wesentlichen reduzierbar auf die klassischen Lehrszenarien Vorlesungen, Seminare und Übungen. Die Lektüre Jaspers zu den drei gängigen Formen des Universitätsunterrichts erscheint – insbesondere mit Blick auf die kritische Diskussion zum Format der Vorlesung – erstaunlich aktuell, bedenkt man die Ersterscheinung im Jahr 1923. So diskutierte Jaspers bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts folgende Einwände gegen die Vorlesungen als Unterrichtsform: »Sie [die Vorlesungen] seien ein einseitiger Vortrag, der die Hörer passiv mache. Es fehle jede Bewährung der Hörer, ob sie verstanden und angeeignet haben. Das Vorgetragene stehe in Büchern zumeist besser und sei schneller aus ihnen zu lernen« (Jaspers 1923/1980: 54).

Passivität, *fehlende Aktivierung* und *Monotonie* – hier stimmt Jaspers eine Kakophonie des Elfenbeinturmverdrusses an, die in heutigen Lehrevaluationen unveränderten Widerhall erfährt.[84] Tatsächlich entgegnet Jaspers am Beispiel der Vorlesungsschelte jedoch, dass der didaktische Verdruss nicht unabhängig von den ersten beiden Aufgabenfeldern der Universität – also der Forschung und Erziehung – analysiert werden kann:

> »Solche Vorlesungen gehören zu den unersetzlichen Wirklichkeiten der Überlieferung. Die Erinnerung an die Vorlesungen bedeutender Forscher begleitet durch das Leben. […] Was in der Vorlesung zur Geltung kommen kann, das ist zwar durchaus an den Inhalt gebunden, der auch noch im Gedruckten erscheint. Aber dieser Inhalt ist in der Vorlesung so hervorgebracht, daß mit ihm indirekt all daß Umgreifende spricht, aus dem

84 Die Diagnostik zum Schlagwort schlechter Lehre ist breit gefächert, erstreckt sich analytisch ausgehend von der Geschichte der Lehrfreiheit als grundlegende Bedingung guter Universitätslehre und Unterrichts (vgl. bspw. Tremp 2016), über die dieser Freiheit oft entgegenwirkende Ausbildung angehender Hochschullehrer:innen (vgl. bspw. Albert & Hellmann 2001) bis zur Analyse tatsächlicher Gegebenheiten, ausgehend von studentischen Evaluationsergebnissen (vgl. u. a. Handke, 2014).

> er kommt und dem er dient. Ungewußt vermag der Vortrag durch den Ton, die Gebärde, die wirkliche Gegenwart des Gedachten eine Stimmung der Sache zu vermitteln, die in der Tat nur im gesprochenen Wort und nur in dem Zusammenhang einer Vorlesung – nicht so im bloßen Gespräch und in der Diskussion – zur Erscheinung kommen kann. Die Situation der Vorlesung treibt im Lehrer selbst hervor, was ohne sie verborgen bliebe. Der Lehrer zeigt sich unbeaabsichtigt in seinem Denken, seinem Ernst, seinen Fragen, seiner Betroffenheit. […] Daher gibt es keine Regeln, wie eine gute Vorlesung zu machen sei. Es gibt keine andere Regel als die Sache ernst zu nehmen, die Vorlesung als einen Höhepunkt der Berufsleistung mit voller Verantwortung zu halten, im übrigen auf alle Kunst zu verzichten.« (Jaspers 1923/1980: 55)

Diese Passage aus Jaspers Überlegungen offenbart eine humanistische Verbundenheit, hier zeichnet er ein Bild von passionierten Hochschullehrer:innen, die aus dem eigenen Erkenntnisprozess heraus berichten und so die Studierenden mit dem eigenen Erkenntnisinteresse regelrecht anstecken, indem die Studierenden wahrhaftig einblicken können in den Forschungsprozess. Jaspers denkt hier die Vorlesung als Teil der Forschung, anknüpfbar an die prozesshafte Figur, welche diese Analyse innerhalb der Kapitel *2.2.4* und *2.2.5* vorstellte. Lehre *ereignet* sich in diesem Moment, stellt sich als lebhafter Bericht der Forscher:innen, gekennzeichnet durch Leidenschaft im Sinne Paul Feyerabends (vgl. Kapitel *3.2.3* und Feyerabend 1996: 39) und durch ein Glaubensbekenntnis im Sinne Derridas (vgl. Kapitel *2.2.5* und Derrida 2001: 21) dar. Der Forschende und der Vortragende verschmelzen, zeigen das Gedachte im Gegenwärtigen, da es weitergedacht, ge- und erlebt wird. Mit einer ähnlichen Intension sind die Formen des Seminares als lebendiges Austauschforum und der Übung als eine Art Markt der Möglichkeiten zu betrachten. Der Unterricht der Universität ist stets in Harmonie mit der Forschung und der Erziehung zu denken.

Der Unterricht kann in diesem Sinne auch nur im Bewusstsein der Substanz der Erziehung im Sinne des vorangegangenen Kapitels funktionieren. Es kann keine Autorität geben – so fasste es Jaspers auf. Dies ist die entscheidende Formel im Sinne von Humboldt bis Jaspers, dies ist die Grundbedin-

gung für den *Erkenntnistheoretischen Pluralismus* im Sinne Helmut Spinners. Zwar gab es bereits im universitären Setting des Mittelalters »keine verbotenen Fragen, allenfalls verbotene Antworten« (Weber 2008b: 49), doch greift nun eben hier nun die Freiheit als oberstes Primat von Erziehung und Forschung ein und legt im Geiste der *Modernen Universität* den aufklärerischen Duktus an den Tag, der verbotene Antworten verbietet.

Der Unterricht ist somit die empirisch fassbare Ebene der Ausformungen eines Universitätsideals im Sinne Jaspers. Er ist dabei nicht isoliert betrachtbar, der Unterricht lebt von der Forschung und dient auch zur Erziehung. Hier wird Forschung vermittelt, und dies geht nur *learning by doing*. Wer forscht, hat einen Instinkt, ein akademisches Gewissen, das ihm zur Seite steht in diesem Prozess. Dies ist Part der Erziehung. Somit bedingen sich Forschung, Erziehung und Unterricht, keine der drei Aufgaben einer Universität ist vollumfänglich isoliert noch funktional.

4.6 Zweites Resümee

Wie bereits in der Einleitung dieser Untersuchung angekündigt, versteht sich diese Arbeit als fortlaufend aufeinander aufbauende Zuwortmeldung der Wissenschaftstheorie, verhaftet in einem Diskurs, in dem wissenschaftstheoretische Reflexionen bislang allenfalls zur axiomatischen Setzung politikwissenschaftlicher, soziologischer uvm. Analysen in Stellung gebracht wurden. Um dieser Zuwortmeldung folgen zu können, wird sie in einem Verständnis dargelegt, dass einem Baukastensystem ähnelt und das in seiner kombinativen Schlichtheit von Zwischenresümees lebt. So wurde im ersten Resümee insbesondere der Part gerafft, der erkenntnistheoretisch konstituierend für das Prozessuale innerhalb des Universitätsideals steht. An dieser Stelle soll nun eine geraffte Darstellung dessen erfolgen, was zur analytischen Klarsicht an soziologischen Zuschnitten durch die vergangenen Kapitel hindurch erfolgte. Es soll zudem nachgezeichnet werden, inwiefern diese Zuschnitte in Verbindung zur zuvor ausgeführten Erkenntnistheorie stehen. Kurzum: Es wird aufgezeigt, *was* hier *wie* und *wozu* zugeschnitten wurde und wird.

Es ist eine recht eigenwillige und in der hier vorgelegten Striktheit sicherlich auch anspruchsvolle Setzung, in der das Ideal der Universität als ausbuchstabierte Utopie die Institution besetzt, die wiederum im organisationalen Charakter ihre gesellschaftliche Verwirklichung findet. Was soziologisch für einige wie ein Taschenspielertrick wirken mag, birgt jedoch den Vorteil, analytisch die ideellen oder eben gar utopischen Bedingungen des organisational zu Verwirklichenden klar zu verdeutlichen. Die historisch-kritische Betrachtung der Universität zeigt dabei auf, dass das hier thematisierte Konfliktpotenzial schon immer Gegenstand der Diskussion war, wenn die Güte der Umsetzung einer universitären Idee oder einer idealen Universität gegenständlich war.

Der Institutionsbegriff der Universität begründet und entwickelt sich im akademischen Sinne der Antike, der Organisationsbegriff der Universität verrechtet und politisiert die Institution zur Organisation von gesellschaftlichem Rang und Nutzen. Es handelt sich bei der Organisation Universität also um die Realisierung eines Ideals als zuverlässige Funktionseinheit staatlicher Prägung. Hierbei unterliegt der Transformationsprozess von der Institution zur Organisation immer wieder größeren Entwicklungsschüben, die wir gemeinhin unter dem Schlagwort der Reform verhandeln. Hier Maß und Mitte in dem Sinne zu bewahren, dass die Organisation den institutionellen Kern wahrt, muss Ziel einer jeden professionellen Reformation sein. Die Begründung hierfür liefert die wissenschaftstheoretische Grundlegung dieser Analyse, die aufzeigt, dass das Utopische erkenntnistheoretischer Kern des Realen einer Universität ist.

Wer die Innovationskraft neuer Erkenntnisse fordern und fördern will, muss die organisationalen Rahmenbedingungen den institutionellen Anforderungen entsprechend gestalten und sich der damit verbundenen Bürokratie stellen. Anderenfalls verunmöglicht er die Erkenntnis oder aber behindert wenigstens den Erkenntnisprozess. Die Wissenschaftstheorie kann hier nicht wegweisend konstruktiv auftreten, sie kann sich nicht zum Architekten der utopiebewussten Organisation aufspielen. Wohl aber kann sie – wie in der Einleitung unter Verweis auf Paul Feyerabend und Helmut Spinner bereits ausformuliert – Nachbesserungshilfe leisten, Definitionen anspitzen und lahme Beweise mit neuen Krücken versehen. Die Organisationsentwicklung der Universität ist daher kein Hauptwerk der Wissenschaftstheo-

rie, die Wissenschaftstheorie wohl aber ein bedeutender Fußnotenquell der universitären Organisationsentwicklung. Die *Idee der Universität* von Karl Jaspers offeriert eine solche erkenntnistheoretisch wohlbegründete Organisationsbeschreibung, die sich dem Ideal verpflichtet sieht und damit einen idealen praxisorientierten Anschluss liefert.

Die eingehende Lektüre Jaspers erweckt dabei an manchen Stellen einen gar redundanten Eindruck vor dem Hintergrund der wissenschaftstheoretischen Grundlegungen innerhalb dieser Untersuchung. So stellt Jaspers zum Beispiel grundlegend heraus, dass diejenigen Wissenschaftler:innen, die rein auf das Methodische pochen wollen, »im endlos Stofflichen verloren« (Jaspers 1923/1980: 41) scheinen und der eigentliche Erkenntnismoment viel schwieriger zu ergründen und gut verborgen erscheint. Derlei Verweise auf die Gefahr bloßer methodologischer Überhöhungen erkenntnistheoretischer Natur finden sich par excellence auch bei Feyerabend und Spinner, wie in Kapitel *3.3* hinreichend ausgeführt wurde. Um dieses verborgene Konstrukt etwas aufzuhellen und herauszuarbeiten, stellt Jaspers den Fokus auf drei Hauptaufgaben der Universität scharf: 1. Die Forschung; 2. Die Erziehung; 3. Den Unterricht.

Die Ausführungen Jaspers zum Forschungsbegriff bezeugten eine Vielzahl an Überschneidungen zu den früheren Ausführungen zweiten Kapitel dieser Untersuchung. Derartige Redundanzen wurden in der Einleitung bereits angekündigt und werden als Préparation gerne in Kauf genommen, dienen sie einerseits zur bestmöglichen Verständigung über den Begriff im Gesamten und überdies als Bestätigung zur Behauptung dieser Definitionshoheit im Speziellen. Somit tritt in den Ausführungen Jaspers, neben der didaktischen Akribie des für die Leser:innen dieser Untersuchung Redundanten, die schon als dialektisch zu begreifende Verortung der Forschung in der Universität zu Tage. Die Forschung bildet bei Jaspers den Kern der universitären Aufgabenbestimmung. Es ist zudem wesentliches Merkmal der Universität, das Forschen auch zu lehren. Dies geschieht stets in Anwendung, also während des Forschens erschließt sich der Student das Handwerk und bildet den Instinkt, das Bauchgefühl, das Gewissen aus. Forschend lehrt die Dozentur und erzieht dabei zum Universitätsbürger:innentum, zum kritischen Subjekt. Nur wenn aktiv geforscht wird, kann das Forschen auch

erlernt werden. Mit dieser Jasper‘schen Setzung wird eine klare Position bezogen, denkt man beispielsweise an die Debatten um das Promotionsrecht für Fachhochschulen oder an die Diskussionen zur möglichen Etablierung exklusiver Lehrprofessuren oder gar Lehruniversitäten.

Die dreigliedrige Darlegung der Universitätsidee erscheint in hohem Maße anschlussfähig an die wissenschaftstheoretischen Grundlegungen dieser Analyse und auch an den organisationssoziologischen Anschluss, der die wissenschaftstheoretische Grundlegung organisational einzubetten vermag. Das utopisch geprägte Ideal der exklusiv verwobenen Funktionalität der drei Aufgaben der Universität treibt die Organisationsformen sozusagen vor sich her und vermag dadurch Bruchstellen aufzuzeigen, wenn das Organisationale im Transformationsprozess das Institutionelle verblassen lässt. Eben hierin sind dann jene Diskussionen begründet, wie die über die Aktualität der Vorlesung als universitäre Unterrichtsform. Dabei ist das Format an sich keinesfalls grundlegend verkehrt, wenn es den ideellen Ansprüchen genügen kann und als lebhafte Einladung zum Mitdenken und Mitforschen verstanden wird. Dass dies im modularen System, mit klein-klein vorgegebenen curricularen Bedingungen und zumeist zweisemestriger Redundanz schwer bis unmöglich realisierbar ist, erscheint derart offensichtlich, dass die Verschriftlichung dieser Erkenntnis geradezu banal wirkt.

Das Trifolium der universitären Hauptaufgaben im Sinne Jaspers dient der klareren Analyseperspektive. Es ist jedoch mehr als bloßes Ordnungsschema, es ist eine begriffliche Präzisierung der Überlegungen von Popper, Feyerabend und Co., denn es konkretisiert das Ideal in organisationalen Einheiten. Und es bezeugt, dass die Einheit der Universität in der Einzelheit der Aufgaben besteht. Dies wird in der abschließenden Betrachtung nochmals besonders hervorzuheben sein, nämlich dann, wenn – das Trifolium in seiner Pluralität angreifende – Exklusionsgedanken in Form von exzellenten, elitären und thematisch verengten Politiken auf den Plan kommen.

In einem letzten Schritt gilt es nun jedoch noch die organisational ordnende Form der Bürokratie zu analysieren. Denn das in der Institution verankerte Ideal, welches durch die Organisation einen grundlegenden Zuschnitt erfährt, ist im dauerhaften Verfahren bürokratisierender Verwaltung begriffen.

5. Zur Funktionslogik von Verwaltungen

Schnell wird es komplex und kompliziert, wenn man die Soziologie oder Politikwissenschaft mit der dem ersten Anschein nach einfachen Frage nach der Funktionslogik der Bürokratie konfrontiert. Die Antworten sind dann zumeist ausladend und stellen den Fokus auf wenigstens einen Elementarbezug, ausgehend von der Bürokratie, scharf. Diese Elementarbezüge – und die folgende Feststellung lässt bereits erahnen, wie wichtig dieses relativ wenig beachtete Feld der Bürokratieforschung ist – sind dabei allem Anschein nach so bunt und vielfältig wie die Gesellschaft, in der sie (ver)walten. Es ist eben jene Vielfalt, die der Bürokratie eine Aura von Fachidiotie verleiht und zu nicht ganz ernst gemeinten Fragen wie »Wie wird man Eurokrat?« (Wilkens 2017: 15) führt, wobei dieses Wort auf in Brüssel für die EU arbeitende Bürokrat:innen abzielt und das Maß an fachlicher Zuspitzung im Bürokratiebetrieb gut veranschaulicht. Weniger zynisch soll im Folgenden dargelegt werden, wie die Bürokratie entstanden ist, und daran anknüpfend dargestellt werden, wie die Bürokratie als System aufgestellt ist und welche (Un)Freiheiten das System den darin arbeitenden Bürokrat:innen offenbart.

Von größerer Bekanntheit sind Max Webers Untersuchungen zu Bürokratie und Verwaltung als legale Machtausübungstechnik demokratischer und kapitalistischer Gesellschaften (vgl. Webers *Wirtschaft und Gesellschaft: Grundriss der verstehenden Soziologie*, 1972; erstmals erschienen 1920), wie auch Niklas Luhmanns Betrachtungen zur Verwaltungswissenschaft im Anschluss an Weber (vgl. Luhmanns *Grenzen der Verwaltung*, 1963/64 verfasst und 2021 aus dem Nachlass Luhmanns editiert) und zum Büro- und Arbeitsalltag samt Individualverstrickungen in behördlichen Abteilungen (vgl. Luhmanns *Der neue Chef*, erstmals erschienen 1962 in der Fachzeitschrift *Verwaltungsarchiv*) sowie der 2017 auf Deutsch erschienene Abgesang auf eine immer weiter wuchernde Bürokratie von David Graeber (vgl. Grae-

bers *Bürokratie: Die Utopie der Regeln*, 2017). Diese Werke werden an dieser Stelle aus zweierlei Gründen für die Elaboration des bürokratischen Charakters hervorgehoben: Einerseits finden alle drei Autoren häufigen Anklang, durchsucht man aktuelle Aufsätze rund um die Funktion von Bürokratie und Verwaltung. Andererseits zeigen diese Werke auf bemerkenswerte Art die populärsten Zugänge für die Auseinandersetzung mit der Bürokratie auf. Weber als Beobachter einer bürokratischen Grundstruktur, Luhmann als spezialisierter Beobachter des verwaltungswissenschaftlichen Diskurses und eines vermeintlichen Klein-Klein des Verwaltungsalltags und Graeber als Kritiker eines selbstreferenziellen und machtvoll wie zugleich ohnmächtigen Systems.

Dabei ist die Reihenfolge der Denker nicht nur der Chronologie geschuldet, vielmehr verhält es sich so, dass Weber das Ursächliche erkannt und benannt hat – er fungiert sozusagen als Entdecker der Bürokratie. Luhmann konzentrierte sich ein knappes halbes Jahrhundert später auf die Frage, wie denn nun der Bürokratie wissenschaftlich nachgespürt wurde und worin die Problematik im Umgang mit der Bürokratieanalyse liegt. Mit Luhmanns systemischem Blick wird die Verwaltung organisational rückgekoppelt, was im Kapitel 5.5 sowie im dritten Resümee eingehender gewürdigt wird. Graeber wird mit seiner Bürokratiekritik seinem Ruf als *Anarcho-Anthropologe* mehr als gerecht und treibt die Kritik an der Bürokratie kapitalismuskritisch und in diesem Sinne polit-ökonomisch weiter. Er überschreitet dabei auch die anfängliche Skepsis von Weber sowie die lakonisch-zynische Kritik von Luhmann insofern, als dass er tatsächlich in Abrede stellt, was Weber und Luhmann noch als gesetzt betrachten: Die Notwendigkeit der Bürokratie für moderne Gesellschaften. Um einen konkreten Begriff davon zu bekommen, was hier als Notwendigkeit verhandelt wird, wird in Kapitel 5.5 eine Rekonstruktion praktischer Einlassungen von Luhmann und Graeber erfolgen. Es handelt sich dabei um humorigen Skizzen zweier teilnehmender Beobachter.

Im Folgenden soll innerhalb des Kapitels 5.1, sozusagen um die Werke dieser drei Denker herum kreisend, jedoch erst einmal ein Überblick verschafft werden, und damit einhergehend eine historische wie sprachliche Klärung darüber stattfinden, was Bürokratie, Verwaltung und Beamten-

tum teilt und trennt.[85] Im Anschluss folgen die Rekonstruktionen der Weber'schen, Luhmann'schen sowie Graeber'schen Überlegungen zur Funktionslogik der Bürokratie. Im dritten Resümee innerhalb des Kapitels *5.6* werden die Rekonstruktionen eine verschränkte und vergleichende Betrachtung finden.

5.1 Eine kleine Geschichte der Bürokratie

Während Max Weber rein beobachtend die Struktur sowie damit verbundene Folgewirkungen von Bürokratie aufzeigt, konzentriert sich Niklas Luhmann auf das vermeintliche Klein-Klein des Verwaltungsalltags und auf das Verschwimmen von Individuum und Richtlinie. David Graeber übt dann in erster Linie Kritik an der Bürokratie und fokussiert die problematischen Einfalloptionen, die Bürokratien auch für Missbrauchszwecke und Repression anfällig werden lassen. Doch von was ist denn nun genau die Rede, spricht man von Bürokratie? In welcher Tradition ist sie erwachsen und was macht sie aus, diese von Weber, Luhmann und Graeber analysierte Bürokratie?

Tatsächlich bleibt vorweg einmal festzustellen, dass die historische Betrachtung in einem tiefgreifenden Sinne rar gesät ist was die Bürokratie,

85 Sowohl der referenzielle Bezug auf die hier hervorgestellten Autoren wie auch der Rückgriff auf die von diesen drei Autoren bemühten Perspektiven lassen sich in der Fachliteratur der vergangenen Jahrzehnte gut nachspüren. Beispielsweise lässt sich in der Studie *Bürokratische Demokratie, demokratische Bürokratie* von Raoul Kneucker Max Weber als Autor sowie als referenzielle Kategorisierung ausmachen, wenn Kneucker über die Stabilität und administrative Kontinuität referiert, die durch bürokratische Apparate gewährleistet wird (vgl. Kneucker 2019: 24 ff.), während Luhmann auf den Plan tritt, wenn Kneucker die Expertise der Bürokrat:innen in der Eigen- wie Fremdwahrnehmung betrachtet (vgl. Kneucker 2019: 44. ff.), und Graeber sticht hervor, wenn kritische Einwände diskutiert werden, zum Beispiel zur Intransparenz der Entscheidungsfindung oder zur Diskussion vermeintlich notwendiger Deregulierungsmaßnahmen (vgl. Kneucker 2019: 290 ff.). Entgegen kritikreichen Analysen wie der von Graeber kommt Kneucker übrigens – eher im Sinne Webers denn Graebers – zu einer der Notwendigkeit verschriebenen Schlussformel: »Wir leben in Ordnungen und müssen die Gestaltungen der Ordnung lernen« (Kneucker 2019: 291).

ihre Vorläufer und Entstehung anbelangt. Einerseits ist dies wohl darauf zurückzuführen, dass die Bürokratieforschung als Teilgebiet der Soziologie noch einen recht jungen Wissenschaftszweig darstellt. Andererseits ist das Zusammenführen von Beobachtungen und Befunden über bürokratische Strukturen und Funktionsabläufe aufgrund der weltweiten Relevanz bei kultureller Verschiedenartigkeit der Strukturgebung sehr aufwändig (vgl. u. a. Grunow 2009; Strunz 1993; George 1972).

Im ursprünglichen Sinne handelt es sich bei der Bürokratie um *Machtausübung aus dem Büro heraus*. Diese Wortkreation wird dem französischen Ökonomen Vincent de Gournay zugeschrieben, welcher dieses Wort aus dem französischen Wort *bureau* (Arbeitszimmer) und dem Suffix *cratie* (Macht) bildete, um damit die im Absolutismus des 18. Jahrhunderts zunehmende Herrschaftsausübung durch hauptberufliche Beamte zu kritisieren (vgl. Grunow 2009: 353). Damit deutet sich bereits an, dass eine Verschiebung der Machtausübung stattgefunden hat, von einem Punkt X bzw. von einem *Punkt Außerhalb* hinein ins Büro. Dieses Außerhalb zu ergründen, kann derweil nur in Teilen als Aufgabe für Historiker:innen angesehen werden, drängt hier doch schnell die Vermutung in den Vordergrund, dass die geschichtliche Ausformung der Bürokratie aufschlussreich für ein Verständnis bürokratischer Funktionslogik sein könnte.

Wie bereits ausgeführt, sind die historischen Betrachtungen zur Bürokratie nicht gerade in üppiger Form vorhanden. Der Wirtschaftswissenschaftler Herbert Strunz wagte sich in genealogischer Manier als einer der wenigen daran und skizzierte eine Evolutionsgeschichte des Bürokratiebegriffs, beginnend beim Bau der Pyramiden im Ägypten im 3. Jt. v. Chr. *(a)*, über die Organisation der Olympischen Spiele im antiken Griechenland im 8. Jh. v. Chr. *(b)*, die Organisation des Römischen Reiches im 1 Jh. v. Chr. *(c)*, die Organisation der römisch-katholischen Kirche ab dem 2. Jt. *(d)*, die staatliche Verwaltung durch den Adel im 15. und 16. Jh. *(e)*, die Militärverwaltung in Preußen im 17. und 18. Jh. *(f)* und schließlich das Industriemanagement ab dem 18. Jh. *(g)*, welches überging in die uns bekannte Bürokratie (vgl. Strunz 1993: 40). Dieser Genealogie soll im Folgenden ausführlicher nachgegangen werden.

Anhand des Pyramidenbaus in Ägypten *(a)* gelingt es Strunz, eine Vielzahl kategorischer Aussagen über die Organisationsaufwendung herauszuarbeiten. Für den Kontext dieser Untersuchung sollen dabei insbesondere zwei Feststellungen hervorgehoben werden: Zum einen stellt Strunz fest, dass der Aufbau der Bauorganisation (welche nach heutigem Vokabular vom Rechnungswesen bis zum Personalmanagement alles umfasste) vor allem deshalb vorangetrieben werden konnte, da Frieden herrschte und damit einerseits die souveräne Ruhe und Bedachtheit gegeben war und andererseits das Volk auch in größerem Stile abkommandierbar und durch das Militär im Arbeitsprozess überwachbar war. Zum anderen führt Strunz aus, dass die Organisation des Pyramidenbaus hierarchisch in einem vierstufigen Top-Down-System (Erste Kategorie: Architekten, Spezialisten für Vermessung, Schreiber; Zweite Kategorie: Arbeiter an der Baustelle; Dritte Kategorie: Arbeiter in den Steinbrüchen; Vierte Kategorie: Transportarbeiter) strukturiert war und das zwischen diesen Instanzen und vor allem innerhalb der Führungsebene bereits Akten mit schriftlichen Verfahrenshinweisen hinterlegt wurden (vgl. Strunz 1993: 16 f.).

Der Blick auf die Olympischen Spiele im antiken Griechenland *(b)* gibt Einblick in eine Form der Bürokratie, die wir heute als internationales Organisationsmanagement bezeichnen und deren Ursprünge man kaum im 8. Jh. v. Chr. vermuten würde. Über 300 Olympische Spiele verantwortete das Organisationskommitee im Vier-Jahres-Takt bis zum Verbot durch den römischen Kaiser Theodosius im Jahr 394 n. Chr. Neben der Vor-Ort-Planung galt es, eine anspruchsvolle Mischfinanzierung zu koordinieren – bestehend aus einem ägyptischen Herrscher-Fond, einem Spenden-Fond für fremde Herrscher:innen und den Tageseinnahmen durch wohlhabende Besucher:innen – sowie internationale Waffenruhen für die Zeit der Spiele zu vermitteln, um so den Athleten wie Zuschauer:innen sicheres Geleit zu den Spielen garantieren zu können. Zudem musste der olympische Alltag koordiniert werden, angefangen bei der Anmeldung und Unterbringung der Athleten, der Bestellung qualifizierter Kampfrichter, der Verpflegung aller, der Organisation der Siegerehrungen, der Unterhaltungsformate im Rahmenprogramm usf. 1.500 Jahre nach den letzten antiken Olympischen Spielen initiierte Pierre de Coubertin 1894 die Erneuerung der Olympischen

Spiele, woraufhin das *Internationale Olympische Komitee* (IOC) gegründet wurde. 1896 fanden – beginnend in Athen – die Olympischen Spiele der Neuzeit so ihren Beginn und binden heute Nationen im dreistelligen Bereich, Millionen Zuschauer vor Ort und Milliarden Zuschauer vor den TV-Geräten mit ein (vgl. Strunz 1993: 19).

Das römische Reich *(c)* war um das 1. Jh. v. Chr. ein weitreichend expandierendes Staatsgebilde in einem bis dahin unbekannten Ausmaß, welches insbesondere durch eine starke Hierarchisierung der Bevölkerung auffiel. So gab es sowohl vollberechtigte und freie Bürger:innen, wie auch halbfreie Bürgerstände und rechtlose Sklav:innen. Ohne explizite Bürgerrechte, jedoch mit dem Status des Bundesgenoss:innen versehen, lebten die Bürger:innen unterworfener Gebiete innerhalb des römischen Reiches. Die Bundesgenoss:innen verfügten über eine eigene Verwaltung und Gerichtbarkeit, unterhielten zudem ein eigenes Heer, welches im Verbund mit dem römischen Heer agierte. Die Republik war zu jener Zeit in einem System der Gewaltenteilung zwischen dem Volk als machtgebendem Souverän, dem Senat und den Magistraten strukturiert. Machtausübend fungierten vom Volk legitimierte König:innen und hohe Beamt:innen, deren Beschlussvorlagen dem Senat zur Bestätigung offeriert werden mussten. Die Beamt:innen wurden vom Senat in verschiedene Positionen entsandt, bestellten Kulturangebote des Reichs, koordinierten die Finanzverwaltung des Reichsaufkommens, übernahmen die Verordnungen eroberter Gebiete und Kolonien usf. Der Beamt:innenapparat war das Produkt multinationaler Verbindungen und unterlag einer weit entfachten Kontrolle nach dem Checks and Balances-Prinzip (vgl. Strunz 1993: 20).

Die Soziologin Renate Mayntz führte die christlichen Kirchen *(d)* als wahrscheinlich stabilstes bürokratisches Ordnungssystem an (vgl. Mayntz 1968: 10), aus demselben Grund unterzieht auch Strunz die Organisationskultur des Vatikans einer eingehenderen Analyse. Die Kirche zeichnete sich insbesondere durch geistliche wie weltliche Autorität aus, wodurch sie insbesondere Hoheit über Einrichtungen der Bildung, Kultur, Kunst und des Karitativen erlangte. Ähnlich dem Römischen Reich agierte auch die Kirche international, jedoch nicht (nur) auf militärisch-expansive Art wie bereits ausgeführt, sondern subtiler und quasi-diplomatisch. Man unterschied or-

ganisationsintern in *Hirten-* und *Weihegewalt*, wobei die Hirtengewalt weltlicher Organisation im Sinne von Gesetzgebung, Rechtsprechung und Verwaltung zugeschrieben war, während die Weihegewalt dem sakralen Dienst verschrieben war. In Kombination erzeugten sie im politischen Raum zunehmend ein Geflecht, welches die eigene Doktrin in Staatengemeinschaften einpflegte. Über Schulen ist diese politische Einflussnahme offensichtlich, über Förderung und Sichtbarmachung der eigenen Doktrin zustimmender Kunst zeigt sich die Einflussnahme etwas subtiler – die Funktionslogik ist derweil gleichermaßen bestellt. Ausgehend vom Papst, entwickelt sich eine pyramidenartige Stellvertreterstruktur im Top-Down-Verfahren, beginnend bei den Kurienkardinälen, die den Papst im Notfall vertreten und fortwährend beratend begleiten. Die Kurie als Gremium wurde 1588 durch Papst Sixtus V. erschaffen, sie untergliedert sich in Kongregationen, Ämter, Räte, Kommissionen und Gerichtshöfe.

Der Kurie obliegt es auch, Gesandte zur Beobachtung und Regelung kirchlicher Verhältnisse in fremde Staaten zu entsenden, welche dort dann den Diplomatenstatus genießen. Diese Diplomaten werden in unregelmäßigen Abständen wiederum von Visitatoren aufgesucht, die ebenfalls von der Kurie entsandt werden und nach den Visitationen in Rom Bericht erstatten. Sie sind maßgeblich für die personalpolitischen Einflussnahmen aus Rom. Aber auch kleinmaschiger installierte Papst Sixtus V. Kontrollmechanismen in seinem Verwaltungsapparat, indem er ein sehr pedantisches Berichtswesen etablierte. So müssen beispielsweise ausnahmslos alle Bischöfe im 5-Jahres-Turnus einen umfassenden Rechenschaftsbericht über die verwaltete Diözese verfassen. Die Verwaltungseinheiten sind unterteilt in Diözesen, Dekanate und Pfarreien. Eine Diözese steht unter der Führung eines vom Papst ernannten Bischofs, welcher das alleinige Recht zur Gesetzgebung, Rechtsprechung und Verwaltung innehat. Das Dekanat umfasst einen Teil einer Diözese, welcher mehrere Pfarreien beherbergt und unter Führung eines Dekans oder Dechants steht. Pfarreien wiederum sind Teile der Diözesen, die unter Leitung eines Pfarrers eigene Kirchen(Gebäude) und einen festen Part zugeordneter Bevölkerung/Gläubiger umfassen. Es zeigt sich bereits hier eine strukturierte Verschränkung von Hirten- und Weihegewalt, wobei eine exklusive Zuschreibung zu nur einem Gewaltenpol schwer mög-

lich erscheint (vgl. Rossi 2005: 30 ff.). Zu dieser bis hierhin vorgestellten Organisation in Verwaltungs- wie Personaleinheiten gesellen sich Parallelstrukturen, die mit dieser zentralen Organisation ebenfalls Verflechtungspunkte knüpfen. Beispielsweise im Falle der Klöster, welche wirtschaftlich eigenständig agieren und in einigen Fällen auch nur der direkten päpstlichen Weisung unterliegen, im Regelfall aber bereits im Diözesenkonstrukt mit eingedacht sind. Ein weiterer wichtiger Zweig wird durch die Bildungsinstitutionen dargestellt, welche sich oftmals im staatlichen Regelbetrieb zwischenschalten (in Deutschland beispielsweise durch den Religionsunterricht an Schulen oder das Studium der Katholischen Theologie an Universitäten) oder parallel und dabei gleichberechtigt zum staatlichen Regelbetrieb agieren (beispielsweise durch Klosterschulen, kirchliche Hochschulen etc.) und damit bildungszentriert auf die Gesellschaft einwirken (vgl. Strunz 1993: 24).

Der Übergang vom Mittelalter zur Neuzeit im 15. und 16. Jh. *(e)* ist stark gekennzeichnet von einer immer größer werdenden Macht durch Kapital bzw. Macht des Kapitals:

> »In Staatsführung und Heeresverwaltung läßt sich die Entstehung von Praktiken des Managements feststellen. Besonders die Erfolge der Wirtschaft, die diese Zeit mit sich brachte […], führten zur Kumulierung von Macht und Reichtum in verschiedenen adeligen Familien. Diese Familien beeinflußten die Politik der Städte, die überwiegend Handelspolitik war, in oligarchischer Weise außerordentlich.« (Strunz 1993: 25)

Diese Zeit sieht Strunz insbesondere in Niccolò Machiavellis 1513 verfasstem, 1532 mit päpstlicher Genehmigung erschienenem und 1557 durch die Kirche verbotenem Werk *Il Principe* (zu dt. *Der Fürst*) analysiert. Was Machiavellis Analyse ausmacht, dürfte derweil wohl darin begründet sein, dass hier kein normatives, sondern vielmehr ein deskriptives Werk der politischen Philosophie verfasst wurde, in dem er u. a. festhielt, dass das unbedingte Handeln im Sinne einer Einflussnahme unter allen Umständen die Herrschaftshäuser seiner Zeit prägte. Vorrangig trat die Macht in Gestalt der Republik und Monarchie in Erscheinung, neue Machthaber traten durch Vererbung oder Eroberung auf den Plan. In Folge dieser politischen Zeiterscheinungen

entstanden gemischte Reiche, in denen Eroberer und Eroberte, Verbündete und Feinde zusammenlebten. Die zu beherrschenden Gebiete wurden in ihrer inneren Verfasstheit gegenüber den Herrschenden immer schwerer auszurechnen, weshalb Machiavelli feststellt, dass die Verwaltungen der beherrschten Gebiete zunehmend als Schlüsselrolle einer gelungenen Machtdemonstration angesehen werden müssen. Die Verwaltungen eroberter Gebiete haben nach Machiavelli insbesondere zwei Hauptaufgaben: Sie müssen zum einen die Steuerabgaben in einem Maße regulieren, in dem die Organisation des Staates (Verwaltung, Heer, Hof etc.) gewährleistet werden kann bei gleichzeitigem Wohlhaben der eroberten Bevölkerung. Die eroberte Bevölkerung wohlhabend zu halten, ist dabei eine Grundvoraussetzung für die Akzeptanz der Eroberer innerhalb eroberter Gebiete. Zum anderen ist die Verwaltung die Botschaft des Herrscherhauses und als solche auch für die Prestigepflege zuständig (vgl. Strunz 1993: 26).

Neben dieser staatspolitischen Merkmalsbeschreibung des Verwaltungswesens im 15. und 16. Jahrhundert ist es vor allem die Wirtschaftspolitik, welche die Neuausrichtungen der Verwaltungen erfordert. Der Merkantilismus ist die richtungsweisende Wirtschaftsphilosophie dieser Zeit, vereinfacht pointiert somit die Idee, den eigenen Haushalt durch maximalen Export bei gleichzeitig stark eingeschränktem Import aufzubessern. Im Zuge dieser nach außen gerichteten staatlichen Wirtschaftsstrategie kommen Monopolisierungstendenzen, Steuerbeeinflussungen und damit verbundene explizite bilaterale Handelsabkommen zum Tragen, die die alten Verwaltungsstrukturen vor neue Herausforderungen stellen (vgl. Strunz 1993: 28).

Aber auch die nicht explizit staatlichen Wirtschaftsunternehmen bilden zu dieser Zeit eigene, komplexe Verwaltungsstrukturen aus:

> »Der Aufstieg verschiedener europäischer Städte zu Bankplätzen und Zentren des Kapitalumschlags sowie der Verwaltung von Vermögen gehört zu den Charakteristika dieser Zeit. […] Durch Verwaltung des Vermögens europäischer Fürstenhäuser und durch die Gewährung von Darlehen an weltliche und geistliche Herrscher kam es in diesem Bereich zu einem enormen Zuwachs an Macht. […] Die großen Häuser dieser Zeit, etwa die Medici in Florenz und die Fugger und Welser in Augsburg, waren

> Mittelpunkt weitreichender Handelsbeziehungen. Diese, aber auch andere Handelshäuser hatten Niederlassungen in wichtigen europäischen Metropolen und in den großen Städten des Heimatlandes. Durch ihre Tätigkeit wurde letztlich ein sehr positiver Einfluß auf die Entwicklung von leistungsfähigen Techniken im Nachrichtenwesen, in Lagerhaltung, Transport und bei der Durchführung finanzieller Operationen sowie im Rechnungswesen ausgeübt. So wurden als Instrumente des Finanz- und Rechnungswesens sowie der allgemeinen Verwaltung von Unternehmen neben Wechseln Rechnungsbücher, Systeme doppelter Buchhaltung und Archive zur Aufbewahrung von Korrespondenz und Verträgen ebenso verwendet wie auch Kalkulationen von Preisen durchgeführt.« (ebd.)

Dieser rasante Aufstieg einer Kapitalmacht fußte auf durchdachten Verwaltungsstrukturen, zu den staatlichen Geschicken – die Machiavelli Anfang des 16. Jahrhunderts brillant analysierte – kam Ende des 16. und vor allem im 17. Jahrhundert eine immer größere Einflussnahme des Handelskapitals hinzu. Bankenhäuser wurden nun zu politischen Akteuren, agierten international und führten ein Verwaltungswesen ein, welches dem heute geläufigen Managementbegriff nicht wesentlich nachsteht (vgl. Strunz 1993: 30).

Die Militärverwaltung Preußens im 17. und 18. Jahrhundert *(f)* dient in der Darstellung von Strunz federführend der Herleitung dienstlicher Gehörigkeit. Dabei legt Strunz dar, dass dieser Exkurs ins Preußen des 17. und 18. Jahrhunderts mit Blick auf die Auswirkung amtlicher Gehörigkeit nicht exklusiv dienlich ist, da diese Einflussnahme global betrachtet eher als rein militärisch kategorisiert werden müsste: »Als Organisationsprinzipien des Militärs entwickelten sich aus den Besonderheiten militärischen Einsatzes die Grundprinzipien Befehl und Gehorsam, Auftragserteilung und Auftragsausführung sowie die Meldepflicht« (Strunz 1993: 33). Die Geschichte Preußens verdeutlicht nun jedoch gut, wie diese militärischen Organisationsprinzipien funktionieren und wie sie über das Militär hinauswirkten. Letzteres ist in plakativster Form an der Einführung einer allgemeinen Wehrpflicht im Jahr 1814 festzumachen, die das breite Volk für eine bestimmte Zeit und in jungen Jahren dem staatlichen Heer zuführte. Dies brachte mehrere Vorteile mit sich. Zum einen militärische, da feststehende Heere in Ergänzung um

Wehrpflichtige offenbar erfolgreicher kämpften als althergebrachte Söldnerarmeen. Zum anderen aber auch staatliche, da das Heer nun zum Teil der Gesellschaft wurde, was wiederum die Identifikation der Bürger:innen mit dem Militär begünstigte. Dieses gesteigerte Heeresaufkommen zog auch einen gesteigerten Verwaltungsaufwand nach sich:

> »Auf dem Gebiet der Behördenorganisation erfolgte die Einrichtung einer Militärbehörde mit umfassenden Kompetenzen. Ihre Aufgaben lagen nicht nur in der Heeresverwaltung im eigentlichen Sinn, wie z.B. Kontrolle der Heeresfinanzen und Beschaffungswesen; diese Behörde hatte auch die Leitung und Aufsicht der heeresbezogenen Steuerangelegenheiten wahrzunehmen. Dadurch erweiterten sich die Befugnisse dieser Stelle der Heeresverwaltung allmählich in Richtung allgemeine Verwaltung. Aufgrund der großen Bedeutung der Finanzen für das Heerwesen wurde in der Folge eine zentrale Behörde für das Finanz- und Rechnungswesen des Heeres gegründet. Diese Stelle wickelte die gesamte Ausgaben- und Einnahmenverwaltung, die Verrechnung mit nachgeordneten Kassen, die Kassen- und Rechnungsführung mit Voranschlägen und Rechnungsprüfungen ab.« (Strunz 1993: 34/35)

Strunz führt nun weiter auf, wie das Militär Preußens sich immer weiter entwickelte, professionalisierte, vergrößerte und sich dabei stets um Effizienz bemühte. Ein zunehmendes Hineinwirken in zivilgesellschaftliche Bereiche war eine unvermeidliche Konsequenz aufgrund der puren Größe des Militärapparates Preußens sowie aufgrund seiner Struktur. So zwang die Wehrpflicht – und insbesondere die unwilligen Wehrpflichtigen – die Heeresorganisation geradezu dazu, auch zivilgesellschaftlich zu agieren und bürokratisch zu werben, aber eben auch zu sanktionieren. Diese Auffassung von Pflicht und Ordnung, von Gehor- wie Gelehrsamkeit als oberste Tugenden reichten vom Militär ausgehend weit in die Gesellschaft hinein und prägten den Ruf preußischer Tugenden weit über das Bestehen Preußens hinaus (vgl. Strunz 1993: 36).

Ab dem 18. Jahrhundert *(g)* dominiert nun die Industrie den gesellschaftlichen Alltag der breiten Bevölkerung. Immer größer werdende Fabriken,

stetig komplexer ausgehandelte Fabrikverbünde, Arbeitsteilung und Heimarbeit – die Herausforderungen verwaltungstechnischer Arbeit verändern sich zwar binnen weniger Jahrzehnte elementar, doch das Ziel der bloßen Effizienzsteigerung bleibt dabei gleich. Frederick Winslow Taylor war es, der Anfang des 20. Jahrhunderts eine Studie vorlegt, die das *Scientific Management* begründet und nun darin Zeit- und Arbeitsaufkommen Dritter zum Gegenstand alltäglicher Verwaltungsprozesse werden lässt. Der Effizienzbegriff folgt nun der Prämisse, »Kräfteeinsatz zu minimieren, tote Zeiten zu eliminieren und Richtwerte für zumutbare Leistungen zu erstellen« (Strunz 1993: 38).

Es zeigen sich zum Ende der kurzen Bürokratiegeschichte nach Strunz somit einige Punkte, die im Laufe der Jahrtausende einen Wandel durchlebten, und andere, die eine heute noch gängige Praxis darstellen. Die militärische Überwachung der Arbeiter:innen während des Pyramidenbaus ist sicherlich in der Historie aufgegangen und im eigentlichen Bürokratiebegriff so nicht mehr veranschlagbar.[86] Das Militante könnte aber wohl in einem Übergang von der alt-ägyptischen Kontrollinstanz zu einem Aufgehen im Gegenstand der Bürokratie diskutiert werden, zum Beispiel mit Blick auf Ordnungs- und Vollzugsbeamt:innen.

Die Hierarchisierung der Organisation sowie die Aktenablage der Ägypter sind derweil auch klar im modernen Bürokatiebegriff – wenngleich natürlich in viel komplexerer Ausführung – auffindbar. Sie bilden die Grundlage für eine geordnete Verständigung – auch über Grenzen und diverse Interessengruppen hinweg – wie es auch bereits im Zuge der Organisation antiker Olympischer Spiele beobachtbar war. Die technischen (Kommunikations)Mittel dieser Epoche bedenkend, erscheint diese Leistung heute au-

86 Wobei hier die Engführung dessen, was unter militärischer Überwachung verstanden wird, sowie die an die Bürokratie angeknüpften Herrschaftsformen von entscheidender Bedeutung sind. So kann zum Beispiel ein Blick auf das Regime des heutigen Nordkoreas ein Bild von Bürokratie in Verbindung mit militärischer Überwachung im herkömmlichen Sinne problemlos untermauern. Auch könnte man an dieser Stelle den Begriff der militärischen Überwachung aufweichen und in Konfrontation zu staatlichen Sanktionen bringen, wie sie etwa im Zuge bundesdeutscher Arbeitslosenhilfe alltäglich in Erscheinung treten. Letzteres wäre dann im Kontrast zur Bürokratie als Ablösung einer solchen militärischen Überwachung zu diskutieren.

ßerordentlich bemerkenswert und es lässt sich erahnen, welch bürokratische Hilfestellung disruptive (Telekommunikations)Innovationen wie beispielsweise FAX-Geräte, E-Mail, VoIP-Technologie usf. aus verwaltungstechnischer Sicht darstellten.

Die Struktur bürokratischer Organisation im Römischen Reich zeigt klare Parallelen zur heutigen inneren wie äußeren Kontrollfunktion verwaltender Bürokratie. So kontrollieren sich verschiedene bürokratische Einheiten sowohl inhaltlich wie formal gegenseitig, wodurch jedwede Wucherung vermieden werden soll, gleichzeitig aber auch der Personalbedarf ansteigt. Diese innere Kontrollfunktion findet sich auch im Organisationsaufbau der katholischen Kirche, neu erscheint im Falle der Kirche jedoch die klare Politisierung durch Bürokratie. Hier wird nun die Machtausübung durch Verwaltung erstmalig über das rein Organisatorische und oft rein Behelfsmäßige hinaus deutlich.[87]

Die Epoche des Übergangs vom Mittelalter in die Neuzeit entfaltete den Verwaltungsgedanken über die Grenzen hinweg – genauer gesagt hinweg über Landesgrenzen und hinweg über die Grenzen einer Staatsverwaltung. Es sind nun internationale Handelsbeziehungen, politische Interessensverflechtungen zwischen der Wirtschaft und verschiedenen Königshäusern, die Verwaltungen im Staatsdienst weitaus komplexer und professioneller werden lassen. Und auch Banken, Handelsgesellschaften u. ä. agieren nun mit ausgedehnten Verwaltungsstrukturen, dabei gleichsam den Motiven einer

---

87 Der bereits erwähnte Hinweis der Soziologin Mayntz bezüglich der Stabilität kirchlicher Verwaltungsarbeit erschließt sich insbesondere dann, wenn man die zwar vorhandenen doch mit Blick auf die tatsächliche Organisationsrelevanz vernachlässigbaren Reformen im Laufe der vergangenen Jahrhunderte betrachtet (vgl. Mayntz 1968: 10). Der Professor für europäische Geschichte und Kirchengeschichte Fabrizio Rossi verdeutlicht dies ganz gut, wenn er bspw. die Staatengewalt seziert und beleuchtet, wie der Vatikanstaat nicht nur als Diplomat moralischer Maßsetzung international wirkmächtig und wirtschaftlich agiert, sondern auch national währungspolitisch durchaus taktierend die historisch erworbenen Sonderstellungen zu nutzen weiß. Dabei zeigt Rossi auch einen Widerspruch bürokratischer Logik auf, der im Fortlauf auch an anderer Stelle dieser Untersuchung thematisiert werden wird: Je kontrollierter und effizienter eine Verwaltung in Erscheinung tritt, desto höher wird (mitunter auch) der Personalbedarf (vgl. Rossi 2005: 77).

gekonnten Einflussnahme vor Ort durch Vertreter:innenschaft sowie einer Kontrolle dieser Vertrer:innenschaft.

Derlei Konglomerate waren zur Zeit Machiavellis neuartig, sie haben sich erfolgreich verstetigt und erscheinen heute etabliert, gar selbstverständlich. In Preußen formierte sich im 19. Jahrhundert ein Militärstaat, der eine äußerst große und zugleich effiziente und autoritäre Heeresverwaltung mit sich brachte. Dieser Verwaltungsapparat schrieb sich – nicht zuletzt durch die eingeführte Wehrpflicht – in die zivile Tugendschaft der Bürger:innen Preußens ein und prägte die Vorstellungen über Land und Leute weit über die Grenzen des Freistaates hinaus. Derlei Praxen finden sich sicherlich auch heute noch, wenngleich die Wehrpflicht heute kein Thema mehr ist. Andere staatlich initiierte und koordinierte Pflichten wirken jedoch ebenfalls erzieherisch, am offensichtlichsten wohl im Falle der Schulpflicht. Spätestens mit dem Verwaltungswesen der Industrialisierung ist das Management im heutigen wirtschaftlichen Sinne sichtbar. Hier werden nun keine Persönlichkeiten mehr verwaltet, vielmehr wird Arbeitskraft und Arbeitszeit koordiniert und das Subjektiv-Menschliche verdrängt. Diese historische Zäsur ist grundlegend für das Entmenschlichte der Verwaltung, was beispielsweise Niklas Luhmann ausmacht, wenn er schreibt, dass der Alltag der Beamten so gut strukturiert wird, damit sie »Gefühle […] für sich behalten« (Luhmann 2016: 7).

Dieser historischer Abriss führt das Prozessuale des Bürokratischen vor Augen und lässt erahnen, wie menschliche Faktoren einem ökonomischen Effizienzgedanken zum Opfer gefallen sind. Die weiteren Perspektiven werden dieser Ahnung weiter folgen – von Max Weber über Niklas Luhman zu David Graeber. Dabei wird Weber die grundlegenden Beobachtungen zur Bürokratie beisteuern, während Luhmann hier federführend als Manöverkritik der auf Weber folgenden Verwaltungswissenschaften bemüht wird. Graeber bildet dann wiederum eine Kritik an der Verwaltung an sich aus und versucht den anarchistischen Perspektivwechsel mit Blick auf eine bürokratische Notwendigkeit im Sinne Webers.

5.2 Max Weber: Bürokratie als Herrschaftsform

Die Bedeutung Max Webers Überlegungen für die Bürokratieforschung sind gleichsam unbenommen wie für die Soziologie im Gesamten. So war und ist es zumeist Weber, der grundlegend für eingehendere bürokratiebezogene Analysen herangezogen wird. Dies ist bereits in der US-Organisationssoziologie der ersten Stunden beobachtbar (vgl. u. a. Gouldner 1954; Selznick 1943; Merton 1940) und erscheint bis heute in hohem Maße bewährt wie belastbar (vgl. u. a. Luhmann 2018; Strunz 1993; Mayntz 1968); aus gutem Grund, wie im Fortlauf dieser Ausführung klar werden wird.

Als Weber sich zu Beginn des 20. Jahrhunderts der Bürokratie zuwandte, war diese in einem steten Expansionsverfahren begriffen – vorangegangen wurde hierfür in dieser Analyse u. a. die Geschichte Preußens betrachtet. Es war die Bürokratie, die Weber als dominierende Form der Herrschaft in und über Wirtschaft und Verwaltung ausmachte, dieser Gedanke war Teil seines Hauptwerkes *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie* (vgl. Weber 1921/1972) und damit auch wesentlicher Bestandteil einer neuen wissenschaftlichen Sichtweise auf gesellschaftliche Funktion und Wirkung im Allgemeinen. Weber beobachtete die Gesellschaften seiner Zeit strukturell, machte die Bürokratie als wesentliche Gestaltungsform legaler Macht aus und bezeichnete sie deshalb auch als *Idealtypus*.

Die Ideal-Zuschreibung war demnach keine positiv bestimmte, die als eine Quasi-Anleitung guter Bürokratie zu verstehen ist. Vielmehr zielt Webers Bürokratiemodell auf ein Ideal der Bürokratie im Zeichen legaler und rationaler Herrschaft. Weber macht nun Merkmale dieser Bürokratie aus, die in (unbestimmter) Summe für die Bürokratie wesentlich erscheinen. Darunter sind u. a. die unmissverständlichen Regelungen mit Blick auf Kompetenz und Hierarchie zu fassen. So beschreibt Weber den Vorgesetzten als »typisch legalen Herr [,der; Anm. SR] anordnet und mithin befiehlt, seinerseits der unpersönlichen Ordnung gehorcht, an welcher er seine Anordnungen orientiert« (Weber 1921/1972: 125) und merkt darüber hinaus an, dass dies auch »für denjenigen legalen Herrn [gilt], der nicht »Beamter« ist, z. B. einen gewählten Staatspräsidenten« (ebd.).

Die Regelstruktur ist durch Befehlsgewalt und Gehorsamspflicht, durch damit verbundene systemimmanente Kontroll-, Zwangs- und Sanktionsmechanismen geprägt. Hierfür ist auch die permanente und unumstößliche Gebundenheit des schriftlichen Verwaltungsvorgangs maßgebend, welche Weber auch als »Prinzip der Aktenmäßigkeit der Verwaltung, auch da, wo mündliche Erörterung tatsächlich Regel oder geradezu Vorschrift« (Weber 1921/1972: 126) sind, markiert und weiterhin feststellt: »[M]indestens die Vorerörterungen und Anträge und die abschließenden Entscheidungen, Verfügungen und Anordnungen aller Art sind schriftlich fixiert. Akten und kontinuierlicher Betrieb durch Beamte zusammen ergeben: das Bureau« (ebd.). Die Belobigung getaner Arbeit nach Vorschrift ist ebenfalls systematisch angelegt, der behördliche Aufstieg bei guter Eignung ein Recht. In diesem Sinne sind auch die Amtsverschwiegenheit als Pflicht und eine der Korruption wehrhafte Vergütung samt Pension zu nennen (vgl. Weber 1921/1972: 127 ff.).

Weber geht nach der merkmalsgeleiteten Beschreibung in eine Einordnung historischer wie gegenwartssoziologischer Natur über. Dies wird folgend recht ausladend zitiert, im Stile eines Breviers durch kurze Verweise und Einordnungen unterteilt, um so spätere Rückverweise auf Webers Betrachtungen innerhalb dieser Arbeit ohne Umschweife zu ermöglichen. Außerdem ist die Auslegung Webers Bürokratiemodells eine emotionale Streitfrage innerhalb der Organisationssoziologie, die sich immer wieder an der Frage der Gewichtung und Interpretation eines Idealtypus zu entfachen scheint und dabei uneins ist, ob Webers Merkmale des Idealtypus der Bürokratie einen Weg zur maximal effektiven Verwaltung oder eine bloße schematische Beobachtung effektiver Verwaltungen darstellt (vgl. dazu u. a. Meier & Schimank 2020; Thom & Ritz 2008; Tyrell 1981; Mayntz 1971). Dieser Konflikt soll innerhalb dieser Untersuchung weder weiter aufgetan noch geringschätzend abgetan werden. Gegenteilig bleibt viel mehr zu attestieren, dass die verschiedenen Lesarten, die um Weber'sche Bürokratiedeutung ringen, für sich genommen wohl plausible Annahmen an und Interpretationen von Weber formulieren.

Es erscheint also aus zwei Gesichtspunkten heraus von außerordentlicher Bedeutung, Weber innerhalb dieser Untersuchung möglichst umfäng-

lich im Originallaut anzuführen: Zum einen ist es der originäre Status, den Weber mit seinen Beobachtungen behaupten kann und davon abgehend der unbestreitbar große Einfluss auf zeitlich auf ihn folgende Arbeiten zur Bürokratie. Zum anderen ist es der recht ausgeprägte Auslegungszwist rund um die bürokratische Weber-Lektüre, der ein möglichst nah am Original abarbeitendes Argumentieren für die analytischste Variante hält.

> »Die rein bureaukratische, also […] aktenmäßige Verwaltung ist nach allen Erfahrungen die an Präzision, Stetigkeit, Disziplin, Straffheit und Verläßlichkeit, also: Berechenbarkeit für den Herren wie für die Interessenten, Intensität und Extensität der Leistung, formal universeller Anwendbarkeit auf alle Aufgaben, rein technisch zum Höchstmaß der Leistung vervollkommenbare, in all diesen Bedeutungen: formal rationalste, Form der Herrschaftsausübung.« (Weber 1921/1972: 128)

Dieser Auszug wird häufig bemüht, um Webers Überlegungen zum Bürokratiemodell bzw. seine Einschätzung zur Wirkung der Bürokratie darzustellen (u. a. bei Meier & Schimank 2020: 421; Hill 1997: 21; Seibel 1976: 343). In einem ersten Schritt lässt sich hier festhalten, dass Weber offenbar ein Potenzial der Superlative beobachtet und beschrieben hat. Er hebt mit seinem Wortlaut – auch fern dieser Stelle, die jedoch als eine Art Einleitung der Weber'schen Einordnung betitelt werden kann – eine Brisanz des Themas hervor, dabei fokussiert auf a) das Leistungsvermögen der bürokratischen Technik und b) auf die Rationalität als bestimmendes Maß des Leistungsvermögens. In einem zweiten Schritt kann man die Technik-Vokabel hervorheben, diese wird im Fortlauf Webers Ausführungen noch zum *Apparat* oder zur *Maschine* werden und zeigt an, dass durchaus ein konstruierbares Optimierungsmoment mit Blick auf die bürokratische Leistungsfähigkeit vorhanden sein könnte.

> »Die Entwicklung »moderner« Verbandsformen auf allen Gebieten (Staat, Kirche, Heer, Partei, Wirtschaftsbetrieb, Interessentenverband, Verein, Stiftung und was immer es sei) ist schlechthin identisch mit Entwicklung und stetiger Zunahme der bureaukratischen Verwaltung: ihre Entstehung

> ist z. B. die Keimzelle des modernen okzidentalen Staats. […] Der Bedarf nach stetiger, straffer, intensiver und kalkulierbarer Verwaltung, wie ihn der Kapitalismus – nicht: nur er, aber allerdings und unleugbar: er vor allem – historisch geschaffen hat (er kann ohne sie nicht bestehen) und jeder rationale Sozialismus einfach übernehmen müßte und steigern würde, bedingt diese Schicksalhaftigkeit der Bureaukratie als des Kerns jeder Massenverwaltung. Nur der (politische, hierokratische, vereinliche, wirtschaftliche) Kleinbetrieb könnte ihrer weitgehend entraten. Wie der Kapitalismus in seinem heutigen Entwicklungsstadium die Bureaukratie fordert – obwohl er und sie aus verschiedenen geschichtlichen Wurzeln gewachsen sind –, so ist er auch die rationalste, weil fiskalisch die nötigen Geldmittel zur Verfügung stellende, wirtschaftliche Grundlage, auf der er in rationalster Form bestehen kann.« (Weber 1921/1972: 128/129)

Hier wird nochmals deutlich, dass Weber im Begriff einer Gesellschafts- und weniger im Begriff einer Bürokratieanalyse verhaftet ist. Er beobachtet ein effizientes Gestaltungsmoment – die Bürokratie – und findet diese auch im Staat, wo er sie legalen Herrschaftsansprüchen zuordnen kann. Die Feststellung, dass die Bürokratie sowohl omnipräsent auftritt als auch gesellschaftssteuernd, stellt hier einen wichtigen Punkt dar. Sie ist Keimzelle des okzidentalen Staates mit all seinen Ausstaffierungen, eben auch der ökonomischen. Mehr noch: Der Effizienzbegriff ist ein ökonomischer und die Bürokratie ist diesem zugewandt. Außerdem verweist Weber hier bereits auf eine scheinbar unbedingte Steigerung des Bürokratieaufkommens bei Anwachsen des bürokratisch zu Verwaltenden. Er nimmt hier Kleinbetriebe aus, schafft damit einen ersten Raum der Spekulation mit Blick auf gelähmtes Innovations- und Kreativitätspotenzial innerhalb größerer bürokratischer Einheiten.

> »Man darf sich durch alle scheinbaren Gegeninstanzen, seien es kollegiale Interessentenvertretungen oder Parlamentsausschüsse oder »Räte-Diktaturen« oder Ehrenbeamte oder Laienrichter oder was immer (und vollends durch das Schelten über den »hl. Bureaukratius«) nicht einen Augenblick darüber täuschen lassen, daß alle kontinuierliche Arbeit durch Beamte in Bureaus erfolgt. Unser gesamtes Alltagsleben ist in diesen Rahmen einge-

> spannt. Denn wenn die bureaukratische Verwaltung überall die – ceteris paribus! – formal-technisch rationalste ist, so ist sie für die Bedürfnisse der Massen Verwaltung (personalen oder sachlichen) heute schlecht hin unentrinnbar.« (Weber 1921/1972: 128)

Der Hl. Bürokratius stellt einen sarkastisch unterlegten Kommentar bezogen auf die inzwischen grundlegende gesellschaftliche Bedeutung der Bürokratie dar. Auch wenn bürokratische Annahmen, Maßnahmen, Vorgaben etc. nicht immer direkt sichtbar sind, so sind sie doch die Gesellschaft elementar gestaltend im Hintergrund wirksam. Dies lässt sich beispielhaft am Slogan einer *Bürokratie des Bösen* verdeutlichen, welcher sich sowohl im Kontext der Konzentrationslager zur NS-Zeit (vgl. Hoffmann-Richter 2012: 92) oder mit Bezug auf die Gräueltaten des Islamischen Staates IS (vgl. Clooney 2017: 1) wie auch im dagegen recht banal wirkenden Zwist zwischen der Reglementierungspolitik der Schweiz und der EU (vgl. Weck 2010: 1) in Anwendung bringen lässt. Und auch oder gar insbesondere dann, wenn es scheinbare Verschränkungen bürokratischer Einheiten gibt, beispielsweise wenn heute freie Träger im öffentlichen Sozialwesen agieren, sind es bürokratische Maßgaben, die das Leben bestimmen (vgl. Zacher & Kessler 1990: 99).

> »Man hat nur die Wahl zwischen »Bureaukratisierung« und »Dilettantisierung« der Verwaltung, und das große Mittel der Ueberlegenheit der bureaukratischen Verwaltung ist: Fachwissen, dessen völlige Unentbehrlichkeit durch die moderne Technik und Oekonomik der Güterbeschaffung bedingt wird, höchst einerlei ob diese kapitalistisch oder – was, wenn die gleiche technische Leistung erzielt werden sollte, nur eine ungeheure Steigerung der Bedeutung der Fachbureaukratie bedeuten würde – sozialistisch organisiert sind. […] Die bureaukratische Verwaltung bedeutet: Herrschaft kraft Wissen: dies ist ihr spezifisch rationaler Grundcharakter. Ueber die durch das Fachwissen bedingte gewaltige Machtstellung hinaus hat die Bureaukratie (oder der Herr, der sich ihrer bedient), die Tendenz, ihre Macht noch weiter zu steigern durch das Dienstwissen: die durch Dienstverkehr erworbenen oder »aktenkundige« Tatsachenkenntnisse. […] Ueberlegen ist der Bureaukratie an Wissen: Fachwissen und

> Tatsachenkenntnis, innerhalb seines Interessenbereichs, regelmäßig nur: der private Erwerbsinteressent. Also: der kapitalistische Unternehmer. Er ist die einzige wirklich gegen die Unentrinnbarkeit der bureaukratischen rationalen Wissens-Herrschaft (mindestens: relativ) immune Instanz.« (Weber 1921/1972: 128/129)

Die Bürokratie ist ein Ordnungssystem, welches aus der Gesellschaft heraus für die Gesellschaft und in die Gesellschaft hinein Ordnungsstrukturen entwirft und implementiert oder politisch oktroyierte umsetzt. Webers Analyse setzt die Bürokratie in Zusammenhang mit dem Kapitalismus, seine Beobachtungen fußen auf kapitalistisch-demokratischen Aufschwunggesellschaften. Man kann dabei wohl die These wagen, dass die Demokratie der Bürokratie bedarf, die Bürokratie jedoch als Herrschaftsform auch undemokratisch in Anschlag gebracht werden kann.

Mit der Bürokratie geht auch Macht einher, die Bürokratie ist eine Herrschaftsform. Diese Herrschaftsform basiert auf asymmetrischer Wissensverteilung. Im Normalfall sind normal Bürger:innen der Begutachtung und Fallbescheidung durch Bürokrat:innen ausgeliefert, einerseits wegen der grundlegenden Rechtsverbindlichkeit, aber eben andererseits auch aufgrund fehlenden Wissens, dass einen fachlich profunden Widerspruch verunmöglicht. Hier hebt Weber die Unternehmerschaft hervor, die im Regelfall am ehesten inhaltlich Paroli bieten kann. Kurzum und beispielhaft verdeutlicht: Unterstellt die Bauaufsicht dem Bauherrn, der gelernter Philosoph und Politologe ist, ein Fehlverhalten, so wird der Bauherr Abbitte leisten und sich unverzüglich um Nachbesserung bemühen. Ist der Bauherr jedoch Architekt, wird die Asymmetrie ein Stück weit aufgehoben und die Wissensherrschaft dadurch relativiert.

> »Wie die Beherrschten sich einer bestehenden bureaukratischen Herrschaft normalerweise nur erwehren können durch Schaffung einer eigenen, ebenso der Bureaukratisierung ausgesetzten Gegenorganisation, so ist auch der bureaukratische Apparat selbst durch zwingende Interessen materieller und rein sachlicher, also: ideeller Art an sein eigenes Weiterfunktionieren gebunden: Ohne ihn würde in einer Gesellschaft mit Trennung des Beam-

> ten, Angestellten, Arbeiters, von den Verwaltungsmitteln und Unentbehrlichkeit der Disziplin und Geschultheit die moderne Existenzmöglichkeit für alle außer die noch im Besitz der Versorgungsmittel befindlichen (die Bauern) aufhören. Er funktioniert für die zur Gewalt gelangte Revolution und für den okkupierenden Feind normalerweise einfach weiter wie für die bisher legale Regierung. Stets ist die Frage: wer beherrscht den bestehenden bureaukratischen Apparat?« (Weber 1921/1972: 128)

Dieser Part verdeutlicht nochmals in ausgesprochener Klarheit die Bedeutung der Bürokratie für fortgeschrittene Gesellschaften und macht deutlich, dass hier eine Ordnungsnotwendigkeit greift, möchte man nicht in Chaos verfallen. Es ist die Bürokratie, die wesentliche Dinge des Alltäglichen regelt und dadurch in unseren westlichen Gesellschaften auch für Teilhabe und Chancengleichheit Rechnung trägt, denkt man zum Beispiel an den geregelten Zugang zu Fernmeldesystemen. Auch die Durchsetzung politischer Regelungen zum Arbeitnehmerrecht sind bürokratisch verfasst, wie auch viele weitere, essenzielle Angelegenheiten des Alltags. Eine lahme Bürokratie kann somit durchaus ein Ärgernis darstellen, ebenso wie eine Überregulierung – die Alternativen lassen aber gleichermaßen zu wünschen übrig. Somit wird die Bürokratie zu etwas derart Alltäglichem, dass sie als Struktur gleich zum Gegenstand wird. Damit ist die Bürokratie als Herrschaftsform erneut gegenständlich; wer über ein Land herrschen will, benötigt den bürokratischen Stab.

Die Lektüre Webers mit Blick auf seine explizit die Bürokratie erläuternden Gedanken lässt womöglich dahingehend Erstaunen aufkommen, dass er das Konzept der Bürokratie maximal an kapitalistische Zwecke koppelt und es dabei zugleich als Notwendigkeit für moderne Gesellschaften setzt. Die Ordnungsfunktion der Bürokratie ist komplexen sozialen Gebilden unumgänglich, es bedarf »stetiger, straffer, intensiver und kalkulierbarer Verwaltung [und] nur der […] Kleinbetrieb könnte ihrer weitgehend entraten« (Weber 1921/1972: 128) mutmaßt Weber. Das Ausmaß an Präzision hat Weber in seiner Analyse noch nicht zu ahnen gewagt, der Blick in die heutige Gesellschafts- und Wirtschaftsstruktur zeigt derweil, dass das Bürokratisieren von den Amtsstuben in die Unternehmensverwaltungen überge-

sprungen und die Bürokratie somit allgegenwärtig ist. Allein die *Compliance* nötigt Betriebe dazu, bürokratisch (vermeintlich) korrekt zu agieren. Die Herrschaftsform der Bürokratie schreibt sich auf diesem Wege immer tiefer in die Gesellschaftsstruktur ein, in einem Maße, das Weber beachtlich vorskizziert hat. Das Rationale der Verwaltung – hierin macht Weber wie dargelegt den Clou der Bürokratie aus, die eben rational und unbestechlich Sachverhalte bescheidet und Mittel verteilt – stülpt die Logik über auf die Wirtschaft und die Bürger:innen, was wohl ein Kreislauf sein dürfte, begünstigt diese staatliche Ratio wohl auch die Wirtschaft.

5.3 Niklas Luhmann: Theorie zur Eigenart des Verwaltungsvorgangs

Niklas Luhmann, wohl den meisten Leser:innen dieser Untersuchung als Gesellschaftstheoretiker und Begründer der Systemtheorie vertraut, hat in seinen früheren akademischen Schaffensjahren eine intensive Auseinandersetzung mit den Verwaltungswissenschaften geübt. In der breiteren Luhmann-Rezeption gehen diese Arbeiten oft etwas unter, was der Brillanz seiner verwaltungswissenschaftlichen Einwände nicht gerecht wird. Die nun folgende Rekonstruktion einiger seiner Feststellungen zum Charakter und zur Funktionslogik von Verwaltungen baut auf einer 2021 im Suhrkamp Verlag veröffentlichten Edition mit dem Titel *Die Grenzen der Verwaltung* (vgl. Luhmann 1964/2021) auf. Hier wurden bislang unveröffentlichte Manuskripte einer geplanten Monografie aus dem Nachlass Luhmanns editiert, die dieser in den Jahren 1963 und 1964 verfasste. Luhmanns wohl bekanntestes Werk zur Verwaltungswissenschaft wird in der direkt folgenden Rekonstruktion hingegen nicht miteinbezogen, der Aufsatz *Der neue Chef* (vgl. Luhmann 2016) wird dafür im Zuge der Ausführungen des Kapitels *5.5* aufgegriffen.

Grundlegend geht es Luhmann in seinen frühen Verwaltungsschriften darum, eine »theoretische Besinnung auf die Eigenart des Verwaltungsvorgangs« (Luhmann 1964/2021: 13) zu bekommen. Es ist also sein Bestreben, die Funktionslogik des Verwaltungsakts zu begreifen. Seine Analysen

beginnt er, indem er sich – interdisziplinär verpflichtet – die Arbeiten der Verwaltungswissenschaft anschaut und eine Beurteilung versucht, die nicht einzelwissenschaftlich rückgekoppelt ist. Damit zielt er darauf ab, dass, seiner Beobachtung nach, die Verwaltungswissenschaft im Wesentlichen durch fünf verschiedene Wissenschaftsdisziplinen bestimmt ist: Durch die Rechtswissenschaft (1), die Wirtschaftswissenschaft (2), die Politikwissenschaft (3) und Soziologie (4) sowie die Psychologie (5). Diesen jeweils exklusiven Betrachtungen des Gegenstands des Verwaltungsaktes wohnt nach Luhmann ein essenzielles Risiko der Selbstreferenz inne, welches er umgehen möchte. Damit zielt er im Falle der Rechtwissenschaft (1) zum Beispiel darauf ab, dass hier oftmals die Meinung vorherrscht, eine Verwaltungswissenschaft könne prinzipiell nur eine Verwaltungsrechtswissenschaft sein, da die Bürokratie rechtsgebunden rational bescheidet und daher lediglich die Rechtsnormen und deren verwaltungstechnische Begleitung als diskutabler Gegenstand ausweisbar sind (Luhmann 1964/2021: 16).

Im Falle wirtschaftswissenschaftlicher Betrachtungen (2) kritisiert Luhmann, dass oft ein Übertrag der Verwaltung im Allgemeinen auf die Betriebswirtschaft als Organisationstheorie im Speziellen erfolgt:

> »Sie [die Organisationstheorie, Anm. SR] erkennt nur einen einzigen Standpunkt, den des Unternehmers, als Rationalisierungsgrundlage an. Die Standpunkte aller anderen Beteiligten – seien es arbeitende Organisationsmitglieder, Lieferanten, Kunden – erscheinen in der Perspektive des Unternehmers als Daten, Mittel oder Hindernisse. […] Durch diesen Ausgangspunkt wird es möglich, einen Unternehmenskomplex als Handlung – und nicht als das, was er ist: als System – zu verstehen und zu rationalisieren.« (Luhmann 1964/2021: 17)

Diese Perspektive überführt die Wissenschaft von der Verwaltung in eine Wissenschaft der Privatverwaltung, die insbesondere mit Blick auf den Zweck eine gänzlich andere Maxime verfolgt und nun nicht mehr – wie im Falle der zuerst betrachteten Variante rechtswissenschaftlicher Perspektivierung – dem Allgemeinwohl folgt, sondern den wirtschaftlichen Maximierungszwecken (Luhmann 1964/2021: 19).

Die Politikwissenschaft (3) pflegt derweil einen Begriff von Verwaltung zu untersuchen, der sich an dem anlehnt, was heute in Deutschland unter der Verschlagwortung der *Öffentlichen Verwaltung* studiert werden kann und dabei sogar mit einem eigenen akademischen Grad (*Master of Public Administration* – MPA oder M.P.A.) einen Sonderstatus beansprucht. Eine derartige verwaltungswissenschaftliche Ausrichtung »übernimmt die vorwiegend deskriptiven, auf Verständnis des politischen Handelns und seiner Bedingungen gerichteten Methoden der Politischen Wissenschaft und überträgt sie auf die öffentliche Verwaltung« (Luhmann 1964/2021: 20). Sie ist somit eine Wissenschaft von der Umsetzung theoriegeleiteten Wissens einer politischen Exekutive und keine Untersuchung der Verwaltung mit Blick auf deren eigentlichen Charakter. Luhmanns Beurteilung einer politikwissenschaftlichen Verwaltungslehre im Zeichen der *Public Administration* ist dementsprechend harsch, wenigstens mit Blick auf die wissenschaftliche Relevanz: »Im Grunde hält nur die institutionelle Einheit ihres Gegenstandes diese Wissenschaft zusammen. Sie hat daher in der Auseinandersetzung mit moderneren, theoriebewußten und methodenscharfen Forschungsansätzen einen schlechten Stand« (ebd.).

Die Soziologie (4), so Luhmanns Feststellung mit Verweis auf Robert K. Mertons Bürokratiestudien, löst sich vom Fokus auf eine Perspektive der Handelnden und versteht sich dagegen als Analytik des »Handeln durch Beziehungen auf nicht-mitgemeinte Strukturen, die gerade dadurch, daß sie dem Handlungssinn fremd sind und fremd bleiben können, zu seinem theoretischen Verständnis beitragen« (Luhmann 1964/2021: 22). Vereinfacht ausgedrückt unterscheidet sich der Zugang der Soziologie durch eine Negativität im Zentrum des Erkenntnisinteresses. Während die Wirtschaftswissenschaft die Verwaltung mit Fokus auf die Rationalisierung des Prozessualen durch die Handelnden im Maximierungssinne betrachtet und die Politikwissenschaft die Verwaltung als Umsetzungsmoment der Policy begreift, wendet sich die Soziologie also den Nebeneffekten zu:

> »Zur Erhaltung eines sozialen Systems sind sehr komplizierte, miteinander kollidierende Leistungen erforderlich, so daß jede Handlung in ihrem System positive und negative, bedachte und unbedachte Folgen auslöst,

> die Probleme für weitere Handlungen aufgeben. Diese Vorstellung einer problembezogenen und Folgeprobleme auslösenden, »schwierigen« Handlungskooperation kommt dem faktischen Verwaltungsalltag erstaunlich nahe und eignet sich deshalb – auf mittlerer Abstraktionshöhe – glänzend als analytisches Schema für Verwaltungssituationen.« (Luhmann 1964/2021: 23)

Diese Beschreibung der soziologischen Betrachtung von Verwaltungsprozessen zeugt bereits von Luhmanns wenige Jahre später darauf konkretisierter Vorstellung einer Systemtheorie. Durchaus wertschätzend hält er hier fest, dass die Analyse im Negativum dem Verwaltungsalltag nahekommt – eine Feststellung, die Luhmann autobiographisch als langjähriger Verwaltungsbeamter sozusagen als beobachtender Teilnehmer gekonnt platzieren kann – und es vermag, die Eindimensionalität der zuvor vorgetragenen Ansätze zu überwinden. Dahinter liegt die systemtheoretische Grundannahme, dass es nicht ein geschlossenes System als Gesellschaft gibt, sondern vielmehr in sich geschlossene Organisationseinheiten, die sich zur Umwelt verhalten. Die systemtheoretische Herausforderung besteht also sozusagen im Grenzmanagement in dem Sinne, dass die eigene Systematizität aufrechterhalten wird bei gleichzeitiger funktionaler Verbindlichkeit gegenüber der Systematizität der Umwelt. Die Umwelt, das sind in diesem Falle die Politik, die Wirtschaft usf. Es war auch eben diese systemtheoretische Grundannahme des Luhmann'schen Denkens, die die Editoren Andrè Kieserling und Johannes F. K. Schmidt dazu bewegte, für die Nachlassedition den Titel *Die Grenzen der Verwaltung* zu wählen, in dem eben jene Denkfigur des systemtheoretischen Konzepts multidimensional betont wird (vgl. Kieserling & Schmidt 2021: 223 ff.).

Obwohl Luhmann der Soziologie einen – zumindest im Vergleich zur Politikwissenschaft und Wirtschaftswissenschaft – durchaus konkreten analytischen Zugang attestiert, manifestiert sich ein wesentlicher Kritikpunkt an der soziologischen Einlassung darin, dass die *Rationalität* dem soziologischen Analyseraster weitestgehend unzugänglich bleibt: »Aber die Aufgabe, Handlungsrationalität durch Systemrationalität zu ersetzen, ist bisher kaum gesehen, geschweige denn in Angriff genommen worden. Insofern ist die

bisherige soziologische Bürokratieforschung einseitig geblieben« (Luhmann 1964/2021: 24). Es geht Luhmann konkret darum, die Rationalität vom klassischen Zweck-Mittel-Schema der Einzelinteressen auf eine übergeordnete Systemebene zu überführen und dadurch zu (er)klären, was eine organisationale Rationalität ausmacht.

Bei eben diesem Vorhaben sieht er die Psychologie (5) als wichtige Ergänzung für den soziologischen Ansatz, da die Psychologie »den Menschen als komplexes, sein Erleben selbst zu einer persönlichen Identität verarbeitendes Handlungssystem« (Luhmann 1964/2021: 25) begreift. Konkret zielt er hiermit darauf ab, dass die frühere Organisationslehre die Handelnden individuell und davon ausgehend unter Optimierungsmaximen eingedacht haben. Die moderne Psychologie hingegen, so Luhmanns Feststellung, begreift den Menschen nun aber als »selbstgesteuertes System des Erlebens und Handelns […] im Kontakt mit der Umwelt« (Luhmann 1964/2021: 26), wodurch klar wird, dass seine Integration in eine Organisation von hoher Komplexität ist und im Durchschnitt statt einer Maximierung gedacht werden muss. Kurzum: Integrationsprozesse müssen deutlich komplexer als Abgrenzungs- und Differenzbeziehungen gedacht werden, statt in Top-Down-Manier mit einfachen und pauschalen Motivationsgesetzen. Diese veränderte Perspektive auf die Handelnden und deren Rationalitätseinschreibung in ein Organisationsprinzip der Rationalität zeigt an, wie komplex und vielschichtig die Verwaltung als Untersuchungsgegenstand anzunehmen ist.

Um sich nun also analytisch der Verwaltung annehmen zu können, so Luhmann, muss der Entscheidungsbegriff der in Verwaltungen Handelnden in den Mittelpunkt gerückt werden. Unter Verweis auf Herbert A. Simon hält Luhmann fest: »Nur wenn man die empirischen Gesetzlichkeiten (!) des wirklichen Entscheidungsverhaltens am lebenden Objekt erforsche, könne man auf dieser Grundlage Organisationen zur bestmöglichen Erfüllung ihrer Entscheidungsaufgaben rationalisieren« (Luhmann 1964/2021: 28). Die Problematik in dieser Setzung sieht Luhmann nun darin ausgemacht, dass normative und empirische Bedingungen gegeneinander ausgespielt werden. So ist einerseits die Rechts- und Wirtschaftswissenschaft mit einer normativen Wertesetzung und andererseits die Soziologie und Psychologie mit dem Anliegen, die Rationalisierung als Entscheidungsfindung entlang

der Werte zu begreifen. Allerdings, so Luhmanns Einwand, sind Werte nicht wahrheitsfähig und somit »nicht als Grundlage der Erkenntnis faktischen Verhaltens« (Luhmann 1964/2021: 30) anwendbar. Möchte man trotzdem an dieser Systematik festhalten, so muss man »Wertprämissen nur konditional voraussetzen« (ebd.), womit man sich in Wahrscheinlichkeitsaussagen verliert, anstatt sich der grundlegenden Funktionslogik der Verwaltung anzunähern. Stattdessen schlägt Luhmann nun die bereits angesprochene systemtheoretische Denkart vor, um sich der Verwaltung anzunähern:

> »Für organisierte Systeme ist nämlich charakteristisch, […] daß sie ihre Identität in einer differenzierten Umwelt und durch Differenzierung ihrer Umwelt gewinnen. Sie setzen als mindestes voraus, daß die Personen, die systemrelevante Handlungen beisteuern, in Mitglieder und Nichtmitglieder unterschieden und entsprechend unterschiedlich behandelt werden. Ein organisiertes System konstituiert und erhält sich dadurch, daß es Anforderungen dieser beiden Umwelten befriedigen und in ein Gleichgewicht bringen kann.« (Luhmann 1964/2021: 31)

Die Logik der Verwaltung liegt also in der Differenz zwischen den Umwelten verborgen und ist nicht in einer direkten Anwendungsanalyse zu finden. Nicht der Rechtsbezug der Handelnden, nicht die Marktanforderungen, in denen sich die Verwaltung bewegt, sind konstituierend für die Verwaltungslogik, sondern stets die Mechanismen einer Ausbalancierung des organisierten Systems mit seinen Umwelten. Das entscheidende Charakteristikum liegt in der Balance, die das organisierte System im Gleichgewicht zur Umwelt hält. Möchte man sich wissenschaftlich objektiv der Frage nach einer Funktionslogik von Verwaltungen nähern, so gilt es also, die Organisationssysteme ins Verhältnis zu den Umwelten zu setzen. Damit ist geklärt, dass es die eine übergeordnete Verwaltungslogik nicht gibt, sondern dass die Logik der jeweiligen Verwaltung von ihrem Referenzsystem abhängig ist. Darüber hinaus ist Verwaltungslogik, folgt man Luhmann konsequent, immer auch Eigenlogik in dem Sinne, dass sie dem eigenen organisationalen Erhalt verpflichtet ist:

> »Als Bezugsgesichtspunkte […] nehmen wir die Probleme an, die zu lösen sind, wenn ein soziales System erhalten werden soll. Damit ist eine Aussageform gefunden, die an die Konditionalisierung der Wertprämissen anknüpft, aber über sie hinausführt. Sie stellt nicht fest, was faktisch geschieht, wenn ein Wert verwirklicht werden soll, sondern sie sucht zu ermitteln, welche Handlungsalternativen, welche möglichen Strategien zur Verfügung stehen, wenn ein System erhalten werden soll. Die Frage, ob ein System erhalten werden soll, kann rational nur in Referenz auf dessen Funktion für ein anderes System entschieden werden. Als letzte, nicht mehr rationalisierbare Entscheidung bildet somit die Wahl einer Systemreferenz die Grundlage. […] Im Unterschied zu den rationalistischen Intuitionen der Werteethik impliziert die Systemtheorie also keine zeitlose und rationale Ordnung der Vorzugsgesichtspunkte, sondern trägt der Tatsache Rechnung, daß man sich zu seinen Positionen ständig in Widerspruch setzen muß, wenn man sie behaupten will.« (Luhmann 1964/2021: 37/38)

Mit diesem längeren Zitat soll die Luhmann-Exegese vorerst beschlossen werden. Luhmann setzt hier derweil entscheidende Fixpunkte, nicht nur für die Methodik zur wissenschaftlichen Charakterisierung von Verwaltungen, sondern auch für die Systemtheorie, mit der er später eine Gesellschaftstheorie entwickelt. Dieser Überschlag von einer Verwaltungstheorie im Speziellen zu einer Gesellschaftstheorie im Allgemeinen ist dabei durchaus naheliegend, beachtet man die Entwicklung dieses Gedankens ausgehend von einer Notwendigkeit des Ressourcenmanagements. Mit seiner systemtheoretischen Interpretation gelingt es Luhmann derweil durchaus, einige Gedanken von Weber detaillierter auszubuchstabieren sowie einige Probleme klarer zu benennen. Insbesondere das Selbstreferenzielle als Ur-Antrieb, resultierend aus einem die Verwaltung aus einer Abgrenzung zu anderen Systemen heraus konstituierenden Moment, erscheint hier klar und präzise begründet. Und auch der Verweis darauf, dass sich Verwaltungen immer unter Bezug auf eine Systemreferenz individuell definieren, erscheint schlüssig. Hierin die grundlegende Motivation des Selbsterhalts festzumachen, ist dabei ebenso plausibel wie ein möglicher Brückenschlag von der Logik des

Selbsterhalts hin zu Dynamik mit Blick auf mögliches Reformgebaren. Es gilt somit beim Blick auf die Verwaltung, auch stets den Blick auf die Bezugs- und Umweltsysteme zu lenken.

5.4 David Graeber: Über die totale Bürokratisierung und Finanzialisierung

Nach Max Weber und Niklas Luhmann ist David Graeber der dritte Bürokratie-Experte, dessen Ausführungen innerhalb dieser Analyse ein Exklusivrecht zugestanden wird. Graeber unterscheidet sich von Weber und Luhmann dabei in eklatantem Maße, insbesondere deshalb, da sein Ruf auch essenziell auf seiner Bekanntheit als Aktivist beruht. Das schmälert derweil die analytische Brillanz des 2020 verstorbenen US-amerikanischen Kulturanthropologen keineswegs. Gegenteilig – so könnte man argumentieren und so inszenierte es auch Graeber gerne in diversen Fernsehauftritten (vgl. u. a. Sternstunde Philosophie 2016; Sternstunde Philosophie 2013; TEDx 2013) – eröffnet die Rolle des aktiven Beobachters innerhalb anarchistischer Protestbewegungen eine Perspektive auf die Logik der Verwaltung, die am bloßen Reißbrett der Theorie womöglich verschlossen bleiben würde.

We are the 99 percent skandierten die Protest-Teilnehmer:innen der Bewegung *Occupy Wall Street* im Jahr 2011, als sie den New Yorker Finanzdistrikt lahmlegten. Der Slogan zielte auf die Feststellung ab, dass 1 Prozent der Menschheit über Eingriffe in den Alltag der restlichen 99 Prozent entscheidet und nun eben diese 99 Prozent der Menschheit aufbegehren. Unter den Demonstrierenden war auch Graeber, bekennender Anarchist, führender Kopf der Protestbewegung und Professor an der Yale University. Durch Aktivismus können Reaktionen provoziert werden, die der Theoriebildung ansonsten vielleicht nicht zugänglich wären. So erkannte es Graeber bereits in den 90er Jahren, als er im Zuge der *Global Justice Movement Organizations* (GJMOs) Proteste gegen die Globalisierung bzw. gegen die politische wie mediale Berichterstattung über die Globalisierung mitorganisierte (vgl. Graeber 2015/2017: 36). Was Graeber meint bereits zu dieser Zeit erahnt zu haben, ist die Feststellung, dass die immer weiter und mit starkem Anstieg

zunehmende Bürokratisierung der meisten Länder eine Folge des paradoxen Verhältnisses vom Markt zum Staat ist, welches er als das »Eherne Gesetz des Liberalismus« (Graeber 2015/2017: 14) bezeichnet:

> »Die Vorstellung, der Markt sei in gewisser Weise dem Staat entgegengesetzt und unabhängig von ihm, rechtfertigte spätestens seit dem 19. Jahrhundert eine Wirtschaftspolitik des »laissez faire«. Sie sollte die Rolle des Staates mindern, entfaltete die Wirkung aber in Wirklichkeit nie. Der englische Liberalismus beispielsweise erreichte keineswegs eine Reduzierung staatlicher Bürokratie, sondern genau dessen Gegenteil: Er brachte eine stetig wachsende Zahl von Verwaltungsbeamten, Archivaren, Inspektioren, Notaren und Polizisten hervor. Sie erst ermöglichten den liberalen Traum einer Welt der freien vertraglichen Vereinbarungen zwischen autonomen Individuen. Die Aufrechterhaltung einer freien Marktwirtschaft erforderte tausendmal mehr Papierkram als eine absolutistische Monarchie wie die Ludwigs XIV.« (ebd.)

Die Bürokratie ist also ein Produkt der Bemühungen, aus staatlicher Obhut heraus der Wirtschaft mehr Raum zuzugestehen. Damit der Markt freier agieren kann, bedarf es einer immer weiter ansteigenden Bürokrat:innenschar. Dies als Paradox zu labeln, ist durchaus eingängig, fordert doch die Wirtschaft und damit der Markt gerne breitenwirksam einen Abbau der Bürokratie. Insbesondere von Seiten rechtsgerichteter und konservativer Populist:innen wird häufig ein Problemaufriss propagiert, der die Bürokrat:innen und die ärmsten Bevölkerungsschichten gleichsetzt, als Handlanger und Nutznießer der Lorbeeren der fleißigen und reichen Bevölkerung. Um diesem Zustand entgegenzuwirken, wird die Forderung nach mehr Markt und weniger Staat und Bürokratie laut – womit sich die Paradoxie nur weiter verfestigt (Graeber 2015/2017: 16). Es ist also eine populistische Rhetorik, die im Zeichen von Fleiß und Arbeitsmoral propagiert, dass die Bürokratie als staatliches Armenhausmanagement in erster Linie für Abgaben und Umverteilung sorgt. Der Gegenpol zur Bürokratie wird im Markt ausgemacht.

Dieses Paradox sieht Graeber darin begründet, dass sowohl der Staat wie auch die Privatwirtschaft gleichgelagerte Verwaltungs- und damit verknüpft

Machtausübungsverständnisse veranschlagen. Dies – so Graebers Beobachtung – ist eine US-amerikanische sowie deutsche Strategie, die in die moderne Staatslogik der demokratischen und marktliberalen Staaten des 20. Jahrhunderts übergegangen ist. Es ist die Adaption privatwirtschaftlicher Bürokratie durch staatliche Kontrollorgane, die dem Charme vermeindlicher Effizienz durch Bürokratie erlegen sind:

> »Für Max Weber, den deutschen Soziologen, tendierten vor allem die Amerikaner seiner Zeit dazu, die öffentliche und die private Bürokratie als wesensähnlich zu betrachten. […] Anders gesagt, anstatt sich darüber zu beklagen, dass der Staat wie ein Unternehmen geführt wurde, gingen die Amerikaner um die Jahrtausendwende schlicht davon aus, dass man den Staat und die Unternehmen – die großen Unternehmen jedenfalls – auf die selbe Art und Weise führen müsse. […] Anders als das britische Empire, das seine Freihandels-Rhetorik ernst meinte und durch die berühmte Anti-Corn Law Bill von 1846 seine eigenen Schutzzölle abschaffte, waren weder Deutschland noch die USA besonders am Freihandel interessiert. Vor allem die Amerikaner beschäftigten sich viel stärker damit, internationale Verwaltungsstrukturen aufzubauen.« (Graeber 2015/2017: 17/18)

Diese Überlegung Graebers, die er im Anschluss an Max Weber und Giovanni Arrighi ausführt, ist von außerordentlicher Beispielhaftigkeit mit Blick auf die praktische Prägung der in Stellung gebrachten hier unterschiedlichen Überlegungen des britischen Empire, Deutschland und den USA. Nicht der Freihandel, nicht der grenzenlose Markt waren Mittel zum Zweck der geopolitischen Staatsüberlegungen der USA und Deutschland, sondern vielmehr eine bürokratische Netzwerklogik, die strukturprägend Territorium gewann. Hier geht es beispielsweise um die Gründung des *Internationalen Währungsfonds* (IWF) und der Weltbank 1944 sowie dem Beschluss des *Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens* (GATT) 1946 – Vorgänger und Wegbereiter der 1995 gegründeten *Welthandelsorganisation* (WTO). Auch die Konstitution der *Vereinten Nationen* (UN) 1945 ist ein bürokratischer Akt in diesem expansiven Sinne: »Das britische Empire hatte niemals derartige Bemühungen angestellt. Es hatte entweder andere Länder erobert oder

mit ihnen Handel getrieben. Die Amerikaner dagegen versuchten, alles und jeden ihrer Verwaltung zu unterwerfen« (Graeber 2015/2017: 18).

Das mittlere Management der freien Wirtschaft schrieb sich in die Staatsverwaltungsstrukturen ein. Die Manager:innen der mittleren Funktionsebenen in den großen US-Unternehmen verstanden sich als »administrative Funktionsträger« (Graeber 2015/2017: 19) und durchzogen mit ihrer Art und ihrer Berufsauffassung zunehmend auch staatliche Institutionen – eine Wechselwirkung im Zeichen des ehernen Gesetzes des Liberalismus. Dass Bürokrat:innen und Beamt:innen synonym wahrgenommen wurden, »geht zurück in die Zeit des New Deals in den Dreißigerjahren, in der auch bürokratische Strukturen und Verfahrensabläufe erstmals im Alltagsleben der Menschen sichtbar wurden« (ebd.). Unternehmer:innen von *Ford* bis *Coca Cola* übten eine enge Zusammenarbeit mit der Roosevelt-Administration aus und schrieben die unternehmerische Logik in die staatliche Politik ein. Mit der weltweiten Aufrüstung im Zuge des Zweiten Weltkriegs fanden derartige Verschmelzungseffekte insbesondere im Militärbereich statt. Es sind die bis heute berühmt wie berüchtigten Drehtür-Effekte, die dieser Prozedur entstammen und die Beamten als Bürokraten prägen (vgl. Graeber 2015/2017: 20).

Diese enge Verbindung – so Graeber – lässt sich auch heute noch gut beobachten. Graeber exerziert dies am Beispiel des Datenschutzes bei internationalen Finanztransaktionen mit der *Bank of Amerika*. Um aus dem Ausland auf die eigenen Kontodetails zugreifen zu können, bedarf es eines Anrufs bei der Hotline, einer daran anknüpfenden Vielzahl telefonischer Weiterleitungen, diverser Erläuterungen und Erklärungen, Datenaktualisierungen und Erweiterungen und der Hartnäckigkeit, bei einem technisch verschuldeten Hotline-Aus das Prozedere von vorne zu beginnen:

> »Gleiches gilt für viele andere Aktivitäten, von Bonitätsbeurteilungen, der Festsetzung von Versicherungsprämien und der Behandlung von Hypothekenanträgen bis zum Kauf eines Flugtickets, dem Erwerb eines Tauchscheins oder dem Versuch, für das eigene Arbeitszimmer in einer Privatuniversität einen ergonomischen Bürostuhl zu beantragen. Der Großteil des Papierkrams, den wir zu erledigen haben, bewegt sich in dieser

> Zwischenzone. Scheinbar ist er privat, tatsächlich aber vollkommen staatlich festgelegt.« (Graeber 2015/2017: 21)

Diese Beispiele verdeutlichen nochmal klar, worauf Graeber abzielt: Es war die Bürokratie, die durch administrative Normierungen den wirtschaftlichen Aufstieg von *Ford*, *Coca Cola* und Co. organisierte. Die enge Zusammenarbeit mit staatlichen Institutionen – im Zuge des Zweiten Weltkriegs par excellence anhand der Rüstungsindustrie zu beobachten – schrieb die bürokratische Logik zunehmend in die staatliche Verwaltung ein. Irgendwann war dies so stark zu beobachten, dass Bürokrat:innen und Beamt:innen im öffentlichen Diskurs synonym wahrgenommen wurden. Jetzt ist quasi alles bürokratisiert und vielfach überbürokratisiert. Dabei ist oftmals kaum noch herauszufinden, woher der Bürokratieaufwand kommt. Ein Sportbootführerschein bedarf eines ärztlichen Attests über Grundtauglichkeit, eines Hör- und Sehtests, eines Farbsehtests und eines Auto-Führerscheins. Vielerorts sind für einen Wohnungsmietvertrag das Vorlegen einer Personalausweiskopie, einer Mieterselbstauskunft, eines Gehaltsnachweises, einer Mietschuldenfreiheitsbescheinigung und einer SCHUFA-Auskunft die Regel. Sinn und Unsinn sowie Klarheit über Pflicht und Kür sind oft unbenannt bei derlei Abfragen, interessant ist aber doch, dass auch aus einer Metaperspektive Graeber folgend nicht klar auszumachen scheint, wo der *Papierkram* tatsächlich seinen Ursprung hat. Diese Zwischenzone ist noch weitestgehend unerforscht und unbenannt, laut Graeber jedoch funktional darauf getrimmt, möglichst effizient und abgesichert Gewinne zu verbuchen. Graeber unterbreitet deshalb einen Vorschlag, der den totalitären Charakter heutiger Bürokratie im Zeichen der freien Märkte und des Kapitalismus zum Ausdruck bringen soll:

> »Für diesen Prozess – das allmähliche Verschmelzen von öffentlicher und privater Macht zu einer Einheit, die überfrachtet ist mit Regeln und Vorschriften, deren letztlicher Zweck darin besteht, Wohlstand in Form von Gewinnen abzuschöpfen – gibt es noch keinen Namen. […] Diese Entwicklungen können sich vor allem deshalb vollziehen, weil wir noch über keine begrifflichen Mittel verfügen, um über sie zu sprechen. Ihre Auswir-

> kungen lassen sich jedoch in allen Lebensbereichen beobachten und füllen unsere Tage mit Papierkram aus. Die Formulare werden immer länger und komplizierter. Einfache Dokumente wie Rechnungen oder Fahrkarten oder Mitgliederausweise für Sportvereine oder Buchclubs sind mit seitenlangen kleingedruckten rechtlichen Erläuterungen versehen. Ich möchte eine Bezeichnung vorschlagen. Ich halte es für sinnvoll, diesen Prozess die »totale Bürokratisierung« zu nennen.« (Graeber 2015/2017: 24)

Die totale Bürokratisierung sieht Graeber also inzwischen erreicht. Total im quantitativen wie qualitativen Sinn. Alles ist bürokratischer Struktur unterworfen und vieles davon ist überbürokratisiert. Es ist eine Logik des Kapitalismus und ein Reflex der kontrollierten Wertakkumulation, die sich gesamtgesellschaftlich verankert haben und alle Organisationen durchdringen. Doch wenn Graeber die totale Bürokratisierung an den Kapitalismus knüpft, verschwindet die Bürokratie dann auch an dem Tag, an dem der Kapitalismus u. U. ins Hintertreffen gerät? Oder gibt es so etwas wie einen Peak, an dem sich dieser Reflex in seinem Wesen umkehrt?

Die Finanzialisierung sieht Graeber hierbei als entscheidend an. Insbesondere im Zuge von wirtschaftlichen Sanierungsbemühungen in den 1980er- und 1990er-Jahren schrieb sich die Finanzialisierung immer mehr in das Wesen der Bürokratie ein. Nun sind totale Bürokrat:innen jene, die das zu Verwaltende als quantitativen Gegenstand ansehen, den es mit betriebswirtschaftlicher Jonglage zu optimieren gilt (vgl. Graeber 2015/2017: 24 f.). Was Graeber beschreibt, ist als Transformationsprozess zu verstehen, in den letzten Transformationsstadien vom *Korporatismus* zur *totalen Bürokratisierung*, verstanden als maximal bürokratische Finanzialisierung:

> »Zunächst wollte ich vom Zeitalter der »räuberischen Bürokratisierung« sprechen, aber das ist ohnehin die Natur jenes Ungetüms, das ich hier darstellen möchte. […] Man kann diese Entwicklung meiner Ansicht nach am besten als eine Verschiebung der sozialen Loyalität des Managements der Großkonzerne bezeichnen: Während sich die Manager früher de facto in einem fragilen Bündnis mit ihren Arbeitern sahen, fühlten sie sich nun in erster Linie mit den Investoren verbunden.« (Graeber 2015/2017: 24/25)

Man könnte vielleicht auch von einem Moment der totalen Entfremdung zwischen den Arbeiter:innen und den Bürokrat:innen sprechen, die die Betriebe managen. Während man sich früher in diesen Managementpositionen als verlängerter Arm der Arbeiter:innen verstand, ist nun ein Moment der Investor:innenidentität an diese Stelle gerückt. Diese Transformation sieht Graeber dabei als noch nicht ganz abgeschlossen an und vermutet zudem, dass diese Art der Bürokratisierung den kapitalistischen Duktus in nicht allzu ferner Zukunft auch ins Stottern bringen könnte. Für den Moment jedoch, ist es eben jener Zustand der totalen Bürokratisierung, den Graeber als gegenwartsprägend betrachtet. Das bürokratische Wechselspiel privatwirtschaftlicher und staatlicher Verwaltung hat sich zu einem starken System geformt, in welchem wir uns heute bewegen:

> »Das war nicht lediglich eine politische Neuausrichtung. Es handelte sich vielmehr um eine kulturelle Transformation. Und sie schuf die Voraussetzungen für jenen Prozess, in dessen Verlauf die bürokratischen Techniken und Verfahren (Leistungsbewertungen, Fokusgruppen, Zeitverwendungserhebung etc.), die in der Finanzwirtschaft und in Unternehmen entwickelt wurden, auch in anderen Bereichen der Gesellschaft Einzug hielten – in der Bildung, der Wissenschaft, der Verwaltung – und schließlich nahezu alle Aspekte des Alltagslebens manipulierten.« (Graeber 2015/2017: 28)

Das System, in dem sich heutige Bürokratien also behaupten, ist ein finanzialisiertes. Nicht nur die Logik der finanzialisierten Bürokratie, auch die Sprache hat sich in den Alltag eingeschrieben. Wir bemessen Studienerfolge in Noten, berechnen Studienzeiten in Credits, bewerten Universitäten in Rankings, honorieren wissenschaftlichen Erfolg am Zitations-Output usf. Der Philosoph Hoyningen-Huene bringt es gekonnt auf den Punkt, wenn er sich im angehangenen Interview selbst als »Unternehmer im Feld der Ideen« Hoyningen-Huene 2021: A. XLIII) bezeichnet. Der Erfolg in der Wissenschaft, insbesondere wenn man sich als Institutsleitung o. ä. behaupten will, ist wesentlich unternehmerisch bedingt. Es ist ein Markt, der die Universitätsidee umgibt. Und wie auf den meisten Märkten üblich, wird

auch hier gehandelt und gefeilscht. Das liegt an der Logik der totalen Bürokratie, weiß Graeber:

> »Das wichtigste Kriterium für die Loyalität gegenüber der Organisation wird die Komplizenschaft. […] Seit Max Weber haben Soziologen immer wieder betont, ein bestimmendes Bürokratiekennzeichen bestehe darin, dass jene, die eine Bürokratie bilden, nach formellen, unpersönlichen Kriterien ausgewählt werden. […] Wir haben es hier in der Theorie mit Meritokratien, also mit Leistungs- oder Verdienstherrschaften zu tun. Dieses System lässt sich aber tatsächlich, wie jeder weiß, tausendfach beeinflussen und verändern. Viele Stelleninhaber haben ihre Posten tatsächlich deswegen bekommen, weil sie der Vetter von jemandem sind, was allgemein bekannt ist. […] In den vergangenen zwei Jahrhunderten hat sich die Bürokratie geradezu epidemisch ausgebreitet und bürokratische Prinzipien haben sich in den letzten 30 bis 40 Jahren auf nahezu alle Bereiche unseres Denkens ausgeweitet. In der Folge hat sich auch diese Kultur der Komplizenschaft verbreitet.« (Graeber 2015/2017: 35/36)

Sie sollen überparteilich und in der Sache stets neutral sein, werden nicht gewählt und sind keine direkten amtlich bestimmten Vertretungen. Und doch widerspricht die Praxis der Theorie, so Graeber, da Bürokrat:innen in einem wohlgepflegten Netz der Komplizenschaft Aufstiege und Niederlagen verantworten. Die Währung, in der hier die Honorierung erfolgt, ist die Loyalität zur Organisation. In ihrem Zeichen firmiert das Teambuilding, dieses kann dann auch mal in eine Vetternwirtschaft abgleiten. Erhebungen des *Instituts für Arbeitsmarktforschung* (IAB) – welches zur Bundesanstalt für Arbeit gehört – analysierten hierzu passend den sogenannten verdeckten Arbeitsmarkt in Deutschland. Rund 65 Prozent der freien Stellen zählen zu diesem verdeckten Arbeitsmarkt, was bedeutet, dass diese Stellen nie offiziell ausgeschrieben werden, sondern dass die Besetzung der Stellen stattdessen auf direktem Wege passiert (vgl. Beil 2022). Hier kann Graebers Überlegung

einer Kultur der Komplizenschaft als die Gesellschaft durchziehendes bürokratisch angelegtes Moment durchaus eingepflegt werden.[88]

An dieser Stelle soll noch ein letztes Strukturmerkmal aus der praktischen Analyse Graebers entlehnt werden, welches als wesentlich für die totale Bürokratisierung anzunehmen ist: Die Gewalt, mit der sich das System nach außen schützt:

> »Zugleich beharren viele Sozialtheoretiker darauf, der unmittelbare Gewalteinsatz spiele eine immer geringere Rolle, um die Strukturen sozialer Kontrolle aufrecht zu erhalten. Je mehr Berichte man darüber liest, wie etwa mit Elektroschockwaffen wegen unerlaubter Bibliotheksbenutzung gegen Studenten vorgegangen wird oder wie englische Professoren wegen verbotswidrigen Überquerens einer Straße auf dem Campus in Haft genommen und wegen eines schweren Vergehens angeklagt werden, umso lauter wird das trotzige Beharren darauf, dass gerade jene Arten subtiler, symbolischer Macht, die beispielsweise englische Professoren analysieren, eine zentrale Rolle spielen. Dass die Machtausübung so plump und einfach funktioniert, wie es der Augenschein nahelegt, gerät mehr und mehr zu einer verzweifelten Weigerung, genau dies zu akzeptieren.« (Graeber 2015/2017: 42)

Diese Beispiele zeigen, dass die Verregelung und Verrechtung im Zeichen einer totalen Bürokratisierung im Universitätsraum ebenso greifen wie im Rest der Gesellschaft. Es ist eine omnipräsente Struktur, die uns gesamtgesellschaftlich verbürokratisiert und die uns Bürokratie als Lebensraum wahrnehmen lässt, ohne dabei die Einschränkungen durch sie tatsächlich genügend zu reflektieren.

88 Graebers Analyse folgt im weiteren Verlauf federführend Widerspruchspraxen und distanziert sich zunehmend von dem Anspruch, eine Funktionslogik der Bürokratie weiter zu verfeinern. Die Widerspruchspraktik, die Graeber propagiert, ist durchaus klug und interessant, jedoch für die hier vorgelegte Analyse nicht zielführend, da anstatt der Graeber‘schen Kapitalismus- und Systemkritik ja die Universität vor dem Hintergrund der Bürokratie Beachtung finden soll.

5.5 Persiflage[2] – Ein neuer Chef & Tote Zonen der Phantasie

Um die vorangegangenen Ausführungen zur Bürokratie noch deutlicher und plastischer darzustellen, soll im Folgenden die in den vorigen Kapiteln bereits angekündigte Persiflage erfolgen. Persifliert werden dabei die öffentliche Verwaltung aus Luhmann'scher Perspektive sowie die Formalisierung des Todes aus Graeber'scher Sicht.

In der Fachzeitschrift *Verwaltungsarchiv* aus dem Jahr 1962 erstmals veröffentlicht und 2016 vom Suhrkamp Verlag als Brevier neu aufgelegt, beschreibt Niklas Luhmann in *Der neue Chef* in Form eines persönlichen Notats u. a. die Stimmungen vor, während und kurz nach der Staffelstabübergabe an eine/n neue/n Abteilungsleiter:in. Den Wechsel auf der Führungsebene von Behörden charakterisiert Luhmann als eines der »wenigen aufregenden Ereignisse im Verwaltungsalltag« (Luhmann 2016: 7), welches dafür sorgt, dass die Beamt:innen, die ansonsten einem Primat des unpersönlichen Arbeitsstils unterliegen, auf einmal Gefühle zeigen und die teilnehmenden Beobachter:innen dabei tief blicken lassen.

In solchen Phasen der sich anbahnenden Veränderung auf der Führungsebene »setzt die Arbeit [in der Abteilung; Anm. SR] fast aus, weil niemand recht weiß, was zu erwarten ist, und man findet für eine Weile in Gerüchten eine Art Ersatzsicherheit« (ebd.). Die Angestellten wollen nun also weder zu viel noch zu wenig leisten und sie wollen schon gleich gar nicht in einem *Schema F* die Arbeit erledigen, welches zuvor der u. U. noch amtierende, jedoch gesichert bald alte Chef eingeführt hat. Was wenn der neue Chef nun neue Ablage-, Kategorisierungs- und Umlaufverfahren vorzieht?

Im Moment des Unwissens bahnen sich die Analysen des eigenen Alltags in Form von Gerüchten ihren Weg. Rein wissenschaftlich ist der emotionale Erregungspunkt unterbelichtet, der Chefwechsel ist juristisch formaler Natur mit feststehenden Rechtsfolgen und verwaltungswissenschaftlich werden allenfalls Auswahlprobleme und Anlernkosten thematisiert: »Die emotionalen Probleme und Rückwirkungen unterschätzt sie [die Wissenschaft; Anm. SR], weil sie davon ausgeht, daß eine unpersönliche, generalisierte Einstellung zur Rolle des anderen ausreichende Verhandlungsgrundla-

ge sei« (Luhmann 2016: 9). Auf dieser unzureichenden Verhandlungsebene müssen sich die Angestellten behaupten, die den neuen Chef – hierarchisch betrachtet – von unten einlernen müssen, und der neue Chef begibt sich auf unsicheres Terrain, vor die Herausforderung gestellt, die eigene Unsicherheit nicht zu einer Typenbeschreibung seiner Person werden zu lassen. Vor diesem systemrelevanten Hintergrund sieht Luhmann an jener Stelle ein Analysefenster, welches im Sinne Webers nicht behandelbar ist, da das rationale Verwaltungsmodell mit der individuellen Emotionalität üblicherweise nicht verfährt (vgl. Luhmann 2016: 10).

Besonders herausfordernd für beide Seiten ist im Zuge des Chef-Wechsels laut Luhmann die geringe Toleranz geänderter Rollenprofile, die das soziale Gefüge eines Systems (wie dem Sozialsystem im Amt) zulässt. Die Abweichungen des neuen Chef im Vergleich zur/zum Vorgänger:in sollten effizienterweise geringgehalten werden, da sonst tiefgreifendere Umbaumaßnahmen notwendig werden können:

> »Solche Systeme können jedoch ein geringes Maß an Differenzierung nicht überschreiten. Die Aufnahmefähigkeit einer Person für verschiedene Rollen ist begrenzt. Sobald die Entwicklung zu spezielleren Rollen und damit zu größerer Differenzierung führt, müssen personale Rollenkombinationen zunehmend durch sachliche Rollenzusammenhänge ersetzt werden.« (Luhmann 2016: 13)

Es ist für den Takt der Abteilung also durchaus entscheidend, ob der neue Chef Fußball- oder Opernfan, Raucher oder Nichtraucher usw. ist. Jede neue Kombination bringt neue potenzielle Konflikte ins Amt, und auch wenn diese eventuellen neuen Allianzen und Befriedungen alter Konflikte entgegenstehen können, so ist doch eine nachhaltige Veränderung der Abteilungsdynamik erwartbar. Dabei erläutert Luhmann, dass das System der amtlichen Organisation derlei Konflikte strenggenommen formal verunmöglicht, da Zuständigkeiten, Kommunikationswege, Entscheidungsverhältnisse etc. so angelegt sind, dass sie formal-legitimen Erwartungen gerecht werden. Form, Sprache, Schrift – alles ist genormt und gibt ein »gewisses Grundgerüst der Orientierung […], sie zu akzeptieren ist Bedingung

für die Mitgliedschaft in der Organisation« (Luhmann 2016: 14). Dies zeigt nach Luhmann zwei Eigenheiten der Verwaltungskultur auf: 1. Die formale Erwartung an die Ausfüllung von Rollen ist hoch-spezifisch, unpersönlich und strikt Emotionen unterdrückend im sozialen Gefüge. 2. Eine Organisation kann aufgrund der menschlichen Grundgegebenheiten den eigenen formalen Bedingungen in der Praxis nicht genügen (vgl. Luhmann 2016: 15).

Dieser Schlussfolgerung Luhmanns schließt sich derweil eine weitere Feststellung an, deren Tragweite durchaus als eklatant bezeichnet werden kann, denkt man an den Einfluss von Führungspositionen unter der Verschlagwortung einer Gestaltungskompetenz:

> »In jeder Organisation entwickelt sich daher unter der formalen eine informale Ordnung mit eigenen Rollen, mit individueller geformten, persönlicheren Erwartungen, mit kleineren Gruppen und Cliquen, die brauchbare Abweichungen in ihrem Kreise legitimieren, Machtschwerpunkte bilden und ihre Mitglieder in allerlei Fehden unterstützen. Eine solche informelle Ordnung ist typisch nicht zweckspezifisch, sondern personal orientiert. […] Wenn damit auch ihr »Thema« weitgehend von der formalen Organisation vorgezeichnet wird, bilden sich im informalen Bereich doch selbstständige Normen und Institutionen, die keinen eindeutigen Bezug zur formalen Organisation haben. Sie können ihr sowohl schaden als auch nützen.« (Luhmann 2016: 16/17)

Luhmann legt hier mit seiner Analyse des Chefwechsels sozusagen das menschliche Antlitz der Verwaltungsapparatur frei. Obwohl eine Organisation wie ein Amt hochgradig formal strukturiert ist, beeinflusst der informelle Grad die Funktion der Organisation in entscheidendem Ausmaß. Für den neuen Chef ist der informelle Grad u. U. sogar ausschlaggebender als der formelle Grad. Dies liegt schlicht daran, dass der formelle Grad nur in langwieriger Analyse und streng genommen auch nur retrospektiv Bewertung erfahren kann. Der informelle Part allerdings kann spontan und subjektiv erfahren und bewertet werden (vgl. Luhmann 2016: 18 ff.). Kurzum: Nach zwei Monaten können die Angestellten sehr wahrscheinlich noch kein Urteil bzgl. der professionellen Weichenstellungen durch den neuen Chef

fällen, wohl aber können informelle Beurteilungen erfolgen. Es greift die umgangssprachliche Formel: *Ob er seinen Job gut macht, weiß ich nicht, was ich aber sagen kann …*

Die formalen wie informellen Annahmen werden nun von einer Reihe von Faktoren beeinflusst, und zwar vor, während und nach dem Chefwechsel. So ist es etwa von entscheidender Bedeutung, weshalb der alte Chef ausgeschieden und der neue Chef eingesetzt wurde (vgl. Luhmann 2016: 24 ff.). Handelt es sich um eine Strafversetzung, Beförderung, Pensionierung? Ist der Personalwechsel ein Akt im Zeichen der fachlichen Profilierung oder handelt es sich um eine politische Rochade? Ebenfalls von großer Bedeutung erscheint die Frage, ob der neue Chef von außen in die Behörde hineinkommt oder ob er ein der Behörde bereits Vertrauter ist. Der fremde Chef bringt »Einstellungen und Erwartungen mit, die nicht unter sozialer Kontrolle der Gruppe gebildet sind« (Luhmann 2016: 27), wird aber gleichwohl mit dem Problem konfrontiert, typischerweise aufgrund fehlender persönlicher Bekanntheit »nicht die Informationen, die er zu einem informalen Regiment braucht« (Luhmann 2016: 28), zu erhalten. Natürlich sind diese Vor- und Nachteile stark verkürzt und in der Summe wahrscheinlich so vielfältig wie es zwischenmenschliche Beziehungen nur ermöglichen. Die Erwartungen sind in jedem Fall immens:

> »Sehr häufig läßt sich darüber hinaus beobachten, daß solche Kontrasterwartungen zur Verallgemeinerung drängen. Wenn der neue Chef ein anderes Etikett trägt, wird erwartet, daß er in jedem Falle anders entscheidet. Die bisher Unterdrückten schöpfen neue Hoffnung, alte aussichtslose Anliegen werden wieder vorgetragen. Selbst der Vorgänger wird in dieses Schema gepreßt und in Kontrast zu den gegenwärtigen Problemen neu interpretiert.« (Luhmann 2016: 33)

So wird retrospektiv aus dem ehemals als unfähig verbuchten Ex-Chef u. U. auf einmal ein Verlust für Amt und Würden. In jedem Fall zeigt die bis hierhin rekonstruierte Fallstudie Luhmanns auf unterhaltsame Art auf, wie menschlich, emotional und subjektiv doch die Bürokratie mitbestimmt ist und dies wohl wissend im Widerspruch zum formellen Anspruch der Neut-

ralität. Diese systemtheoretische Praxiseinlassung ist eine Skizze dessen, was Luhmann unter Rekurs auf Weber zuvor ausformulierte. Es ist die Beschreibung der systemimmanenten Interaktion mit den Umwelten, die anhand des Chefwechsels die Einflussnahme auf das Erleben und Handeln der rationalen Bürokrat:innen aufzeigt.

Die zweite Persiflage auf die Bürokratie ist ebenfalls als Zeitschriftenbeitrag erstmalig publiziert worden. Unter dem Titel *Tote Zonen der Fantasie – Ein Essay über strukturelle Dummheit* erschien 2016 in der Zeitschrift *Merkur* ein zehnseitiger Aufsatz David Graebers, in dem dieser die bürokratische Prozedur – oder besser Tortur – analysiert, die er im Laufe der letzten Lebensjahre und über den Tod seiner Mutter hinaus erlebt hatte. Konkret beschreibt Graeber folgende Situation: Seine Mutter erlitt 2006 einen Schlaganfall, woraufhin sie nicht mehr allein in ihrer Wohnung leben konnte. Ein staatlich angestellter Sozialarbeiter erklärte Graeber daraufhin, dass er Unterstützung über das staatliche *Medicaid-Program* beantragen könne, das Vermögen der Mutter dafür jedoch nachweislich unter 6000 US-Dollar betragen müsse. Um also einen Antrag auf Pflegehilfe stellen zu können, hoben Graeber und seine Mutter die Ersparnisse der Mutter vom Konto ab, um das nachweisliche Vermögen unter die Grenze von 6000 US-Dollar abzutragen:

> »Wir hoben ihre Ersparnisse ab – was streng genommen wohl ein Betrug war, wenngleich ein sehr eigenartiger Betrug, da die Regierung Tausende Sozialarbeiter beschäftigt, deren Hauptaufgabe anscheinend darin besteht, den Leuten zu erklären, wie sie diesen speziellen Betrug begehen können.« (Graeber 2016: 34)

Es folgte jedoch direkt ein zweiter Schlaganfall, der Graebers Mutter nun derart in Mitleidenschaft zog, dass sie bettlägerig wurde und in ein Pflegeheim musste. Hierfür bekam sie nun Geld von der Sozialversicherung, diese überwies das Geld direkt auf das Konto der Mutter. Um die Bezahlung des Heims abwickeln zu können, brauchte Graeber nun eine Vollmacht für das Konto seiner Mutter. Zwar hatte er bereits ein Dokument, welches ihn – von der Mutter bei der Bank zur Kontoeröffnung eingesetzt – als Begünstigten mit Vollmacht auswies, doch galt dies nur im Todesfall der Mutter.

Er bekam daraufhin die notwendigen Formulare der Bank, die eine solche Kontovollmacht organisieren, und musste diese nun im Pflegeheim von seiner Mutter – unter Anwesenheit einer Notarin – unterschreiben lassen. Während des ersten Termins behauptete die Notarin des Pflegeheims, die Unterschrift Graebers selbst wäre ausreichend, wenn das Dokument notariell beglaubigt wird. Graeber berichtet von Zweifeln, die ihm in diesem Moment kamen, jedoch widersprach er nicht, die Autorität der Notarin damit würdigend. Die Bankmitarbeiterin zeigte sich von der Annahme der Notarin jedoch überrascht, versprach jedoch, es zu Graebers Gunsten prüfen zu lassen. Letztendlich erklärte sie nach Rücksprache mit dem Bankmanager jedoch, dass die Unterschrift der Mutter zwingend notwendig sei. Mit einem neuen Satz Formulare ging Graeber somit zum zweiten Mal ins Pflegeheim, um dort notariell beglaubigt die Formulare auszufüllen und zu unterschreiben. Diesmal mit der Unterschrift der Mutter (ebd.).

Zurück bei der Bank, wurde Graeber auf zwei erneute Formfehler hingewiesen: Zum einen war seine Unterschrift in dem Feld, in dem er seinen Namen mit Druckbuchstaben ausschreiben sollte und die Druckbuchstaben waren im Unterschriftsfeld. Er vertauschte also zwei Zeilen. Wieder war es eine nette Bankmitarbeiterin, die prüfen lassen wollte, ob dieser Fehler tatsächlich ein Grund zur Aussetzung des Verfahrens war. Diesmal kam der Bankmanager direkt auf Graeber zu und informierte diesen, dass ein ärztliches Attest fehle, welches bestätigt, dass die Mutter die Bankfiliale nicht persönlich aufsuchen könne. Von einem solchen Attest war laut Graeber zuvor noch nie die Rede, woraufhin der Bankmanager Graeber aufforderte, den/die Sachbearbeiter:in zu nennen, die dies angeblich unterschlagen hatte. Da Graeber die Bankmitarbeiter:innen bislang jedoch persönlich allesamt als nett und bemüht empfand und er sie nicht schädigen wollte, denunzierte er sie vor dem Bankmanager nicht, trat stattdessen den Rückzug an und verließ die Bank erneut mit einer Handvoll neuer Blankodokumente, die es notariell auszufüllen galt, um sie dann mit einem zusätzlichen Attest bei der Bank einzureichen. Bevor Graeber einen dritten Termin mit der Notarin im Pflegeheim vereinbaren konnte, verstarb seine Mutter. Eine Vollmacht war nun nicht mehr notwendig, die Begünstigtenklausel der Kontoeröffnung war nun ja rechtskräftig (Graeber 2016: 35 ff.).

Nachdem Graeber diese Geschichte samt der Darlegung seiner emotionalen Höhen und Tiefen dargelegt hat, begibt er sich auf eine analytische Spurensuche im Zeichen der Frage, warum so vieles schieflaufen konnte:

> »Öffentliche und private Bürokratien sind anscheinend – aus welchen historischen Gründen auch immer – so organisiert, dass ein nennenswerter Teil ihrer Akteure nicht in der Lage ist, ihren Anforderungen zu entsprechen. In diesem Sinne habe ich einmal geschrieben, Bürokratien seien utopische Formen von Organisation. Utopisten, so sagt man doch, glauben naiv an die menschliche Vollkommenheit und weigern sich, Menschen so zu sehen und zu nehmen, wie sie tatsächlich sind. […] Das Problem, so erkannte ich, bestand nicht darin, zu wenig Energie aufgewendet zu haben, sondern dass den Großteil meiner Energie Personen aufzehrten, die in einem konkreten Augenblick bürokratische Macht über mich zu besitzen schienen. Diese Bürokraten versuchte ich zu verstehen und zu beeinflussen – obwohl ich in Wirklichkeit nur ein oder zwei lateinische Worte richtig interpretieren und bestimmte mechanische Funktionen korrekt hätte ausführen müssen.« (Graeber 2016: 37)

Diese erste Reflexion zielt auf das von Weber und Luhmann beschriebene Wesen der Bürokratie ab, das Emotionen ausklammert und sich mechanisch-rational dem Prozessmanagement zuwendet. Hätte Graeber einfach nur aufmerksam das Formular gelesen und den Angaben gemäß ausgefüllt, wären ihm die Fehler nicht unterlaufen. Womöglich – darauf geht Graeber nicht weiter ein – hätte er an irgendeiner Stelle im Kleingedruckten auch einen Hinweis auf das ärztliche Attest gefunden. Stattdessen hat sich Graeber jedoch zwischenmenschlich dem Bürokratieprozess genähert, in einem ersten Schritt der Notarin vertraut, obwohl ihm sein Bauchgefühl schon davon abriet und in einem zweiten Schritt die nette Bankmitarbeiterin trotz Fehlinformation gedeckt. Warum also hat sich Graeber auf die Menschen im Prozess eingelassen, anstatt sich voll und ganz den Formularen hinzugeben? Oder anders gefragt: Warum hat Graeber von einem ausgiebigen Studium der Formulare abgesehen? Graeber sieht die Antwort auf diese Frage in der Ausgestaltung der Formulare, die seiner Analyse nach – bürokratisch

gewollt – immer langweiliger wird. Gleichzeitig wird die Bedeutung von Formularen immer größer, sie stellen ethologisch betrachtet den rituellen Abschluss-Akt dar, der über Leben und Tod im Anschluss an Taufen und Einäscherungen waltet:

> »Meine Mutter beispielsweise hatte gewünscht, ohne feierliche Zeremonie eingeäschert zu werden. Das Bestattungsunternehmen ist mir hauptsächlich durch einen dicken, gutgelaunten Angestellten in Erinnerung, der zusammen mit mir ein 14 Seiten umfassendes Dokument ausfüllte, damit eine Sterbeurkunde ausgestellt werden konnte. Das Dokument wurde mit Kugelschreiber auf Durchschlagpapier ausgefüllt, und schließlich lag es in dreifacher Ausfertigung vor. »Wie viele Stunden sind Sie täglich mit dem Ausfüllen solcher Formulare beschäftigt?«, fragte ich den Mann. Er seufzte. »Ich tue praktisch nichts anderes«, antwortete er und hielt eine Hand hoch, die wegen eines beginnenden Karpaltunnelsyndroms eingebunden war. Er musste das tun. Ohne diese Dokumente würde niemand – weder meine Mutter noch ein anderer Verstorbener, der hier eingeäschert wurde – rechtlich und damit auch gesellschaftlich als tatsächlich tot gelten.« (Graeber 2016: 38)

14 Seiten lang ist das Dokument, welches der Bestatter mit Graeber abarbeiten muss. Das Management des Todes bringt dem Bestatter sogar gesundheitliche Beeinträchtigung – ein Karpaltunnelsyndrom – ein. Was wie Realsatire klingt, ist auch in Deutschland Alltag. Leben und Sterben, Schulbesuche, Hochzeiten uvm. sind soziale Highlights im Leben, die durch solche oder ähnliche bürokratischen Formalakte beschlossen werden. Und weil die Formalakte und damit die Formulare immer mehr werden, werden sie auch immer zentrierter auf den Inhalt und auf die Weiterverarbeitung ausgelegt. Damit werden sie auch langweiliger. Und obwohl sie von so großer Bedeutung für eine Betrachtung der Menschheit sind, erfahren sie kaum wissenschaftliche Beachtung. Auch hier sieht Graeber die Langeweile als ausschlaggebend an. Während man das rituelle Umfeld einer Beerdigung beschreiben und im Zuge dessen Gespräche bei der Beerdigung, Blicke, Ge-

räusche usf. analysieren kann, bieten Formulare kaum Platz für spannende Untersuchungsfragen:

> »Wie und in welcher Farbe sind die Formulare gehalten? Warum werden bestimmte Informationen erfragt, andere nicht? Warum muss der Geburtsort angegeben werden, nicht aber der Ort, wo der oder die Verstorbene die Grundschule besucht hat? Was ist so wichtig an der Unterschrift? Aber dann gehen auch dem einfallsreichsten Kommentator schnell die Fragen aus.« (Graeber 2016: 39)

Daraus entsteht jedoch ein großes Problem, bei dem u. a. die Wissenschaftler:innen der freien Gesellschaft zur Seite stehen sollten, sich aber stattdessen zurückziehen. Die Bürokratie durchdringt immer mehr den Alltag und Lebensraum aller – und doch bleibt sie so dürftig erforscht. Sie bescheidet über Leben und Tod, über karrieristischen Aufstieg und Fall, über Krankheit und Gesundheit uvm., doch die Langeweile, die der bürokratischen Erscheinungsform zu eigen ist, hält die Wissenschaft scheinbar von der Analyse ab (vgl. Graeber 2016: 40 ff.).

So bleibt ein System der zunehmenden Distanzierung als gesellschaftsgestaltendes Element verankert und Erlebnisse wie das von Graeber beschriebene weiterhin alltäglich und in ihrer Eigenheit weitestgehend unbestimmt. In dieser Unbestimmtheit können derweil Großereignisse dafür sorgen, dass die Sorgen bürokratieunbedarfter Bürger:innen zunehmen – man stelle sich beispielsweise einen Chefwechsel bei der Bank vor, die Graebers Vollmachtsszenario verantwortete. Vielleicht war es auch ein solcher Wechsel, der den Manager zu der Hartnäckigkeit veranlasste, auf ein Attest zu insistieren, von dem die Notarin nichts wusste. Für diesen Moment bleibt festzuhalten, dass der informelle Part von Verwaltungen offenbar eine entscheidende Einflussnahme haben kann und dass dies für die um Entscheidung Bittenden von größter Bedeutung sein kann. Es ist dann das Irrationale des Informellen, dass das formale System der Rationalität ins Wanken bringt.

5.6 Drittes Resümee

Jede Herrschaft im Alltag ist primär bürokratischer Natur, ist ein Verwaltungsakt. Mit Blick auf Präzision, Stetigkeit, Zuverlässigkeit und Disziplin sowie mit Blick auf die universelle Anwendbarkeit der Bürokratie, stellt sie die »formal rationalste Form der Herrschaftsausübung« (Weber 1921/1972: 128) dar.

Diese kurze Zusammenfassung Max Webers Kerngedanken zur Bürokratie vermag schon einen sehr eindringlichen und eingängigen Überblick über die Funktion und Funktionslogik von Verwaltungen zu geben. Die daran anschließende Vorstellung Luhmanns Gedanken verdeutlichte nachdrücklich, wie universal die bürokratische Natur ist. Nicht nur, dass sich die Bürokratie im Alltag manifestiert, unterstreicht Luhmann, er zeigt über Weber hinweg auf, wie die Bürokratie aufgrund einer ihr zuzusprechenden Rationalität eine gewisse Leistungsfähigkeit mitbringt, die dafür sorgt, dass die Bürokratie Gegenstand im expliziten wie impliziten einer jeden Wissenschaftskultur zu sein scheint. Eine genuine Bürokratieforschung auszumachen, scheint somit schwer möglich. Ihre Rationalität hat sie der wirtschaftlichen Organisation entlehnt, die Bürokratie erscheint im Luhmann'schen Sinne als System der rationalen Betriebsführung. David Graeber zeigt sich mit seiner Analyse anschlussfähig an Weber wie an Luhmann, dabei konzentriert sich Graeber insbesondere auf eine analytische Ausbuchstabierung der Rationalität Luhmann'scher Bürokratie und verwebt dies mit einer kritischen politikwissenschaftlichen Zeitdiagnose. Graeber folgt der Bürokratie in ihrer ordnenden Rationalität (im Sinne Webers), die einer betriebswirtschaftlichen Logik entlehnt ist und sich streng formal wie prozessoptimierend gibt (im Sinne Luhmanns), dabei jedoch den Fokus darauf scharf stellend, welche politischen Motivatoren diese Machttechnik tragen. Dabei zeigt er, dass die Bürokratie im heutigen Sinne eine kapitalistische Technologie darstellt, die eine Eigendynamik entwickelt hat, die den Leser:innen dieser hier vorgelegten Analyse unter Rückgriff auf Luhmann wohl systemtheoretisch konsequent erscheinen mag.

Damit ist ein Schnelldurchlauf – mit den damit verbundenen Oberflächlichkeiten – zu den zuvor im Detail vorgestellten drei Denkern und

deren Bürokratieforschung erfolgt. Die persiflierten Analysen von Luhmann und Graeber verdeutlichten den informellen Grad des Formalakts und betonten das subjektive/menschliche Moment im bürokratischen Prozess. Dabei erscheint vor dem Hintergrund dieser Untersuchung insbesondere der Einwand Graebers wichtig, welcher sich an die Wissenschaft und deren fehlende Begeisterung für eine eingehende Untersuchung der Bürokratie richtet, relevant.

Insbesondere Formulare bzw. die Arbeit mit diesen als ausführende Instanz bürokratischer Prozesse geht der wissenschaftlichen Betrachtung im Grau-Grau der Ödnis unter. Dabei – so Graebers These – ist es nicht per se die Langeweile, die so oft als Schutzschild vor wissenschaftlicher Revision dient – es ist vielmehr die vermeintlich fehlende inhaltliche Verdichtung, die man Formularen und sonstigen bürokratischen Vorgängen vorschnell zuschreibt. Ein wichtiger Untersuchungsgegenstand wird somit als unterkomplex und – salopp gesprochen – als *unsexy* wahrgenommen. Unsexy in eben dem Sinne, dass ein derartiges Forschungsprojekt den dahinterstehenden Wissenschaftler:innen höchstwahrscheinlich keine hohe Beachtung zutragen würde:

> »Clifford Geertz wurde bekannt durch seine »dichte Beschreibung« balinesischer Hahnenkämpfe. Damit wollte er demonstrieren, dass man, wenn es gelänge, alles zu entschlüsseln, was in einem solchen Kampf enthalten ist, imstande wäre, die gesamte balinesische Gesellschaft zu verstehen. Dichte Beschreibung fördert konzeptionelle Muster des Menschseins, der Gesellschaft, der Hierarchie, der Natur, aller grundlegenden Leidenschaften und Zwangslagen der menschlichen Existenz zutage. Eine solche Analyse eines Hypothekenantrags wäre schlicht unmöglich, ganz gleich, wie umfangreich er wäre. Und selbst wenn ein mutiger Forscher eine solche Analyse erstellen sollte – nur um zu beweisen, dass es möglich ist –, würde sie so gut wie niemand lesen wollen.« (Graeber 2016: 40)

Herausragende Wissenschaftler:innen der vergangenen Jahrhunderte – Graeber führt hier u. a. Max Weber, Theodor W. Adorno und Michel Foucault ins Feld – haben diese Crux bereits erkannt, doch folgen die Kol-

leg:innen diesen Spuren nur ungerne und unstet. Und so kommt Graeber zu einem nahezu dramatischen Fazit, welches er im Anschluss an seine gescheiterten Bürokratieerlebnisse fällt:

> »Der Mangel an kritischen Werken ist besonders auffällig, weil man oberflächlich betrachtet annehmen könnte, Wissenschaftler seien dafür prädestiniert, über die Absurditäten des bürokratischen Lebens zu sprechen. Schließlich sind sie bereits vielfach oder werden immer häufiger auch selbst Bürokraten. »Administrative Zuständigkeiten«, Teilnahme an Gremiensitzungen, Ausfüllen von Formularen und Verfassen von Bittbriefen, den Launen kleiner Fakultätsleiter entgegenkommen – all dies verschlingt einen wachsenden Teil der Zeit eines durchschnittlichen Wissenschaftlers. Wissenschaftler sind aber auch widerwillige Bürokraten, in dem Sinne, dass sie Verwaltungsarbeit, auch wenn sie fast die einzige Tätigkeit eines Professors darstellt, stets als etwas behandeln, das ihnen aufgedrängt wird – nicht als etwas, für das sie ausgebildet sind, und als eine Arbeit, über die sie sich definieren. Sie sind Gelehrte – Menschen, die forschen, analysieren und Dinge interpretieren –, die schleichend zu gelehrten Geistern mutieren, die in einem bürokratischen Körper gefangen sind. […] Wissenschaftler und Intellektuelle fühlen sich zu Bereichen der Dichte hingezogen, in denen sie ihre interpretatorischen Fähigkeiten am besten anwenden können. Wir erachten etwas Interessantes für wichtig und halten Orte der Verdichtung auch für Orte der Macht. Die Macht der Bürokratie zeigt, wie häufig genau das Gegenteil der Fall ist.« (Graeber 2016: 42/45)

Natürlich ist Graebers Ausgangspunkt der Wissenschaftsanklage richtig, der Universitätsalltag ist – wie auch alle anderen großen gesellschaftlichen Organisationen – von Bürokratie durchzogen. Es ist diese Feststellung, die zu der hier vorliegenden Analyse motivierte. Es ist sicherlich auch nicht verkehrt, dem Großteil der Wissenschaftler:innen die Muse für die alltäglichen Bürokratiemanöver abzusprechen. Das dies ein vielschichtiges Problem ist, liegt auf der Hand. »Gut gemanagte Institute werben durch gute Forschung Geld ein« (Hoyningen-Huene 2021: A. XL), lautet ein Credo von Paul

Hoyningen-Huene, welches zeigt, wie wesentlich das Management und in diesem Zuge eben auch die Bürokratie inzwischen für den Alltag der Wissenschaftler:innen ist. Doch werden die Wissenschaftler:innen dafür nicht ausgebildet, es ist nicht ihre Profession Kostenstellen zu managen, geschweige denn Institute. Umso erstaunlicher erscheint vor diesem Hintergrund die Feststellung Graebers, dass viele Wissenschaftler:innen trotz der vielzähligen eigenen bürokratischen Konfrontationen im Alltag die Bürokratie an sich nicht stärker untersuchen. Ob es nun an der vermeintlich fehlenden Dichte möglicher empirischer Gegenstände wie Formularen fehlt, sei an dieser Stelle dahingestellt. Dass auch Professor:innen nicht vor dem Gedeih und eben auch Verderb der bürokratischen Formfehler gefeit sind, konnte Graeber mit seiner Erzählung zur Vollmachtsbeantragung eingänglich darlegen.

Zur Funktion und zur Funktionslogik von Verwaltungen wurde nun ausführlich reflektiert, nun gilt es in einem nächsten Schritt, die universitären bürokratischen Strukturen näher zu erläutern. Welche Verwaltungsmodalitäten ordnen den Universitätsalltag? Wie sehen die Aufgaben des universitären Wissensmanagement aus? Diesen und weiter ausdifferenzierten Fragen wird das kommende Kapitel nun insofern nachspüren, indem Spannungsfelder zeitgenössischer Analysen universitärer Strukturen nachgezeichnet und vor dem Hintergrund der bisherigen Ausführungen innerhalb dieser Analyse besprochen werden.

6. Spannungsfelder universitärer Wissensverwaltung

Im Untertitel dieser hier vorgelegten Studie ist von *Pluraler Erkenntnis* und *universitärer Wissensverwaltung* zu lesen. Weshalb Erkenntnis im Plural zu verstehen ist, wurde bereits erschöpfend dargestellt. Auch der Universität als Institution per se und dem grundlegenden Charakter von Verwaltungsstrukturen im Allgemeinen wendete sich diese Untersuchung bereits recht erschöpfend zu. Was nun noch aussteht, ist die Darlegung eben jener Momente, in denen die Organisation der Universität in ihrer Funktion der Verwalter:in von Wissen und der Erkenntnis auftritt. Konkret: In welchen Momenten trifft das universitäre Verwaltungssystem überhaupt auf das universitäre Kerngeschäft – die *Produktion* und *Weitergabe* von Wissen sowie die Bildungsarbeit?

Die Darstellungen des vorangegangenen Kapitels, insbesondere der historische Abriss wie die Rekonstruktion der Weber'schen Ausführungen haben gezeigt, dass das organisierte Verwalten – die Bürokratie – eine scheinbare Konsequenz komplexerer Situationsbewältigung zu sein scheint. Ob nun der Pyramidenbau, die Olympischen Spiele oder die Großproduktion kapitalistischer Wirtschaftssysteme – im Hintergrund war und ist es bis heute ein Bürokratieaufwand, der für Ordnung sorgt und eine planmäßige Abstimmung garantiert. Auch Universitäten sind heute Großbetriebe und verfügen daher folgerichtig über große Verwaltungsabteilungen. Es sind die Mitarbeiter:innen in den Verwaltungsabteilungen, die den Fakultäten das Feld bestellen, dort greift dann ein System, welches als Selbstverwaltung firmiert. Das Schlagwort der *universitären Selbstverwaltung* wird insbesondere auch dann gerne argumentativ ins Feld geführt, wenn es um die Freiheit und Unabhängigkeit der Wissenschaft geht. Gemäß dem Motto: *Wer sich selbst verwaltet, der ist nicht fremdbestimmt – und also frei.* Doch: Wer verwaltet eigentlich was? Wer finanziert was? Wie verhält es sich mit der

Wissenschaftsfreiheit, wenn doch Dritte über die Finanzen der Forschung bestimmen? Es wird schnell klar, dass viele Knotenpunkte existieren, die es zu entwirren gilt, möchte man sich der Frage nach der tatsächlichen Selbstbestimmung über eine solch ökonomisch-engmaschige Art nähern.

Neben dem schier unüberschaubaren Aufkommen individueller Abkommen der Hochschulen sind auch die Gesetzeslagen im bundesdeutschen Föderalismus mit Blick auf die Finanzierung und Mitsprache der universitären Haushalte von relevanter Bedeutung. Somit ist klar, dass das alleinige Darstellen der bundesdeutschen Situation bereits unter diesen Parametern im Angesicht einer monographischen Darlegung wie dieser zum Scheitern verurteilt wäre. Zu groß, zu unübersichtlich, zu aktualitätsgetrieben wären die Daten, die empirisch aufgearbeitet und ausgewertet werden müssten. Und dann stünde im Weiteren wohl zur Diskussion, ob ein solches darstellendes Klein-Klein des bürokratischen Ist-Zustandes dem Vorhaben einer wissenschaftstheoretischen Fußnote überhaupt zuträglich wäre. Stattdessen wird der Fokus nun also auf eine weitergefasste Analyseebene scharf gestellt und die Konzentration stattdessen auf Spannungsfelder hin gebündelt, die im Verhältnis von Wissenschaft als einem erkenntnistheoretischen Unternehmen und Wissenschaft als einer Organisation stehen. Die Bestimmung dieser Spannungsfelder ist dabei kein originelles Produkt dieser Analyse, vielmehr wurden diese anderen zeitgenössischen Überlegungen zum Zustand der Universitäten entnommen und bestenfalls in einem erweiternden Sinne modifiziert.

Die folgenden Gedanken sind also jeweils für sich zu betrachten, die Spannungsfelder werden demnach nicht in einem besonderen systematischen Ansinnen geordnet o. ä. Es geht vielmehr darum, durch die verschiedenen Perspektiven eine Vorstellung für die grundlegende Problematik der aktuellen universitären Wissensverwaltung zu bekommen. So eint die Spannungsfelder eben dies, dass sie alle eine verwaltete Wissenschaft zu er- und begreifen versuchen.

Das methodische Schema F dieser Untersuchung löst sich derweil an dieser Stelle etwas aus seinem in Kapitel *2.1.2* besprochenem Korsett. Dies liegt schlicht daran, dass das historische Fundament der universitären Wissensverwaltung bereits partiell dargestellt wurde – konkret 1.) durch die Aus-

führungen zur Erkenntnis innerhalb des dritten Kapitels, sowie 2.) durch die Ausführungen zur Universität als Organisation innerhalb des vierten und 3.) durch die Beschreibung der Funktionslogik der Verwaltung innerhalb des fünften Kapitels. Ein historisches Bewusstsein wurde also bereits im Vorfeld bedacht und etabliert, woraufhin nun eine kritische Reflexion den direkten Einstieg in die Auseinandersetzung mit der universitären Wissensverwaltung erfährt.

Kurzum: Es folgt eine Rekonstruktion von drei aktuellen Kritiken innerhalb der Folgekapitel *6.1*, *6.2* und *6.3,* diesen kommt in Kapitel *7* eine Kritik hinzu, die im Zuge dieser Analyse immer wieder als *wissenschaftstheoretische Fußnote* Bezeichnung fand und – ergänzt um einige Thesen, entlang derer Konsequenzen der hier vorgelegten Analyse diskutiert werden können – den Schlusspunkt dieser Untersuchung bilden wird.

6.1 Zwischen Selbstverwaltungs- und Managementmodell

Bei Sichtung der hochschulökonomischen und hochschulsoziologischen Literatur zur Hochschulverwaltung fällt auf, dass keineswegs Einigkeit und Klarheit darüber besteht, welche Firmierung man der heute üblichen Hochschulverwaltung zuschreibt. Es ist klar, dass es solche genuinen Verwaltungen in wohl jeder Hochschulform gibt, weniger klar ist, in welcher Ausformung. Prominent verhandelt werden dabei insbesondere die Selbstverwaltung als Leitbild der Hochschulverwaltung sowie das Managementmodell.

Die Selbstverwaltung erscheint hier als Idealtypus vor dem Hintergrund der modernen Universität und ihrem autonomen Ideal. Unter Rückgriff auf die hier vorgelegte Untersuchung könnte die Selbstverwaltung etwa als Verwaltungsideal der Institution zugeschrieben werden. Das Managementmodell wird als moderner Organisationsansatz verstanden, der »nach dem Leitbild des New Public Management (NPM) für ein reformiertes Universitätssystem steht« (Bogumil et al. 2013: 49). Die folgenden Ausführungen beleuchten dieses Spannungsfeld federführend anhand der Studie *Neue Steuerung von Universitäten – Evaluierung von Governance-Reformen*

des deutschen Universitätssystems, in der (im Zeitraum von Mai 2009 bis April 2012) diverse Politikwissenschaftler:innen, Soziolog:innen und Jurist:innen die Ausgestaltung des durch die Bologna-Reformen initiierten neuen Governance-Regimes für das deutsche Hochschulsystem untersucht haben.

In den Debatten rund um die Frage nach der Universitätsverwaltungsform steht oft auch der Begriff *Governance* im Fokus (vgl. u. a. Krücken 2017; Bogumil et al. 2013; Nickel 2011). Governance ist als Fachbegriff in den Geistes- und Gesellschaftswissenschaften sowie der Ökonomie fest etabliert und zielt auf übergeordnete Zielbestimmungen ab. Bogumil et al. halten die begriffliche Bestimmung sehr kurz, wenn sie schreiben: »Im Fokus der Governance-Perspektive steht die Vorstellung, dass neben staatlichen Regulierungsmechanismen auch Selbstregulierungsmechanismen in der Steuerung und Koordination gesellschaftlicher Subsysteme wirken« (Bogumil et al. 2013: 49).

Im Detail bedeutet dies, dass staatliche Vorgaben in der Summe der Entscheidungen der eingegliederten Subsysteme – das wären im Falle Bogumil et al. sowie auch im Falle der hier vorgelegten Analyse die Universitäten – immer noch sichtbar sind und die Entscheidungen in diesem Sinne als vernünftig angesehen werden können. Die Subsysteme können dabei Eigeninteresse wie Gemeininteressen verfolgen, womit die Regelgeleitetheit für die Entscheidungsfindung von äußerster Wichtigkeit ist. Es gilt also sicherzustellen, dass, selbst wenn alle Entscheidungsträger:innen als Komplex der Subsysteme im Maximalen die Eigeninteressen verfolgen, in der Gesamtschau eine Entscheidung auszumachen ist, die dem Gusto des Gesamtsystems, also den Gemeininteressen, entspricht. Dies ist durchaus rückkoppelbar an die Weber'sche Argumentation des *regelbasierten Entscheidens*, wenngleich im Governance-Ansatz nun die Ausnahmen des Entscheidens gegen die Vorgaben sozusagen zur einkalkulierten Größe werden. Den Governance-Begriff konkret im Institutions-Organisations-Spannungsfeld zu verorten, fällt schwer. Wahrscheinlich müsste man hierbei eine Wirkung aus der Organisationsperspektive auf die Institutionsperspektive diskutieren, die im Verständnis dieser Analyse aber fast einer Umkehrung des ideellen Ausgangspunktes der Organisation gleichkäme. Zielführender erscheint daher eine Diskussion auf Anwendungsebene in dem Sinne, dass der

Gouvernance-Ausgangspunkt, also der Staat als Taktgeber, mit Blick auf die Universität in den Fokus gerückt wird.

Um die Frage zu beantworten, wo sich die Universitätsverwaltung im Spannungsfeld von Selbstverwaltung und Managementmodell befindet, muss also der Umgang der Universitäten mit den staatlichen Regulierungen Betrachtung erfahren. Der grundlegend hierarchischen Beziehung zwischen dem Staat und den Universitäten wird im Selbstverwaltungsmodell mit einer Kombination aus staatlichen Regelungsmechanismen und akademischer Selbstverwaltung begegnet. Das bedeutet, dass der Staat Haushaltsangelegenheiten regelt und die akademische Selbstverwaltung über Forschung und Lehre bestimmt. Im Managementmodell »sind dagegen die Mechanismen zielbezogene Außensteuerung durch externe Stakeholder, hierarchisch-administrative Selbststeuerung und Wettbewerb dominant« (Bogumil et al. 2013: 51). Die hierarchisch-administrative Selbststeuerung umschreibt hier die zunehmende Stärkung monokratischer Leitungsorgane wie sie beispielsweise Rektor:innen, Kanzler:innen oder Dekan:innen darstellen gegenüber den Kollegialorganen wie beispielsweise dem Senat oder Fakultätsrat. Eine auf den ersten Blick vielleicht unwesentliche Unterscheidung der Studie ist durchaus elementar, nämlich die Differenz zwischen Selbstverwaltung und Selbststeuerung: Verkürzt kann dieser Unterschied zu diesem Zeitpunkt so reduziert werden, dass die Selbstverwaltung dafür sorgt, dass alles läuft, und die Selbststeuerung darüber hinaus möchte, dass alles besser/effizienter gesteuert wird/ läuft.

Während der Staat also im Rahmen der staatlichen Regulierung via Struktur- und Prozesssteuerung den Haushalt regelt, erfolgt der Eingriff hier extern durch Stakeholder – also durch den Staat und gesellschaftliche Akteure – via »Zielvereinbarungen oder formelgebundene Mittelvergabe« (ebd.). Die Folge daraus ist, dass der Selbstregelungsmechanismus der akademischen Selbstverwaltung einer zielbezogenen Einflussnahme durch die Gesellschaft als Konvolut staatlicher und wirtschaftlicher Interessen weicht: »Dies soll vor allem durch Hochschulräte erfolgen. Durch diese erhofft man sich eine Öffnung der Hochschulen gegenüber den Bedürfnissen der Gesellschaft und die Generierung externen Sachverstands« (ebd.).

Als wesentliches Instrument der regulierenden Einflussnahme tritt im Managementmodell der Wettbewerb auf den Plan, dieser wird auch durch den Staat gezielt lanciert, um eigene Interessen innerhalb der Forschung zu etablieren. Im Gegensatz zur akademischen Selbstregulierung sind es nun nicht mehr die Wissenschaftler:innen, die Kennzahlen und Zielgrößen für den fachlichen Vergleich bestimmen, sondern eben auch Politiker:innen und hochrangige Verwaltungsbeamt:innen. Dadurch schreibt sich in einem weiteren Schritt auch eine zunehmende Ökonomisierung ein, die bereits im Kapitel *4.1* dieser Untersuchung thematisiert wurde und von Bogumil et al. wie folgt Nennung findet:

> »Eine neue Qualität erhält der Wettbewerb im Managementmodell auch, weil es nicht mehr nur um Wettbewerb zwischen einzelnen Wissenschaftlern geht, welcher dem Wissenschaftssystem inhärent ist, sondern um einen Wettbewerb von Hochschulen als Organisationen« (Bogumil et al. 2013: 59).

Die Studie von Bogumil et al. führte nun eine Erhebung durch, in der Dokumentenanalysen ebenso zum Tragen kamen wie Fallstudien und Experteninterviews mit Rektor:innen, Präsident:innen, Kanzler:innen, Dekan:innen, Senatsmitgliedern usf. Im Fazit führen sie u. a. aus:

> »Insgesamt sind zudem sowohl der Mechanismus der hierarchisch-administrativen Selbststeuerung als auch der Wettbewerbsmechanismus deutlich gestärkt worden. Wettbewerbselemente sind sowohl zwischen als auch innerhalb der Universitäten deutlich ausgebaut worden. Die Gesellschaft als externer Stakeholder hat über die Hochschulräte zwar an Einfluss auf die Universitäten gewonnen, wird aber die Zusammensetzung von Hochschulräten betrachtet, ist der gesellschaftliche Einfluss eindeutig zu relativieren, da hier nach wie vor Vertreter aus dem Wissenschaftsbereich dominieren. […] Im deutschen Universitätssystem sind hybride Governance-Strukturen zwischen den Idealtypen des Selbstverwaltungs- und Managementmodells zu konstatieren. Ein nach wie vor starker Staat steht neben einer wesentlich gestärkten Universitätsleitung, einer Stärkung von

> Wettbewerbselementen und einer Schwächung der akademischen Selbstorganisation. […] Vor allem verursachen die neuen Steuerungsinstrumente einen enormen Verwaltungsaufwand. Der Modernisierungsprozess bewirkt eine Zunahme von Bürokratie in Form von (überzogenem) Controlling und Qualitätssicherung sowie Berichtspflichten zwischen den verschiedenen Ebenen des Universitätssystems (Land, Universitäten, Fakultäten, Professoren).« (Bogumil et al. 2013: 66/68)

Die Studie von Bogumil et al. und die darin aufgearbeitete Diskussion um die Frage nach dem Verwaltungstypus der deutschen Universitäten zeigt auf, wie einschneidend und bestimmend der Verwaltungsakt der Organisation Universität inzwischen ist. Und dies weit hinausreichend über die Haushaltspolitik. Es steht nicht mehr der Haushalt, die Materialwirtschaft u. ä. im Fokus der Verwaltungstätigkeit, die Eingriffe zielen längst auch auf den Forschungsalltag ab und geben die Forschung somit dem gemeinen Wettbewerb preis. Unter Rückgriff auf Kapitel *5.4* dieser Untersuchung drängt sich hier der Querverweis zur *räuberischen Bürokratisierung* auf, welche David Graeber beschreibt. Die Bürokratie birgt einen Wettbewerb der kapitalistischen Logik in sich, ihr fällt auch die Universität anheim. Das Loslösen von der Selbstverwaltung – damit gingen auch universitäre Privilegien im Zeichen der Autonomie durch »Globalbudgets, Berufungsrechte und organisatorische Eigenständigkeit« (Bogumil et al. 2013: 66) einher – war nur ein scheinbarer Distanzhalter zum Staat, die Bürokratie schrieb sich, ganz im Sinne Graebers, stattdessen totalisiert in die Institution ein. Das bedeutet: Auch wenn der Schritt weg von der Selbstverwaltung und hin zur Selbststeuerung (hier nun gleich dem Managementbegriff verstanden) anfänglich im Sinne der Institutionsideale richtig erschien, da sich beispielsweise Berufungsverfahren wegführend von Ministerien stärker hinführend zur Entscheidungshoheit der Hochschulbürger:innen entwickelten, so hat sich die Universität damit gleichsam einem anfänglichen Schutz vor der totalen Bürokratisierung beraubt. Mit der Markteinpassung im Zeichen der Selbststeuerung schlagen nun etwaige Defizite stärker zu Buche und das Rechnungswesen erhebt sich zu einer immer relevanteren Entscheidungsebene im Zuge universitärer Wissensverwaltung.

6.2 Zwischen akademischer Freiheit und Vermessung

Bereits im ersten Spannungsfeld – der Diskrepanz zwischen dem Selbstverwaltungs- und Managementmodell – klang die akademische Freiheit als bedeutendes Moment an. Das nun betrachtete Spannungsfeld konkretisiert den Einfluss quantifizierender Methoden auf die akademische Freiheit, knüpft also im Prinzip dort an, wo in Kapitel *6.1.1* von *überzogenem Controlling* die Rede war. Wie bereits bei der vorangegangenen Debatte, gibt es auch bei dieser eine Vielzahl prominenter Betrachtungen. Für die folgende Rekonstruktion soll insbesondere der Wissenschaftsmanager Wilhelm Krull mit seinen kritischen Überlegungen zur *Vermessung der Universität* (Krull 2017) herangezogen werden.

Die Quantifizierung von Wissen begleitet die Universität bereits seit drei Jahrhunderten, sorgte für den Aufschwung versicherungsmathematischer oder sozialstatistischer Methoden und die hervorgehobene Stellung der natur- und ingenieurwissenschaftlichen Auswertungs- und Prognoseverfahren. Die Quantifizierung des Wissens, so Krull, ist maßgeblicher Begleiter der Gesellschaftsentwicklung hin zur Wissensgesellschaft und gegenwärtig zur Digitalgesellschaft. Insofern ist die Vermessung des Wissens nichts Neues, die Vermessung der Universität hingegen ist ein relativ junges Phänomen:

> »Die Leistungskraft der Wissenschaft selbst wurde jedoch erst spät zum Gegenstand quantifizierender Untersuchungen. Erst in den letzten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts hat sich die Vermessung der Wissenschaft weit über die bloße Dokumentation von Inputdaten und Verlaufsstatistiken hinaus zu einem weit verzweigten Netz höchst unterschiedlicher Verfahren der Leistungsbewertung entwickelt. […] Ob Rankings, Ratings, Audits, Zielvereinbarungen oder leistungsorientierte Mittelvergaben – allenthalben wird in der (selbst?) verwalteten Hochschulwelt des 21. Jahrhunderts gewogen, gemessen und im günstigsten Fall das Ergebnis sogleich für die eigene Pressearbeit genutzt.« (Krull 2017: 13/14)

Interessant ist hier die durch Krull akzentuierte Trennung des zu Vermessenden in Wissen und Wissenschaft. Das Wissen wurde bereits vor der Wissenschaft vermessen, darauf weißt Krull unter Bezugnahme auf Gottfried Wilhelm Leibniz hin (vgl. Krull 2017: 13). Tatsächlich brachte Leibniz bereits im 17. Jahrhundert die Vorteile einer solchen Wissensquantifizierung unter dem Stichwort *Calculemus – Lasst uns rechnen* vor und erhoffte so, die Dispute zwischen Philosoph:innen mittels Formalisierung und Verifikation unter Zuhilfenahme von Rechenmaschinen aufzulösen. Tatsächlich trennte aber auch Leibniz bereits scharf zwischen Wissen und organisierter Wissenschaft, wenigstens mit Blick auf die Universität:

> »Leibniz dachte im übrigen daran, die Ausarbeitung des Gedankens einer Einheit der Wissenschaft in Form einer *mathesis* universalis einer Akademie zu übertragen; den Universitäten traute er die Durchführung eines derartigen Programms, die auf eine Reorganisation der Wissenschaft in systematischer und organisatorischer Form hinauslaufen würde, offenbar nicht zu.« (Mittelstraß 2011: 124; H.i.O)[89]

Nun, so Krulls weitere Beobachtung, greift die Quantifizierung Ende des 20. Jahrhunderts auch über auf den organisatorischen Background der Wissenschaft – auf die Universität. Und dabei geht die Quantifizierung direkt über in eine individuelle Verwertungslogik und wird für die Außendarstellung der Wissenschaftler:innen genutzt. Daraus entsteht eine Eigendynamik, die sich in organisationsbezogenen Reformen widerspiegelt und insbesondere im Zuge der Bologna-Reform manifest wird. Was Krull im Folgenden beschreibt, erinnert in vielerlei Hinsicht an die Ausführungen von Bogumil

89 Von Krull in diesem Kontext nicht erwähnt, erscheint noch ein Hinweis auf den Wiener Kreis in diesem Zusammenhang interessant. Hier ging es vordergründig ebenfalls um eine Formalisierung des Wissens im Zeichen der Einheitswissenschaft, jedoch leiteten die Philosoph:innen aus Wien daraus auch konkrete Folgen für die einzelnen Disziplinen ab. Innerhalb dieser Arbeit wurde die Wissenschaftstheorie des Wiener Kreises bereits in den Kapiteln *3.1*, *3.2.2* und *3.3.1* ausführlicher besprochen, weshalb ein tiefgreifender Einlass an dieser Stelle ausbleibt.

et al. im vorangegangenen Kapitel und doch präzisiert er den Punkt der Selbstverwaltung für den erkenntnistheoretischen Diskurs deutlich stärker:

> »In etwa zeitgleich mit der Ausweitung quantitativer Bewertungsverfahren setzen in vielen europäischen Ländern Reformbewegungen ein, die zum Ziel hatten, den Hochschulen – gemäß der Devise ›Leistungsfähigkeit durch Eigenverantwortung‹ – mehr Autonomie zu gewähren. Neue Governance-Modelle jenseits des traditionell paternalistischen Staatsverständnisses wurden entwickelt und partnerschaftliche Vertragsverhältnisse etabliert. Die Handlungsspielräume reformwilliger Hochschulen wurden sowohl in organisatorischer als auch in finanzieller und operationaler Hinsicht beträchtlich erweitert. Vielerorts entstand eine enorme Aufbruchstimmung mit überaus positiven Folgen für die Profilierung der jeweils leistungsstärksten Lehr- und Forschungsbereiche. Gut zwei Jahrzehnte später müssen wir vielfach ernüchtert feststellen, dass das Spannungsfeld zwischen wissenschaftlichen Erfordernissen und administrativ-organisatorischen Rahmenbedingungen nicht geringer, sondern eher größer geworden ist.« (Krull 2017: 14/15)

Mehr akademische Autonomie lautete das Schlagwort, unter dem die letzten großen Reformwellen über der Universitätslandschaft gebrochen sind. Das hier von Krull beschriebene Spannungsfeld bringt dem Vorkapitel zur *Selbstverwaltung* und *Selbststeuerung* nun noch das Attribut der *akademischen Autonomie* hinzu und konkretisiert damit, was im vorangegangenen Kapitel innerhalb der Rekonstruktion als verloren gegangener Schutzschild bezeichnet wurde. Die Selbstverwaltung als Abgrenzungskonzept gegenüber Selbststeuerung und Management vermochte es, die akademische Freiheit vor den Regulationsmechanismen des Wettbewerbs und freien Marktes ein Stück weit zu schützen. Gleichsam offerierte die Öffnung hin zum Markt aber auch Chancen. Und in der Tat, so Krulls Analyse, konnten davon auch einige profitieren. Die leistungsstärksten Lehr- und Forschungsbereiche konnten sich nun aufschwingen und von der nationalen Konkurrenz absetzen, einige konnten nun auch mehr Sichtbarkeit im internationalen Wettbewerb verbuchen. Profiteur:innen dieser Reformbewegung sind Wis-

senschaftler:innen, die im universitären Alltag wirtschaftlich denken und agieren können und wollen, die sich als »Unternehmer im Feld der Ideen« (Hoyningen-Huene 2021: A. XLIII) verstehen. Im Interview mit dem Philosophen Paul Hoyningen-Huene wird schnell klar, worin die Herausforderungen, aber auch Chancen aus dieser Autonomie liegen. Rückblickend auf seine Zeit als Institutsleiter führt er dabei aus:

> »[I]n meinem Fall war es so, dass ich in erster Linie immer bemüht war, mein Institut fachlich auf einem Niveau mit den internationalen Big Playern zu etablieren, und dazu musste ich es natürlich auch internationalisieren. Das bedeutete, dass wir bevorzugt englischsprachig publiziert und Kooperationen mit Top-Instituten aus den USA und China aufgebaut haben. Aber das ist ja fachlich stark miteinander verbunden, das läuft ja in der Philosophie dann über Kolloquien etc. Natürlich erleichtert aber die Exzellenz institutionell auch das Arbeiten.« (Hoyningen-Huene 2021: A. XXXVIII)

Die Anforderungen an Wissenschaftler:innen sind hier nun nicht mehr genuin fachlicher Art, es sind vielmehr Fertigkeiten, die auch im Deutschsprachigen gerne als *Soft skills* verhandelt werden und heute über Erfolg und Misserfolg in der Wissenschaft entscheiden. Konkret nennt Hoyningen-Huene hier die internationale Sprachfertigkeit, also das versierte Schreiben und Sprechen auf Englisch, sicherlich verbunden mit den entsprechenden Fertigkeiten in der Präsentation der Ergebnisse. Einen weiteren wichtigen Hinweis liefert er hier auch, wenn er die Exzellenz ins Spiel bringt. *Unternehmer:innen im Feld der Ideen* müssen strategisch agieren, die richtigen Netzwerke erschließen und pflegen und die richtigen Auszeichnungen einsammeln. Die Erlangung wissenschaftlicher Exzellenz wird somit zur Frage der strategischen Begabung von Netzwerker:innen und weniger zur Frage der genuin fachlichen Kompetenz der Wissenschaftler:innen. Auf die Folgeeffekte der Exzellenzstrategie wird im weiteren Verlauf noch detaillierter eingegangen werden. In der Gesamtschau, so Krull, stellte sich die Aufbruchstimmung jedenfalls nur für die Leistungsstärksten als nachhaltig heraus, während ansonsten eine immer größere Lücke im Spannungsfeld

zwischen wissenschaftlichen Erfordernissen und administrativ-organisatorischen Rahmenbedingungen klafft.

Vor dem Hintergrund der immer steigenden Wettbewerbsherausforderungen im globalen Vergleich ergeben sich für Krull eine Reihe grundlegender Fragen zur derzeitigen institutionellen und organisatorischen Verfasstheit der Universitäten:

> »Wie frei, autonom und kreativ ist die vermessene Universität? Welche Voraussetzungen müssen gegeben sein, um eine nachhaltig wirksame Kultur der Kreativität entfalten zu können? Wie können insbesondere die Universitäten aus der gegenwärtig vielfach vorherrschenden Hektik und Kurzatmigkeit des Handelns ausbrechen und Freiräume für das Hervorbringen fundamental neuen Wissens ebenso zurückgewinnen wie für dessen Vermittlung an künftige Führungskräfte für Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft? Welche Chancen hat auf lange Sicht der wissenschaftliche Nachwuchs? Unter welchen Bedingungen kann es gelingen, in unserer sich dynamisch verändernden Gesellschaft Reflexionsräume für den angemessenen Umgang mit Unsicherheit und Komplexität zu schaffen? Und schließlich: Wie verhält sich die rasch voranschreitende Verwissenschaftlichung nahezu aller Lebensbereiche zur Transparenz- und Partizipationserfordernisse gleichermaßen berücksichtigenden Vergesellschaftung von Wissenschaft?« (Krull 2017: 15/16)

Dieser imposante Fragenkatalog zeigt die Komplexität auf, die mit der Frage nach der Zukunftsfähigkeit der Universität unter den aktuellen Wettbewerbsbedingungen verknüpft ist. Dabei macht Krull deutlich, wie schmal und zart die Grenzziehung zwischen dem Anspruch wissenschaftlicher Funktion seitens der Universität/Forschung einerseits und der gesellschaftlichen Akzeptanz der Universität als öffentliche Organisation andererseits bestellt ist. Denn tatsächlich ist die Taktung des universitären Alltags, die den Freiräumen der Kreativität mitunter entgegenstehen mag, oftmals der engen Verflechtung als Ausbildungsinstitution für die immer stärker verwissenschaftlichte Gesellschaft geschuldet. Und doch ist es doch gerade jene Freiheit, die den Impetus der organisationalen Erfolgsgeschichte ausmachte.

Dabei zielt diese Feststellung nicht nur auf die Universität als Bildungsstätte – wie innerhalb des Kapitels 4.5 ausgeführt – ab, vielmehr ist dieser Freiraum auch für das *Hervorbringen fundamental neuen Wissens*, wie Krull es ausdrückt und wie es in Kapitel 3 philosophisch ausdifferenziert wurde, von großer Relevanz. Die Stärke, mit der sich die Vermessungsmechanismen in den Universitätsbetrieb einschreiben, scheint dabei abhängig von der Logik der Wissensverwaltungssysteme und steht daher in Rückkopplung zu Kapitel 6.1.1 in der Betrachtung. Das Managementmodell ist hierbei die treibende Kraft, wie Krull anhand diverser Universitätsrankings verdeutlicht:

> »In einer Welt, in der vieles ungewiss ist und doch nahezu alles messbar erscheint, unterliegen auch die Universitäten zunehmend einem Parametrisierungsdruck. […] In gewisser Hinsicht erfüllen die auf wenige Kennzahlen und Rangpositionen reduzierten Vermessungssysteme die Funktion, in einer immer komplexer und global vernetzter werdenden Welt eine rasche Orientierung zu ermöglichen und quantitativ unterlegte Optimierungsprozesse zu initiieren. Im internationalen Studierendenaustausch ebenso wie bei Forschungskollaborationen und Hochschulpartnerschaften bilden sie nur allzu häufig die entscheidenden Leitplanken, wenn es gilt, eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe zu vereinbaren.« (Krull 2017: 19)

Universitäten müssen also als Organisation in ihrem universitären Wert bestimmt und in Rankings verglichen werden. Diese Vermessungsarbeit dient zur Orientierung, sowohl für die aktuellen und künftigen Studierenden wie auch für das wissenschaftliche Personal. Aber damit ist es keineswegs bereits getan, auch die Administrationsebenen orientieren sich an eben jenen Zahlen. Es sind quantitative Größen, die einer Universitätsleitung oder einer Drittmittelinitiative Auskunft darüber geben, ob die jeweilige Universität beispielsweise eher als Forschungs- oder als Ausbildungsuniversität zu betrachten ist. Und so werden Kennzahlen wie die der Studienabbruchsquote, der Durchschnittsnote, der Promotionsquote, der Zitationsquote, der erfolgreichen Arbeitsmarkteintritte usw. relevant für die Finanzierung der Universität einerseits, aber auch für die Austauschqualität mit anderen Wissenschaftseinrichtungen. Diese Entwicklung sieht Krull in der Tradition

einer »bildungs- und forschungspolitischen Unterhaltungsindustrie des 21. Jahrhunderts« (Krull 2017: 21), wie auch die enge Verknüpfung der populärsten Rankings mit modernen Massenmedien zeigt.

Ungeachtet dessen darf die Einflussnahme auf den wissenschaftlichen Alltag nicht unterschätzt werden. Um der Frage nachzugehen, wie die Rankings universitäre Leistung honorieren, bzw. um zu erklären, welche Hochschulpolitik in die Spitze der Rankings führt, analysiert Krull das *Shanghai Ranking 2015* eingehender.[90] Dafür arbeitet Krull folgende Tabelle zur Übersicht aus:

Globaler Wettbewerb: das Shanghai Ranking 2015 nach Weltregionen (Krull 2017: 23)

Region	Top 20	Top 100	Top 200	Top 300	Top 400	Top 500
Americas	16	55	86	121	150	176
Europe	4	35	80	122	158	205
Asia/Pacific	-	10	34	55	90	114
Africas	-	-	-	2	2	5
Total	20	100	200	300	400	500

Quelle: http://www.shanghairanking.com/rankings/arwu/2015

Es zeigt sich anhand dieser Übersicht eine recht klare Dominanz US-amerikanischer Universitäten in der Spitze der Leistungsbemessungen. Je größer die veranschlagte Gesamtmenge jedoch wird, desto stärker treten europäi-

90 Während es nationale Hochschulrankings in vielen Ländern bereits seit den 1980er-Jahren gibt, sind internationale Rankings noch verhältnismäßig neu auf dem Markt der Hochschulvermessung: »Internationale Rankings gab es bis Anfang der 1990er-Jahre hingegen nur wenige; diese waren zudem weitgehend akademisch geprägt, bezogen sich meist nur auf ein Fach und fanden über die Hochschulwelt hinaus kaum öffentliche Aufmerksamkeit, auch wenn sie in den betreffenden Fächern kontrovers diskutiert wurden. Das änderte sich erst vor zehn Jahren (1993) mit der ersten Publikation des ›Academic Rankings of World Universities‹ (ARWU), des so genannten ›Shanghai Rankings‹, durch eine Gruppe von Wissenschaftlern der Shanghai Jiaotong University. Das Ranking wurde zunächst im Auftrag der chinesischen Regierung entwickelt, um den Standort der chinesischen Universitäten in der Forschung sowie in Naturwissenschaften und Technik im weltweiten Wettbewerb der Hochschulen zu identifizieren. […] Neben dem Shanghai Ranking gehören insbesondere das Ranking der britischen Hochschulzeitung Times Higher Education und das Quacquarelli Symonds (QS) World Ranking zu denjenigen, die international die höchste Aufmerksamkeit finden« (Federkeil 2013: 34/35).

sche Universitäten in diesem Vergleich auf. Krulls Erklärung für den Vorsprung der amerikanischen Universitäten fußt auf dem systematischen Unterschied in der Hochschulverwaltung:

> »Dies spiegelt jedoch auch den Weg wider, den man in Europa in nahezu allen Ländern seit den 1960er Jahren gegangen ist. Dieser Weg implizierte, dass wir Hochschulentwicklung vor allem als Teil der Regionalentwicklung begriffen haben, um auf diese Weise wissenschaftsintensive Forschung und Entwicklung – im Interesse annähernd gleicher sozialer und ökonomischer Lebensverhältnisse – möglichst breit zu streuen. Für eine klare Priorisierung internationaler Spitzenforschung amerikanischer Prägung gab es dabei wenig Raum.« (Krull 2017: 22)

Hier kommt der bereits angekündigte Rückgriff auf Kapitel *6.1.1* dieser Untersuchung zum Tragen. Es ist zum einen die Differenz zwischen dem Modell der Selbstverwaltung und dem Managementansatz, die – so drängt sich die Annahme nach dem Studium hiermit befasster Lektüre auf – zu der klaren *US-Führung* bis einschließlich in die Position der *Top 100* führt. Zum anderen sind es die Maßstäbe, nach denen Rankings wie das *Shanghairanking* erstellt werden. Hierbei zahlen sich für die Universitäten insbesondere starke Gewichtungen auf Natur-, Lebens- und Technikwissenschaften aus, Geistes- und Gesellschaftswissenschaften spielen hingegen eine untergeordnete Rolle. Tatsächlich werden selbst Nobelpreise nach Disziplinen unterschiedlich gewichtet. So zählen Alumni mit einem Nobelpreis in den Fächern Physik, Chemie, Medizin oder Wirtschaftswissenschaft oder mit einer Fields-Medaille in der Mathematik mehr als ein Alumnus mit einem Literaturnobelpreis o. ä.

Mit Blick auf die Publikationen sind es insbesondere die englischsprachigen Zeitschriften *Nature* und *Science*, die im Ranking honoriert werden. Da auch die Zitationsquoten bei den üblichen Rankings relativ stark ins Gewicht fallen, ist die Sprache (bestenfalls englischsprachig) und die Bekanntheit des Publikationsorgans ganz allgemein von großer Wichtigkeit, sowohl für individuelle Karrieren wie auch für die Organisationen (vgl. Krull 2017: 24). Es sind also grundlegend die Disziplinen entscheidend –

nicht zuletzt auch ausgehend von der jeweiligen Fächerkultur, da so die Monografie gegenüber einer kumulierten Qualifikationsarbeit schnell zum Malus verkommt. Damit wird beispielsweise ein englischsprachiger Aufsatz in einem internationalen Journal für eine Universität wertvoller als eine deutschsprachige Monografie. Auch die bereits in diesem Kapitel thematisierten *Soft skills* fallen stark ins Gewicht. Wenn die Wettbewerbsfähigkeit der Wissenschaftler:innen (auch) vom Management abhängt, scheint ein Blick auf aktualisierte Zahlen interessant, um so im Verlauf zu sehen, ob sich die fortschreitende Abkehr vom Selbstverwaltungsmodell im Ranking positiv bemerkbar macht.

Eine eigene Auswertung des Shanghairanking zum Stand 2021, erhoben im Juli 2022 unter Rückgriff auf die Datenbank des Rankings und exklusiv bezogen auf die Top 100 weist folgende Zahlen aus:

Globaler Wettbewerb: das Shanghai Ranking 2021 vs. 2015 nach Weltregionen

Region	Top 100 / 2021	Top 100 / 2015
Amerika	44	55
Europa	35	35
Asian/Pazifik	21	10
Afrika	-	-
Total	100	100

Quelle: http://www.shanghairanking.com/rankings/arwu/2015

Hier zeigt sich nach Aktualisierung der Zahlen, dass insbesondere der asiatische Hochschulraum im Wettbewerb um die Spitzenpositionen aufgeholt und der US-amerikanische abgebaut hat. Die europäischen Hochschulen sind weiterhin mit 35 Plätzen unter den Top 100 vertreten. Dieser Fortschritt verwundert vor dem Background des Experteninterviews mit Hoyningen-Huene wenig, gab dieser im Gespräch doch an:

> »Dieser Exzellenzgedanke muss schon authentisch verfolgt werden, dann kann er Power entwickeln. Wenn Siebeispielsweise in der Schweiz fünf richtig gute Institute im Bereich der empirischen Psychologie haben, dann macht es durchaus Sinn, andere Disziplinen vielleicht etwas zurückzustellen und die fünf Institute miteinander zu vernetzen und mit voller Power zu versehen. Diesen Ansatz halte ich ein Stück weit auch für alter-

> nativlos, denn in 20 Jahren sind wir in Europa zwischen Hammer und Amboss, nämlich zwischen Amerika und China. Da sollen wir nicht zerrieben werden. Um sich da zu behaupten, braucht man eine Anziehungskraft, die die besten Köpfe weltweit anlocken kann.« (Hoyningen-Huene 2021: A. XLII)

Mit Blick auf die hier aktualisierten Zahlen und vor dem Hintergrund der Entwicklung über den recht kurzen Zeitraum von der Erhebung Krulls 2015 bis zur eigenen Ausarbeitung 2021 kann nachvollzogen werden, worauf Hoyningen-Huene hierbei verweist. Die chinesischen Institute holen in einem bemerkenswerten Tempo auf. Dies verwundert wenig, bedenkt man die Entstehungsgeschichte des Shanghairankings als Orientierungshilfe für chinesische Wissenschaftspolitik (Federkeil 2013: 34). Doch dabei sollte nicht vergessen werden, dass die vorgestellten Kriterien des Rankings keinesfalls taugen, um tatsächlich wissenschaftliche Qualität in dem Sinne abzubilden, dass sie innovative Forschung hervorbringt. Vielmehr bezeugen Kriterien wie die Zitationsquote in internationalen Journals erst einmal nur, dass ein aktives Einlassen in den globalen Diskurs stattgefunden hat. Und damit nicht genug, der Druck auf die Publikationsoriginalität wächst damit ebenfalls an, jedoch keineswegs unbedingt im epistemologisch wünschenswerten Rahmen. Auf diesen Punkt, also auf das Peer Review als Teil des Wissensmanagements, wird innerhalb des Kapitels *6.2* detaillierter eingegangen.

Für diesen Moment sei als Zwischenfazit unter Verweis auf Krull so viel festgehalten, dass die Evaluationskriterien diverser Rankings, Indexbestimmungen usw. die Wirklichkeit schaffen, die sie zu messen vorgeben, indem sie das Verhalten der Evaluierten ändern (Krull 2017: 27). Diese kurzen Einlassungen Krulls zum Spannungsfeld der akademischen Freiheit und der Vermessung der Wissenschaft zeigen bereits wichtige Spannungspunkte, die vor dem Hintergrund der bislang herausgearbeiteten Anhaltspunkte dieser Analyse regelrecht zementierend wirken. Zementierend insbesondere für die Kritik David Graebers, aber auch für die Kritik der beiden Experten Helmut Spinner und Paul Hoyningen-Huene im Anhang dieser Untersuchung. Die Frage, die sich vor dem Hintergrund dieses Spannungsfeldes zeigt, scheint dabei auf eine Art *Preisbestimmung für die akademische Freiheit*

hinauszulaufen. Der in diesem Kapitel bereits häufiger angeführte Hoyningen-Huene skizziert im Gespräch eindrücklich, wie die Mechanismen des modernen Hochschulmanagements funktionieren. Wissenschaftler:innen müssen heute nicht mehr nur ihr eigenes fachliches Handwerk beherrschen, sie müssen auch Unternehmer:innen sein und die eigene Vermarktung konsistent vorantreiben. Dabei ist der Exzellenzgedanke prägend, welcher sich an Rankings u. ä. orientiert.

So bleibt in diesem Spannungsfeld eine Statik des individuellen Entschlusses: Entweder für die Karriere, im Zeichen einer quantitativen Wissensorganisation und ausgerichtet auf die wissenschaftliche und gesellschaftliche Engführung eines Elitegedankens? Oder aber: Für die Karriere einer Wissensorganisation, die über die Quantifikation von Exzellenz hinaus die eigenen Aufgaben im breitenwirksamen gesellschaftlichen Bildungsbereich verortet. Denn tatsächlich ist der Hinweis Krulls, dass Evaluationen die zu messende Wirklichkeit schaffen, von entscheidender Bedeutung.

Einen Hinweis dafür, dass das positive Bestreiten medienwirksamer Rankings zum Charakter universitärer Wissenschaft gehört, konnte die wissenschaftstheoretische Grundlegung dieser Untersuchung nicht liefern. Gegenteilig könnte man wohl fragen, welche quantitativ getriebene erkenntnistheoretische Hybris vor dem Hintergrund eines angenommen Fallibilistischen Pluralismus überhaupt zum Erstellen internationaler Rankings zu führen vermag. Vor dem Hintergrund der Drittmittelstruktur und zunehmenden Fremdfinanzierung sollte es evident erscheinen, dass Ingenieur:innen mehr Gelder einwerben als Philosoph:innen und dass Biochemiker:innen eher eine Erwähnung im *Science* oder *Nature* erlangen, als Germanist:innen. Diese kritischen Gedanken gilt es vor dem Hintergrund der institutionellen Geschichte der Universität auch für künftige Diskussionen der Organisation zu behaupten. Denn zu Recht verweist Krull auf eine Technologisierung, die einer Quantifizierung im vorgestellten Maße zuträglich erscheint:

> »Eine in hohem Maße auf quantitative Leistungssteigerungen ausgerichtete Optimierungslogik, wie sie im Zuge immer rascher voranschreitender Digitalisierung mehr und mehr an Bedeutung gewinnt, wird der Mehrdimensionalität wissenschaftlicher Arbeit letztlich nicht gerecht.« (Krull 2017: 29)

Wie genau hier die kritische und wissenschaftstheoretisch fundierte Positionierung aussehen kann, wird im weiteren Verlauf nochmals eingehendere Betrachtung erfahren. Zunächst wird jedoch ein drittes und letztes konkretes Spannungsfeld vorgestellt, innerhalb dessen die universitäre Wissensverwaltung und ihre Probleme verdeutlicht werden. Unter Rückgriff auf Dirk Stederoths Überlegungen zu einer Vielgestaltigkeit im Hochschulwesen soll hier der Raum zwischen einer unbedingten Universitätsidee im Zeichen Jacques Derridas und einer eingemessenen Universität als Sinnbild des heutigen *Status Quo* im Sinne Krulls beleuchtet werden. Dieses kommende Untersuchungsfeld knüpft an, an die von Krull ausgearbeitete Logik der Vermessung der Universität, und schärft den Kontrast im Abgleich zu einem Ideal freier Forschung im Sinne der Unbedingtheit.

6.3 Zwischen Bologna und Derrida: Die polymorphe Universität

Es kursieren viele Idealvorstellungen von dem, was man als Universität in einer vermeintlichen Reinform bezeichnen könnte. Doch liegen natürlich auch bereits in der Vielzahl solcher divergierender *Reinvorstellungen* Spannungsfelder begründet, die dann zu unterschiedlichen Anamnesen des Ist-Zustandes der Universitäten führen. Mit dem Problem der divergierenden Ideale setzt sich Dirk Stederoth auseinander und schlägt vor, die Universität grundlegend als polymorph zu veranschlagen. Der Gedankengang Stederoths ist dabei weitgreifender und mit einer Gegenwartsanalyse verschränkt, als hier nun im Folgenden rekonstruiert werden kann. Stattdessen erfolgt ein Zuschnitt unter der Prämisse der Spannungsfeldfokussierung dieses Kapitels.

Stederoth sensibilisiert für eine verknappte Ausstaffierung oftmals zu beobachtender Diskussionen zum Universitätssystem zwischen den Verfechter:innen des Status Quo und denen, die im Status Quo ein Ideal verraten sehen. Das hier vermeintlich verratene Ideal, so Stederoth, folgt allzu oft »dem Schlachtruf ›Zurück zu Humboldt!‹ […] und zwar ohne zu bedenken, dass Humboldts Reformansatz nur eine Variante von mehreren

war« (Stederoth 2019: 297). Historisch wurde innerhalb dieser Analyse die Reformphase im 19. Jahrhundert bereits thematisiert und auch Humboldts posthum zugeschriebene Omnipräsens durchaus kritisch beäugt, ohne Humboldts Verdienst damit zu schmälern. Worum es nun aber Stederoth geht, ist vielmehr die Beachtung der Vielzahl weiterer Vorschläge – er führt hier insbesondere Fichte, Schelling, Schleiermacher und Steffens ins Feld – die die damalige Diskussion über die Idee der Universität mitprägten und trotzdem allzu oft in der heutigen Betrachtung hinter Humboldt zurückfallen. Hinter diesem Humboldt-Verdikt lauert alsdann die Gefahr, dass im Dazwischen der Humboldt'schen, Schelling'schen, Schleiermacher'schen usf. Ideale verhärtete Fronten entstehen und die eigentliche Diskussion über das Verhältnis von Ideal, Anspruch und Wirklichkeit in den Hintergrund gerät. Dass es nicht *Hop oder Top*, *Alles oder Nichts* usf. lauten muss, führt er im Weiteren mit einer Konfrontation der eingemessenen Universität mit der unbedingten Universitätsidee Jacques Derridas aus, um letztendlich mit einem Plädoyer für eine polymorphe Universität zu schließen.

Als eingemessene Universität begreift Stederoth die Universität in ihrer gegenwärtigen Verfassung. Die Charakterisierung dieses gegewärtigen Zustands der Universität weist viele Parallelen zur in Kapitel *6.1.2* bereits vorgestellten Analyse von Wilhelm Krull auf, beispielsweise wenn Stederoth schreibt, dass »daß Maß ökonomischer Effizienz, das sich in unserer kapitalistisch durchstrukturierten Gesellschaft längst bis in die kleinsten Teilstrukturen hinein etabliert hat […] nun auch die Universitäten, die sich lange Zeit gegen dieses Maß gesperrt haben« (Stederoth 2019: 298/299) erfasst hat. Wie genau diese Einmessung der Universität im Zeichen der ökonomischen Effizienz vonstatten gegangen ist, demonstriert Stederoth entlang dreier Entwicklungslinien in Forschung *(1)*, Lehre *(2)* und Verwaltung *(3)* der Universität.

Die eingemessene Forschung *(1)* macht Stederoth federführend anhand drei jüngerer Entwicklungen im Hochschulbetrieb fest: a.) an der zunehmenden Bedeutung von Drittmitteln für die Forschung, b.) an der durch die Exzellenzinitiative festzumachenden Differenzierung zwischen exzellenter und normaler Forschung, sowie c.) an der – Zum Beispiel in Forschungsanträgen – zunehmend als grundlegend betrachteten naturwissenschaftlichen Metho-

dik, die geisteswissenschaftliche Forschungsmethoden ins Abseits drängt. Alle drei Entwicklungslinien sieht Stederoth in »einer klaren Verbindung zu dem genannten Maß ökonomischer Effizienz« (Stederoth 2019: 299) und darüber hinaus eben auch als maßgeblich für den Erkenntnisprozess. Letztere These stärkt er dabei insbesondere dadurch, dass die Kennzahl bewilligter Drittmittelanträge inzwischen eine vollkommen legitimierte Bewertungsgröße für wissenschaftliche Arbeit ausmacht, wodurch Form und Inhalt der Projektanträge in erster Linie auf das Ziel der Bewilligung der Anträge hin ausformuliert werden, statt auf ihren möglichen Erkenntnisgewinn. Die Bewilligung unterliegt dem Maß der ökonomischen Effizienz, Totalausfälle gilt es zu verhindern. Eben jene Entwicklung im Forschungsmanagement, so Stederoth, hält den Forschungsbetrieb beharrlich im Kuhn'schen normalwissenschaftlichen Takt (Stederoth 2019: 299).

Diese Überlegungen zur Einmessung der Forschung können gut mit der Funktion des Vier-Punkte-Orientierungsschemas von Helmut Spinner verknüpft werden, welches in Kapitel *3.3.1* dieser Analyse bereits näher ausgeführt wurde. Die Einmessung, so könnte man hier anknüpfen, wirkt über die Schritte der *(I) Werte* und *(II) Regeln/Normen* stark auf einen möglichst berechenbaren *(III) Prozess* ein, um möglichst sicher verwertbare *(IV) Resultate* zu erzielen. Wenn alles ins vorgegebene Maß passen muss, bleibt das Ungewisse, Unerwartete und Ungewöhnliche außen vor, was eine Vielzahl von Geschichten des wissenschaftlichen Fortschritts mit revolutionärem Charakter in den Schatten stellt. Stederoth kommentiert dies u. a. wie folgt:

> »Kopernikus jedenfalls hätte mit seiner These und seinen Zahlen bei der DFG vermutlich keinen Forschungsantrag bewilligt bekommen. Die mit der Kurzfristigkeit und Engführung einhergehende Kurzsichtigkeit von Forschungsprogrammen sowie ihre methodische Eindimensionalität werden sich auf lange Sicht als sehr problematisch für die wissenschaftliche Forschung auswirken, auch wenn sich dies in unterschiedlichen Fachkulturen unterschiedlich dramatisch darstellen mag.« (Stederoth 2019: 300)

Die eingemessene Lehre *(2)* macht Stederoth ebenfalls an drei markanten Entwicklungslinien der vergangenen Jahre und Jahrzehnte fest. Konkret

führt er hier die Einführung von Lehrevaluationen *(a)*, die Modularisierung *(b)* sowie die fortschreitende Entkopplung von Lehre und Forschung *(c)* an (vgl. Stederoth 2019: 301). Dabei soll hier nicht die Ermittlung von Zufriedenheitswerten an sich angeprangert werden, vielmehr eben deren Einmessung in dem Sinne, dass die Standards der Lehrevaluationen keinen Raum für unterschiedliche wissenschaftliche Disziplinen und Themen vorhalten. Ein Lektüreseminar zu Arthur Schopenhauers *Die Welt als Wille und Vorstellung* wird wohl kaum taugen, um einen die Studierenden mitreißenden Medieneinsatz zu erproben. Auch werden externe Einflussgrößen wie beispielsweise die Uhrzeit der jeweiligen Veranstaltung oder die Gruppenzusammensetzung nicht berücksichtigt. Doch all diesen Lücken der vermeintlichen Lehrqualitätserfassung zum Trotz erfahren solche Evaluationsergebnisse eine immer größere Bedeutung – beispielsweise in den Berufungsverfahren für Professor:innen. Vor diesem Hintergrund der Karrierebeeinflussung, so Stederoths Befürchtung, greifen viele Lehrende auf Standarddidaktiken zurück statt mit Lehrkonzepten zu experimentieren, da sich diese »und eben nicht eine Vielfalt an interessanten Lehrkonzepten durchsetzen werden, weil die Standardkonzepte zumindest ein Durchschnittsergebnis sicherstellen« (ebd.).

Die Konsequenz solcher Einmessungseingriffe zielt dann letztendlich auf die Qualität der Lehre im Gesamten ab – und dies nicht zum Guten: »So werden dann beispielsweise komplexere Themen gemieden, weil sie die Möglichkeit der Verständnislosigkeit bei manchen Studierenden beinhalten, und medial gut aufzubereitende Themen bevorzugt, um im Einsatz von Medien gut dazustehen« (Stederoth 2019: 301/302). Diesem Schema folgend führte auch die Modularisierung – im ursprünglichen Gedanken der Bologna-Reform als reiseerleichternde Idee für Studierende aufgelegt – durch eine Überbürokratisierung, Prüfungsfixierung und Vor-Ort-Spezialisierung im Zeichen des jeweiligen Studienganges zu einer Verschulung des Studiums und verfehlte ihr Ziel:

> »Das Ausbilden und Konsolidieren intrinsischer Studienmotivationen wird durch diese Struktur empfindlich gestört, insofern Studierende häufig ihr Eingeübtsein in extrinsische Prüfungsmotivationen, das sie in ihrer 13-jährigen Schullaufbahn erlangten, einfach fortsetzen und viel zu wenig

> ein eigenverantwortliches und selbstständiges Studieren pflegen. […] Für die Lehre bedeutet dies darüber hinaus, dass die Lehrinhalte fortschreitend in prüfungskompatible und damit mundgerechte Häppchen portioniert werden, was sich für die Inhalte ebenso wie für die Kompetenzen nachhaltig als problematisch herausstellen könnte.« (Stederoth 2019: 302)

Im Zuge dieser Herausforderungen durch eine immer weiterwachsende und an Bedeutung hinzugewinnende klientenzentrierte, serviceorientiere und in der Metrik standardisierte Evaluationskultur sowie durch die Modularisierung kommt das Primat der Verbindung von Forschung und Lehre ins Hintertreffen. Reine Lehrstellen, die von Dozent:innen ausgefüllt werden, deren Lehre von jeder Forschungstätigkeit vollkommen losgekoppelt ist, werden zunehmend zur Regel der Stellenausschreibungen an deutschen Hochschulen. Mit Blick auf in den letzten Jahrzehnten immer wieder aufkommende Diskussionen um reine Lehruniversitäten und/oder Lehrprofessuren (vgl. u. a. Tremp 2020; Hilbrich & Schuster 2014; Wissenschaftsrat 2013; von Trotha, Nassehi & Reichertz 2007) und unter Beachtung des bereits vorgestellten Exzellenzbestrebens u. ä., drängt sich die Vermutung auf, dass die Lehre zunehmend zur Last wird und bei Forschenden zunehmend die Lust dazu schwindet: »Dass sogenannte exzellente Forschung immer mehr mit Lehrentlastung bis zur völlig lehrfreien Forschung belohnt wird, weist in dieselbe Richtung einer Auflösung der Einheit von Forschung und Lehre« (Stederoth 2019: 303).

Die eingemessene Verwaltung *(c)* sieht Stederoth insbesondere in der Einführung des ECTS-Systems im Zuge der Bologna-Reform sowie in vermehrt installierten Controlling-Instrumenten innerhalb der Hochschulverwaltungen ausgemacht. Die *Credit Points* zur Messung von Bildungsinhalten führen dabei eine regelrecht abstruse Logik zu Felde, der nach Bildung in Form von mit Bildungsinhalten verbrachter Zeit ausgemessen werden kann. Es ist offensichtlich, dass eine derartige Gleichung unzulässig verknappt ist und überhaupt nur der Bestimmung einer möglichst effizient gesteuerten Mittelpolitik für die Lehre zuträglich sein kann. Dieser Reform entspringt, so führt Stederoth mit Verweis auf Stefan Kühls *Der Sudoku-Effekt* (vgl. Kühl 2012) aus, der Anstieg diverser Controlling-Maßnahmen.

Durch die Einführung der Leistungspunkte entstand eine Organisationskultur, die jede Bildungsbemühung Studierender im Universitätskontext zeitlich verrechnen muss und das Studium in Arbeitsstunden taktet. Für die Planung von Studiengängen bedeutet dies, dass vorab Bildungsprozesse zeitlich antizipiert werden müssen, dass also Veranstaltungen und Prüfungen als Module so kombiniert werden, dass das Studium letztendlich eine geschlossene Zeitgleichung ergibt (vgl. Stederoth 2019: 303 f.).

Mit diesen Ausführungen schließt Stederoth die Erläuterung zur eingemessenen Universität. Es ist bis hierhin insbesondere anhand der Bologna-Reform aufgezeigt, wie ein ökonomisches Kalkül und damit verbunden eine Verwaltungspraxis der Effizienz den Universitätsalltag der Gegenwart in Kontradiktion zu Idealvorstellungen à la Humboldt, Schleiermacher und Co. bestimmen. Aus dieser Gegenwartsanalyse heraus richtet Stederoth nun den Blick auf die Idee der unbedingten Universität von Jacques Derrida.

Das Konzept der unbedingten Universität von Derrida ist ein in den vergangenen Jahrzehnten recht häufig zur Kontrastierung universitärer Gegenwartsprobleme bemühtes, insbesondere dann, wenn Ethik und Verantwortung in Anlehnung an einen Freiheitsbegriff in Forschung und Lehre diskutiert werden. So ist es auch nicht verwunderlich, dass auch innerhalb dieser Analyse die unbedingte Universität bereits Anklang gefunden hat, etwa in Kapitel *2.2.5*, in dem das Verhältnis von Tätigkeit und Tätigen im Sinne einer Profession als Glaubensbekenntnis der Forscher:innen thematisiert wurde, oder innerhalb des Kapitels *4.4* unter Bezugnahme auf Bernhard Waldenfels und dessen Ausarbeitungen zu Derridas unbedingter Universität als performativen Ort, an dem Wissensbestände, Methoden und Regeln überhaupt in Frage gestellt werden können, dürfen und sollen.

Stederoth hebt nun vor allem das unbedingte Recht des Hinterfragens als Prozess der Dekonstruktion hervor. Das Recht des Hinterfragens macht die Universität bei Derrida zu einem Ort der absoluten und unbedingten Kritik, »an dem nichts außer Frage steht« (Derrida 2001: 14), also auch keine Erkenntnis. Diese radikale Bestimmung der Universität als Frei*raum* durch Derrida sieht Stederoth als elementar an und stellt fest: »Und hier hat Derrida in der Tat eine zentrale Wurzel gefunden, die die Universität am Leben erhält, auch wenn sie fortschreitend zu verkümmern droht bzw. im

vollen Sinne – nach Derridas Einschätzung – noch nie Wirklichkeit war« (Stederoth 2019: 306). Diese grundlegende Erkenntnis einer unwirklichen Wirklichkeit ist vor dem Hintergrund der hier vorgelegten Analyse einer Organisation im Zeichen eines institutionellen Ideals besonders spannend. Worum geht es Derrida mit dieser Bestimmung?

> »Sosehr diese Unbedingtheit prinzipiell und de jure die unüberwindbare Kraft der Universität ausmacht, so wenig war sie jemals Wirklichkeit. […] Ich beziehe mich also auf eine Universität, die wäre, was sie stets hätte sein sollen oder stets zu sein beanspruchte, nämlich seit ihrer Gründung und grundsätzlich mit einer souveränen Autonomie, einer unbedingten Freiheit ihrer Einrichtung ausgestattet, souverän in ihrer Rede, ihrem Denken, ihrer Schrift. In einem Denken, einer Schrift, einer Rede, bei denen es sich vielleicht um keine bloße Archivierung oder Produktion von Wissen, sondern um performative Werke handelt.« (Derrida 2001: 16/33, H.i.O)

Diese Textauszüge aus Derridas Schrift zeugen von der Skizze eines Ideals, welches sich nicht durch eine reale Gegenständlichkeit in dem Sinne behauptet, dass es diesen idealen Zustand einmal so gegeben hat. Es ist vielmehr ein Ideal, welches für die Realität der Organisation konstituierend eintritt. Stederoth widmet sich zum einen dieser Denkfigur im Zeichen einer konsequenten Derrida-Lektüre über John Austins Sprechakttheorie, der nach Sprechakte nicht nur Sachverhalte beschreibend und Behauptungen aufstellend stattfinden, sondern performativ durch Handlungen/Akte Dinge hervorbringen können (Stederoth 2019: 306). Zum anderen erläutert Stederoth den performativen Werksbegriff Derridas vor dem Hintergrund Immanuel Kants Unterscheidung von bestimmender und reflektierender Urteilskraft: »Gegenüber den bestimmenden Naturwissenschaften, die sichere Erkenntnisse im Sinne von Naturgesetzlichkeiten begründen, kommt den teleologischen und ästhetischen Urteilen nur ein reflektierender Charakter zu, demzufolge sie lediglich so erscheinen, *als ob* sie gesetzlichen Charakter hätten« (Stederoth 2019: 307; H.i.O). Daraus ergeben sich drei

Funktionsbegriffe, die Stederoth für Derridas unbedingte Universität wie folgt ausmacht:

> »Das ist einmal der konstruktive, in Derridas Engführung mit Austin: performative Charakter von ästhetischen und Zweckurteilen, das ist zweitens die spezifisch human- bzw. kulturwissenschaftliche Ausrichtung von ästhetischen und Zweckurteilen und schließlich drittens die Unbedingtheit selbst, die Kant der Urteilskraft zuschreibt.« (ebd.)

Wie Stederoth in seinen Ausführungen richtig betont, zielt Derrida »in Bezug auf die performative Souveränität der Universität insbesondere auf die *Humanities*« (ebd., H.i.O) ab. Das wertet die Einflussgröße jedoch nicht ab, gegenteilig konnte in dieser Analyse u. a. innerhalb des Kapitels *2.2.1* dargestellt werden, dass die Universität in der historischen Ableitung stets als *Erkenntnis- sowie Sozialsystem* aufgetreten ist und dass »Ideen der Wahrheit, der Demokratie, der Gerechtigkeit, der Humanität und sogar der menschlichen Brüderlichkeit« (Popper 2012: 175) dem Ideal konstituierend beigekommen sind. Die Humanities sind also kein schmückendes Beiwerk universitärer Wissenschaft, sie sind vielmehr eine Art Manifest. In diesem Ansinnen und vor dem Institutions-Organisations-Verständnis dieser Analyse schwingt durchaus Richtungsweisendes in Stederoths Auslegung Derridas mit, wenn er schreibt:

> »Die Gegenstände, mit denen sich die Humanities auseinandersetzen, sind nicht, wie vielfach in den Sciences, ein Gegebenes, das eben besser oder schlechter, wahr oder falsch zu beschreiben ist, sondern es sind Dinge, die vom Menschen ins Werk gesetzt wurden, performative Werke des Denkens, Schreibens und Redens. Deshalb gründen die Humanities auch in sich selbst, sind damit in sich selbst ohne Bedingung, worin dann auch ihre Souveränität besteht.« (Stederoth 2019: 307 H.i.O)

Was nun als richtungsweisend angekündigt wurde, zielt auf die (un)mögliche Konkretisierung Derridas Ausführungen mit Blick auf die die Gegenwart konfrontierenden Analysen. Derridas Idealskizzen weisen insofern über

sich hinaus, als dass sie nicht vor dem konkreten Hintergrund anleitender Gegenstandsanalysen entworfen wurden.[91] Vielmehr ist die Universität als ein idealer Raum zu begreifen, was Derrida wie folgt ausführt:

> »Die unbedingte Universität hat ihren Ort nicht zwangsläufig, nicht ausschließlich innerhalb der Mauern dessen, was man heute Universität nennt. Sie wird nicht notwendig, nicht ausschließlich, nicht exemplarisch durch die Gestalt des Professors vertreten. Sie findet statt, sie sucht ihre Stätte, wo immer diese Unbedingtheit sich ankündigen mag.« (Derrida 2001: 77)

Damit bleibt Derrida der Idee, die die Realität ideell anleitet, konsequent verpflichtet. Realpolitisch – dies kritisiert auch Stederoth, wenn er Derridas ausbleibende Verpflichtung der »Gesellschaft auf den Erhalt ihres Reflexionsorgans« (Stederoth 2019: 309) beklagt – bleibt er damit jedoch im diffusen Raum verhaftet.

Nach dieser Auseinandersetzung mit Derrida leitet Stederoth unter dem Schlagwort der polymorphen Universität über in das, was er zuvor als *Plädoyer für Vielgestaltigkeit im Hochschulwesen* angekündigt hat. Ausgehend von den Hochschulreformen der vergangenen Jahrzehnte im europäischen Raum, allen voran die Bologna-Reform, welche durchweg einem Zuschnitt von Humankapital verpflichtet erscheinen, steht eine unbedingte Universität im Sinne Derridas scheinbar unvermittelbar als Ideal dem Realen gegenüber. Diese Gemengelage sieht Stederoth als Quadratur des Kreises und somit kategorisch unversöhnlich an, jedenfalls unter den aktuell gegebenen Umständen. Er nähert sich dieser zu leistenden Vermittlungsarbeit äußerst pragmatisch an, wenn er einem ökonomischen Zuschnitt der Hochschullandschaft in einem ersten Schritt durch simple Differenzierung nach fachkulturellen Gepflogenheiten begegnet. Die Humanities, so seine Forderung, müssen andere Bewertungsparameter erfahren als aktuell der Fall. Wenn sie unter den Bedingungen naturwissenschaftlicher Schemata buchhalterisch

91 Hier zeigt sich eine Parallele Derridas zu den in dieser Arbeit bereits vorgestellten Überlegungen eines Universitätsideals bei Paul Feyerabend. Eine ausführlichere Auseinandersetzung hierzu findet sich u. a. in: Rettenmaier 2019: 124 f.

rationalisiert werden, können die Stärken der Humanities nicht erfasst werden. Aktuell, so Stederoths Feststellung, sind die Humanities nicht mehr als »ein hübsches *Schmückedeinheim* […] das man sich in prosperierenden Zeiten leistet, um es in anderen wieder abzustoßen« (Stederoth 2019: 310, H.i.O).

Um also der Universität etwas mehr von ihrer Unbedingtheit (zurückzu) geben, sollen die einzelnen Fachkulturen nach ihren Bedürfnissen verwaltet werden. Der aktuellen Wissenschaftsverwaltung an Universitäten liegt ein Maßstab zugrunde, der »von der Gerechtigkeit durch Gleichheit (der Bedingungen)« (Stederoth 2019: 312) ausgeht, was Stederoth als »vulgärliberalistische(n) Mythos« (ebd.) bezeichnet.

Bis zu diesem Moment, so könnte man einwenden, ist es lediglich das Vokabular, dass Stederoths Analyse politischer wirken lässt als zuvor im Falle Derrida kritisiert. Tatsächlich greift hier jedoch wieder ein bemerkenswerter Pragmatismus, wenn Stederoth die Idee der polymorphen Universität beispielhaft in Forschung und Lehre überführt. So führt er aus, dass in den *Sciences* die Antragskultur der eingemessenen Universität durchaus punktuell sinnstiftender zu wirken vermag als in den Humanities, beispielsweise dann, wenn ein naturwissenschaftliches Großexperiment sich über mehrere Institute, Fakultäten, gar Universitäten erstreckt – dann kann »ein solcher Antrag gleichsam eine forschungsorganisatorische Funktion einnehmen« (ebd.). Für die meisten geisteswissenschaftlichen Forschungsprojekte, die oftmals als Einzelprojekte mit offener Fragestellung organisiert sind, sind derartige Antragskulturen hingegen »fremd und unangemessen« (Stederoth 2019: 313).

In einer polymorphen Universitätslandschaft gäbe es nun keine allübergreifende Beurteilungsparameter mehr, vielmehr würden die jeweiligen Fachkulturen eigene Kriterienkataloge erstellen, die den jeweiligen Ansprüchen und Herausforderungen auch gerecht werden. Auch »sollte es jeder Fachkultur offenstehen, ob sie für ihren Bereich generelle oder übergreifende Kriterien für eine Beurteilung von Forschungsleistungen bestimmt, oder ob sie von solchen generellen Kriterien Abstand nimmt und Forschung in einem offenen Geschehen sich vollziehen lassen will« (ebd.).

Für die Lehre werden Stederoths Ausstaffierungen einer polymorphen Universität noch deutlich radikaler, da er hier die volle Souveränität für die

jeweiligen Institute festschreibt, die sich über die grundlegende Konzeption (modular vs. offen), die Lehrformen (nur Seminare, keine Vorlesungen), die Regelstudienzeit, die Zertifizierung (*B. A.*, *M. A.* und Promotion vs. nur *M. A.* und Promotion) erstreckt. Damit ist ein Generalanspruch der Gestaltungsfreiheit postuliert, die er programmatisch zu verteidigen versucht. Bei der Frage der Gerechtigkeit verweist er im Wesentlichen auf die bereits angerissene Verwechselung von Gerechtigkeit und Gleichheit der Bedingungen. Menschen sind verschieden, es kann wohl ausgeschlossen werden, dass alle promovieren würden, wenn sie es strukturell könnten (vgl. Stederoth 2019: 315).

Auf die Frage nach der Finanzierung einer solchen Programmatik bringt Stederoth die Idee eines akademischen Grundeinkommens ins Spiel: »In Zeiten, in denen ein generelles bedingungsloses Grundeinkommen bereits in Ländern wie Finnland zumindest im Ansatz erprobt wurde, ist ein solches ›akademisches Grundeinkommen‹ kein abwegiger Gedanke mehr« (ebd.). Hier geht er sogar noch einen Schritt weiter und umreißt ein Grundeinkommen, dass auch den Lehr- und Forschungsbetrieb miteinbezieht. Alle könnten von einem solchen akademischen Grundeinkommen leben, »das durch entsprechende Lehr- und Forschungstätigkeit finanziell aufgestockt und vielleicht auch nach Qualifikationsstufen gestaffelt würde« (ebd.).

Stederoths Analyse lässt vor allem eine Feststellung klar hervortreten, derer nach die ökonomische Erscheinungsform durch die Konkurrenz belebt wird. Die polymorphe Universität konfrontiert die ver- und eingemessene Universitätswelt mit der Vorstellung einer Welt ohne Rankings, ohne nennenswerte Einkommensunterschiede bei gleicher Profession usf., wodurch der Fokus scharf stellt auf die Verbindung von Form und Inhalt. Denn obwohl die vom akademischen Grundeinkommen getragene Universität gänzlich utopisch erscheint, so erscheint doch die Feststellung evident, dass dieses Konzepteben auch einen unzweifelhaften »Schutzraum [darstellt], in dem sich Ideen wirklich frei entfalten« (Stederoth 2019: 316) können. Derlei Einwände gilt es noch detaillierter zu besprechen, was im folgenden Kapitel 7 u. a. zum Anspruch erhoben wird.

7. Ein Fazit im Schatten fetter Katzen

Die direkt vorangegangenen Kapitel *6.1*, *6.2* und *6.3* führten prominente Problemlagen der heutigen Universitätslandschaft mit Blick auf die Wissensverwaltung mannigfaltig auf. Dabei erscheinen einige grundlegende Beobachtungen maßgeblich, möchte man vor dem Hintergrund der in dieser Analyse vorgestellten Eigentümlichkeiten der Verwaltungslogik die universitäre Wissensverwaltung kritisieren. Im Folgenden soll daher innerhalb des Kapitels *7.1* eine rekursive Darstellung der wissenschaftstheoretischen wie verwaltungswissenschaftlichen Grundannahmen dargestellt werden. Es ist ein kurzes *Insgedächtnisrufen* der bereits innerhalb der Kapitel *3.4*, *4.6* und *5.6* resümierten Ergebnisse. In diesem Kapitel wird die Ausgangsthese nochmals bestärkt, die sich am orthographisch eigenwillig erscheinenden Titel dieser Untersuchung – *Immer. Wi(e)der. Universität.* – austariert.

Davon ausgehend und damit sozusagen entlang der Ausgangsthese dieser Untersuchung folgend, erfolgt in Kapitel *7.2* eine Manöverkritik, welche sich den drei Spannungsfeldern der Kapitel *6.1, 6.2* und *6.3* annimmt. In den Kapiteln *7.3* und *7.4* wird die Exzellenz als Spannungsparameter aus dem Kapitel *7.2* mitgenommen und gezielt auf Fragen der Asymmetrie und des Forschungsmanagements übertragen. Aus diesem Kapitel ist auch der womöglich stutzig machende Titel des siebten Kapitels entlehnt, der sich an einem von Helmut Spinner aufgegriffenen Weber'schen Gleichnis orientiert, in welchem die Katzen in gehobener Lage die fettesten sind und aus ihrer wohlgenährten Masse heraus die dünneren und schwächeren Katzen kleinhalten können. Das Kapitel *7.5* subsummiert die in dieser Untersuchung immer wieder aufkommenden Parallelen zwischen dem erkenntnistheoretischen Pluralismus/Anarchismus und der Philosophie der Postmoderne. Das Kapitel *7.6* beschließt die Arbeit und offeriert dabei u. a. fünf Thesen, die aus dieser Untersuchung ableitbar erscheinen.

7.1 Zur Ausgangsthese: Eine rekursive Darstellung der Grundannahmen

Als Erstes ist im Rückblick auf die bisherige Untersuchung anzumerken, dass durch die Analyse hindurch immer wieder klar wurde, dass die Organisation Universität sich in einem steten Wandel befindet. Dies ist in dieser Untersuchung innerhalb der Kapitel *2.2.1*, *2.2.3*, *4.3* und *4.4* sicherlich am deutlichsten hervorgetreten, aber auch die einzelnen Betrachtungen in Kapitel *6* machten dies klar. Es scheint ein Austarieren, ein Ver- und Einmessen der Organisationskultur in den jeweiligen Zeitgeist, orientiert am Anspruch der Universitätsbürger:innen, der Politik, der Wirtschaft usf. Dieser immerwährende Reformprozess ist ein stiller, ein der offensichtlichen Analyse oftmals schwer zugänglicher und dahingehend auch oft spekulativer, so dass schwer sagbar ist, in welchem Moment der Reform man sich überhaupt als analysierende forschende Person befindet. Helmut Spinner beschreibt dies – dabei eine eigene epochale Einteilung vornehmend – wie folgt:

> »It undergoes a silent revolution, in accordance with a permanent transformation of modern science in the post-Humboldtian era, from the ›pure science‹ of theory to the ›applied science‹ of theory-based praxis, to the ›realized‹ science of science-based technology, and to the ›commercialized science‹ of technology-based industry.« (Spinner 1993: 135)

Eine *stille Revolution* treibt hier die *permanente Transformation* der Universität an. Die revolutionären Antriebsfedern können extern wie intern Spannung aufnehmen, also politisch oder wirtschaftlich gesteuert oder von den Studierenden befeuert sein. Elementar erscheint die Permanenz der Veränderung und die Stille, mit der sie fortschreitet. Diese stille Revolution ist charakteristisch für die Organisation der Universität. Immer wieder – so kann man in Anlehnung an den Titel dieser Arbeit formulieren – geht es um die Universität. Immer *wieder* wird die eigene Organisation zum problematisierten Untersuchungsgegenstand erhoben. Diese Bewegung des immer wiederkehrenden Infragestellens und Problematisierens, dieser immer wieder aufflammende Reformprozess ist organisational bestimmbar und – so

hat diese Analyse insbesondere innerhalb des Kapitels *3.3* freigelegt und im Titel der Untersuchung verbrieft – institutionell rückkoppelbar, denn es ist der wissenschaftlichen Erkenntnis immanent, ein stetes *Wider* aufrechtzuerhalten. Alles ist Hypothese, alles gehört hinterfragt und kritisch geprüft. Dabei sind die Entwicklungslinien der Erkenntnis (*Wider*) und der Organisation (*wieder*) nicht (*immer*) gleich getaktet. So wird der Titel dieser Untersuchung – *Immer. Wi(e)der. Universität.* – in seiner Präzision und Interpunktion deutlich: Es handelt sich hier nicht um eine Fehleranzeige, ein Klagelied o. ä., es ist vielmehr als verknappte Formel einer universitären Funktionslogik in Abgrenzung zur Herausforderung eines organisationalen Handlings dieser Institution. Diese Einsicht gesetzt, bleibt somit die Lösung der Aufgabe ausstehend, die Spannungsfelder des Kapitels *6* einer angemessenen wissenschaftsphilosophischen Reflexion zu unterziehen.

7.2 Die fünffach eingespannte Universität

In der permanenten stillen Revolution des Kapitels *7.1* begriffen, zeigen sich mannigfaltige Spannungsfelder, von denen die vorangestellten Kapitel *6.1*, *6.2* und *6.3* einige womöglich besonders bedeutungsvolle herausgearbeitet haben. Im Konkreten möchte ich diese **in fünf Kategorien** clustern:[92]

1.) Selbstverwaltungs- vs. Managementmodell
In diesem in Kapitel *6.1* herausgearbeiteten Spannungsfeld wurde der Nutzen der Universität besprochen. Ein staatlicher Nutzen scheint im organisationalen Duktus systematisch eingeschrieben zu sein, gleichwohl ist der selbstbestimmte Duktus des universitären Ideals fest verankert. Das selbstbestimmte Moment folgt der individuellen Erkenntnis und steht im Zeichen der Aufklärung. Dies kann durchaus mit einer Wettkampf-Attitüde

92 Es handelt sich hierbei – wie im Fließtext beschrieben, in der Überschrift jedoch unterschlagen – um fünf exemplarische Spannungsfelder. Diese Kategorisierung ist also ein Vorschlag zur Analyse universitärer Problemfelder, aufbauend auf den Ausarbeitungen dieser Untersuchung. Diese Kategorisierung erhebt somit keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

in dem Sinne, dass die Wissenschaftler:innen sich untereinander messen, geschehen. Das Managementmodell überschreibt diese ideelle Programmierung jedoch, indem der Wettkampf von der individuellen Ebene zwischen einzelnen Wissenschaftler:innen auf eine kollektive Ebene des organisationalen Vergleichs übertragen wird, auf der sich ganze Universitäten messen. Vergleich ist hier eben nicht gleich Vergleich und die Einflussnahme durch vergleichende Operationalisierungen verändert sich beim Übergang vom Selbstverwaltungs- zum Managementmodell elementar.

2.) Akademische Freiheit vs. (akademisches) Controlling

Dies war eines der konkreten Spannungsfelder, welches innerhalb von Kapitel *6.2* und *6.3* eingehendere Betrachtung fand. Es knüpft dabei an die Problematik des ersten Spannungsfeldes an, da auch hier das Individuelle in einen kollektiven Vergleichsrahmen eingemessen werden muss. So müssen ECTS-Einheiten für Studierende eingehalten werden, die die individuelle Lerngeschwindigkeit und den Zeitaufwand auf einer verallgemeinerbaren Ebene antizipieren. Salopp, aber konkret pointiert bedeutet dies, dass ein Mal Karl Poppers *Logik der Forschung* lesen und verstehen 1 bis 3 ECTS *Wert* ist, also 25 bis max. 30 Stunden Lese- und Verstehenszeit pro ECTS *kosten darf* (vgl. HRK 2020). Dabei ist es egal, in welchen Semester studiert wird (zumindest innerhalb der Qualifizierungsstufe) oder wie es um die individuellen Vorlieben oder Lebensumstände bestellt ist.

Nur stellt sich hier eben auch die Frage nach der prinzipiellen Vergleichbarkeit individueller Erkenntnisse. Sind individuelle Erkenntnisprozesse überhaupt vergleichbar? Wie können individuelle Qualitäten und Erkenntniszuschnitte in einen kollektiven Vergleich überführt werden? Und selbst wenn die Herausforderung einer validen Operationalisierung angegangen wird, stellt sich die von Pessimismus angestimmte Frage, ob dies für alle Fachkulturen gleichermaßen erfolgen kann.

3.) Unberechenbarkeit vs. Berechenbarkeit

Ein weiteres Spannungsfeld, das sich in die bisherigen beiden nahtlos einfügen lässt, ist mit der Frage der Kalkulierbarkeit benannt. Die individuelle, von Controlling-Mechanismen freie Forschungs- und Lehrtätigkeit mag

weniger gut kalkulierbar sein. Doch der Genius sowie der Zufall sind in der Unberechenbarkeit beheimatet. Diese Erkenntnis ist – so wird in den Kapiteln *6.2* und *6.3* klar – in der Einheit von Forschung und Lehre ideell vermittelt, in den vergleichenden Maßstäben des Controllings allerdings schwer bis unmöglich zu erfassen.

4.) Unbedingtheit vs. Bedingtheit

Die Spannung zwischen einer *unbedingten Universität* im Sinne Jacques Derridas und der bedingten Universität verstanden als eingemessene, berechenbare Universität, knüpft hier an. Der *Freiraum Universität*, wie ihn Derrida ideal entwirft, ist nicht zu ver- und gleich gar nicht einzumessen. Die Aufgaben der Universität, die Karl Jaspers beispielsweise als Erziehung, Forschung und Unterricht betitelt, bedürfen alle einer Unbedingtheit. Um sich in sokratischer Erziehung auf Augenhöhe zu begegnen, eignen sich fluide heterarchisch-kollaborative Lehr-Lern-Settings weitaus besser als durchorganisierte, hierarchische ECTS-Unterrichtseinheiten.

Um wirklich forschen zu können, müssen Forscher:innen frei ihrer Interessen und ihrer Neugier forschen und sich als Person mit Lust und Haltung einbringen können. So kann auch ein guter, performativ Erkenntnisse hervorbringender Unterricht nicht in enge didaktische Korsette gezwungen werden. Je bedingter die Rahmengebung veranschlagt ist, desto qualitativ geringer sind die erwartbaren Ergebnisse. Die Unbedingtheit und Offenheit der unbedingten Universität Derridas als Ideal zu veranschlagen, ist somit wahrhaftiges Albtraummaterial eines jeden Controllers.

5.) Exzellenz vs. Imperfektion/Durchschnittlichkeit

Die Analysen der Kapitel *6.2* und *6.3* wendeten sich diesem zugespitzten fünften Spannungsfeld im Kontext der Exzellenz zu. In der vermeintlichen Dualität von Exzellenz und Imperfektion/Durchschnittlichkeit subsummiert sich der Output des Glaubens an ökonomische Standardisierungsprozesse für Erkenntnismanagement und Wissensverwaltung.

Diese fünf Spannungsfelder erscheinen vor dem Hintergrund der hier vorgelegten Analyse zur Skizzierung universitärer Problemfelder besonders geeignet. Dabei erscheint insbesondere das fünfte Spannungsfeld dahinge-

hend exponiert, weil es sich als bürokratisch-kapitalistisches Einfallstor eignet. Vor eben diesem Hintergrund soll es einer ausführlicheren Besprechung zugeführt werden, in der auch die Eigenart und Eigendynamik von Exzellenzpolitiken beleuchtet wird.

7.3 Exzellenz und exzellente Asymmetrie

Es ist ein Grundproblem einer jeden wettbewerbsgetriebenen Ökonomie, dass sich mit Blick auf die Verteilung von Gütern jedweder Art systematisch Asymmetrien einschreiben. Und es ist vor diesem Hintergrund nur logisch, dass auch das Wissenschaftssystem in seiner einge- und vermessenen Ist-Situation derlei Asymmetrien ausweist. Helmut Spinner beschreibt unter Bezugnahme auf Max Weber die grundlegende Problematik dieser exzellenzfördernden Dynamik wie folgt: »Nur in gehobener Lage werden die Katzen richtig fett und schliessen die sozialen Beziehungen nach aussen und nach unten, wie von Max Weber richtig gesehen: vorgeblich zur Aufrechterhaltung eines bestimmten Qualitätsniveaus, tatsächlich zur Monopolisierung von Chancen« (Spinner 2003b: 8). Die gehobene Lage zeigt hier bereits an, dass die Startbedingungen auf dem Weg zur Exzellenz durchaus wegweisend sind. Und die fetten Katzen, die zur Aufrechterhaltung des eigenen Status netzwerken, zeigen die Einfallstore, wie in Kapitel *5.4* dieser Arbeit durch die Analyse von David Graeber unter dem Schlagwort der *Komplizenschaft* dargelegt wurde. Zum Schluss benennt Spinner die Monopolisierung – diese wirkt für künftige Exzellenzbestrebungen dann wie ein langer, dunkler Schatten.

In einem nächsten Schritt sollen die Spannungsfelder vor dem Hintergrund dieser Problematisierungen eines Verdikts der Asymmetrie betrachtet werden. Salopp ausgedrückt: Welche Probleme sind, vom Katzenschatten verdeckt, auszumachen und wie können diese – dem grundlegenden Vorhaben der wissenschaftstheoretischen Fußnote verbunden – eingeordnet werden? Der Vorschlaghammer universitärer Asymmetrie ist aktuell wohl mit der Exzellenz ausgemacht. Auch in den Gesprächen mit Spinner und Hoyningen-Huene kam die Frage nach Sinn und Unsinn universitärer Ex-

zellenz-Politiken auf. Exemplarisch an der Hochschulpolitik der BRD kann nachvollzogen werden, was Exzellenz ist und in welchem Verhältnis sie zum Schatten der in gehobenen Lagen agierenden Katzen und den Spannungsfeldern steht.

Wie wird man als Universität exzellent? Vereinfacht formuliert: Durch einen politischen Beschluss im Zeichen der Exzellenzinitiative aus dem Jahr 2005. Die Initiative von Bund und Ländern lief von 2005 bis 2017 und unterteilte sich von Beginn an in drei Förderlinien: In *(1) Zukunftskonzepte* als Kategorie zur Erfassung der gesamtuniversitären Entwicklung, *(2) Exzellenzcluster* als gezielte Förderkonzeption themenspezifischer Forschung und *(3) Graduiertenschulen* als Förderung von Doktorand:innen im breiteren fachlichen Spektrum. In der ersten Bewilligungsrunde 2005 wurden 9 Zukunftskonzepte, 37 Exzellenzcluster und 39 Graduiertenakademien gefördert. In Summe wurden pro Jahr Fördergelder in Höhe von 60 Mio. Euro für Graduiertenschulen, 292 Mio. Euro für Exzellenzcluster und 142 Mio. Euro für Zukunftskonzepte ausgelobt. Die Programmbegleitung erfolgte durch den Wissenschaftsrat (WR) und die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG), die für Vergabe, Betreuung und Evaluation der Mittel und Ergebnisse verantwortlich ist (vgl. DFG 2010). In einem gemeinsamen Positionspapier von 2015 schreiben der WR und die DFG zur Eröffnung des Reports:

> »Mit der Exzellenzinitiative des Bundes und der Länder hat sich die allgemeine Einsicht durchgesetzt, dass moderne leistungsfähige Wissenschaft eines strukturell differenzierten Systems unterschiedlich profilierter Universitäten bedarf. Damit wird der Annahme widersprochen, sämtliche Universitäten sollten und könnten in allen Bereichen und Dimensionen von Wissenschaft auf allen Leistungsniveaus einheitlich leistungsfähig sein. […] Der Wettbewerb um die Einrichtung von Graduiertenschulen, Exzellenzclustern und Zukunftskonzepten veranlasste die Universitäten zu einer kritischen Bestandsaufnahme ihrer jeweiligen Stärken und Schwächen sowie zur konzeptionellen Weiterentwicklung ihrer Strukturen in sämtlichen forschungsbezogenen Bereichen. Er initiierte damit eine weit über alle Erwartungen hinausgehende Dynamisierung des Wissenschaftssystems.« (WR/DFG 2015: 1)

Es zeigt sich hier, was innerhalb dieser Untersuchung oftmals bemerkt wurde: epistemologische Setzungen gehen oft politischen Statements voraus, die kategoriale Trennschärfe leidet dann nicht selten unter Pauschalisierungseffekten und Verknappungen. Tatsächlich ist dieser vermeintlich erfolgsorientierte Eröffnungsabsatz des Positionspapiers bereits gespickt mit Problemhinweisen im Zeichen dieser hier vorgelegten wissenschaftstheoretischen Fußnote und mit direkten Synergien zu den Spannungsfeldern. Es ist ein Abwenden von der Institution der freien Forschung in dem Sinne, dass die Universitäten gezielt in einen Prozess des fachwissenschaftlichen Zuschnitts hineinmanövriert werden. Die Idee einer Gesamtuniversität steht hier offen zur Diskussion, damit überlappt die Organisation innerhalb der permanenten Transformation die Ideale der Institution. Die Dynamisierung des Wissenschaftssystems ist im Zuge dieser Logik sicherlich ausmachbar, wenigstens im internationalen Vergleich. Zuschnitte, wie der hier vom WR und der DFG ausgelobte, sorgen für gute Ergebnisse in den Rankings, die vor allem die Katzen in gehobener Lage erfassen. Unterm Strich schleift sich so jedoch eine Asymmertrie ein, die sich unter Planrufen der Aufrechterhaltung bestimmter Qualitätsniveaus konstituieren, tatsächlich aber zur Monopolisierung beitragen. Denn über den Förderungszeitraum hinaus bleibt die Frage der Anschlussfähigkeit derer Universitäten, die nun nicht an diesem Tropf der Exzellenz hingen. Wie sollen diese den nun von den fetten Katzen ausgebauten Vorsprung aufholen? Zumal die fetten Katzen untereinander in Forschungsverbünden u. ä. ihre gehobene Lage ausbauen.

So drängen sich – vor dem Hintergrund bisheriger Ausführungen – bei der Durchsicht des Positionspapiers schnell grundlegende Fragen auf: Wie wirken sich die Sonderzahlungen aus? Weshalb können sie nachhaltige Asymmetrien schaffen? Neben der sehr wahrscheinlich zu erwartenden Reduktion fachkultureller Vielfalt – wie sie dem Zitat des WR und der DFG zu entnehmen ist, wenn von *unterschiedlicher Profilierung* der Universitäten zu lesen ist – greift die Exzellenzhonoration auch in die weiteren Aufgabenfelder der Universität ein. Verbleibend bei der Grundlegung der Aufgaben einer modernen Universität durch Karl Jaspers in Kapitel *4.5* dieser Untersuchung, kann gar eine Omnipräsenz der Einflussnahme durch Exzellenzhonoration ausgemacht werden. So werden die Gelder für mehr Personal

und eine optimale Abdeckung des Betreuungsschlüssels zwischen Lehrenden und Lernenden im Forschungsverbund, für bessere Laborausstattungen, gediegenere Lernumgebungen usw. ausgegeben, wodurch ein nicht zu vernachlässigender Vorsprung der elitären Organisationen Einzug hält. Es ist der Eintritt in die Rankings der internationalen Eliten, die Angleichung an das angelsächsische System und die fortschreitende Ablösung vom Ideal. Der Philosoph Reinhard Brandt mahnt hierzu an:

> »Die Heraushebung von Exzellenz-Universitäten bedroht eine besondere Qualität der bisherigen deutschen Universitätslandschaft: Die dezentrale Bildung von Qualitätszentren für bestimmte Zeiten. Die Mathematik in Köln und Bremen, die Kunstgeschichte zeitweilig in Marburg, Philosophie in Tübingen. Die exzellenten Köpfe, die sich da finden, sind frei, den Ort überraschend wieder zu verlassen, und dann kann die Mathematik aus Bremen und Köln nach Bayreuth und Rostock wandern. Es gibt kein Exzellenz-Zentrum auf Dauer, es sei denn, die Mittel werden in den übrigen Universitäten so verknappt, dass niemand sie freiwillig aufsucht. So wird die Verwaltung ihre Exzellenz-Maßnahme verstetigen; alle Mittel für die Forschung und Elitenlehre finden sich dann nur in zwei oder drei oder vier Universitäten, während man in den anderen vergeblich nach einem Stück Kreide oder gar einem Beamer sucht.« (Brandt 2011: 154)

Die Asymmetrie manövriert die Nicht-Exzellenz-Universitäten in eine Position, an deren äußerstem Punkt die Ausübung der Jasper'schen Universitätsaufgaben nicht mehr möglich ist und stattdessen eine Auflösung oder bloße Beschränkung auf Lehre ohne Forschung Einzug halten wird. Derlei Universitäten wären dann mit dem Universitätskomplex nicht mehr übereinzubringen, es wären reine Lehranstalten und – wie in Kapitel *2.2.3* und *2.2.4* dargelegt – in der Abgrenzung zur Universität mehr den Fachhochschulen oder gar Volkshochschulen ähnlich.

Das also ist eine durchaus gefährliche Tendenz staatlicher Förderung und Forderung. Aber es entspricht natürlich in seiner immanenten Logik all jenen Punkten, die die Spannungsfelder begründen und die mit der Funktionslogik von Verwaltungen harmonieren. Exzellenzmanagement – verstan-

den als ein Management, welches die Organisationen auf Exzellenz hinführt – ist plan- und kalkulierbar, berechen- und skalierbar. Die Managementtools der freien Wirtschaft und das akademische Controlling greifen nicht ohne Grund so erfolgreich innerhalb der modernen Universitäten um sich. Es ist die Marktlogik, die hier auf universitärem Boden wurzelt und die Tendenz zur Zwei- bzw. Mehrklassengesellschaft widerspiegelt.

Damit ist der Exzellenzgedanke als Reflexionshotspot der Spannungsfelder vor dem Hintergrund der Asymmetrie innerhalb der verschiedenen Organisationen beleuchtet. Ein weiterer Punkt ist sicherlich in der Frage auszumachen, wie sich der asymmetrische Schatten auf die Forschung auswirkt. Jener Spur folgt das nächste Kapitel.

7.4 Forschung und exzellente Asymmetrie

Die Kritik an der Exzellenzstrategie hat aus wissenschaftstheoretischer Perspektive jedoch mindestens zwei Seiten. So ist nun in einem ersten Schritt aufgezeigt, dass der Schatten der fetten Katzen die Wettbewerbsverlierer auf eine Art vor der Sonne verdeckt, dass ein nachhaltiger Wettbewerbsverdruss äußerst wahrscheinlich wird. Dieses Problem ist derweil auf Organisationsebene angesiedelt, eine vertiefende Dimension lässt sich bestimmen, wenn die Frage der Parteilichkeit im Forschungsprozess gestellt wird. Ob nun von der grundlegenden Forschungsausrichtung ganzer Institute (darum geht es Christian Kreiß im Wesentlichen, wenn er die *gekaufte Forschung* anmahnt) oder von Verzerrung nach Erwünschtheitsmaßstäben in Review-Verfahren, die Gretchenfrage lautet: *Wes Brot ich ess, des Lied ich sing?*

Die Umgangssprache hält eine Vielzahl melodischer Formulierungen für den Fall parat, dass das eigene Tun dem Willen des fremden Finanziers unterstellt ist. So ermahnen die Eltern die Kinder, dass diese nach dem elterlichen Gusto zu agieren haben, solange jedenfalls, wie die Kinderfüße regelmäßig unter dem heimischen Esstisch stehen. Oder aber es wird darauf verwiesen, dass derjenige, der die Musikkapelle zahlt, auch bestimmt, was gespielt wird. Ganz ähnlich dem Ausspruch *Wes Brot ich ess, des Lied ich sing*:

> »Die alte Redensart beschreibt die Abhängigkeit einer Person von ihrem Brotherrn. Vordergründig klingt auch eine Illoyalität des Untergebenen durch, was aber im Kern das Abhängigkeitsverhältnis von Leuten ohne eigenes Brot, also ohne eigenes Kapital, untermauert. Die Redensart dürfte vom Ursprung her auf die Zeit des Dreißigjährigen Kriegs zurückgehen. Die Landsknechte sangen den Marschgesang ihres jeweiligen Kriegsherrn. Falls sie eine Schlächterei überlebten, war es durchaus üblich, dass sie in der Gegenoffensive für einen anderen Kriegsherrn kämpften und damit andere Lieder sangen.« (Landrock 2020: 39)

Dieses alte Sprichwort verdeutlicht gut, in welchem Verhältnis gemeinhin Tat, Täter:in und Kapital betrachtet werden. Tatsächlich speist sich auch gerade hierin das innerhalb von Kapitel *2.2* überwiegend im Fußnotenkontext thematisierte Misstrauen gegen die Wissenschaft im Zeichen von alternativen Fakten u. ä. Und tatsächlich lässt sich hierin auch eines der Hauptmotive ausfindig machen für die Diskussionen rund um die eingemessene Universität. Dabei kann man eine Vielzahl unterschiedlicher Wege einschlagen, um diesem Thema nachzuspüren. Mit überwiegend ökonomischer Perspektivierung erscheint beispielsweise die eingehende Betrachtung grundlegender Finanzströme im universitären Alltag elementar, von der ausgehend man untersuchen könnte, ob das Setzen von Schwerpunkten im Sinne von Forschungszielen etc. klar tendenziös im Zeichen des Kapitals steht. Ein solches Vorgehen lässt sich bei Kreiß beobachten, dessen Überlegungen innerhalb des Kapitels *2.2.4* bereits skizzenhaft besprochen wurden.

Aus wissenschaftstheoretischer Perspektive erscheint vor dem Hintergrund asymmetrisch begründeter Problemlagen die Exzellenzstrategie im Kontext des Hochschulmanagements unter besonderer Beachtung individueller Einflussnahme auf Wissenschaftler:innen besonders spannend. In Kapitel *6.2* wurde dies bereits kurzweilig thematisiert und dabei in Verbindung mit der vermessenen Universität u. a. festgestellt, dass sich der Exzellenzgedanke stark an Rankings orientiert und daher vor dem Hintergrund der ver- und eingemessenen Universität einigen Betrachter:innen gar zwingend logisch erscheinen mag. Kurzgehalten wurde an dieser Stelle der Untersuchung dann geurteilt, dass im Rahmen dieser Gegebenheiten ein

Spannungsfeld bleibt, innerhalb dessen Entscheidungen getroffen werden müssen: Entweder für eine Karriere im Zeichen einer quantitativen Wissensorganisation und ausgerichtet auf die wissenschaftliche und gesellschaftliche Engführung eines Elitegedankens? Oder aber: Für die Karriere einer Wissensorganisation, die über die Quantifikation von Exzellenz hinaus die eigenen Aufgaben im breitenwirksamen gesellschaftlichen Bildungsbereich verortet. Denn tatsächlich ist der Hinweis Krulls, dass Evaluationen die zu messende Wirklichkeit schaffen, von entscheidender Bedeutung.

Was an dieser Stelle noch sehr technokratisch klingen mag, hat epistemologisch seziert durchaus weitreichende Folgen. Anhand des Peer Reviews – also der Praxis, der nach mir zumeist unbekannte Kolleg:innen eine Kritik zu meiner wissenschaftlichen Arbeit ausformulieren und damit über Veröffentlichung, Nachbearbeitung oder ersatzlose Abweisung meiner Arbeit entscheiden – lässt sich dies gut verdeutlichen. Nicht nur das eigene Forschungsthema, die dazu passende Methode und die Referenzen sind entscheidend, oft sind auch das passende Wording und biographische Eigenheiten ausschlaggebend für den Erfolg oder eben Misserfolg einzelner Forschungsprojekte oder ganzer Forscher:innenkarrieren.

In Kurzform stellt sich die Frage, inwieweit der fachdisziplinäre Diskurs in die Beurteilung einer Arbeit hineinziehen sollte. Eine Frage, die sich nichts Geringerem als einem epistemologischen Horizont für gegenwärtige Forschungsprojekte verschreibt. Denn wenn der Diskurs die Grenzen des Sag- und Denkbaren bestimmt, dann verhaftet dies die Forschung wenigstens im Kuhn'schen Normalbetrieb. Das muss keinesfalls ausschließlich schlecht sein – die Diskussion mit Spinner verdeutlicht dies, wenn dieser die Bedeutung der *Zwerge* im Wissenschaftsbetrieb betont (vgl. Spinner 2021: A. VI) – doch steht es dem Naturell wissenschaftlicher Revolutionen in nicht unerheblichem Maße entgegen. Zudem ist die Intensität entscheidend, aus dem sich besagter Horizont konstituiert. Im Zentrum bleibt die Frage, welche Grenzen den Pluralismus der Erkenntnis tangieren. Eine Einsicht, die auch der WR bereits 2017 in einem Positionspapier ausformulierte und darin u. a. forderte, dass man im Wissenschaftsbetrieb durch »Innovative Auswahlverfahren gegen Mainstreaming« (Wissenschaftsrat 2017: 26)

vorbeugen müsse. Doch wie kann nun ein innovationsoffenes Review aussehen? Dazu führt der WR weiter aus:

> »Um den Vorwürfen des Mainstreamings in der Forschungsförderung als Folge risikoscheuer, strukturkonservativer oder bestimmte Denkschulen stützender Begutachtungen zu begegnen, sollten Forschungsförderer, aber auch weitere Begutachtungen nachfragende Stellen kritisch prüfen, ob die Gesamtheit der etablierten Verfahren eine ausreichende Vielfalt bietet, um die Diversität der Forschungsansätze zu sichern. Anregungen zur innovativen Ausgestaltung von Auswahlverfahren sollten verstärkt erprobt werden. Wenn ein Förderangebot so gestaltet oder so stark überzeichnet ist, dass sich eine Entscheidung nur schwerlich argumentativ begründen ließe, könnte ein Teil der förderungswürdigen Anträge nach einer Zufallsauswahl gefördert werden. Werden Leistungen oder Anträge uneinheitlich begutachtet (z. B. riskante Projekte, Paradigmenwechsel), könnte den Teilnehmerinnen und Teilnehmern von Jurys sowie Auswahlkommissionen ein effektives Sondervotum (auch wild card) eingeräumt werden.« (ebd.)

An Passagen wie dieser zeigt sich einmal mehr, mit welcher epistemologischen Bedingtheit universitäre Verwaltung versehen ist. Ob *Anything goes* (Feyerabend) oder *Alles ist Hypothese* (Spinner) – wissenschaftliche Erkenntnis ist nicht planbar, zumindest nicht dann, wenn sie auf Revolutionen, Innovationen etc. hin ausgerichtet werden soll. Das Extrem, mit dem der WR hier die Alternativen zum Peer Review ausformuliert, bezeugt dies par excellence.

7.5 Über Widerstreit als Theorien- und Rechtsstreit als Monopolpluralismus

Bevor sich diese Untersuchung mit fünf abschließenden Thesen dem Ende neigt, soll noch ein letzter Exkurs erfolgen, der bereits innerhalb des Kapitels *3.3.1* für das Fazit in Aussicht gestellt wurde. Es handelt sich bei diesem Exkurs um die im Zuge dieser Arbeit immer wieder festgestellten Paralle-

len zwischen den hier veranschlagten Wissenschaftstheoretiker:innen und den Denker:innen der Postmoderne. Man könnte diesen Exkurs wohl auch als These formulieren, in etwa wie folgt: *Die Wissenschaftstheorie im Zeichen Feyerabends und Spinners findet in postmodernen Theorien eine Ergänzung, die zur Versöhnung der anarchistischen/pluralistischen Radikalität der Erkenntnistheorie mit den gesellschaftlichen Herausforderungen beiträgt.* Ich möchte nun abschließend die Vielzahl postmoderner Querverweise im Zuge der Fußnoten innerhalb dieser Arbeit kritisch reflektieren und in Form der eben ausgeführten These pointieren.

Insbesondere die Überlegungen von Jacques Derrida wurden im Verlauf dieser Untersuchung des Öfteren herangezogen. In Kapitel *2.2.5* geschah dies als Beschreibung der Universität als absoluter Raum für Fragen, in dem Sinne, dass hier unabhängig äußerer Bedingungen, Meinungen etc. geforscht werden kann. Die Idee einer unbedingten Universität von Derrida erscheint geradezu ideal für eine Wissenschaftstheorie, die sich dem Motto *Alles ist Hypothese* verschreibt. Helmut Spinner scheint sich dessen durchaus bewusst, wenn er kommentiert, dass die Idee Derridas der »Universität mehr Freiräume offenbart als der Rest der Gesellschaft« (Spinner 2021: A. XIV) und daran anschließend wohlwollend attestiert: »Damit kann man schon auch arbeiten« (ebd.). Innerhalb dieser Überlegungen zu einer unbedingten Universität formuliert Derrida auch eine Idee aus, die er als Glaubensbekenntnis (vgl. Kapitel *2.2.5* und Derrida 2001: 21) fasst. Auch dies wurde innerhalb dieser Untersuchung aufgegriffen und bereits innerhalb des Kapitels *2.2.5* kurzgeschlossen mit Paul Feyerabend, wenn dieser gute Forscher:innen in der Leidenschaft zum eigenen Forschungstun ausmacht (vgl. Kapitel *3.2.3* und Feyerabend 1996: 39). Und auch die Ausführungen von Karl Jaspers, der die Vorlesung als organisational unbedingte Aufgabe des Ausdrucks solcher (unverstellter) Leidenschaft begreift (vgl. Kapitel *4.5.3*) können hier sehr gut Anschluss finden, wenngleich dieser natürlich in Differenz zu Feyerabend/Spinner betrachtet werden muss.

Ebenfalls häufig kamen die Überlegungen von Jean-Francois Lyotard (als Vertreter der Postmoderne) und Wolfgang Welsch (als wichtiger Forscher zur Postmoderne) innerhalb dieser Arbeit zum Tragen, beispielsweise innerhalb der Kapitel *3.3.1* und *3.3.2*. Dann war es weniger der Raum der Uni-

versität, der die bloße Möglichkeit zum *Allesdenken* einräumt, der im Mittelpunkt der Überlegungen stand. Vielmehr war es hier die Verbindung der wissenschaftlichen Erkenntnis mit der Demokratie als Form des kritischen Diskurses. Lyotard diskutierte eben diese Form des Widerstreits und des Aushaltens anderer Positionen im gesellschaftlichen Kontext, wobei er sich u. a. auch auf die erkenntnistheoretischen Überlegungen von Ernst Mach berief (vgl. Lyotard 1979/2015: 166). In der Fußnote 52 des Kapitels *3.3.1* wurde bereits etwas ausführlicher die Unterscheidung zwischen dem Widerstreit und dem Rechtsstreit bei Lyotard dargelegt. Es mag sich verwegen ambitioniert lesen, doch drängt sich nach der hier dargestellten Spinner-Lyotard-Analyse der Gedanke an eine mögliche Verschränkung der Konzepte des Spinner'schen Monopolpluralismus mit dem Lyotard'schen Rechtsstreit und des Spinner'schen Theorienpluralismus mit dem Lyotard'schen Widerstreit auf.

Der erkenntnistheoretische Monopolpluralismus als Pluralismus, der den Pluralismus an sich als unhinterfragbar setzt, könnte gesellschaftlich (Spinner würde hier wohl von einer lebensweltlichen Ergänzung ö. ä. schreiben) um Lyotards Rechtsstreit ergänzt werden. Dieser geht davon aus, dass beim Rechtsstreit mehrere Theorien konfrontieren, eine jedoch stets über die anderen Theorien hinwegsetzbar ist. Spinners Theorienpluralismus hingegen scheint ideal im Konzept des Widerstreits aufzugehen, in dem Lyotard Theorien auf eine Art different ansieht, dass nicht eine über die anderen Theorien hinübergestülpt werden kann. Der Widerstreit ist bei Lyotard dann eben nicht zu richten/schlichten. Der Widerstreit ruft bei Lyotard auch das Ende der großen (überstülpbaren) Theorien aus – unter Bezug auf den Holocaust – und bestellt damit, so die hier vorgebrachte These, das Feld für den Theorienpluralismus. Mit Lyotard wäre so die gesellschaftliche Grundierung der wissenschaftlichen Erkenntnis vorgebracht, wodurch Spinners soziologische Unterstreichung als lebensweltliche Bezugnahme an Komplexität gewinnen würde.[93] Wolfgang Welsch, das wurde in Kapitel *3.3.1* etwas ausführlicher dargelegt, schlussfolgert in Anbetracht derlei Querverbindungen, dass

93 Diese These übersteigt das hier zugrundeliegende Überblickswissen über Lyotards Philosophie im Allgemeinen, sie ist daher lediglich als Denkanstoß zu verstehen und verdeutlich darüber hinaus in gekonnter Weise, wo die sich immer wieder

es sich sowohl bei Spinner wie auch bei Feyerabend um Denker einer plural gewordenen Vernunft handelt (vgl. Welsch 1991: 266 ff.).

Als Einwände gegen diese These, der nach die Überlegungen der postmodernen Denker:innen die Theoriegebilde von Feyerabend und Spinner bereichern könnten, müsste zum einen der grundlegende Umgang mit dem Begriff der Theorie seitens der Postmoderne diskutiert werden. Helmut Spinner sieht hierin den hauptsächlichen Widerpart zur eigenen Philosophie, wenngleich er Feyerabend durchaus als Vordenker einer postmodernen Erkenntnistheorie sieht:

> »Da hat der Feyerabend mit dem Anything goes […] unterschiedliche Intensitäten bedient. Nehmen Sie beispielsweise Lyotard, der die Wissenschaften als Fabeln angesehen und das Ende der Theorie beschworen hat. Das Ende der Theorie ist ja so ein typischer postmoderner Slogan. Wissenschaft ist für mich vor allem theoretische Wissenschaft, deswegen habe ich mich nie als Postmoderner verstanden. […] Aber der Feyerabend hat hier durchaus Anschluss gefunden.« (Spinner 2021: A. XII/XIII)

Hier bliebe nun zu ergründen, ob die Dimension vom Ausruf eines Endes der großen Theorie seitens Spinners tatsächlich richtig erfasst ist oder ob die Aversion der postmodernen Denker:innen nicht vielmehr den *großen Theorien* im Sinne diskursstörender Platzhalter galt. Wenn diese Vermutung zutrifft, dann wurde das politisch intendierte Moment Lyotards durch Spinner erkenntnistheoretisch fehlinterpretiert. In eben dieser unterschiedlichen Schwerpunktsetzung der Pluralismusentwicklung könnte gerade eine Stärke verborgen sein. Denn wenn die Wissenschaftstheorie den Menschen als Teil der Erkenntnis begreift und die Postmoderne die Erkenntnis als die des Menschen, dann ist dies durchaus gewinnbringend versöhnbar. Die Liaison *Spinner-Feyerabend-Postmoderne* scheint vor dem Hintergrund dieser Untersuchung und den aufgezeigten Überschneidungen jedenfalls äußerst spannend.

---

auftuenden Eindrücke der Gemeinsamkeiten zwischen dem erkenntnistheoretischen Pluralismus/Anarchismus und der Postmoderne herrühren.

7.6 Ein Abschluss mit fünf Thesen

Die Reflexionen zu den Spannungsfeldern zeigen an, in welch beträchtlichem Ausmaß die universitäre Wissensverwaltung und die Erkenntnis stehen. Es ist keinesfalls (nur) die Kreide, der Beamer u. ä., was eine gelungene Universität definiert, in der sich die Einheit von Forschung und Lehre sowie der dies vermittelnde Unterricht ereignen kann. Die Kreativität und Phantasie, die – wie entlang der Überlegungen von Einstein, Feyerabend, Spinner, Graeber uvm. in dieser Untersuchung aufgezeigt wurde – von entscheidender Bedeutung für den Charakter wissenschaftlicher Erkenntnis sind, gilt es zu verwalten. Die Sichtung der Überlegungen zur Verwaltungslogik haben jedoch gezeigt, dass Verwaltung per se einer starken Eigenlogik folgt, die ökonomisch getrieben scheint. Freiheit von Forschung und Lehre kollidieren so mit der ordnenden Rationalität (im Sinne Webers) der Verwaltung, welche einer betriebswirtschaftlichen Logik entlehnt ist und sich streng formal wie prozessoptimierend gibt (im Sinne Luhmanns).

Ziel dieser Untersuchung war es, der Diskussion rund um die Verfasstheit der Universitäten eine wissenschaftstheoretische Fußnote hinzuzufügen. Dieses Ziel folgte der Beobachtung, dass oftmals politischer Aktionismus innerhalb des Universitätsmanagements mit wissenschaftstheoretischen Stützargumenten vorangetrieben wird, diese dabei jedoch eine Verknappung und Zurechtschneidung erfahren, die den wesentlichen Kern der epistemologischen Annahmen verfälschen. Zu dieser Beobachtung gesellte sich zudem die Feststellung, dass seitens der Wissenschaftstheorie selten Überlegungen zur konkreten Ausgestaltung universitärer Wissensverwaltung auszumachen sind. Aus diesen Beobachtungen heraus und aufbauend auf den wissenschaftstheoretischen Arbeiten von Karl Popper, Thomas Kuhn, Paul Feyerabend, Helmut Spinner und einigen mehr entstand die Idee, die grundlegende Kompatibilität von wissenschaftlicher Erkenntnis und Verwaltung zu prüfen. Mit anderen Worten: Wie funktioniert wissenschaftliche Erkenntnis? Kann man diese überhaupt verwalten?

Eine der zentralen Thesen dieser Untersuchung lautete dabei, dass die Universität im Ideal der Utopie verhaftet ist und sich daraus ableitend die Herausforderung auftut, eine Utopie in die Realität zu überführen. Diese

skeptische Annahme – so könnte man sagen – nimmt der Frage nach einer gelingenden Verwaltung die Grundlage, denn das ideale Gelingen ist hier bereits ins Utopische verlagert. Tatsächlich zeigte die analytische Zersetzung dieser These jedoch – stets vor dem Hintergrund der jeweiligen Historie –, dass das Ideal in dieser These wohl realitätskonstituierend auftritt. Damit ist gemeint, dass es sich keineswegs in der Utopie auflöst, vielmehr wirkt es richtungsweisend aus dem Unbestimmten heraus. Um diesem Gedanken folgen zu können, möchte ich abschließend die in dieser Untersuchung ausgeführte Denkfigur rückwärts dekonstruieren.

Die Klagen zum schlechten Zustand der Universitäten sind vielzählig und geographisch unterschiedlich stark ausgeprägt, was aber auch der Tatsache geschuldet ist, dass die verschiedenen Politiken zu unterschiedlichen Problemzentrierungen geführt haben. Um hier nicht zu sehr zu zerfasern, wurde der Fokus vor allem auf die moderne Universität in Bologna-Nachfolge und insbesondere in Mitteleuropa scharfgestellt. Die abnehmende Pluralität und die damit zusammenhängende inhaltliche wie auch räumliche Verengung – Raum hier verstanden als Universitätsraum – sind zentrale Probleme der Spannungsfelder, die sich in den meisten Kritiken auftun. Dem Pluralitätsgedanken liegt ein Ideal zugrunde, welches gegenwärtig gerne mit Wilhelm von Humboldt kurzgeschlossen wird. Verknappt gesprochen und vor dem Hintergrund der hier angestrebten epistemologischen Verknüpfung kann man es auch mit Feyerabend fassen und die Universität in ihrer Idealform als einen *anarchistischen Partner einer freien Gesellschaft* betrachten (vgl. Feyerabend 1996: 21 f.), als einen freien Denkraum der Kritik. Hier – also in der idealen Universität – kann alles in Frage gestellt werden. Diese Freiheit, so nun das Credo der allermeisten Kritiken, ist nicht mehr gegeben. War sie es je?

Folgt man der Universitätsgeschichte stellt man schnell fest, dass das Ideal schon immer den realen Umsetzungen übergeordnet wurde und die ideale Universität in Realität bisher nie existiert hat. Um sich dieser Eigenart zuzuwenden, bleiben (mindestens) die zwei hier vorgeschlagenen Unterscheidungen: Zum einen lässt sich die Universität als Institution verstehen, die ihre Ursprünge aus der Form der Erkenntnis zieht und als solche in eine Organisation überführt wurde. Zum anderen lässt sich aber auch der Utopiebegriff in Stellung bringen, dieser stellt per Definition eine Kritik der

Gegenwart dar und passt vor diesem Hintergrund wiederum ideal zur Institutionstheorie. So wird das Ideal durch seine Kritik also richtungsweisend für die organisationalen Umsetzungen.

Dem Ideal sowie der Utopie ist das (noch)-Nicht-Reale immanent. Der Versuch einer Überführung der Utopie ins Reale ist nicht selten zum Scheitern verdammt, dies liegt wohl daran, dass das Utopische in idealer Mittlung gedacht werden kann. So in etwa kann man wohl die utopischen Ideen von Feyerabend beschreiben und kritisieren, wenn dieser freie Universitäten in Kommunenorganisation innerhalb einer anarchistischen Gesellschaft entwirft. Beim Versuch, eine solche Idee tatsächlich praktikabel zu entwerfen, zeigen sich schnell eine Menge Widerhaken (vgl. dazu u. a. Rettenmaier 2019). Der Widerhaken, der sich innerhalb dieser Untersuchung als besonders hartnäckig erwiesen hat, lässt sich an der Verwaltung ausmachen. Diese funktioniert gesellschaftskonform optimierend und damit klar richtungsweisend und strukturierend, was dem ohnmächtigen Machtvollen der Utopie elementar entgegensteht. Hier sind es doch gerade die Abzweigungen und Widersprüche, die den Charakter der Erkenntnis ausmachen.

Was ist nun abschließend aus dieser Untersuchung abzuleiten? Ich möchte die Erkenntnisse in fünf Schlussthesen ausführen:

These I: *Es erscheint angemessen und wissenschaftspolitisch effizient, einen wertschätzenden, aber auch abstrakten Universitätsbegriff als Institution hochzuhalten.*

Das Utopische ist Kern der Organisation: Auch wenn es nicht und wahrscheinlich nie tatsächlich eingelöst wurde und werden kann, so stellt es doch ein Seelenäquivalent für die Organisation dar. Die *Institution Universität* ist ein Ideal, genauer gesagt ein epistemologisches Ideal. Es geht, so lautete eine Pointierung in Kapitel *4.3*, um ein *institutionelles Heureka-Moment*. Die Erkenntnis, so wurde vor allem in den Kapiteln *3.2.3* bis *3.4* ausgeführt, ist im wahrsten Sinne des Wortes unfassbar. Organisational kann man sich dem Unfassbaren kaum, wenn dann wohl nur möglichst elegant nähern, hierfür taugt die Abstraktion. Die Leistungsstärke des universitären Raumes gründet auf seinem Ideal, wissenschaftspolitisch muss dieses im Zuge orga-

nisationaler Neubestimmungen also stets wahrgenommen werden, da sonst der organisationale Verlust des wesentlichen Leistungsmoments droht.

These II: Die Unfassbarkeit der wissenschaftlichen Erkenntnis sowie der Prozess der Fassbarwerdung bedürfen klarer Strukturen, die organisational geschaffen werden müssen. Die organisationale Hülle der Institution ist nicht Last und Bürde, sie ist vielmehr ein wesentlicher Leistungsverstärker.
Es ist die Stärke des Konzepts und zeitgleich die Tücke der Praxis. Wenn das institutionelle *Heureka-Moment* nicht so unbestimmt wäre, wäre es epistemologisch gebunden. Nicht umsonst formulierte der Physiker und Autor Arthur C. Clarke das *dritte Gesetz der Science Fiction* wie folgt: »Jede hinreichend fortschrittliche Technologie ist von Magie nicht zu unterscheiden« (Clarke zitiert nach Weber 2008a: 57). Das ist eine Schlussfolgerung, die in völliger Harmonie mit Feyerabend und Spinner auftritt, die jedoch auch zeigt, dass die Grenzen des Denkraums im Gegensatz zu den physikalischen des Universitätsraums auflösbar sind. Damit wir die Ideen jedoch greifen, prüfen, wieder- und weiterdenken können, müssen sie dingfest gemacht werden. Hier setzt der Prozess der Normalwissenschaft ein, die magisch wirkenden Entdeckungen werden nun auf Herz und Nieren geprüft. Es ist also ein Gebot der Universitäts-Organisation, sowohl der Phantasie wie der monotonen Prüfarbeit Raum zu gewähren.

These III: Die Universität ist der Gesellschaft verpflichtet, diese Verpflichtung reicht dabei deutlich über die Ergebniskultur hinaus. Dabei ist bildungsphilosophische Einwirkung auf die Gesellschaft nicht optional, sondern vielmehr unbedingt zu verstehen.
Es ist ein Irrglaube, anzunehmen, dass Universitäten der Gesellschaft als reine Patentlieferanten verbunden sind. Das Ideal der Universität lebt in seiner Pluralität stets von einer engen Verknüpfung mit der freien Gesellschaft. Die Ausführungen von Karl Jaspers, die innerhalb des Kapitels *4.5* im Gesamten besprochen wurden und in Kapitel *4.5.2* eine Explizierung um die Geschichte des Abt Steyrer erfahren haben, zeigen eindrücklich die wechselseitige Beziehung von Gesellschaft und Universität. Eine Verengung des

Universitätsgedankens hin auf eine weitestgehend geschlossene und elitäre Einrichtung erscheint mit dem Ideal nicht vereinbar.

Man könnte es auch so formulieren, dass die Symbiose zwischen dem wissenschaftlichen Pluralismus und der Demokratie als gesellschaftliche Herrschaftsform zum Standard guter Wissenschaft und Innovationskraft erhoben wird. Um überhaupt alles hypothetisch denken zu können, bedarf es einer freien Denkkultur, die wir üblicherweise mit demokratischen Gesellschaften verbinden. Wenn Denkverbote exitieren, wenn beispielsweise bestimmte Methoden aus rein ideologischen Gründen ausgeschlossen werden, wird die wissenschaftliche Erkenntniskultur krank. Es ist eben jener Ausgangspunkt, jenes Szenario, in dem Feyerabend dem Patienten Wissenschaft den Anarchismus als Medizin anreicht. Und auch hier wird einmal mehr deutlich, mit welchem Feingefühl das institutionelle Momentum pluralistischer Erkenntnis und die drumherum wirkenden Organisationsstrukturen austariert werden müssen.

These IV: Die Verwaltung ist der Organisation verbunden und die Organisation stellt die Manifestation des Ideals dar, wodurch universitäre Wissenschaft verwaltet werden muss.

Bei allem Weh und Ach über die Universitätsverwaltungen, so konnte doch gezeigt werden, dass die Technokratie zur Wissenschaft gehört. Wer diese These bestreitet, der muss den analytischen Schritt von der Institution zur Organisation zurückdrehen und anderweitig überbrücken, um das Ideal aus dem Utopischen in die Realität zu überführen. Das dies kaum möglich ist, zeigten die Überlegungen von Max Weber und Niklas Luhmann.

Es kann also kein sinnstiftender Ansatz sein, Wissenschaft bzw. Wissenschaftler:innen und Verwaltung in Gänze voneinander zu scheiden. Vielmehr geht es auch hier einmal mehr um ein gekonntes Austarieren der Verhältnismäßigkeiten und gegebenenfalls um ein Nachjustieren dahingehend, überbordende Schwerpunkttendenzen im Sinne einer stimmigen Erkenntniskultur abzuwenden.

These V: Die Organisation Universität muss, ganz ihrem Erkenntnisideal verpflichtet, in einer dauerhaften Selbstkritik begriffen, die eigene Entwicklung gestalten. Immer wieder muss die Struktur, die dem Unfassbaren zugewiesen wird, diskutiert werden. Und immer wieder muss das Wider selbst Teil der ideellen Diskussion sein.

Die Wissensverwaltung im Zeichen einer pluralistischen Erkenntnis ist komplex und steht in ihrer realistischen Umsetzung stets vor dem Problem des Übergangsmanagements eines Ideals auf die Praxis. Diese Arbeit wollte dieser bescheidenen und doch wirkmächtigen Feststellung eine wissenschaftstheoretische Fußnote beistellen, die sich als widerstandsfähig im politischen Diskurs behauptet und sich auf organisationale Überlegungen einlassen kann. Das Verhältnis des institutionellen Kerns der Wissenschaft zu seiner organisationalen Form ist dabei so im Gleichgewicht zu halten, dass die Leistungsfähigkeit an sich gewahrt bleibt.

Dass hier der Schwerpunkt mal mehr auf der einen und dann wieder mehr auf der anderen Seite gelagert ist, liegt dabei wohl in der Natur der Sache. Und jeder Moment der übergewichtigen Verlagerung bringt seine Mahner:innen hervor. Die Interviews im Anhang verdeutlichen dies wohl ganz gut. Und zweifelfrei ist auch die hier vorgelegte Analyse nur eine Hypothese, der man wohl Einwände gegenüberstellen kann, wie sie Paul Hoyningen-Huene im Gespräch hervorbrachte. So könnte man wohl auch unken, dass jede Zeit eben die Universität hervorbringt, die sie im wahrsten Sinne des Wortes verdient. Und vielleicht ist dann ein ausgeprägter Exzellenzgedanke, wie er von Hoyningen-Huene vertreten wird, schlicht das Produkt seiner Zeit. Die Befürchtung, die an diese Analyse anschließt, ist die, dass man dabei Gefahr läuft, den institutionellen Kern der Organisation so zu verbauen, dass er letztendlich nicht mehr erkennbar ist, dass die Exzellenzförderung das Momentum der wissenschaftlichen Intuition übernimmt und dass im Zuge dessen die pluralistische Denkkultur zu Gunsten drittmittelgenormter Lebensläufe schwindet. Und eben in jenem Ansinnen erscheint es lohnenswert, auch immer auf jene zu verweisen, die im Schatten der fetten Katzen verweilen. Immer wieder – und dabei auch der jeweilig überwiegenden Universitätskultur zuwider.

Literaturverzeichnis

Adorno, T. W. (1955/1977). *Kulturkritik und Gesellschaft II.* Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.

Adorno, T. W. (1971). *Einleitung (zum Positivismusstreit).* Berlin: Hermann Luchterhand Verlag.

Albert, H. (1982). *Die Wissenschaft und die Fehlbarkeit der Vernunft.* Tübingen: J. C. B. Mohr.

Albert, H. (1987). *Kritik der reinen Erkenntnislehre: Das Erkenntnisproblem in realistischer Perspektive.* Tübingen: Mohr Siebeck.

Albert, H. (1991). *Traktat über kritische Vernunft.* Tübingen: Mohr Siebeck.

Albert, M., & Hellmann, G. (2001). *Schlechte Massenausbildung zum Hochschullehrerberuf?* In: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen (vol. 8, no. 2)*, S. 345–361.

Alt, P.-A. (2021). *Exzellent!?: Zur Lage der deutschen Universität.* München: C. H. Beck.

Ammon, S. (2007). *Wissensverhältnisse im Fokus: Eine erkenntnistheoretische Skizze zum Post-Pluralismus.* In: S. Ammon, C. Heineke & K. Selbmann, *Wissen in Bewegung: Vielfalt und Hegemonie in der Wissensgesellschaft* (S. 59–77). Weilerswist: Velbrück Wissenschaft.

Aristoteles (1994). *Metaphysik.* Hamburg: Rowohlt Verlag.

Baacke, D., Brinckmann, C., Meyer, E., Georg, D., Schmitz, H., Heuer, D., Ritter, U. (1970). *Forschendes Lernen – Wissenschaftliches Prüfen: Ergebnisse der Arbeit des Ausschusses für Hochschuldidaktik.* Bonn: Schriften der Bundesassistentenkonferenz.

Baecker, D. (2003). *Organisation und Management.* Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.

Bahr, A., Eichhorn, K., & Kubon, S. (2022). *#IchBinHanna: Prekäre Wissenschaft in Deutschland.* Berlin: Suhrkamp Verlag.

Barkleit, G. (2008). *Manfred von Ardenne: Selbstverwirklichung im Jahrhundert der Diktaturen.* Berlin: Duncker & Humblot.

Baum, A. (2019). *Die historisch-kritische Methode in der Bibelwissenschaft*. In: C. Raedel, & J. Buchegger, *Biblisch erneuerte Theologie* (S. 53–87). Witten: SCM R.Brockhaus.

Bayertz, K. (1980). *Wissenschaft als historischer Prozeß: Die antipositivistische Wende in der Wissenschaftstheorie.* München: Wilhelm Fink.

Behlau, L. (2017). *Forschungsmanagement.* Berlin: Walter de Gruyter.

Beil, J. (19. Mai 2022). *Der verdeckte Stellenmarkt in Deutschland ist riesig*. In: *Der Tagesspiegel*: https://plus.tagesspiegel.de/wirtschaft/der-verdeckte-stellenmarkt-in-deutschland-ist-riesig-wann-es-sich-lohnt-einen-headhunter-zu-kontaktieren-485811.html (abgerufen am: 16. Juli 2022).

Bell, D. (1975). *Die nachindustrielle Gesellschaft.* Hamburg: Rowohlt.

Berger, P. L., & Luckmann, T. (2009). *Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit: Eine Theorie der Wissenssoziologie.* Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag.

Berlin, I. (1953/2009). *Der Igel und der Fuchs – Essay über Tolstojs Geschichtsverständnis.* Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Bogumil, J., Burgi, M., Heinze, R. G., Gerber, S., Gräf, I.-D., Jochheim, L., & Schickentanz, M. (2013). *Zwischen Selbstverwaltungs- und Managementmodell: Umsetzungszustand und Bewertungen der neuen Steuerungsinstrumente in deutschen Universitäten*. In: E. Grande, D. Jansen, O. Jarren, A. Rip, U. Schimank & P. Weingart, *Neue Governance der Wissenschaft: Reorganisation - externe Anforderungen - Medialisierung* (S. 49–71). Bielefeld: transcript.

Bolokan, D., Spoerri, G. F., & Stenglein, F. (2021). *Zur Einleitung: »Kein weiteres Element im kritischen Blumenstrauß…«*. In: G. F. Spoerri & F. Stenglein, *anarchistische geographien - Beiträge zu den Radical Geographies* (S. 7–27). Münster: Westfälisches Dampfboot.

Bonazzi, G. (2014). *Geschichte des organisatorischen Denkens.* Wiesbaden: Springer VS.

Borggräfe, M. (2019). *Wandel und Reform deutscher Universitätsverwaltungen: Eine Organigrammanalyse.* Wiesbaden: Springer VS.

Böttcher, W., Weishaupt, H., & Weiß, M. (1997). *Bildung und Finanzkrise*. In: W. Böttcher, H. Weishaupt & M. Weiß, *Wege zu einer neuen Bildungsökonomie* (S. 9–17). Weinheim/München: Juventa Verlag.

Brandt, R. (2011). *Wozu noch Universitäten?* Hamburg: Felix Meiner Verlag.

Breidbach, O. (2015). *Geschichte der Naturwissenschaften.* Berlin/Heidelberg: Springer-Verlag.

Brock, T. D. (August 1997). *Anecdotal, Historical And Critical Commentaries on Genetics*. In: *Genetics*, S. 1207–1210.

Buck, M. F., & Kabaum, M. (2013). *Ideen und Realitäten von Universitäten.* Frankfurt am Main: Peter-Lang-Verlagsgruppe.

Bude, H. (2013). *Bildungspanik: Was unsere Gesellschaft spaltet.* München: dtv Verlagsgesellschaft.

Bude, H., & Staab, P. (2016). *Kapitalismus und Ungleichheit – Neue Antworten auf alte Fragen*. In: H. Bude & P. Staab, *Kapitalismus und Ungleichheit* (S. 7–22). Frankfurt am Main: Campus Verlag.

Carter, A. (1971). *The Political Theory of Anarchism.* New York: Harper & Row.

Casper, G. (2001). *Die Idee einer Universität: Wie eine »strukturierte Anarchie« Gutes hervorbringen kann*. In: *Die Politische Meinung (45)*, S. 45–56.

Clark, B. R. (1983). *The higher education system. Academic organization in cross-national perspective.* Berkeley: University of California Press.

Clooney, A. (10. März 2017). *»Der IS ist eine Bürokratie des Bösen«.* In: *www.welt.de*: https://www.welt.de/politik/ausland/video162738568/Der-IS-ist-eine-Buerokratie-des-Boesen.html (abgerufen am: 11. August 2021).

Comte, A. (1956). *Rede über den Geist des Positivismus.* Hamburg: Felix Meiner Verlag.

Coser, L. A. (2015). *Gierige Institutionen.* Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.

Cremer, T. (1985). *Postscriptum – Ludwik Fleck (1896–1961) der Vorläufer von Thomas Kuhn: Die Theorie vom Denkstil und den Denkstilumwandlungen in wissenschaftlichen Gemeinschaften.* In: T. Cremer, *Von der Zellenlehre zur Chromosomentheorie. Veröffentlichungen aus der Forschungsstelle für Theoretische Pathologie der Heidelberger Akademie der Wissenschaften* (S. 323–344). Berlin: Springer.

Dahms, H.-J. (2016). *Positivismusstreit: Die Auseinandersetzungen der Frankfurter Schule mit dem logischen Positivismus, dem amerikanischen Pragmatismus und dem kritischen Rationalismus.* Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.

Dahrendorf, R. (1971). *Anmerkungen zur Diskussion der Refereate von Karl R. Popper und Theodor W. Adorno.* In: T. W. Adorno, H. Albert, R. Dahrendorf, J. Habermas, H. Pilot & K. R. Popper, *Der Positivismusstreit in der deutschen Soziologie* (S. 145–154). Neuwied/Berlin: Luchterhand.

Dahrendorf, R. (2001). *Öffentliche Sozialwissenschaft: Nützlich? Lehrreich? Unterhaltsam?* Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.

Dahrendorf, R. (2016). *Homo Sociologicus. Ein Versuch zur Geschichte, Bedeutung und Kritik der Kategorie der sozialen Rolle*. Wiesbaden: Springer VS.

Daston, L., & Galison, P. (2017). *Objektivität.* Berlin: Suhrkamp Verlag.

David, M., & Ebert, A. D. (September 2015). *Berühmte Gynäkologen. Semmelweis-Reflex? – Ignaz Philipp Semmelweis (1818–1865) zum 150. Todestag*. In: *Geburtshilfe und Frauenheilkunde*, S. 789–791.

Derrida, J. (2001). *Die unbedingte Universität.* Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.

Detel, W. (2011). *Erkenntnis- und Wissenschaftstheorie.* Stuttgart: Reclam.

DFG – Deutsche Forschungsgemeinschaft (12. März 2010). *Von Exzellenzinitiative des Bundes und der Länder zur Förderung von Wissenschaft und Forschung an deutschen Hochschulen*. In: *www.dfg.de* https://www.dfg.de/foerderung/info_wissenschaft/2010/info_wissenschaft_10_13/index.html (abgerufen am: 21. Juli 2022).

Di Trocchio, F. (1999). *Der große Schwindel: Betrug und Fälschung in der Wissenschaft.* Hamburg: Rowohlt Taschenbuch.

Di Trocchio, F. (2001). *Newtons Koffer: Geniale Außenseiter, die die Wissenschaft blamierten.* Hamburg: Rowohlt Taschenbuch.

Dicker, G. (Oktober 1991). *Hume's Fork Revisited*. In: *History of Philosophy Quarterly*, S. 327–342.

Dierse, U. (1971). *Anarchie, Anarchismus*. In: J. Ritter, K. Gründer & G. Gabriel, *Historisches Wörterbuch der Philosophie* (S. 267–294). Basel, Stuttgart: Schwabe Verlag.

Domke, F. (2020). *Das Befristungsrecht des wissenschaftlichen Personals an deutschen Hochschulen zwischen wissenschaftlicher Dynamik und sozialer Sicherheit.* Baden-Baden: Nomos.

Duden. (18. Dezember 2020). *Kritik, die*. In: *www.duden.de*: https://www.duden.de/node/84626/revision/84662 (abgerufen am: 10. Oktober 2021).

Duerr, H. P. (1985). *Ni Dieu - ni mètre: Anarchische Bemerkungen zur Bewußtseins- und Erkenntnistheorie.* Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Duhem, P. (1906/1998). *Ziel und Struktur der physikalischen Theorien.* Hamburg: Felix Meiner Verlag.

Durkheim, E. (1965). *Die Regeln der soziologischen Methode.* Berlin: Luchterhand.

Egger, R., Wustmann, C., & Karber, A. (2014). *Forschungsgeleitete Lehre in einem Massenstudium: Bedingungen und Möglichkeiten in den Erziehungs- und Bildungswissenschaften.* Wiesbaden: Springer VS.

Ehlers, S., & Zachmann, K. (2019). *Wissen und Begründen: Evidenz als umkämpfte Ressource in der Wissensgesellschaft*. In: K. Zachmann & S. Ehlers, *Wissen und Begründen* (S. 9–30). Baden-Baden: Nomos Verlag.

Einstein, A. (26. Oktober 1929). *What Life Means to Einstein: An Interview by George Sylvester Viereck*. In *The Saturday Evening Post*, S. 17/110/113–114/117.

Einstein, A. (2009). *Cosmic Religion: With Other Opinions and Aphorisms.* Mineola: Dover Publications.

Einstein, A., & Infeld, L. (1938). *The Evolution of Physics.* London: Cambridge University Press.

Emrich, E., & Fröhlich, M. (2010). *Universität in Deutschland zwischen Institution und Organisation*. In: *sozialersinn (Heft 1)*, S. 3–22.

Ende, M. (2011). *Die unendliche Geschichte.* München: Piper Verlag.

Esser, H. (2000). *Soziologie - Spezielle Grundlagen: Band 5: Institutionen.* Frankfurt am Main: Campus Verlag.

Federkeil, G. (2013). *Internationale Hochschulrankings – Eine kritische Bestandsaufnahme*. In: Bayerisches Staatsinstitut für Hochschulforschung und Hochschulplanung, *Beiträge zur Hochschulforschung 02/2013*. München: IHF.

Feyerabend, P. (1978). *Der wissenschaftstheoretische Realismus und die Autorität der Wissenschaften.* Braunschweig / Wiesbaden: Vieweg & Sohn.

Feyerabend, P. (1981). *Über die Methode*. In: G. Radnitzky & G. Andersson, *Voraussetzungen und Grenzen der Wissenschaft.* Tübingen: Mohr Siebeck.

Feyerabend, P. (1984). *Wissenschaft als Kunst.* Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Feyerabend, P. (1996). *Thesen zum Anarchismus.* Berlin: Karin Kramer Verlag.

Feyerabend, P. (1997). *20. April* [*1968, Berkeley*]. In: W. Baum, *Paul Feyerabend/ Hans Albert: Briefwechsel* (S. 17–242). Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag.

Feyerabend, P. (1998). *Widerstreit und Harmonie (Trentiner Vorlesungen).* Wien: Passagen Verlag.

Feyerabend, P. (1976/2013). *Wider den Methodenzwang.* Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.

Feyerabend, P. (1995/2016). *Zeitverschwendung.* Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.

Fisch, S. (2015). *Geschichte der europäischen Universität.* München: Verlag C.H.Beck.

Fischer, J., Heise, H., Jütte, W., Schmidt, W., & Wuntsch, H.-M. v. (1974). *Zur Kritik der Bildungsökonomie.* Berlin/WB: Verlag für das Studium der Arbeiterbewegung.

Fischer, K. (Vol. 23, No. 1 1992). *Die Wissenschaftstheorie Galileis - oder: Contra Feyerabend*. In: *Journal for General Philosophy of Science / Zeitschrift für allgemeine Wissenschaftstheorie*, S. 165–197.

Fittkau, L. (20. Mai 2019). *Initiative fordert Schluss mit Zeitverträgen*. In: Deutschlandfunk: https://www.deutschlandfunk.de/uni-kassel-initiative-fordert-schluss-mit-zeitvertraegen-100.html (abgerufen am: 19. Mai 2021).

Fokken, S. (16. November 2020). *Drei Viertel der Wissenschaftler haben befristete Stellen*. In: spiegel.de: https://www.spiegel.de/panorama/bildung/uni-arbeitsvertraege-dreiviertel-der-wissenschaftler-haben-nur-befristete-stellen-a-00000000-0002-0001-0000-000174003034 (abgerufen am: 21. Mai 2021).

Foucault, M. (1992). *Was ist Kritik?* Berlin: Merve.

Foucault, M. (2005). *Was ist Aufklärung?* In: M. Foucault, *Michel Foucault: Schriften in vier Bänden* (S. 687–707). Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Foucault, M. (2014). *Der Wille zum Wissen. Sexualität und Wahrheit 1.* Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Friedrich, J. P. (2020). *Ist Wissenschaft, was Wissen schafft? Grundzüge der Forschung zwischen Geistesblitz und Großlabor.* Freiburg im Breisgau: Verlag Karl Alber.

George, C. S. (1972). *The History of Management Thought.* Upper Saddle River: Prentice Hall.

Gess, C., Rueß, J., & Blömeke, S. (Februar 2019). *Ein fach- und paradigmenübergreifendes Modell der Forschungskompetenz in den Sozialwissenschaften*. In: *ZeHf – Zeitschrift für empirische Hochschulforschung*, S. 7–27.

Goblirsch, G. (2017). *Real-Utopien zeigen Lösungsansätze*. In: G. Goblirsch, *Gebrauchstexte schreiben* (S. 173–184). Wiesbaden: Springer VS.

Gopal, G., & Sarukkai, S. (2017). *The Cracked Mirror.* Delhi: Oxford University Press India.

Gouldner, A. W. (1954). *Patterns of industrial bureaucracy. A case study of modern factory.* Glencoe (Illinois): The Free Press.

Graeber, D. (2015/2017). *Bürokratie: Die Utopie der Regeln.* München: Goldmann Verlag.

Graeber, D. (Januar 2016). *Tote Zonen der Fantasie - Ein Essay über strukturelle Dummheit*. In: *Merkur*, S. 34–45.

Gronemeyer, M. (2015). *Bildung ist Macht*. In: E. Christof, & E. Ribolits, *Bildung und Macht* (S. 51–60). Wien: Löcker.

Grözinger, G. (02/2011). *Wirtschaftswissenschaftliche Zugänge zur Hochschulforschung*. In: *die hochschule*, S. 117–130.

Grunow, D. (2009). *Bürokratieforschung*. In: V. Kaina & A. Römmele, *Politische Soziologie* (S. 353–384). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Grunwald, A. (2009). *Wovon ist die Zukunftsforschung eine Wissenschaft?* In: R. Popp & E. Schüll, *Zukunftsforschung und Zukunftsgestaltung* (S. 25–47). Berlin Heidelberg: Springer-Verlag.

Gugerli, D., Hagner, M., Hampe, M., Orland, B., Sarasin, P., & Tanner, J. (2005). *Editorial.* In: D. Gugerli, M. Hagner, M. Hampe, B. Orland, P. Sarasin & J. Tanner, *Nach Feierabend: Bilder der Natur - Sprachen der Technik* (S. 7–11). Zürich-Berlin: diaphanes.

Habermann, G. (2004). *Müssen Utopien sozialistisch sein?* In: H. O. Lenel, H. Gröner, W. Hamm, E. Heuss, E. Hoppmann, W. Kerber & V. Vanberg, *ORDO - Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft* (S. 99–126). Stuttgart: Lucius & Lucius Verlag.

Hahn, H., Neurath, O., & Carnap, R. (1929/2006). *Wissenschaftliche Weltauffassung des Wiener Kreises*. In: M. Stöltzner & T. Uebel, *Wiener Kreis* (S. 3–29). Hamburg: Felix Meiner.

Handke, J. (2014). *Patient Hochschullehre: Vorschläge für eine zeitgemäße Lehre im 21. Jahrhundert.* Marburg: Tectum Wissenschaftsverlag.

Harich, W. (1971). *Zur Kritik der revolutionären Ungeduld.* Basel: Edition Etcetera.

Häseler, V. (2019). *Momente der Verantwortung bei Jacques Derrida.* Nordhausen: Verlag Traugott Bautz.

Haß, U., & Müller-Schöll, N. (2009). *Was ist eine Universität?* Bielefeld: transcript Verlag.

Hasse, R., & Krücken, G. (2013). *Neo-institutionalistische Theorie.* In: G. Kneer & M. Schroer, *Handbuch Soziologische Theorien* (S. 237–251). Wiesbaden: Springer VS.

Hauser, M. S. (2008). *Erträge und Finanzierung höherer Bildung.* Heidenau: PD-Verlag.

Heé, N. (2017). *Postkoloniale Ansätze.* In: M. Sommer, S. Müller-Wille & C. Reinhardt, *Handbuch Wissenschaftsgeschichte* (S. 80–91). Stuttgart: J. B. Metzler.

Heinze, T., & Arnold, N. (2008). *Governanceregimes im Wandel. Eine Analyse des außeruniversitären, staatlich finanzierten Forschungssektors in Deutschland. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie (KZfSS)*, S. 678–722.

Hendricks, V. F., & Vestergaard, M. (2018). *Postfaktisch: Die neue Wirklichkeit in Zeiten von Bullshit, Fake News und Verschwörungstheorien.* München: Karl Blessing Verlag.

Hessische Hochschulen für Angewandte Wissenschaften (2020). *Hochschulübergreifende Promotionszentren*. In haw-hessen.de: https://haw-hessen.de/promotionen/hochschuluebergreifende-promotionszentren (abgerufen am: 18. August 2022).

Hilbrich, R., & Schuster, R. (2014). *Qualität durch Differenzierung? Lehrprofessuren, Lehrqualität und das Verhältnis von Lehre und Forschung*. In: B. S. Hochschulforschung, *Beiträge zur Hochschulforschung (I.2014)* (S. 70–89). Deiningen: Verlag Steinmeier.

Hill, H. (1997). *Strategische Erfolgsfaktoren in der öffentlichen Verwaltung*. In: H. Hill & H. Klages, *Qualitäts- und erfolgsorientiertes Verwaltungsmanagement* (S. 19–36). Berlin: Duncker & Humblot.

Hillmann, K.-H. (1994). *Wörterbuch der Soziologie: Institution.* Stuttgart: Kröner Verlag.

Hoffmann-Richter, U. (Februar 2012). *Erinnerungsarbeit.* In: *Psychiatrische Praxis*, S. 91–93.

Hohn, H.-W. (2010). *Außeruniversitäre Forschungseinrichtungen*. In: D. Simon, A. Knie & S. Hornbostel, *Handbuch Wissenschaftspolitik* (S. 457–477). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Holzer, D. (2021). *Negation und Utopie: Momente politischer Kritik*. In: M. Benz-Gydat, A. Pabst, K. Petersen, K. Schmidt, S. Schmidt-Lauff & S. Schreiber-Barsch, *Erwachsenenbildung als kritische Utopie?* (S. 42–54). Frankfurt am Main: Wochenschau Verlag.

Höwing, T. (2018). *Zur Vollständigkeit von Kants Unterscheidung zwischen Meinen, Glauben und Wissen*. In: V. L. Waibel, M. Ruffing & D. Wagner, *Natur und Freiheit* (S. 1243–1250). Berlin: De Gruyter.

Hoyningen-Huene, P. (1999). *Am Anfang steht immer Neugier*. In: *Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt*, 10.

Hoyningen-Huene, P. (33/2002). *Paul Feyerabend und Thomas Kuhn*. In: *Journal for General Philosophy of Science*, S. 61–83.

Hoyningen-Huene, P., & Oberheim, E. (2006). *Neues zu Feyerabend*. In: F. Stadler & K. R. Fischer, *Paul Feyerabend: Ein Philosoph aus Wien* (S. 13–34). Wien: Springer.

Hoyningen-Huene, P. (2011). *Was ist Wissenschaft?* In: C.F. Gethmann, *Lebenswelt und Wissenschaft* (S. 557–565). Hamburg: Felix Meiner Verlag.

Hoyningen-Huene, P. (2013). *Systematicity - The Nature of Science.* Oxford: Oxford University Press.

HRK – Hochschulrektorenkonferenz (2020). *Workload*. In: https://www.hrk-nexus.de/glossar-der-studienreform/begriff/workload/ (abgerufen am: 11. August 2022).

Huber, M. (2012). Die Organisation Universität. In: M. Apelt, & V. Tacke, *Handbuch Organisationstypen* (S. 239–252). Wiesbaden: Springer VS.

Hubig, L. (2009). *Die Universität: Leistungsmessung und -bewertung in einer komplexen Organisation.* Köln: Josef Eul Verlag.

Hufer, K.-P. (19. März 2015). *Volkshochschulen*. In: bpb.de: https://www.bpb.de/gesellschaft/bildung/politische-bildung/193581/volkshochschulen (abgerufen am: 20. August 2022).

Humboldt, W. v. (1809/2010). *Über die innere und äußere Organisation der höheren wissenschaftlichen Anstalten in Berlin*. In: J.-C. Horst, J. Kagerer, R. Karl, V. Kaulbarsch, J. Kleinbeck, E. Kreuzmair & J. Strèter, *Unbedingte Universitäten: Was ist Universität? Texte und Positionen zu einer Idee* (S. 95–104). Zürich: diaphanes.

Hume, D. (1967). *Eine Untersuchung über den menschlichen Verstand.* Hamburg: Felix Meiner.

Hüther, O., & Krücken, G. (2016). *Hochschulen: Fragestellungen, Ergebnisse und Perspektiven der sozialwissenschaftlichen Hochschulforschung.* Wiesbaden: Springer VS.

IAB (5. April 2017). *»Es gibt keine Anzeichen für eine Über-Akademisierung«*. In: *Presseinformation des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung*: https://www.iab.de/de/informationsservice/presse/presseinformationen/arbeitsmarkt_kompakt.aspx (abgerufen: am 22. August 2022).

Janßen, M., Schimank, U., & Sondermann, A. (2021). *Hochschulreformen, Leistungsbewertungen und berufliche Identität von Professor*innen.* Wiesbaden: Springer VS.

Jaspers, K. (1923/1980). *Die Idee der Universität.* Berlin: Springer Verlag.

Jungbauer-Gans, M. (2017). *Koordination der Befragungsstudien Absolventenpanel 2017 und National Academics Panel Study.* In: nacaps.de: https://www.nacaps.de/files/downloads/infoblatt_buwap_nacaps.pdf (abgerufen am: 13. August 2022).

Kaiser, E. (1996). *Das musikalische Leben im Kloster St. Peter zur Zeit Abt Steyrers*. In: H.-O. Mühleisen, *Philipp Jakob Steyrer (1749–1795): Aus der Lebenswelt eines Schwarzwälder Benediktinerabtes zwischen Aufklärung und Säkularisation* (S. 226–247). Freiburg i. Br.: Kath. Akad. der Erzdiözese Freiburg.

Kant, I. (1787/1998). *Kritik der reinen Vernunft.* Hamburg: Felix Meiner Verlag.

Kant, I. (1787/2003). *Kritik der praktischen Vernunft.* Hamburg: Felix Meiner Verlag.

Kavacs, L. S. (22. Juni 2021). *»Eine Kette von Befristungen« – Über die Situation an deutschen Hochschulen und was sich ändern muss*. In: JuWissBlog Nr. 67/2021: https://www.juwiss.de/67-2021/ (abgerufen am: 19. Mai 2022).

Kedrow, B. M. (1974). *Die Entwicklung der Formen des Zusammenhangs zwischen Wissenschaft und Technik*. In: VEB, *Wissenschaft als Produktivkraft* (S. 21–35). Berlin: Deutscher Verlag der Wissenschaften.

Kedrow, B. M. (1975). *Klassifizierung der Wissenschaften.* Berlin: Akademie Verlag.

Kellermann, P., Guggenberger, H., & Weber, K. (2016). *Universität nach Bologna? Hochschulkonzeptionen zwischen Kritik und Utopie.* Wien: Mandelbaum Verlag.

Kieserling, A., & Schmidt, J. F. (2021). *Verwaltung als Milieu*. In: N. Luhmann, *Die Grenzen der Verwaltung* (S. 223–249). Berlin: Suhrkamp.

Kirchhof, P. (2013). *Abschiedsvorlesung - Forschen heißt hoffen.* Heidelberg: Universität Heidelberg.

Kleinert, M. (11. Juni 2018). *Die zehn häufigsten Irrtümer über das WissZeitVG*. In: Forschung & Lehre: https://www.forschung-und-lehre.de/recht/die-zehn-haeufigsten-irrtuemer-ueber-das-wisszeitvg-677 (abgerufen am: 22. August 2022).

Kneucker, R. (2019). *Bürokratische Demokratie, demokratische Bürokratie: Ein Kommentar zu Struktur, Gestalt und System der Bürokratie in Europa.* Wien: Böhlau Verlag.

Kollektiv (2013). *Bologna-Bestiarium (»Unbedingte Universitäten«).* Zürich: Diaphanes.

Köster, N. (19. Januar 2021). *Harald Schmidt. TV-Moderator und Fernseh-Legende.* In: SWR1 Leute: https://www.swr.de/swr1/bw/swr1leute/harald-schmidt-tv-moderator-und-fernseh-legende-swr1-leute-100.html (abgerufen am: 17. Mai 2022).

Kraemer, J. (Januar 1958). *Die Azhar-Universität in Kairo und Ihre heutige geistige Bedeutung*. In: *Zeitschrift für Religions- und Geistesgeschichte*, S. 364–385.

Kraft, V. (2009). *Pädagogisches Selbstbewusstsein.* Leiden: Brill / Schöningh.

Kreiß, C. (2015). *Gekaufte Forschung: Wissenschaft im Dienst der Konzerne.* Berlin: Europaverlag.

Kricheldorf, H. R. (2014). *Erkenntnisse und Irrtümer in Medizin und Naturwissenschaften.* Berlin/Heidelberg: Springer-Verlag.

Krücken, G. (2012). *Hochschulforschung*. In: S. Maasen, M. Kaiser, M. Reinhart & B. Sutter, *Handbuch Wissenschaftssoziologie* (S. 265–276). Wiesbaden: Springer VS.

Krücken, G. (2017). *Die Transformation von Universitäten in Wettbewerbsakteure*. In: *Beiträge zur Hochschulforschung*, S. 10–29.

Krücken, G., & Wilkesmann, U. (2019). *Geleitwort.* In: M. Borggräfe, *Wandel und Reform deutscher Universitätsverwaltungen* (S. V-VII). Wiesbaden: Springer VS.

Krull, W. (2017). *Die vermessene Universität.* Wien: Passagen Verlag.

Kühl, S. (2012). *Der Sudoku-Effekt - Hochschulen im Teufelskreis der Bürokratie.* Bielefeld: transcript Verlag.

Kühl, S. (2020). *Organisationen: Eine sehr kurze Einführung.* Wiesbaden: Springer VS.

Kuhn, T. S. (1962/2014). *Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen.* Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Lakatos, I. (1971). *History of Science and its Rational Reconstructions*. In: *PSA 1970 - In Memory of Rudolf Carnap Proceedings of the 1970 Biennial Meeting Philosophy of Science Association*, S. 91–136.

Landrock, H. (2020). *Beim Lahmen lernt man Hinken.* Wiesbaden: Springer VS.

Lane, R. E. (1966). *The Decline of Politics and Ideology in a Knowledgeable Society*. In: *American Sociological Review*, S. 649–662.

Lehner, U. L. (2017). *Die Katholische Aufklärung: Weltgeschichte einer Reformbewegung.* Paderborn: Schöningh.

Liebeskind, U. (2019). *Institutionen der Hochschulbildung*. In: O. Köller, M. Hasselhorn, F. W. Hesse, K. Maaz, J. Schrader, H. Solga & K. Zimmer,

Das Bildungswesen in Deutschland. Bestand und Potenziale. (S. 599–628). Bad Heilbrunn: Verlag Julius Klinkhardt.

Liessmann, K. P. (2006). *Theorie der Unbildung: Die Irrtümer der Wissensgesellschaft.* Wien: Paul Zsolnay Verlag.

Lohse, S., & Bschir, K. (19. 11 2020). *Epistemic pluralism in evidence-based public health policy.* In: HPLS (Springer Verlag): https://doi.org/10.1007/s40656-020-00353-8 (abgerufen am: 10. Februar 2022).

Loick, D. (2017). *Anarchismus.* Hamburg: Junius.

Loprieno, A. (2020). *Die entzauberte Universität: Europäische Hochschulen zwischen lokaler Trägerschaft und globaler Wissenschaft.* Wien: Passagen Verlag.

Lösche, P. (März 1974). *Anarchismus – Versuch einer Definition und historischen Typologie*. In: *Politische Vierteljahresschrift (PVS)*, S. 53–73.

Losee, J. (1977). *Wissenschaftstheorie - Eine historische Einführung.* München: Verlag C. H. Beck.

Ludz, P. C., & Rönsch, H.-D. (1972). *Theoretische Probleme Empirischer Geschichtsforschung*. In: *Soziologie und Sozialgeschichte*, S. 153–179.

Luhmann, N. (1964/2021). *Die Grenzen der Verwaltung.* Berlin: Suhrkamp.

Luhmann, N. (1992). *Universität als Milieu.* Bielefeld: Haux.

Luhmann, N. (2016). *Der neue Chef.* Berlin: Suhrkamp Verlag.

Luhmann, N. (2018). *Schriften zur Organisation 1.* Wiesbaden: Springer VS.

Luhmann, N. (2019). *Schriften zur Organisation 3: Gesellschaftliche Differenzierung.* Wiesbaden: Springer VS.

Lütge, C. (2001). *Ökonomische Wissenschaftstheorie.* Würzburg: Königshausen & Neumann.

Lyotard, J.-F. (1989). *Der Widerstreit*. München: Wilhelm Fink Verlag.

Lyotard, J.-F. (1979/2015). *Das postmoderne Wissen*. Wien: Passagen Verlag.

Maahs, I.-M. (2019). *Utopie und Politik: Potenziale kreativer Politikgestaltung.* Bielefeld: transcript.

Maas, R. (2020). *Was hat Bill Gates mit Corona zu tun? Ein Buch über die Entstehung von Verschwörungstheorien und den Umgang mit ihnen.* Norderstedt: BoD.

Mach, E. (1883/2012). *Die Mechanik in ihrer Entwicklung: Historisch-kritisch dargestellt.* Berlin: Xenomoi Verlag.

Mach, E. (1896/1910). *Populärwissenschaftliche Vorlesungen.* Leipzig: Johann A. Barth.

Mach, E. (1896/2016). *Die Prinzipien der Wärmelehre: Historisch-kritisch entwickelt.* Berlin: Xenomoi Verlag.

Mach, E. (1919). *Die Leitgedanken meiner naturwissenschaftlichen Erkenntnislehre und ihre Aufnahme durch die Zeitgenossen.* Leipzig: Johann A. Barth.

Mach, E. (1998). *Vorwort zur deutschen Ausgabe von 1908*. In: P. Duhem, *Ziel und Struktur der physikalischen Theorien* (S. III-V). Hamburg: Felix Meiner Verlag.

Maier, A. (1967). *Ausgehendes Mittelalter. Gesammelte Aufsätze zur Geistesgeschichte des 14. Jahrhunderts. Bd. 2.* Rom: Edizioni di Storia e Letteratura.

Maier, K. (1996). *Der Beitrag der Benediktiner zu Wissenschaft und Bildung in Südwestdeutschland*. In: H.-O. Mühleisen, *Philipp Jakob Steyrer (1749–1795): Aus der Lebenswelt eines Schwarzwälder Benediktinerabtes zwischen Aufklärung und Säkularisation* (S. 33–55). Freiburg i. Br.: Kath. Akad. der Erzdiözese Freiburg.

Mall, R. A., & Peikert, D. (2018). *Philosophie als Therapie: Eine interkulturelle Perspektive.* Freiburg im Breisgau: Verlag Karl Alber.

Masschelein, J., & Simons, M. (2010). *Jenseits der Exzellenz: Eine kleine Morphologie der Welt-Universität.* Zürich: Diaphanes.

Mayer, K. U. (2020). *Die drei Pakte und ihre Wirkung: Die Exzellenzinitiative, der Hochschulpakt 2020 und der Pakt für Forschung und Innovation*. In: D. Simon, A. Knie, S. Hornbostel & K. Zimmermann, *Handbuch Wissenschaftspolitik.* Wiesbaden: VS Springer Verlag für Sozialwissenschaften.

Mayntz, R. (1968). *Soziologie der Organisation.* Hamburg: Rowohlt Verlag.

Mayntz, R. (1971). *Max Webers Idealtypus der Bürokratie und die Organisationssoziologie.* In: R. Mayntz, *Bürokratische Organisation* (S. 27–35). Köln: Kiepenheuer & Witsch.

Meier, F., & Schimank, U. (2020). *Bürokratie als Schicksal? – Max Webers Bürokratiemodell im Lichte der Organizational Studies*. In: H.-P. Müller & S. Sigmund, *Max Weber-Handbuch: Leben – Werk – Wirkung* (S. 421–427). Stuttgart: J. B. Metzler.

Merton, R. K. (Mai 1940). *Bureaucratic structure and personality*. In : *Social Forces (Vol. 18, No. 4)*, S. 560–568.

Merton, R. K. (1942). *Science and technology in a democratic order*. In: *Journal of Legal and Political Sociology*, S. 115–126.

Metschl, U. (2016). *Vom Wert der Wissenschaft und vom Nutzen der Forschung.* Wiesbaden: Springer VS.

Meynhardt, T., Hermann, C., & Anderer, S. (September 2017). *Making Sense of a Most Popular Metaphor in Management: Towards a HedgeFox Scale for Cognitive Styles*. In: *Administrative Science*.

Mill, J. S. (1859/2010). *Über die Freiheit.* Stuttgart: Reclam.

Mittelstraß, J. (1998). *Die Häuser des Wissens. Wissenschaftstheoretische Studien*. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.

Mittelstraß, J. (2011). *Leibniz und Kant - Erkenntnistheoretische Studien.* Berlin: De Gruyter.

Mühleisen, H.-O. (1996). *Vorwort*. In: H.-O. Mühleisen, *Philipp Jakob Steyrer (1749–1795): Aus der Lebenswelt eines Schwarzwälder Benediktinerabtes zwischen Aufklärung und Säkularisation* (S. 7–11). Freiburg i. Br.: Kath. Akad. der Erzdiözese Freiburg.

Müller, E. (2016). *Raum und Rede. Zum Verhältnis von Topographie und Thema in Platons Phaidros*. In: A. Bertino, E. Poljakova, A. Rupschus & B. Alberts, *Zur Philosophie der Orientierung* (S. 15–32). Berlin: De Gruyter.

Müller-Freienfels, R. (1936). *Psychologie der Wissenschaft.* Leipzig: Barth.

Münch, R. (2011). *Akademischer Kapitalismus: Über die politische Ökonomie der Hochschulreform.* Berlin: Suhrkamp Verlag.

Neiman, S. (2017). *Widerstand der Vernunft: Ein Manifest in postfaktischen Zeiten.* Elsbethen: Ecowin.

Nemeth, E. (2019). *Zur ›historisch-kritischen Methode‹ bei Ernst Mach*. In: F. Stadler, *Ernst Mach - Zu Leben, Werk und Wirkung* (S. 21–44). Cham: Springer Nature Switzerland.

Nickel, S. (2011). *Governance als institutionelle Aufgabe von Universitäten und Fachhochschulen*. In: T. Brüsemeister & M. Heinrich, *Autonomie und Verantwortung: Governance in Schule und Hochschule.* (S. 123–144). Münster: Monsenstein und Vanderdat.

Nida-Rümelin, J., & Özmen, E. (2006). *Humanismus als Leitkultur. Ein Perspektivenwechsel.* München: Verlag C. H. Beck.

Nida-Rümelin, J. (2013). *Philosophie einer humanen Bildung.* Hamburg: Edition Körber-Stiftung.

Nida-Rümelin, J. (2014). *Der Akademisierungswahn: Zur Krise beruflicher und akademischer Bildung.* Hamburg: Edition Körber.

Nida-Rümelin, J. (2016). *Humanistische Reflexionen.* Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.

Nida-Rümelin, J., & Weidenfeld, N. (2018). *Digitaler Humanismus: Eine Ethik für das Zeitalter der Künstlichen Intelligenz.* München: Piper Verlag.

Oberschelp, M. (2002). *absolute: Paul Feyerabend.* Freiburg: orange-press.

Oeser, E. (2003). *Popper, der Wiener Kreis und die Folgen.* Wien: Facultas.

Oeser, E. (2012). *Wissenschaftstheorie: Ursprung, Entwicklung und gegenwärtige Situation*. In: *Felsefe Arkivi (Issue: 22–23)*, 93–117.

Orland, B. (2017). *Gender Studies*. In: M. Sommer, S. Müller-Wille & C. Reinhardt, *Handbuch Wissenschaftsgeschichte* (S. 68–79). Stuttgart: J. B. Metzler Verlag.

Overwien, B. (2011). *Die Wirtschafts- und Finanzkrise im Unterricht*. In: C. Scherrer, T. Dürmeier & B. Overwien, *Perspektiven auf die Finanzkrise* (S. 188–201). Opladen: Barbara Budrich.

Pääbo, S. (2005). *Was ist Forschung?* In: H. Braun & D. Grömling, *Entwurfsatlas Forschungs- und Technologiebau* (S. 10–11). Basel: Birkhäuser Verlag.

Paletschek, S. (2002). *Die Erfindung der Humboldtschen Universität*. In: *Historische Anthropologie 10*, S. 183–205.

Paletschek, S. (2007). *Zurück in die Zukunft? Universitätsreformen im 19. Jahrhundert*. In: *Das Humboldt-Labor: Experimentieren mit den Grenzen der klassichen Universität.* (S. 11–15). Freiburg: Albert-Ludwigs-Universität.

Peuckert, R. (2008). *Familienformen im sozialen Wandel.* Wiesbaden: Springer VS.

Platon (1981). *Theätet. Griechisch/Deutsch.* Stuttgart: Reclam.

Popper, K. (1965). *Das Elend des Historizismus.* Tübingen: Mohr Siebek.

Popper, K. (1974). *Intellectual Autobiography*. In: K. R. Popper & P. A. Schilpp, *The Philosophy of Karl Popper.* Illinois: La Salle.

Popper, K. (1974/1993). *Unended Quest: An Intellectual Autobiography*. London: Routledge.

Popper, K. (1975). *Utopie und Gewalt*. In: G. Lührs, *Kritischer Rationalismus und Sozialdemokratie* (S. 303–315). Bonn / Bad Godesberg: Dietz Verlag.

Popper, K. (1976). *Logik der Forschung.* Tübingen: J.C.B. Mohr.

Popper, K. (1991). *Ich weiß, daß ich nichts weiß, und kaum das.* Berlin: Ullstein.

Popper, K. (1992). *Die offene Gesellschaft und ihre Feinde (Bd. II).* Tübingen: Mohr/Siebeck.

Popper, K. (1994). *Vermutungen und Widerlegungen.* Tübingen: J.C.B. Mohr.

Popper, K. (2009). *Auf der Suche nach einer besseren Welt.* München: Piper.

Popper, K. (2012). *Die Welt des Parmenides.* München: Piper Verlag.

Poser, H. (2012). *Wissenschaftstheorie: Eine philosophische Einführung.* Stuttgart: Reclam-Verlag.

Prado, P. (2010). *Das Prinzip Universität.* Zürich: Diaphanes.

Priddat, B. P. (2014). *Wir werden zu Tode geprüft. Wie man trotz Bachelor, Master & Bologna intelligent studiert.* Hamburg: Murmann Verlag.

Qasim Butt, M., & Sarfraz Khalid, M. (April 2017). *The Role of Madrasa Education in Inter-Cultural and Cross-Cultural Exchange*. In: *Bulletin of Education and Research*, S. 61–74.

Rahlf, T. (2015). *Deutschland in Daten. Zeitreihen zur Historischen Statistik.* Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Rammstedt, O. (2013). *Anarchismus: Grundtexte zur Theorie und Praxis der Gewalt.* Wiesbaden: VS Verlag.

Reick, R. (2016). *Freiheit und Pluralismus: Isaiah Berlins zentrale Ideen als Material für die heutige Philosophie.* Karlsruhe: KIT Scientific Publishing.

Rettenmaier, S. (2019). *Philosophischer Anarchismus oder anarchistische Philosophie?* Marburg: Büchner-Verlag.

Rettenmaier, S. (2023). *Reflexion wissenschaftlicher Widerstands- & Widerspruchspraxen. Eine kritische Würdigung der Propaganda und der immanenten Kritik als wissenschaftliche Widerstands- und Widerspruchspraxen im Sinne Paul Feyerabends*. In: J. Painter, N. Grohs, D. Schmid & B. Metzler, *Widerstehen & Widersprechen – Beiträge zur vierten under.docs-Fachtagung zu Kommunikation* (S. 41–59). Wien: danzig & unfried.

Rheinberger, H.-J. (2017). *Historische Epistemologie*. In: M. Sommer, S. Müller-Wille & C. Reinhardt, *Handbuch Wissenschaftsgeschichte* (S. 32–44). Stuttgart: J. B. Metzler Verlag.

Richter, C. (2. Dezember 2010). *Der Fernsehfriedhof: Schmidts goldene Zeiten.* In: Quotenmeter.de: http://www.quotenmeter.de/n/46190/der-fernsehfriedhof-schmidts-goldene-zeiten (abgerufen am: 11. Mai 2022).

Ricken, N. (2014). *Die wissentliche Universität – eine Einführung in Lage und Idee(n) der Universität*. In: N. Ricken, H.-C. Koller & E. Keiner, *Die Idee der Universität – revisited* (S. 11–32). Wiesbaden: Springer VS.

Ricoeur, P. (1990/2005). *Das Selbst als ein Anderer.* München: Wilhelm Fink Verlag.

Romero, J. M. (2014). *Zur Aktualität immanenter Kritik in der Sozialphilosophie*. In: J. M. Romero, *Immanente Kritik heute: Grundlagen und Aktualität eines sozialphilosophischen Begriffs* (S. 7–30). Bielefeld: transcript.

Rossi, F. (2005). *Der Vatikan: Politik und Organisation.* München: Verlag C. H. Beck.

Rotermund, S.-M., Wilts, G., & Schreiber, S. (2019 / 8). Angst vor der Postfaktizität? Vergangenheiten als Bricolage. *Forum Kritische Archäologie*, S. 39–58.

Russell, B. (1953). *Wissenschaft wandelt das Leben.* München: Paul List Verlag.

Russell, B. (1982). *Erziehung ohne Dogma.* München: Nymphenburger Verlag.

Russell, B. (2000). *Philosophie des Abendlandes: Ihr Zusammenhang mit der politischen und der sozialen Entwicklung.* München: Europaverlag.

Salonia, M. (2014). *›Die kritische Gewalt‹ - Über die Wirkungsweise von Kritik*. In: J. M. Romero, *Immanente Kritik heute* (S. 59–78). Bielefeld: transcript Verlag.

Savoy, B., & Blankenstein, D. (21. November 2019). *Reisende Freigeister*. In: Deutschlandfunk Kultur: https://www.deutschlandfunkkultur.de/humboldt-ausstellung-in-berlin-reisende-freigeister-100.html (abgerufen am: 11. Mai 2022)

Schäfer, L. (1998). *Duhems Bedeutung für die Entwicklung der Wissenschaftstheorie*. In: P. Duhem, *Ziel und Struktur der physikalischen Theorien* (S. IX–XXXIII). Hamburg: Felix Meiner Verlag.

Schickore, J. (2017). *Geschichte und Philosophie der Wissenschaften*. In: M. Sommer, S. Müller-Wille & C. Reinhardt, *Handbuch Wissenschaftsgeschichte* (S. 20–31). Stuttgart: J. B. Metzler Verlag.

Schimank, U. (1996). *Theorien gesellschaftlicher Differenzierung.* Wiesbaden: VS Verlag.

Schimank, U. (2006). *Prekäre Autonomie: Die organisatorische Koexistenz des Forschungssystems mit anderen gesellschaftlichen Teilsystemen.* Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Schlick, M. (1926/2006). *Erleben, Erkennen, Metaphysik*. In: M. Stöltzner & T. Uebel, *Wiener Kreis* (S. 169–186). Hamburg: Felix Meiner.

Schlick, M. (1930/2006). *Die Wende der Philosophie*. In: M. Stöltzner & T. Uebel, *Wiener Kreis* (S. 30–40). Hamburg: Felix Meiner.

Schmidt, M. (2010). *Utopie als Vermarktung. Nozicks missbräuchliche Verwendung des Begriffs Utopie für seine libertäre Staatstheorie*. In: U. Arnswald & H.-P. Schütt, *Thomas Morus' Utopia und das Genre der Utopie in der Politischen Philosophie* (S. 105–114). Karlsruhe: KIT Scientific Publishing.

Schneickert, C., Schmitz, A., & Witte, D. (2020). *Das Feld der Macht.* Wiesbaden: Springer VS.

Schneider, W. (2011). *Früherkennung und Intuition.* Wiesbaden: Gabler.

Schönwälder-Kuntze, T. (2016). *Philosophische Methoden.* Hamburg: Junius Verlag.

Schülein, J. A. (31(1) / 2007). *Zur praktischen Relevanz des Institutionsbegriffs*. In: *Psychologie und Gesellschaftskritik*, S. 9–33.

Schupp, F. (2007). *Geschichte der Philosophie im Überblick I: Bd. 1: Antike.* Hamburg: Felix Meiner Verlag.

Schütz, R. (2017). *Immanenz und Latenz der kleinen Tagträume*. In: R. E. Zimmermann & O. Höffe, *Ernst Bloch: Das Prinzip Hoffnung - Klassiker Auslegen (Bd. 56)* (S. 35–50). Berlin: de Gruyter.

Schützeichel, R. (2012). *Wissenssoziologie*. In: S. Maasen, M. Kaiser, M. Reinhart & B. Sutter, *Handbuch Wissenschaftssoziologie* (S. 17–26). Wiesbaden: Springer VS.

Schwägerl, C. (2020). *Gründergeist für einen Journalismus, der Wissenschaft und Gesellschaft verbindet*. In: J. Schnurr & A. Mäder, *Wissenschaft und Gesellschaft: Ein vertrauensvoller Dialog* (S. 185–204). Berlin: Springer.

Schwendter, R. (1994). *Utopie - Überlegungen zu einem zeitlosen Begriff.* Berlin/ Amsterdam: Edition ID-Archiv.

Scott, P. (2010). *Higher education. An overview*. In: P. Peterson, E. Baker & B. McGaw, *International Encyclopaedia of Education.* Oxford: Elsevier.

Seibel, H. D. (1976). *Bürokratie und Charisma*. In: *Jahrbuch für Sozialwissenschaft: Zeitschrift für Wirtschaftswissenschaften*, S. 342–369.

Selznick, P. (Februar 1943). *An Approach to a Theory of Bureaucracy*. In: *American Sociological Review (Vol. 8, No. 1)* , S. 47–54.

Seyfert, R. (2011). *Das Leben der Institutionen.* Weilerswist: Velbrück Wissenschaft.

Shanghai Ranking (2022). *Academic Ranking of World Universities-1000 Institutions*. In: shanghairanking.com: http://www.shanghairanking.com/rankings/arwu/2022 (abgerufen am: 11. September 2022).

Shastri, D. (21. Februar 2021). *How a 1960s discovery in Yellowstone made millions of COVID-19 PCR tests possible*. In: USA today: https://eu.usatoday.com/story/news/nation/2021/02/21/covid-pcr-tests-made-possible-yellowstone-finding-thermus-aquaticus/4533258001/ (abgerufen am: 11. Februar 2022).

Sigmund, K. (2015). *Sie nannten sich Der Wiener Kreis: Exaktes Denken am Rand des Untergangs.* Wiesbaden: Springer Spektrum.

Sluga, H. (2006). *Der erkenntnistheoretische Anarchismus. Paul Feyerabend in Berkeley*. In: F. Stadler & K. R. Fischer, *Paul Feyerabend – Ein Philosoph aus Wien* (S. 61–74). Wien: Springer.

Solhdju, K. (2018). *Die Versuchung des Wissens.* Bielefeld: transcript Verlag.

Sommer, M., Müller-Wille, S., & Reinhardt, C. (2017). *Wissenschaftsgeschichte und Wissensgeschichte*. In: M. Sommer, S. Müller-Wille & C. Reinhardt, *Handbuch Wissenschaftsgeschichte* (S. 2–19). Stuttgart: J. B. Metzler.

Spinner, H. (1974). *Pluralismus als Erkenntnismodell*. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.

Spinner, H. (1977). *Begründung, Kritik und Rationalität.* Braunschweig: Vieweg.

Spinner, H. (1978). *Popper und die Politik.* Berlin/Bonn: Verlag J.H.W. Dietz.

Spinner, H. (1982). *Ist der kritische Rationalismus am Ende?* Weinheim & Basel: Beltz Verlag.

Spinner, H. (1985). *Das ›wissenschaftliche‹ Ethos als Sonderethik des Wissens.* Tübingen: J.C.B. Mohr.

Spinner, H. (1992). *Die Rebellion gegen die Regelherrschaft des abendländischen Rationalismus und die wechselnden Orientierungsrahmen der Nachkriegsgenerationen: Zwanzig Thesen zur Vernunftlage der Gegenwart, am Beispiel der Theorien, der Technik und der Jugend*. In: C. Matthiessen, *Was macht das Denken nach der großen Theorie?* (S. 59–86). Wien: Passagen Verlag.

Spinner, H. (1993). *Althoff and the Changing Constitution of Science - Bureaucratic, Economical or Cognitive?* In: *Journal of Economic Studies – Vol. 20, No. 4/5*, S. 134–167.

Spinner, H. (1998). *Die Architektur der Informationsgesellschaft.* Bodenheim: Philo Verlagsgesellschaft.

Spinner, H. (März 2003a). *Universitäre Fallgruben*. In: *DUZ – Magazin für Wissenschaft und Gesellschaft*, S. 26–27.

Spinner, H. (2003b). *Der EdK-Fall und andere universitäre Fallgruben: Ende der Karriere, bevor sie richtig begonnen hat*. In: www.uni-karlsruhe.de/~Helmut. Spinner: https://philosophie.webarchiv.kit.edu/Spinner/pdf/EdK_Fall.pdf (abgerufen am: 22. März 2022).

Spinner, H. (2004). *Über Funktionale, Graduelle und Fundamentale Ungleichheit in der asymmetrischen Gesellschaft*. In: F. Fürstenberg & G. W. Oesterdiekhoff, *Globalisierung ohne Grenzen?* (S. 159–204). Hamburg: Verlag Dr. Kovač.

Stederoth, D. (2016 / 42–43). *Eingemessene Bildung. Zur Humankapitalisierung der Bildung und ihrer totalen Verwaltung*. In: *Zeitschrift für Kritische Theorie*, S. 8–32.

Stederoth, D. (2019). *Die eingemessene, die unbedingte und die polymorphe Universität - Ein Plädoyer für Vielgestaltigkeit im Hochschulwesen*. In: K. Walgenbach, *Bildung und Gesellschaft im 21. Jahrhundert* (S. 299–321). Frankfurt am Main: Campus Verlag.

Stegmüller, W. (1978). *Hauptströmungen der Gegenwartsphilosophie.* Stuttgart: Kröner Verlag.

Sternstunde Philosophie (2013). *Schulden als Sklaverei* [srf.ch].

Sternstunde Philosophie (2016). *Tod durch Bürokratie* [srf.ch].

Stichweh, R. (2013). *Wissenschaft, Universität, Professionen.* Bielefeld: transcript.

Strasser, P. (14. November 2020). *Lasst Ideen statt Menschen sterben – die Wahrheiten rund um Corona*. In: NZZ.ch: https://www.nzz.ch/meinung/lasst-ideen-statt-menschen-sterben-die-wahrheiten-rund-um-corona-ld.1584025 (abgerufen am: 11. März 2022).

Strohmeyr, A. (2015). *Verkannte Pioniere.* Graz: Styria.

Strunz, H. (1993). *Verwaltung: Einführung in das Management von Organisationen.* München: R. Oldenbourg Verlag.

Stüben, B. (18. Mai 2014). *Die französische Sicht auf die Humboldt-Brüder*. In: deutschlandfunk.de: https://www.deutschlandfunk.de/ausstellung-die-franzoesische-sicht-auf-die-humboldt-brueder.691.de.html?dram:article_id=285751 (abgerufen am: 17. September 2021).

Tacke, V., & Drepper, T. (2018). *Soziologie der Organisation.* Wiesbaden: Springer VS.

TEDx (2013). *The possibility of political pleasure* [TEDx Talk on YouTube].

Tenorth, H.-E. (2014). *»Bildung und Wissenschaft« – Brauchen wir noch die Universität?* In: N. Ricken, H.-C. Koller & E. Keiner, *Die Idee der Universität – revisited* (S. 45–62). Wiesbaden: Springer VS.

Tesich, S. (6. Januar 1992). *A Government of Lies*. In: *The Nation*, S. 12–16.

Tetens, H. (2013). *Wissenschaftstheorie: Eine Einführung.* München: C. H. Beck.

Teufel, E. (2013). *Ehe alles zu spät ist: Kirchliche Verzagtheit und christliche Sprengkraft.* Freiburg: Verlag Herder.

Thom, N., & Ritz, A. (2008). *Public Management.* Wiesbaden: Springer Gabler.

Tremp, P. (2016). *Lehrfreiheit und didaktische Expertise*. In: *Die Hochschule: Journal für Wissenschaft und Bildung (25)*, S. 68–80.

Tremp, P. (2020). *Was heißt »akademisch tätig sein«? Überlegungen zur Lehrtätigkeit an Hochschulen*. In: S. Hummel, *Grundlagen der Hochschullehre - Teaching in Higher Education* (S. 7–18). Wiesbaden: Springer VS.

Tyrell, H. (1. Januar 1981). *Ist der Webersche Bürokratietypus ein objektiver Richtigkeitstypus?* In: *Zeitschrift für Soziologie* , S. 38–49.

Vater, S., & Zwielehner, P. (2018). *Bildung für alle? Wer an Volkshochschulkursen teilnimmt und wer nicht.* In: Magazin erwachsenenbildung.at.: https://erwachsenenbildung.at/magazin/ausgabe-34/12463-bildung-fuer-alle-wer-an-volkshochschulkursen-teilnimmt-und-wer-nicht.php (abgerufen am: 11. September 2019).

Vogelmann, F. (2022). *Die Wirksamkeit des Wissens.* Berlin: Suhrkamp Verlag.

Vogt, T. (2019). *Against Fake. Wie Wissenschaft die Welt erklärt.* Berlin: Springer.

von Brentano, M. (1978). *Philosophie - Theoriestreit - Wissenschaftspluralismus.* Berlin/West: Argument-Verlag.

von Hentig, H. (1972). *Magier oder Magister? Über die Einheit der Wissenschaft im Verständigungsprozeß.* Stuttgart: Ernst Klett Verlag.

von Trotha, T., Nassehi, A., & Reichertz, J. (2007). *Email-Debatte: »Lehrprofessuren« und »Lehrkräfte für besondere Aufgaben«.* In: *Soziologie, 36 Jg., Heft 3*, S. 280–293.

Waldenfels, B. (2009). *Universität als Grenzort*. In U. Haß & N. Müller-Schöll, *Was ist eine Universität? - Schlaglichter auf eine ruinierte Institution* (S. 11–26). Bielefeld: transcript.

Washburn, J. (2006). *University Inc.: The Corporate Corruption of Higher Education.* New York: Basic Books.

Weber, A. (2008). *Biokapital: Die Versöhnung von Ökonomie, Natur und Menschlichkeit.* Berlin: Berlin Verlag.

Weber, M. (1919/2002). *Max Weber: Schriften 1894 – 1922.* Stuttgart: Alfred Kröner.

Weber, M. (1921/1972). *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie.* Tübingen: Mohr Siebeck.

Weber, W. E. (2008). *Funktionale Freiheit und Novitätsfurcht. Zur Frage der Wissenschaftsfreiheit im 17. Jahrhundert*. In: R. A. Müller & R. C. Schwinges, *Wissenschaftsfreiheit in Vergangenheit und Gegenwart* (S. 39–56). Basel: Schwabe Verlag.

Weck, R. d. (11. März 2010). *Bruch oder Aufbruch?* In: www.zeit.de: https://www.zeit.de/2010/11/CH-EU-Beitritt (abgerufen am: 10. Januar 2021).

Weischedel, W. (2011). *Die philosophische Hintertreppe.* München: Deutscher Taschenbuchverlag.

Welsch, W. (1988). *Postmoderne - Pluralität als ethischer und politischer Wert.* Köln: Wirtschaftsverlag Bachem.

Welsch, W. (1991). *Unsere postmoderne Moderne*. Weinheim: VCH Acta Humaniora.

Wilholt, T. (2012). *Die Freiheit der Forschung.* Berlin: Suhrkamp.

Wilkens, A. (2017). *Der diskrete Charme der Bürokratie.* Frankfurt am Main: S. Fischer Verlag.

Wissenschaftliche Dienste (2018). *Öffentliche Finanzierung der vier großen Forschungseinrichtungen durch Bundes- und Landesmittel*. In: *Dokumentation WD 8 - 3000 - 120/18.* Berlin: Fachbereich Umwelt, Naturschutz, Reaktorsicherheit, Bildung und Forschung.

Wissenschaftsrat (1962). *Anregungen des Wissenschaftsrates zur Gestaltung neuer Hochschulen.* Bonn/Köln: Bundesdruckerei.

Wissenschaftsrat (November 2010). *Empfehlungen zur Differenzierung der Hochschulen.* In: https://www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/10387-10.pdf?__blob=publicationFile&v=1 (abgerufen am: 23. November 2021).

Wissenschaftsrat (2013). *Perspektiven des deutschen Wissenschaftssystems.* Braunschweig.

Wissenschaftsrat (Oktober 2015). *Empfehlungen zum Verhältnis von Hochschulbildung und Arbeitsmarkt.* In: https://www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/4925-15.pdf?__blob=publicationFile&v=1 (abgerufen am: 10. April 2019).

Wissenschaftsrat (2017). *Begutachtungen im Wissenschaftssystem*. In: *Positionspapier Drs. 6680-17*. Berlin.

Wohlgenannt, R. (1969). *Was ist Wissenschaft.* Braunschweig: Friedr. Vieweg & Sohn.

Wolandt, G. (1971). *Idealismus und Faktizität.* Berlin: De Gruyter.

Wissenschaftsrat/Deutsche Forschungsgemeinschaft (2015). Bericht der Gemeinsamen Kommission zur Exzellenzinitiative an die GWK.

Yeh, S. (2013). *Anything goes? Postmoderne Medientheorien im Vergleich.* Bielefeld: transcript.

Zacher, H. F., & Kessler, F. (1990). *Die Rollen der öffentlichen Verwaltung und der privaten Träger in der sozialen Sicherheit*. In: *Zeitschrift für ausländisches und internationales Arbeits- und Sozialrecht (ZIAS)* (S. 97–157). Heidelberg: C. F. Müller Juristischer Verlag.

Zoske, S. (20. November 2018). *Die Last mit der Frist*. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ): https://www.faz.net/aktuell/rhein-main/zeitvertraege-an-hochschulen-als-problem-fuer-dozenten-15899083.html (abgerufen am: 11. Juni 2022).

Anhang – Experteninterviews

»Alles ist Hypothese!« – Ein Gespräch mit Helmut F. Spinner

Simon Rettenmaier (Si.Re.): Herr Professor Spinner, es freut mich sehr, dass Sie sich, nach einem inzwischen fast einjährigen Briefwechsel mit mir, nun die Zeit für dieses Gespräch nehmen. Wir sitzen bei Ihnen zuhause in Brühl und im Vorgespräch haben Sie gesagt, dass meine schriftlichen Zusendungen Sie teils an Ihre eigenen frühen Arbeiten erinnert haben. Radikal vereinfacht ausgedrückt folge ich ja der Annahme, dass eine ernsthafte und seriöse Wissenschaftstheorie eigentlich den Anspruch haben muss, auch real wissenschaftspolitisch zu wirken. Würden Sie dem so zustimmen?
Helmut Spinner (H.S.): Das war einmal ursprünglich unser Anspruch, dass die Wissenschaftstheorie als Modell für die Gesellschaft auftreten soll. Heute sehe ich das ganz anders. Was für das philosophische Seminar entwickelt wurde, das mag seine Berechtigung haben, aber das kann man nicht ohne Weiteres übertragen. Aber so habe ich Ihren Ansatz ja auch nicht verstanden, Sie wollen sich ja auf die Universität als Organisation konzentrieren. Da hat man natürlich eine andere Abstraktionsebene.
Si.Re.: Da würde ich zustimmen, wobei die Übersetzungsleistung aus der Wissenschaftstheorie heraus in die Praxis hinein wahrscheinlich recht gleich ist.
H.S.: Grundsätzlich meine ich, haben wir die Regelorientierung, die hier greift, und da würde ich vor allem auf Max Weber rekurrieren. Die Regelherrschaft als Alltag, das Charisma als Alltäglichkeit. Das Charisma durchbricht den Alltag und das Charisma ist nicht regulierbar. Jetzt ist die Frage, wenn Sie das übersetzen oder abstrahieren wollen, worauf sich das Ganze konzentrieren soll. Die Wissenschaftstheorie erhebt ja schon den Anspruch,

die Wissenschaftspraxis zu erklären und anzuleiten. Das wäre der Schritt vor der Betrachtung von Wissenschaftspolitik. Und da haben Sie die richtigen Autoren in Ihren Aufsätzen schon genannt. Der Feyerabend hat das im Widerspruch zu Popper aufgezogen, indem er gesagt hat, dass der Popper der Bürokrat ist, der alles regeln will, und er, also Feyerabend, hat seinen Anarchismus dagegen gesetzt. Der Popper stülpt also die Bürokratie über die Wissenschaft, er ist damit so ein bisschen stellvertretend für die Regelherrschaft des Alltags. Die Regelherrschaft des Alltags stößt irgendwann an ihre Grenzen. Um sie zu durchbrechen, braucht man keine Gegenregeln, sondern so eine Art Fluktuation. Der Feyerabend setzt da keine Regeln entgegen, will mit den Regeln Schluss machen. Das funktioniert aber natürlich auch nicht. Wir brauchen beides, eben Alltag und Alltäglichkeit.
Si.Re.: Aber die Notwendigkeit der Regelfluktuation, die ergibt sich ja wahrscheinlich nur sehr selten, oder?
H.S.: Natürlich, das ist richtig. Das hat der Feyerabend auch durchaus gesehen. Es geht um den Kipppunkt. Wann kippt die Regelherrschaft im Alltag von Beruf und Betrieb, wann kippt das in irgendeine Form von Irregularität, Anarchie und dergleichen? Diesen Kipppunkt muss man bestimmen, da war der Kuhn aber viel näher dran als Feyerabend. Kuhn hat ja die Idee einer normalen Wissenschaft, das ist sozusagen der Regelbetrieb, und einer außerordentlichen Forschung, die dann zu gegebener Zeit die Regeln durchbricht. An diesem Punkt bringen Sie, sofern ich das richtig sehe, den Einstein und den Russell ins Spiel.
Si.Re.: Das ist richtig. Wenn man Kuhn und Feyerabend folgt, dann braucht es ja in gewissem Maße auch ein Widerspruchspotenzial bei den Forscher:innen. Also, in dem Moment, wo ich meine, mich am Kipppunkt zu befinden, muss ich mich ja anders verhalten. Hier kann man bei Einstein den Regelbruch durch Phantasie und Intuition anführen, womit er durch Gedankenexperimente den damaligen außerordentlichen Regelbruch zelebrierte. Bei Russell gehört das Ausbilden der Kreativität gar zur Erziehung eines Bürgerbewusstseins und ist essenziell für Wissenschaft und Gesellschaft. Kreativität, Phantasie und Intuition sind hier Insignien einer Auflehnung im Zeichen der Erkenntnis. Was mich nun eigentlich interessiert: Wie müsste Universität in der Organisation aussehen, damit das systematisch

geht/ermöglicht wird? Wenn ich sage, wissenschaftliche Erkenntnis hat das Innovationspotenzial in der Kreativität, müsste ich dann nicht eigentlich viel mehr Freiraum einräumen, anstatt immer mehr Freiraum durch Kennzahlen wegzunehmen? Die Leitplanken für Forscher:innen werden ja immer engläufiger und das Patentamt der Einstein'schen Langeweile immer mehr zum Sinnbild eines Innovationshemmnisses.

H.S.: Es gibt bei Max Weber diese Idee des Großbetriebs. Und Wissenschaft ist ja ein Großbetrieb geworden. Meine Idealvorstellung war immer, von irgendwoher viel Geld zu bekommen und dann sagen zu können, vielen Dank und jetzt lass mich machen. Aber das geht in einem Großbetrieb natürlich nicht, denn der braucht Strukturen. Und da kommen nun die Zwänge der Praxis zum Tragen, da muss man Feyerabend auch den Vorwurf machen, dass er die Institutionen nicht mitgedacht hat. Sie haben da bei Feyerabend etwas herausgearbeitet, das einen Institutionsbegriff suggeriert. Da würde ich widersprechen. Meines Erachtens hatte er den nicht. Feyerabend dachte schlicht nicht in Institutionen und hatte da auch kein Verständnis. Und für die Wissenschaft hat er eigentlich auch nur so weit Verständnis gehabt, dass er gesagt hat, das ist irgendetwas Kreatives, da müssen irgendwie Ideen kommen. Was er nicht verstanden hat, was Sie aber bei Kuhn gut erklärt finden, ist die Frage, wo die Neuerungen herkommen. Die wichtige Erkenntnis scheint mir, dass die Wissenschaft nicht bei Adam und Eva anfängt, sondern die Wissenschaft, sozusagen die heilige Kuh der Wissenschaft, das ist der Stand der Forschung.

Si.Re.: Damit zielen Sie auf die Konzeption der Normalwissenschaft bei Kuhn ab. Aber wie geht das mit Webers Alltagswissen und Alltäglichkeit zusammen?

H.S.: Die Originalität besteht darin, sozusagen immer eins drauf zu packen. Das heißt, von jedem jungen Wissenschaftler, von jedem Jungspund der Wissenschaft wird verlangt, den Stand der Forschung zu kennen. Das ist die absolute Bedingung. Und die Originalität besteht nun darin, dann noch eins drauf zu setzen auf den Stand der Forschung. Der Stand der Forschung ist immer die Referenzlinie, das Referenzsystem, und das Referenzsystem brauchen wir, sonst fangen wir immer wieder bei Adam und Eva an. Würden wir das tun, würden wir auch nie über Adam und Eva hinauskommen.

Natürlich verzweigt sich das Ganze immer weiter und es bilden sich Subdisziplinen. Da lernen Sie im Studium nur noch den Stand der Forschung eines Ausschnitts oder einer Richtung, nicht mehr den eines ganzen Fachs.
Si.Re.: Jetzt sprechen Sie von Jungspunden der Wissenschaft, die sozusagen in den Lehrjahren erstmal den Stand der Forschung erarbeiten und verstehen müssen, um dann, also im Optimalfall wenigstens, diesem Stand eins obendrauf zu setzen. Und genau an dieser Stelle wird es doch systemrelevant, also in dem Sinne, dass die Jungspunde in der Idee des Obendraufsetzens Unterstützung und Anerkennung benötigen. Da setzt dann der institutionell ausgerichtete Hürdenlauf ein, der sich über die Stellenpolitik, Mittelzuweisung, Reviewverfahren usf. auszeichnet. Das wirkt doch sehr bürokratisch, steif und überreguliert. Und an diesem Punkt stellt sich mir die Frage, wie ein wissenschaftstheoretischer Vorschlag für das Management dieses Kipppunktmoments ausschaut?
H.S.: Wo kommt denn diese Überregulierung her? Woraus besteht sie? Wer hat ein Interesse daran? Die übergeordnete Frage, die Sie sich hier meines Erachtens stellen müssen, lautet: Wo ist das Einfallstor für all diese Regularien? Und da werden Sie bei der Forschungsfinanzierung rauskommen. Denn ich brauche immer Geld für meine Forschung und der Geldgeber ist heute kein klassischer Mäzen mehr, der an der Sache grundlegend interessiert ist und dafür eben sein Vermögen beisteuert, damit andere sich damit beschäftigen. Der Geldgeber will heute mitreden, will Zwischenberichte, Kalkulationen, Abschlussberichte und so weiter. Das ist das Einfallstor, der Wunsch des Geldgebers, mitzureden. Und dem gegenüber stehen die Forscher und Forscherinnen, die dann wegträumen und überlegen, wie gut es doch wohl die klassischen Privatgelehrten hatten, wie beispielsweise der Russell, der eben reich und somit nicht auf Wissenschaftsinstitutionen angewiesen war.
Si.Re.: Also ist das Einfallstor die Finanzierung bzw. exakter ja die Wirtschaftlichkeit wissenschaftlicher Erkenntnis und das tangiert die Kapazitäten der Forscher:innen?
H.S.: Das können Sie so sagen, genauer wäre aber die Bezeichnung der Kapazitäten als Ressource. Der entscheidende Faktor ist die Ressource. Wenn Wissenschaft viel Ressource braucht, dann ist das das Einfallstor für die Regulierung. Der Geldgeber, ob das nun der Staat ist oder die Volkswa-

gen-Stiftung oder die DFG oder sonst wer, der Geldgeber will zumindest im Hintergrund mitbestimmen und will wissen, was mit seinem Geld geschieht. Deshalb muss man Rechenschaft ablegen. Dabei kann man diskutieren, inwieweit diese Mechanismen einerseits sinnvoll, andererseits für den Geldgeber überhaupt zielführend sind. Ich hatte in jungen Jahren ein Stipendium der DFG und nach einiger Zeit wollten sie von mir, dass ich Rechenschaft ablege über die drei Jahre Stipendienzeit. Das ist mir ungeheuer schwergefallen und ich weiß noch, die mussten mich auch unendlich mahnen, bis ich mir so etwas abgerungen habe. Qualitativ war das, was ich dann eingereicht habe, gut, es war der Versuch, es angemessen aufzubereiten. Aber das ist ja ein rein bürokratischer Akt. Was machen die mit so einem Rechenschaftsbericht? Da arbeitet sich doch keiner ein. Der wird gelocht, abgeheftet und vergessen.
Si.Re.: Es ist also ganz banal die Geschichte von der Hand, die einen füttert und die man deshalb gefälligst nicht beißt. Ohne Förderung fehlt mir die Ressource Geld und ich kann mich nicht zeitlich frei machen für die Forschung und mir fehlt es womöglich auch an der Infrastruktur dafür.
H.S.: So ist es. Die Ressourcen umfassen Geld und Zeit, sie werden gesponsort und bewacht. Vor allem durch zeitliche Limitierung für die Forscher und Forscherinnen. Das heißt also, dass ein Drittmittelprojekt zumeist für zwei Jahre ausgeschrieben wird. Wenn man Glück hat, kriegt man eine Verlängerung. Die Fristen werden meist notorisch nicht eingehalten, das etabliert sich schon beim ersten Zwischenbericht. Das ist dann im Forschungsprojekt Gegenstand der täglichen Arbeit des Wissenschaftlers, hat aber natürlich mit Wissenschaft nichts zu tun. Das ist dann Bürokratie. Und es gibt, aber nimmt eben auch Zeit.
Si.Re.: Also ist Wissenschaft inzwischen vielleicht sogar wesentlich auch Bürokratie?
H.S.: Natürlich. Das ist ein ganz klarer Bürokratiebetrieb. Die Universitäten sind Großbetriebe und die werden bürokratisch strukturiert. Und innerhalb dieses Großbetriebs, da können Sie nun anfangen Ausdifferenzierungen vorzunehmen, die dann auf das abzielen, was Wissenschaftsphilosophie klassischerweise anschaut. Den individuellen, mehr oder weniger freien Forscher, den gibt es vielleicht noch ein bisschen in Geisteswissenschaften, wo er auch nicht so stark auf Laboratorien usw. angewiesen ist. In der Natur-

wissenschaft ist das ein sehr stark geregelter Betrieb, da gibt es diesen freien Forscher nicht mehr. Höchstens wenn Sie so weit sind, dass Sie sozusagen einen Geniebonus bekommen, dass man dann sagt: So, also, der Einstein, dieser komische Alte, den lassen wir jetzt einfach machen. Aber wenn Sie als Jungspund kommen und individuell und frei forschen wollen, das geht eigentlich nicht mehr.

Si.Re.: Sie sagen, dass das individuelle freie Forschen nicht mehr geht. Ging das denn einmal, und wenn ja, wann hat sich das verändert?

H.S.: Es geht schon noch, aber eben als privater Spaß, also nur, wenn Sie sich selbst finanzieren können. Das ist der selbstfinanzierte Privatdozent. Der Anspruch des Privatdozenten war ja immer, dass er das Gegenbild sein muss zum Ordinarius. Der Ordinarius tritt als der Vertreter der geregelten Wissenschaft auf und der Privatdozent muss das Neue da hineinbringen. Diese idealisierte Vorstellung vom Privatdozenten, die finden Sie auch noch bei Max Weber. Als wissenschaftlichen Hazard (also als einen »freien Kampf« kann man das etwa übersetzen) bezeichnet er das. Und da stellt Weber auch schon in Frage, ob ein Privatdozent realistische Aussichten auf die Stelle eines vollen Ordinarius und gar eines Institutsvorstandes hat. Weil der Privatdozent dann eben von außen kommt und das Neue ins Etablierte bringt, ist er in einer schwierigen Position. Frei forschen können Sie also als Privatdozent, also selbst finanziert und oftmals nicht gut integriert. Oder wenn Sie nur auf Papier und Bleistift angewiesen sind. Das trifft dann aber die Naturwissenschaftler hart, die brauchen meist mehr. Nur Einstein kommt dieser Sache relativ nah.

Si.Re.: Also sollten nun mehr Wissenschaftler:innen in den freien Kampf um die Wissenschaft eintreten? Braucht es mehr Rebellen oder gar, rekurrierend auf Feyerabend, Wissenschaftsanarchisten?

H.S.: Ob es jetzt mehr Anarchisten braucht, weiß ich nicht. Mehr Freiheit in der Forschung und gleichzeitig aber auch mehr Demut, das wäre sicherlich nicht verkehrt. Dieses innovative, anarchistische Element bei Feyerabend, das darf man sich nicht freischwebend vorstellen. Das ist immer rückbezogen auf Beruf und Betrieb. So ins Freie hineinzuspekulieren, das macht keinen Sinn. Der Stand der Forschung ist die heilige Kuh, das ist die Referenzlinie für alles. Und den wirklich schlauen Köpfen, den Kreativen, denen

gelingt es vielleicht irgendwann, irgendetwas am Stand der Forschung zu ändern. Da gibt es ja die alte Metapher, dass wir auf den Schultern der Riesen stehen. Die habe ich einmal in einem Aufsatz modifiziert und habe geschrieben, dass wir eben nicht nur auf den Schultern der Riesen, sondern auch auf den Schultern der Zwerge stehen. Zwerge wie wir, die ein bisschen etwas hier und ein bisschen etwas dort machen, wir tragen zum Stand der Forschung bei. Und alles Neue muss darauf rückbezogen werden, sonst ist das freie Fluktuation. Da war der Kuhn dem Feyerabend voraus. Die Normalwissenschaft, das ist die, in der wir beide und der überwältigende Großteil der Wissenschaftler leben und wirken. Und die großen Würfe, die Riesen in diesem Geschäft, das sind die exzellenten Ausnahmen.
Si.Re.: Also ist das Exzellenzstreben vieler Wissenschaftler:innen und Politiker:innen insofern unwissenschaftlich, dass man sich gar nicht um den Regelbetrieb bemüht oder diesen damit nicht richtig wertschätzt?
H.S.: Zu meiner aktiven Zeit gab es noch keine Exzellenzinitiativen, das ging ja erst 2005 los. Aber klar kann man erstmal festhalten, dass Wissenschaft keinesfalls nur oder überwiegend aus Exzellenz besteht, sondern wie gesagt, der Normalbetrieb bildet den überragenden Großteil der Wissenschaft. Und auch der Normalbetrieb, der muss natürlich institutionalisiert und finanziert werden. Die Finanzierung, die sollte durchaus exzellent sein. Denn der Normalbetrieb, der konstituiert überhaupt erst die Institution. Das verstehen viele nicht, auch der Feyerabend hat da seine Probleme gehabt. Das ist eine soziologische Fragestellung. Das wird dann gerne abgetan, auf der einen Seite die kreativen Köpfe der Wissenschaft und auf der anderen Seite die unkreativen Beamten. Das ist natürlich Quatsch und mit Blick auf die Gesamtthematik unterbelichtet. Da entsteht dann ein Zerrbild, aus dem so eine Überhöhung der Exzellenz überhaupt erst entspringen kann.
Si.Re.: Sie haben ja auch – und das ist in den klassischen wissenschaftstheoretischen Publikationen nicht gerade selbstverständlich – immer wieder die Bedeutung des Bildungsanspruchs und der Verantwortung für die Institution ausformuliert. Muss man das nicht auch gegen eine sture Exzellenzfokussierung ins Feld führen?
H.S.: Das muss nicht zwangsläufig konträr sein. Da folgen ja alle dem Humboldt. Wenn man das mit der Bildung und der gesellschaftlichen Ver-

antwortung ernst meint, dann muss man in Organisationen denken. Dann muss man soziologisch denken. Und dann wird klar, dass der Normalbetrieb oft nicht originell sein, aber eben an anderen Stellen trotzdem exzellent agieren kann. Es gibt einerseits die kreative Spitze und dann eben den Unterbau. Der Unterbau, der aus Beruf und Betrieb besteht, der wird nur sehr, sehr selten dem vorhandenen Wissen eines draufsetzen, was es noch nicht gegeben hat. Und je nachdem, welche Kriterien man hier anlegt, ist das etwas, wozu der normale Forscher vielleicht auch überhaupt nichts beitragen kann. Der macht also seine Karriere als Experte oder als Universitätsprofessor und macht nie etwas wirklich Neues. Aber er fördert seine Studenten. Wir brauchen die Institution als Freiraum und zum Schutz für eine gescheite Entwicklung. Gescheit muss in dem Sinne nicht exzellent sein, sondern kann eben auch eine Entwicklung meinen und gute, meinungsstarke und gescheite Bürger hervorbringen.
Si.Re.: Sie haben sich nun schon als Zwerg geoutet, aber das ist ja auch relativ zu betrachten. Sie haben mit Albert, Lakatos, Feyerabend zusammengearbeitet, viel beachtete Bücher und Aufsätze publiziert und die Wissenschaftstheorie – und das würde ich als Ihren höchsten Verdienst ansehen – auch politisiert und in Verantwortung genommen. Jemand, der so streitlustig einstand für Überzeugungen wie Sie, hatte doch mit Sicherheit auch ein Ideal, welches er an die Studierenden weitergeben wollte. Wie sah das aus? Für was wollten Sie als Hochschullehrer einstehen?
H.S.: Da gibt es ja verschiedene Bezeichnungen, beispielsweise ist da dann die Rede vom kritischen Universitätsbürger oder ähnlichem. Ich habe von meinen Studenten immer erwartet, dass sie die Bücher lesen, die ich geschrieben habe, beziehungsweise die ich empfohlen habe. Damit waren sie im Bilde meines Forschungsstandes und etwas darüber hinaus. Und dann habe ich die Wissenschaftstheorie schon als eine tiefgehende Ansicht eingeschätzt. Da war ich im selben Forschungsfeld wie der Feyerabend unterwegs. Dieser Kipppunkt, von dem wir jetzt schon ein paar Mal gesprochen haben, der hat mich interessiert. Bei Kuhn ist das Paradigma die Referenzlinie. Alles wird aus diesem Paradigma abgeleitet. Es wird regelrecht ausgequetscht bis zum Gehtnichtmehr, aber irgendwo ist der Punkt, wo man mit dieser Idee nicht weiterkommt. Nehmen Sie das Gravitationsgesetz und das Licht als

Beispiel. Da denken Sie das Licht als Quanten, nehmen an, dass Licht eine Form von Materie ist und dann sagen Sie, auch Licht hat Schwerkraft, die Lichtteilchen, die ziehen sich auch gegenseitig an, aber so gering, da sie ja so minimal und klein sind, dass der Effekt theoretisch errechnet, aber praktisch nicht nachgewiesen werden kann, weil er zu klein ist. Jetzt kommt also ein Moment, wo Sie mit dem Latein am Ende sind. Das ist der Umschlag ins Neue. Und den Punkt kann man nicht bestimmen und vor allem nicht voraussagen. Schauen Sie dafür die klassische und die moderne Physik an. Da kommt der Heisenberg mit der Quantenmechanik und der Einstein mit der Relativitätstheorie und beide werfen Dinge auf, die Sie mit der klassischen Physik nicht mehr behandeln können. Aber die klassische Physik gibt es immer noch. Nur weiß man jetzt eben, wo sie am Ende ist. Die Grundannahme meiner ganzen Weltanschauung ist: Alles ist Hypothese! Das gilt auch für die höchstentwickelte Physik, auch die machen nur Hypothesen – und Hypothesen sind wahrheitsfähige und widerlegungsfähige Aussagen.
Si.Re.: Also war ihr Kernanliegen, als Hochschullehrer zu vermitteln, dass es das monolithe gesicherte Wissen nicht gibt?
H.S.: Das Grundmodell ist eine Aussagenkonzeption. Zum Beispiel bei Kant, der meinte, die euklidische Geometrie, die sei unwiderlegbar. Nein, auch die besteht aus Hypothesen und die Hypothesen können falsch sein. Das ist die Grundannahme für alles. Ein Knackpunkt in den älteren Erkenntnistheorien war immer die Unterscheidung zwischen der mittelbaren und unmittelbaren Erkenntnis. Bei Russell spielt das eine große Rolle als Knowledge by Acquaintance, also quasi Wissen durch Bekanntheit oder Anschauung. Und dann gibt es noch die hypothetische Erkenntnis. Sie haben immer diese zwei Grundformen. Und der Witz dabei ist der, dass ursprünglich die Absicht bestand, dass man die Hypothesen auf die unmittelbare Erkenntnis zurückführen kann. Aber Sie können aus noch so vielen Beobachtungsdaten keine Theorie ableiten. Das heißt, die Generalisierung ist genau der Knackpunkt, die Generalisierung von Einzelheiten führt nie zu einer allgemeinen Theorie. Da ist ein Hypothesensprung. Das geht einfach nicht. Und meine Vorstellung ist, wenn alles Hypothese ist, dann ist auch die simpelste Wahrnehmung Hypothese. Wenn ich sage, das ist ein weißes Blatt Papier, kann ich sagen, das ist keine sichere Erkenntnis, weil die zum

Beispiel abhängig ist von Umweltbedingungen. Denn, ob etwas weiß erscheint, hängt ja davon ab, ob es direkt von der Sonne beschienen wird und dergleichen mehr.
Si.Re.: Alles ist Hypothese, ich habe es im Großen verstanden, aber im Detail noch Fragen. Natürlich in erster Linie bezogen auf die harten Wissenschaften …
H.S.: Klar, jetzt kommt ein nachvollziehbarer Einwand und Sie fragen nach den Formalwissenschaften. Ist Mathematik ein Hypothesensystem? Ist Geometrie, also jetzt die analytische Geometrie, ist das ein Hypothesensystem? Und da würde ich sagen, wenn man es genau betrachtet, ja. Auch die Kongruenzannahmen und andere Sachen, das sind im Grunde Hypothesen. Da stocken Sie jetzt wahrscheinlich. Auch der Feyerabend stockt da, wobei der da auch sehr weit gegangen ist. Denn der sagte ja, dass das alles Hypothesen sein können, geht aber eben nicht so weit, dass er sagt, dass wirklich alles Hypothese ist. Quine kommt der Sache sehr viel näher. Er sagt nicht ausdrücklich, dass alles Hypothese ist, aber er sagt, dass es zu allem Alternativen gibt. Es gibt alternative Geometrien, alternative Mathematiken und dergleichen mehr.
Si.Re.: Wir reden nun schon eine ganze Weile, haben ja im Vorfeld dieses Gespräches auch schon geschrieben und telefoniert und es fällt auf, dass Sie sehr philosophisch argumentieren. Also ich meine das in dem Sinne, dass Sie sehr wissenschaftstheoretisch die Dinge beleuchten, ähnlich Ihren früheren Werken wie beispielsweise *Wo warst du, Platon?* (1964) oder *Pluralismus als Erkenntnismodell* (1974), während ich nach der Lektüre Ihrer späteren Bücher und Aufsätze mit einer deutlich politischeren Konnotation gerechnet hätte. *Das wissenschaftliche Ethos* (1985) beispielsweise, meines Erachtens ist dieses Büchlein eine der klarsten und pointiertesten Problemanalysen der institutionalisierten Wissenschaft in Deutschland, oder Ihr Essay *Universitäre Fallgruben* (2002), hatten eine sehr politische und streitlustige Stilistik. Wissenschaftsphilosophie, Wissenschaftssoziologie, Wissenschaftspolitik – was war denn die bevorzugte Herangehensweise in Ihrem Denken? Ursprünglich kommen Sie aus der Ökonomie, richtig? Auch das passt ja zum Untersuchungsgegenstand Universität und Wissenschaft sehr gut.

H.S.: Also erstmal stimmt es natürlich, dass Universität und Wissenschaft so das Überthema meines Schaffens gebildet haben. Und ursprünglich, das habe ich zu Beginn unseres Gesprächs ja bereits angedeutet, war mein Anspruch – und vielleicht war das auch mein Fehler –, dass ich gedacht habe, die Wissenschaftstheorie ist eine Theorie der Wissenschaft. Nur hatten wir damals keine Ahnung von Wissenschaft. Ich habe einmal spöttisch über Feyerabend geschrieben, dass er erklärt, wie man Kunst machen sollte, selbst aber nie Kunst gemacht hat. Als ausgebildeter Sänger dachte er, er hätte ein Verständnis. So wie ich damals auch dachte, ich hätte bereits schon Wissenschaft gemacht. Natürlich habe ich mich dann immer ein wenig gerettet, ich habe ja auch Soziologie gemacht, kam aus der Ökonomie usw. Am Institut beim Albert, bzw. in direkter Nähe, hatten wir auch verschiedene interessante Blickwinkel vertreten, Leute aus der Ökonomie, der Soziologie, der Psychologie usw., aber die Albert-Schule hat nicht in Institutionen gedacht. Das habe ich dann später versucht. Ich war eigentlich immer zwischen dem Ideal und der soziologischen Beschreibung meiner Umwelt. Und ich war da natürlich stark biographisch geprägt.
Si.Re.: Haben Sie denn mal Ihr Ideal versucht, in eine Institution hinein zu übersetzen? Also das Ideal quasi greifbar zu machen?
H.S.: Ich war ja damals Assistent bei Albert an der Universität Mannheim und da haben wir Assistenten natürlich konkrete Vorstellungen davon gehabt, wie eine Universitätsreform aussehen müsste. Wir wollten einfach unsere Wissenschaftstheorie auf die Universität übertragen. Wir wollten unbedingt Schluss machen mit diesem ganzen Ordinarienzeug. Wir wollten eine Universität haben, die ernst macht mit der Ansage, dass alles Hypothese ist, alles Hypothesencharakter hat. Aber der Albert, der hatte für diese Vorstellung, den Übergang von der Idee zur Institution zu machen, absolut kein Verständnis. Wir hatten ja aber kein Initiationsrecht, weshalb wir den Albert dazu bringen wollten, dass er unsere Ideen in seinem Namen einbringt in die Sitzungen, in die Gremien und dergleichen mehr. Und das hat er schlicht verweigert. Aber zu dieser Zeit, da hatte ich schon recht konkrete Überlegungen zur Institutionalisierung einer ideell mir entsprechenden Universität.

Si.Re.: Die biographische Prägung zielt auf Ihr Verhältnis zu Hans Albert ab?
H.S.: Ja, zu dieser Zeit begann schon die erste Entfremdung zwischen Albert und mir. Ich war Teil derer, die die Universitätslandschaft umbauen wollten. Die konservativen Universitäten, bzw. eher die konservativen Ordinarien, die versuchten, eine Gegenposition aufzubauen zu den kritischen Studenten. Und da zeigte sich immer mehr, dass der Albert eigentlich keine reformierte Universität wollte. Das wollte er nie und deshalb hat er sich auch nicht darauf eingelassen, unsere quasirevolutionären Ideen in seinem Namen einzubringen. Stattdessen hat er sich mit Erwin Scheuch von der Universität Köln zusammengetan, der die Meinung vertreten hat, dass die linken Studenten die Freiheit der Wissenschaft bedrohen und dass man die Freiheit der Wissenschaft gegen die Studentenrebellen verteidigen muss. Da war dann von Reform ohne Revolution und ähnlichem die Rede, eigentlich ging es denen aber schlicht darum, die Freiheit der Ordinarien zu bewahren, um weiterhin tun und lassen zu können, was sie wollten. Das war für Albert und mich dann der Bruchpunkt und das hätte mich fast die Karriere gekostet. Denn normalerweise ist es so, dass Sie, wenn Sie als Rebell zu früh losschlagen, also wenn Sie als Assistent rebellisch werden, dann sind Sie sofort raus. Rebellisch können Sie werden, wenn Sie Ordinarius sind, aber dann sind Sie in der Regel kein Rebell mehr, dann geht es Ihnen zu gut. Ich habe den Fehler begangen zu rebellieren, als ich noch nicht etabliert war. Das ist normalerweise der EdK-Fall, das Ende der Karriere, wie ich es mehrfach in Aufsätzen und in *Das wissenschaftliche Ethos* beschrieben habe. Ich hatte da gerade noch Glück und bin quasi spätberufen auf die Professur gekommen. Aber das war prägend, dieser Bruch. Dass ich da alleingelassen wurde, denn ich zählte mich schon zu den linken Studenten, meine Linksorientierung war halt nur nicht marxistisch. Ich war vielmehr Linksliberaler. Der radikale Liberalismus, das ist auch bis heute meine Grundposition.
Si.Re.: Aber obwohl Sie zu früh rebelliert haben, kamen Sie ja noch, wenn auch mit Glück und als Spätberufener, auf eine Professur. Wie war die Aufnahme im Kollegenkreis, Sie hatten ja auch bereits zu dieser Zeit durchaus provokante Thesen publiziert. Begegnete man Ihnen da mit Skepsis?
H.S.: Erstmal habe ich ja viele Jahre nur Drittmittelforschung gemacht, weil ich auf keine feste Stelle kam. Ich hatte meine drei Jahre Assistenzzeit und

dann war Schluss. Erst 1987 bin ich dann nach Karlsruhe gekommen, bis dahin habe ich quasi für die DFG gearbeitet. Im Kollegenkreis habe ich eigentlich immer gute Erfahrungen gemacht. In Mannheim war ich natürlich in recht konservativen Gefilden, da ist man oft auf taube Ohren gestoßen.

Si.Re.: Der Kontakt zu Albert brach über diese Unstimmigkeiten hinweg dann ganz ab? Wenn man die Schriftwechsel zwischen Albert und Feyerabend liest, dann schreiben beide ja durchaus in sehr freundschaftlichem Ton über Sie.

H.S.: Wir haben kaum noch Kontakt. Zu Geburtstagen gratulieren wir uns, aber jetzt ist er ja auch schon 100. Wir haben uns aber zu Geburtstagen immer geschrieben, auch dieses Jahr. Und ja, es war auch mal fast freundschaftlich. Er war im Vergleich zu anderen, das muss man klar lobend anerkennen, auch ein nahbarer Typ. Er hat seine Assistenten zum Beispiel auch immer nach Hause eingeladen zum Essen, da war er nicht abgehoben.

Si.Re.: Vom Essen bei den Alberts schrieb auch Feyerabend viel. Wie passte der denn damals in diese Szenerie der Unstimmigkeiten im Zuge der Studentenrevolten um 1968? Feyerabend war zu dieser Zeit in Berkeley ja nun wahrlich nicht als Teil des universitären Establishments aufgetreten.

H.S.: Die Spezialität der Frau Albert war Szegediner Gulasch mit Schlag, damit hat sie auch den Feyerabend gehabt. Der Feyerabend war der Rebell, ganz klar. Wenn der zu Besuch kam, haben wir uns schon gefreut. Ich habe auch immer versucht, dem Feyerabend klarzumachen, dass er mit dem Albert Tacheles reden muss. Das hat er aber nie gemacht. Er hat seine Freundschaft mit Albert gepflegt, was ja auch in Ordnung ist. Ich hatte zu Feyerabend keine Liebesbeziehung, aber wir haben uns gemocht, bis zum Schluss. Feyerabend ist halt irgendwann merkwürdig geworden und hat seltsame Positionen vertreten, zum Beispiel die Verteidigung der Hexenverfolgung. Da war er total unberechenbar und hat für sein Leben gerne provoziert. So wie seine ganzen Kritiken an der Schulmedizin und seine Verteidigung der Alternativmedizin mit Schamanen und dergleichen. Zum Schluss ist er aber ins Krankenhaus gegangen. Er war ein Nestbeschmutzer, der nie wirklich riskiert hat, aus dem Nest zu fallen. In der Theorie war er ein Rebell, in der Praxis nicht.

Si.Re.: In einem Ihrer Aufsätze bezeichnen Sie Feyerabends Philosophie als den Versuch, die Gedanken seiner Zeit zu formulieren und damit »den Bogen von *Stop Making Sense* (Talking Heads) zum *Stop Making Science*« (Spinner 1985: 859) zu spannen. War das auch so ein wenig dieser postmoderne Slang dieser Zeit, der in die Wissenschaftsphilosophie hineinwirkte?
H.S.: Ja, das würde ich schon sagen, jedenfalls in Teilen. Da hat der Feyerabend mit dem *Anything goes* natürlich unterschiedliche Intensitäten bedient. Nehmen Sie beispielsweise Lyotard, der die Wissenschaften als Fabeln angesehen und das Ende der Theorie beschworen hat. Das Ende der Theorie ist ja so ein typischer postmoderner Slogan. Wissenschaft ist für mich vor allem theoretische Wissenschaft, deswegen habe ich mich nie als Postmoderner verstanden. Ich habe mich schon mal damit beschäftigt, klar. Beispielsweise mit Derridas Unbedingter Universität, wo die Universität mehr Freiräume offenbart als der Rest der Gesellschaft. Damit kann man schon auch arbeiten. Aber ich habe mich da eben nie wirklich verbunden gesehen in dieser Aversion gegen Theorien. Aber der Feyerabend hat hier durchaus Anschluss gefunden.
Si.Re.: Die Auslegungen des *Anything goes* sind ja recht breit gefächert, reichen vom Verweis auf eine ausschließlich leere Regel zur Verdeutlichung dafür, dass keine methodologische Regel allgemeingültig ist, bis hin zu einer Fanfare der Beliebigkeit. Ich habe in *Zum anarchistischen Gehalt der Philosophie Feyerabends* vor allem die politischen Aufsätze und Buchpassagen Feyerabends angeschaut und dabei durchaus den Eindruck gewonnen, dass er mit seiner Philosophie auch Gesellschaftskritik versucht hat. Er hat das *Anything goes* etwas zurückgehalten, aber seine Philosophie damit zusammenzubringen, erscheint mir legitim. Sie haben recht viel mit ihm diskutiert, wie würden Sie das einschätzen? Tut man ihm Unrecht, wenn man ihm mehr als eine Wissenschaftsphilosophie unterstellt?
H.S.: Überhaupt nicht! Er hat ja auch selbst die Marotte gehabt mit Verweisen auf den Marxismus, Maoismus usw., aber wenn es praktisch wurde, entpuppte sich das meistens als Schnapsidee. So ein kritischer Punkt, über den ich viel mit ihm diskutiert habe, war sein Punkt mit dem Faschismus. Da hat er auch im Umgang mit politischen Radikalen dieses *Anything goes* proklamiert, aber nicht sagen können, wie das in der Praxis funktioniert.

Auch seine Ideen zur Universität hat er nie ernsthaft versucht, praktisch zu entwerfen. Das war Reintheorie, das war nicht mal eine Theorie der Praxis und gleich gar nicht praktisch.
Si.Re.: Den Versuch die Reintheorie in die Praxis zu übersetzen, hat er in Erkenntnis für freie Menschen gewagt und dort den Vorschlag der Bürgerausschüsse unterbreitet, die dann beispielsweise die Themensetzung wissenschaftlicher Forschung verabschieden. Das war ja durchaus insofern progressiv, dass er die Themensetzung als Bestandteil der Wissenschaft wahrnahm und darin offenbar auch ein Scharnier zum gesellschaftlichen Nutzen und Zweck von Wissenschaft gesehen hat.
H.S.: Richtig, das habe ich jetzt fast vergessen. Aber das war ja auch typisch für ihn, diese Idee der Bürgerinitiativen. Das hat wieder einmal verdeutlicht, dass er die Organisation der Wissenschaft nicht verstanden hat: Weber, der Großbetrieb – da sind wir wieder am Anfang unseres Gesprächs. Eine Bürgerinitiative, das ist so ein Verein, der hat eine gewisse lokale Bedeutung, wie der Sportverein oder so irgendetwas. Aber Bürgerinitiativen jetzt zum Grundprinzip der Forschungsthemen zu erheben, das ist natürlich Quatsch. Er hat sich nie beschäftigt mit der Verfasstheit der Gesellschaft, mit einer gesellschaftlichen Verfassung usw. Da kommt man dann mit Bürgerinitiativen nicht weiter.
Si.Re.: Aber wie sollten Themen denn dann gesetzt werden? Mir erscheint die Frage, was erforscht wird, schon essenziell. Das ist doch eine Schlüsselposition der ganzen Kritik an Drittmitteln. Ich ziehe da immer gerne das Beispiel der Erforschung der Fastenwirkung heran. Rund 80 Prozent der klinischen Studien werden von der Pharmaindustrie veranlasst, die hat als kapitalistische Unternehmung naturgemäß wahrscheinlich eher geringes Interesse an Heilung durch Askese. Ein paar Kliniken forschen nun dazu, das Immanuel Krankenhaus in Berlin (Diakonie-Spital), die Buchinger Klinik in Überlingen (Privatklinik) und ein paar wenige weitere private Einrichtungen. Die letzte groß angelegte Studie stammt aus der Sowjetunion, mir ist kein Mediziner bekannt, der dieses Themenfeld als ausgeforscht betrachtet. Unter anderem eben auch, weil die Studien zu gering, zu klein usw. sind. Wenn ich jetzt die Idee der Bürgerkomitees von Feyerabend aufgreife, dann würden die darüber bescheiden und würden sehr wahrscheinlich derarti-

ge Forschung auch unter gewissen regionalen Prämissen (beispielsweise ein strukturschwacher Flecken, hohe Anzahl an Krebsleidenden bei geringem Einkommen, schlechte Abdeckung mit Hausärzten usf.) begrüßen. Das erscheint mir jetzt erstmal gar nicht verkehrt.
H.S.: So etwas müssen Sie herrschaftssoziologisch andenken. Da können Sie zuerst mal sagen, dass es wahrscheinlich am besten demokratisch bestellt ist. Das wäre jedenfalls meine Grundprämisse, in keinem Fall wollte ich da Anarchie. Regellosigkeit in der Praxis, gesellschaftliche Regellosigkeit führt immer zur Herrschaft bewaffneter Banden. Wir brauchen den Staat und vor allem muss der Staat das Gewaltmonopol haben. Das kann auch schief gehen, aber da lohnt der Blick auf die Alternativen. Es gibt im Grunde drei Herrschaftsformen. Es gibt die Monarchie, das ist die Herrschaft der Unfähigen, weil keine royale Familie dafür garantieren kann, immer fähige Leute zu produzieren. Es gibt die Diktatur, das ist die Herrschaft der Verbrecher. Das erste Verbrechen, das jede Diktatur begeht, ist, dass sie sich am Staatsvermögen vergreifen, und die Diktatoren sind alle, wirklich alle reich geworden. Und dann gibt es die Demokratie, das ist die Herrschaft der Reichen. Die entscheidende Variable liegt in den Ressourcen begründet. Die Reichen haben natürlich auch in der Demokratie den meisten Einfluss. Aber wenn eine Gesellschaft Glück hat, dann bleibt es dabei, dass sich die Reichen nur am Geld vergreifen und nicht schlimmere Dinge tun. Und deshalb brauchen wir natürlich eine Demokratie mit einer stabilen Verfassung mit dem Gewaltmonopol beim Staat. Irgendjemand muss die Einhaltung der Regeln gewährleisten usw. Was bedeutet das nun für die Themenfindung und Finanzierung in der Wissenschaft, fragen Sie sich. Also private Mäzene sind natürlich immer willkommen, aber über private Finanzierungen alleine geht es nicht. Der Löwenanteil muss ganz klar vom Staat kommen, demokratisch zugewiesen. Das hat der Humboldt schon ganz gut erkannt. Wir kommen da nun in Irritationen hinein, wenn der Staat nicht genug finanziert. Sie brauchen Geld – Wissenschaft muss einem das gesellschaftlich wert sein!
Si.Re.: Nun, dieses Verhältnis erscheint ja durchaus brüchig, wenn man sich die Kommunikation über Wissenschaft anschaut in Corona-Zeiten oder zuvor schon durch Donald Trump, dann glauben viele nicht mehr an Wissenschaft. So ironisch das klingen mag.

H.S.: Wissenschaft ist Kriterien gewohnt und das ist in der öffentlichen oder veröffentlichten Wissenschaft meistens nicht so. Und ich würde sagen, und da bin ich dann doch eher konservativ, wenn wir keine Kriterien mehr als richtungsweisend ausgeben, dann wird das Ganze schnell beliebig. Das empfinde ich als keinen guten Zustand. Ich habe beispielsweise in der Medizin die Eskapaden von Feyerabend mit der Alternativmedizin nicht verstanden. Und ich war sehr gespannt auf sein Verhalten als es dann leider ernster wurde bei ihm. Und da hat er eben nicht den Alternativmediziner aufgesucht, sondern ist in die Universitätsklinik gegangen, wie es sich eigentlich auch gehört. Alles andere ist eben in dem Sinne Spielerei, dass man ja immer die eigene Gesundheit einsetzt und so im wahrsten Sinne mit dem Leben spielt. Natürlich, man kann solche Spielereien machen und die haben vielleicht auch einen wichtigen Erkenntnisgewinn am Ende, aber wie schon Kant meinte: Das mag zwar in der Theorie richtig sein, taugt aber nichts für die Praxis.
Si.Re.: Aber setzen Sie hier nicht zu viel voraus? Die Unterscheidung nach Kriterien, quasi die Forschungsrückkopplung des Heilansatzes – ich klammere hier mal bewusst den Medizinbegriff aus in diesem Kontext –, die muss man ja reflektieren können. Wenn dann aber Mediziner, Politiker, Heilpraktiker und Life Coaches bei Markus Lanz diskutieren, dann ist es für Nicht-Wissenschaftler schnell unübersichtlich. Um solche Gemengelagen ordnen zu können, bedarf es ja schon einer gewissen Kompetenz.
H.S.: Moment, also Wissenschaft muss öffentlich sein, aber Wissenschaft ist nur zugänglich, wie ich es nenne, für die Talentierten, Interessierten und Vorgebildeten. Sie müssen ein bisschen was über Logik und so weiter wissen, müssen die Begriffe und Theorien kennen, damit Sie überhaupt was verstehen können. Gemeint ist die Wissenschaftsöffentlichkeit. Die allgemeine Öffentlichkeit, also die, die wirklich draußen sind, außerhalb der Wissenschaft, die ist damit nicht gemeint. Die haben nicht die formale Grundausbildung. Es ist nur die wissenschaftsinterne Öffentlichkeit gemeint.
Si.Re.: Aber wird es dann nicht gefährlich, wenn wir als Wissenschaftler:innen alles in die Öffentlichkeit tragen, die nicht ausgebildet ist? In Zeiten, in denen jede/r Wissenschaftler:in twittert und zunehmend Open Source publiziert wird, wird die wissenschaftsexterne Öffentlichkeit ja immer mehr

mit Fachwissen konfrontiert. Bestehen da nicht Gefahren, die wir jetzt bei Corona unter Umständen sehen?
H.S.: Da bestehen wahnsinnige Gefahren der Missachtung, des Missverständnisses. Schauen Sie, alle reden von Einstein, aber kaum jemand versteht Einstein. Jetzt nehmen wir mich, als Teil der wissenschaftsinternen Öffentlichkeit. Nun, ich würde sagen, er war der genialste Physiker des 20. Jahrhunderts, obwohl ich ihn im Grunde auch nicht verstehe. Zum Beispiel, das Höchste sind die Gravitationswellen, keine Ahnung, was das sein soll, das muss etwas unglaublich Kompliziertes sein. Und dann die Krümmung des Raumes, das kann man sich nicht vorstellen. Da gibt es zwar Skizzen, aber man kann es sich nicht vorstellen. Deshalb sage ich, auch die wissenschaftsinterne Öffentlichkeit ist ja sehr begrenzt. Talentiert, interessiert und vorgebildet soll sie sein, da fehlt mir jetzt dann wahrscheinlich auch schon das richtige Maß an Vorbildung. Und deswegen ist das in der Wissenschaft immer ein sehr begrenzter Öffentlichkeitsbegriff. Sie treffen als Forscher auf wenig qualifizierte Öffentlichkeit. Wir glaubten mal eine Zeitlang, diese Grundausbildung wäre hauptsächlich Wissenschaftstheorie, blöd nur, dass diese wissenschaftstheoretische Grundbildung, diese Wissenschaftstheorie, keinen Zugang zur Wissenschaft hat. Warum? Als Physiker brauche ich eine physikalische Grundausbildung und nicht eine wissenschaftstheoretische.
Si.Re.: Das klingt nach einer ungemein komplizierten Ausgangslage für den Wissenschaftsjournalismus. Hierzu haben Sie ja auch recht lange gearbeitet. Fehlt uns heute ein guter Wissenschaftsjournalismus?
H.S.: Ich habe immer damit begonnen, den Journalismus im Allgemeinen vom Wissenschaftsjournalismus im Besonderen zu unterscheiden. Der Wissenschaftsjournalismus spielt für mich eine wichtige Rolle für die wissenschaftsimmanente Dreiteilung von Information, Gegeninformation und Desinformation. Der Wissenschaftsjournalismus hat die Aufgabe, Gegeninformationen in die Systeme einzuspeisen. In diesem Fall ins Wissenschaftssystem, denn Systeme haben die Neigung, erinnern Sie sich an Luhmann, dass sie sich abkoppeln. Dass sie ihr Eigenleben entwickeln und dann haben Sie ein Informations- und natürlich auch ein Lernproblem. Und damit Sie lernfähig bleiben, müssen Sie sich öffnen oder geöffnet werden für Gegeninformationen. Der Wissenschaftsjournalismus hat mit der Einspeisung von

Gegeninformationen in das Wissenschaftssystem also eigentlich eine sehr wichtige Aufgabe, allerdings ist er eher zur Wissenschaftskommunikation verkommen und beschäftigt, Wissenschaft zu polarisieren.
Si.Re.: Also wenn der Wissenschaftsjournalismus in seiner Schlüsselrolle so ein wenig ausfällt, dann bleibt es ja verstärkt an den Wissenschaftler:innen zu reflektieren, was die ethische Komponente des eigenen Kommunikationsverhaltens anbelangt. Dann muss ich vorher immer gut überlegen, vor welchem Publikum, vor welcher Öffentlichkeit ich spreche. Und ich muss mir der Gefahr bewusst sein, richtige Informationen falsch zu adressieren, sprich: an Leute, die sie nicht verstehen, deuten und dann vielleicht falsch gedeutet in Stellung bringen.
H.S.: Da gibt es diese interessante Vorstellung von Friedrich Tenbruck. Der hat gesagt, wenn wir uns im Gedankenexperiment vorstellen, die Einteilung der Gesellschaft in die Experten und die Laien, dann müssen die Laien unwidersprochen hinnehmen, was die Experten sagen. Da hat er ein Problem nicht berücksichtigt, nämlich, dass die Experten unter sich verschiedener Meinung sind. Und wem sollen die Laien jetzt folgen? Der Mehrheitsmeinung oder der abweichenden Minderheit? Das ist ein Problem. Der eine Experte empfiehlt den Krebs operativ zu entfernen, der andere nicht. Was jetzt passiert, ist, dass dem Laien die Freiheit, sich selbst zu entscheiden, zurückgegeben wird. Nur wenn die Wissenschaft einstimmig wäre, was so gut wie nie der Fall ist, nur dann wäre der Laie an die Meinung der Wissenschaftler gebunden. Und dann ist das wieder seine eigene private Entscheidung und dafür gelten die allgemeinen ethischen Vorstellungen, zum Beispiel für eine Verantwortungsethik, dass ich sage, ich muss die Folgen beachten und ich entscheide nicht grundsätzlich. Oder ich habe eine Prinzipienethik, da gibt es dieses Prinzip und danach handle ich. Ich kann eine Prinzipienethik, eine fallbezogene Ethik oder eine anarchistische Ethik haben, ich habe jedenfalls die Freiheit, zu wählen. Und das finde ich eigentlich so richtig. Aber es braucht natürlich eine gewisse Erfahrung mit widersprechenden Meinungen. Und man muss die Meinungen abtasten können. Man muss die Expertise des Gegenübers bewerten können. Woher haben Sie diese Information? Haben Sie die von einem Dritten oder haben Sie sich die selbst ausgedacht? Haben Sie irgendeinen Sachverstand für diese Materie? Kennen Sie den

Stand der Forschung in diesem Fach? Und wenn Sie keinen Sachverstand haben, dann ist das für mich kein Orientierungspunkt. Wissenschaft ist, bei allem Revolutionsgerede von Feyerabend, in der Grundstruktur ein kumulatives Unternehmen.
Si.Re.: Wie sollte man nun also mit den Wissenschaftler:innnen verfahren, die 20:15 Uhr bei Markus Lanz sitzen? Was sollte man denen raten? Wie viel Wissenschaft sollte denn überhaupt an die nicht-wissenschaftliche Öffentlichkeit herangetragen werden?
H.S.: Viel. Nur halt in angemessener Dosis und nicht spekulativ in dem Sinne, dass es einer Abstraktion bedarf, die nur der vorgebildete Interessierte leisten kann. Wissenschaft ist auch Unterhaltung und dafür doch auch ganz wunderbar. Wissenschaft ist auch kritisch, kann aber auch kritische Unterhaltung sein. Der gekrümmte Raum, das expandierende Universum, das klingt doch ganz unterhaltsam. Das ist schlichte Unterhaltung, was abends um 20:15 Uhr kommt. Und wenn hier irgendwo bei der Volkshochschule jemand abends seinen Vortrag hält, dann ist das für wenige ein Moment des tatsächlichen Erkenntnisgewinns, weil sie vorgebildet sind, für die Mehrzahl der Menschen aber ist das schlicht und einfach Unterhaltung. Und Unterhaltung wird unkritisch akzeptiert. Der Feyerabend hat mal gesagt, er will nicht nur kritische Wissenschaft, sondern auch kritisches Theater haben. Und das ist richtig und wichtig. Man muss die Gesellschaft auch mal verunsichern! Wir fühlen uns alle schnell in einer Sache sicher, obwohl es keine objektive Sicherheit gibt, sondern nur Hypothese. Da muss man der Gesellschaft ja irgendwie den Umgang mit hypothetischem Wissen lernen. Also sagen: Leute, beachtet immer, das ist Hypothese. Aber was macht man mit Hypothesen? Die glaubt man nicht einfach, die muss man testen. Das müsste man den Leuten lernen. Da bin ich völlig bei Popper, allgemeine Aussagen können nicht verifiziert werden. Das sollten auch Laien wissen. Wenn ich sage, alle Schwäne sind weiß, dann sollte ich beachten, dass es möglicherweise grüne oder blaue oder schwarze Schwäne gibt, und damit diese Hypothese widerlegt wäre. Also dafür taugt das Fernsehen ja schon.
Si.Re.: Herr Professor Spinner, in den Sendungen um 20:15 Uhr kommt zum Schluss immer noch eine letzte Frage, die vermeintlich harmlos klingt, aber eigentlich ein Monstrum ist. Eine solche habe ich auch noch im Ge-

päck: Was erwidert der Philosoph auf die Frage nach der Phantasie? Und: Welche Rolle spielt die Phantasie für die Wissenschaft?
H.S.: Das ist in der Tat eine monströse Frage und ja eigentlich eine Frage für die Psychologie. Ich würde mal so anfangen, dass ich sage, »Lebbe geht weider«. Das hat der Frankfurter Trainer Stepanović nach der verpassten Meisterschaft 1992 gesagt, alle haben gelacht, aber damit hat er eigentlich etwas Phantasievolles, Optimistisches und analytisch Richtiges ausgedrückt. Phantasie, würde ich sagen, ist, wie bei Kant, freie Geistestätigkeit. Das ist eine von Folgen losgelöste Tätigkeit. Das ist auch meine Idee von der Wissensordnung, dass man sagt, wir brauchen einen abgekoppelten Bereich und die wichtigste Abkopplung ist die Abkopplung von Folgehaftung. Nur ein Beispiel, der Richter als freier Entscheider, der ist abgekoppelt von jeder Haftung. Das heißt, wenn ein Richter Fehlurteile fällt, kann er nicht zur Rechenschaft gezogen werden, das gehört zur freien Gerichtsbarkeit. Und das ist natürlich ein ganz wichtiges Prinzip. Das ist das Richterprivileg. Wenn er absichtlich ein Fehlurteil spricht, dann kann er dafür belangt werden. Bis jetzt ist aber noch kein einziger deutscher Richter deswegen belangt worden.
Si.Re.: Kein Privileg, sondern eine wahre Freude war mir dieses Gespräch mit Ihnen. Zu guter Letzt: Gibt es noch philosophische Schriften in der Mache, auf deren Erscheinen man sich freuen darf?
H.S.: Ich habe mal angefangen, eine Autobiografie zu schreiben, aber das habe ich nicht mehr weitergemacht. Das ist so halbfertig, eine halbfertige Sache wird es wohl auch bleiben. Aber Sie werden sich wundern, ich schreibe gerade tatsächlich noch an einem ganz kleinen Aufsatz mit dem Titel *Die Wissenschaftlichkeit der Wissenschaft*. Da möchte ich darstellen, was eigentlich Wissenschaft wissenschaftlich macht.

Das Interview fand am 4. Oktober 2021 in Brühl statt. Die Freigabe des Interviews erfolgte nach postalischer Zustellung per Telefon.

»Zwischen Hammer und Amboss« – Ein Gespräch mit Paul Hoyningen-Huene

Simon Rettenmaier (Si.Re.): Als wohl einer der prominentesten Wissenschaftstheoretiker im deutschsprachigen Raum unserer Zeit und als Vertrauter des bereits 1994 verstorbenen Paul Feyerabend sind Sie eine spannende Instanz zur Beurteilung und Diskussion der Thesen meiner Dissertation. Ich will daher auch nicht viel Zeit verlieren und direkt inhaltlich einsteigen, anknüpfend an Ihre Person. Prominenz entsteht ja zumeist aus einer eigenen Einlassung mit der Öffentlichkeit, bezogen auf Wissenschaftler:innen also darin, wissenschaftliches Denken und wissenschaftliche Ergebnisse auch einer heterogenen Öffentlichkeit zu erklären. Das haben nun in Pandemiezeiten vor allem die Virolog:innen bewältigen müssen, in der NZZ haben aber auch Sie ein Stück weit Pandemie erklärt. Was war für Sie aus wissenschaftstheoretischer Perspektive das Eindrücklichste in knapp zwei Jahren Pandemie? Gibt es Ihres Erachtens konkrete Lehren für die Wissenschaftskommunikation, die man aus der Pandemie ableiten kann?
Paul Hoyningen-Huene (P.H-H.): Der von Ihnen angesprochene NZZ-Artikel von mir, der sollte den Lesern einen allgemeinen Einblick in das Funktionieren der Wissenschaften, insbesondere der Naturwissenschaften geben. Der Artikel ist also für Leute geschrieben, die sonst keine Ahnung haben von Naturwissenschaften und die normalerweise die Ergebnisse um die Ohren gehauen bekommen und diese dann akzeptieren, nicht akzeptieren oder was auch immer. Eben diese Leute ohne Expertenwissen sind im Frühjahr 2020 plötzlich mit *Science in Process* konfrontiert und überfordert. Und diese Überforderung, diese Verwirrung, die ich da bei vielen Leuten beobachtet habe, die habe ich darauf zurückgeführt, dass die Leute diesen Blick auf Wissenschaft nicht kennen, den die damaligen Diskussionen abgebildet haben. Deshalb habe ich die ganze Diskussion wissenschaftstheoretisch etwas geordnet. Wenn Sie nun aber fragen, was ich persönlich aus dieser Pandemie gelernt habe, dann muss ich feststellen: Gar nichts. Ich kenne mich zwar nicht besonders gut aus mit Epidemiologie, aber ich habe mich in der letzten Zeit intensiv mit Medizin beschäftigt, bin auch Mitglied im Münsteraner Kreis und daher oft im Gespräch mit sehr profilierten Ärzten.

Gerade letzte Woche habe ich einen Vortrag über Homöopathie gehalten. Daher war das keine sehr überraschende Sache für mich. Was Ihre Frage zur Wissenschaftskommunikation anbelangt: Ich habe mich zwar auch schon mit Wissenschaftskommunikation beschäftigt und trage ja auch viel vor, allerdings bin ich da eher Praktiker. Natürlich überlege ich mir vor jedem Vortrag auch immer, wie ich es am wirkungsvollsten kommunizieren kann. Ehrlicherweise interessiert mich dann aber doch die Wissenschaft selbst mehr als die Diskussion über deren Vermittlung.

Si.Re.: Das mag man kaum glauben, aus der Ferne hätte ich eher vermutet, dass die Wissenschaftskommunikation eine Herzensangelegenheit für Sie ist. Wenn man sich beispielsweise anschaut, wie die Leute Vorträge von Ihnen auf YouTube kommentieren oder wie Sie auf Lehrplattformen besprochen werden, dann zeigt sich ja auch recht klar, dass man Ihnen ein ausgesprochenes Talent mit Blick auf die Vermittlung von Philosophie durchaus häufiger attestiert.

P.H-H.: Ja, eine Herzensangelegenheit muss ja nicht übertheoretisiert werden. Ich weiß schon, dass ich ganz gut erklären kann und dass ich wohl auch kein schlechter Lehrer bin. Und ein Stück weit habe ich mich natürlich auch damit auseinandergesetzt. Ich habe auch mal einen Vortrag gehalten über Wissenschaftskommunikation, wo meine Kernthese lautete: Das Wichtigste ist das Dezentrieren! Ich habe erst sehr spät in meinem Leben entdeckt, warum ich das gut kann. Ich war von 15 bis 25 Amateurzauberer, stand an die 50-mal auf der Bühne und war auch im Fernsehen damit. Das Zaubern ist das härteste Training, wenn es um das Dezentrieren geht. Wenn Sie einen Trick vorführen und das Publikum merkt das, gibt es einfach keine Entschuldigung. Es gibt keine Ausreden. Wenn Sie Schauspieler sind und etwas machen und das Publikum findet es nicht großartig, dann ist vielleicht auch das Publikum ungebildet und kann die Kunst nicht ästimieren. Als Zauberer gibt es keine Entschuldigung. Sobald ich auf einer Bühne stehe, egal ob Podium, Vortrag, Vorlesung etc., da schalte ich in den Modus: Was ich jetzt selbst denke, ist absolut irrelevant. Ich muss schauen, dass ich die, die vor mir sitzen, da hineinbekomme.

Si.Re.: Wenn Sie vortragen, ob nun über Fußball oder Homöopathie oder was auch immer, dann nehmen Sie Dinge auseinander, um sie zu verstehen

und zu erklären. Das tun Sie überwiegend wissenschaftstheoretischer Natur, was Feyerabend als an sich »öde« Tätigkeit (Feyerabend, 1996, S. 207) ansah. Es erscheint also öde, kompliziert und schwer vermittelbar, daher fragt man sich schon: Warum ist es überhaupt wichtig, sich mit Wissenschaftstheorie auseinanderzusetzen? Für wen ist dies wichtig?

P.H-H.: Die Philosophie hat ja bei den allermeisten Leuten ein sehr schlechtes Image. Da gibt es so ein paar Romantisierer, die benutzen Philosophie dann so, wie sie in die Oper gehen, nehmen sie aber nicht wirklich ernst. Und auch die meisten Naturwissenschaftler können mit Philosophie wenig anfangen. Also muss man als Philosoph davon ausgehen, dass man zunächst einmal, wenn man nicht gerade Philosophiestudenten unterrichtet, gegen ein tendenziell eher feindlich gesinntes Publikum anredet. Und das erste, was man in solch einer Situation machen muss, ist, die Leute grundlegend gewinnen. Ich habe deshalb auch immer gesagt, dass ich nie Reklame machen werde für die Wissenschaftsphilosophie, dass ich die philosophische Perspektive nie aufdrängen werde. Ich rede nur mit Fachleuten, und auch nur, wenn diese mich anfragen. Ich bin natürlich in der komfortablen Lage, dass ich auch angefragt werde. Also kann ich mir das so erlauben. Aber der Grund für diese Haltung ist einfach: Reklame für Wissenschaftsphilosophie funktioniert nicht, manche Dinge können Sie einfach nicht bewerben. Fußgängerunfallfreundliche Knautschzonen an der PKW-Front beispielsweise, damit wird auch nicht geworben. Das geht irgendwie nicht. Für wen ist es nun also wichtig? Na ja, für die, die es interessiert.

Si.Re.: Ist die Wissenschaftsphilosophie hier anders zu behandeln als traditionelle philosophische Disziplinen? Braucht es in diesem Feld mehr interdisziplinäres Einfühlungsvermögen, weil man sich ja zumeist an Wissenschaftler:innen und nicht gezielt an Philosoph:innen richtet?

P.H-H.: Das ist schon möglich. An der ETH Zürich zum Beispiel war Feyerabend für die Wissenschaftsphilosophie natürlich ein Segen, weil er rhetorisch brillant war und Dinge einfach erklären konnte. An guten naturwissenschaftlich orientierten Hochschulen, die also vor allem Ingenieure hervorbringen, da haben sie einen kleinen Prozentsatz von zehn, fünf oder vielleicht auch nur drei Prozent, die philosophisch interessiert sind. Und eine gute Technische Hochschule macht denen ein exzellentes Angebot in

dem Sinne, dass man nicht einfach nur stoisch die Naturwissenschaft philosophisch betrachtet. Denn die Studierenden, die Ingenieurstudenten, Chemiker, Physiker usw., die müssen auch gewonnen werden, und zwar auf eine sehr anspruchsvolle Weise. Normale nüchterne Leute, Ökonomen, Juristen, Ingenieure usw. finden Philosophie oft unverständlich und unnötig, weil sie noch nie eine gute Erfahrung damit gemacht haben. Einige von denen haben schon tolle Philosophiebücher aufgeschlagen und festgestellt, dass sie kein Wort verstehen. Die sagen dann natürlich: Ich bin doch kein Idiot und trotzdem verstehe ich kein Wort. Ich müsste hier doch was verstehen. Das stimmt so zwar nicht, aber so funktioniert es. Und deswegen habe ich die Konsequenz gezogen: Ich mache das nicht radikal und frontal, ich vermittle die Philosophie nur, wenn der Gegenüber das quasi von mir einfordert. Sonst beschädigt man das Image der Philosophie fundamental.
Si.Re.: Dann ist die Wissenschaftsphilosophie also wie eine Art Weiterbildungsprogramm zu verstehen, eine Art Freizeitbeschäftigung für die Wissenschaftler:innen, die gerne über den Tellerrand hinaus blicken wollen?
P.H-H.: Nein, absolut nicht. Ich bin jetzt seit einem Jahr sehr eng verbunden mit einer weltweiten Community bestehend aus Astronomen, Kosmologen und Astrophysikern und da gibt es die sogenannten *Golden Webinars*. Das ist etwas, was die chilenischen Astronomen eingeführt haben. Das findet jede Woche statt mit Simultanübersetzung und die haben mich vor einem Jahr angefragt für einen Vortrag. Seither bin ich dort regelmäßig zu Gast und diskutiere mit denen Fachvorträge. Ich bin da wirklich sehr zurückhaltend, obwohl ich schon ein bisschen was verstehe von Astronomie und natürlich stetig dazulerne. Jedenfalls sagten die dann zu mir: Du kannst Fragen stellen, die niemand von uns so stellen kann. Das ist ein tolles Kompliment, denn ich fühle mich da immer ein wenig wie ein Hochstapler, denn die haben natürlich viel mehr Ahnung von den Details ihrer Disziplin. Aber das ist es, was die Philosophie dann meines Erachtens durchaus leisten kann, das richtige, analytische Hinterfragen von Dingen. Das scheint mir ein Idealbild der gegenwärtigen und künftigen Philosophie zu sein. Ein anderes Beispiel für das, was die Wissenschaftsphilosophie leisten kann: Die Uni Zürich hat eine hervorragende Neuroökonomik, überhaupt ist die Ökonomik in Zürich groß. Über Ernst Fehr bin ich dann eines Tages angefragt

worden, ob ich dazu reden kann, weshalb die Mainstream-Ökonomik die Neuroökonomen nicht so recht annehmen mag. Ist das psychologisch? Ist das soziologisch? Ist das inhaltlich? Was passiert hier eigentlich? Das war für mich ein regelrechtes Vergnügen, ein bisschen Ahnung von Neurowissenschaft hatte ich zwar, aber wirklich nur minimalst. Ich musste mich also richtig einarbeiten in die Neuroökonomik, in die Neurowissenschaften, dort in die Ökonomik im Besonderen. Wie ticken die Ökonomen? Was ist deren Problem mit der Neuroökonomik? Das trifft mein Verständnis von Wissenschaftsphilosophie.

Si.Re.: Würden Sie denn dann die These stützen, dass Wissenschaftstheoretiker kommunikationsbegabter sind in dem Sinne von, dass sie sich eher verständlich ausdrücken können für Nicht-Philosoph:innen?

P.H-H.: Ja, das schon. In der Ethik gibt es das natürlich auch, dass die kommunizieren können. Das liegt aber daran, dass die Topics natürlich näher dran sind an dem, was andere Leute machen. Wenn Sie Medizinethiker sind und genügend von Medizin verstehen, kommen Sie mit den Medizinern auch gut ins Gespräch. Aber wenn Sie Heidegger lehren und dazu forschen, dann sind das Topics, wo Sie die Leute erst einmal vorbereiten müssen, darauf, was es beispielsweise heißt, in der Welt zu sein. Da verstehen viele Leute die Frage ja schon überhaupt nicht. Oder wenn Sie deutschen Idealismus machen, die Entwicklung von Kant zu Hegel und da irgendein Teilproblem zwischen Fichte und Schelling untersuchen, und es fragt Sie jemand: Du, was machst du denn dann? Da brauchen Sie ja drei Tage bis Sie ihm das Problem erklärt haben. Da kommt man natürlich schwerer ins Gespräch und da fällt dann die Vermittlung vermutlich auch schwerer. Aber wenn mich jemand fragt: Was machst du denn? Was ist denn das, Wissenschaftsphilosophie? Dann sage ich typischerweise: Na ja, ich möchte halt einfach verstehen, wie Wissenschaft funktioniert. Das verstehen die Leute. Natürlich ist hier auch Vermittlungskompetenz ein Thema, der Popper kommt bei den Leuten um Welten besser an als Carnap und Konsorten, nicht zuletzt deshalb, weil er auch besser schreibt. Im Übrigen wäre eine zusätzliche These zu diesen Verschiedenheiten in der Philosophie, dass die Wissenschaftsphilosophie progressiver ist, da sie wissenschaftsnah operiert. Die haben viel früher Computer benutzt als die allermeisten Heidegger-Forscher, haben

viel früher auf Englisch publizieren müssen usw. Die Wissenschaftsphilosophie in Deutschland ist inzwischen vollständig internationalisiert. Also da haben es die Wissenschaftsphilosophen leichter und sie sind eben durch die Wissenschaftsnähe auch disziplinierter. Da sind mehr Leute, die diszipliniert denken können. Sie sind nicht so eng wie beispielsweise die typischen analytischen Philosophen. Die können zwar relativ klar schreiben und reden, aber haben natürlich zum Teil Engführungen und beschäftigen sich meines Erachtens auch zum Teil mit selbstgenerierten Problemen, weil dann vielleicht die Formalisierung nicht stimmt.

Si.Re.: Okay. Ich würde gerne überleiten zu einem neuen Themenblock, weg von der Wissenschaftstheorie, hin zur Betrachtung der Wissenschaft aus organisationssoziologischer Perspektive. Ralf Dahrendorf analysierte 2001 rückblickend die Transformation der einst von ihm geleiteten London School of Economics (LSE) unter seinem Nach-Nachfolger Anthony Giddens, machte eine Entwicklung zur postmodernen Hochschule aus und sah Feyerabends *Anything goes* dafür quasi handlungsanweisend. Er schreibt hierzu:

> »Wenn ich dies mit etwas Ironie (und leichter Übertreibung) schildere, dann spricht daraus meine Nostalgie für das alte Motto der LSE aus Vergils ›Georgica‹: ›rerum cognoscere causas‹, glücklich wer den Dingen auf den Grund gehen kann. […] In meiner Zeit lebte die LSE von und in der Illusion, eine Hochschule aus einem Guß zu sein, eine einzige Fakultät für Sozialwissenschaften. […] Tony Giddens dirigiert indes im Jahre 2001 eine ganz andere Einrichtung. Auch die LSE ist zu einer postmodernen Hochschule geworden, zu einem Patchwork von Zentren und Instituten, Diplomen und Magistergraden. Da gibt es nach wie vor die ›reinen‹ Wissenschaftler, denen nicht nur der ›dritte Weg‹, sondern die ganze Verwischung von Wissenschaft und Praxis suspekt ist. Es gibt aber auch die, die zugleich in einem Versicherungsunternehmen und im Zentrum für Risikoforschung arbeiten. […] Ein Brookings würde die Harmonie der wissenschaftlichen Hochschule stören; viele Brookings erlauben sogar wieder ganz ungestört esoterische Zentren zum Beispiel für Wissenschaftstheorie oder Ethnologie oder ökonomische Theorie. […] Gefahr

> und Reiz der Postmoderne liegen nahe beieinander; sie stecken beide in Paul Feyerabends risikoreichem Grundsatz: ›anything goes‹. Alles ist möglich – und warum nicht auch wirklich? Da fallen viele Grenzen und mit ihnen Strukturen.« (Dahrendorf 2001: 9)

Was Ralf Dahrendorf hier schreibt, lässt sich gut verknüpfen mit Ihren Überlegungen zu einem *Anything goes* und der Postmoderne, wobei Dahrendorf einen institutionellen Brückenschlag aufmacht, die bei Ihnen noch erkenntnistheoretisch zentrierte Betrachtung politisiert und auf den Universitäts- und Forschungsbetrieb hin ausgerichtet betrachtet. Insbesondere die Formulierung, dass durch gefallene Grenzen auch Strukturen zerfallen sind, erscheint mir wichtig. Hatte Dahrendorf mit dieser Analyse recht? Sind die Hochschulen zu postmodernen Institutionen geworden, die mehr einem pluralistischen Raum im Sinne Jacques Derridas Universitätsverständnisses entsprechen?

P.H-H.: Ich habe Ralf Dahrendorf 1985 mal kennengelernt, da war er, glaube ich, gerade noch LSE-Chef. Das Kennenlernen fand im Rahmen einer Tagung über Kreativität für Ingenieure statt und Dahrendorf war Hauptredner. Dahrendorf hatte damals erklärt, wie man Strukturen schaffen kann, die kreativitätsfördernd wirken – verknappt gesprochen dadurch, dass sich die schlausten Köpfe beim Kopierapparat oder beim Kaffeeautomat immer über den Weg laufen müssen und so in den ungezwungenen Austausch kommen. Grundsätzlich glaube ich aber, dass die LSE schon ein Sonderfall ist, so ein bisschen eine wohlige Insel wissenschaftlichen Treibens. Aber so weit bin ich damit nicht vertraut, ich meine nur, dass es sein kann, dass die LSE nicht repräsentativ ist. Generell ist es aber so, dass da gar nichts postmodern ist. Das folgt so ein bisschen dieser Klischee-Rezeption von Feyerabends *Anything goes*. Das *Anything goes* ist zunächst einmal eine ironische Antwort. Das ist keine ernste Antwort. Sondern das ist die Antwort an jemanden gerichtet, der sagt: Es muss doch für diese Wissenschaft Regeln geben, bitte gib mir diese Regeln. Und dann sagt der Feyerabend: Nein, es gibt keine. Darauf sagt der Fragende: Nein, ich möchte diese Regeln aber. Und dann sagt der Feyerabend wieder: Nein, es gibt keine. Um das Gespräch zu beenden, sagt der Feyerabend dann aber irgendwann: *Anything goes*. Das sagt nichts. Das

verbietet ja nichts. Das ist eine absolut leere Regel. Deswegen ist sie auch unumstößlich gültig. Die zurückhaltende Information, die Feyerabend mit dieser ironischen Antwort gibt, ist die Überschrift von einem anderen Aufsatz, der lautet: Von der beschränkten Gültigkeit methodologischer Regeln. Also was er sagen will, ist: Keine methodologische Regel ist allgemeingültig und rigide blind anwendbar. Das ist die ganze Antwort. Das hat mit Hochschulorganisation aber überhaupt gar nichts zu tun. Das ist auch kein Grundsatz oder ähnliches, sondern nur eine These und die ist eigentlich sehr bescheiden. Wir finden sie übrigens auch schon 1962 bei Thomas Kuhn, wenn der festhält, dass Methoden alleine nicht wissenschaftliche Tätigkeit determinieren.

Si.Re.: Also lässt sich aus dem *Anything goes* von Feyerabend nur ein leerer methodischer Leitsatz ableiten?

P.H-H.: Das ist genau der Punkt. Nicht mehr und nicht weniger. Aber ergänzend dazu: Methodologische Regeln haben nicht nur einen normativen Gehalt. Den haben sie auch. Sie haben aber implizit auch einen faktischen Gehalt. Und hier kommt bei Feyerabend ein theoretisches Argument hinzu. Weil eine methodologische Regel nur relativ zu einer bestimmten Welt überhaupt Sinn macht. Wenn ich zum Beispiel sage: Finde die Naturgesetze durch Induktion, oder so etwas, dann funktioniert das natürlich nur, wenn die Welt regulär ist. In einer total chaotischen Welt macht diese Regel keinen Sinn. Alle Regeln haben auch einen faktischen Gehalt, also eine Behauptung über die Welt und die kann auch falsch sein. Und das bedeutet: Wenn ich eine Regel verabsolutiere, kann ich die Falschheit dessen nicht mehr entdecken. Und dann wird es eben zum Hindernis. Das ist der Witz der Sache. Das ist der fundamentale Punkt und das ist das theoretische Argument Feyerabends, das meines Erachtens sehr stark ins Gewicht fällt. Den Galileo auszuwerten, versinnbildlicht das Ganze natürlich, macht Feyerabend durch Historiker aber auch angreifbar. Das theoretische Argument scheint mir viel klarer zu sein, soweit man sich klar macht, dass gehaltlose Regeln wie zum Beispiel logische Regeln alleine keine Methodologie hergeben für die Wissenschaften. Und das ist meines Erachtens ein hartes Argument, dass wirkliche Wissenschaft oder Wissensgewinnung nicht auf strikte methodologische Regeln eingeschränkt werden kann. Es kann nicht

funktionieren, weil alles fallibel ist und der Gehalt, der darin steckt, eben auch. Aber da lerne ich nichts über Hochschulorganisation. Das hat auch nichts mit Risiko zu tun oder mit Gefahr und Reiz der Postmoderne.

Si.Re.: Also lohnt mit Feyerabends *Anything goes* der Blick auf Wissenschaft in dem Sinne, dass ich mir wissenschaftliches Tun, also die Forschung, anschauen kann und es taugt weniger bis gar nicht für die Betrachtung der Wissenschaft im organisationalen Sinne?

P.H-H.: Ich sehe das zumindest nicht. Wenn Sie, wie in Dahrendorfs Argumentation, eine Institution umbauen, dann werden Sie natürlich dafür auch irgendwas abbauen müssen. Wenn ich also eine Hochschule umbaue und nicht nur anbaue, muss ich irgendwas kaputt machen, um Raum zu machen für das Neue. Aber das erscheint mir trivial und nicht postmodern. Genauso wie organisches Wachstum immer auch Zerstörung ist. Da erscheint es mir viel zu weit hergeholt, mit Feyerabend zu argumentieren. Wir haben einfach eine Wissenschaftsdynamik, die auch die jeweilige Disziplin, also nicht nur inhaltlich, sondern auch die Disziplingrenzen und insbesondere Fusionierungen und ähnliche Sachen umfasst. Damit meine ich, dass die Wissenschaftsgliederung ja nicht von Gott gegeben ist, sondern sie ist eine absolut historische. Schon vor 40 Jahren habe ich die Prognose gewagt, dass es die Geographie in fünfzig Jahren nicht mehr geben wird. Und ja, die Geographie wird zerfallen oder ist bereits zerfallen und sie wird sich auflösen. Auch den Erdkundeunterricht wird es nur noch als Reliquie geben. Weil alles, was Geographie einmal vereint hat im 18. und 19. Jahrhundert, das war physische Geographie und Anthropogeographie. Das war der Fall, wenn Alexander von Humboldt ausgezogen ist nach Südamerika und dort Land und Leute erforscht hat. Heute geht es um die Fernerkundung, da werden Satellitenbilder ausgewertet, dazu muss man nicht Geographie studiert haben. Und die Anthropogeographie oder soziale Geographie, das teilen sich heute die Demographen und die Soziologen untereinander auf. Das Charakteristikum der Geographen, die Raumgebundenheit oder Erdgebundenheit, hat sich irgendwie überholt, auch die Meteorologie hat sich total herausgelöst und ist zur autonomen Disziplin geworden. Da ist also eine Bewegung festzustellen. Und diese Bewegung wird auch nicht aufhören. Das erkennt man auch zwischen der Physik und der Chemie, die waren

ja mal völlig getrennt. Heute gibt es physikalische Chemie und chemische Physik. Oder die Virologie hat sich von der Bakteriologie abgetrennt in den 1930er-, 40er-, 50er-Jahren. Da entwickeln sich neue Sachen. Das ist also nichts Besonderes und hat mit Postmoderne nichts zu tun.

Si.Re.: Ich muss hier noch einmal einhaken und versuche es mal weniger von der organisationssoziologischen Seite her. Helmut Spinner hat 1985 in einem Artikel im Merkur mit dem Titel *Wissenschaft kommt nicht von Wissen, und Kunst kommt nicht von Können, aber Wissenschaft ist trotzdem keine Kunst* in Anlehnung an Hegel geschrieben, dass Paul Feyerabend wohl glaube, er habe die Gedanken seiner Zeit in einer Philosophie der Regellosigkeit zusammengefasst, damit »den Bogen von *Stop Making Sense* (Talking Heads) zum *Stop Making Science*« (Spinner 1985: 859) gespannt. Feyerabend wird hier zum Mahner einer Überhöhung von Wahrheit, was sich ja mit Ihren Ausführungen zum Theoretischen Argument deckt. Und was Spinner hier macht, ist dies nun abzulegen auf die organisierte Wissenschaft. Würden Sie also wenigstens die Behauptung mitgehen, dass Feyerabends Against Method, dass seine anarchistische Philosophie die Gedanken seiner Zeit (Studentenrevolte, eine für manche scheinbare postmoderne Wende der Universitäten usw.) erfasst hat?

P.H-H.: Nein, überhaupt nicht. Das ist ja auch überhaupt keine Philosophie. Es ist lediglich die simple Beobachtung: Es gibt in den Wissenschaften keine durchgängigen Regeln, die sozusagen die Prozesse determinieren würden. Das finden Sie bei Feyerabend und das finden Sie bei Kuhn. Ja, es gibt Methoden. Aber die unterdeterminieren das, was passiert. Wenn ich ein Problem lösen will, beispielsweise will ich 1917 ein Problem mit Atomen lösen, dann reicht es nicht, irgendwelche Regeln anzugeben. Dann muss ich gucken, was hat der Bohr gemacht mit Atomen. Und dann versuche ich an dem Beispiel, wie der Bohr das gemacht hat, abzugucken, wie der das gemacht hat. Und da werden dann nicht Regeln abstrahiert, sondern jeder guckt sich das an und macht dann irgendwas und das leitet dann die Wissenschaft an. Das waren die Paradigmen bei Kuhn. Und der Feyerabend bekräftigt das, ist insofern nicht besonders originell, aber er hat es natürlich mit ganz großer Power unter die Leute gebracht. Aber das ist keine Weltanschauung, das hat überhaupt gar nichts in die Richtung vorzuweisen,

dieser methodologische Anarchismus. Feyerabends Anarchismus gründet darin, dass er Lenin zitiert, weil er weiß, das regt die Leute auf. Der war ja theatralisch durchaus begabt. Er hat auch nicht für methodische Flexibilität plädiert. Sondern er hat lediglich gesagt: Schau dir die normalen Wissenschaften an, die guten Leute halten sich nicht einfach strikt an Regeln.
Si.Re.: Wenn man Ihren Ausführungen folgt – und damit meine ich nicht nur innerhalb unseres Gespräches, die Feyerabend-Deutung ist ja ein vielbeachtetes Unternehmen Ihrerseits – dann wird schnell klar, dass Sie insbesondere vor Fehldeutungen und Überhöhungen Feyerabends Philosophie warnen. Im Kern geht es dabei um das vielbesprochene *Anything goes*. Woran liegt es, dass die Philosophie Feyerabends im Feuilleton der Zeitungen wie auch innerhalb wissenschaftlicher Fachpublikationen allzu oft als Philosophie der absoluten Beliebigkeit ausgelegt wird? Ist das vielleicht auch Feyerabends polterndem Auftreten geschuldet?
P.H-H.: Nun ja, auch über Kuhn wird viel Falsches geschrieben. Das liegt wohl nicht selten daran, dass die Leute einfach nicht richtig lesen und das Interpretieren beginnen, bevor das Geschriebene überhaupt ganz verarbeitet wurde. Da ist schon der Feyerabend selbst deswegen in die Luft gegangen und hat gesagt: Ihr seid alle Analphabeten! Das bringt natürlich nichts, das habe ich ihm auch immer gesagt.
Si.Re.: Nun haben wir herausgearbeitet, dass Feyerabend Wissenschaftler durch und durch war, dass er nicht, wie so gerne unterstellt wird, alles pauschal relativieren wollte, sondern eben die konkrete Wissenschaft und ihre Methoden im Blick hatte. Und doch hat er viel gepoltert, hat sich als Rabauke inszeniert, in seinen Texten provoziert und ja auch selbst einiges an Wissenschaftsalternativen probiert. Welche Bedeutung hatte dann nun die wissenschaftliche Erkenntnis für ihn? Wertschätzte er sie tatsächlich gleich mit der in Trance gewonnenen Erkenntnis eines Medizinmannes, wie er es u. a. in *Erkenntnis für freie Menschen* andeutet?
P.H-H.: Nein, nicht wirklich. Feyerabend war natürlich überhaupt kein Verächter der Wissenschaft, ganz und gar nicht. Er hat ja nur gesagt, dass die Wissenschaftsphilosophie, also die seiner Zeit und dabei insbesondere der Logische Empirismus, nicht angemessen erscheinen. Darauf zielte seine Kritik. Natürlich mochte er die Bühne, hat gerne die Provokation gesucht

und Behauptungen mit Medizinmännern und Hexen aufgestellt, um die Leute herauszufordern. Mit diesen Beispielen hat er seine Kontrahenten in argumentative Engen getrieben, das war Ziel und Zweck der Sache. Wobei Feyerabend durchaus auch biographisch involviert war in diese Geschichten und aus dem Krieg zwei Kugeln im Rückgrat hatte, die ihn ein bisschen lähmten und ihn schmerzten. Da hat er dann schon über die Schulmedizin hinaus auch Dinge versucht, die Akkupunktur beispielsweise. Das hatte manchmal vielleicht subjektive Wirkungen, hat letztendlich aber gar nicht geholfen. Was er aber mit seinen Geschichten verdeutlichen wollte, war, dass es gar nicht so leicht ist, die Homerischen Götter loszuwerden. Das ist es, was er zeigen wollte mit diesen Beispielen. Das ist sozusagen ein subversiver Argumentationsgang. Viele von Feyerabends Sachen haben diesen Charakter, dass sie auf eine bestimmte Person oder Personengruppe gerichtet sind, die bestimmte Argumente benutzen. Und dann versucht er, die subversiv in Schwierigkeiten zu bringen. Das darf man dann nicht aus dem Kontext herausreißen, weil er damit nicht Behauptungen aufstellt, die er selber vertritt, sondern eben nur benutzt, um die Gegenposition zu entblößen.

Si.Re.: Beschäftigt man sich mit der Philosophie zu Feyerabends Zeit, beispielsweise mit dem Positivismusstreit – insbesondere mit den Vorläuferdiskussionen zwischen Neurath und Horkheimer, aber auch mit dem um Ideologievorwürfe kreisenden Austausch zwischen Adorno und Popper – erscheint die Philosophen- und Soziologengeneration um Lakatos, Feyerabend, Albert, Dahrendorf und Spinner ungemein politisch und darum bemüht, auch wissenschaftspolitisch zu wirken. Immer wieder kreisen die Diskussionen darum, zu hinterfragen, was Wahrheit ist, ob und wie man sich dieser wissenschaftlich annähern kann und welche gesellschaftlichen Folgen erwartbar sind. Man sollte meinen, derlei Gedanken haben einen zeitlosen Anspruch, und doch hat man den Eindruck, dass die besagten Einwände heute nahezu in Gänze verhallt sind. Teilen Sie diesen Eindruck? Was ist geblieben von diesen Diskussionen?

P.H-H.: Naja, also zuerst einmal muss man ja sagen, dass die damals einen zeitlosen Anspruch hatten, was man wenigstens als hoch-ambitioniert bezeichnen sollte. An diesem eigenen Anspruch sind sie dann rund um Adorno schon insofern gescheitert, dass doch beispielsweise ein Axel Honneth

schon gar kein kritischer Theoretiker mehr im eigentlichen Sinne ist. Das folgt im Ganzen einem linksliberalen Impuls und tritt dann als Kritische Sozialwissenschaft in Erscheinung. Und Hans Albert und Karl Popper haben da ihre Gedanken rund um den Kritischen Rationalismus mit eingebracht und diskutiert. Die Frage ist wahrscheinlich nicht, ob von diesen Diskussionen etwas geblieben ist, sondern vielmehr, ob diese Diskussionen unserer digitalisierten Zeit noch gerecht werden. Das ist ja so ein wenig wie die Disziplin soziologischer Zeitstudien, da muss ein Stück weit über eine bessere Welt orakelt werden und dann versucht man diese mit der Realität zu konfrontieren. Wenn man sich solchen alten Diskussionen nähern will, dann wahrscheinlich am besten so wie es Heinz Bude in seinem Buch *Das Altern einer Generation* getan hat. Also nicht theoretisch und mit so einem absoluten Anspruch, sondern vielmehr anekdotisch, kreisend um die Protagonisten dieser Zeit und deren Problemaufrisse. Dann kann man der beschreibenden Soziologie auch retrospektiv etwas abgewinnen.
Si.Re.: Die aktuelle Hochschulforschung verwendet recht viel Aufmerksamkeit auf die Trennung von Institution und Organisation. Die Institution ist dann das Ideelle, das, was in Dahrendorfs Sinne Forscher:innen glücklich den Dingen auf den Grund gehen lässt. Die Organisation ist der Rahmen dieses Ideals, hier geht es um Qualitätsmanagement, Drittmittelbeschaffung und ähnliches. In einem Interview mit dem Allgemeinen Sonntagsblatt erläutern Sie bereits 1999 die herausragende Bedeutung von Exzellenz in der Universitätsförderung, wenn man als Wissenschaftler:in noch Grundlagenforschung betreiben möchte. Sie folgen hier dann der Trennung in Grundlagenforschung und angewandte Forschung. Kann man diese beiden Kategorien auf die Trennung in Institution und Organisation übertragen oder würde dies die Grundlagenforschung nun zu sehr romantisieren?
P.H-H.: Da bin ich nun nicht genug mit der Hochschulforschung vertraut, um da über die analytische Trennschärfe urteilen zu können. Ich verstehe Organisationen eher als spezielle Institutionen. Aber letzten Endes geht es im Falle der Universität ja um den Unterschied von Grundlagenforschung und angewandter Forschung. So stellen Sie ja auch Ihre Frage und da würde ich einwenden, dass das nichts miteinander zu tun hat. Das hängt auch nicht mit Forschungsfreiheit zusammen. Dieses Interview von mir, auf dass Sie sich

berufen, dass ist ja nun inzwischen zwei Jahrzehnte alt. Heute favorisiere ich eine andere Unterscheidung: Es gibt auf der einen Seite die neugiergetriebene oder erkenntnisgetriebene Grundlagenforschung. Dann gibt es eine anwendungsbezogene Grundlagenforschung. Und dann gibt es eine angewandte Forschung. Wenn man von der erkenntnisgetriebenen Grundlagenforschung spricht, zielt das auf ein breites Verständnisfeld ab. Beispielsweise wenn man in der Werkstoffforschung verstehen muss, wie die einzelnen Kristallisationsprozesse vonstattengehen, damit man die Eigenschaften des Stoffes genau angeben kann. Diese Untersuchung der Kristallisierung- oder Verfestigungsprozesse, das ist reine Grundlagenforschung. Im Falle der anwendungsbezogenen Grundlagenforschung kommt beispielsweise eine privatwirtschaftliche Firma mit einem wie auch immer gelagerten Forschungsproblem auf eine Universität zu, finanziert ein Forschungsinstitut und dann wenden sich die Universität und die Forschungsabteilung gemeinsam einem konkreten Grundlagenproblem zu. Das ist so eine Zwischenebene zwischen der alten Dualität von Grundlagen- und Anwendungsforschung im klassischen Sinne, wo dann die angewandte Forschung dem gleichkommt, was oft übergangslos in die tatsächliche, direkte Produktentwicklung mündet. Wissenschaftstheoretisch betrachtet ist das rein funktional überall nicht genau das Gleiche, aber im Prinzip schon gleich, wenn auch in verschiedenen Bedeutungsnuancen. Da geht es um Systematizität, beispielsweise um die Überprüfung von Wissensansprüchen, und dafür ist es irrelevant, ob Sie bei der reinen Grundlagenforschung sind oder ob Sie bis zur Produktentwicklung erforschen. Es geht immer wieder um das gleiche Vernetzen mit Wissen, Wissen hereinnehmen, systematisch überprüfen, verschiedene Möglichkeiten eruieren usw. Da gibt es also keinen Unterschied. Die Frage ist vielmehr: Was ist das Motiv dieser Forschung? Was will man? Darüber hinaus unterscheidet sich nur der Geldgeber, was mir erkenntnistheoretisch weitestgehend irrelevant erscheint. Der Geldgeber darf eben nicht reinreden oder durch manipulative Erwartungshaltung einen Bias in die Forschung hineintragen.

Si.Re.: Und das halten Sie für realistisch, dass derlei Einmischungen ausbleiben? Wenn die Unternehmen kein konkretes Interesse hätten und wenn sie im Zuge dieses konkreten Interesses nicht auch ein bestimmtes Ergebnis erwarten würden, wäre die Motivation für die Investition etwas ominös,

oder? Wenn man sich beispielsweise mit der Erforschung der Fastenwirkung beschäftigt, stellt man schnell fest, dass diese quasi nicht stattfindet.
P.H-H.: Ausschließen kann man das natürlich nicht. In der pharmazeutischen Forschung scheint es beispielsweise manchmal tatsächlich so zu sein, dass man sich verstärkt am Auftraggeber orientiert. Aber das ist insofern wieder uninteressant, weil man das wieder anders beurteilen muss. Das ist dann einfach schlechte Wissenschaft, die zufälligerweise dadurch entsteht, dass ein Geldgeber reinredet. Es entsteht aber ja durchaus auch schlechte Wissenschaft, wenn kein Geldgeber reinredet.
Si.Re.: Feyerabend spricht ja mit Blick auf die moderne Universität vom anarchistischen Partner der freien Gesellschaft, Universität ist hier also ein Hort der Mündigkeit und der Emanzipation. Ist diese Vorstellung der aufklärerischen Wissenschaft denn nicht hinfällig, wenn ich nur in gute und schlechte Wissenschaft trenne? Ist es denn nur reines Handwerk?
P.H-H.: Da muss man die Spielwiese nun etwas differenzieren und unterscheiden. Zum einen: Wie konstituiert sich Wissenschaftlichkeit in verschiedenen Forschungen? Zum anderen: Wie werden Forschungsthemen ausgewählt? Forschungsthemen werden natürlich auch nach ökonomischen Interessen, aber auch nach staatlichen Interessen, nach individuellen Karriereerwägungen und etlichen weiteren Einflussgrößen ausgewählt. Wenn ich mir in Deutschland die Ressortforschung anschaue, dann finde ich das zu diesem Thema schon bemerkenswert, wie viel finanzieller Aufwand da betrieben wird und wie wenig Beachtung – insbesondere in der Wissenschaftsphilosophie und Wissenschaftssoziologie – das dann im Wissenschaftsdiskurs findet. Das erscheint weitestgehend als terra incognita, dabei knüpft es an den Gedanken an, wissenschaftliche, gesellschaftliche und politische Interessen in den Fokus der Themensetzung zu rücken. Da ist man also durchaus in einer Sphäre unterwegs, die Sie hier – wenigstens in Teilen – als vermisst melden wollen. Natürlich werden in der Ressortforschung dann die Themen politisch vorgegeben. Aber das sind ja Institutionen der Demokratie, in denen durchaus gesellschaftliche Zwecke formuliert werden sollen. Aber klar, die Zwecke der Forschung werden aus unterschiedlichsten Motiven heraus bestimmt, und wenn eine Krankheit Millionen Menschen betrifft, wird sie eher erforscht, als wenn sie hunderte betrifft. Und wenn sich

nicht gerade tibetanische Mönche, Franziskaner oder ähnliche Gruppierungen dem Fasten annehmen, dann kann das im Forschungsbetrieb auch hinten runterfallen. Also selbstverständlich gibt es da Verzerrungen. Tatsächlich arbeite ich aktuell auch zum Thema der Wertfreiheit von Wissenschaft. Nehmen Sie beispielsweise das Neuromarketing, da gibt es eine elementare Forschungsfrage, und zwar: Wie muss man ein Supermarktregal einrichten, um möglichst viele Waren an den Kunden zu bringen? Das ist wohl eher nicht im gesellschaftlichen Interesse, wenigstens dann nicht, wenn die Gesellschaft der Konsument ist. Und wenn Sie dann in die Top-Journals zum Marketing schauen, dann gewinnen Sie einen ganz ähnlichen Eindruck. Also die These, dass hier wissenschaftliche Forschung zum überwältigenden Anteil im Sinne der Produzenten und nicht der Konsumenten stattfindet, die lässt sich schon verteidigen. Eine mögliche Ableitung daraus: Marketing dürfte an staatlichen Universitäten nicht gelehrt werden, weil es, mit Adorno gesprochen, Herrschaftswissen schafft, das gegen den Konsumenten gerichtet ist. Also kurzum: Es geht um das Setzen der Forschungsthemen und das in der freien Universitätsforschung schon so, dass die Leute relativ unabhängig sind, aber eben auch nur relativ unabhängig, sobald Drittmittel eingeworben werden. Dann kommen die Forschungspolitik und damit ein oft heterogenes Gemengelage verschiedener Interessen hinzu.

Si.Re.: Oft hört und liest man von Professor:innen, die den überbordenden bürokratischen Aufwand beklagen, den sie Tag um Tag aufs Neue bewältigen müssen. Es wird dann auch darauf verwiesen, dass ab einem gewissen Karrieregrad – zumeist stellt die Professur diesen dar – eigenes Forschen sehr schwer bis unmöglich wird und der Hauptgegenstand des täglichen Tuns eher darin auszumachen ist, anderen das Forschen zu ermöglichen. Professor:innen werden also zunehmend zu Wissenschaftsmanager:innen. Deckt sich das mit Ihren Erfahrungen? Und darüber hinaus an Sie, als Forscher internationaler Couleur, die Frage: Nimmt die institutionalisierte Wissenschaft in Deutschland hier eine Sonderposition ein?

P.H-H.: Nein, das deckt sich tatsächlich überhaupt nicht mit meinen eigenen Erfahrungen. Also ich habe natürlich als Professor und Institutsleiter ein bisschen mehr Bürokratie machen müssen, klar. Aber überbordend, überfordernd oder ähnliches war das nicht. Das gilt für die Naturwissenschaften, dort ist es

so, dass Sie als Predoc nahezu hundert Prozent Forschung betreiben und ein wenig dem Vorgesetzten zuarbeiten. Dann machen Sie ihren Postdoc, da sind Sie forschungstechnisch auf dem Zenit. Nach zwei Jahren Postdoc haben Sie dann eine eigene Gruppe und managen auch zwei Doktoranden. Die Gruppen werden dann immer größer, der Managementaufwand wächst ebenfalls mit und als Full Professor sind Sie dann gar nicht mehr im Labor. Dasselbe Problem haben Sie auch in der Wirtschaft, da wird der hoch-begabte und hoch-motivierte Programmierer irgendwann auch zum Manager, organisiert und schreibt keine einzige Zeile Code mehr. Aber in meinem Fall war es so, dass ich in erster Linie immer bemüht war, mein Institut fachlich auf einem Niveau mit den internationalen Big Playern zu etablieren, und dazu musste ich es natürlich auch internationalisieren. Das bedeutete, dass wir bevorzugt englischsprachig publiziert und Kooperationen mit Top-Instituten aus den USA und China aufgebaut haben. Aber das ist ja fachlich stark miteinander verbunden, das läuft ja in der Philosophie dann über Kolloquien etc. Natürlich erleichtert aber die Exzellenz institutionell auch das Arbeiten. Wenn Sie in die Institute mit Nobelpreisträgern schauen, ob jetzt in Deutschland oder den USA, da werden Sie leichte Stilunterschiede finden, aber das ist alles ziemlich homogen. Oder wenn Sie die Max-Planck-Gesellschaft anschauen, das steht Cambridge und Harvard nichts nach.

Si.Re.: Ihr Systematizitätsansatz zielt ja sozusagen auf das Produkt der Forscher:innentätigkeit ab, es geht also um die Darstellungsform bereits gewonnener Erkenntnis. Dieser Anspruch auf maximale Systematizität geht wahrscheinlich auch einher mit einem nicht unerheblichen Aufwand an Bürokratie, oder? Anders gefragt: Projektierte Geldzuweisungen, gezielte Förderung einzelner Gegenstandsbereiche, Lancierung bestimmter Methodenanwendungen, Peer-Review-Verfahren – kurzum: Sind all die Bürokratieschranken, die ich auf einen eher kritischen Prüfstand stelle, notwendige Register einer maximalen Systematizität?

P.H-H.: Nein. Die Systematizitätstheorie ist ja in acht von neun Dimensionen rein auf das Epistemische bezogen, lediglich die Dimension des kritischen Diskurses ist eine soziale. Das hat mit Bürokratie und Förderung erstmal nichts zu tun. Bei der Förderung geht es um die Auswahl von Forschungsgebieten und das ist kein wissenschaftlicher Vorgang. Systematizität

geht dann los, wenn es darum geht, Wissen zu generieren, das als wissenschaftlich zählen darf. Und dann muss es eben systematischer sein als potenziell konkurrierendes Wissen. Die Fälle, in denen Bürokratie tatsächlich auf Forschung wirkt, sind Einzelfälle. Beispielsweise wenn Astronomen für ihre Forschung um Technologie mit dem Militär verhandeln müssen.

Si.Re.: Der Anthropologe David Graeber setzte die Bürokratie gerne in Opposition zur Phantasie. In Einsteins Aufzeichnungen spielt die Phantasie für die Forschung eine herausragende Rolle, auch Bertrand Russell wird nicht müde, die Bedeutung von Phantasie und Kreativität im Erkenntnisprozess zu betonen. Nun kann man Phantasie und Kreativität nicht lernen oder gar vermessen, in Antragsskizzen für Drittmittel gibt es dafür auch keinen Platz. Wie würden Sie die Bedeutung von Phantasie und Kreativität für die Wissenschaft beschreiben?

P.H-H.: Die Bedeutung von Phantasie und Kreativität ist natürlich enorm. Als Philosoph kann man dazu nicht viel sagen, außer vielleicht, dass es die Fähigkeit umfasst, gewünschte Neuerungen zu schaffen. Das trifft es wohl ganz gut aus philosophischer Sicht. Ansonsten ist das wohl eher ein Thema der Psychologie, da gibt es ja auch einen Zweig der Kreativitätsforschung. In der DDR gab es sogar ganz konkret den Versuch einer Wissenschaftspsychologie, aber auch hier hat man meines Wissens nichts Disruptives hervorbringen können zu diesem Thema. Wissenschaftstheoretisch kommen Sie dem Phantasiebegriff am ehesten im Sinne Charles Peirce nahe, wenn Sie sich die abduktive Hypothesengewinnung anschauen. Da haben Sie ein Phänomen, verstehen es nicht und der Schritt zu einer erklärenden Hypothese ist eine Abduktion. Sie erfinden also eine Hypothese, die das Ergebnis erklärt. Die Tatsache, dass man hier auch meist von einem Schluss spricht, ist total irreführend. Dazu brauchen Sie jedenfalls Phantasie. Diese Phantasie können Sie in der Physik ganz hervorragend beobachten, bei Bohr, Einstein oder auch jüngeren Nobelpreisträgern wie Chandrasekhar. Das wirkt anfangs natürlich schnell verrückt, es ist spekulativ und deshalb akzeptiert das die Community auch oftmals erst später. Das war bei Bohr so und auch bei Einstein. Was die Phantasie innerhalb von Antragsskizzen anbelangt, trumpft natürlich oftmals die Sicherheit des Forschungserfolgs im Vergabeverfahren gegenüber dem Spekulativen. Das bedeutet, dass ein Projekt eine

umso größere Wahrscheinlichkeit hat, angenommen zu werden, je ausgearbeiteter es ist. Bei von vorneherein hoch riskant wirkenden Projekten – also hoch riskant in dem Sinne, dass man mit einem Ergebnisausfall rechnen muss – fördern Sie letztendlich nicht das Projekt, sondern die Person dahinter. Und wer soll das beurteilen? Insofern ist durch Drittmittel geförderte Forschung immer konservativ. Nun werden Sie fragen, wie man da dagegen wirken kann, und die Antwort ist recht einfach: mit mehr Geld. Sie müssen Professuren besser ausstatten, sozusagen ganz im Sinne Humboldts, und wenn Drittmittelgeber wie VW den Mut für riskante Projektförderungen aufbringen, ist das natürlich auch gut. Aktuell steht und fällt hier die Qualität mit der Qualität der Institutsleitung. Gut gemanagte Institute werben durch gute Forschung Geld ein, man befindet sich im Wettbewerb, was automatisch natürlich auch Verlierer nach sich zieht. Und als Institutsleitung sind Sie dann auf einmal in exakt derselben Situation, in der sich die Drittmittelgeber befinden. Da haben Sie dann zehn Projekte zur Auswahl vor sich liegen und für drei davon genügt das Budget. Welche nehmen Sie? Wahrscheinlich die, wo ziemlich klar ist, dass etwas Gutes rauskommt. Und die zwei hochriskanten Projekte, deren Ergebnis Sensationelles verspricht?
Si.Re.: Das klingt ziemlich entidealisiert, wenigstens mit meinem Wissenschaftsideal. Und es klingt auch nicht gerade nach einer Infrastruktur, die der Erkenntnis und Neugier zugetan ist. Ist es denn wirklich so schlecht bestellt um die Risikofreude mit Blick auf innovative Forschungsprojekte?
P.H-H.: Es gibt natürlich auch hier Ausnahmen, beispielsweise fällt mir hier Werner Arber ein, ein Nobelpreisträger der Medizin mit dem ich mal zusammengearbeitet habe. Der hat damals Geld von seinem Stipendium für Projekt A abgezweigt, um Forschung zu Projekt B zu machen, die ihn wirklich interessiert und zum Nobelpreis geführt hat. Man weiß nun natürlich nicht, ob er die Forschung zu Restriktionsenzymen, für die er den Preis bekam, auch per Stipendium genehmigt bekommen hätte. Aber derlei Geschichten zeigen, dass es wichtig ist, dass gute Forscher auch zusätzliches Geld bekommen können. Das funktioniert in den USA übrigens wesentlich besser, weil da die Präsidenten auch Budget zur freien Aufstockung haben, und wenn die dann sehen, dass da eine Forschungsgruppe sehr vielversprechend ist, dann können die da schnell agieren und aufstocken. Wenn also

ein Präsident hier über den notwendigen Instinkt verfügt, kann er konservative Strukturen unterlaufen.

Si.Re.: In meiner Dissertation verwende ich die Formulierung eines »anarchistischen Charakters wissenschaftlicher Erkenntnis« und entlehne dies Feyerabend. Das Prädikat des Anarchistischen entspringt dabei der Annahme, dass es unter anderem Kreativität und Phantasie sind, die die methodischen Daumenregeln interpretieren und zur Erkenntnis führen. Halten Sie die Zuschreibung des Anarchistischen für die Erkenntnis im Sinne Feyerabends für richtig? Wie würden Sie Erkenntnis charakterisieren?

P.H-H.: Anarchistisch heißt ja erst einmal nur, dass es nicht die Herrschaft strikter Regel ist, der man folgt. Ich würde sagen, alles andere mit Blick auf Feyerabend ist eine Überinterpretation. Und wenn Sie dem Systematizitätsansatz folgen, dann erwächst die Wissenschaft aus dem Alltagswissen durch Systematisierung. Daher sehe ich da auch keine Regeln als entscheidend an und kann demnach mit dem Anarchismus auch wenig anfangen über den Status hinaus, den wir bereits besprochen haben.

Si.Re.: Zum Schluss würde ich gerne noch eine Frage stellen, die das bisherige Gespräch dahingehend etwas abrundet, indem nun Ihre Phantasie zum Tragen kommen soll. Feyerabend skizziert ja ab und an eine Utopie von Universität, da geht es dann um Laiengremien, die Expertenrunden beurteilen, und eine Wissenschaft als Anarchopartner der Gesellschaft. Auch andere Philosoph:innen entwarfen ideale Universitätsvorstellungen – beispielsweise Derridas *Unbedingte Universität*, Prados *Das Prinzip Universität*. Wenn Sie eine solche Utopie entwerfen müssten, was wären hier die Eckpfeiler der idealen Universität?

P.H-H.: In Hannover hatte ich ja damals die erfreuliche Situation, dass ich das Institut neu gründen durfte. Da habe ich natürlich schon auch viel darüber nachgedacht, was mir ideal erscheint. Da habe ich in einem ersten Schritt überlegt, wie die Philosophie auftreten muss, damit sie an einer Technischen Hochschule akzeptiert und konsultiert wird von den anderen Disziplinen. Da war also recht schnell klar, dass wir uns auf Wissenschafts- und Technikphilosophie konzentrieren müssen, da das recht sicher die Techniker am meisten interessiert. Eine weitere wichtige Überzeugung war die, dass natürlich auch die Lehre gut sein muss. Das ist in Deutschland nicht

optimal geregelt, weil die Lehrevaluation ja kaum ins Gewicht fällt. In den USA ist die Qualität der Lehre eine wichtige Kennziffer für Berufungsverfahren, da ist es wichtig, wie die Studenten die Lehrqualität wahrnehmen. In Deutschland ist das kaum ein Thema, und dementsprechend schlecht ist es dann auch oft um die Lehre bestellt. Da habe ich schon versucht, darauf zu achten, denn die gute Lehre zieht natürlich einen guten wissenschaftlichen Nachwuchs mit sich. Und dann haben wir früh darauf geachtet, exzellenzförderliche Strukturen zu etablieren. Das geht beispielsweise gut über Verbundprojekte, durch die Sie den exzellenten Nachwuchs früh miteinander vernetzen und dadurch natürlich stark belastbare Strukturen errichten.
Si.Re.: Also sind die Exzellenzinitiativen, die man in Europa ja über Deutschland hinaus zu Genüge findet, dem Ideal des Paul Hoyningen-Huene entsprechend?
P.H-H.: Nein. Natürlich muss das auch durchdacht, natürlich muss das authentisch sein. Oft läuft es bei solchen Initiativen ja dann so ab, dass die Wissenschaftler sich nach den Ausschreibungsunterlagen richten und schauen, was da verlangt wird, um daraufhin das eigene Vorhaben anzupassen. Dann wird da oppurtunistisch ein Mäntelchen gestrickt, um an die Förderung heranzukommen, eigentlich wird aber das alteingesessene Forschungsfeld bedient. Damit ist dann keinem geholfen. Das ist einerseits ein Garant für großteils minderwertige Forschungsarbeit und andererseits raubt es auch unglaublich viel von der Ressource Zeit. Da wird dann nämlich von den Antragstellern enorm viel Zeit darauf verwendet alles kreativ zu verpacken, damit dann die Gutachter aufwendig alle Verpackung entfernen müssen, um den eigentlichen Gegenstand zu beurteilen. Dieser Exzellenzgedanke muss schon authentisch verfolgt werden, dann kann er Power entwickeln. Wenn Sie beispielsweise in der Schweiz fünf richtig gute Institute im Bereich der empirischen Psychologie haben, dann macht es durchaus Sinn, andere Disziplinen vielleicht etwas zurückzustellen und die fünf Institute miteinander zu vernetzen und mit voller Power zu versehen. Diesen Ansatz halte ich ein Stück weit auch für alternativlos, denn in zwanzig Jahren sind wir in Europa zwischen Hammer und Amboss, nämlich zwischen Amerika und China. Da sollen wir nicht zerrieben werden. Um sich da zu behaupten, braucht man eine Anziehungskraft, die die besten Köpfe weltweit anlocken

kann. Das Münchner Institut für Mathematische Philosophie beispielsweise entwickelt seit Jahren einen Ruf, der Studenten der Mathematikphilosophie weltweit erreicht. Die Max-Planck-Institute zeigen ebenfalls eindrucksvoll, wie das geht. Und da gibt es noch ein paar mehr positive Beispiele. Die müssen verstärkt unterstützt werden.

Si.Re.: Nun muss ich doch weiter nachfragen und die letzte Frage wenigstens zur Fragerunde ausbauen. Denn Exzellenz ist ja keinesfalls ein so klarer und eindeutiger Begriff. Es gibt das Bild des wahnsinnigen Genies, welches exzellente Ergebnisse abliefern kann. Oder der Buchhaltertyp, der penibel und akkurat gleich einem Uhrwerk arbeitet und damit exzellente Arbeitsergebnisse erzielt. Woran soll ein Institutsleiter nun Exzellenz erkennen? Ist man hier auf ein Filtrat der Vorstellungsgespräche etc. angewiesen oder schaut man auf die Publikationen? Zählen dann die Publikationen qualitativ nach subjektiver Einschätzung oder macht sich die Exzellenz quantitativ durch Zitationsquoten bemerkbar?

P.H-H.: Ich hatte das große Glück, dass ich ganz früh, ab '82, mit Feyerabend zusammenarbeiten durfte. Dann war ich bei Kuhn. Ich hatte auch immer exzellente Biologen um mich herum, konnte mit Leuten wie dem bereits erwähnten Arber zusammenarbeiten. Wie man das nun erkennt, das ist schwer zu beantworten. Natürlich beurteilt man es in einem ersten Schritt fachlich, dann aber eben auch dahingehend, dass man schaut, ob der Enthusiasmus authentisch ist. Passt das alles zusammen?

Si.Re.: Also dann verlassen Sie sich in diesem Fall auf Ihre Intuition?

P.H-H.: Das würde ich so auch nicht sagen. Worum es mir geht: Ich habe einmal eine Stelle im Institut für ein Jahr unbesetzt gehalten, weil ich niemanden gefunden habe, bei dem es meiner Meinung nach gepasst hat, bei dem es fachlich sehr gut und authentisch war. Das muss passen und idealerweise passt das Ganze dann auch noch zum Institut. Ich habe mich da immer ein Stück weit als Unternehmer begriffen, als weltweit tätiger Unternehmer im Feld der Ideen.

Das Interview fand am 20. August 2021 via Zoom statt, die Freigabe erfolgte nach Zusendung des Interviews per E-Mail.